



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



FROM THE LIBRARY OF  
Professor Karl Heinrich Rau

OF THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG

PRESENTED TO THE  
UNIVERSITY OF MICHIGAN

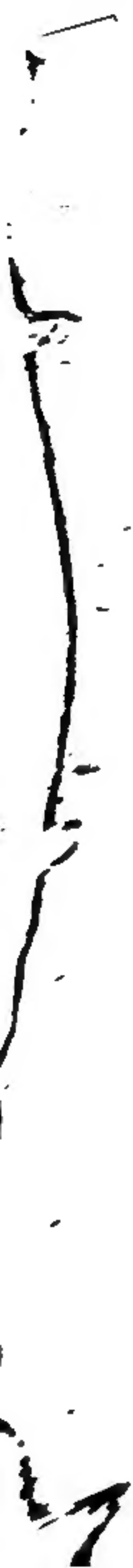
BY  
Mr. Philo Parsons

OF DETROIT

1281









**H a n d b u c h**  
**des**  
**Deutschen Polizeirechts**

---

**von**  
**Günther Heinrich von Berg,**

**v. K. D., Königl. Großbritann. und Churfürstl. Braunschweig-Lüneburg.  
Hof- und Canzleirath, und Advocatus Patriæ zu Hannover.**

---

**Vierter Theil.**

---

**Zu beiden Ausgaben gehörig.**

---

**Hannover,**  
**im Verlage der Gebrüder Hahn.**

**1804.**



Handbuch

des



# Deutschen Polizeirechts

---

von

Günther Heinrich von Berg,

v. A. D., Königl. Großbritann. und Herzogl. Braunschweig-Lüneburg.  
Hof- und Canslerath, und Advocatus Patriæ in Hannover.

---

Vierten Theils Erste Abtheilung.

---

Zu beiden Aufgaben gehörig.

---

Hannover,

im Verlage der Gebrüder Hahn.

1804.



Die zweite Abtheilung wird noch vor Weihnach-  
ten d. J. nachgeliefert. Für beide ist der  
nachfolgende Titel bestimmt.

## V o r r e d e.

---

Es ist in der Vorrede zur zweyten Ausgabe dieses Handbuchs bereits bemerkt worden, daß meine Amts- und Ortsveränderung mich hinderte, demselben diejenigen Verbesserungen zu geben, welche ich ihm zu geben wünschte. Hätte es mir nicht an Zeit gefehlt, so würde ich damals sogleich einige Lücken ausgefüllt und in der von mir beobachteten Ordnung einige Veränderungen angebracht haben. Dieses muß einer künftigen neuen Ausgabe vorbehalten bleiben; jenes aber kann durch be-  
son-

sondere Nachträge füglich geschehen. Meine Berufsgeschäfte lassen mir für literarische Arbeiten wenig Muße, und nur die jetzigen unglücklichen Zeiten machen mir die Ausführung des längst entworfenen Plans, diese Nachträge dem Publicum zu übergeben, möglich. Für zweckmäßig hielt ich dieselbe, da es sich nicht bestimmen läßt, ob und wann es zu einer dritten Auflage dieses Werkes kommen wird.

Einige Recensenten haben den publicistischen Theil des Polizeyrechts zu kurz und unvollständig abgehandelt gefunden. Bey dem ersten Entwurfe meiner Arbeit hielt ich die Entwicklung der Hauptgrundsätze, und daneben die genaue Auseinandersetzung der in der Praxis öfter vorkommenden Fragen für hinreichend, und da mir übrigens publicistische Erörterungen für diejenigen, denen das Handbuch des teutschen Polizeyrechts vorzüglich bestimmt war, weniger wichtig schienen,

als

als die möglichst vollständige Darstellung des Polizeyrechts im engern Sinne; so glaubte ich, hierauf mein Hauptaugenmerk richten zu müssen. Ich räume daher gern ein, daß das Recht der Polizeygewalt, oder die Entwicklung der Rechte und Verbindlichkeiten, welche die Polizeygewalt betreffen, lange nicht so ausführlich, als es der Publicist wohl erwarten konnte, behandelt ist. Indessen kommen doch in dem Polizeyrecht im engern Sinne manche Untersuchungen vor, welche in Beziehung auf bestimmte Gegenstände die Befugnisse der Polizeygewalt betreffen. Eigentlich gehörten diese Untersuchungen in den rein publicistischen Theil, da das Polizeyrecht im engern Sinne nur die durch die Polizeygewalt bestimmten Rechte und Verbindlichkeiten darstellen soll. \*) Allein, um Wiederholungen zu vermeiden, schien es mir angemessener, bey den einzelnen Gegenständen des Polizeyrechts der Anzeige der

\*) Handbuch I. 27.

ße betreffenden gesetzlichen Bestimmungen die Erörterung der Grenzen der Polizeigewalt in Ansehung derselben voraus zu schicken \*). Durch eine andere Einrichtung würde nun zwar das Recht der Polizeigewalt an Ausführlichkeit und Vollständigkeit viel, das Ganze aber an Ordnung und Leichtigkeit der Uebersicht schwerlich gewonnen haben.

Wenn ich nun gleich in dieser Hinsicht eine Abänderung vorzunehmen nicht für rathsam erachte; so bin ich dennoch durch gegründete Erinnerungen einsichtsvoller Beurtheiler meiner Arbeiten von der Nothwendigkeit einer Erweiterung derselben überzeugt worden. Ich habe daher mich bemühet, die mir bemerktlich gewordenen Lücken, so weit es durch Nachträge und einzelne Abhandlungen geschehen konnte, auszufüllen. Da ich alle Wiederholungen dessen, was in dem Handbuche des deutschen Polizeirechts bereits gesagt ist, nach

Mög.

\*) Daselbst I. 28.



Möglichkeit zu vermeiden wünschte; so mußten solche Zusätze, welche mit dem bereits Vorgetragenen in einer unzertrennlichen Verbindung stehen, die daher nur an einem schicklichen Orte hätte eingeschoben werden können, hier nothwendig hinweg bleiben. Die ersten siebenzehn Abhandlungen gehören theils zu dem ersten Buche, welches von dem deutschen Polizeyrechte überhaupt, größtentheils aber zu dem zweiten Buche, welches von dem Rechte der Polizeygewalt in Deutschland handelt, dessen vollständigere Erörterung hauptsächlich gewünscht worden ist. Die übrigen Abhandlungen beziehen sich alle auf das Polizeyrecht im engeren Sinne. Einige Ausführungen enthalten eine wesentliche Abänderung meiner bisherigen Ansichten, und ich hoffe wenigstens das Zeugniß zu verdienen, daß ich nicht zu schonend mit mir selbst verfahren bin.

Die in der Vorrede zum dritten Theile der zweiten Ausgabe dieses Handbuchs angekündigte

digte Sammlung der besten und nachahmungs-  
wertheften Policengesetze wäre bereits erschie-  
nen, wenn nicht der Wunsch, mit der sorg-  
fältigsten Auswahl die möglichste Vollständig-  
keit zu verbinden, einige Verzögerung rath-  
sam und nothwendig gemacht hätte.

---

---

## I n h a l t.

---

- I. Gibt es ein Polizeyrecht? S. 1.
  - II. Ueber den Begriff der Policey. S. 2.
  - III. Ueber den subsidiarischen Gebrauch der römischen Polizeygesetze in Deutschland. S. 30.
  - IV. Ueber die ausschließende Gerichtbarkeit des kaiserlichen Reichshofraths in gewissen Polizeysachen. S. 45.
  - V. Von der Reichsgerichtsbarkeit in Polizeysachen über mittelbare Reichsglieder. S. 61.
  - VI. Von kaiserlichen Privilegien, die in das Polizeywesen einschlagen. S. 92.
  - VII. Ueber die mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundene niedere Policey. S. 104.
- Abschnitt 1. Nähere Erörterung der Gründe, aus welchen die niedere Policey mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit gewöhnlich verbunden ist. S. 104.
- Abschnitt 2. Ueber den Unterschied zwischen der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey und der Polizeyverwaltung in amtsässigen und Patrimonialstädten, Flecken und Dörfern. S. 124.

- Abchnitt 3.** Von dem Unterschied zwischen der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey und der Gemeinheitspolicey. S. 131.
- Abchnitt 4.** Ueber den Umfang der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey im Allgemeinen. S. 141.
- Abchnitt 5.** Von den Policeygerichtsamen der Landstädte insonderheit. S. 163.
- Abchnitt 6.** Von der niedern Policey über adeliche Güter. S. 201.
- VIII.** Ueber den Unterschied zwischen peinlichen Verbrechen und Policeyvergehungen; und die Grenzen der Policeygerichtbarkeit in Ansehung der letztern. S. 223.
- IX.** Von der Policeyaufsicht, insonderheit von den dazu dienenden Landgerichten und Rätegerichten. S. 248.
- X.** Von der Centgerechtigkeit, Grafscherrschaft, Vogtschenlichkeit und anderen besonderen Rechten in Beziehung auf das Recht der Policeyverwaltung. S. 284.
- XI.** Ueber den Gerichtsstand in Policeysachen. S. 297.
- XII.** Von der Policeygewalt in Beziehung auf auswärtige Verhältnisse. S. 309.
- XIII.** Von der Policeygewalt über Fremde. S. 320.
- XIV.** Von der Policeyverwaltung bey Reichsversammlungen, Reichs-Deputationen und Kaiserwahlen. S. 328.
- XV.** Von dem Verhältniß der höchsten Reichsgerichte zu der Localpolicey ihres Wohnsitzes. S. 362.
- XVI.** Von der Hofpolicey. S. 366.
- XVII.** Von dem Unterschied zwischen Justiz- und Policeysachen. S. 369.
- XVIII.** Ueber den Umfang und die Grenzen der niedern Policeyaufsicht. S. 388.
- XIX.**

# I n h a l t.

- XIX. Von der Rascheile. S. 401.  
 XX. Ueber die Policey der Civil- und Justizpflege.  
 S. 419.  
 XXI. Von der Pflicht der Policey in Ansehung be-  
 strafter Verbrecher. S. 443.  
 XXII. Ueber die Landesverweisung, als Policemittel.  
 S. 457.  
 XXIII. Ueber die Policey der Maßen und Gewichte.  
 S. 486.  
 XXIV. Ueber mancherley Betrügereyen in Ansehung  
 der Güte der Waaren. S. 496.  
 XXV. Ueber Polieyptaxen. S. 509.  
 XXVI. Ueber Vor- und Aufkäuferey und Monopole.  
 S. 529.  
 XXVII. Von dem Erdedelhandel, in Beziehung auf  
 die Sicherheitspolicey. S. 569.  
 XXVIII. Ueber die Anwendbarkeit der Reichs- Po-  
 liceygesetze gegen den Judenwucher auf die Reichs-  
 stände. S. 573.  
 XXIX. Ueber Creditinstitute. S. 580.  
 XXX. Von der Policeyaufsicht über öffentliche Treue  
 und Glauben. S. 593.  
 XXXI. Von den Vorkehrungen der Sicherheitspolicey  
 gegen Landstreicher. S. 604.  
 XXXII. Zum Geleitsrecht. S. 683.  
 XXXIII. Ueber das Eherecht der Armen. S. 692.  
 XXXIV. Von dem Auswanderungs-Rechte teutscher  
 Unterthanen. S. 710.  
 XXXV. Zum Recht der Gesundheitspolicey.  
 1. Von der Oberaufsicht über die Gesundheits-  
 policey. S. 732.  
 2. Physicate. S. 735.  
 3. Ueber die Begräbnisse in bewohnten Orten  
 und Kirchen. S. 752.  
 4. Ammenanstalten. S. 754.  
 5. Kuhpocken- Impfung. S. 755.

XXXVI.



- XXXVI. Zur häuslichen Policey. S. 757.  
 XXXVII. Zur Vormundschafts-Policey. S. 762.  
 XXXVIII. Zur Gefindepolicey. S. 770.  
 XXXIX. Zur Religionspolicey. S. 777.  
 XL. Zur Sittenpolicey. S. 810.  
 XLI. Zur Feuerpolicey. S. 815.  
 XLII. Zur Armenpolicey. S. 818.  
 XLIII. Zur Landwirthschaftspolicey. S. 820.  
 XLIV. Zur Handlungspolicey. S. 829.  
 XLV. Von den Anstalten zur unmittelbaren Policey-  
 aufficht und Untersuchung. S. 895.
-

---

## I:

### Giebt es ein Polizeyrecht?

---

Der Verfasser hat diese Frage bisher nicht aufgeworfen, weil er sie für unbezweifelt und unbestritten hielt. Ein angesehener Rechtsgelehrter, dessen Aeußerungen von zu großem Gewichte sind, als daß man sie mit Stillschweigen übergehen dürfte, sagt in einem vor kurzem erst erschienenen, im Ganzen sehr empfehlenswerthen Werke: „Man sollte gar nicht von einer Polizeygerichtsbarkeit sprechen, wie es denn kein — als besondere Wissenschaft oder besonderer Rechtstheil bestehendes — Polizeyrecht giebt. Staats- und Privatrecht werden ohne Noth in solche verschiedene Rechtstheile zersplittert, und Polizeywissenschaft mit Polizeyrecht verwechselt, und schädliche Wiederholungen veranlaßt.“ a)

Ed

a) Wönnner deutsches Staatsrecht S. 328. Note a S. 550.

v. Ergeß Pollechr. Bd. 4.

## 2 I. Gibt es ein Polizeerecht?

Es kann seyn, daß Bö n n e r andere Erfordernisse zur Begründung eines besondern Rechtstheils, als man bisher angenommen hat, bey dieser seiner Bemerkung voraussetzt, und mit dem Ausdrucke: besonderer Rechtstheil — einen andern, als den gewöhnlichen Begriff verbindet. Da er sich jedoch darüber nicht erklärt hat (was man auch bey dieser bloß gelegentlichen Bemerkung nicht erwarten kann); so bleibt nichts übrig, als bey der Prüfung seiner Meynung von dem gewöhnlichen Begriffe auszugehen.

Die verschiedenen Theile der Rechtsgelehrsamkeit werden durch einzelne aus den Gesetzen herausgezogene und in einen systematischen Zusammenhang gebrachte Grundsätze von Rechten und Verbindlichkeiten gebildet. Auf diese Art entstehen insonderheit auch besondere Rechte oder Rechtstheile, wenn man die auf gewisse Gattungen von Handlungen und Geschäften sich beziehenden rechtlichen Grundsätze zusammenstellt und abhandelt. Geschieht dieses in Rücksicht auf Policey; so entsteht ein besonderer Rechtstheil, das Polizeerecht genannt. Je größer der Umfang und je wichtiger der Inhalt der auf die Policey sich beziehenden Rechtsgrundsätze ist; desto mehr wird sich die Bildung eines besondern Rechtstheils aus denselben rechtfertigen lassen.

Das Polizeerecht hat überdies seine eigenthümlichen Quellen, die selbst die gesetzgebende Macht besonders bezeichnet und von

## I. Giebt es ein Polizeyrecht? 2

andern abgesondert hat. Das Kirchenrecht, das Lehnrecht, das peinliche Recht hat auf die Eigenschaft eines besondern Rechtstheils keine anderen und keine größeren Ansprüche, als das Polizeyrecht.

Wenn Gönner behauptet: es giebt kein Polizeyrecht; so kann das wohl nicht mehr und nicht weniger heißen, als: es lassen sich keine die Polizey betreffenden Rechtsgrundsätze systematisch zusammenstellen und abhandeln. Dieß ist aber so sehr unrichtig, daß Gönner es gewiß nicht hat sagen wollen.

Noch kein Rechtsgelehrter hat die Möglichkeit eines Polizeyrechts bezweifelt. Nur über den Umfang desselben sind sie nicht einig. Gewöhnlich wird es zum deutschen Privatrecht gerechnet, und als ein Inbegriff der durch die Polizeygesetze eines Landes bestimmten Grundsätze, nach welchen die Polizeysachen einzurichten und zu beurtheilen sind, betrachtet b).

In dem Handbuche des deutschen Polizeyrechts c) sind die sowohl die Polizeygegenstände selbst betreffenden, als auch die durch sie bestimmten Rechte und Verbindlichkeiten zusammengestellt,  
§ 2                      und

b) Vergl. Schott jurist. Encyclopädie, §. 206.  
Aunde deutsches Privatrecht §. 8. Tassinger  
über den Zweck des deutschen Polizey- und Cameralrechts. Tübingen 1787.

c) I. 16.

## I. Gibt es ein Polizeyrecht?

und mithin staatsrechtliche Grundsätze mit solchen, welche man gewöhnlich — vielleicht ohne zureichenden Grund — dem Privatrechte zueignet, verbunden, oder, wenn man will, vermischt. Diese Verbindung wird doch das Polizeyrecht nicht zu einem Umdinge machen? Nur allein dadurch erhält es Vollständigkeit, wenn es zeigt, nicht allein was die Polizeygewalt will, sondern auch was sie darf d).

Wenn es aber nun auch ein Polizeyrecht giebt; so sollte es doch, nach Gönners Meinung, keines geben. „Staats- und Privatrecht werden ohne Noth in solche verschiedene Rechtstheile zersplittert.“ — Der Verf. ist einer Zersplitterung der Hauptrechtstheile im akademischen Vortrag

d) Vergl. Taslinger jurist. Encyclopädie S. 320. Jurist. Liter. = Zei. 1799. Nr. 5. S. 34. Hier sagt der Recensent des Handb. d. deutsch. Polizeyrechts: „Rec., der die Polizeygewalt nebst den dieselbe betreffenden Rechten und Verbindlichkeiten zum Staatsrechte rechnet, kann sich unter dem Polizeyrechte nichts anderes, als lediglich die durch die Polizeygewalt bestimmten Rechte und Verbindlichkeiten denken. Indessen stimmt er mit dem Begriff des Verfassers überein, wenn von Entwerfung eines Polizeyrechts, als einer für sich bestehenden Doctrin, die Rede ist, indem sich hier die von der Polizeygewalt selbst geltenden Rechte und Verbindlichkeiten nicht wohl von den anderen trennen lassen, ja sogar zur Vollständigkeit es nöthig seyn möchte, manches aus der Polizeywissenschaft mit herbeizuziehen.“



## I. Siebt es ein Polizeyrecht? 5

trag selbst immer entgegen gewesen, und auch die Neigung mancher Schriftsteller, unbedeutende Dinge zu Gegenständen eines besondern Rechtstheils zu machen, hat er nie billigen können. Doch schienen ihm die Hühner-, Bienen-, Tauben-, und Hunderechte 2c. mehr lächerlich, als schädlich. Was hat es denn im Wesentlichen auf sich, wenn jemand ein Capitel aus irgend einem Rechtstheile aushebt, dasselbe so vollständig, als möglich abhandelt, und dann dem Werke einen Titel giebt, der sich mit — Recht endigt? und kann man einem Liebhaber nicht eben das in Ansehung eines gewissen Gegenstandes gönnen?

Diese Nachsicht bedarf aber das Polizeyrecht nicht. Sein Gegenstand, dessen Eigentümlichkeit, Wichtigkeit und Umfang legitimirt es hinreichend. Staats- und Privatrecht werden durch dessen besondere Behandlung nicht zersplittert. Es bleibt immer ein Theil des einen und des andern, und wird nur durch eigene Behandlung vollständiger und gründlicher bearbeitet. Der Proceß ist ein Theil des Staats- und des Privatrechts, wenigstens in der Art, wie er gemeiniglich vorgetragen wird, und insonderheit der Reichsproceß. Soll daraus auch kein besonderer Rechtstheil gebildet werden? Was aus dem Grunde der Zersplitterung gegen das Polizeyrecht angeführt werden kann, das würde bey genauerer Prüfung fast gegen alle besondere Rechtstheile gelten.

## 6 I. Gibt es ein Polizeyrecht?

„Policeywissenschaft wird mit Polizeyrecht verwechselt.“ Das wäre freylich tadelnswerth. Aber wenn man nur das, was rätlich ist, von dem, was recht ist, unterscheidet; so wird eine Verwirrung nicht leicht zu besorgen seyn. Zur Einleitung, zur Vorbereitung, zur Erläuterung wird man in dem Polizeyrechte die Policeywissenschaft mit Nutzen gebrauchen können; daraus braucht keine Verwechslung zu entstehen. Und wie, wenn manche Rechtsgelehrte durch diesen Gebrauch der Policeywissenschaft im Polizeyrechte jene, die sie so oft brauchen und so selten lernen, genauer kennen lernten? Dieser Nebenvortheil ließe sich doch wohl ohne Schaden mitnehmen? Der Verfasser gesteht, daß er ihn bey seiner Arbeit mit bezweckt hat.

Endlich: „schädliche Wiederholungen werden veranlaßt.“ Auch das mag vom academischen Vortrage gelten, und vielleicht ließe sich doch selbst dabey noch zweifeln, richtig bearbeiteten in so viele finden lassen sich schädlich besorgen, da „übrigens bestanden ganz bestimmnet, und ihre besonderer Bezie- gegenstand allem Schaden völlig vorbeugen wird. Daß übrigens vor-

vorzüglich das Polizeyrecht im engeren Sinne <sup>e)</sup> zu Wiederholungen nicht viele Veranlassung darbietet, kann man schon daraus abnehmen, weil man es in keinem andern Rechtstheile vollständig und ausführlich abgehandelt findet; und wenn es vielleicht jetzt mehr, als sonst, geschieht, so dürfte wohl die eigene Behandlung des Polizeyrechts, als besonderer Rechtstheil, einiges dazu beygetragen haben.

e) Handb. I. 28.

## II.

## Ueber den Begriff der Policey.

Bei dem Entwurfe des Polizeyrechts war es unstreitig wesentliches Bedürfniß, vor allen Dingen den Begriff der Policey nach Möglichkeit zu berichtigen, weil außerdem der Umfang ihres Wirkungskreises nach Rechtsgrundsätzen nicht bestimmt werden konnte a). Zwar ist diese Schwierigkeit weniger in die Augen fallend, sobald man zu den einzelnen Gegenständen der Policey und ihrer Wirksamkeit übergeht; im Ganzen aber behält doch immer die Frage ihr volles Gewicht: wenn wir nicht genau wissen, was die Policey ist, wie können wir genau bestimmen, was sie darf?

In dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts b) ist eine kurze Uebersicht der merkwürdigen

a) M. Handbuch des teutschen Polizeyrechts I. 3.

b) I. 4 f.

## II. Ueber den Begriff der Policey. 9

digsten Beschreibungen der Policey gegeben, was zu hier zuörderst noch eine kleine Nachlese geliefert werden soll.

Außer Jung hat wohl kein Schriftsteller den Begriff der Policey weiter ausgedehnt, als Wedekind c), welcher behauptet, daß die Policeygewalt eben so viel Aeste habe, als es Zweige der Regierungsgeschäfte giebt; daß daher die Policeygewalt sowohl auf die äußern als innern Angelegenheiten sich erstrecke, und in der ersten Hinsicht wird der immerwährende Aufenthalt der Gesandten bey fremden Staaten, das (verloren gegangene) System des allgemeinen politischen Gleichgewichts, die sogenannte bewaffnete Neutralität u. s. w. zu den Policeyanstalten gerechnet. Nach ihm ist die Policeygewalt dasjenige besondere Hoheitsrecht, welches sich damit beschäftigt, allem, was sich der Ausführung der Mittel, die der Staat zur Erreichung seines letzten Endzweckes als nothwendig erkannt hat, widerseht, die kräftigsten Hindernisse in den Weg zu legen, und es, soviel möglich, zur Uebereinstimmung mit den gewählten Mitteln geschickt zu machen. Sie sucht demnach nicht nur einem Jeden, der dem Staate mit Pflichten verbunden ist, den Willen und das Vermögen zu benehmen, dieselben zu verlegen, sondern gibt auch die Mittel an die Hand, einen Jeden, so viel möglich, zur freiwilligen Beobachtung dieser Pflichten zu bringen.

### § 5

c) in seiner kurzen systematischen Darstellung des allgemeinen Staatsrechts, S. 43. 44.

## 10 II. Ueber den Begriff der Policey.

Man sieht leicht, daß das Eigenthümliche in dieser Beschreibung nicht allein in der Ausdehnung der Policey auf alle Gegenstände der Regierungsgewalt, sondern auch, und wohl vorzüglich, in der bestimmten Rücksicht auf Hindernisse des Staatszwecks und deren Hinwegräumung, liegen soll. In dieser letztern Beziehung würde sich eine ziemliche Uebereinstimmung mit dem in dem Handbuche des deutschen Polizeyrechts d) angenommenen Begriffe der Policey finden, wornach sie in der Sorgfalt der höchsten Gewalt besteht, künftige gemeinschädliche Uebel im Innern des Staats zu verhüten und abzuwenden. Allein nach Bedekind's Ideen wirkt die Policey auch auf die äusseren Angelegenheiten, und in Ansehung der innern nicht bloß auf die Unterthanen, sondern auch auf die Regierungsgewalt selbst. Wie sehr sie hiedurch mit äusserer und innerer Politik ineins zusammenfließt, ist unmöglich zu verkennen. Auch würde sich ohne große Mühe jeder Zweig der Staatsgewalt unter diese Beschreibung bringen lassen. Sie enthält das Eigenthümliche der Polizeygewalt, wodurch sie von jedem andern Hoheitsrechte geschieden wird, offenbar nicht.

Noch unbestimmter scheint der Begriff der Policey zu seyn, den Klein aufgestellt hat e). Er fängt mit der Policey im engeren Sinne an, wel-

d) I. 14.

e) Grundsätze der natürlichen Rechtswissenschaft, §. 521 f.

welche sich mit Hinwegräumung der Hindernisse und Mißbräuche der Rechte beschäftigen soll. Abgerechnet, daß die Ausdrücke nicht richtig gewählt sind, indem eigentlich von Hindernissen der Ausübung der Rechte die Rede ist; so gilt wohl das, was hier von der Policey gesagt wird,

erlichen und peinlichen  
wird nur gleichsam im  
gegenstand der Policey  
heißt: „Auch die na-  
es freyen Gebrauchs des  
die Policeygewalt hin-

Unter der Policey im

1, neben der im engern

Sinne, auch die Sorge für die Wohlfahrt des Landes begriffen seyn. Es bedarf wohl keiner weitläuftigern Ausführung, wie wenig dieß Alles einer richtigern Bestimmung des Begriffes der Policey näher bringt.

Ben sen <sup>1)</sup> findet den eigenthümlichen und besondern Zweck der Policey in der Unterstützung, welche der Staatsbürger, der durch eigene Kraft sich nicht helfen kann, von dem Staate zu verlangen berechtigt ist, um Uebel, welche der Sicherheit gefährlich werden können, zu verhüten, und, wenn sie wirklich eingetreten sind, zu sorgen, daß sie den möglichst kleinsten Schaden anrichten. Daß unter den

Ges

<sup>1)</sup> Versuch eines systematischen Grundrisses der reinen und angewandten Staatslehre. Zweyte Abtheilung S. 10. 11.



## 12 II. Ueber den Begriff der Policey.

Gefahren der Sicherheit auch die natürlichen Unglücksfälle verstanden sind, zeigt die Folge. Denn, nachdem diese Bezeichnung des eigenthümlichen Zweckes der Policey vorausgeschickt ist, heißt es weiter: „Alle Anordnungen und Einrichtungen also, welche von Seiten der höchsten Gewalt, in angegebener Hinsicht, gemacht und getroffen werden müssen, um den Staatsbürgern öffentliche Sicherheit im Innern zu verschaffen, welche sie gegen die aus den widersprechenden Neigungen ihrer Mitbürger und aus den willenlosen Kräften der Natur wirklich entstehenden oder auch nur möglichen Störungen ihrer äußern und innern Gemächlichkeit und zur Erleichterung des Genusses ihrer Rechte sich selbst zu geben nicht im Stande sind; begreift man unter dem Namen der Policey.“

Hiernach verliert sich die Criminalgewalt völlig in der Policey. Denn, wenn man auch den Streit über den Zweck der Strafgesetze bey Seite setzen will; so ist es doch grade die Criminalgewalt, welche, freylich ohne die Policey ganz auszuschließen; alsdann, wenn die Sicherheit wirklich gefährdet wird, hinzutreten muß, um weitere Verletzungen derselben zu verhindern. Und was wird unter den aus den Neigungen der Mitbürger entstehenden Störungen der Gemächlichkeit verstanden? Wird nicht die Gemächlichkeit in dieser Hinsicht ganz vorzüglich gestört, wenn Verbrechen unternommen oder gar ausgeführt werden? Was hat die öffentliche Sicherheit,



## II. Ueber den Begriff der Policey. 13

herheit, im gewöhnlichen, natürlichen Sinn des Wortes, mit den willenslosen Kräften der Natur zu thun? Ohne daher den so sichtbaren Mangel der Bestimmtheit von Klarheit des Ausdrucks zu rügen, und ohne in eine genaue Zergliederung der Bensenschen Beschreibung einzugehen, wird man sich schon überzeugen können, daß durch sie die schwierige Aufgabe nicht gelöst ist.

Aber auch der Begriff, welcher in das Handbuch des teutschen Polizeyrechts, nicht ohne einiges Mißtrauen g), als noch zur Zeit der beste, aufgenommen wurde, hat einem gerechten Tadel nicht entgehen können. Ein Gelehrter, der in dem Fache der Policey mit einer gründlichen Theorie eine ausgebreitete wohlthätige Praxis verbindet: der Freiherr von Dras, zu Rastatt, hat jene Definition einer ausführlichen Prüfung unterzogen h) und ihre bisherigen Vertheidiger überzeugt, daß sie für völlig befriedigend nicht gehalten werden möge.

Im Wesentlichen mit Pütter i) übereinstimmend, ist er bisher der Meinung gewesen, man könne die Policey als denjenigen Theil der Staatsregierung betrachten, welcher in der Anwendung jedes erlaubten und zweckmäßigen Mittels

g) S. I. 14.

h) in den Blättern für Policey und Cultur; Jahrgang 1803. St. 7. S. 576 f.

i) Inst. iur. pub. S. 331.

## 14 U. Ueber den Begriff der Policey.

tels besteht, die Hindernisse und Gefahren der Sicherheit und der Wohlfahrt der Staatsbürger abzuwenden, oder, mit andern Worten, in der Sorgfalt der höchsten Gewalt, künftige gemeinschädliche Uebel im Innern des Staats zu verhüten und abzuwenden k). Jedes Wort beynahe wurde hier als Unterscheidungszeichen der Policey angesehen: Verhütung und Abwendung — Uebel — im Innern des Staats — künftig, — gemeinschädlich. Dadurch sollte das Eigenthümliche der Policey bestimmt und vollständig herausgehoben seyn.

Der Freiherr von Dräis tadelt zuvörderst die Beschränkung der Policey auf Abwendung von Uebeln; eines Theils — weil ihr Wirkungskreis in der Theorie ohne Grund zu sehr beengt würde; andern Theils weil derselbe in der Praxis in der That größer ist. Er hat Recht. Denn der Grund: „weil positive Beförderung der Glückseligkeit nicht erzwungen werden kann und darf, also auch nicht Gegenstand irgend eines Zweiges der Staatsgewalt seyn kann“, ist falsch. Wie manche wohlthätige Einrichtung und Anstalt überläßt nicht die Policey dem Gebrauche der Staatsbürger oder bietet sie ihm an, ohne daß an Zwang dabey zu denken wäre! Auch der Sprachgebrauch erlaubt nicht, viele wohlthätige Anordnungen und Anstalten  
der

k) Handbuch des deutschen Polizeyrechts I. 12.

## II. Ueber den Begriff der Policey. 15.

der Policey dem Zwecke der Verhütung oder Abwendung gemeinschädlicher Uebel zuzuschreiben, wie solches in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts, und zwar dieses allerdings nicht ohne einigen Zwang, geschehen ist. Sehr richtig sagt der Freiherr von Traitz: „Eine Menge Landesverbesserungs-Anstalten können, ohne der Sprache und den Begriffen offenbar Gewalt anzuthun, und ohne jeden Zustand ein Uebel zu nennen, wenn er nicht schon gerade das höchste Gut ist — unmöglich unter die Abwendung von gemeinschädlichen Uebeln gezählt werden.“

Auch die Beschränkung der Policey auf das Gemeinschädliche wird, nicht mit Unrecht, getadelt. Die Policey muß Manches thun, wodurch nur von dem Einzelnen Schaden abgewendet wird, z. B. gestohlene, oder verlorne Sachen dem Eigenthümer wieder zu verschaffen suchen, den Trunkenbold, der auf der Straße liegt, in Sicherheit bringen, u. d. m. und darum, weil es schlimmer wäre, wenn nicht jedem Einzelnen in solchen Fällen geholfen würde, auch hier Abwendung gemeinschädlicher Uebel zu finden, erlaubt allerdings die eigenthümliche Bedeutung des Wortes „gemeinschaftlich“ nicht.

Mit gleichem Recht wird der Beysatz: künftige Uebel, verworfen. Eines Theils wirkt die Policey offenbar auch gegen gegenwärtige Uebel, und es ist nicht richtig gesprochen, wenn man sagt: das Löschen eines gefährlichen Feuers sey nur Abwendung eines künftigen Uebels,

bels, damit heimlich das Feuer nicht weiter um sich greife. Andern Theils läßt es sich nicht läugnen, was der Freiherr von Drais auch insbesondere bemerkt, daß man eben so gut von der Criminal-Justiz; ja selbst von der Civil-Justiz unter gewissen Umständen sagen könne, sie wende die künftige Uebel ab. Bey jener ist dieß ohnehin der Fall, sobald man annimmt, der Zweck der Strafgesetze (der Strafbedrohung) sey Abschreckung, und der der Strafanwendung und Vollziehung (der Strafe selbst) Sicherstellung des Gesetzes gegen Nichtachtung durch Erfüllung der Drohung in vorkommenden Fällen.

Aber wie nun weiter? Der Freiherr von Drais hält dafür, es sey genug, wenn man davon ausgehe, zu bestimmen, was die Policey nicht ist. Er glaubt, man müsse sich mit einer negativen Definition begnügen, und führt Strubens Definition der Regierungssachen, die aber nicht bloß deswegen, weil sie negativ ist, nichts taugt, zum Beispiel und zur Rechtfertigung an. Auf diesem Wege also wird die Policey nach einer genauen Aufzählung der Gegenstände der Staatsverwaltung in allen ihren mannigfaltigen Beziehungen 1), von den übrigen besondern Hoheitsrechten, oder den bestimmten Zweigen der Staatsverwaltung, abgesondert.

Dieß vorausgesetzt, heißt es nun, zur unmittelbaren Begründung der neuen Definition:  
„Ein

1) Blätter für Policey und Cultur a. a. O. S. 502. f.

„Einmal wissen wir, daß die Policey in ihrem ersten und Hauptfihn sich nicht auf die Staatsverfassung, nicht auf die innere Organisation, auch nicht auf die Handhabung dieser Integrität des Staats und seiner Theile, noch auf die Staatsverwaltung in irgend äußern Angelegenheiten, sondern auf die Verwaltung im Innern bezieht. Zum andern wissen wir, daß im Innern die öffentlichen Veranstellungen für Religion und für Cameralsach, so wie für Criminal- und Civil-Justiz, eigene, auch wissenschaftlich eigene Fächer der Administration bilden. Alle nicht dahin gehörigen Supplemente nun in der Veranstellung für Menschenwohl machen das Policeyfach aus, oder, die Policey, im weitern Sinne des Worts, ist derjenige Theil der nicht-gerichtlichen executiven Staatsgewalt im Innern, welcher, ausser den kirchlichen und Cameral-Gegenständen, die anderweitigen Vorkehrungen für Menschenwohl begreift.“

Wenn nun gleich diese Definition bloß negativ ist; so scheint sie doch zur richtigen Bezeichnung des Begriffs, und vorzüglich, eben weil sie negativ ist, zur genauen Absonderung der Policeygewalt von den übrigen Hoheitsrechten brauchbarer zu seyn, als irgend eine andere bisher versuchte Beschreibung der Policey. Allein ganz genügend dürfte sie doch, bey strengerer Prüfung, auch nicht befunden werden.

## 18 II. Ueber den Begriff der Policey.

Nach der gewöhnlichen Einteilung der Hoheitsrechte wird man die Policey nicht bloß als einen Theil der *executiven* Staatsgewalt ansehen können. Daß sie nicht-gerichtlich sey, — dieß scheidet sie wohl von der Justizgewalt am deutlichsten, obgleich, wenigstens beym ersten Anblick, der Gedanke an Policey gerichte irre machen könnte. Aber die ausgeschlossenen kirchlichen und Cameral- Gegenstände sind nur in so fern dem Wirkungskreise der allgemeinen Policey entzogen, als sie den Consistorien und Cammern ausschließlich zugetheilt sind, und in diesem Falle haben doch auch die Consistorien und Cammern die Policey in Ansehung jener Gegenstände zu besorgen. Haben wir nicht eine Kirchen- und Schulpolicey; Forst- Jagd- Bergwerks- Policey?

Man muß also schon eine ausführliche Kenntniß aller andern Hoheitsrechte und ihrer Grenzscheidung mit sich bringen, wenn man jene Definition der Policey recht verstehen soll, und man muß gerade das System ihres Verfassers wissen, um nicht in mancher Hinsicht ungewiß zu bleiben.

Deßwegen verdient sie aber nicht, gänzlich verworfen zu werden. Sie führt unstreitig zur Berichtigung des Begriffes der Policey. Da diese keinen ihr eigenthümlichen Gegenstand hat, wie die Justiz- die Cameral- die Militär- gewalt &c. so scheint es zweckmäßig, ja nothwendig zu seyn, ihre Verschiedenheit von den in dieser Hinsicht bestimm-



## II. Ueber den Begriff der Policey. 19

bestimmten Zweigen der Staatsgewalt negativ zu bezeichnen; und da sie überall suppletorisch wirkt, wo die andern Zweige der Staatsgewalt wegen ihrer Beschränkung auf einen gewissen Gegenstand nicht hinreichen, so wird diese ihre eigenthümliche Wirksamkeit vorzüglich herausgehoben werden müssen.

Uebersehen darf man dabey nicht, daß es immer zu ihrem Hauptzweck gehört, im Allgemeinen Schaden und Nachtheil abzuwenden, da dieß bey andern Regierungsrechten nur in Ansehung der ihnen eigenen, besondern Gegenstände der Fall seyn kann. Auch dadurch unterscheidet sich die Policey von den übrigen Theilen der Staatsgewalt so bestimmt und unverkennbar, daß bey der Darstellung eines Begriffes derselben diese ihre eigenthümliche Wirksamkeit nicht übergangen werden sollte.

Vielleicht könnte man also sagen, die Policey sey derjenige Theil der Staatsgewalt, welcher nicht nur im Allgemeinen für die Verhütung und Abwendung gemeinschädlicher Uebel im Innern des Staats Sorge trägt, sondern auch die Sicherheit und Wohlfahrt der Staatsbürger in allen Fällen, wo die andern besondern Zweige der Staatsgewalt ihrer eigenthümlichen Bestimmung noch nicht wirksam sind, zu befördern sucht.

## 20 II. Ueber den Begriff der Policey.

Lafinger hat in seinen Lehrsähen des Naturrechts m) diese Beschreibung der Policey, besonders den zweiten Theil derselben, sehr einleuchtend vorbereitet, nachher aber doch eine allgemeiner Definition aufgestellt, die wohl nicht hinreichend seyn dürfte. „Da der Staat, sagt er, nicht bloße Anstalt zur Sicherheit, sondern auch zur Beförderung des der Sittlichkeit angemessenen allgemeinen Wohls ist; so ist die pflicht- und rechtmäßige Wirksamkeit der höchsten Gewalt, welche die Verwalterin desselben ist, noch lange nicht erschöpft, wenn gleich die auswärtigen Angelegenheiten besorgt, das Cameralwesen geordnet, das Mein und Dein des Einzelnen und das Recht des Ganzen gegen Verbrecher durch Gesetze und Gerichtsverfassung gesichert sind. Noch eine Menge von Gegenständen ist im Staate vorhanden, welche alle eine beständig wachsame Thätigkeit zu Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wohls erfordern. Dieser ganze Umfang größerer und kleinerer Regierungsgeschäfte, welche noch ausser jenen genannten Gegenständen auf unmittelbare Erhaltung und Beförderung allgemeiner Ordnung und Wohlfahrt sich beziehen, sind das Object der Policeygewalt, welche in der Befugniß der höchsten Gewalt besteht, unmittelbare Anstalten für öffentliche Sicherheit und für das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft zu treffen.“

Auch hier wird man das Eigentümliche der Policey nicht hinreichend bezeichnet finden.

Die

m) S. 136. §. 369. 370.



## II. Ueber den Begriff der Policey. 21

Die Criminalgewalt sorgt, so gut wie die Policey, nur in beschränkterer Mase, unmittelbar für Erhaltung allgemeiner Ordnung, und auch sie trifft unmittelbare Anstalten für öffentliche Sicherheit. Die Policey trifft nicht bloß Anstalten für öffentliche Sicherheit und allgemeines Wohl: sie ist für beide auch auf jede andere zweckmäßige Art wirksam und thätig.

---

Die vorstehende Abhandlung sollte eben abgedruckt werden, als Gönner's deutsches Staatsrecht in die Hände des Verfassers kam. Die Gedanken eines so kenntnißreichen, scharfsinnigen und gründlichen Gelehrten über den Begriff der Policey können nicht anders, als höchst interessant seyn, und der Verfasser eilte, sich mit denselben bekannt zu machen. Wenn sie ihm nicht völlig befriedigend erscheinen, so liegt der Grund davon ohne Zweifel darinn, daß er sich von der Richtigkeit der Gönnerschen Einteilung der Hoheitsrechte nicht überzeugen kann. Denn vereinigt man zwey von Gönner aufgestellte Hoheitsrechte in das eine der Policeygewalt; so wird der oben angenommene Begriff der Policey im Wesentlichen damit übereinstimmen.

Gönner verwirft die Einteilung in allgemeine und besondere Hoheitsrechte, ob sie gleich in der Natur der Sache gegründet, und für die Klarheit der Begriffe, so wie für die Leichtigkeit der Uebersicht, unentbehrlich ist.

## 22 II. Ueber den Begriff der Policey.

Die G ö n n e r s c h e Classification der Hoheitsrechte <sup>\*)</sup>, in welche die Definition der Policeygewalt aufs engste verwebt ist, ist folgende:

- 1) Repräsentativ-Gewalt.
- 2) Oberaufsichende Gewalt.
- 3) Anordnende Gewalt.
- 4) Richterliche Gewalt; wodurch jedem sein Recht durch den unparteyischen Ausspruch des Richters hoheitlich bestimmt wird.
- 5) Policeygewalt, welche die Sicherheit erhält in Fällen, wo die richterliche Gewalt nicht wirken kann.
- 6) Die vollziehende Gewalt.
- 7) Die Strafgewalt.
- 8) Die Militärgewalt.
- 9) Das Regierungsrecht im Wohlfahrts-Fach, nachher die Staatswirthschafts-Gewalt genannt.

Als Mittel zum Zweck folgen hierauf: Das Recht der Dienste und Würde, und die Finanzgewalt.

Die Policeygewalt wird also begründet <sup>\*\*) :</sup>  
„Der Richter kann nur das Recht aus den für  
„das berechnete Individuum sprechenden Gründen,  
und

\*) G ö n n e r deutsches Staatsrecht S. 422 f.

\*\*) a. a. O. S. 424.

## II. Ueber den Begriff der Policen. 23

„und nur nach dessen Verlangen schützen, folglich stellt die richterliche Gewalt allein die nothwendige Sicherheit in jenen Gegenständen nicht her, welche nach ihrem gemeinschädlichen Einfluß außer der Disposition eines Privaten liegen.“ Diese Lücke also soll die Polizeygewalt ausfüllen.

Eine reine, bestimmte, deutliche Definition sucht man hier, wie fast überall in dem vorliegenden Werke, vergeblich. Daß bloß von der Civil-Justiz die Rede ist — von dem Schutze aus den für das berechnigte Individuum sprechenden Gründen, und auf und nach dessen Verlangen — ist klar. Ist aber derjenige, welcher in einzelnen Fällen die Straf Gewalt handhabt, nicht auch Richter? und steht sein Amt nicht in weit näherer Verbindung mit der Polizeygewalt, als die richterliche Gewalt, wie sie G ö n n e r beschreibt, d. h. die Civil-Justizgewalt?

Selbst die Gegenstände, die G ö n n e r der Polizeygewalt anweist, — Sicherheit des Staatsvereins, des Lebens der Bürger, der Ehre, des Eigenthums, der Moralität, — haben mit jener richterlichen Gewalt wenig oder nichts zu thun.

Die Erhaltung der Sicherheit durch die Polizeygewalt scheint also damit in keiner wesentlichen und unmittelbaren Verbindung zu stehen, folglich auch darauf, daß die Polizeygewalt der

## 24 II. Ueber den Begriff der Policey.

richterlichen — in der angegebenen Art — gleichsam zur Aushülfe dienen soll, rechtlich nicht begründet werden zu können. Es kann daher auch diese Deduction der Policeygewalt als richtig und zutreffend nicht anerkannt werden.

Indessen ist wenigstens die zum Grunde liegende Idee nicht völlig unrichtig, insofern durch die Policeygewalt die Sicherheit erhalten werden soll, in Fällen, wo die richterliche Gewalt nicht wirkt. Nur müßte jener enge Begriff der richterlichen Gewalt erweitert, und übrigens die Policey nicht allein auf die Erhaltung der Sicherheit beschränkt werden.

Es ist im positiven Staatsrecht zwar nothwendig, daß man eine richtige, aus dem natürlichen Staatsrechte hergenommene Classification der Hoheitsrechte zum Grunde lege, und bey dieser ist die Terminologie so ziemlich gleichgültig; man kann dabey Neuerungen, die nicht gerade Verbesserungen sind, wohl hingehen lassen, wenn ein Schriftsteller sich nicht lieber an die gewöhnlichen, allgemein verständlichen Ausdrücke halten will. Aber im positiven Staatsrecht müßte der Schriftsteller doch hauptsächlich sein Augenmerk darauf richten, was einmahl nach dem Sprachgebrauche der Regierungen und der öffentlichen in die Staats-Verfassung oder Verwaltung einschlagenden Urkunden unter diesem oder jenem Hoheitsrechte verstanden zu werden pflegt. Danach müßte er den Begriff desselben bilden, und nur sich bemühen, überall eine möglichst richtige und

## II. Ueber den Begriff der Policey. 25

und genaue Grenzlinie zu ziehen. Nun ist gewiß kein Staat in Deutschland, wo man der Policeygewalt nicht einen ausgedehnten Zweck, als die Abwendung der Gefahren und Hindernisse der Sicherheit ist, beylegte, und gemeiniglich beschäftigt sie sich auch mit allem dem, was wir unter der Benennung: Wohlfahrts-Policey zusammen fassen, und was Gönner seinem Regierungsrechte im Wohlfahrtsfache, nachher Staatswirthschafts-Gewalt genannt, zuweist. Daß auf alle Fälle diese Benennung weniger passend ist, als Wohlfahrtspolicey, wird vollkommen einleuchten, wenn man erwägt, was alles darunter begriffen seyn soll.

Das Regierungsrecht im Wohlfahrtsfache nehmlich, oder die Staatswirthschafts-Gewalt, soll ihre Aufmerksamkeit und Thätigkeit auf diejenigen Gegenstände richten, welche den Zustand des Staats in den (durch die?) Individuen vollkommener machen. „Dieser, heißt es dann weiter, hängt ab „A) von der Bevölkerung, B) von der moralischen „und intellectuellen Cultur der Bürger, C) vom „National-Reichthum: 1) durch Erzeugung und „Gewinnung roher Naturproducte, 2) durch ihre „Veredlung mittelst der Gewerbe und Fabriken; durch Handel. Die Regierungsgewalt „im Wohlfahrtsfache erstreckt sich demnach über „alle diese Gegenstände, so fern der Staat durch „Anstalten für bildende Künste und Wissenschaften, für Tugend und Religion, für Landwirthschaft, Bergbau, Fabriken und Handlung, „durch Schifffahrt, Wege, Zoll, Münzen, Posten

B 5

## 26 II. Ueber den Begriff der Policey.

„ken und vergl., allemahl aber ohne Zwang zu  
„ihrem Gebrauch für die Staatswohlfahrt, und  
„für die Individuen nur nach objectiven, niemahls  
„nach subjectiven Rücksichten, thätig ist.“

In der Ausführung findet man unter andern auch das in Deutschland geltende Zollrecht behandelt, welches, wenigstens nach seiner gewöhnlichen Beschaffenheit, schwerlich Jemand im Wohlfahrtsfache suchen würde, und wobey es auch wenigstens ohne Zwang nicht abzugehert pflegt. Unter der Rubrik der Staatswirthschaft steht es ganz gut; dahingegen möchten wohl dieser die moralischen und intellectuellen Künste der Staatsbürger lieber nicht angewiesen werden.

Doch — Gönner nimmt Staatswirthschaft nicht in der gewöhnlichen Bedeutung, sondern versteht darunter die Regierungsgewalt im Wohlfahrtsfache, oder, wie wir es nennen, die Wohlfahrts-*Policey*. Ob nun diese Trennung der beiden Zweige der *Policey*gewalt und die neue Terminologie Nutzen gewähre und Beyfall verdiene, dürfte wohl mit Recht bezweifelt werden.

Ausserdem scheint Gönner die *Policey*gewalt auch bloß allein darauf zu beschränken, was eigentlich der niedern und Local-*Policey* zugehört. „Ihrem Begriffe nach, sagt er, unter-  
„scheide sie sich von der Gesetzgebung im *Policey*-  
„fache dadurch, daß ihre Thätigkeit sich allemahl  
„beschränkt auf etwas Locales oder Indiv-  
„viduellen, doch aus gemeingültigen Grün-  
„den und um etwas Gemeinschädliches zu beseiti-  
„gen,



„gen, sich äußert.“ Weiter unten, in der siebenten Abhandlung, findet sich eine genauere Beschreibung der hohen und niedern Policey, welche der Verfasser mit diesem Sage Gönner zu vergleichen bittet, der selbst mit den von Gönner aufgeführten Gegenständen der Policey Gewalt sich nicht wohl vereinigen läßt.

Die Sicherheit des Staatsvereins  
ähnlich soll erreicht werden; 1) durch Aufsicht  
auf Fremde, 2) gegen aufrührische Schriften,  
3) gegen geheime Verbindungen, 4) gegen ruhe-  
störende Auftritte, 5) gegen Anlockungen zu  
Auswanderungen; die Sicherheit des Le-  
bens der Bürger: 1) durch Patrouillen  
und Wachen, 2) bey Epidemien, 3) durch Ver-  
bot des Verkaufs lebensgefährlicher Waaren,  
4) durch Aufsicht auf die zum Verkauf ausgesetzte  
Lebensmittel, 5) durch Hinwegräumung schädli-  
cher Thiere, oder lebensgefährlicher Gebäude;  
die Sicherheit der Ehre: durch Vernichtung  
ehreverletzender Schriften oder Gemälde; die  
Sicherheit des Eigenthums 1) durch  
Nachwachen, 2) Anstalten gegen Feuergefahr,  
3) Aufhebung der Vagabunden: 4) Armenan-  
stalten, 5) Rettungsanstalten bey Wasser-  
gefahr, 6) Aufsicht gegen Betrug und Wucher, 7) beson-  
ders bey öffentlichen Gewerben auf Taxen, Maß  
und Gewicht; die Sicherheit der Morali-  
tät; 1) durch  
Menschen, 2) e-  
auf Sittlichkeit, störende  
n schändlicher Schriften  
und Gemälde, it auf den Unterricht.  
Es ist nicht it, über Vollständigkeit  
und Anordnun- er sich hier manches sa-  
gen

## 28 II. Ueber den Begriff der Policey.

gen ließe, ein Urtheil zu fällen. Soviel leuchtet deutlich in die Augen, daß, nach dem angegebenen Umfang ihrer Gegenstände und Mittel, die Policeygewalt ihre Thätigkeit nicht, wie G ö n n e r will, immer bloß auf etwas Localem oder Individuellem äußern kann.

Uebrigens sind hier Gefahren der Sicherheit, welche in bösem Willen oder Fahrlässigkeit der Menschen ihren Grund haben, und solche, welche durch natürliche Ereignisse und zufällige Umstände herbegeführt werden, neben einander gestellt, wodurch das Wort Sicherheit eine doppelte Bedeutung erhält, und der Begriff des ursprünglichen und unmittelbaren Zweckes der Staatspolicey verdunkelt wird. \*)

Der Verf. hält sich überzeugt, daß überhaupt der Begriff der Policey und Policeygewalt dadurch unbestimmt wird, wenn man nicht darauf achtet, daß die Policeygewalt ein b e s o n d e r e s Hoheitsrecht ist, welches seinen eigenthümlichen Gegenstand hat, auf welchem die allgemeinen Hoheitsrechte durch jenes sich wirksam äußern, und woraus von selbst folgt, daß in der Policeygewalt diese allgemeinen Hoheitsrechte, angewandt auf den Zweck und die Gegenstände der Policey, also die Policey-Aufsicht, Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtbarkeit, nothwendig enthalten seyn müssen. \*\*) Da G ö n n e r den Un-

\*) Handbuch I. 209. 210.

\*\*) Das. E. 15. 16.



terschied zwischen allgemeinen und besonderen Hoheitsrechten gänzlich verwirft, und überdies von der richterlichen Gewalt einen ganz eigenen Begriff angenommen zu haben scheint; so läßt es sich leicht erklären, warum er auch eine Policeygerichtbarkeit nicht gelten lassen will \*), obgleich in den meisten teutschen Staaten Policeygerichte wirklich existiren, und bey der Handhabung der Policey von den dazu bestellten Behörden in sehr vielen Fällen gerade dasjenige geschieht und geschehen muß, was dem gewöhnlichen Begriffe der beurtheilenden und richterlichen Gewalt entspricht.

\*) S. die erste Abhandlung.

---

### III.

#### Ueber den subsidiarischen Gebrauch der römischen Polizeygesetze in Deutschland.

---

Man hat gegen den in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts<sup>a)</sup> vertheidigten subsidiarischen Gebrauch der römischen Polizeygesetze hauptsächlich das eingewendet: daß die Polizeygesetze überhaupt sich gar zu sehr nach den Verhältnissen des Ortes und der Zeit, nach den eigenthümlichen Sitten und Bedürfnissen eines Volkes, eines Landes, oder einer Stadt richten müßten, und daß der Römer Zeiten und Sitten zu weit von uns entfernt seyen, als daß von ihrer Polizeygesetzgebung für uns eine nützliche Anwendung zu hoffen wäre.

Diese Bedenkllichkeiten treffen aber zum Theil auch die bürgerlichen, und noch mehr die peinlichen Gesetze der Römer; und dennoch wird der subsidiarische Gebrauch, selbst der letztern, nicht

a) I. 61 f.

nicht bezweifelt. Da die römischen Gesetze ihrem ganzen Umfange nach in Deutschland aufgenommen sind; so sind auch die Polizeygesetze darunter begriffen, und es kommt bloß darauf an, ihren practischen Gebrauch näher zu bestimmen.

Ein geschickter junger Rechtsgelehrter hat dieses auf meine Veranlassung versucht und zugleich nach der in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts beobachteten Ordnung die noch brauchbaren Polizeygesetze zusammengestellt b), was vorher nur von Claprotß, jedoch in anderer Absicht und daher nicht so vollständig, und ohne Rücksicht auf den practischen Gebrauch, geschehen war c).

Da kleine academische Schriften selten in allgemeinen Umlauf kommen; so wird ein kurzer Auszug aus der Arnoldischen Dissertation, nebst einigen Bemerkungen zu derselben, hier nicht unzwecmäßig seyn.

Es versteht sich zuvörderst von selbst, daß der Gebrauch der römischen Polizeygesetze lediglich subsidiarisch ist und also nur dann stattfindet, wenn Provincial- und Reichsgesetze \*) fehlen.

b) Eberh. Lud. Frid. Arnold. Diss. inaug. de legum romanarum, quae politiam spectant, usu hodierno. Gott. 1800.

c) Claprotß Einleitung in die sämmtlichen summarischen Prozesse §. 2. Note 1.

\*) Die besonders hier so wichtigen Local-Gesetze müssen unter den Provincial-Gesetzen mit verstanden werden.

### 32 III. Ueber den heutigen Gebrauch

ten. Sodann kann auch ohnehin ein römisches Polizeygesetz, welches sich auf eigenthümliche Einrichtungen der Römer, bezieht, die wir gar nicht, oder wenigstens in der Art nicht haben, bey uns keine Anwendung finden. Auch dürfen unsere eigenthümlichen Einrichtungen nicht nach römischer Form gemodelt werden. So können z. E. die römischen Gesetze, die die Behandlung der römischen Hausbedienten betreffen, unsern Dienstboten-Ordnungen nicht zur Norm oder zur Ergänzung dienen, und für die deutschen Postordnungen kann aus den römischen Verordnungen *de cursu publico* auch kein subsidiärer Gebrauch gemacht werden.

Manche Polizeyanstalten der Römer verdienen von unsern Regierungen nachgeahmt zu werden. Aber daraus, daß die Römer sie hatten und daß mit dem römischen Gesetzbuche Verordnungen, die sich darauf beziehen, zu uns gekommen sind, folgt nicht, daß unsere Regierungen ähnliche Anstalten treffen müssen. Es ist eine treffliche Sache um Getreidemagazine; die Römer hatten sie, und es wäre zu wünschen, daß die Deutschen sie überall auch hätten. Aber was kann dazu der Titel im *Codex de conditis in publicis horreis* in rechtlicher Hinsicht beitragen?

Auch unsere Polizeybeamte könnten aus ihrer Aehnlichkeit mit römischen Polizeybeamten, deren Wirkungskreis in den römischen Gesetzen beschrieben ist, den Umfang ihrer Macht und Gewalt nicht bestimmen. Das alles hängt mit  
der

der römischen Verfassung zu genau zusammen, als daß es auf die unsrige Anwendung finden könnte. Sehr richtig bemerkt *Strypf* im *Usus modern. Pand.* zum Titel *de officio praefecti vigilum*: „*Praefectos vigilum; eadem potestate, qua hic describuntur, dari posse, non dubito. Dari tamen revera; nullo exemplo constat.*“

Wenn nun die noch bräuchbaren römischen Polizeygesetze bey dem Mangel einheimischer allerdings practischen Gebrauch haben; so ist wohl kein Zweifel, daß die Obrigkeiten, so wie bey diesen, also auch bey jenen, von Amts wegen auf deren Beobachtung halten müssen.

In dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts sind zwar häufig, jedoch nicht immer, die Gesetze angeführt, welche noch jetzt von subsidiärem Gebrauch im Fache der Polizey seyn können. Die vollständigere Aufzählung und Zusammenstellung derselben wird daher nicht un Zweckmäßig seyn.

Für die Sicherheitspolicey, und insonderheit für öffentliche Ruhe und Sicherheit, waren Anstalten und Gesetze dem römischen Staate nur allzu nothwendig; und vieles, was diesen Gegenstand betrifft, findet man im *corpus juris civilis* a); wovon aber wohl der größere Theil dem Criminalrecht angehört. In-

a) Vergl. *Heubach de politica Romanorum cap. 2.*

v. Bergs Polizey. Th. 4.

### 34 III. Ueber d. heutigen Gebrauch

dessen entspricht doch manches auch vorzüglich dem Zwecke der Policey und kann noch heutzutag von Nutzen seyn.

Hieher gehört die Votschrift der römischen Gesetze, welche, abweichend von der Regel e), die Denuntiation gefährlicher Anschläge gegen die Sicherheit des Regenten und des Staats zur Pflicht macht f). Auch die den Denuntianten versprochenen Belohnungen und die den Theilnehmern, welche ihre Genossen noch zu rechter Zeit verrathen, zugesicherte Begnadigung g), kann hieher gerechnet werden. Nicht weniger dürfte hier die Verordnung eine Stelle verdienen, welche im Falle einer Staatsverratherey auch solche als Ankläger zuläßt, die sonst dazu nicht fähig sind h), obgleich, nach der beynähe allgemeinen Einführung des denuntiatorischen und inquisitorischen Processes, davon kein häufiger Gebrauch mehr zu machen seyn wird.

Was gegen Auflauf und Zusammenrottung im römischen Recht. verordnet ist i), findet da,

e) l. 48. §. i. D. de furt. Tit. C. vt nemo invit. agere v. accus. cog.

f) l. 5. §. 5. C. ad leg. Jul. Maj. Gundling Singularia ad L. Maj. Læyser Med. ad Pand. spec. 568: Med. 5.

g) l. 5. §. 7. C. ad leg. Jul. Maj.

h) l. 7. 8. D. ad leg. Jul. Maj.

i) l. 4. §. 3. 6. 13. 14. D. de vi bonor. rapt. et turba.

da, wo deshalb keine besondere Gesetze vorhanden sind, seine völlige Anwendung; nur mit Ausnahme der zu einem Auflauf, nach Ulpian's Meinung k), erforderlichen Menschenzahl, welche bey uns die Polizeyobrigkeit nach jedermahligen Umständen zu beurtheilen hat l).

Die Verbindung zu gewissen Genossenschaften und Corporationen ist, ohne Genehmigung des Regenten, nach römischem Rechte, ganz unerlaubt m); und eben dieses gilt auch in allen teutschen Staaten, wo ein anderes nicht verordnet, oder hergebracht ist n).

Die römischen Gesetze über den Gebrauch der Waffen o) scheinen unserer Verfassung nicht angemessen zu seyn. Auch haben wir über diesen Gegenstand einheimische Gesetze genug. Dennoch glaubt H o m m e l p), daß man Waffen, die bey Bauern gefunden werden, nach Vorschrift der gemeinen Rechte, auch jetzt noch confisciren könne. Aber nach teutschen Sitten dürfen auch Bauern Waffen besitzen — (man denke

k) l. 4. §. 3. D. eod.

l) v. Quistorp Princ. Recht. §. 181.

m) l. 2. §. D. de colleg. et corpor. l. 1. §. 1. D. ad leg. Jul. Maj. l. 15. C. de episcop. et cleric. l. 13. D. de poenis.

n) Wernher Obs. T. 2. P. 7. obs. 201.

o) l. 1. D. ad leg. Jul. de vi publ. Tit. Cod. vt armor. us. Nov. 17. c. 17. Nov. 85.

p) Rhaps. vol. 3. obs. 424.



### 36 III. Ueber den heutigen Gebrauch

denke nur an das fast in ganz Deutschland gewöhnliche Scheibenschießen); in einigen Ländern müssen sie sogar welche haben. Die Anwendung des römischen Rechts wird sich daher in diesem Falle nicht vertheidigen lassen, und alles wird von den besonderen Landes-Policeygesetzen abhängen.

Die Policey der Gefangenhäuser q), die Aufmerksamkeit gegen unnütze und gefährliche Menschen r), die Beschüzung der geringeren Unterthanen gegen Bedrückungen s), wie solche das römische Recht vorschreibt, verdient allerdings Nachahmung.

Zur persönlichen Sicherheits-  
Policey gehören die römischen Gesetze gegen unvorsichtigen Gebrauch des Gifts t), gegen Beschädigungen durch Thiere u), gegen unachtsames Auswerfen oder Ausgießen aus Häusern x),  
gegen

q) l. 1. 2. 3. 4. 8. 14. D. de custod. reor. l. 4. C. eod.

r) l. 13. D. de obs. praesid. prov. l. 1. D. l. 1. C. de recept.

s) l. 6. §. 2. D. de off. praesid. prov.

t) l. 3. D. ad leg. Corn. de sicc. et ven. Leyser Med. ad Pand. spec. 609. med. 11.

u) l. 40. 41. 42. D. de aedil. edicto. pr. Inst. si quadrupes paup. L. 1. pr. D. eod. Stryk vs. mod. Pand. Lib. 9. tit. 1. §. 4. 5.

x) l. 1. l. 6. D. de his, qui effud. vel dejec. Bergl. Stryk V. M. P. Lib. 9. tit. 3. §. 2. 3.



gegen gefährliches Aufstellen oder Aufhängen solcher Sachen, die durch Herabfallen in gangbare Orte die Vorübergehenden beschädigen könnten y), womit auch noch verschiedene Vorschriften der *legis aquiliae* und die Verordnungen wegen haufälliger Gebäude z) verbunden werden können. Endlich sind auch die Vorschriften, welche eine vorzügliche Aufmerksamkeit auf Wahnsinnige und Rasende zur Pflicht machen aa), hierher zu rechnen.

In Rücksicht auf die Eigenthums-Sicherheits-Policey verdienen zuvörderst die Verordnungen gegen Diebstähle und Veruntreuungen bey Feuerbrünsten und Schiffbrünsten bb), gegen Beraubungen der Gräber cc) und gegen Diebstähle in den Bädern dd) bemerkt zu werden.

Vorzüglich aber finden die Gesetze, welche die Absicht haben, Hervortheilungen bey dem Kauf

§ 3

und

y) l. 5. D. de his, qui effud. vel deiec. Stryk l. c. §. 6. *Hellfeld* iurisprud. for. §. 711.

z) l. un. §. 1. D. de via publ. et si quid in ea factum esse dicatur. *Lauterbach* Collog. theor. pract. lib. 43. tit. 10. §. 2. 3.

aa) l. 13. §. 1. l. 14. in f. D. de off. praesid. prov. Bergl. Stryk V. M. P. Lib. 9. tit. 1. §. 2. *Berger* Oecon. iur. Lib. 1. tit. 4. §. 7.

bb) l. 1. §. 1. l. 2. §. 4. D. de incend. ruina, naufr. l. 1. §. 1. D. depos. v. contra.

cc) l. 3. §. 7. D. de sepul. viol.

dd) l. 1. D. de furib. balnear.

### 38 III. Ueber d. heutigen Gebrauch

und Verkauf abzuwenden ee), so wie die *lex anastasiana* ff), welche alle auf Policeygründen beruhen, ihre häufige Anwendung. Auch die römischen Buchergesetze können wenigstens in mehreren Fällen noch von practischem Gebrauche seyn.

Der ganze Inhalt des Pandecten-Titels *de nautis, cauponibus* etc. gehört zur Eigenthums-Sicherheitspolicey gg).

Gegen Beschädigung des Eigenthums durch Unvorsichtigkeit enthält, besonders in Beziehung auf Gebäude, der Pandecten-Titel *de damno infecto et suggrundis* verschiedene noch jetzt brauchbare Policeyvorschriften; z. E. L. 24. §. 4: gegen Nachlässigkeit in Ansehung der Dachreparaturen; daselbst §. 6: gegen Vernachlässigung der Baureparaturen überhaupt; das. §. 12. gegen Beschädigung der benachbarten Häuser durch ausgetiefes Graben. Auch gehört hieher l. 17. §. 2. D. *si servitus vind.*

Die römischen Policeygesetze zur Verhütung von Ueberschwemmungen hh) können subsidiarisch noch immer geltend gemacht werden.

Auf

ee) l. 1. 2. D. *de aedilit. edicto*. l. 2. C. *de re scind. vend.*

ff) l. 22. C. *mand.*

gg) Vergl. *Hellfeld jurisprud. for.* §. 487.

hh) Tit. D. *ne quid in flum. publ.* l. 12. D. *de flum.* l. vn. D. *de ripa mun.* l. 1. §. 22. 23.

l. 2.

Auf die **Freiheits- Sicherheits- Policen** beziehen sich die Verordnungen gegen Privat-Gefängnisse ii) und die Vorschrift, daß in Fällen, wo ein Privatmann Jemanden zu arretiren berechtigt seyn kann, der Arrestat binnen 20 Stunden dem Richter übersiefert werden mußkk).

Zur **Ehren- Sicherheits- Policen** gehören insonderheit die Vorkehrungen gegen Verbreitung von Schmähschriftenll).

Die **Wohlfahrts- Policen** findet gleichfalls einige nicht unbedeutende Beiträge im römischen Rechte.

Dem Zwecke der **Bevölkerungspolice** entsprechen die Verordnungen gegen die Castration mm), die Begünstigung der Ehen nn), die Ver-

§ 4

hine

1. 2. §. 5. D. de aqua et aqua plu. arc.  
Vergl. Handbuch des deutschen Polizeirechts III,  
82. 83. 84. 87. 88. 89. 96. 103.

ii) Tit. C. de priv. carc. inhib.

kk) l. 25. D. ad leg. Jul. de adult.

ll) l. 5. §. 9. 10. 11. D. de iniur. et famos.  
lib. l. vn. C. de famos. lib.

mm) l. 4. §. 2. D. ad l. Corn. de sicc. l. 1. C. de  
Eunuch.

nn) l. 22. l. 62. §. 2. l. 64. l. 72. §. 5. l. 79.  
l. 100. D. de cond. demonstrat. l. 2. 3. C. de  
ind. vid. et leg. Jul. Misc. toll. Nov. 22.  
Cap. 43.

## 40 III. Ueber den heutigen Gebrauch

hinderung solcher Ehen, welche keine Fortpflanzung des Geschlechts erwarten lassen oo), die vorzügliche Sorgfalt für Schwangere pp) und für Kinder im Leibe der Mutter qq).

Für die Gesundheitspoliceen sind unter den römischen Gesetzen vorzüglich diejenigen wichtig, welche auf die Reinigkeit der Luft und auf die deshalb vorzüglich zu befördernden Ableitungen sich beziehen rr). Ausserdem gehört auch noch hieher, was gegen ungeschickte und unachtsame Aerzte und Wundärzte verordnet ist ss).

Auch die Erziehungs- und Sitten- so wie die Religions-Policeen, kann mit verschiedenen noch anwendbaren römischen Gesetzen bereichert werden.

Zu den ersten gehören verschiedene Vorschriften der Vormundschafts-Policeen, welche die Erziehung der Pupillen zum ersten Gegenstand der vormundschaftlichen Sorgfalt machen;

FINIS

oo) pr. Inst. de nuptiis, l. 24. C. de nupt. l. 39. §. 1. D. de jure dot.

pp) l. 3. D. de poenis l. 18. D. de statu hom. l. 2. §. 4. D. si quis caut. in jud.

qq) l. 2. D. de mortuis infer.

rr) Tit. D. de cloacis. Stryk U. M. P. lib. 43. Tit. 23. §. 1.

ss) l. 6. §. 7. D. de off. praes. §. 6. 7. Inst. de leg. aquil. l. 7. §. 8. l. 8. p. D. ad leg. aquil. l. 132. D. de reg. jur. l. 9. §. 5. D. locati.

einige Verordnungen, welche die häusliche Police, insbesondere das häusliche Züchtigungsrecht u) und die Erhaltung des elterlichen Ansehens un), und solche, welche das Züchtigungsrecht der Lehrer xx) und die Beförderung der Studien yy) betreffen.

Zur Sitten-Police kann insbesondere dasjenige gerechnet werden, was wegen unanständiger Versprechungen und Bedingungen verordnet ist zz).

Die Religions-Police erhält zwar ihre nähere Bestimmung größtentheils aus dem canonischen Rechte; jedoch sind auch einige Vorschriften des römischen nicht ganz ohne practischen Gebrauch a).

Zur häuslichen Police gehören:  
die Beschützung der Ehefrauen gegen Mißbrauch  
§ 5 ehe

u) l. 3. C. de patr. potest. l. 16. §. 2. D. de poenis; l. un. C. de emend. propinq.

un) l. 1. §. 2. D. de obseq. par. et patr. praest. l. 4. §. 1. D. de in jus vocando. l. 11. D. de dolo malo, l. 5. C. eod. l. 4. §. 16 et inf. D. de doli mali et met. except. l. 5 §. 1. l. 7. §. 2. de obseq. par. et patr. praest.

xx) l. 5. §. 3. l. 6. D. ad leg. aquil.

yy) l. un. C. de studiis liberor.

zz) l. 26. D. de V. O. Tit. D. et C. de condict. ob turp. vel injust. caus.

a) Vergl. Heumann jus polit. §. 125. Tit. 18. C. lib. 9. l. 39. D. de poen. l. un. C. de thesaur.

### 42 III. Ueber d. heutigen Gebrauch

eheherrlicher Gewalt b), die Sorge für die Erhaltung der Dotals Güter c), die Gesetze gegen Schenkungen unter Eheleuten d), die Auth. si qua mulier, das Senatusconsultum Macedonianum, die Sorge für Unmündige, Minderjährige, Wahnsinnige 2c. 2c., das Senatusconsultum Velleianum, die Vorschriften wegen großer Schenkungen e), einige Verordnungen gegen den Luxus bey Begräbnißen — f) und die Spielgesetze g).

Die wichtigste Vorschrift der Armenpolicey h) hat die Reichspoliceyordnung i) beynahe wörtlich aufgenommen.

Was für öffentliche Bequemlichkeit in Rücksicht auf mancherley Anlagen k) und auf die

b) Nov. 117. c. 14.

c) pr. Inst. quib. alien. lic. l. un. C. de rei vx. act.

d) l. 3. l. 32. §. 2. de donat. inter vir. et vxor.

e) l. 34. pr. l. 36. §. 3. C. de donat.

f) l. 12. §. 5. l. 14. §. 5. 6. D. de relig. et sumt. funer.

g) l. 2. §. 2. D. l. 3. et fin. C. de Aleat. jedoch mit gewissen Einschränkungen; s. Handbuch des teutschen Policeyrechts II. 246. 247.

h) Tit. C. de mendicant. valid. Nov. 80. c. 1.

i) v. 1577. Tit. 27.

k) Tit. D. oper. publ. Stryk V. M. P. ad h. tit. l. 2. C. de immunit. nem. conced.

die Wege = l) Wasser = m) und Baupolicey n) in den römischen Gesetzen verordnet ist, kann noch immer mit Nutzen, wenn gleich unter gewissen Einschränkungen und Modificationen, angewendet werden.

Zur landwirthschaftlichen Policey können mit Recht die Gesetze, welche die Beförderung der Cultur o), und die Begünstigung der ländlichen Arbeiten p) betreffen, so wie noch verschiedene andre den Schutz der Landwirthschaft bezweckende Verordnungen q), gerechnet werden.

Für

l) Tit. Pand. ne quid in loco publ. l. un. pr. §. 2. 3. 4. 5. D. de via publ. et si quid in ea fact. dicatur. Tit. D. de via publ. et itin. publ. ref. l. 14. §. 1. D. quemadmod. servit. amitt. l. 14. §. 2. D. de servit. l. 1. D. de servit. praed. rust.

m) Tit. C. de aquaeductu. Tit. Pand. de rivis. Tit. Pand. de fonte. l. 1. §. 2. D. de aq. pluv. l. 1. §. 41. D. de acq. quotid.

n) Tit. C. de aedif. priv. l. 1. D. de leg. 1. l. 1. pr. D. de tigno juncto.

o) l. 8. C. de omni agro deserto.

p) l. 1. C. de agricolis. l. 1. 3. D. 1. 3. C. de feriis.

q) l. 14. §. 1. C. de servit. et aqua. l. 1. D. de itinere actuque priv. Tit. Pand. de aqua quotid., de rivis, de fonte. l. 1. §. 4 seq. de aq. et aq. pluv. arcendo. l. 1. §. 7. D. de arbor. caed. Tit. Pand. arbor. furtim. caea.



#### 44. III. Ueber den heutigen Gebrauch ꝛc.

Für die Stadtwirtschafts-, insonderheit die Handwerks- und Handelspolicey, sind die Vorschriften wegen erlaubter und unerlaubter Gewerbe x), wegen eigennütziger Steigerung der Preise durch Verabredungen oder andere Künste s), wegen getreuer Anzeige heimlicher Fehler t) und wegen des ungehinderten Gebrauchs der öffentlichen Flüsse u), nicht ohne einigen Werth.

x) l. 6. §. 4. D. de off. praesid.

s) l. un. C. de monop.

t) tit. Pand. de aedil. edicto.

u) Lib. 43. Pand. tit. 12. 13. 14.

## IV.

Ueber die ausschließende Gerichtbarkeit  
des kaiserlichen Reichshofraths in  
gewissen Policesachen.

Es ist bekannt, daß dem kaiserlichen und Reichs-Cammergerichte der ganze Umfang der kaiserlichen höchsten Gerichtbarkeit niemals übertragen worden ist a), und daß die dem höchsten Reichs-Oberhaupt vorbehaltenen Gegenstände in späteren Zeiten dem kaiserlichen Reichs-Hofrathe zur Besorgung besonders anvertraut worden sind. b)

Diese Gegenstände sind jedoch nicht so genau bestimmt, daß alle Grenzirrungeu immer hätten vermieden werden können. Es sind deren mehrere

a) M. Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis §. 16.

b) Reichs-Hofraths-Ordnung Tit. 2. §. 1. Pütter de summorum imperii tribunalium concurrente jurisdictione §. 22; in opusc. p. 354.

rete entstanden, und insonderheit auch über einige Gegenstände der Policey = Gerichtbarkeit c), welche in dem Handbuche des teutschen Policeyrechts d) nur kurz berührt sind, und hier einer nähern Erörterung unterzogen werden sollen.

Man legt dem kaiserlichen Reichs = Hofrath, mit Ausschluß des Reichs = Cammergerichts, die alleinige Gerichtbarkeit in Rechtsachen bey, welche das Reichs = Post = Münz = und Bücherwesen betreffen e), und es ist allerdings richtig, daß in dem Reichs = Hofraths = Protocol, Post = Münz = und Bücherwesen im Reiche eine stehende Rubrik gewidmet ist, wovon man bey dem Cammergericht keine Spur findet.

Wenn jedoch die in dieser Hinsicht zwischen beiden höchsten Reichsgerichten obwaltende Grenzstreitigkeit unparteyisch und gründlich geprüft werden soll; so muß man vor allen Dingen die verschiedenen möglichen Fälle, wie ein Gegenstand der Post = Münz = oder Bücherpolizey zur Beurtheilung eines Reichsgerichts kommen kann, sorgfältig und genau unterscheiden.

Das Post = Münz = und Bücherwesen beschäftigt, gleich jedem andern Gegenstände der Policey

c) M. Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis S. 117.

d) I. 97.

e) Hanzely Anleitung zur neuesten Reichshofraths = Praxis S. 324.

Policeygewalt, die in denselben enthaltenen Regierungsbrechte: Policeyaufsicht, Policeygesetzgebung, Policeyverwaltung, und - Policeygerichtbarkeit f) auf mannigfaltige Weise. - Es können aber auch peinliche Untersuchungen und bürgerliche Streitigkeiten durch Ereignisse entstehen, die sich auf das Post = Münz = oder Bäuwerwesen im Reiche beziehen.

Was nun zuvörderst peinliche Untersuchungen betrifft; so ist kein Zweifel, daß, wenn sie gegen einen Unmittelbaren zu richten wären, der Reichshofrath allein die competente Behörde seyn würde g), und daß, wenn der Inculpat ein Mittelbarer wäre, die reichsständische Gerichtbarkeit ausschließend eintreten müßte. Denn wenn gleich zur Handhabung der Reichs = Policeygesetze die kaiserliche und Reichs = Policeygerichtbarkeit auch über Mittelbare sich erstrecken soll h); so ist doch die ausschließende Befugniß der Reichsstände in peinlichen

f) Vergl. Th. I. S. 15.

g) de Cramer de jurisdictione caelsaris in causis criminalibus immediatorum; in opusc. T. 4. N. 23. Tafinger Jurisprud. cam. § 393. Mohl System der Gerichtbarkeit des kaiserlichen und Reichs = Kammergerichts §. 176. (v. Niefel) der Reichs = Hofrath in Justiz = Gnaden = und andern Sachen I. 147. Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsgesetze XI. 2943 f. 3022.

h) Vergl. die nächstfolgende Abhandlung.

## 48 IV. B.d. vorzügl. Gerichtbarkeit

lichen Fällen 1) eben so wenig, als die ausschließende peinliche Gerichtbarkeit des Reichs-Hofraths über Unmittelbare einigem Zweifel unterworfen. \*)

So viel hingegen bürgerliche Streitigkeiten, die in Beziehung auf einen Gegenstand der Reichs-Post, Münz- oder Wäpkerpölicey entstehen können, anlanget; — wenn z. E. aus einem Vertrage, der in Rücksicht auf die Reichspost geschlossen ist; oder wegen gewisser Münzsorten und ihres Gehalts, oder wegen Verlagsbedingungen u. d. m. Klage entsteht; so ist gegen die Concurrency beider höchsten Reichsgerichte, in erster oder auch in zweyter

1) R. A. v. 1530. §. 59. C. G. O. Th. 2. Tit. 28. §. 5. Conc. das. Tit. 31. §. 14.

2) Vergl. v. Nieffcl a. a. O. I. 90 f. Die daselbst S. 100 in der Note gemachte Bemerkung hat etwas Wahres, — ist aber nicht durchgehend richtig. „Peinliche und Fiscal-Fälle, heißt es, sind unterschieden. Dort ist ein Privatverbrechen (?); hier gegen Kaiser und Reich, oder dessen Geseße; dort kann jeder Anwalt auftreten, hier nur der Reichsfiscal, entweder ex officio, oder er wird seines officii monirt und excitirt. Dort wird auf Leib's- und Lebensstrafe geklagt; hier gewöhnlich auf Geldstrafe.“ Dieß wird in Beziehung auf einen Fall (die Aachensche Tumultgeschichte v. 1786) bemerkt, wo der Reichsfiscal den 112ten Art. der P. G. O. zum Grunde seiner Klage gelegt hatte. S. v. Postel's Beiträge zur cammergerichtlichen Litteratur und Pract III. 301 f. — Jedoch — es ist hier der Ort nicht, jene Bemerkung einer genauern Prüfung zu unterziehen.

ten Instanz, gewiß kein erhebliches Bedenken zu machen. Denn in dem angenommenen Falle sind Streitigkeiten zu entscheiden, welche mit der Reichspolicey überall nichts zu thun haben; und wobey ein Institut der Policey, wie das Postwesen, oder ein Gegenstand derselben, wie das Münz- und Buchwesen, in gar keiner wirklichen Beziehung steht, sondern lediglich über das Privatinteresse der Parteyen zu entscheiden ist. Hier ist also gar kein Grund vorhanden, zum Nachtheil des Cammergerichts eine Ausnahme von der für dasselbe streitenden Regel k) gelten zu lassen.

Die Policeyaufsicht in Ansehung des gesammten teutschen Reichs ist unstreitig ein wichtiger Theil des kaiserlichen Amtes. 1) Es ist dem Reichs-Oberhaupte zur besondern Pflicht gemacht, die Reichs-Policeyordnungen künftig zu handhaben. m) Bey der Erfüllung dieser Regentenpflicht bedient sich der Kaiser des Reichs-Postraths, inson-

k) Conc. d. E. G. O. 26. 2. Tit. 30. 31.

l) Handb. d. teutschen Policeyrechts I. 93.

m) Wahlcap. Art. 7. §. 1. Man hat mit Recht erinnert, daß es, bey der bekannten Beschaffenheit der Reichs-Policeygesetze, schicklich gewesen wäre, dieser Verpflichtung die Clausel anzuhängen: so weit es die jetzigen sehr veränderten Zeitumstände erlauben. Schmellers kaiserl. Wahlcapitulation Franz des Zweyten, mit critischen Anmerkungen S. 57. S ä h e r s k i n Pragmarische Geschichte der neuesten kaiserlichen Wahlcapitulation S. 126. — Liegt aber diese Clausel nicht schon in der Sache selbst? —

## 50 IV. B. d. vorzügl. Gerichtbarkeit

insofern dieser zugleich sein Reichs-Regierungs-Collegium ist. n) In dieser Hinsicht kann also von einer Concurrenz des Reichs-Cammergerichts keine Frage seyn.

Die Reichs-Policeygesetzgebung steht verfassungsmäßig dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reiche zu. Der Kaiser kann also zweckmäßige Policeygesetze in Vorschlag bringen, ja, er soll überhaupt die Verbesserung der Policeyordnungen am Reichstage befördern. o) Findet er für gut, wie es bey bevorstehenden Communicationen mit den Reichsständen bisweilen geschieht, p) über die vorzunehmenden Verbesserungen oder über Vorschläge dieser Art, die etwa von Andern gemacht werden, das Gutachten des Reichs-Hofraths zu vernehmen; so ist dieß ein Geschäft, welches in den Wirkungskreis des Reichs-Cammergerichts gar nicht gehört.

Die Policeyverwaltung q), nebst den damit verbundenen Official-Verfügungen, soweit sie nach der gegenwärtigen Lage der Reichs-Policey stattfinden können, ist mehr Sache eines

n) Malblanc Anleitung zur Kenntniß der teutschen Reichs- und Provinzial-Gerichts- und Canzleyverfassung und Praxis III: 287 f. M. Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis S. 59.

o) Wahlcap. a. a. O.

p) Malblanc a. a. O. S. 285. 286.

q) Handbuch d. c. Policeyrechts I. 15.



nes Regierungs-Collegii, als eines bloßen Gerichts-  
Hofes. Der Reichs-Hofrath ist beides; aber  
nur in jener Qualität nimmt er Amtshandlungen  
vor, welche der Polizeyverwaltung  
eigen sind, a) und diese gehört überall nicht vor  
das Reichs-Cammergericht, obgleich dasselbe in  
einzelnen Fällen, wo es Abweichungen  
von den Reichs-Policeygesetzen bey Gelegen-  
heit von Rechts-Streitigkeiten, die  
bey ihm anhängig sind, bemerkt, angemessene Ver-  
fügungen von Amts wegen aus dem Grunde zu  
treffen wohl befugt ist, weil es in solchen Fällen  
ihm zukommt, den Fiscal nach Befinden der Um-  
stände seines Amtes zu erinnern, b) und ihm al-  
so auch nicht verwehrt werden kann, diejenigen,  
welche es angeht, zu förderst zu warnen, und so  
zu versuchen, ob sie nicht, ohne fiscalischen Pro-  
cess, in den Weg der Ordnung zurückgebracht  
werden können.

D 2

Nur

a) Malblanc a. a. O. IV. 115.

b) S. 1. E. das in diesem Handb. d. t. Policys-  
rechts I. 442. Note b. angeführte Beispiel, und  
ein cammergerichtliches Decret vom 16. Nov. 1795  
in Sachen des Tischleramts zu Bremen wider  
J. R. E. Kröger, wo es heißt: „Cum indigna-  
tione (werden die Appellationsprocesse) abgeschlas-  
sen, und versteht man sich zu dem Magistrat der  
Reichsstadt Bremen, derselbe werde in dieser  
keinen Verschub leidenden privilegierten Handwerks-  
sache die Beschleunigung rechtlicher Hülfe sich alles  
Ernstes, und mit Verhütung unnöthiger proces-  
sualischer Weilkäuflichkeiten angelegen seyn lassen,  
auch insbesondere darauf sein Augenmerk richten,  
daß dem Appellaten nicht die reichsgefehroldrige

zu

## 52 IV. W. v. vorzügl. Gerichtbarkeit

Nur in Rücksicht auf die Reichs-Policeygerichtbarkeit kann daher zwischen den beiden höchsten Reichsgerichten ein Grenzstreit stattfinden, der vielleicht erheblichen Zweifeln unterworfen seyn dürfte. Selbst solche Schriftsteller, welche sonst den reichshofrätthlichen Ansprüchen nicht sehr günstig sind, räumen ein, daß der Reichshofrath in Ansehung des Post-Münz- und Bücherwesens im ausschließenden Besitze sey. <sup>1)</sup>

Sollte aber diese Thatsache so ganz erwiesen seyn?

Es ist wohl nicht genug, wenn der Reichshofrath in Post-Münz- oder Bücherfachen häufiger Policeyverfügungen erläßt, oder fiscale Proceuren einleitet; sondern er muß sein Ausschließungsrecht gegen des Reichs-Cammergerichts Widerspruch durchgesetzt haben. Es fehlt nicht an Beispielen, daß eine Rechtsache von diesem an den Reichs-Hofrath verwiesen werden mußte; findet sich auch nur ein solches Beispiel in Sachen jener Art?

Bumthung, in das Amt zu heurathen; gelche, sondern erwähntes Amt sich mit der in der Amtrolle bestimmten Einkaufssumme zu begnügen habe, damit es nicht zu Handhabung offenkändiger Reichsgesetze schärfern Einsehens bedürfe.“ M. teutsches Staats-Magazin L. 410.

- 1) Wohl System der Gerichtbarkeit des k. Reichs-Cammergerichts II. 472. Moser v. d. teutschen Justizverfassung I. 408.

Es läßt sich leicht begreifen, daß und warum der Reichs- Erb- General- Postmeister über jeden Eingriff in sein Reichs- Thronleben lieber beym kaiserlichen Reichs- Hofrath klagt, als beym Cammergericht. Aber wenn er dennoch bey diesem um ein Mandat wider Störungen in der Ausübung der ihm vom Kaiser verliehenen Rechte nachsuchte: warum sollte das Cammergericht die Klage nicht annehmen? und umgekehrt, wenn ein Reichsstand über Mißbrauch des sogenannten Reichs- Postregals im förmlichen Wege Rechts (nicht durch Denuntiation oder beschwerende Anzeige; — diese würde allerdings an den Reichs- Hofrath, als Regierungs- Collegium, gehören) Klage erhöhe: aus welchem Grunde sollte das Cammergericht die Sache nicht untersuchen und darüber erkennen? Aber dieß ist Folge nicht der Policey, sondern der Civil-Gerichtbarkeit, von der bereits oben die Rede war.

Der Reichs- Hofrath führt unbestritten, mit Ausschluß des Cammergerichts, eine gewisse Policeyaufsicht über das Reichs-Postwesen), zu welcher den Kaiser seine Wahlcapitulation verpflichtet v), und es ist kein Wunder, daß sich der Einfluß derselben bisweilen auch in rechtlichen Verfügungen äußert w), woraus dann wieder

D 3 die

u) Handb. d. d. Policeyrechts III. 554 f.

v) Art. 19. §. 1. 2. 3.

w) Es ließ z. E. der Reichs- Hofrath bey Gelegenheit eines Rechts- Streits zwischen Baden und Taxis über

## 54 IV. B. d. vorzügl. Gerichtbarkeit

die Folge entsteht, daß man auch solche Verfügungen dem Reichs-Hofrath ausschließend zuzueignen geneigt wird.

Auch die mit der kaiserlichen Ober-Aufsicht x) über das Reichs-Münzwesen verbundenen Geschäfte besorgt der Reichs-Hofrath y), und eben so zeigt er sich auch in Ansehung der Bücherpolice z) aufmerksam und thätig, wobei ihn das Büchercommissariat zu Frankfurt aa) wesentlich unterstützt, und in den Stand setzt, auch mit fiscalischen Proceduren in vorkommenden Fällen schneller, als das Cammergericht, bey der Hand zu seyn.

Diese fiscalischen Proceduren sind es, auf welche man bey der ganzen Streitfrage haupt-

über Postverhältnisse, in ein Rescript, wodurch dem Herzog v. Württemberg eine Manutenz-Commission für Taxis ertheilt wurde, gewiß nicht ohne Absicht, die Aeußerung einfließen: „Kaiserl. Majestät könnten in keine Maass gestatten, daß die in den Badenschen Landen und in den dasigen Reichsgrenzen bestehende sehr wichtige Correspondenz der Besorgung fremder Leute, die Allerhöchst Ihre Kaiserlichen Reichs-Postgeneralat nicht verpflichtet seyen, mit Gefahr des gesammten Publici überlassen werde.“ Neuf Staatskanzler I. 354.

x) Wahlcap. Art. 9. §. 1 bis 5. 7 bis 10.

y) Handb. d. t. Policenrechts III. 336.

z) Das. II. 358.

aa) Das. II. 356.

hauptsächlich zu sehen hat. Sobald von ihnen — von förmlichen Klagen und fisealischen Processen die Rede ist; so sind, der Regel nach, die Jurisdiction-Befugnisse beider höchsten Reichsgerichte in allen und jeden Policensachen, also auch in Post-, Münz- und Bücher-sachen, einander völlig gleich.

Die Cammergerichtsordnung von 1555 enthält die ausdrückliche Vorschrift, daß der Fiscal, vermöge der Reichs-Policeyordnung, gegen die Uebersahrer derselben jederzeit, wie sich gebührt, auf die darinn verleihte Pön, an dem kaiserlichen Cammergericht handeln und procediren soll bb). Hier ist zwar nur von der Policeyordnung von 1548 die Rede, und im Concept der Cammergerichtsordnung ist noch die Policeyordnung von 1577 hinzugefügt cc). Indessen ist die Absicht der Gesetzgeber gewiß auf alle der Aufmerksamkeit des Fiscals besonders anbe-sohlenen Reichs-Policeygesetze und deren Befolgung gerichtet, und man darf in dieser Hinsicht um so weniger Anstand nehmen, das Amt des Reichsfiscals und des Cammergerichts auf die neuere Reichs-Policeygesetzgebung zu erstrecken, da nicht nur die Natur der Sache damit übereinstimmt, sondern auch die neueste Wahlcapitulation deutlich genug darauf hinweist dd). Unter

Q 4

die

bb) E. G. O. Ebl. 2. Tit. 20. §. 4.

cc) Concept Th. 2. Tit. 21. §. 3.

dd) Wahlcap. Art. 7. §. 1. Schmellers Ausgabe mit Anmerkungen, S. 57. 58. Note 1. Vergl.

diesen Policeygesetzen sind denn auch diejenigen mit begriffen, welche das Reichs-Post-Münz- und Bücherwesen betreffen.

Der bey dem Reichs-Hofrath angestellte Fiscal leitet den Umfang seiner Amtsobliegenheiten größtentheils, und besonders in Ansehung der Policeysachen, aus der Cammergerichtsordnung her ee), die im Wesentlichen auch für den Reichshofrath gilt. In der Ordnung dieses höchsten Reichsgerichts wird von dem Amte des Fiscals in Policeysachen ausdrücklich gar nicht gehandelt, und nur der Fiscalischen Sachen im allgemeinen gedacht ff). Wie sollte also das Amt des Fiscals bey dem Reichshofrath in Ansehung dieser Gegenstände größern Umfangs seyn,

Vergl. Concept der E. G. O. Th. 2. Tit. 21. §. 8: „Und insgemein sollen über oberzehlte, auch alle Sachen und Fall, die vermög der Kaiserlichen und des Reichs gemeinen Rechten, Ordnung und Ordnung, dem Kaiserlichen Fisco zugehören, oder dem Kaiserlichen Fiscal zu rechtfertigen, zu vertheidigen oder zu versprechen zustehen, durch denselben Fiscal, an unserm Kaiserlichen Cammergericht. ohne Mittel vorgenommen, gerechtfertiget, und ihm auch jederzeit durch Cammerrichter und Weniger förderlichen Rechtens, wie sich gebührt, verholten werden.“

ee) E. J. E. Kanzley-Anleitung zur neuesten Reichs-Hofraths-Praxis §. 124. 128.

ff) Reichshofraths-Ordnung, Tit. 4. §. 12. Tit. 6. §. 6.



seyt, als das. seines Collegen und Vorbildes bey dem  
Cammergericht?

Wenn nun die Concurrenz beider höchsten  
Reichsgerichte, in allen Sachen, welche einer  
gerichtlichen Cognition unterworfen sind, als  
Regel gilt: aus welchem Grunde kann man  
Ausnahmen behaupten, für welche weder aus-  
drückliches Gesetz, noch irgend eine Analogie spricht?  
Dahingegen können für die Concurrenz des Cam-  
mergerichts bestimmte Gesetze angeführt werden.

In der Münzordnung von 1559 ist  
zwar hauptsächlich den Obrigkeiten und Münz-  
genossen der Kreise die Untersuchung und Ver-  
strafung der Münzverbrechen zur Pflicht ge-  
macht gg). „Würden aber, heißt es weiter,  
die Obrigkeiten und Münzgenossen solches Craiß  
nach beschefener Anzeige auch säumig oder nach-  
lässig, und dasselbig durch den Ansager an  
unsern kaiserlichen Cammer-Procu-  
rator, Fiscalgeneral gelangen; so soll  
derselbig unser Fiscal gegen den säumigen und  
nachlässigen Obrigkeiten, Münzgenossen und  
auch den Verbrechern mit ernstlichen Processen  
und Strafen gerichtlich vollnfahren“ hh). Auch  
in der Münzprobier-Ordnung von 1559 ist  
§. 10. vorgeschrieben: „Wo aber ein Münzstand  
über das Gebot mit der kleinen Münz zu machen  
versühre; so sollen die Craiß-Stände solches un-

D 5

ferm

gg) Münzordnung von 1559. §. 161 — 163.

hh) Das. §. 164.



#### 38 IV. B. d. vorzügl. Gerichtbarkeit

ferm Cammer-Procurator, Fiscal vermelden, derselbig soll hiemit Befehl haben, gegen den ungehorsamen Münzstand mit Ernst im Rechten zu procediren und zu gebührender Straf zu bringen“. Auch fehlt es nicht an Beyspielen, daß wegen Vergehungen gegen die Reichs-Münzordnung beym Cammergerichte fiscalisch verfahren worden ist ii).

In Ansehung der Bücherpolicey ist im Reichsabschied von 1530 kk), und in der Reichs-Policeyordnung von 1577 ll), dem kaiserlichen Fiscal befohlen, von Amts wegen gegen die Contravenienten auf gebührende Straf zu handeln, welche Straf das Cammergericht zu setzen Macht haben soll. Kaiser Carl der Sechste erinnert in seinem Edict vom 18. Jul. 1725 die kaiserlichen Reichsfiscale, sowohl beym kaiserlichen Reichshofrath als beym kaiserlichen Cammergericht, daß sie gegen alle, welche den Reichs-Büchergesetzen zuwider handeln, ohne Ansehen der Personen, auf gebührende Straf unverzüglich anrufen sollen mm).

In

ii) Vergl. v. Cramer von der concurrenten Jurisdiction des Reichs-Hofraths und Cammergerichts in Münzsachen; Wehlar'sche Nebenstunden LIII. 17.

kk) §. 58. Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze IX. 1189.

ll) §. 4. das. S. 1196.

mm) Gerstlacher a. a. O. S. 1206.

In Rücksicht auf das Münz- und Bücherwesen beruht also die Meynung, welche dem kaiserlichen Reichs-Hofrath eine ausschließende Gerichtbarkeit darüber zuschreibt, auf einem offenkundigen Irrthum, und der Besitzstand, welcher für Denselben seyn soll, bedeutet wohl mehr nicht, als: daß dergleichen Sachen beym Reichs-Hofrath häufiger, als beym Cammergericht vorkommen, welches aus den übrigen Verhältnissen jenes höchsten Reichsgerichts sich sehr leicht erklären läßt.

Beym Reichs-Postwesen könnte die Concurrenz des Cammergerichts mit dem Reichs-Hofrath aus scheinbaren Gründen in Zweifel gezogen werden. Wenn gleich die Regel auch hier dem Cammergericht zur Seite steht; so begründet doch kein specielles Gesetz die Concurrenz desselben, und der Reichs-Hofrath hat den Besitzstand für sich. Allein das Postwesen ist zwar ein Policeyinstitut, jedoch nicht von der Art, daß es für nöthig erachtet worden wäre, die Reichsfiscale anzuweisen, zu dessen Erhaltung und Beschützung nöthigen Falls von Amts wegen zu verfahren. Daher wird immer erst eine Klage des Reichs-General-Postmeisters vorhergehen müssen, wenn der Fiscal excitirt werden soll, um die Vertheilung der in den kaiserlichen Patenten nn) auf Beeinträchtigungen des Reichs-Postregals gesetzten Strafe nach Befinden

nn) Verflacher a. a. O. S. 1708.

#### 60 IV. B. d. vorzügl. Gerichtbarkeit 2c.

finden der Umstände zu bewirken. Eine solche Klage kann aber, wie oben gezeigt ist, der Reichs - General - Postmeister auch bey dem Cammergericht anbringen, und davon kann auch bey diesem ein fidealisches Verfahren die Folge seyn.

---

## V.

Von der Reichsgerichtbarkeit in Pollicen-  
sachen über mittelbare Reichsglieder.

Der zweyte Theil der Cammergerichts-Ordnung enthält, außer der Abtheilung im Titel, noch gewisse allgemeine Rubriken, wovon die Titel nur Unter-Abtheilungen sind. Diese Rubriken sind folgende:

I. Von Gewalt und Gerichtszwang des Kaiserlichen Cammergerichts in erster Instanz.

- a) Von Personen und Sachen, so nicht dem Reich ohne Mittel, sondern andern Gerichten unterworfen, und an das Cammergericht in erster Instanz nicht gehörig. (Tit. I.)
- 1) Jeder Reichsunterthan soll bey seinen ordentlichen, inländischen Rechten und Gerichten gelassen werden, außer der Fall, die, nach Laut dieser Ordnung, an das Cammergericht ohne Mittel gehören. (S. I.)

## 62 V. B. d. Kaiserl. u. R. Policingerichtbarh.

2) Das Cammergericht soll in erster Instanz auf Niemand's Klag oder Ansuchen Ladung erkennen gegen diejenigen, die der Kaiserlichen Majestät und dem Reich nicht ohne Mittel unterworfen sind, - den Fall der Justizverweigerung oder Verzögerung ausgenommen. (§. 2.)

b) Von Personen und Sachen, so dem Reiche ohne Mittel unterworfen, und in erster Instanz an das Cammergericht nicht gehörig. (Hier folgt in den Titeln 2 bis 9 die Lehre von den Austrägen).

c) Von Personen und Sachen, die, von ihrer Art und Eigenschaft wegen, ohngeachtet ob sie mit oder ohne Mittel dem Reiche unterworfen, in erster Instanz an das Kaiserliche Cammergericht gehörig.

1) Vom Landfriedens-Bruche &c. (Tit. 10 bis 20).

2) Daß alle und jede fiscalische Sachen und Fälle an dem Kaiserlichen Cammergericht gerechtfertigt werden sollen, und welches solche Fälle und Sachen seyen. (Tit. 21)

Hierauf folgen die übrigen Ausnahmen von der Austrägal- und Territorial-Instanz (Tit. 22 - 30).

II. Von Sachen, so in zweiter Instanz durch Appellation an das Kaiserliche Cammergericht erwachsen und gehören.

Die

Die fiscalischen Sachen gehören also unter diejenigen, welche ohne Rücksicht auf die Mittelbarkeit oder Unmittelbarkeit der Personen bey dem kaiserlichen und Reichs-Cammergericht, und folglich auch bey dem kaiserlichen Reichs-Hofrath, angebracht werden können. Hier ist also einer der Fälle, die nach Laut der Ordnung an das Cammergericht ohne Mittel gehören.

Die Cammergerichtsordnung zählt nun mehrere fiscalische Sachen auf, und unter diesen auch die Vergehungen gegen die Reichs-Policeyordnung. „Wir wollen, heißt es, daß der Fiscal, vermöge solcher Policey und Ordnung, gegen den Uebersahrern derselben jederzeit, wie sich gebührt, auf die darin verleibte Pön, an dem kaiserlichen Cammergericht handeln und procediren soll“ a). Auch ist überhaupt der Fiscal berechtigt, in allen Sachen, die vermöge der kaiserlichen und des Reichs gemeinen Rechte, Satzung und Ordnung dem kaiserlichen Fisco zugehören, bey dem Cammergericht zu klagen b).

Ueber den Umfang der Sachen, „welche dem kaiserlichen Fisco zugehören“, - kann bey dem Mangel an völliger Bestimmtheit der kaiserlichen und des Reichs gemeinen Rechte, Satzung und Ordnung, auf welche hier verwiesen wird, gar leicht

a) Concept d. E.G.O. Th. 2. Tit. 21. §. 3.

b) Daselbst §. 8. C. die Abhandl. III. Note dd.

leicht Streit entstehen. Unbestritten werden aber gewiß die Fälle seyn, wo die Reichsgesetze selbst den Fiscal ausdrücklich zur Wahrnehmung seines Amtes auffordern, oder doch ihm dazu die Verbindlichkeit durch Festsetzung einer fiscalischen Strafe auflegen. Der eine oder andere dieser Fälle tritt gewiß bey den meisten ältern und neuern Reichs- Policeygesetzen ein, und häufig findet man in denselben beide zugleich.

Also nicht bloß die Policeyordnungen von 1548 und 1577, sondern auch die übrigen Reichs- Policeygesetze, worinn entweder eine fiscalische Strafe angedroht oder wobey der Reichs- fiscal angewiesen wird, auf die Beobachtung des Gesetzes besonders zu achten, können bey den höchsten Reichsgerichten zur Begründung eines fiscalischen Verfahrens, ohne Rücksicht auf Mittelbarkeit oder Unmittelbarkeit, dienen.

So scheint es wenigstens, und daraus würde folgen, daß die Reichsgerichte bey Vergehungen mittelbarer Reichsbürger gegen solche Reichs- Policeygesetze mit den Landesgerichten nicht nur concurriren, sondern sogar dieselben in Ansehung der fiscalischen Strafe ausschließen können. Denn die Strafe soll dem kaiserlichen Fiscus heimfallen; der kaiserliche Fiscal muß sie einklagen, und dieser ist nicht schuldig, sich deswegen an ein Landesgericht zu wenden, weil alle Sachen, die dem kaiserlichen Fisco gehören, bey dem Cammergericht (oder Reichs- Hofrath)

ohne



ohne Mittel vorgenommen werden sollen. Bestehen muß man auch, daß die meisten Rechtsgelehrten, freylich ohne in eine nähere Untersuchung einzugehen, ungefähr dieser Meynung beygethan zu seyn scheinen, indem sie die Reichsfiscal-Sachen zu denjenigen rechnen, welche zu einer Ausnahme von der in der Regel unstatthaften Evocation der Landesunterthanen berechtigen c). Nur zum Theil ist der widerstrebende Geist der völlig ausgebildeten Landeshoheit d) nebst den davon herrührenden Schwierigkeiten in der Praxis e) von einigen neuern Schriftstellern angedeutet worden.

Alein Schwierigkeiten, die vielleicht mächtigere Reichsstände der Ausübung der Kaiserlichen und Reichs-Policeygerichtbarkeit über ihre Landesunterthanen mit Erfolg entgegen setzen, beweisen doch an und für sich in rechtlicher Hinsicht nichts.

Ob nun jene Gerichtbarkeit über Mittelbare rechtlich gegründet sey? — Daß diese Frage, sagt

c) Pütter Inst. iur. pub. §. 298. Moser n. d. t. Justizverfassung I. 149. Dabelow Lehrbuch des Staats- und Völkerrechts der Deutschen; Th. 1. §. 389. Schnaubert Anfangsgründe des Staatsrechts der gesammten Reichslande §. 338. Roth Staatsrecht deutscher Reichslande II. 118.

d) Häberlin Handbuch des teutschen Staatsrechts II. 462.

e) Zeist Lehrbuch des teutschen Staatsrechts, S. 415. W. Grundriß der reichsgerichtl. Verfassung und Praxis §. 109.

• Vergl. Politeyr. Th. 4.

sagt J. J. Moser <sup>H</sup>, so deutlich als möglich durch die Gesetze entschieden ist, wird Niemand, der seinen gesunden natürlichen Verstand hat, und solchen nicht aus Nebenabsichten mißbrauchen will, läugnen können. Leute dieser Art werden indessen doch auch nicht bloß bey dem allgemeinen Satze stehen bleiben wollen, sondern demselben eine genauere Bestimmung zu geben bemüht seyn.

Zu diesem Ende wird man

1. auf den gegenwärtigen Zustand der Reichs-  
Policeygesetzgebung und die ihr noch übrigen  
Gegenstände,
2. auf die allgemeinen Jurisdiction's-Grundsätze  
in Deutschland,
3. auf die neuern Reichsgesetze, welche die Evo-  
cation der Landesunterthanen betreffen,
4. auf die besondern Vorschriften der Policey-  
Ordnungen und Gesetze, und endlich
5. auf die neuere Observanz,  
zu sehen haben.

Die Reichs-Policeyordnungen enthalten sehr viele Gegenstände, welche zunächst und unmittelbar nur die einzelnen teutschen Länder an-  
gehen, und daher nicht in den Umfang der Reichs-Policeygewalt gehören, sondern in der Landes-Policeygewalt mit begriffen sind. Nach-  
dem die Landeshoheit ihre völlige Ausbildung er-  
halten hätte, wäre es zweckwidrig gewesen, die Reichs-Policeygesetzgebung ferner mit Gegen-  
ständen

<sup>H</sup> von der teutschen Justizverfassung I. 150.

ständen zu beschäftigen, die bloß auf das Innere der einzelnen Länder Einfluß haben und bey welschem, der Natur der Sache nach, eine Gleichförmigkeit der Vorschriften nicht erreicht werden konnte, auch, nach einer vernünftigen Politik, nicht verlangt werden durfte. Ob nun gleich die Handhabung der Reichs-Policeyordnungen dem Kaiser ohne einige ausdrückliche Einschränkung, selbst noch in der neuesten Wahlcapitulation, zur Pflicht gemacht ist; so haben doch längst vorher schon die sämtlichen Reichsstände jenen den gegenwärtigen Verhältnissen so ganz angemessenen Grundsatz angenommen g). Indem nun hiernach die Reichs-Policeygesetzgebung in neuern Zeiten lediglich auf diejenigen Gegenstände sich beschränkt hat, die entweder für das deutsche Reich im Ganzen von allgemeiner Wichtigkeit sind, oder deren besondere Beschaffenheit die Vereinigung sämtlicher Reichsstände erfordert h); so wird auch das Amt des Reichsfiscals sich weiter nicht erstrecken; und die Landes-Policeygerichtsbarkeit wird daher, wenigstens in dieser Hinsicht, einer Concurrenz der Reichs-Policeygerichtsbarkeit über mittelbare Reichsunterthanen, nicht mehr unterworfen seyn i).

§ 2

In

g) Gerflacher Corpus iuris germ. I. 448. 449.  
 Moser von den t. Reichstags-Geschäften, S.  
 1365. Handbuch d. t. Policeyrechts I. 44.

h) Handb. d. t. Policeyrechts I. 80. 81.

i) Vergl. das. 105 — 113.

In denjenigen Fällen aber, wo diese Concurrenz noch stattfinden könnte, wird sie durch die allgemeinen Jurisdictionen-Grundsätze in Deutschland näher bestimmt. Die Churfürsten, Fürsten und Stände sollen der Reichs-Policeyordnung nicht nur für sich selbst gehorsamlich und festiglich geloben, sondern auch die übrigen dahin weisen und vermögen, sie unversehrlich zu halten und ihr nachzukommen k). Auch der Reichs-Fiscal soll gegen diejenigen, die dieses Gebot nicht befolgen, sie seyen dem Reiche mit oder ohne Mittel unterworfen, am kaiserlichen Cammergericht handeln. Hiernach sind also zwey gleich-competente Behörden, welche die Verletzung der Policeyordnungen abhandeln können; und wenn es darauf ankommt, welche unter ihnen den Vorzug haben soll, so entscheidet lediglich die Prävention l). Steht diese dem Landesherren zur Seite; so fällt die Einmischung des Reichsfiscals hinweg, welche, wie weiter, unten gezeigt werden wird, in der Regel ohnehin nur subsidiarisch ist. Die fiscalische Strafe gebührt alsdann, der Natur der Sache nach, dem landesherrlichen Fiscus, dessen Gericht darüber zu erkennen hat; und wollte man ja annehmen, daß der kaiserliche Fiscus darauf Anspruch machen könne, so bliebe dem Reichs-

k) Reichs-Policeyordn. v. 1577. Eing. und Titel. 28-§. 7.

l) Pütter de praeventione; in opuscul. rem iud. Imp. illustrant. pag. 38 seq.

Reichsfiscal doch wohl nichts übrig, als bey dem competenten Richter seine Anträge beifallen zu machen.

Mit diesen näheren Bestimmungen und Einschränkungen der reichsgerichtlichen Concurrency bey Policcyvergehungen mittelbarer Reichsglieder stimmt der Geist der neuern Reichsgesetze, welche auf die Evocation der Landesunterthanen sich beziehen, vollkommen überein. Es ist zwar richtig, daß schon eben die Kammergerichtsordnung, welche die Gerichtsbarkeit der Reichsgerichte über Mittelbare wegen Verletzung der Reichs- Policcyordnungen festsetzt, auch die Regel enthält, daß jeder Reichsunterthan bey seinen ordentlichen Gerichten gelassen werden soll, jedoch mit Vorbehalt der gesetzlichen Ausnahmen. Diese Ausnahmen sind auch ausdrücklich nicht aufgehoben; nur sieht man aus den spätern Gesetzen, daß die Reichsstände immer mehr gegen die Evocation ihrer Unterthanen sich zu verwahren, die Regel, daß sie an die Reichsgerichte, mit Beseitigung der landesherrlichen Instanz, nicht gezogen werden können, immer mehr zu befestigen sich bemüheten. Seit 1519 wurde der kaiserlichen Wahlcapitulation in immer bestimmtern Ausdrücken die Vorschrift eingerückt: daß der Reichsstände Unterthanen von ihren ordentlichen Richtern nicht gedrungen, bey die privilegia de non evocando sowohl in Civil- und Criminal- als Lehnssachen m) genau beob-

§ 3

beob-

m) Die Reichsstädte erinnerten zum Project der beständigen Wahlcapitulation sehr richtig, es soll-

beobachtet werden, daß die Reichsgerichte dagegen Niemanden beschweren sollen n). Dazu kommt noch, daß hauptsächlich auch in Policeysachen die Landeshoheit- und Regierungsbrechte der Reichsstände gegen reichsgerichtliche Eingriffe nachdrücklichst verwahrt sind o), und daß selbst der Gerichtszwang der Reichsgerichte über Unmittelbare, so wie die höhere Instanz derselben in Fällen, welche sich auf die Policey beziehen, durch Wortschriften gebunden ist, welche offenbar dahin abzuwecken, dergleichen Eingriffen möglichst vorzubeugen p). Vergleicht man nun hiemit die allgemeine Anweisung der Cammergerichtsordnung; so wird man mit Recht sagen können, daß sie jetzt nicht mehr so verstanden werden könne, wie sie vielleicht im J. 1548 gemeint war.

Aber auch selbst in der ältern Verfassung und in den Policey-Ordnungen und Gesetzen findet man hinreichenden Grund, als Regel anzunehmen, daß dem Reichsfiscal und den Reichsgerichten über mittelbare Verlezer der Policeygebote und Verbote nur dann ein Recht zusteht, wenn die Obrigkeiten derselben ihre Pflicht nicht thun. Schon das Recht und die Verbindlichkeit der Reichsstände, ihre

sollten auch Policey- und Fiscal-Sachen hinzugefügt werden.

n) Wahlcapit. v. 1792. Art. 18. §. 3. 4. 5. Vergl. v. Kieffer Kais. Josephs d. Zweyten handb. Wahlcapit. II. 112 f.

o) Wahlcap. Art. 1. §. 8.

p) R. R. v. 1654. §. 106. Handb. d. r. Policeyrechts I. 180 f.



ihre Unterthanen zur Beobachtung der Reichs-Policeyordnung anzuhalten, berechtigt zu der Vermuthung einer bloß subsidiarischen oder suppletorischen Policey: Gerichtbarkeit der Reichsgerichte über mittelbare Reichsglieder, und die Gesetze machen diese Vermuthung zur Gewissheit. Dieser Umstand ist in der That bey dem ganzen Streite zu wenig beobachtet worden, und es scheint daher der Mühe werth zu seyn, die Reichs-Policeygesetze in dieser Beziehung nach ihren mannigfaltigen Gegenständen sorgfältig durchzugehen q).

#### 1. Religions-, Sitten- und Unterrichtspolicey.

R.A. v. 1512, Tit. 4. §. 2: Diejenigen, welche Gott lästern und fluchen und schwören, sollen, wenn sie Geistliche sind, vor der geistlichen, und die Weltlichen vor der weltlichen Obrigkeit, an den Enden solche Sünden begangen wären, gestraft werden. — §. 3. Ist die Obrigkeit säumig; so soll der Reichsfiscal bey dem Cammergericht klagen. r)

R.P.D. v. 1530. 1548 — 1577, Tit. §. 3. ins. §. 6: Wenn eines Reichsstandes Amt-  
§ 4
mann

q) Zur bequemern Uebersicht wird hierbey die von Gerstlächer in seinem Handbuche der teutschen Reichsgesetze beobachtete Ordnung zum Grund gelegt werden.

r) Gerstlächer Handbuch, IX. 1168. 1169.



mann, oder die vom Adel, oder andere, welche Obergericht haben, gegen die Verbrecher nicht verfahren würden; so sollen sie durch ihre Oberherren, als die Landesfürsten, Grafen, Herren, oder Communen, so ernstlich bestraft werden, damit ihr Mißfallen darin scheinbarlich vermerkt werde. Würde aber der Churfürst, Fürst 2c. 2c. auch nicht strafen; so soll der Reichsfiscal gegen sie procediren. Können sie die Verbrecher nicht zur Strafe ziehen; so sollen sie es dem Reichsfiscal melden <sup>u)</sup>).

R. P. D. v. 1530, Tit. 4. §. 1. 2. 3; v. 1548, Tit. 2; v. 1577, Tit. 2. §. un. Das Schwören und Fluchen der Bürger, Handwerker, Bauersleute oder ledigen Gesellen soll die ordentliche Obrigkeit strafen, und die gesetzliche Geldstrafe zu erhöhen befugt seyn <sup>t)</sup>).

Eben so soll es wegen Lästung der Mutter Christi und der Heiligen gehalten werden. R. P. D. v. 1577, Tit. 3. §. 1. — 4. <sup>u)</sup>

Das übermäßige Trinken und Zustrinken sollen die Landesherren bey allen ihren Unterthanen abstellen. R. P. D. v. 1577, Tit. 8. §. 1 — 4. <sup>x)</sup>

Ue

s) Gerstlacher Handb. IX. S. 1173.

t) Das. S. 1174.

u) Das. S. 1177.

x) Das. S. 1180.

Ueber dem Verbot leichtfertiger Vermo-  
nung des leichtfertigen Singens und Weinspre-  
chens zc. soll jede Obrigkeit, der solches  
ordentlich zugehört, mit aller Strenge  
halten. R.P.D. v. 1577, Tit. 26, §. 1. 2. 3;  
Tit. 31, §. un. y)

Wegen unanständiger, gegen die  
Religion oder die Religionsfriedens-  
Schlüsse gerichteter Schriften zc. soll  
jede Obrigkeit die gehörige Aufsicht führen  
und die Verfasser, Drucker oder Verkäufer sol-  
cher Schriften strafen. Gegen die nachlässi-  
gen Obrigkeiten soll der Reichsfiscal  
beym Cammergericht klagen. R.A. v. 1530,  
§. 58. R.A. v. 1541, §. 63. R.P.D. v. 1577,  
Tit. 35, §. 3. 4. „Wo aber, heißt es im  
§. 4., einig Obrigkeit, . . . . in Er-  
kundigung solcher Ding oder so es ihr angezeigt,  
darin fahrlässig handeln und nicht Stras-  
sen würde; alsdann wollen wir ent-  
weder selbst wider dieselbige, auch den  
Dichter zc. Straf fürnehmen lassen, oder aber  
soll unser kaiserlicher Fiscal Amts-  
wegen . . . . procediren“. 2)

Ganz dieser gesetzlichen Vorschrift gemäß ist  
auch das kaiserliche Patent v. 18. Jul. 1715<sup>aa)</sup>  
abgefaßt. Dafarn, sagt der Kaiser, einige  
Obrigkeit hierinn nachlässig handeln würde, als-  
dann

y) Gerstlacher Handb. IX. S. 1181. 1182.

2) Das. S. 1189. 1191. 1196.

aa) Das. S. 1206.

Dann wollen wir und behalten uns vor, . . . .  
 ernstliche Abndung . . . . . fürnehmen zu las-  
 sen. Allermaßen wir auch unsere . . . .  
 kaiserliche Reichsfiscale . . . . . wollen erinnert  
 haben, daß sie gegen alle . . . . . Ueberfahrer  
 unserer . . . . . Verordnung . . . . . unverzüglich  
 anrufen sollen.

Das kaiserliche Patent vom 10. Febr. 1746 bb) ist diesen Grundsätzen weniger getreu, und scheint eine uneingeschränkte Concurrenz des Kaisers und der kaiserlichen Büchercommission mit der Landespolicey begründen zu wollen. Dergleichen Patente können jedoch nur von Gültigkeit seyn, in so fern sie mit den bestehenden Reichsgesetzen übereinstimmen, da der Kaiser einseitig neue Verordnungen zu machen nicht berechtigt ist.

Daher kann auch die kaiserliche Büchercommission der Landespolicey nicht vor- oder eingreifen cc); und wenn man behauptet, daß ihre und der Reichsgerichte Befugnisse in der Wahlcapitulation dd) völlig anerkannt seyen, weil man dasselbst nur dem Mißbrauch derselben vorzubeugen sich bemühet habe ee); so ist dieß zwar allerdings richtig: aber eben jene Befugnisse sind doch nach den klaren Reichsgesetzen bloß subsidiarisch, und treten nur in Kraft, wenn die Landespolicey ihre Schuldigkeit nicht thut.

Ganz

bb) Gerflacher Handb. IX. S. 1207 f.

cc) Handbuch d. L. Polizeyrechts II. 362.

dd) Art. 2. §. 6, 7.

ee) Moser von d. L. Justizverfassung I. 153.

Ganz den Gesetzen gemäß war daher das von Churfachsen im Jahr 1741 zur Wahlcapitulation gemachte und von Churbrandenburg und Churbraunschweig unterstützte Monitum, daß dem gegen die Uebertreter der Reichs-Büchergesetze dem Kaiser empfohlenen nachdrücklichen Verfahren die Einschränkung hinzugefügt werden möge: „Dafern selbige unserer kaiserlichen Jurisdiction ohne Mittel unterworfen . . . ausserdem aber wollen wir solches den ordentlichen Obrigkeiten derselben anhefahlen und überlassen“ ff). Die Majorität der Churfürsten, welche dieß Monitum verwarf, war auch in einem offenbaren Irrthum, wenn sie glaubte, die Kaiserliche Jurisdiction sey in dergleichen Fällen ohne Rücksicht auf die Territorial-Instanz immediate fundirt.

Wenn also auch die Reichsgerichte bisweilen gegen Mittelbare, wegen gesetzwidriger Schriften, ein Verfahren eingeleitet haben; so ist solches entweder, als subsidiairisch, mit Recht geschehen, oder aber, als unstatthaft, nicht ohne Widerspruch, und meistens ohne Erfolg geblieben.

## 2. Oeffentliche Sicherheits-Policey.

Die mannichfaltigen Gesetze, welche die Erhaltung des Landfriedens bezwecken, richten

ff) Gerstacher Corp. iur. germ. II. 691. Moser von der teutschen Justizverfassung I. 770.

ten ihre Sorafalt hauptsächlich dahin, daß durch die Reichsstände und übrige Unmittelbare die Ruhe des Staats nicht gestört werde. Von diesen, in deren Händen viele und reichhaltige Mittel, Fehden mit Nachdruck zu führen, sich befanden, waren solche Störungen hauptsächlich zu besorgen. Jedoch konnten auch Landesunterthanen durch Zusammenrottirungen dem Ruhestande des Reichs gefährlich genug werden. In dieser Hinsicht darf daher wegen Landfriedensbruchs gegen Jeden, wer der auch wäre, selbst gegen Mittelbare, sogleich bey den Reichsgerichten verfahren werden gg). Aber ein einzelner Mittelbarer, der des Landfriedensbruchs beschuldigt wird, kann nur allein bey seiner ordentlichen Obrigkeit belangt werden hh).

Die Reichsgesetze, welche diesen wichtigen Gegenstand der Policcy betreffen ii), stimmen alle darin überein, daß die Obrigkeiten zunächst gegen ihre Unterthanen selbst verfahren sollen, und nur wenn sie nicht mit Nachdruck handeln können

gg) Landfriede v. 1548, Art. 8. §. 1. C.G.O. Th. 2. Tit. 9. §. 1. Conc. Th. 2. Tit. 10. §. 2.

hh) R.A. v. 1594. §. 69. Concept d. C.G.O. Th. 2. Tit. 10. §. 5.

ii) Verflacher a. a. O. S. 1222. S. insonderheit R.A. v. 1551. §. 90. Execut.-Ordin. §. 44. 50. 51. R.A. v. 1564. §. 15. Conc. d. C.G.O. Th. 2. Tit. 21. §. 6. Vergl. Verflacher am a. O. S. 1234 f.

nen oder wollen, tritt die Reichs-Policey und Gerichtbarkeit hülfreich hinzu. Heutzutage wird ohnehin eine Landfriedensbruchs-Klage gegen Mittelbare nicht leicht anders vorkommen, als wenn sie gegen ihre Landherrschaft sich empörten, oder aber in Verbindung mit Unmittelbaren handelten. kk)

### 3. Armen-Policey.

Diese ist jeder Obrigkeit zur Besorgung empfohlen. ll)

### 4. Vormundschafts-Policey.

Sie steht über Mittelbare der Landesobrigkeit zu mm), und tritt von Reichswegen nur ein, wenn die Gerichtbarkeit über sie oder ihre Güter zwischen zweyen Landesherren streitig ist. nn)

### 5. Aufsicht auf fromme Stiftungen.

Auch sie ist den Obrigkeiten, denen solches gebührt, befohlen. oo)

### 6.

kk) M. Grundriß der reichsgerichtl. Verfassung und Praxis §. 108. 269.

ll) R.P.D. v. 1577, Tit. 27. §. 1. 2. Verflacher a. a. O. S. 1327.

mm) Verflacher a. a. O. S. 1329.

nn) Conc. d. C.G.D. Th. 2. Tit. 1. §. 2.

oo) R.P.D. v. 1577, Tit. 32. §. 4. Verflacher a. a. O. S. 1331.

6. Gesinde - Policey.

Ist gleichfalls den ordentlichen Obrigkeiten überlassen. pp)

7. Hauswirthschafts - Policey.

Jede Obrigkeit soll in ihren Landen und Gebieten Geseze machen, welche dem Uebermaß nicht nur in Kleidungen, sondern auch bey Hochzeiten, Kindtaufen, Begräbnißen, Kirchweihen u. s. w. Schranken setzen. qq)

8. Eigenthums - Sicherheitspolicey.

Die Reichsstände sollen wegen Ehre, Maß und Gewicht gute, ehrbare Richtigkeit und Ordnung in ihren Landen zu Verhütung und Abstellung gefährlichen Betrugs machen. rr)

Die Weinverfälschung soll durch zweckmäßige Aufsicht und strenge Bestrafung der Betrüger verhütet werden. Beides liegt den Reichsständen ob. Nur soll die Strafe von 100 Fl. rheinisch halb der Kaiserlichen und des Reichs Cammer, und halb der Landesherzschaft verfallen seyn ss). Thut eine Obrigkeit ihre

pp) R. P. O. v. 1577, Tit. 25. §. 1. 2. Verflächer a. a. O. S. 1332.

qq) Verflächer a. a. O. S. 1335.

rr) R. P. O. v. 1577, Tit. 15. §. 1. 3. 4. Verflächer a. a. O. S. 1343.

ss) Weinordnung v. 1498. §. 2. 4. 5. Verflächer a. a. O. S. 1346 f.



ihre Schuldigkeit nicht; so hat der Fiscal das Recht, die Uebertreter des Gesetzes zu verfolgen. u).

Die Betrügereyen der Schiff- und Fuhrleute soll gleichfalls jede Obrigkeit zu verhüten suchen und erstlich bestrafen. uu)

Eben dieses ist wegen Verfälschung der Gewürze verordnet. xx)

Die Visitationen der Apotheken finden den Obrigkeiten, unter denen Apotheker wohnen, anbefohlen. yy)

Wegen übermäßiger Steigerung des Arbeitslohns und verschiedener Preise, so wie wegen mehrerer Zweige der Fabrik- und Gewerbs-Policey, ist die Vollziehung der reichsgesetzlichen Vorschriften lediglich den Landes-Obrigkeiten, oder den Ortsobrigkeiten, wo die Ausführung eines Betrugs versucht wird, zur Pflicht gemacht. zz)

Die

tt) R.A. v. 1495, §. 41. Verflacher S. 1344.

R.A. v. 1500. Tit. 24. — Verflacher S. 1350.

uu) R.P.D. v. 1577, Tit. 16. §. un. Reichsschluß vom 1. Aug. und 10. Oct. 1668. Verflacher S. 1351. 1352.

xx) R.P.D. v. 1577. Tit. 24. §. 1 u. 2. R.A. von 1551. §. 26. Verflacher S. 1353.

yy) R.P.D. v. 1577, Tit. 34. §. un. Verflacher S. 1354.

zz) Verflacher a. a. O. S. 1355 — 1361.

## 80 V. B.d. kaiserl.u.R. Policcygerichtbarkeit.

Die Abstellung und Bestrafung unehrllicher Contracte ist ebenfalls an die Landespoliccy verwiesen <sup>aaa</sup>). Jedoch soll der Reichsfiscal, wenn eine Obrigkeit sich darin lässig zeigen würde, derselben solches zu erkennen geben und sie ermahnen, ihre Pflicht zu thun. - Bleibt dieß ohne Wirkung, alsdann soll der Fiscal sein Amt gegen die Uebertreter wahrzunehmen Macht und Recht haben <sup>bbb</sup>).

9. Die Straßen- und Wasserpoliccy soll von der Landes-Obrigkeit gehörig besorgt werden <sup>ccc</sup>).

10. Was wegen der Gewerbe, Manufacturen und des Handels von Reichs wegen verordnet ist, beruht theils ohnehin auf der Sorgfalt der Landespoliccy, theils auf den vereinigten Bemühungen aller Reichsstände, und dabey wird die Frage von der Policcygerichtbarkeit über Mittelbare entweder so leicht nicht vorkommen; oder, wo sie in Betrachtung kommen kann, da

<sup>aaa</sup>) R.A. v. 1500, Tit. 32. R.A. v. 1532, Tit. 8. R.P.D. v. 1577, Tit. 17. 19. 20. Verflächer S. 1369 f.

<sup>bbb</sup>) R.A. v. 1532, Tit. 8. Vergl. R.P.D. v. 1577, Tit. 17. §. 8.

<sup>ccc</sup>) R.E. v. 31. Jul. u. 10. Oct. 1668. Verflächer S. 1382.

da ist ausdrücklich alles den Obrigkeiten überlassen. ddd)

In Rücksicht auf schädliche Monopole und ungebührliche Verkäufe ist jedoch die subsidiarische Mitwirkung des Reichsfiscals festgesetzt, und zwar so, daß er die säumnigen Obrigkeiten zuvörderst erinnern, und alsdann erst, wenn es doch nöthig seyn sollte, sein Amt wahrnehmen soll eee). Nur übereinstimmend mit dieser gesetzlichen Vorschrift ist das in dem Reichsgutachten von 1668 enthaltene Gesuch der Reichsstände an den Kaiser zu verstehen, welches dahin geht, „daß kaiserliche Majestät durch ihre kaiserliche FISCALe auf die Uebertreter fleißige Acht nehmen, und da sie etwa von selbst oder mittelst Anderer erkundigen, welche sich dergleichen verbotener monopolischen Handlung und muthwilliger Contracte unterfangen, gegen dieselbe der Gebühr nach mit fiscalischen schleunigen Processen ohne allen Respect zu verfahren, allernädigst anzubefehlen geruhen wollen“. ff)

Wollte man hieraus eine Concurrenz des Reichsfiscals mit den Landesobrigkeiten ableiten; so

ddd) z. B. die Bestrafung der verbotenen Ein- oder Ausfuhr gewisser Materialien oder Waaren, der muthwilligen Bankrottirer &c.

eee) A. P. O. Tit. 18. § 6. Verflachte C. 1426.

ff) Verflachte a. a. O. C. 1428.

v Bergs Pollcent. Th. 4.

so müßte man — historisch — unrichtig — annehmen, daß die Reichsstände ihre Landeshoheitsrechte im Jahr 1668 weniger gekannt hätten, als 1577.

In Ansehung der für den Handel so nachtheiligen Zollmißbräuche ist in der kaiserlichen Wahlcapitulation ggg) hauptsächlich gegen Unmittelbare angemessene Verfügung getroffen und auch das fiscalische Verfahren vorgeschrieben, dabey aber ausdrücklich festgesetzt, es soll in dem allem eine gleiche Meynung und Verstand haben, wenn schon der Uebertreter kein Immediat, sondern ein mittelbarer Land- Stand wäre hhh). Allein die den Reichsständen zugleich verstattete Selbsthülfe iii) begreift ohne Zweifel auch das Verfahren gegen ihre eigenen Unterthanen in sich, welches, ohne Einwirkung des Reichsfiscals, hinreichend seyn wird, die bey ihnen vorkommenden Zollmißbräuche abzustellen.

Die Verhütung, Abstellung und Bestrafung der Münzvergehungen steht den Landesherren zu kkk), jedoch so, daß, im Fall der Saumseligkeit derselben, der Fiscal gegen sie  
und

ggg) Art. 8.

hhh) Wahlcap. Art. 8. §. 14.

iii) Das. §. 16.

kkk) Münzordn. v. 1559. §. 163. Wahlcap. Art. 9. §. 10. Verflacher a. a. O. S. 1683. 1688.

und auch gegen die Verbrecher zu verfahren angewiesen ist. III).

Auch hier hat es bisweilen Veranlassung zu Beschwerden über Eingriffe in die landesherrlichen Rechte der Reichsstände gegeben; und vorzüglich die Reichsstädte, die vom kaiserlichen Reichshofrath immer unter einer strengeren Boshmäßigkeit gehalten wurden, wünschten durch eine ausdrückliche Vorschrift der Wahlcapitulation mehr gesichert zu werden. Sie trugen daher darauf an; daß durch dieselbe der Kaiser verpflichtet werden möge, „in Münzverbrechen der mittelbaren Reichs-Untertanen, zum Präjudiz und Nachtheil der Territorial-Obrigkeit; keine Commission zu erkennen, noch auch zu gestatten, daß durch Dero Reichshofrath oder die Kreisämter dergleichen geschehe; sondern; da die Territorial-Obrigkeiten in einem oder dem andern Special-Casu in Untersuchung und Bestrafung dieses Verbrechens säumig erfunden und dessen überführt würden; auf vorübergehende fiscalische Anklage und erfolgte Erkenntniß gegen dieselbe nach dem buchstäblichen Inhalt der kaiserlichen Münzordnung von 1559 verfahren zu lassen“ (mmm).

§ 2.

Dies

III) Münzordn. v. 1559. §. 164. Verflächer  
a. a. O. S. 1683.

mmm) Moser von der deutschen Justizverfassung  
I, 1027.

Dieser Antrag ist zwar bisher ohne Erfolg geblieben, und er scheint bey der so ganz deutlichen Bestimmung der Reichs-Münzordnung auch in der That nicht so dringend nothwendig zu seyn.

Die Abstellung und Bestrafung der Handwerks-Mißbräuche kommt der Landespolicey unmittelbar zu, und nicht einmahl die subsidiarische Einwirkung des Reichsfiscals ist dabey vorgeschrieben. nnn)

Dies ist der wesentliche Inhalt der hieher gehörigen Reichs-Policeygesetze, und man wird daraus mit völliger Sicherheit folgende Schlüsse ziehen können:

I. In Ansehung vieler Gegenstände der Policey ist sichtbar der Zweck der Reichsgesetzgebung mehr die Aufstellung der von ihr für die besten erkannten Maßregeln zur Nachahmung in den einzelnen Territorien, als die Festsetzung schlechterdings zu befolgender Normen. Da wird dem Reichsfiscal nicht befohlen, gegen die säumigen Reichsstände selbst zu verfahren, noch wird ihm und den Reichsgerichten, auf den Fall ihrer Nachlässigkeit, über mittelbare Verlezer solcher Po-

nnn) R. P. O. v. 1577. Tit. 37. 38. R. E. v. 1731. Verflacher a. a. O. S. 1729.

Policeygesetze irgend ein Recht eingeräumt. Die meisten dieser den Landesherrschaften, ohne Vorbehalt einer reichsgerichtlichen; auch nur subsidia-  
rischen Concurrenz überlassenen Policeygegenstände sind gerade zu denjenigen zu rechnen, welche der Natur der Sache nach der Landespolicey allein angehören. Wenn man daher diesen Unterschied nicht überall deutlich erkannt hat; so hat man ihn doch schon in frühern Zeiten gefühlt und in Anwendung gebracht.

2. Eine unmittelbare, eine Prävention begründende Concurrenz der Reichsgerichte bey Bestrafung mittelbarer Uebertreter der Reichs-  
Policeygesetze ist nirgends ausdrücklich festgesetzt: man wollte dann das Verfahren gegen Landfriedensbrecher hieher rechnen, welches jedoch auf ganz besondern Verhältnissen beruhet.

3. Außerdem ist überall, wo eine Concurrenz der Reichsgerichte, folglich eine Reichs-  
Policeygerichtbarkeit über Mittelbare stattfinden soll, nur von einer subsidia-  
rischen oder supple-  
torischen Theilnahme des Reichsfiscals und der Reichsgerichte die Rede, wenn nemlich die Landesobrigkeit ihre Schuldigkeit nicht thut! In diesem Falle ist der Reichsfiscal zwar nicht immer, jedoch öfters angewiesen, vor allen Dingen, ehe er gegen mittelbare Uebertreter der Reichs-  
Policeygesetze bey einem Reichsgerichte auftritt, die Obrigkeiten derselben an ihre gesetzlichen Obliegenheiten zu erinnern, und nur, wenn auch die-



ses ohne Wirkung bleibt, sein Amt gegen jene wahrzunehmen.

Damit darf aber eine andere gesetzliche Vorschrift nicht verwechselt werden, wornach der Reichsfiscal wegen der Beobachtung und Handhabung verschiedener Policeygesetze geradezu gegen die säumigen Obrigkeiten selbst klagen und nicht nur auf ihre Verurtheilung in die bestimmten Strafen, sondern auch darauf, daß sie zur Vollziehung der vernachlässigten Gesetze durch weitere Strafbefehle angehalten werden mögen, sein Gesuch bey den Reichsgerichten richten soll.

4. Zur Begründung der reichsgerichtlichen Concurrenz in den befragten Fällen wird allemahl eine fiscalische Klage erfordert. Bestimmt sagen die Gesetze: der Reichsfiscal soll alsdann, wenn die Obrigkeiten ihre Pflicht nicht thun, bey den Reichsgerichten zu procediren befugt seyn. Dieses kann aber von ihm entweder auf Erinnern der Reichsgerichte oder von Amte wegen geschehen, letzteres jedoch nicht anders, als nach vorgängiger Billigung der bey beiden höchsten Reichsgerichten angeordneten Fiscal-Deputation 000), welche hier besonders darauf zu sehen hat, daß kein widerrechtlicher Eingriff in die landesherrliche Policeygewalt versucht werde.

Erwägt man nun alle aus den angeführten Gesetzen hervorgehende Resultate, so muß man sich

000) V. Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis S. 272.

sich überzeugen, daß von jeher die gesetzgebende Gewalt im Reiche auch in Policeysachen das Recht der ersten Instanz, das *ius de non evocando*, möglichst ungekränkt hat erhalten wollen, und daß nur Anmaßung oder unvollständige Kenntniß der Reichsgesetze eine allzugroße Ausdehnung der Reichs-Policeygerichtbarkeit hat begünstigen können.

Unter diesen Umständen ist es sehr natürlich, daß die neuere Observanz der unbestimmten und uneingeschränkten Concurrenz der Reichs-Policeygerichtbarkeit über Mittelbare keineswegs günstig ist.

Zwar hat der eifrigste Vertheidiger derselben, Moser, noch aus neuern Zeiten einige Beispiele angeführt, welche für seine Meinung sprechen sollen ppp). Allein theils enthalten sie nur Beweise von den Ansprüchen des kaiserlichen Hofes, und nicht auch zugleich davon, daß sie wirklich durchgesetzt sind, theils ist nur von der nicht zu bestreitenden suppletorischen Concurrenz die Rede. Dieses insonderheit erhellet deutlich aus dem von Moser angeführten Reichshofraths-Conclusum vom 4. März 1760, welches dahin gieng, daß eine kaiserliche Commission die von der Stadt Frankfurt ununtersucht und unbestraft gelassene Münzverbrechen untersuchen solle.

§ 4

Das

ppp) Moser v. d. i. Justizverfassung, I. 771.  
1028.

Das glaubwürdigste Zeugniß von der jetzigen Observanz hat der Freiherr v. Cramer. in seinen Bemerkungen zu der Cammergerichts-Ordnung abgelegt, welches in diesem Handbuche qqq) bereits angeführt ist, und wornach die Reichs-Policeygerichtbarkeit lediglich auf Unmittelbare beschränkt werden sollte. Denn der darauf gegründete Antrag zur Abänderung und Verbesserung der hieher gehörigen Stelle der Cammergerichtsordnung rrr) geht dahin:

„Wenn ein dem Reich unmittelbar Unterworfenener solche Policey einführt, wodurch denen Nachbarn Schaden zugefügt würde, als bey Reinen und Straßen nachlässig, und gegen die gemeine Sicherheit handelte, item liederliches Gesindel recipirte, worbey die Nachbarn in Gefahr liefen; so wollen wir, daß gegen einen solchen der Fiscal excitirt werden könne. Desgleichen wann schädliche mepopolla in einem Land eingeführt werden, und keine Hülfe dagegen von denen Unterthanen zu erhalten. Wohingegen, wenn die Policey ad iura territorii gehört, als wie vor Ehle, Maß, Gewicht, die Landesherren selbst sorgen können, soll der Landeshoheit desfalls kein Eingriff geschehen“ sss).

qqq) I. 113.

rrr) Th. 2. Tit. 20. §. 3.

sss) Concepte der E. G. O. auf Befehl der jüngsten Visitation entworfen, herausgegeben v. J. H. G. v. Selchow II, 137.

Es ist wohl nicht zu verkennen, daß dieser Vorschlag auch nicht die erforderliche Klarheit und Bestimmtheit hat; indessen sieht man doch daraus, aus welchem Gesichtspuncte die vorliegende Streitfrage in neuern Zeiten selbst beym kaiserlichen und Reichs-Cammergerichte betrachtet worden ist.

Man hat daher dem berühmten Thomasius *ut*) wohl zu nahe gethan, wenn man seine Vertheidigung der landesherrlichen Gewalt in Beziehung auf eben diese Streitfrage für so ganz Anrichtig und parteyisch hat ausgeben wollen, wie solches Moser *uuu*) gethan hat.

Thomasius war freylich bey der Sache selbst persönlich interessirt, und übertrieb in manchen Puncten. Der Reichs-Hofrath hatte auf Ansuchen des Reichsfiscals gegen ihn am 14. Sept. 1714, wegen anstößiger Schriften, gegen die catholische Geistlichkeit eine Citation *ad videndum declarari eo incidisse in poenam quinquaginta marcarum auri* erkannt, — und dagegen

§ 5

trug

*ut*) S. kurze und deutliche Deduction, daß der Reichshofrath mit nichts befugt sey, der Chur- und Fürsten, auch anderer Stände des heiligen römischen Reichs Rätthe, Diener und andere Unterthanen, unter was Schein und Vorwand es auch seyn möge, sowohl in peinlichen, als bürgerlichen Sachen, in erster Instanz für sich zu citiren. 4. 1714.

*uuu*) von der deutschen Justizverfassung I. 150 f.

trug er darauf an, daß man den Fiscal wegen seiner Unverschämtheit in 50 Mark löthigen Goldes condemniren, und die zwey Deputatos fisci als untüchtige Reichshofräthe abschaffen möge. Das war allerdings zu arg, und wegen dieses und einiger ähnlichen Ausfälle hat Moser recht, wenn er die Schrift eine unbescheidene nennt; aber ganz so schlecht, wie er sie machen will, ist sie deswegen doch nicht.

Die von Moser selbst angeführten Argumente des Thomasius sind zum Theil nichts weniger, als unbedeutend, und nach den bisher angestellten Grundsätzen hatte Thomasius auch, was seinen Fall betrifft, so ganz unrecht nicht.

Alles wohl erwogen, wird man daher aus hinreichenden Gründen die ganze Streitfrage von der Policeygerichtbarkeit über Mittelbare dahin entscheiden können, daß

- 1) die Landesherren allezeit die Vermuthung für sich haben; daß
  - 2) eine vorzügliche, die Landesobrigkeit ausschließende Reichs-Policeygerichtbarkeit über Mittelbare gesetzlich gar nicht gegründet ist; daß
  - 3) die Concurrency der Reichs-Policeygerichtbarkeit mit der Landes-Policeygerichtbarkeit auf die zu der Landespolicey gehörigen Gegenstände sich nicht erstreckt, sondern nur in
- An-

Ansehung derjenigen Gegenstände, worauf der Reichsfiscal in den Reichs-Polizeygesetzen ausdrücklich angewiesen ist, und

- 4) nur in dem Fall, wofür sie bestimmt ist, d. h. subsidiarisch oder suppletorisch, nicht aber unmittelbar, stattfindet.

Wie viel oder wenig Schwierigkeiten in der Praxis auch hier noch jener Concurrenz entgegenstehen mögen, — ist freylich schwer zu bestimmen, gehört aber nicht in den Umfang einer rechtlichen Untersuchung.

---

## VI.

Von kaiserlichen Privilegien, die in das  
Policewesen einschlagen.

Das höchste Reichs-Oberhaupt ist durch seine Wahlcapitulation verpflichtet, „keinesweges Jemanden einige privilegia auf monopolia, es geschehe solches bey Kauf, Handel, Manufacturen, Künsten oder andern in das Policewesen einlaufenden Sachen, so wie überhaupt keinerley von seinen Vorfahren nicht hergebrachte privilegia, so der Churfürsten, Fürsten und Ständen in Dero territoria zustehenden Policewesen und gleichfalls hergebrachten Gerechtsamen in einigerley Weg vorgreifen, zu ertheilen, noch die etwa bereits ertheilten zu erneuern.“ a)

Diese

a) Wahlcap. Art. 7. §. 3. 4.



Diese gesetzliche Vorschrift verdient ohne Zweifel eine genauere Erörterung, als ihr in diesem Handbuche b) zu Theil geworden ist.

Den Monopölien suchte die Reichsgesetzgebung von jeher vorzubeugen. c) Keine Obrigkeit soll sie dulden; und wenn sie es thut, soll der Reichs-Fiscal gegen sie sowohl, als die Monopolisten klagen. d) Die Reichsstände dürfen also nach den Reichsgesetzen in ihren Ländern keine Privilegien zum Alleinhandel ertheilen, und wenn gleich von dieser Regel sehr wichtige und höchstgegründete Ausnahmen gelten e), so kann es doch immer noch Fälle geben, wo wegen eines rechtswidrigen Monopols gegen einen Reichsstand bey den Reichsgerichten geklagt, und von diesen ein *mandatum illiciti monopolii cassatorium, re-stitutivum et inhibitorium* erkannt werden kann. f)

Die Nachtheile eines Monopols sind bedeutender, je weiter der Wirkungskreis desselben geht. Könnte daher der Kaiser Privilegien auf Monopole ertheilen, die über das ganze teutsche Reich

b) I. 111.

c) G. I. 358 f.

d) Gerstlacher Handbuch der k. Reichsgesetze, IX. 1423 f.

e) III. 509 f.

f) de Cramer Obs. jur. univ. T. 1. Obs. 198.  
Dess. Wehl. Nebenstunden II. 179.

Reich sich erstreckten, so würden davon die gemein-  
schädlichsten Folgen um so mehr zu besorgen seyn,  
als das Reich. Oberhaupt nicht leicht im Stande  
seyn wird, die Lage des Handels und der Ge-  
werbe in einzelnen Reichsländern, worauf bey  
Ertheilung eines solchen Privilegii doch zusehrend  
Rücksicht genommen werden muß, gründlich zu  
beurtheilen.

Wenn daher nicht schon in den jetzigen Ver-  
hältnissen der Landeshoheit Gründe genug lägen,  
wornach einem kaiserlichen Freiheitsbriefe zum Al-  
leinhandel für das ganze teutsche Reich wenig  
Erfolg zu versprechen seyn dürfte; so würde doch  
die oben angeführte Vorschrift der kaiserlichen  
Wahlcapitulation gegen dergleichen Privilegien  
völligen Schutz gewähren. Der Kaiser darf  
gar keine Privilegien zum Alleinhan-  
del geben, obgleich die Stände in ihren Ter-  
ritorien unter gewissen Umständen es thun  
dürfen.

Zu den Privilegien dieser Art können aber  
diejenigen nicht gerechnet werden, welche die Si-  
cherstellung der Eigenthumsrechte an einem ge-  
lehrten oder Kunstwerke, oder an einer ge-  
meinnützigen Erfindung bezwecken, und die der  
Kaiser Schriftstellern oder ihren Verlegern, Künst-  
lern, u. s. w. zu ertheilen pflegt. g)

Der

Der Verfasser einer kleinen, sonst manche gründliche Bemerkung enthaltenden Schrift der Paradoxen der kaiserlichen Wahlcapitulation h) hat folglich unrecht, wenn er auch hier die Praxis mit der Theorie im Widerspruch glaubt. „Was ist denn, sagt er, von des Reichs-Hofraths monopolischen Privilegiis zu halten? Wenn solche über theologische, juristische, philosophische und moralische Bücher, wo die Censur dabey ist, ertheilt werden; so müssen selbige als ein kaiserliches Reservat passiren. Wenigstens steht dafür die Observanz. Aber reichshofrathliche Privilegia über Balsam, Wunderessenzen, Arcana u. d. gl. ertheilen, ist auffallend.“

Doch auch diese Privilegien sind nicht monopolisch; denn der Erfinder soll dadurch nur bey der ungestörten Benutzung seiner Erfindung geschützt werden. Aber sie und alle andere ähnliche Privilegien gehören offenbar zu denjenigen, welche in das Polizeywesen einschlagen, und es kommt demnach lediglich darauf an, ihr Verhältniß zu der Landespolicey näher zu erörtern.

Verschiedene Rechtsgelehrte sind der Meinung, der Kaiser könne überhaupt keine Privilegien  
legien

h) S. 28. Note b.

## 96 VI. Von kaiserlichen Privilegien,

legien ertheilen, die in das Polizeywesen einschlagen, und in politischer Hinsicht wäre es vielleicht am zweckmäßigsten, dergleichen Vergünstigungen lediglich den Landesherren zu überlassen, da sie doch nie die beabsichtigte allgemeine Wirkung erhalten, und öfters, dem Zwecke der Landespolizey gemäß, gar nicht erhalten können.

Allerdings verspricht der Kaiser, Niemandem einige Privilegien zu verwilligen, wodurch der Polizeygewalt der Reichsstände auf irgend eine Weise vorgegriffen würde. Allein dies Versprechen ist ausdrücklich auf solche Privilegien beschränkt, die das höchste Reichs-Oberhaupt von seinen Vorfahren zu ertheilen nicht hergebracht hat. Wo also das Herkommen dem Kaiser zur Seite steht, da dürfen die Reichsstände sich nicht über einen Eingriff in ihre Polizeygewalt beschweren, wenn er ein dahin einschlagendes Privilegium ertheilt.

Von dieser Art sind die Privilegien zur Errichtung gelehrter Anstalten, die Druckprivilegien, die Ertheilung des Stadt-, Meß- und Marktrechts, die Privilegien über Kunstfachen, neue Erfindungen u. s. w., welche alle zu ertheilen der Kaiser von seinen Vorfahren hergebracht hat. Dasselbe Gesetz aber, welches diese Privilegien für rechtmäßig erklärt, sichert zugleich auch die hergebrachte Gerechtsame der Reichsstände, welche allerdings auf die Wirksamkeit der an sich gült-

gültigen kaiserlichen Privilegien von großem Einfluß seyn können. Denn, wenn ich gleich nicht mit Schnaubert <sup>l)</sup> behaupten möchte, die Wirkung und Ausübung der kaiserlichen Privilegien sey der Landeshoheit unbedingt subordinirt; so ist doch soviel gewiß, daß der Kaiser selbst bey der Ertheilung solcher Privilegien keine andere Absicht haben kann, als daß sie in den reichsständischen Gebieten nur in so weit wirksam seyn sollen, als es rechtlich möglich ist. Dieß ist aber nicht der Fall, sobald Landesverfassung, Herkommen, Landesgesetze, und insonderheit die Landespolicey, der Ausübung eines kaiserlichen Privilegii entgegen stehen. Die nähere Erörterung der einzelnen Fälle wird dieß deutlicher zeigen.

Der Kaiser hat es hergebracht, Concessionen zur Errichtung gelehrter Anstalten zu ertheilen, und diese mit mancherley Privilegien zu beghnadigen <sup>k)</sup>. Daß diese Anstalten in den Wirkungskreis der Policey gehören, und daß die Errichtung derselben im wesentlichen von der Landespolicey abhängt, ist keinem Zweifel unterworfen <sup>l)</sup>; denn die Herbeschaffung der Fonds, die Anweisung und Einräumung eines passenden Locals,

calß,

<sup>l)</sup> Anfangsgründe des Staatsrechts der gesammten Reichslande S. 78.

<sup>k)</sup> Möser von den kaiserlichen Regierungsrechten und Pflichten II. 569 f.

<sup>l)</sup> Handbuch d. t. Polizeyrechts II. 313. 314.

## 98. VI. Von kaiserlichen Privilegien,

zals, die zweckmäßige Einrichtung, die beständige Aufsicht, der fortwährende Schutz — das sind Hauptsachen, welche kein kaiserliches Privilegium mit sich führt. Sollte daher auch ein Privatmann auf die Stiftung einer solchen Anstalt Bedacht nehmen, so müßte er vorher mit dem Landesherren, um dessen Land er sich dieß Verdienst erwerben wollte, Alles berichtigt haben, ehe ein kaiserliches Privilegium auch nur von Nutzen seyn könnte. Sucht aber ein Landesherr selbst darum nach, so ist ohnehin kein Bedenken dabey. Uebrigens ist nur bey Universitäten, wegen der allgemein gültigen Kraft akademischer Würden, ein kaiserliches Privilegium wesentlich nothwendig. m)

Dahingegen sind manche andere besondere Begnadigungen und Freiheiten, welche ein solches Privilegium noch zu enthalten pflegt, z. E. das Recht, Statuten zu errichten, das Comitium, die Freiheit von Abgaben, insonderheit die allgemeine Zollfreiheit, theils der landesherrlichen Oberaufsicht unterworfen, theils von der landesherrlichen Genehmigung abhängig. Die Zollfreiheit des Studentenguts beruhet mehr auf einer allgemeinen Observanz, als auf kaiserlichen Privilegien.

Der Kaiser ist ferner durch das Herkommen berechtigt, Privilegien gegen den Nachdruck von Bü-

m) Handb. d. t. Polizeyrechts II. S. 313. Me-  
ser a. a. O. S. 576. 577.

Büchern n), Zeitungen o) und Calendern p) zu geben. q) Dieses hindert aber die Landesherren nicht, dergleichen privilegirten Schriften die Censur in ihren Landen zu versagen, und also den Verkauf derselben zu verbieten. Denn das Privilegium ist nur gegen den Nachdruck gerichtet, und diesen zu verhindern und zu bestrafen, ist ohnehin landesherrliche Pflicht. r) Auch bestehen landesherrliche Druckprivilegien neben, und selbst, wenn sie älter sind, vor den kaiserlichen in völlig rechtlicher Kraft. s) Ueber ein und dasselbe Buch kann freylich nur ein rechtmäßiger Verleger (es sey denn, daß Mehrere durch besondere Verabredung sich in den Verlag theilen) ein gültiges Privilegium haben. Zeitungen hingegen können in verschiedener Form und Zahl neben einander in die Welt ausgehen, ohne daß das Privilegium mehr, als den wörtlichen und vollständigen Nachdruck der privilegirten verhindern könnte. Auf gleichen Grundsätzen beruht die Bemerkung Mosers: t) über Calender werden zwar auch kaiserliche Privilegia ertheilt, jedoch nur in sofern, daß nicht dasjenige, was ein solcher Kalender

n) Moser a. a. O. S. 585.

o) Das. S. 597.

p) Das. S. 599.

q) Vergl. Handbuch des t. Polizeyrechts I. 411.

r) Das. S. 409. 410.

s) Das. S. 412. 413.

t) a. a. O. S. 599.



eigenes und zwar selbst erfundenes hat, nachgedruckt werden darf; sonst steht jedem frey, Calender drucken zu lassen, in was für Format, und auf was für Art er will. In vielen Ländern sind auch dießfaß landesherrliche Verordnungen vorhanden.“ Richtiger und der Praxis angemessener könnte man vielleicht von den privilegirten Calendern, wie von den Zeitungen sagen, daß sie nur nicht förmlich und vollständig ab- und nachgedruckt werden dürfen. Denn gewöhnlich wird ja aus zwey oder drey Calendern (gleich den Zeitungen) der dritte oder vierte gemacht.

Der Kaiser hat die von seinen Vorfahren hergebrachte Befugniß, das Stadtrecht zu ertheilen. u) Allein nicht nur befinden sich die Landesherrn im Besiß derselben Befugniß x), sondern es liegt auch in der Natur der Sache, daß eine mittelbare Gemeinheit, die das Stadtrecht bey dem Kaiser nachsuchen wollte, dazu die Genehmigung ihres Landesherrn haben muß. Ebenso verhält es sich in Ansehung des Meß- und Marktrechts, dessen Ertheilung zwar immer noch zu den Befugnissen des Kaisers, keinesweges aber zu den ausschließenden Reservaten desselben gehört. y)

Priv

u) Moser a. a. O. S. 563 f.

x) Das. S. 568.

y) Handbuch des t. Polizeyrechts III. 567. Moser von den kaiserl. Regierungsrechten und Pflichten II. 586 f.

Privilegien über Kunstfachen, Fabricate, neue Erfindungen, pflegen gleichfalls dem Herkommen nach von dem Kaiser ertheilt zu werden. Von den privilegierten Kupferstichen <sup>2)</sup> gilt dasselbe, was in Ansehung der Druckprivilegien bemerkt ist.

Am meisten hat man sich über die Privilegien aufgehalten, welche den Verkäufern von Arzneyen, Wunderessenzen und dergleichen von dem Kaiser manchemahl ertheilt werden. Das Herkommen steht demselben auch hier zur Seite. <sup>aa)</sup> Eine gute Policey verbietet jedoch alle geheime (ihrer Zusammensetzung nach unbekannte) Heilmittel, und duldet keinen besondern Handel damit. <sup>bb)</sup> Dadurch wird auch den kaiserlichen Privilegien kein Eintrag gethan, welche nur wollen, daß kein Anderer, als der Privilegirte, mit solchen Arzneyen handle. Wenn aber nach den Grundsätzen einer vernünftigen Policey alle Arzneyen nur von Materialisten im Großen und im Einzelnen von Apothekern ausgegeben werden dürfen; so wird auch in dieser Hinsicht das Privilegium nicht von Wirksamkeit seyn können. <sup>cc)</sup>

§ 3

Um

1) Moser a. a. O. S. 599.

aa) Ders. a. a. O.

bb) Handbuch des t. Polizeyrechts II. 195.

cc) In Chursachsen z. E. wurde die Schwefelsäure oder Altonaer Wunderessenz, des kais.

Um der Namen willen — Wunderessenz, Haupt- und Gall-Fluß-Pillen, Lebensbalsam, Bezoard-Tinctur u. s. w., hat man Privilegien dieser Art lächerlich gefunden. Aber wären sie nur sonst zweckmäßig, was thäten die Namen zur Sache? Ueber wie vielerley oft auch sonderbare Dinge giebt man in England nicht Patente, und zwar sehr zur heilsamen Beförderung der Industrie?

Einen gleichen Zweck haben offenbar auch die kaiserlichen Privilegien dieser Art zum Vortheil gewisser Fabriken und Manufacturen dd), die nur wegen der Verfassung Deutschlands dem Zwecke nicht entsprechen können. Man findet, daß hauptsächlich Bewohner der Reichsstädte damit begnadigt werden, und diese haben freylich, aus bekannten Ursachen, weniger Widerspruch und Hindernisse zu besorgen, als Unterthanen der höheren Reichsstände.

Def.

kaiserlichen Privilegi ungeachtet, verboten. Noch im Jahr 1788 erkannte der Reichs-Hofrath auf Klage der Schwerfischen Kinder gegen eine gewisse Jenny, puncto violati privilegii, die Altonaer Wunderessenz betreffend. — Und allerdings, das Nachmachen solcher Arzneyen durch andere Pfücher hat seine eigenen Gefahren, und darum mag jenes Erkenntniß immer sein Gutes haben.

dd) Moser a. a. O. S. 599. 600. Neuss teutsche Staatskanzley V. 378.

Bestens ist aber ein solches Privilegium auch weiter nichts, als ein bloßer Titel. „Kaiserlich privilegirte Kunsthandlung“ — „Kaiserlich privilegirte Tapetenfabrik“ u. s. w. lautet ganz hübsch, ist aber übrigen ohne alle Consequenz.

---

## VII.

### Ueber die mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundene niedere Policey.

---

#### Erster Abschnitt.

Nähere Erörterung der Gründe, aus welchen die niedere Policey mit der Patrimonialgerichtbarkeit gewöhnlich verbunden ist.

---

#### §. I.

Die hohe und niedere Policey muß in einem zusammengefügten Staate, wie das deutsche Reich ist, nothwendig sehr verschiedene Ansichten darbieten. Wie ganz anders erscheint jene in dem Churfürstenthum Sachsen, als in dem Fürstenthum Hohenzollern, und diese in den Städten München oder Leipzig, als in dem vormahls reichsfreyen Ueberlingen oder Goslar? Der Begriff selbst ist überall derselbe; aber der Umfang des Gebietes und die Zahl und Mannigfaltigkeit der Gegenstände bewirkt in der Ausübung der wesentlichen Unterschiede

schiede gar viele. Und wie oft muß nicht in dem ganz kleinen Staate die hohe und niedere Policey Hand in Hand gehen! Gerade um dieser Verschiedenheit willen ist aber auch die Policey in Deutschland mehr, als in jedem andern Reiche, durch die Gesetzgebung selbst ins Einzelne bearbeitet, und manche Policey-Verordnungen enthalten das offenherzige Bekenntniß, manchauch die deutlichsten Spuren, daß öfters eine sorgsame Regierung auch ihre Nachbarn auf sehr kluge und heilsame Gedanken gebracht hat.

## §. 2.

Indessen mag doch eben auch diese Verschiedenheit der Festsetzung eines richtigen und bestimmten Begriffs der hohen und niedern Policey hauptsächlich im Wege gestanden haben. Die Rechtsgelehrten insonderheit begnügten sich meistens mit der Aufzählung mehrerer Beispiele, ohne auf die Aufstellung allgemeiner Kennzeichen Bedacht zu nehmen. Zur hohen Policey, sagen sie, gehört, „was der Landesherr zum gemeinen Besten verordnet; wenn er z. B. den Holz- und Fruchtverkauf im Lande regulirt und einschränkt, das Brau- und Handwerkswesen einrichtet, Zünfte anordnet und bestätigt, bey dem Vieh- und Fleischkauf, der Fischerey, bey Hochzeiten, Kindtaufen und Begräbnissen, Gastmahlen, Kleiderpracht, dem Cassetrinken 2c. die Mißbräuche abschafft“. Zur niedern Poli-

cey hingegen rechnen sie, „wenn die Ortsob-  
 „rigkeit, oder Bürgermeister und Rath einer  
 „Stadt Verordnungen macht, wodurch gut und  
 „gesund Brod und Bier erhalten, Theuerung in  
 „Lebensmitteln, ansteckende Krankheiten, Feu-  
 „ersgefahr und alles das abgewandt wird, wo-  
 „durch die Stadt leiden oder derselben sonst eini-  
 „ger Nachtheil zuwachsen könnte“ a). Wie un-  
 bestimmt und unzuverlässig solche Beschreibungen  
 sind, fällt von selbst in die Augen.

### §. 3.

Die hohe Policey b) beschäftigt sich mit  
 den Mitteln zur Verhütung und Abwendung  
 der Gefahren und Hindernisse der Sicherheit und  
 Wohlfahrt in dem gesammten Umfange des  
 Staats; sie umfaßt das Ganze, ohne deswegen  
 das Einzelne von ihrer Sorgfalt auszuschließen.  
 Auf jeden Theil des Staatsgebiets, auf jeden  
 Gegenstand, der mit der Sicherheit und Wohl-  
 fahrt der Staatsbürger in Verbindung steht,  
 auf jede Einrichtung und Anstalt, die dahin ab-  
 zweckt, auf jedes Unternehmen oder Ereigniß,  
 das davon ableiten kann, richtet sie ihre Aufmerk-  
 samkeit, Sorgfalt und Thätigkeit. Die Auf-  
 sicht, welche sie führt, die Gesetze, welche sie  
 giebt,

a) Canngieser Dec. supr. trib. appell. Cassel.  
 T. 2. dec. 210. n. 2.

b) Vergl. Handbuch des teutschen Polizeyrechts,  
 Th. I. S. 24 f.



giebt, die Anordnungen und Verfügungen, welche sie entweder in Beziehung auf das Ganze, oder im Einzelnen als höchste Policey - Instanz, trifft, die Entschließungen und Vorschriften, welche sie in dieser Hinsicht faßt und erteilt, die Vollstreckung ihrer Gesetze, Anordnungen und Beschlüsse, welche sie veranstaltet, die Untersuchungen, welche sie anstellt: alle Aeußerungen ihrer Kraft und Thätigkeit, die vermöge ihrer oherausschenden, anordnenden, beurtheilenden und vollziehenden Gewalt unmittelbar von ihr ausgehen müssen, sind in der Verwaltung der hohen Policey begriffen.

#### §. 4.

Die niedere Policey hat dasjenige zu besorgen, was nach den Gesetzen und Anordnungen der hohen Policey und nach dem Zwecke derselben in einzelnen Theilen des Staatsgebietes geschehen muß. Darauf ist sie schlechterdings beschränkt. Ihre Grenze ist das Amt oder Gericht, die Stadt, der Flecken, das Dorf, worin Policey gehandhabt werden soll. Alles, was in dem Umfange dieses ihres Bezirkes der Zweck einer guten Policey erfordert, ist Gegenstand ihrer Wirksamkeit. Sie ist die Dienerin der hohen Policey, deren Vorschriften und Befehle sie ausführt, deren Oheraufsicht sie unterworfen ist, und der sie selbst in vielen Fällen mit glücklichem Erfolge vorarbeiten kann. Das Eigenthümliche und Unterscheidende der niedern Policey besteht also darin, daß sie nur in einzelnen

zelnen Bezirken des Staats die Policey unmittelbar verwaltet, dahingegen die Verwaltung der hohen Policey sich über das ganze Staatsgebiet erstreckt, obgleich auch sie auf einzelne Theile, nach ihren besondern Bedürfnissen, jedoch immer nur durch die niedere Policey, mithin mittelbar, wirkt. Es ist daher in dieser Hinsicht nicht richtig, wenn in dem Handbuche des teutschen Policeyrechts c) hierüber gesagt ist: „Die Wirksamkeit der Landes-*Policey*gewalt kann sich entweder im Ganzen oder im Einzelnen äußern. Sie kann Gesetze machen und Anstalten treffen, die das ganze Land angehen, oder solche, die nur einen Theil desselben, eine Provinz, ein Amt, eine Stadt, ein Dorf betreffen. Insofern sie nun im Großen und für das Ganze wirkt, wird sie *Oberpolicey*, hohe *Policey*, Landes-*Staatspolicey* genannt; insofern sie aber mit dem Einzelnen sich beschäftigt, heißt sie niedere *Policey*, *Localpolicey*“. Auch das, was die hohe *Policey* in Beziehung auf einen Landestheil thut, ist ihrem Wirkungskreis eigen (S. 3.), und nur die unmittelbare Verwaltung der *Policey* in Einzelnen bezeichnet die niedere *Policey*.

### S. 5.

Außerdem wird niedere und *Local-Policey* gewöhnlich als gleichbedeutend angesehen. Auch die:

c) Theil I. S. 24.

dieses ist nicht richtig. Die Local = Policey ist eine Art der niedern, und auf einen bestimmten Ort beschränkt, wie die Stadt = und Dorfpolicy. Insofern aber die niedere Policey über einen ganzen Landesdistrict, ein Amt ein Gericht sich erstreckt, paßt für sie der Name der Local = Policey nicht.

Die niedere und Local = Policey wird theils im Rahmen des Landesherrn von dessen Beamten, theils, vermöge eines besondern Rechts, von Unterthanen im Staate in ihrem eigenen Rahmen verwaltet. Man verbindet daher mit derselben einen zu engen Begriff, wenn man sie bloß in dieser letztern Hinsicht in Betrachtung zieht.

Indessen wird hier nur von derjenigen niedern Policeygewalt die Rede seyn, welche in den teutschen Ländern Landsassen oder Stadtobrigkeiten vermöge eigenen Rechts zusteht. Auch die mit einer untergeordneten Regierungsgewalt nachgeborner, mit Land und Leuten abgefundener Herren verbundene niedere Policey ist von dieser näheren Erörterung ausgeschlossen d).

Das Recht der Landsassen und Stadtobrigkeiten, die Policey in ihren Bezirken zu verwalten, findet sich nun immer vereinigt mit der ihnen zustehenden Gerichtbarkeit, und wird in manchen Rücksichten durch diese näher bestimmt. Dar  
her

d) Vergl. Th. I. §. 121, 122.

## 116 VII. Ueber die mit der Patrimonial

her hat man diese Art der niedern Policey durch ihre Verbindung mit der Patrimonial - Gerichtbarkeit besonders bezeichnet.

### §. 6.

Gemeiniglich wird unter Patrimonial - Gerichtbarkeit nur diejenige verstanden, welche die Besitzer adelicher Güter gewöhnlicher Weise über ihre Hintersassen (Gerichtsunterthanen) auszuüben befugt sind. In einem weiteren Sinne wird sie jedoch auch wohl der landesherrlichen Gerichtbarkeit überhaupt entgegen gesetzt, und im allgemeinen jede Gerichtbarkeit, welche Unterthanen im Staate als ein eigenes Recht zusteht, Patrimonial - Gerichtbarkeit genannt<sup>e</sup>). Auch die städtische Gerichtbarkeit ist ein eigenes Recht der Stadt - Gemeinschaft, welches daher unter dieser Benennung wohl mit begriffen werden kann. Selbst die jetzige landesherrliche Gerichtbarkeit ist ursprünglich aus Staats - und Patrimonial - Gerichtbarkeit zusammengefloßen, und nach entwickelter Landeshoheit blieb dieser Name den Erbgerichten der Landgrafen und den Gerichten der mittelbaren Städte übrig, so sehr auch beide in ihrem Ursprung und in ihrer Form verschieden sind<sup>f</sup>).

### §. 7.

e) E. J. E. Pufendorf Obs. iur. univ. T. 1. obs. 152. Pufendorf proc. crim. cap. 22. §. 4. Patrimonial - Rechtsfälle B. 3. Th. 3. E. 601.

f) Vergl. M. Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis §. 10.

S. 7.

Das haben sie jedoch gemein, was zur Begründung ihrer Gerechtsame in Policeysachen aus der Natur der teutschen Gerichtbarkeit überhaupt abgeleitet werden kann. So wie die Staatsregierung in Deutschland sich nach und nach ausbildete, war es natürlich, daß die richterliche Gewalt vor allen andern Regierungsrechten, die größtentheils weit später sich entwickelten, hervortragte. Zwar dauerte der Kampf gegen Eigenmacht und Faustrecht Jahrhunderte lang, aber schon bey der ersten Errichtung einer engeren Staatsverbindung unter den teutschen Völkern zeigte sich das Gefühl der Nothwendigkeit, durch geordnete Rechtspflege innere Sicherheit zu gründen und zu erhalten. Der Könige der Franken erste Pflicht war: zu richten und Streitigkeiten zu schlichten unter dem Volke. Was die Lateiner regieren nennen, hielten die ersten teutschen Schriftsteller für gleichbedeutend mit r i c h t e n. Das Amt der Herzoge und Grafen hieß vorzugsweise eine richterliche Würde. Nirgends jedoch stand das Richteramt allein, abgesondert von andern Zweigen der Staatsverwaltung. Daher ward auch mit Gerichtbarkeit und Gerichtszwang nie der reine und einfache Begriff verbunden, den wir im römischen Rechte finden. Die Teutschen erkannten in ihr von jeher eine ausgedehntere Gewalt zur Erhaltung der allgemeinen Ordnung, und nannten den, der sie ausübte, nicht Richter bloß, sondern Obrigkeit. Nicht sowohl das Rechtsprechen, als vielmehr und haupt-

## 212 VII. Ueber die mit der Patrimonial-

hauptsächlich das Gebieten und Verbiethen, war ihnen eigenthümliches Kennzeichen der Richter Gewalt. „Wer in gehegtem Ding sitzt, sagt der Glossator des sächsischen Weichbilds, und zu gebieten oder verbiethen hat, der ist Richter“.

### §. 8.

Die Handhabung der Gesetze und der guten Ordnung überhaupt wurde daher in Teutschland von jeher; als ein Theil der richterlichen Obliegenheiten betrachtet, und die Fälle, die sich darauf bezogen, ohne weder vor das bürgerliche noch vor das peinliche Gericht zu gehören, konnten in der Regel nur Gegenstände der Policey seyn, obgleich in früheren Zeiten Umfang und Grenzen dieses Regierungsrechts noch weniger, als heutzutage, bestimmt und anerkannt waren. Die Reichspoliceygesetze nehmen es als bekannt an, daß die unmittelbare Handhabung der Policey, die Vollstreckung der Policeyverordnungen in der Regel der Obrigkeit des Orts, der der bürgerliche Gerichtszwang zustehet, gebühre g), und daß hierunter auch die Patrimonial-Gerichte mit verstanden sind, ergiebt sich nicht undeutlich aus einer Stelle der Reichs-Policeyordnung von 1577, wo ihrer ausdrücklich gedacht wird. „Derjenige

g) S. J. E. R. P. O. v. 1577. Tit. 14. §. 7. Tit. 17. §. 8 und 11. Tit. 21. §. 2. und 2. m. Vergleiche Pufendorf de iurisd. germ. P. 2. Sect. 4. c. un. §. 63.



„wenige, heißt es, der wucherliche Contracte  
 „üben würde, soll den vierten Theil an seiner  
 „Hauptsumme verlieren, und derselbe halb sei-  
 „ner bürgerlichen Obrigkeit, an etlichen  
 „Orten Erbgerichte genannt, zum andern  
 „halben Theile aber der Obrigkeit, darunter der  
 „arme Mann, gegen den solcher wucherliche Con-  
 „tract gebraucht worden, heimgefallen seyn“ b).  
 Auch wird es als allgemeines Herkommen in  
 Deutschland anerkannt, daß gewöhnlicher Weise  
 die niedere Policey mit der Patrimonial- oder  
 Erb-Gerichtbarkeit verbunden ist. 1)

§. 9.

Die Inhaber der Patrimonial-Gerichtbar-  
 keit haben daher die Vermuthung für sich, in  
 ihrem Gerichtsbezirke zur Ausübung der niedern  
 Policey befugt zu seyn. Denn obgleich in der  
 Gerichtbarkeit, ihrem eigentlichen Begriffe nach,  
 diese Befugniß nicht liegt, also, nach allgemeinen  
 Grundsätzen, aus dem Besitze derselben das Recht  
 der Local-Policey nicht folgt; so begründet doch  
 die besondere Beschaffenheit der deutschen Patris-  
 monialgerichte (§. 7. 8.) hiervon eine bedeutende  
 Aus-

b) R.P.O. v. 1577. Tit. 17. §. 1.

i) Strube Unterricht von Regierungs- und Justiz-  
 sachen §. 24. Note b. u. die das. angeführten  
 Schriften. Häberlin Repertor. des teutschen  
 Staats- und Lehnrechts Th. 4 S. 170 171.  
 Dess. Handbuch des teutschen Staatsrechts,  
 Th. 2. S. 565.

\* Gerad Policeyr. Th. 4.



Ausnahme. Wenn daher eine landesherrliche Behörde die Inhaber eines Patrimonial = Gerichts — Stadtmagistrat oder adelicher Gutsbesitzer — im Ganzen oder in Ansehung einzelner Theile und Gegenstände der Policeyverwaltung von der Ausübung der niedern Policey ausschließen wollte; so müßte sie zeigen, daß sie die Befugniß dazu rechtlich hergebracht habe. Hiernach ist dasjenige zu berichtigen, was in diesem Handbuche Th. I. S. 27 hierüber gesagt ist: „Nur das Herkommen, oder, wie sich von selbst versteht, ausdrückliche Vermilligung entscheidet hier. Aus dem Besitze der Gerichtbarkeit folgt keinesweges das Recht der Localpolicey, und wenn gleich eine Stadt oder ein Landsaß hohe und niedere Gerichte, aber in Ansehung der Policey das Herkommen nicht für sich hat; so stehet diese ausschließlich dem Landesherrn zu“. Hier kann nicht anders, als vorausgesetzt werden, daß das besondere Herkommen eines Orts oder Gerichts für den Landesherrn spreche. Denn das allgemeine Herkommen in Teutschland haben die Städte und Landsassen ohnehin für sich. (S. 8.)

#### S. 10.

Daß und wie dieses Herkommen sich bildete, läßt sich aus der Entwicklungsgeschichte der Landeshoheit in Teutschland leicht erklären. Da die teutschen Reichsstände ursprünglich gar keine eigene erbliche Staatsgewalt hatten, sondern dieselbe nur nach und nach durch kaiserliche Verleihung oder durch Erweiterung ihrer gutherrlichen Rechte

und

und durch Herkommen erworben; da sie auf diesem Wege im Laufe der Zeit nur einzelne Regierungsrechte allmählig erlangten, bis endlich Alle vermocht waren und die Landeshoheit in ihrer Vollendung da stand; da diese unter mancherley äußern und innern Stürmen nur langsam Wurzeln faßte, aufblühte und zur Reife gedieh; da in den Ländern und Gebieten selbst neben den sich erhebenden Landesherrn Adel und Städte eine nicht unbedeutende Rolle spielten, die den der Kaisermacht widerstrebenden Großen nicht selten manche schonende Rücksicht gebot; da unter den Güterbesitzern im Lande gewöhnlich auch die einflußreiche Geistlichkeit obenan stand, deren Rechte nicht bloß ungekränkt, sondern so gar ungeprüft zu lassen, die Staatsklugheit rieth; da Geistlichkeit, Adel und Städte jene Erbgerichtbarkeit, die eine obrigkeitliche Gewalt von selbst mit sich führte (S. 7.), von Alters her auszuüben befugt waren und zum Theil durch kostbare Aufopferungen und feierliche Verträge erworben hatten; da endlich die Sonderung der verschiedenen Regierungsrechte, die genauere Bestimmung ihres Begriffes, ihres Umfanges und ihrer Grenzen, die Scheidung dessen, was der landesherrlichen Hoheit und Gewalt eigen ist, von den Befugnissen untergeordneter Obrigkeiten, die ausgebreitetere Wirksamkeit der Policey und ihre bestimmtere Richtung auf ein allgemeines Ziel — da Alles dies erst das Werk neuerer Zeiten ist: so läßt es sich leicht begreifen, wie Städte und Landschaften in den Besitz der niedern Policeygehalt gekommen sind und sich darin erhalten haben.

## 116 VII. Ueber die mit der Patrimonial-

In jenen früheren Zeiten, wo das Regierungswerk noch so einfach betrieben wurde, daß höchstens einmahl im Jahr kurze Berathschlagungen mit den Ständen, und übrigen die Arbeiten eines Kanzlers mit einigen Schreibern, selbst in größern Ländern, zur Besorgung des Ganzen völlig hinreichten, ließ sich die hohe Policey gewöhnlich nur in den Landtags - Abschieden und in sparsamen Gesetzen vernehmen. An eine zusammenhängende Policeyverwaltung ward nicht gedacht; folglich auch nicht an eine fortwährende Policeyaufsicht. Man war wohl zufrieden, daß jedes Orts Obrigkeit für die Ihrigen auch in dem Punct sorgte, so gut sie konnte.

### §. II.

Bey den Städten insonderheit kam noch der Umstand hinzu, daß sie nach und nach die Vogtey, mit welcher die Policeyverwaltung verbunden war, entweder ganz an sich brachten oder doch sehr zu ihrem Vortheil zu beschränken mußten. Die ursprüngliche Verfassung der Städte in Deutschland war zwar nicht überall gleich, jedoch gab es nur wenige, welche gleich bey ihrem Ursprung ein freyes Regiment erhielten. Selbst bey den königlichen Städten war dieß nicht der Fall, von denen nur einige eine der römischen nachgebildete Municipalverfassung hatten, und, wenn auch eine oder die andere Landstadt eine ähnliche Einrichtung hatte; so war doch dieses nur Ausnahme von der Regel, nach welcher die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt den Vögten und Schultheissen ausschließlich zur

zustand. Zwar führte schon die altteutsche Art der Rechtspflege die Verwaltung des städtischen Vermögens und die Beforgung der gemeinsamen Angelegenheiten der Stadt, das Entstehen städtischer Beamten und gewählter Repräsentanten der Bürgerschaft herbey, welche späterhin durch die Zunftverfassung noch einen Zuwachs an Personen, so wie an Macht und Einfluß, erhielten. Die Gewalt der Rögte wurde durch diese Repräsentanten der Bürgerschaft verfassungsmäßig beschränkt, und es lag in der Natur der Sache, daß dieselben auch in Policeysachen, nicht nur, wenn es auf Ausgaben aus der Stadtcasse ankam, zugezogen, sondern auch sonst mit ihrem Rath und Gutachten gehört, vorzüglich aber bey der Ausführung gebraucht wurden und werden mußten. Daß alles jedoch begründete kein eigenes Policeyrecht der Stadt; und wenn das sächsische Weichbild versichert: „die Rathmänner haben Gewalt zu richten über allerley geringe Maaß und über unrecht Gericht und über allerley falschen Speiserlauf etc.“; so war doch diese Gewalt, so lange Rögte in den Städten existirten, nur Folge ihres Auftrages und allemahl ihrer Leitung unterworfen. Man hat diesen Umstand, den doch noch heutzutage die Verfassung mancher Städte bewahren kann, häufig übersehen, und eine solche untergeordnete, delegirte Policeyverwaltung der städtischen Magistrate mit dem viel später erst erworbenen eigenen Rechte verwechselt. Strube hat überzeugend dargethan, daß mit der Rögtey in den Städten auch das Recht der Policeyverwaltung verbunden war; er hat die Concurrency

der Bürgerschaft bey derselben hinreichend erläutert, und die Hebung der Widersprüche, welche man bey einigen Geschichtschreibern in dieser Hinsicht findet, wenigstens gründlich vorbereitet, k)

### §. 19.

Den meisten Städten gelang es indessen früher oder später, selbst schon durch die bessere Organisirung ihres Stadtraths, die meisten Zweige der Stadtregierung sich zugueignen, und den Voigt, als einen mehr figurirenden, als wirkenden Chef, auf die Seite zu schieben oder sich dessen ganz zu entledigen. Von den mancherley Modificationen, unter welchen das eine oder das andere geschah, hängt nun natürlicher Weise in den einzelnen Städten das Recht der Policeyverwaltung und der Umfang derselben wesentlich ab. Wenn gleich ursprünglich dem Voigte die Beforgung der Stadtpolicey überhaupt zukam; so ist doch bald durch Herkommen, bald durch Verträge, die öfters theuer genug erkaufte wurden, das Recht selbst der Stadt und ihrer Obrigkeit beygelegt, und dem Voigte nur eine gewisse Concurrenz oder die Aufsicht über gewisse Gegenstände der Policey, am häufigsten aber das Waffstreifungsrecht, vorbehalten worden. Denjenigen Städten, welche die Voigtey selbst an sich brach-

ten,

k) Spruche von den Hoheitsrechten mittelbarer Städte §. 2 bis 5. Nebenstunden Th. 1. Abth. 5. Das. von der Stadtgerichtbarkeit §. 4. Nebenst. Th. 5. Abth. 41.

ten, fielen eben dadurch auch die von dem Voigte bis dahin in Policenfachen ausgeübten Rechte zu. Allein auch hier zeigt ſich wieder ein ſehr wichtiger Unterſchied in der Geſchichte der Städte, indem einige durch ausdrückliche Verträge mit den Landesherren die Voigtey und die mit ihr verbundenen Rechte erwarben, andere nur die Beſtellung eines Voigts abwandten, und noch andere bloß durch Herkommen das Recht erlangten, von der voigteylichen Obrigkeit frey zu bleiben. Nur die erſtern können auf die ganze Maſſe der Rechte, welche vornahls der Voigt über ſie auszuüben hatte, gegründete Ansprüche machen. Den übrigen gebührt nur, was ihnen ausdrücklich eingeräumt iſt, oder was ſie ſonſt rechtlich hergebracht haben. In dieſer letztern Hinſicht wird jedoch der Beweis dadurch erleichtert, daß der Beſitz der Patrimonial-Gerichtbarkeit die Vermuthung für das Recht der niedern Policen überhaupt und ihrem ganzen Umfange nach begründet. (§. 9)

### §. 13.

Bey den Beſitzern adelicher Güter liegt die nächſte Veranlaſſung zu der ihnen zuſtehenden Policenverwaltung zwar gleichfalls in der Patrimonial-Gerichtbarkeit. Allein, auch ihr Verhältniß zu ihren Hinterſaſſen als Gutsherrſchaft mußte darauf nothwendig einen ſehr wirkſamen Einfluß haben. Nach altteuſcher Sitte übte der freye Eigenthümer über ſeine Zubehörigen und Hinterſaſſen hausväterliche Gewalt, aus welcher



bey erweitertem Grundeigenthum, bey der Ausbildung und den mancherley Modificationen des Lehnsystems, der Hörigkeit und der Leibeigenschaft, verbunden mit den mehr gebildeten Begriffen von richterlicher Gewalt, jene besondere Art von Gerichtbarkeit, die man Patrimonial- oder Erbgerichtbarkeit nennt, sich entwickelte, und welche immer noch manches Eigenthümliche der altteutschen hausväterlichen Gewalt beybehält, das dem Zwecke der Policey vollkommen entspricht, und nicht wenig dazu beytragen mußte, die Guts herrschaften zu der Sorge für ihrer Hinterlassenen Sicherheit und Wohlfahrt, welche der niedern Policey obliegt, zu berechtigen und zu verpflichten. Noch manches andere wichtige Recht, welches gewöhnlicherweise mit der Guts herrschaft verbunden ist, selbst die Befugniß, einen Erb-Eid von den Hinterlassenen zu fordern, gab jener das Ansehen einer allgemeinen obrigkeitlichen Gewalt, und diesen selbst den Rahmen von Unterthanen des Guts herrn. „Und so“, bemerkt Pütter sehr richtig, „hat mancher adeliche Gutsbesitzer, dem Anschein nach, eine Art von wirklichem Regierungsrechte über seine Bauern oder Unterthanen, doch unbeschadet der Landeshoheit.“ 1)

## §. 14.

So wenig aber auch dieser Anschein die Guts herrren berechtigen mag, sich als untergeordnete

1) Pütter Inst. jur. publ. §. 195.



nete Regenten zu betrachten; so gewiß ist es doch, daß ihre richterliche Gewalt nicht nach dem engeren Begriffe der Gerichtbarkeit beschränkt werden darf. Auch sie haben die Vermuthung für sich, daß mit ihrer Erbgerichtbarkeit die niedere Policey verbunden ist. (§. 7. 8. 9. 13.) Ausnahmen von dieser Regel müssen gegen sie erwiesen werden, und nur insofern hat Pufendorf Recht, wenn er sagt, daß die Polizeyverwaltung nicht immer mit der Niedergerichtbarkeit verbunden sey m); eine Aeußerung, die man zum Theil so hat verstehen wollen, als nähme Pufendorf an, der Gerichtsherr habe im Zweifel die Vermuthung gegen sich. Allein daß dieß die Meynung Pufendorfs nicht war, erhellet schon daraus, daß er seinen Satz hauptsächlich auf den Fall anwendet, wenn die Gerichtbarkeit über einen Ort zum Theil dem Landesherrn, zum Theil einem Adlichen zustehet, weil alsdann die Policey am bequemsten von Einem, und zwar dem Höheren, verwaltet werde. n) Vollkommen

§ 5 wird

m) de Pufendorf Obs. jur. univ. T. 2. Obs. 117. §. 2. p. 557.

n) „Illud quoque, sind Pufendorfs Worte, observatu dignum est, non semper politiae inspectionem cum iurisdictione civili vulgari moribus connexam esse, praesertim si vici cuiusdam iurisdictione inter praefecturam et nobilem divisa et iudicium provinciale praefecturae ab omnibus obeundum sit. Forte quia tum politiae inspectio commodius ab uno, domino scilicet superiore, fit, quae in partes facile distrahi

wird dieß durch das von P u f e n d o r f angeführte  
 Bepspiel beſtärkt. Das Ober-Appellationsge-  
 richt zu Celle ſprach 1747 denen von Werſabe  
 die Civil-Gerichtbarkeit in erſter Inſtanz über ihre  
 Gutsleute in Heine zu, erkannte aber zugleich  
 in Anſehung der Policeyrechte folgendermaßen:  
 „Und da weiland der Oberhauptmann von Wer-  
 ſabe in actis nicht abläugnen mögen, daß ſei-  
 ne Gutsleute in Heine gleich denen übrigen  
 Dorfeingefessenen bey den Hagenschen Bruch-  
 Land- und For-Gerichten jedesmahl zur  
 Mannzahl mit erschienen, die Krähen- und  
 Sperlingsköpfe aus Amt geliefert, an denen  
 Buß- und Bet-Tagen ſich zu Woldsbüttel vor  
 einem Amtsbedienten zur Mannzahl ſiſtirt,  
 auch die Viſitirung des Feuergeräths, der Ma-  
 ſſen, Ellen und Gewichte in Heine von Amts-  
 wegen verrichtet, nicht minder die Werſabe-  
 iſchen Gutsleute in Heine in obberegten Fäl-  
 len, da ſie nemlich vor dem Amte Hagen zu  
 ſtehen ſchuldig ſind, ohne vorgängige Requiſi-  
 tion des Meyenburgiſchen \*) Gerichts im-  
 mediate dahin citirt worden; ſo hat es auch dabey  
 fernerhin ſein unverändertes Verbleiben.“

## §. 15.

Wenn nun aber die Patrimonial-Gerichtbar-  
 keit in der Regel die Befugniß zur Verwaltung  
 der

*trahi non possit.* — Daß unter dem Aus-  
 drucke „*politiae inspectio*“ Policeyverwaltung  
 verſtanden ſey, zeigt der Zuſammenhang.

\*) Denen von Werſabe zuſtehenden.

der niedern Policey begründet; so entfteht doch noch die Frage: welche Art von Gerichtbarkeit hierbey erforderlich fey. Iſt die bürgerliche allein hinreichend, oder muß die peinliche dabey feyn? Mit dieſer ſteht die Policey, inſofern ſie hauptſächlich die Hinderniſſe und Gefahren der Sicherheit abzumenden bemüht iſt, in der engſten Verbindung; aber die Verſchiedenheit beider und ihre gegenseitige Grenzscheidung iſt doch hinreichend beſtimmt. o) Schon die bürgerliche Gerichtbarkeit führt jenen Begriff der obrigkeitlichen Gewalt über Bürger und Gerichtsunterthanen mit ſich, aus welchem die Verbindung der niedern Policey mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit vorzüglich herzuleiten iſt (§. 7), und ſelbſt die Reichsgeseze erkennen die bürgerliche Orts-Obrigkeit als diejenige an, welche die niedere und Local-Policey in der Regel zu beſorgen hat (§. 8.). Auch iſt mit den Erbgerichten die peinliche Gerichtbarkeit nicht nothwendig verbunden, und dennoch wird ihnen das Recht der niedern Policey unbedingt beygelegt, p) Wie weit jedoch dieſe ſich erſtrecken kann, iſt durch die Verfaſſung, Geſetze, Verträge und Gewohnheiten der teutſchen Länder ſehr verſchieden beſtimmt, wie bey der näheren Erörterung des Umfangs der niedern Policeygewalt gezeigt werden wird. \*)

**Zweyts**

o) Th. 1, S. 135 f.

p) Vergl. Pufendorf de juridict. germ. P. 2. Sect. 3. c. 1. §. 68. 133. 233. 240.

\*) Vergl. Preuß. Landrecht Th. 2. Tit. 17. §. 61. 62. „Wo keine beſonderen Policeygerichte

## Zweiter Abschnitt.

Ueber den Unterschied zwischen der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey und der Policeyverwaltung in amts-sässigen und Patrimonial-Städten, Flecken und Dörfern.

## §. 16.

So viel ist übrigens als unzweifelhaft anzunehmen, daß, ohne bürgerliche Gerichtbarkeit zu besitzen, keine Gemeinde und kein Landsaß auf die Verwaltung der niedern Policey Anspruch-machen kann. Daher haben Flecken, so wie amts-sässige und Patrimonial-Städte, in der Regel das Recht der niedern Policey nicht auszuüben, und wenn gleich gewöhnlicherweise durch ihre Bürgermeister und Vorsteher ein Theil der Local-Policey besorgt wird; so ist dieses doch nicht als ein eigenes

vorhanden sind, liegt dem mit der bürgerlichen Gerichtbarkeit Beliehenen auch die Untersuchung und Bestrafung der geringeren Policeyvergehungen oder Verbrechen ob. Geringere Verbrechen dieser Art sind diejenigen, auf welche die Gesetze nur höchstens vierzehntägiges Gefängniß, oder Strafarbeit, oder bis fünf Rthlr. Geldstrafe verordnen.“ — Ganz stimmt das hier angenommene Verhältniß nicht mit dem §. 88 des Tit. 21 überein, wo es heißt: Fünf Rthlr. Geldbuße werden einer Gefängnißstrafe von acht Tagen gleich gehalten?

nes Recht der Gemeinheit, sondern lediglich als Folge einer besondern Verwilligung oder eines fortwährenden Auftrags des Landesherrn oder Gerichtsherrn anzusehen, weil die Policey eine beständige unmittelbare Aufsicht und Thätigkeit erfordert, wobey sich jede Obrigkeit, besonders wenn sie nicht an dem Orte selbst gegenwärtig ist, untergeordneter Personen bedienen muß. Alles was bisher von den Policeyrechten der Städte gesagt ist, kann nur von denjenigen verstanden werden, welche ihr eigenes Stadtregiment haben, und unmittelbar unter dem Landesherrn und dessen höheren Regierungs- und Justizbehörden stehen. Die andern Städte werden, ihren rechtlichen Verhältnissen nach, gewöhnlich nur den Flecken gleich geachtet <sup>q)</sup>, und sind, wie diese, entweder der obrigkeitlichen Gewalt eines Guts- und Gerichtsherrn, <sup>r)</sup> oder der landesherrlichen Aemter unterworfen, welchen sodann auch die Verwaltung der Policey in denselben zukommt, und unter deren Aufsicht und Leitung alles dasjenige geschehen muß, was allenfalls den Gemeindebürgermeistern und Vorstehern zur besondern Besorgung anvertraut ist.

**§. 17.**

**Auch in den Dörfern findet man eine besondere Policeyverwaltung durch die Dorfs- Vorsteher**

<sup>q)</sup> R und §. deutsches Privatrecht §. 431.

<sup>r)</sup> Heint. Stenger über die Verwaltung der Policey in den Mediat-Städten. Posen und Leipzig 1804.

steher, — Schulzen, Gräben, Heimbürgen, Bauermeister, ohne daß sie deswegen auf einem eigenen Rechte der Dorfgemeinde beruhte. Auch sie hat vielmehr ihren Grund in der Nothwendigkeit einer ununterbrochenen und unmittelbaren Wirksamkeit für den Zweck der Policey, und die Dorfvorsteher sind in Ansehung der ihnen obliegenden Policeygeschäfte in der Regel bloß als Unterbediente der landesherrlichen Aemter oder adelichen Gerichte zu betrachten. Besondere Verordnungen und Instructionen, häufiger jedoch das durch die eben bemerkte Nothwendigkeit erzeugte Herkommen, bestimmen die Obliegenheiten und Befugnisse dieser Dorf-Policeymeister. \*) „Sie müssen, sagt F r e d e r s d o r f \*), darüber halten, „daß keine Schwärmereien und verbotene Gelage, „besonders an Kirchen-Tagen, angestellt und „keine die Ordnung störende Handlungen an „diesen Tagen vorgenommen, die Wirthshäuser „überhaupt zu gehöriger Zeit geschlossen werden; „sie müssen über Ordnung in den Orten halten, „keine Aufläufe dulden, bey feyerlichen Gelegenheiten, als Hochzeiten und öffentlichen Lustbarkeiten, dem Unfuge, wozu vorzüglich bey jenen die ungezogene Gewohnheit, Polter-Abend zu halten, und desfaß alte Töpfe und dergleichen gegen die Hausthür und auf der Straße entzwey zu werfen, gehört, steuern; ber

\*) Westphal deutsches Privatrecht Th. 1. Abth. 27. §. 2.

\*) Practische Anleitung zur Landpolicey, S. 365.



„besonders dem Muthwillen der Jugend bey sol-  
 „chen Gelegenheiten wehren; dahin sehen, daß  
 „Brunnen- und Fließ-Wasser reinlich gehalten  
 „und alles die Luft verunreinigende vermieden  
 „und weggeschafft werde; daß jeder mit Feuer  
 „und Licht ordentlich und unschädlich umgehe;  
 „daß der Vorschrift gemäß feuerfest gebauet  
 „werde; daß jeder Gewerbetreibende richtiges  
 „Maß und Gewicht führe; daß sich keine Bett-  
 „ler und liederliches Gefindel einschleichen; daß  
 „die öffentliche Ruhe nicht durch Lärmen, Auf-  
 „lauf und Schlägereyen gestöhret werde; sie  
 „müssen auch außerhalb des Dorfes über Ord-  
 „nung halten, Maal- und Gränzsteine nachse-  
 „hen; für die Erhaltung der Wege sorgen; Be-  
 „schäftigungen anstellen, wo es nöthig ist; auf die  
 „Hut- und Weide achten; auf die Gemeine-  
 „Dienstsachen Aufsicht haben; für die Erhaltung  
 „der Gemeine-Berechtsame sorgen; die Erhal-  
 „tung der Gemeine-Güter sich angelegen seyn  
 „lassen; ordentlich Rechnung über deren Auf-  
 „künfte führen und sie ordentlich verwalten;  
 „Vergehungen und Mißbräuche gegen die Ord-  
 „nung und Policey, auch ihnen kundgewordene  
 „Verbrechen der Obrigkeit zur Untersuchung und  
 „Bestrafung anzeigen, und mit einem Worte  
 „über die Beobachtung der durch die Geseze vor-  
 „geschriebenen Ordnung, worüber die Policey  
 „von Amtswegen halten muß, wachen; wo sie  
 „können, selbst nach denselben anordnen und  
 „in allen Fällen der ihnen vorgesezten Obrigkeit  
 „ihren Bericht davon erstatten.“



## §. 18.

Nach dem Preussischen Landrechte wird in Ansehung der Patrimonial- oder Mediatstädte, d. h. solcher, welche, außer dem Landesherren, noch einer andern Herrschaft unterworfen sind, vermuthet, daß dieser, wenn sie mit der Gerichtbarkeit überhaupt beliehen ist, auch die Gerichtbarkeit über die Mediatstadt zustehet), und damit ist auch in den Preussischen Staaten der Regel nach die Verwaltung der niedern Policey verbunden. u) Jedoch hat sich der Landesherr die Befugniß, auch in Mediatstädten besondere Policeybeamte anzusetzen, vorbehalten. x) Was die Policeyverwaltung in den Flecken betrifft; so verweist das Preussische Landrecht y) überhaupt auf die Rechte, welche den Dorfgerichten beygelegt sind. In den Dörfern aber soll der Schulze oder Dorfrichter vorzüglich auf genaue Befolgung der Dorf- und Landes- Policey-Ordnungen halten; besonders aber bey ausbrechenden Viehseuchen und andern dergleichen Landplagen dem Landrathe

t) Preuß. Landrecht, Th. 2. Tit. 8. §. 165. 166.

u) Das. Tit. 17. §. 61. 62. Stenger a. a. O. S. 24.

x) Preuß. Landrecht a. a. O. §. 170. Vergl. Stenger a. a. O. S. 33 f., welcher zu zeigen sucht, daß auch in dem Falle, wenn der Staat von dieser Befugniß Gebrauch macht, die Grundherrschaft von der Policeyverwaltung doch nicht gänzlich ausgeschlossen werde.

y) a. a. O. §. 178.

rathe davon sofort Anzeige machen; Müßiggänger, Bettler, unangeleitete Juden, und andere unbekannte oder verdächtige Personen; welche sich durch obrigkeitliche Pässe und glaubwürdige Zeugnisse nicht ausweisen können, im Dorfe nicht dulden, sondern als Landstreicher sofort in Verhaft nehmen, und an die Behörde abliefern; bey vorkommenden Zänkereyen und Schlägereyen sich ins Mittel legen, und allen Gewaltthatigkeiten vorbeugen; bey Visitationen, die im Dorfe auf Verlangen der Obrigkeit, oder anderer von den Policey, oder sonstigen Behörden dazu legitimirten Personen angeordnet werden sollen, muß er den nöthigen Beystand unweigerlich leisten; die Aufnahme fremden Gesindes oder anderer Leute ohne Rundschaft nicht gestatten; Uebertretungen der Criminal- und Policeygesetze der Obrigkeit ohne Zeitverlust anzeigen; die Bevormundung aller im Dorfe verwaiseten Kinder und wahnsinniger oder blödsinniger Personen befördern; Nachwächter, Hirten, Flurschützen und andere im Dienste der Gemeinde stehende Personen mit Ernst zu ihrer Schuldigkeit anhalten, die Dorfsbewohner, welche ihre Wirthschaft oder Gebäude vernachlässigen, der Obrigkeit bekannt machen, und die Feuerpolicey gehörig handhaben. 4) Diese ausführliche Anweisung zeigt deutlich die Absicht, die Amtsobliegenheiten der Dorfvorsteher in Policeysachen genau auszuzeichnen.

2) Preussisches Landrecht Th. 2. Tit. 7. §. 59 bis 61.

3) Weig. Polizey. Th. 4.

der zu setzen, nicht aber den Dorfgemeinden oder Dorfgerichten gewisse besondere und eigenthümliche Rechte beizulegen. Auch sind der Untersuchung und Entscheidung der Dorfgerichte blos Uebertretungen der innern Dorfs, Policeyordnungen, auf welche nur kleine zur Gemeindecasse fließende, einen Thaler nicht erreichende Strafen gesetzt worden, jedoch mit Vorbehalt der Berufung auf die Gerichts-Obrigkeit, überlassen. a)

### §. 19.

Manche Gemeinheiten haben indessen das Recht, ihre Vorsteher, — Bürgermeister, Schulzen, Bauermeister etc. selbst zu wählen oder ihrer Obrigkeit zu präsentiren, und sie könnten vielleicht daraus den Schluß ziehen wollen, daß ihnen an den von jenen auszuübenden Rechten einiger Antheil gebühre. Dieses ist zwar auch allerdings der Fall, insofern die Vorsteher die besondern Angelegenheiten der Gemeinheit zu besorgen, ihr Vermögen zu verwalten, und sie in vorkommenden Fällen zu vertreten haben. Uebrigens aber sind sie lediglich als Diener der Dorfobrigkeit zu betrachten b), in welcher Eigenschaft sie auch die ihnen anvertrauten, in das Policeywesen einschlagenden Geschäfte zu verrichten haben. (§. 17.) Hin und wieder findet man jedoch noch in Deutschland Spuren der alten Dorfs- und Schul-

a) Preuss. Landrecht Th. 2. Tit. 7. §. 81.

b) Vergl. Strube Rechtl. Bedenken, Th. 5. B. 23.

Schulzengerichte, welche in ältern Zeiten eine Art genossenschaftlicher Policey ausübten \*), und welchen wahrscheinlich eine in einigen Gegenden noch bestehende Gemeinheitspolicey ihren Ursprung zu danken hat.

---

### Dritter Abschnitt.

Von dem Unterschied zwischen der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey und der Gemeinheits-Policey.

#### §. 20.

Diese Gemeinheitspolicey, welche einen Haupttheil der sogenannten *iurisdictionis communitatis* ausmacht, ist von der so eben beschriebenen Policeyverwaltung in den Dörfern wesentlich verschieden. Die *iurisdictionis communitatis* ist nemlich eine mit der Besorgung der Gemeindeangelegenheiten und der Erhaltung guter Ordnung in der Gemeinde und deren Markung verbundene Gewalt, die den Namen von Gerichtbarkeit sehr uneigentlich führt. Sie ist theils beschränkt, theils unbeschränkt. Die *iurisdictionis*

\*) G. J. E. Pufendorf de iurisd. germ. P. 3 Sect. 1. cap. 1. §. 7. 36.

*dictio communitalis plena*, die unbeschränkte Gemeindeherrschaft, das vollkommne Gemeinderecht bestehet in der Befugniß, die gesellschaftliche Ordnung in der Gemeinde, und die genossenschaftlichen Rechte derselben zu handhaben, zu diesem Ende Dorfs- und Gemeinde-Ordnungen zu verfassen, Gebote und Verbote in Gemeindesachen ergehen zu lassen, Gemeindeämter zu besetzen, auf die Dorfs- und Feld-*Policey* zu achten, die Benützung der Gemeindegüter anzuordnen, die Aufsicht über ihre Verwaltung zu führen, die Dorfsanlagen zu erheben u. d. m. c) Das unvollkommene Gemeinderecht kann auf mancherley Weise, in Ansehung der Gegenstände, so wie der Grenzen des Zwangsrechts und der zu dessen Ausübung erforderlichen Mittel beschränkt seyn.

## §. 21.

Diese *jurisdictio communitalis* nun ist ihrem eigentlichen Begriffe nach nur bey Dorfgemeinden zu finden, und wird uneigentlich auch auf die städtische Verfassung angewandt d), welches leicht Mißverständnisse veranlassen kann, da das Stadtre Regiment von ganz anderer Art ist und auf

e) v. Bülow u. Hagemann Erörterungen II. 337. und die das. angeführten Schriften, ins. Teuffel de *jurisdict. communitalis*; auch Wehner in *observat. pract. voc. Mogter*.

d) G. J. E. Pufendorf de *jurisdict. germ.* P. 3. Sect. 1. c. 1. §. 16 seq.

auf ganz andern Gründen beruhet. Auch muß zwischen der Gemeindegewalt, die dem Dorfs-  
herrschaften zustehet, und dem Gemeindericht, wel-  
ches die Dorfgemeinde ausübt, sorgfältig unter-  
schieden werden, obgleich beide *jurisdictio com-  
munitatis* heißen. Jene ist gewöhnlicher Weise  
ein Theil der guts- und gerichtsherrliche Rechte,  
wobey jedoch auch wieder, besonders in Rücksicht  
auf das Gemeindevermögen, mancherley Modifi-  
cationen eintreten können. Was aber die Po-  
liceverwaltung betrifft: so gilt in diesem Falle  
von derselben alles, was bereits oben darüber  
gesagt ist (§. 13. 17.). Bey der so verwickelten  
und vielseitigen Verfassung Deutschlands fehlt es  
jedoch auch nicht an Beispielen, daß die Gemeindegewalt  
gänzlich getrennt von der Guts- so wie  
von der Gerichtsherrschaft ist. Man denke an  
die groß-, drey-, vier- und mehr herrliche Orte in  
Franken, Schwaben und am Rhein, wo dieser  
die Cent-, jener die allgemeine bürgerliche Gerichts-  
barkeit, ein anderer die Zayn- und Pfalzgerichte,  
ein vierter vielleicht die Gemeindegewalt hat.  
Dieser heißt dann der Dorfs herr, und unter  
seinen Rechten stehen die, welche sich auf die Po-  
lice beziehen, obenan. „Er, heißt es bey  
„Wehner, \*) besicht und geußt an, zeucht  
„auf der Wirth Maß, der Müller, Becken  
„Megen, der Feinweber, Mehler, Müller Ge-  
„wicht, Krämer, Schneiderin, Näderin Elen.  
„Er strafft falsch Gewicht, falsch Elen, Meh,  
3 3 „Maß

\*) a. a. O. S. 492.

„Maß bey Müßern, Becken, Wirtzen, Metz-  
 „lern, Trämern, Schneidern, Mäderin, Unter-  
 „käufer, Eicher, Getreidemesser, Schröter,  
 „Schnürer, Bader.“ Ferner: „Was sich zu-  
 „trägt in gemeinen Nutzen, Wiesen, Hölzern,  
 „Fischlächen, Weibern, auch sonst auf der  
 „Straßen, so Schad geschieht mit Stehlen,  
 „Hüten, Treiben, Weiden oder anderes, dies-  
 „selbige Fall, Frevel, Bußen, Strafen und  
 „Irrungen gehören alle dem Dorfsheeren zu ent-  
 „richten und zu strafen.“ f)

## §. 22.

Bisweilen steht aber die *jurisdictio commu-  
 nitatis* der Gemeinde selbst, ganz oder zum Theil  
 zu (§. 21.), welche sie durch ihre Dorfschulzen,  
 Bauermeister, Richter, Geschworne etc. ausüben  
 läßt. Auch sie enthält gewöhnlich einige *Policey-  
 gerechtsame*, insonderheit die Befugniß zu einer  
 gewissen *Policey* aufsicht in der Gemein-  
 de, welche jedoch auch wieder mehr oder weniger  
 beschränkt seyn kann g), und mit welcher die *Pol-  
 iceygeschäfte*, die unter andern Verhältnissen den  
 Dorfvorstehern, als Unterbedienten der landes-  
 herrlichen Aemter oder adlichen Gerichte, oblie-  
 gen (§. 17.), nicht verwechselt werden dürfen.  
 Der Umfang dieser *Localpolicey*, welche man  
 füglich mit der Benennung: *Gemeinheits-  
 policey*

f) Dasselbst S. 482.

g) v. Blom und Hagemann a. a. O. Th. 1.  
S. 219.



policey besonders bezeichnen kann, hängt von  
eines jeden Orts besonderer durch Verträge und  
Herkommen bestimmten Verfassung ab, und da  
die Dorfgemeinden die Regel gegen sich haben  
(§. 16); so liegt ihnen auch jederzeit der Beweis  
der Rechte ob, auf welche sie aus dem Grunde  
einer ihnen zustehenden Gemeinheitspolicey An-  
spruch machen wollen. Im südlichen Deutsch-  
land, besonders in Franken, hat sich die juri-  
dictio communitalis und folglich auch die damit  
verbundene Gemeinheitspolicey bey mehreren Ge-  
meinden im ausgedehntesten Umfange erhalten. h)  
In Niedersachsen, und insonderheit in den hur-  
braunschweigischen Landen, finden sich nur noch  
wenige Ueberbleibsel derselben, wovon in v. Bü-  
low und Hagemann's Erörterungen i) ei-  
nige interessante Beispiele angeführt sind. „Ge-  
wöhnlich, heißt es daselbst, erstrecken sich die  
„Befugnisse der Dorfgemeinden nur auf eine ge-  
„wisse Policeyaufsicht über Gemeindege-  
„genstände und die damit verbundene Auspfan-  
„dung und Bestrafung mit geringen Geldbußen  
„wegen Vergehen in den Gemeindeangelegenhei-  
„ten, wie z. E. wegen Holzentwendung, uner-  
„laubter Benutzung der Hut- und Weide u. d.  
„m., und die nächste Veranlassung davon liegt

§ 4

sehr

h) Das. S. 221. und Th. 2. S. 337. — Ein Bey-  
spiel einer gewissen Concurrency der Gemeinde mit  
dem Dorfherrn s. in Westphals teutschem und  
reichsständischem Privatrecht I. 248 f.

i) Th. 1. Erört. 43. Th. 2. Erört. 50.

„sehr wahrscheinlich darin, daß die Gelder, Wiesen und Holzungen, welche dem Landmanne die Subsistenz verschaffen, so weitläufig und entlegen sind, daß eine strenge Aufsicht darüber von Seiten der ordentlichen Gerichtsherrn unmöglich ist, und daß die Landleute daher, ohne die ihnen verstattete Selbsthülfe, zu unaufhörlichen Klagen genöthigt seyn würden.“

## §. 23.

In der That ist es auch mehr eine Art von Selbsthülfe, welche hier zum Grunde liegt, und der Name Gerichtbarkeit sehr uneigentlich. Nur eine in Ansehung der Gegenstände sehr beschränkte Policeygerichtbarkeit, die sich durch Bestrafung begangener Frevel in Gemeindeangelegenheiten mit geringen Geldbußen äußert, entspricht einigermaßen der auf die übrigen Gegenstände des Gemeinderechts (§. 20, 21.) nicht passenden Benennung. Diese Policeygerichtbarkeit ist aber allezeit der ordentlichen Gerichtsobrigkeit untergeordnet, an welche allen, welche durch jene sich beschwert erachten, der Recurs frey steht, k) Sie erstreckt sich indessen gewöhnlich auch über solche Einwohner der Gemeinde, welche sonst einen vorzüglichen Gerichtsstand haben, als Pfarrer, Rüster, Schulmeister l), in der Regel

k) Daselbst S. 221.

l) Das. Th. 2. S. 339.

Regel aber nicht über den Patrimonial-Gerichtsherrn und seine Dienstboten. m)

§. 24.

Die Ausübung der Gemeinheitspolicey, so weit sie in Niedersachsen noch hin und wieder üblich ist, geschieht hauptsächlich in den sogenannten Bauerhöfen, oder Versammlungen, welche die Bauern und Nachbarn eines Dorfs zu bestimmten Zeiten halten; um über das gemeinschaftliche Interesse der Gemeinde, über die Verwaltung der Gemeindegüter, über die Erhaltung der Ordnung in Dorf und Feld, über die Bestellung der Gemeinbediener: Dorfshirten, Nachtwächter, Feldhüter &c., zu berathschlagen, darüber Schlüsse zu fassen und Ordnungen \*) zu errichten, die begangenen Frevel mit einer Geldbusse zu belegen, und häufig das Geld, nach alteutscher Sitte n), zu vertrinken. Aber eben dieser Umstand, und die mit dergleichen Versammlungen gewöhnlich verbundenen Unordnungen haben deren Abstellung oder wenigstens Einschränkung in den meisten Ländern herbeigeführt

§ 5

m) Vergl. Deneken Dorf- und Landrecht, Th. I. Cap. 17. §. 100.

n) Diese heißen dann auch Bauerhöfen.

o) S. z. B. Sachsenspiegel B. 3. Art. 63: „dem Baurmeister rettet man sechs Pfennig und unterwollen drey Schilling vor Gut und Haare, und das ist denn den Bauern in der Gemeine zu vertrinken.“

führt. o) Nach der Wolfenbüttelschen Landesordnung von 1647 steht den Beamten oder Gerichtsherrn die Oberaufsicht zu über alle in den Bauerhöfen gemachten Ordnungen, und die Strafe des Bauerhöfs soll anders nicht, als mit ihrer Bewilligung angesetzt, und deren Verwendung durch sie bestimmt werden.

## §. 25.

Die Holzgerichte p) sind insonderheit als bedeutende Theile der Gemeinheitspolicey anzusehen, mit welchen die Meyerdinge, Voigtdinge, Hägergerichte in Rücksicht auf die dabey meistens mit vorkommende Bestrafung der Feldfrevel einige Ähnlichkeit haben. \*) Noch wichtiger ist aber in demjenigen Ländern, wo man noch die großen Marken findet, die Markgerichtsbarkeit, welche gleichfalls zu der *jurisdictio communitalis* gehört, und seltener noch von den gesammten Markgenossen, gewöhnlicher von den Holzgrafen, ausgeübt wird. Die Rechte, welche diesen zustehen, beruhen größtentheils auf der Handhabung der Mark.

o) Dantz Handbuch des teutschen Privatrechts Th. 1. §. 76. v. Bülow und Hagemann a. a. O. Th. 2. S. 240. Eisenhart teutsches Recht in Sprichwörtern S. 2.

p) Handbuch des r. Polizeyrechts III. 360. 361.

\*) Göbel de jure et judicio rusticorum p. 325. 326. Von dem Haggericht vor Nienburg s. Strube Rechtl. Bedenken, Band 5. S. 190.

Markpolicey. q) Schaden von der Mark ab-  
 zuwenden, die zweckmäßige Benutzung derselben  
 zu befördern, in dieser Hinsicht zu gebieten, ver-  
 bieten und bestrafen, — darauf beziehen sich  
 hauptsächlich die Befugnisse, welche gewöhnlich  
 den Holzgrafen begelegt werden. „Denselben,  
 „heißt es in einer Aufzählung der holzgräflichen  
 „Rechte r), gebühre und stünde zu, zu verbie-  
 „ten und zu bestrafen: alles was der Mark schäd-  
 „lich ist; alle neue Zaun-Richtungen und Zu-  
 „schläge ausser Zaun- und Privat-Gründen;  
 „ohnnerlaubte Feuerstätte; gegen uraltes Her-  
 „kommen; ohnberechtigtes Vieh ohne Unter-  
 „scheid; Plaggenmeppen in verbottener Zeit  
 „und auf den Graß-Angern, Weide-Gründen  
 „und unterm aufschlagenden Holze und von  
 „den Wurzeln; Bachflöwen und deren Abthei-  
 „lungen, Uthfahren, neuerliche schädliche Wege  
 „und Fuhren; Innehmung fremden Viehes;  
 „Verpachtungen der Weiden; Abgraben des ge-  
 „meinen Grundes und Abplaggen der gemeinen  
 „Jahr-Weide. Ferner sey in seiner Macht die  
 „Austreibung fremden Viehes, und die Zählung  
 „der Schaafe, so oft es nöthig, und wo sie an-  
 „zutreffen sind; item ohnerlaubtes Holzhauwen;  
 „Beschädigungen an Weide und dessen ohn-  
 „mäß-

q) Lodtmann de jure holzgraviati, praeser-  
 tim in episcopatu osnabrugensi. Lemgo 1770.  
 Stühle über Markttheilungen S. 32 f.

r) S. Lodtmann l. c. thes. 25. Auszug aus dem  
 Essenschen Markprotocoll v. 1720.

„mäßige Betreibung; item Pfandweigerung und  
 „Verhöhnung gegen die Mahleute; dazu in vor-  
 „fallenden Mark-Sachen Kummer und Arrest,  
 „und dessen Auflösung; item Gebott zu Pflan-  
 „zung und Einführung des Holzes und allen  
 „Nützlichkeiten, so bey allen vorigen Holz-Ge-  
 „richten beschlossen worden; fortbin ferner, was  
 „dem gemeinen Besten und zur Aufnahme der  
 „Mark einigermaßen ersprießlich seyn könne.“  
 R. f. W.

## §. 26.

Die Gemeinheitspolicey ist überhaupt als  
 eine Art genossenschaftlicher, vom Staat geneh-  
 migter Policey, und nicht als ein Zweig der  
 Staatspoliceygewalt (ein Hoheitsrecht), zu be-  
 trachten, welchen die Inhaber derselben, gleich  
 den Städten oder Besitzern adelicher Güter,  
 rechtlich hergebracht hätten. Die Dorfsein-  
 wohner, die Markgenossen, die Holtingleute  
 unterwarfen sich gemeinschaftlichen Anordnungen,  
 deren Ausführung und Handhabung durch ihre  
 Vorsteher die Obrigkeit entweder stillschweigend  
 geschehen ließ, oder ausdrücklich bestätigte. So  
 erlangten sie das Recht, in ihren genossenschaft-  
 lichen Verhältnissen die Policey mit einer gewis-  
 sen öffentlichen Autorität auszuüben, ohne daß  
 sie deswegen für ein wahres obrigkeitliches Recht  
 zu achten wäre. Die Stadtmagistrate hingegen  
 und die Landsassen üben die niedere Policey aus,  
 vermöge obrigkeitlicher Gewalt und in Folge  
 der ihnen zustehenden Patrimonial-Gerichtbar-  
 keit,



felt, wodurch sie sich von der Gemeinheitspolicey wesentlich unterscheidet. Diese schließt auch die Concurrenz der eigentlichen niedern Policey nicht aus; wohl aber jene, welche nur der hohen Landespolicey untergeordnet ist. In den Dörfern, welche Gemeinheitspolicey hergebracht haben, können die Aemter oder Gerichtsherrn dem ungeachtet Policeyanordnungen treffen, und jene steht auch unter ihrer unmittelbaren Aufsicht und Leitung. Etwas verschieden sind zwar die Verhältnisse bey den Holzgerichten und den Holzgrafen in den Marken (§. 25.); allein auch sie können, ihrer oben beschriebenen Beschaffenheit nach, der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey nicht gleichgestellt werden.

#### Vierter Abschnitt.

Ueber den Umfang der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen niedern Policey im allgemeinen.

##### §. 27:

Diese ist daher auch in Rücksicht auf ihren Umfang nur durch die Grenzen des Bezirks, in welchem sie wirkt, und durch die Natur einer untergeordneten Gewalt beschränkt. \*) Ihre Macht

er-

\*) Eb. d. S. 122 f.



erstreckt sich aber nie auf andere Gegenstände der Policey, als welche den Ort, das Rittergut, die Stadt unmittelbar angehen, die ihrer Ob-  
sorge überlassen sind. Wenn Anordnungen nö-  
thig sind, welche weiter wirken sollen; so muß  
die höhere Policey eintreten, und diese kann da-  
zu durch die niedere allerdings sehr oft zweckmäßig  
veranlaßt werden. Im allgemeinen hat auch die  
mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundene  
niedere Policey das Recht und die Obliegenheit,  
die Vorschriften der Sicherheits- und Wohlfahrts-  
Policey auf die Bedürfnisse der ihr untergebenen  
Bezirke unmittelbar anzuwenden, wie dieses  
überhaupt der Stadt- t) und Dorfs- u) Policey  
zukommt.

### §. 28.

Innerhalb dieser bestimmten Grenze steht  
der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbun-  
denen niedern Policey in der Regel die Policey-  
verwaltung ihrem ganzen Umfange nach zu,  
selbst das Recht, Local-Policeyverordnungen zu-  
machen, in gewisser Maaße nicht ausgeschlossen.  
Daß sie die Landespoliceygesetze zu vollstrecken,  
die Aufsicht über ihre Befolgung zu führen, und  
die Uebertreter zu bestrafen x) haben, ist  
ohne

t) Eb. 3. S. 435 f.

u) Das. S. 253.

x) Hierher gehören auch größtentheils die soge-  
nannten Wogenfachen; s. die folgende Ab-  
handlung.

ohnehin einigem Zweifel nicht unterworfen. In Rücksicht auf die Personen, welche ihrer Policeygewalt unterworfen sind, können jedoch mancherley Bedenklichkeiten stattfinden, deren nähere Erörterung schicklicher an einem andern Orte ihren Platz finden wird. y)

§. 29.

Das Recht, Verordnungen in Policeysachen zu machen (§. 28.), wird mit besonderer Rücksicht auf die Verfassung der Städte sogleich näher untersucht werden. Im allgemeinen können die Inhaber der niedern Policey nur in sofern darauf Anspruch machen, als der Zweck der Policey in eiligen Fällen Anordnungen erfordern kann, welche durch die Landes-Policeygesetzgebung nicht vorgeschrieben sind. Hierbey wird aber allezeit vorausgesetzt, daß der Drang der Umstände nicht erlaubt, die Vorschriften der höhern Policeybehörde einzuholen, und daß dieser demnächst von dem Vorgange ausführlicher Bericht erstattet werden muß. z) Uebrigens aber ist die Behauptung unrichtig, daß alle Gerichtsobrigkeiten dem teutschen Herkommen nach befugt seyen, in Policeysachen Verordnungen, Gebote und Verbote zu erlassen. aa) So wenig die Pa-

trir

y) S. die weiter unten folgende Abhandlung von dem Gerichtsstande in Policeysachen.

z) S. z. B. die Verordnung für die Herzogthümer Bremen und Verden v. 20. Febr. 1736. und den Auszug daraus Th. 1. S. 129.

aa) S. Th. 1. S. 124.

trimonial-Gerichtbarkeit das Gesetzgebungsrecht über die Gegenstände derselben mit sich führt; so wenig ist dies auch bey der mit ihr verbundenen niederen Policey in der Regel der Fall. Das besondere Herkommen einzelner Länder, Städte und Gerichte kann hiervon eine Ausnahme machen; nie wird aber ein solches allgemeines Herkommen erwiesen werden können. Häufig ist es zwar der Fall, daß die untergeordneten Polizeyobrigkeiten, in Folge ergangener Polizeygesetze und um diese aufs vollständigste ins Werk zu setzen, besondere, ausführlichere, mehr ins Detail gehende Verordnungen, daß sie in einzelnen Fällen in Gemäßheit der bestehenden Polizeygesetze Gebote und Verbote erlassen; daraus darf man aber nicht auf ein ihnen eigenes Gesetzgebungsrecht schließen. Uebrigens sind sie auch in dem Fall, wo das Herkommen ihnen ein Recht, in Polizeysachen Local-Verordnungen zu machen, beylegt, doch immer verpflichtet, sie der landesherrlichen Prüfung und Genehmigung zu unterwerfen <sup>bb)</sup>, wobei jedoch allerdings der Unterschied stattfinden kann, daß sie entweder jede von ihnen entworfene Polizeyverordnung, ehe sie bekannt gemacht wird, zur landesherrlichen Prüfung und Genehmigung einschicken müssen, oder aber daß sie dazu nur auf besonderes Betragen des Landesherrn verpflichtet sind. Von dieser letzteren Verbindlichkeit kann sie auch keine angebliche

bb) *Ueber von der Landeshoheit in Polizeysachen*  
S. 10.

liche Observanz, daß nemlich dieß Recht der landesherrlichen Oberaufsicht noch nie ausgeübt sey, bestreyn, ja, selbst ein Widerspruch von ihrer Seite und eine von Seiten der Landesherrschaft darauf erfolgte Beruhigung würde für sie nicht von rechtlicher Wirkung seyn, da kein Landesuntertthan ein unabhängiges Hoheitsrecht besitzt, und eine Vernachlässigung der Regierungspflichten kein bleibendes Recht begründen kann. \*)

**§. 30.**

Die Nichtbeobachtung der Policeygesetze wird häufig mit **G e l p s t r a f e n** geahndet cc). Wem  
fal-

- \*) Die Stadt **S o e f t** ist bekanntlich eine von den deutschen Städten, welche in der Geschichte der städtischen Autonomie eine bedeutende Rolle spielt. Als sie auch in dieser Rücksicht im Jahr 1665 mit ihrem Landesherrn einen Vergleich schloß, wurde wegen der Policeygesetzgebung im 7ten §. festgesetzt:  
„Policeyordnung aufzurichten, stehet Er.  
„churfürstl. Durchl. allein zu, wiewohl dem Magistrat und der Stadt hierdurch nichts benommen seyn soll; dem alten Herkommen gemäß,  
„allerhand Satzungen, so derselben Einwohner und Mitbürger concerniren, und wie sie es zu  
„der Stadt gemeinen Wohlfarth ersprießlich finden,  
„aufzurichten, jedoch vorbehältlich höchstgemeldter  
„Er. churfürstl. Durchl. Ober-Inspection und  
„höher landesfürstlicher Obrigkeit.“ **A l e c c i u s**  
a. a. O. B. 2. Hauptst. 5. St. A.

cc) Th. 2. S. 581.

v. Bergs Policey. Th. 4.

**R**

fallen diese zu: dem Landesherrn, der sie androht, oder dem Patrimonial-Gerichte, das sie erkennt? Die Meynungen der Rechtsgelehrten sind hierüber getheilt, indem einige dem Gerichtsherrn, andere dem Landesherrn die Strafe zusprechen. „Mache ein Richter“, sagt Strube mit Beziehung auf mehrere Schriftsteller, „die Policeyverbrechen mit Helde strafen; so gebühren ihm auch die Straf gelder, welche dem teutschen Herkommen nach ein jeder Gerichtsherr erhebet. Sogar die bey den Calenbergischen Landgerichten erkannten Brüche überkamen die Inhaber der Unterge-richte, besage der Verordnung von 1653, und daselbst werden insonderheit Policeyverbrechen gestraft. In der Lüneburgischen Resolution von 1686, §. 4, ist versehen: „Wegen der Brüche in denen Verbrechen, so wider die Policey und andere dergleichen fürstliche Verordnungen laufen, sind Seine Durchlaucht gnädigst zufrieden, daß die, welche von denselben zu peinlichen oder bürgerlichen Gerichten gehören, denen, welche solche peinliche oder bürgerliche Gerichte haben, gelassen werden. Es billigen auch die Calenbergische Landesordnungen Cap. IV. p. 278. 279. 309. 325. die Strafen der Obrigkeit des Orts zu, ohne die ungeschlossene Gerichte davon auszunehmen.“, dd)

§. 31.

dd) Strube Nebenstunden, Th. 5. Abtheil. 34. §. 17.

Dahingegen räumt Pütter<sup>ee)</sup> zwar ein, daß mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit, wie sie nach der Verfassung der meisten Länder vom Adel oder auch zum Theil ausgeübt wird; selbst alsdann, wenn nur auf bürgerliche Sachen, mit Ausnahme aller peinlichen Gerichtbarkeit erstreckt, ordentlicher Weise doch immer das Recht verbunden sey, gewisse Vorfälle, die etwa nur in das niedere Local-Policeywesen einschlagen, oder doch keine peinliche Verbrechen ausmachen, nach Befinden mit Geldbuße zu ahnden und diese sich zuzueignen. Er läugnet aber, daß sich hieraus eine allgemeine Regel ableiten lasse, und behauptet vielmehr, daß, wenn gleich die Patrimonial-Gerichtbarkeit so, wie sie in jedem Lande hergebracht ist, als ein einmal gegründetes Recht, billig in ihrem Wesen gelassen werde, dennoch der Umstand, daß eine Gerichtbarkeit, die sonst, ihrer Natur nach, nicht als von höchster Gewalt wegen ausgeübt werden kann; ein erbliches Eigenthum einer adelichen Familie<sup>\*)</sup> ausmacht, an sich etwas außerordentliches sey, das über die Grenze, welche die Natur der Sache mit sich bringe, billig keine Ausdehnung leide, solchemnach vor allen Dingen nicht außer Acht zu lassen sey, daß einem Patrimonial-Gerichte seiner Natur nach doch ei-

gentz

ee) Rechtsfälle B, 3. Th. 3. Stro 275.

\*) oder ein eigenthümliches Recht einer Gemeinschaft —



e, als was unter den  
 nannten Gerichtbar-  
 keit solche auf andere  
 oder landesherrliche  
 bruch sich etwas an-  
 der von der Gerichts-  
 ung und Entscheidung

einzelner Rechtsfälle zu thun hat, nicht allein das  
 Recht, Strafen vorzuschreiben, als ein Theil  
 der gesetzgebenden Gewalt, sondern auch das  
 Recht, Strafen, die in Geld und Gut bestehen,  
 sich zuzueignen, gar sehr unterschieden, indem  
 dieses letztere ein zum *jure fisci* gehöriges eigenes  
 Hoheitsrecht ausmache, das an sich von der Ge-  
 richtbarkeit ganz unabhängig sey. Es könne daher  
 gar wohl mit einander bestehen, daß Patrimonial-  
 Gerichte über vorkommende strafbare Fälle erken-

nen: ob und was für eine Strafe  
 den, auch selbst ihre Erkennt-  
 nisse, und daß sie deswegen  
 zu seyen, die davon einkom-  
 mer sich selber zuzueignen, in-

dem es nicht an Beispielen fehle, daß derglei-  
 chen Gerichte zwar Strafen erkennen und voll-  
 ziehen können, aber doch entweder alle Geldstra-  
 fen oder wenigstens solche, die über eine gewisse  
 bestimmte Summe gehen, zum landesherrlichen  
 Fiscus einschicken und berechnen müssen. Da-  
 aber, wo es hergebracht sey, daß Patrimo-  
 nial-Gerichte solche Strafgeelder, die sie etwa in  
 geringen Local-Policeyfällen, oder auch, wo sie mit  
 der peinlichen Gerichtbarkeit begabt sind, selbst  
 in vorfallenden Verbrechen ansetzen, auch zu ih-



rem eigenen Nutzen behalten und als eine Vergütung der Kosten der Gerichtbarkeit ansehen können, sey solches keinesweges auf dem Fuß zu nehmen, als ob Strafgelder ipso jure mit jeder Gerichtbarkeit verbunden und derselben von selbst anfliehende fructus jurisdictionis wären, sondern es sey dieses allemahl, wo Patrimonialgerichte dergleichen Recht hergebracht haben, nur als ein *ex speciali titulo* erworbenes oder landesverfassungsmässig hergebrachtes Recht, das sonst unter dem landesherrlichen *jure fieri* begriffen seyn würde, (folglich als eine Ausnahme von der Regel) anzusehen. \*)

### §. 32.

Dieß alles ist im allgemeinen ohne Zweifel vollkommen richtig: aber es scheint doch auf die besondere Verfassung Deutschlands nicht durchgehend zu passen. Soviel darf wenigstens als erwiesen angenommen werden, daß der eigentliche, strenge Begriff von Gerichtbarkeit auf die teutsche Gerichtsverfassung nicht anwendbar ist (§. 7), und daß der in Deutschland von jeher geltende ausgedehntere Begriff schon an und für sich eine Zumischung von andern Hoheitsrechten nicht ausschließt. Wenn nun gleich, außer Sachsen, den Gerichtsherrn ein Fiscusrecht nicht beygelegt werden kann; so können sie doch zur Ausübung gewisser, ursprünglich dem

R 3

Fisc.

\*) II: Feud. 56.

Fiscus zustehenden Rechte gar wohl befugt seyn, und zwar entweder vermöge besonderer Erwerbung, oder auch vermöge eines allgemeinen teutschen Herkommens. Eins wie das andere muß natürlicher Weise gegen den Fiscus, der die Vermuthung für sich hat, bewiesen werden. Das Recht, Geldstrafen zu erheben, steht nun eigentlich nur dem Fiscus zu; allein es ist von jeher die gemeine Meynung in Teutschland gewesen, daß nach einem allgemeinen Herkommen die Gerichtsherrn die Geldstrafen, welche sie ansetzen können, auch für sich zu beziehen befugt seyen ff), und dieß einstimmige, auf der älteren Verfassung der teutschen Gerichte beruhende Zeugniß älterer und neuerer Rechtsgelehrten scheint doch wohl zu dem erforderlichen Beweise hinreichend zu seyn.

## §. 33.

Da jedoch die Policeystrafen zu den sogenannten bürgerlichen Strafen zu rechnen sind; so kann die Policeyobrigkeit auch nur auf diejenigen

ff) Pufendorf de iurisd. germ. P. 2. Sect. 3. c. 1. §. 241 seq. in spec. §. 250. c. 3. §. 26. Sect. 4. c. un. §. 18 seq. Strube a. a. O. u. Rechtl. Bed. Th. 3. Bed. 41. und die dort Note a. angef. Schriften. Leyser Med. ad. Pand. Vol. 10. spec. 658. n. 6. Meißner Einleit. zur peinl. Rechtsgelehrsamkeit S. 518 f. v. Quistorp Peinl. Recht. §. 80. 566. Desselben Rechtl. Bemerk. I. 178. Die Gründe, welche in diesen Schriften zum Theil nur in Beziehung auf die peinliche Gerichtbarkeit angeführt werden, gelten im Wesentlichen auch von der Policey-Gerichtbarkeit.

gen Geldstrafen Anspruch machen, welche entweder in einer ausdrücklichen Policerverordnung angedroht sind, oder doch sonst nicht als peinliche Strafen betrachtet werden. Allein in dieser letztern Hinsicht giebt es in Deutschland keine allgemeine Regel, sondern es kommt auf eines jeden Landes besondere Verfassung an. Sehr richtig bemerkt daher *Grolmann* gg): „Das  
„finden wir zwar wohl, daß die Verbrechen,  
„welche die öffentliche Sicherheit unmittelbar  
„gefährden, als die allgemein peinlich strafbare,  
„auch in allen Provinzen Deutschlands, als solche,  
„anerkannt sind; allein in Ansehung der  
„übrigen ist es eine bloß historische Bemerkung,  
„wenn man sagt, daß eine Geldstrafe von 10  
„Rthlrn. der unterste Grad der peinlichen Strafe  
„sey, d. h. diese Bemerkung sagt nur: es wird  
„so in den meisten Landen angetroffen, aber  
„nicht: es soll so, vermöge der Gesetze, in der  
„Regel seyn.“ In Sachsen ist dem bürgerlichen Richter höchstens um vier gute silberne Schock (welche 10 Rthlrn. gleich gehalten werden) zu strafen erlaubt-hh). Was die e h u r b r a u n s c h w e i g s c h e n Lande betrifft; so ist im Fürstenthum E a l e n b e r g das Recht der bürgerlichen Gerichte auf keine Summe beschränkt ii), für das Fürstenthum L ü n e b u r g aber enthält die lant-

gg) Grundsätze der Criminal- Rechtswissenschaft, §. 237.

hh) *Carpzov Prax. crim.* Qu. 109. n. 63.

ii) *Pufendorf de iurisd. germ.* pag. 540.

desherrliche Resolution von 1695 eine bestimmte  
 Vorschrift. Es war nemlich schon in der land-  
 desherrlichen Resolution vom 26. Nov. 1686,  
 Art. 4, festgesetzt: „wegen der Brüche in denen  
 „Verbrechen, so wider die Policey,  
 „und andere dergleichen fürstliche Verordnungen  
 „laufen, sind Ihro Durchl. gnädigst zufrieden,  
 „daß die, welche von denselben entweder zu  
 „peinlichen oder bürgerlichen Gerichten gehören,  
 „(benn was diejenige betrifft, die der hohen Ter-  
 „ritorial-Gerechtigkeit eigentlich anhängig sind,  
 „müssen Ihro Durchl. billig reserviret bleiben) de-  
 „nen, welche solche peinliche oder bürgerliche Ge-  
 „richte haben, und in soweit sich solche erstrecken, ge-  
 „lassen werden“ kk). Die hier eingerückte Claus-  
 sel zum Besten der hohen Territorial-Gerechtigkeit  
 ließ nun freylich einen großen Spielraum offen, und  
 bald entstand insonderheit Zweifel darüber: wem  
 die Strafe von solchen Verbrechen in Policey-  
 sachen, da durch landesherrliches Verbot oder  
 Verordnung eine an sich sonst eben nicht strafbare  
 That strafbar gemacht wird, eigentlich zukomme?  
 Die Beamten vermeinten, wie natürlich, daß sol-  
 che unter diejenigen Strafen zu rechnen seyen,  
 welche der hohen Territorial-Gerechtigkeit anhän-  
 gig sind; der Landesherr trat aber doch dieser  
 Meynung nicht bey, und durch die hierdurch ver-  
 anlaßte Erklärung erhielt das rechtliche Verhält-  
 niß der Gerichtsherrschaft in dieser Hinsicht eine  
 vollständigere und genauere Bestimmung. „Ma-  
 „die“

kk) Corp. Const. Cell. Cap. 9. P. 30.

„dieweil Wir aber,“ heißt es, „Uns in Gnaden  
 „erinnern, daß es bey Ertheilung letztverwehnter  
 „Resolution (von 1686) keine andere Meynung  
 „gehabt, als daß Wir aus sonderbaren Uns das  
 „zubewegenden Ursachen, denjenigen von Unserer  
 „Landschaft, welchen entweder die hohen und  
 „Nieder-Gerichte zusammen, oder die völligen  
 „Nieder-Gerichte, nicht aber die bloßen Pfahla  
 „und Zaungerichte zustehen, auch die Cogni  
 „tion und Bestrafung solcher, gleich übrigen in  
 „gemeldetem Reccesse von Anno 1686 nicht excipiro  
 „ten Sachen, nach Unterschied der Verbrechen,  
 „wie dieselben entweder zu den hohen oder Nie  
 „der-Gerichten gehören, gönnen und lassen wol  
 „len; inmassen dann über solchen Strafen das  
 „zumal eigentlich gehandelt worden: Als hat es  
 „dabey sein beständiges Bewenden, daß in allen  
 „denen Fällen, in welchen Wir und Unsere  
 „Successoren die Cognition und Bestrafung verg  
 „leichen an sich sonst nicht verbohtener, aber  
 „durch eine neue Verordnung strafbar werden  
 „den Sachen nicht etwa Uns selber oder Un  
 „serer Regierung aus sonderlichen wichtigen Ur  
 „sachen ausdrücklich reserviren, es bey dem foro  
 „ordinario criminali vel civilly gelassen werden  
 „soll; wollen jedoch und verordnen annebst hiera  
 „mit, daß in solchen, in die Policy laufenden  
 „Fällen unter den Strafen, so zu den hohen  
 „und Nieder-Gerichten gehören, jedesmal der ge  
 „büßrende Unterscheid gehalten werde, und, die  
 „gleich mit diesen versehen, sich keiner Cognition  
 „und Bestrafung anderer Verbrechen in berglei  
 „chen Policy-Sachen, als welche dahin gehö

„tig, und worauf, wann sie mit Geld zu bestra-  
 „fen, nur eine Strafe zum höchsten von etwa  
 „acht Reichsthaler gesetzt ist, oder ihrer Natur  
 „und Eigenschaft nach, gesetzt werden kann, als  
 „welches, im Fall es darüber zur Contradiction  
 „kommen sollte, Unsere Fürstl. (Regierung)  
 „oder Hofgericht zu arbitriren hat, annehmen sol-  
 „len. Und haben diejenigen, so allein mit den  
 „Niedergerichten versehen, die Bestrafung der  
 „Fälle in gedachten Policey-Sachen, daraufkei-  
 „ne gewisse Strafe gesetzt ist, die dabey vorkom-  
 „mende Umstände aber eine höhere Geld-Buße,  
 „als 8 Rthlr. erfordern, demjenigen, welchem die  
 „Hohe, oder Criminal-Gerichte gehören, zu über-  
 „lassen, und sich nicht zu unternehmen, gesag-  
 „ten Obergerichten zum Nachtheil, und damit sie  
 „nur die Strafe genießen mögen, solche Ver-  
 „brechen selber zu bestrafen, sondern gehörigen  
 „Orts zu verweisen.“ n)

## S. 34.

Die Policeyobrigkeit ist übrigens nicht berech-  
 tigt, nach Belieben die Policeyvergehen mit  
 Geldstrafe zu ahnden, sondern nur, wenn ent-  
 weder das Gesetz eine Geldstrafe ausdrücklich vor-  
 geschrieben hat, oder die Observanz in Anse-  
 hung gewisser Policeyvergehen es mit sich bringt,  
 oder endlich die Strafart der Willkühr der Obrig-  
 keit überlassen ist. Auch ist die Policeyobrigkeit  
 in

n) Daselbst G. 51. 52.



in den Fällen, wo die Quantität der Geldbuße nicht festgesetzt ist, ein billiges, meistens durch die Observanz bestimmtes, oder nach der Analogie leicht zu bestimmendes Maass zu halten verpflichtet, widrigenfalls bey den obern Behörden Beschwerde geführt werden kann. In der so eben angeführten Resolution vom 20. Jul. 1695 ist es den Gerichtsobrigkeiten ausdrücklich zur Pflicht gemacht, „zu verhüten, daß sie geringe Verbrechen nicht zu hoch an Geld bestrafen, oder zu gewärtigen, daß diejenigen, so darunter Excesse begehen werden, die Strafe auf solches Maass verlustig seyn sollen, und dieselbe dem Landesherrn berechnet werde“ (mm). Leibesstrafen, die auf Policeyvergehen ausdrücklich gesetzt sind, dürfen die Policeyobrigkeiten nicht in Geldstrafen verwandeln, sie haben denn die Befugniß dazu rechtlich hergebracht, wie solches hin und wieder in Ansehung der Gefängnißstrafen, die nach einer gewissen Norm zu Geld angeschlagen werden können, der Fall ist. Außerdem steht dieses Recht dem Landesherrn allein zu, indem dadurch eine Art von Begnadigung ertheilt wird, und in diesem Falle hat eben daher nicht die Patrimonial-Policeyobrigkeit, sondern der landesherrliche Fiskus, die Geldstrafe zu beziehen. nn)

§. 35.

mm) Das. C. 52.

nn) Schilter Exercit. ad Pand. Exerc. 49. §. 182.  
Anderer Meinung sind Westphal im deutschen und reichsständ. Privatrechte I. 90. 91., und die  
dar



Die ausserdem für die Patrimonial-Policey-Obrigkeiten streitende Regel leitet jedoch auch alsdann eine Ausnahme, wenn der Gesetzgeber die Geldstrafe in gewissen Fällen seinem Fiscus ausdrücklich vorbehalten oder auch anderswohin angewiesen hat. Nur wenn sie eine solche namentliche Bestimmung nicht hat, fällt sie der straffenden Obrigkeit zu (oo). Die Patrimonial-Gerichte haben kein Recht auf dergleichen ihnen enträglich Strafgeseze und können sich also auch nicht beschweren, wenn ihnen der Vortheil davon nicht allezeit gelassen wird. Gewöhnlich geschieht jedoch dieses nur, wenn von wichtigen, oder wenigstens sehr überhandnehmenden Vergehungen, welche mit besonderem Nachdruck geahndet werden sollen, die Rede ist, und seltener wird alsdann die Strafe dem Fiscus angewiesen, meistens vielmehr zu milden Zwecken bestimmt. Ausser den von Strube pp) angeführten Beyspielen aus der churbraunschweigischen Gesetzgebung ist besonders auch noch die Verordnung gegen

Pa

baselbst angeführt. Schriftsteller. — Hat freylich die Policeyobrigkeit zwischen einer Geld- und Leibesstrafe die Wahl gehabt, und auf die letztere erkannt, eine höhere Behörde läßt aber statt derselben die erstere eintreten; so ist es billig, daß diese der Policeyobrigkeit zufalle. Vergl. Preuss. Landrecht Th. 2. Tit. 17. §. 120. 121.

oo) Strube Recht. Bedenken, Th. 3. Bd. 41.

Pütter Rechtsfälle B. 1. Th. 3. S. 604.

pp) a. a. O. S. 158. 159.

Hazardspiele von 1770 qq) zu bemerken, wor-  
nach die angedrohte bedeutende Strafe von 100  
Ducaten ad plura voms verwandt werden soll.

§. 36.

Sehr oft wird in den Policey - Strafge-  
setzen die Confiscation entweder allein oder  
verbunden mit einer andern Strafe angedroht.  
Es entsteht daher die Frage: Ist das Recht, die  
confiscirten Sachen sich anzueignen, in der mit der  
Patrimonial - Gerichtbarkeit verbundenen Policey  
gleichfalls enthalten, oder steht dasselbe dem lan-  
desherrlichen Fiscus allein zu? Bey der Beant-  
wortung dieser Frage muß zuvörderst bemerkt  
werden, daß die meisten Schriftsteller auf die  
Policey - Confiscationen kaum einige Rücksicht  
genommen, sondern sich hauptsächlich nur mit  
dem Confiscationsrechte der peinlichen Patrimo-  
nial - Gerichte beschäftigt haben. Bloß einige  
allgemeine Gründe, die für oder wider das-  
selbe angeführt werden, können auf die Ent-  
scheidung der hier vorliegenden Frage von Ein-  
fluß seyn, in sofern sie die Berechtigung der Pa-  
trimonial - Gerichte, ohne Unterschied der hohen  
oder niedern, der peinlichen oder bürgerlichen  
Gerichtbarkeit auf gleiche Weise treffen. Endlich  
darf auch vorläufig das nicht unbemerkt gelassen  
werden, daß bey Policey - Confiscationen nicht  
von der Einziehung aller Güter, sondern allein  
von

Sie führen aber auch insonderheit noch die Reichsgesetze für ihre Meynung an, welche confiscirte Sachen denjenigen zubilligen, die mit dem bürgerlichen Gerichtszwange versehen sind uu). Dieses ist auch in der That in Ansehung verschiedener Gegenstände der Reichs-Polizeygesetzgebung der Fall: Die veralteten Luxus-Gesetze sprechen der Obrigkeit, der der bürgerliche Gerichtszwang des Orts zusteht, die auskostbaren Kleider und Kleinodien, die confiscirt werden sollen, zu vv). Eben so ist jeder Obrigkeit, die den bürgerlichen Gerichtszwang hat, die Einziehung verfälschter Specereyen ww), ordnungswidrig fabricirter Tücher xx), und ausländischer silbernen Münzen yy) anbefohlen. Auch der Verlust, den Wucherer an ihrem Capital leiden sollen, wird der bürgerlichen Ortsobrigkeit zugesprochen zz), mehrerer andern Beispiele nicht zu gedenken. Daß hierbey an der Städte und Landsassen Patrimonial-Gerichtbarkeit, auf der die Ortsobrigkeit doch allezeit beruhet, nicht sollte gedacht seyn, kann wohl schwerlich vermuthet werden (§. 8). Allein diese und andere ähnliche Gesetzstellen beweisen doch weiter nichts, als daß in den genannten Fällen die zu confiscirenden

uu) Pufendorf de iurisd. germ. P. 2. Sect. 3. c. 1. §. 307.

vv) R. P. O. v. 1577. Tit. 14. §. 7.

ww) R. A. v. 1551. §. 86.

xx) R. P. O. v. 1577. Tit. 21. §. 2.

yy) Reichs-Münzordnung v. 1559. §. 51.

zz) R. P. O. v. 1577. Tit. 17. §. 8. 11.

tenden Sachen der bürgerlichen Orts-Obrigkeit zufallen sollen. Hat diese sonst die Regel gegen sich; so sind dergleichen besondere Verfügungen nur als Ausnahmen zu betrachten, deren Zweck: Aufmunterung zu beständiger, scharfer Aufsicht, leicht abzusehen ist.

§. 39.

Der einzige erhebliche Grund, der für die Patrimonial-Gerichte angeführt werden kann, scheint daher nur derjenige zu seyn, welcher mit dem Rechte, die Geldstrafen zu beziehen, in unzertrennter Verbindung steht. Die Confiscation, sagt man, ist lediglich als eine Gattung der Strafen an Geld und Gut anzusehen; was sie einbringt, gebührt also auch dem, welchem die Geldstrafen zufallen a). Pufendorf, der den Niedergerichten nur die Geldstrafen, die nicht über zehn (im Lüneburgischen nicht über acht) Thaler gehen, zubilligt, ist, um recht consequent zu seyn, geneigt, auch bey Confiscationen den Werth der confiscirten Sachen nach diesem Maßstabe zum Grund zu legen, so daß diejenigen, deren Werth mehr als zehn oder acht Thaler beträgt, allemahl dem Fiscus, und nicht dem Patrimonial-Gerichte, zukommen sollen b). Allein dieser Schluß von Geldstrafen auf Confiscation

a) Westphal a. a. O. S. 91. Meister a. a. O. S. 522.

b) Pufendorf de iurisdictione germ. p. 557.

v. Bergs Policen. Th. 4.

cation scheint wenigstens nicht durchgreifend zu seyn. In Ansehung jener kann ein allgemeines Herkommen in Deutschland zum Vortheil der Patrimonial-Gerichte mit Grund angenommen werden (§. 32); in Ansehung dieser getraut man sich nicht, ein gleiches zu behaupten, als nur allein analogisch. Dieser Analogie widerspricht aber schon der Ausdruck: confisciren, dem Fiscus zueignen, dem Fiscus heimfallen. Denn einen Fiscus haben, nach gemeinem Recht, Landstädte und Landsassen nicht; folglich kann auch, wenn sie gleich, vermöge ihrer Gerichtbarkeit, in Fällen, die dahin gehören, auf Confiscation erkennen dürfen, doch das confiscirte Gut ihnen nicht heimfallen, es sey denn, daß das Gesetz es ausdrücklich ihnen zuweise, oder aber eine besondere Observanz oder Verleihung ihnen zur Seite stehe. c)

## §. 40.

Nach den Preussischen Gesetzen gehören (sofern nicht besondere Rechte ein anderes bestimmen), Geldstrafen, welche die Summe von fünf Thalern nicht übersteigen, zu den Einkünften der Civil-Gerichtbarkeit, und wo keine besondere Policeygerichte verordnet sind, fallen die durch bloße Policeygesetze bestimmten Geldstrafen, ohne Un-

c) Vergl. *Stube rechtl. Bedenken* Th. 3. Bed. 41. *Winckler de lucro ex confiscatione an et quantum vi iurisdictionis patrimonialis percipitur.* Kilon. 1773.

Unterschied der Summe, den Civilgerichten anheim. Dahingegen ist der Ertrag der Confiscationen im allgemeinen dem Fiscus, als nutzbares Recht der obersten Gerichtbarkeit, vorbehalten. d)

---

### **Fünfter Abschnitt.**

#### **Von den Policeygerechtsamen der Landstädte insonderheit.**

##### **§. 41.**

Die Policeygerechtsame der Städte beruhen zwar im allgemeinen auf der ihnen zustehenden Patrimonial-Gerichtbarkeit. Allein die Verfassung der Stadtgemeinde, die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt in denselben durch Magistrate, die Eigentümlichkeit und Mannigfaltigkeit der Policeygegenstände e), und insonderheit die Art und Weise, wie die Verfassung der Städte sich bildete, erlaubt auch in Hinsicht auf die Policeyverwaltung keine völlige Gleichstellung mit den Patrimonial-Gerichten der Landsassen, welche auf ganz andern Gründen beruhen, und in Rücksicht auf den Umfang der Gerechtsame und der Gegenstände nothwendig in manchem Betracht

§ 2

ver.

d) Preuss. Landr. Th. 2. Tit. 17. §. 114 115. 126.

e) S. Th. 3. S. 425 f.

verschieden seyn müssen. Daher ist die mit jeder der beiden Arten von Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundene Policey noch einer besondern genauen Erörterung zu unterziehen.

## §. 42.

Daß und warum den Städten in ältern Zeiten die Besorgung der Localpolicey beynahe ganz überlassen blieb, läßt sich aus der Geschichte der Regierungsverwaltung in den teutschen Ländern leicht erklären f). Die Autonomie der Städte mußte immer weiter um sich greifen, je weniger die Regierungen selbst sich thätig zeigten; und was war natürlicher, als daß sie sich auch auf die Gegenstände der Policey, deren Anordnung das Zusammenwohnen einer größern Menschenzahl doppelt dringend macht, sich erstreckte? Schwerlich wird man daher eine Stadt finden, die nicht, wenigstens aus ältern Zeiten einige Policey-Statuten aufzuweisen hätte. Leicht könnte man also zu dem schon oben (§. 29.) berührten Irrthum verleitet werden, daß nach altem teutschen Herkommen allen Stadtobrigkeiten das Recht zustehe, in Policeysachen Verordnungen, Gebote und Verbote ergehen zu lassen. Das wahre Verhältniß ist aber dieses: das Recht der Policeyverwaltung enthält nicht nothwendig auch das Recht der Policeygesetzgebung. Diese, als ein allgemeines Hoheitsrecht, steht in  
der

f) Th. 1. S. 25.



der Regel nur allein dem Landesherrn zu g), und hiernach können Stadtobrigkeiten Policeyverordnungen, die sie für nothwendig oder nützlich halten, bloß durch ihre Berichte an die ihnen vorgesetzte höhere Policeybehörde veranlassen, auch wohl verlangen, daß sie mit ihrem Gutachten darüber vernommen werden h). Es können jedoch auch Stadtobrigkeiten das Recht haben, für sich selbst und aus eigener Bewegung Policeyverordnungen zu machen, diese aber erlangen in der Regel nicht anders gesetzliche Kraft, als wenn sie von dem Landesherrn bestätigt sind i), und von dieser Regel ist wieder die besondere

§ 3

Auß.

g) Riccius Entwurf von Stadtgesetzen, B. 2. Hptst. 2. §. 2 — 5. Eisenhart deutsches Stadt- und Bürgerrecht §. 73. 89.

h) So heißt es z. E. in der Instruction für den Rath zu Erfurt, Art. 22: „Wenn auch in Policeysachen Patente anzuschlagen, neue Handwerksordnungen aufzurichten, die alten zu verändern und zu verbessern nöthig seyn würde, soll darüber unser Stadtrath vernommen und dessen Gutachten eingelesen werden“.

i) Daselbst §. 71. — Das Preussische Landrecht legt im allgemeinen den Städten das Recht bey, Statuten, welche die innere Einrichtung und Policey der Gemeinde oder gewisse Classen derselben betreffen, durch ordnungsmäßig abgefaßte Schlüsse zu errichten. Doch müssen dergleichen Schlüsse, ehe sie als Statuten die Gemeinde und deren einzelne Mitglieder verpflichten können, allemahl erst der vorgesetzten Landes-Policey-Instanz zur Prüfung vorgelegt werden. Preuss. Landrecht. Th. 2. Tit. 2. §. 115. 116.

## 166 VII. Ueber die mit der Patrimonial-

Ausnahme möglich, daß auch die landesherrliche Bestätigung nicht erforderlich ist. In beiden Fällen aber muß eine ausdrückliche oder stillschweigende landesherrliche Verleihung bewiesen werden k).

### §. 43.

Wenn aber auch eine Stadt das so ausgezeichnete Recht, Polizeyverordnungen, unabhängig von der landesherrlichen Bestätigung, zu erlassen, hergebracht hat; so folgt daraus doch weiter nichts, als daß sie nicht schuldig ist, jede einzelne Verordnung dem Landesherrn zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Dieser ist aber dennoch berechtigt, die Ausübung jenes Rechts seiner Aufsicht zu unterziehen, von den ergangenen Verordnungen Kenntniß zu verlangen, und dahin zu sehen, daß dadurch den Reichs- oder Landesgesetzen, insofern sie eine allgemeine, nicht abzuändernde Norm festsetzen (absolut verbieten oder gebieten), nicht derogirt, dem Lande oder der Stadt zum Nachtheile nichts verordnet, den landesherrlichen Rechten und den wohlermorbenen Befugnissen eines Dritten nichts entzogen werde l). Aber selbst diese landesherrliche Obergaufsicht kann durch die besondere Stadtver-

k) Eisenhart a. a. O. §. 89.

l) Derselbe a. a. O. Strafe Rechtl. Bed. Th. 4. Bed. 21 und 62. v. Cramer Wepl. Nebenstunden Th. 7. S. 64 f.

verfassung mehr oder weniger beschränkt seyn. Vorzüglich merkwürdig ist dasjenige, was in dieser Hinsicht der Stadt Rostock \*) (einer der freiesten Landstädte in Teutschland) von ihrem Landesherren noch neuerlich bestätigt und bewilligt ist. Die Stadt ist befugt, ausser ihrem Stadtrecht, der Policey- und Gerichtsordnung, nach eintretender Nothdurft, auch besondere Statuten zu machen. Die Stadt und deren Rath soll an der Ausübung dieser Befugniß in keine Weise und Wege gehindert noch gestört, bey eintretendem Mißbrauch aber landesherrliche Vorkehrung getroffen werden. Ist der Mißbrauch klar; so wird von höchster Obergewalt wegen erbvertragsmäßig remediirt. Es soll jedoch ein an und für sich zulässiges Statut, wegen eines daraus erwachsenden *damni tertio per consequentiam dati*, für mißbräuchlich nicht angesehen werden; als z. B. wenn die Hausirerey mit diesem oder jenem Artikel Waare ausserhalb Jahrmarkts mehr, als bisher, durch ein Statut beschränkt würde, und per consequentiam die von solchen Waaren zu berichtigenden Acciseabgaben wegfielen. Wird, ausser dem Fall eines ungezweifelten Mißbrauchs, ein Statut zwar von der Landesherrschaft für mißbräuchlich gehalten, von der Stadt aber nicht dafür anerkannt; so wird darüber im Wege Rechts entschieden, in welcher Hinsicht die

§ 4

als

\*) Von ihrer Befugniß, Statuten, besonders in Policensachen, zu machen, s. Niccius Entwurf v. Stadtgesetzen, B. 1. Hptst. 1. §. 3.

alsdann zu beobachtende Verfahrungsart zum voraus verabredet ist. Alle des Rathes Publicata müssen, wenigstens am Ende eines jeden Jahrs, dem Landesherrn von der Stadt mit einer besondern Designation eingeschickt und der Empfang derselben mittelst höchsten Rescripts der Stadt zugesichert werden: „aus welcher, bloß zur Information des Landesherrn, lediglich allein, Notizgebungsweise geschehenen Einsendung je-  
ner Publicatorum, aber nie, und zu ewigen Zeiten nichts, die Stadtcompetenz, in Rücksicht auf die Befugniß, Statuten machen, publiciren und in Ausübung setzen zu können, behinderndes oder irgend beschränkendes abgeleitet werden soll“ m). Noch giebt es manche andere Landstädte, die mit so vielen Privilegien und Vorrechten versehen sind, daß in ihrer innern Verwaltung, und insonderheit auch in Ansehung des Rechts, die Stadtpolicey zu ordnen, kaum ein Unterschied zwischen ihnen und den freyen Reichstädten zu bemerken ist n). Auf eine völlige Unabhängigkeit auch in dieser Hinsicht werden sie jedoch nie rechtlichen Anspruch machen können, weil dadurch die Unterordnung unter die landes-  
hvvv

m) Neues Grundgesetz der Stadt Rostock vom 13. May 1788. S. 51 — 54. Neuf Staatskanzler XXII. 47 f.

n) Pütter Inst. iur. publ. S. 477. Dess. hist. Entwicklung der Staatsverfassung des deutschen Reichs III. 294. 295. Häberlin Handbuch des deutschen Staatsrechts S. 477. Strube Nebenstunden Abh. 5. S. 3 f.

herrliche Gewalt zu einer bloßen Scheinherrschaft herabgewürdigt würde. (S. 29)

### S. 44.

Wenn nun gleich in der Regel Landstädte auch in Policeysachen keine Statuten, oder wenigstens nicht anders, als unter landesherrlicher Bestätigung machen dürfen; so findet man doch häufig, daß Stadtmagistrate oder besondere städtische Policeybehörden Verordnungen erlassen, die zur Handhabung der durch die Policeygesetze bestimmten Ordnung und zur Ausführung dieser Gesetze abzuwecken (S. 29). Dieses ist bey der Local-Policeyverwaltung schlechterdings nothwendig und muß den untergeordneten Policeybehörden allezeit überlassen werden. Die stets wandelbaren, von Ort und Zeit und mannigfaltigen Zufällen abhängigen Polieptaxen, die genauen Vorschriften der Feuerpoliey gegen einschleichende Mißbräuche, die unmittelbaren Anordnungen zur Erhaltung der Reinlichkeit in den Städten, und eine Menge dergleichen Vorschriften, welche zu Local-Policeyverordnungen Anlaß geben, können auch nur von der Localpoliey kommen. Allein hierin zeigt sie sich bloß als Dienerin der hohen, und keinesweges selbst als Gesetzgeberin. Riccius geht daher offenbar zu weit, wenn er behauptet, die Stadtobrigkeiten seyen berechtigt, ohne landesherrliche Bestätigung Verordnungen zu machen, „welche zu besserer und hinlänglicher Besorgung des dem Stadtmagistrat aufgetragenen obrigkeitli-

„den Amts zu gemeiner Stadt eigener Aufnahm  
 „me und Flor, auch guter Policey, vor  
 „nötzig und nützlich, mithin dem obrigkeitlichen  
 „Amte anhängig zu seyn erachtet werden“ o).  
 Er gründet sich hierbey auf ein allgemeines teut-  
 sches Herkommen, dessen Unerweislichkeit bereits  
 gezeigt ist, und argumentirt dann noch weiter  
 also: „Sind gleich diese von der Stadtobergkeit  
 „gemachte Verordnungen keine eigentliche statuta,  
 „indem es ihnen an der ausdrücklichen Confirma-  
 „tion der Landesherrschaft gebricht; so suchet doch  
 „durch dieselben der Stadtmagistrat das ihm so  
 „theuer und nachdrücklich anvertraute Amt der  
 „Stadtpolicey zu befolgen, und mithin sind  
 „die Stadteinwohner auch gehalten, nach derglei-  
 „chen heilsamen Satzungen zu leben, gesetzt auch sie  
 „thäten einem oder dem andern in seinem unbe-  
 „fügten Vorhaben einigen Abbruch. Z. E. es  
 „wird verboten, Seide und aufferhalb Landes  
 „verfertigte Zeuche ohne Unterschied der Person  
 „zu tragen. Dieses Verbot ist theils der Hof-  
 „sarth der galant seyn wollenden Bürgerin,  
 „theils der Gewinnsucht des Handelsmanns, wel-  
 „cher vor dergleichen meubles das Geld zum Lande  
 „hinausschafft, aber keines wieder hereinzieht,  
 „unangenehm. Allein, weil es das Geld im  
 „Land und manchen Bürger bey seinem Vermö-  
 „gen erhält; so muß man solche Anordnung  
 „billig loben und verehren“. Er glaubt daher,  
 Klein

o) Meclius. Entwurf von Stadtgesetzen, B. 2.  
 Sptfr. 3. S. 1.



Kleider: Gastgebot: Feuer: Bäcker: Ordnungen und dergleichen dürfe jede Stadtobrigkeit für sich machen. Allein wenn, wie er selbst einräumt, dergleichen Ordnungen ohne landesherrliche Bestätigung keine gesetzliche Kraft haben: worinn soll dann ihr verpflichtender Grund für die Stadtbewohner liegen? Bloß in ihrer Nützlichkeit doch nicht? denn dieß Argument würde offenbar zu viel beweisen.

§. 45.

Wenn der Gesetzgeber die allgemeine Regel einmal festgesetzt hat; so mag die Stadtobrigkeit ihre Anwendung nach den örtlichen Bedürfnissen näher bestimmen, jedoch ohne die Regel selbst zu erweitern oder einzuschränken. Sie muß z. E. darauf sehen, daß durch unrichtiges Gewicht und Maas Niemand betrogen werde, und sie kann daher die zweckmäßigsten Vorhütungsmittel, nach Zeit und Umständen, und wohl auch nach der Art, wie öfters Betrüge-  
ren verübt werden, vorschreiben: aber das Verhältniß der Maße und Gewichte festzusetzen, hängt nicht von ihr ab. Dieses erfordert eine allgemeine Norm; jenes örtliche Rücksichten — das eine gehört also für die hohe, das andere für die niedere Policey. Dort wirkt eigentlich die gesetzgebende Gewalt unmittelbar, hier die vollstreckende durch ihre Diener. In dieser Beziehung zeugt das sächsische Weichbild, ganz übereinstimmend mit den bisher aufgestellten Grundsätzen für das alteutsche Herkommen der  
Po.



Policey-Handhabung und Gerichtbarkeit, wenn es sagt: „ein Bürgermeister hat die Gewalt, „daß er richten mag über allerhand falsche Maaß „und unrechte Wage und unrechte Scheffel und „über allerhand falschen Speisefauf und über die „Becker, die klein Brod verkaufen, oder die Flei- „scher, die ungehles Fleisch, und über die Vor- „käufer oder Markthöden, daß sie rechten Kauf „geben, und mißthut ihn einer wider ihr Geseze \*), „der wettet darum Haut und Haar, oder eine „Windische Mark, solches damit zu lösen p)“. Auch noch in vielen andern Fällen kann die hohe Policey nur den allgemeinen Grundsatz festsetzen, und muß die nähere Bestimmung und Anordnung auf die Localität den Policeyobrigkeiten überlassen. Sie will z. E., daß gewisse allgemeine Bedürfnisse einer billigen Taxe unterworfen werden; unmöglich aber kann sie die der Natur der Sache und dem Zwecke nach stets wandelbare Taxe selbst für jeden Ort vorschreiben. Dieß ist lediglich Sache der Orts-Obrigkeit, die nur durch das allgemeine Policeygesetz dazu autorisirt wird. So findet man auch in andern Hinsichten öfters, daß den Stadtmagistraten zur Pflicht gemacht wird, was ihnen als eigenes Recht freylich nicht zusteht p). Im übrigen aber hängt alles

\*) d. i. Verbot der Vorkäuferey. Das Gesetz istnehmlich: „Wenn man einen Schaub auf dem „Markt sehet; so sollen die Markthöden nichts „mehr kaufen, das sie für das verkaufen wollen“.

p) Sächf. Weichbild, Art. 19.

q) S. J. E. Mecius a. a. O. §. 6 — 10.

alles davon ab, ob und in wie weit eine Stadt die Befugniß, Policcyverordnungen zu machen, durch landesherrliche Verleihung erlangt oder sonst rechtlich hergebracht hat. Ist auch gleich einer Stadtobrigkeit die Besorgung des Policcywesens im allgemeinen übertragen; so ist dieses doch nur von der Policcyverwaltung zu verstehen, und es kann darauf kein Anspruch auf die Local-Policcygesetzgebung, welche im Zweifel allemahl dem Landesherrn vorbehalten bleibt, begründet werden. r).

§. 46.

Anders verhält sich die Sache allerdings in Ansehung der genossenschaftlichen, freywilligen Policcy, die besonders in den Städten durch gütliche Uebereinkunft unter den Bürgern die Stifterin mancher nützlichen und angenehmen Einrichtung werden kann. Ist mag es sogar eine Stadtobrigkeit in Fällen, wo Zwang rechtmäßig wäre,

r) Das Gegentheil behauptet Meccius a. a. D. §. 5. welcher überhaupt in dieser Materie nicht recht einig mit sich selbst ist, vermuthlich weil ihn die mancherley Beispiele von einzelnen Stadtverfassungen irre gemacht hatten. Anfangs behauptet er, den Stadtobrigkeiten stehe in Policcyfachen überhaupt das Recht zu, nützliche Verordnungen zu machen. Nachher ist er aber der Meinung: diemeil denen Städten in verschiedenen Landen das Policcywesen in der Stadt weislich zu besorgen, gnädigst überlassen sey; so stehe denselben auch zu, allerhand Ordnungen aufzurichten.

wäre, doch rathsamer finden, auf diesem Wege einen Plan durchzusetzen, als höhere Befehle auszurufen. Wie manches Opfer wird lieber und leichter gebracht, wenn es freiwillig ist! Es ist kein Zweifel, daß auf diese Art Policeyanordnungen, auch ohne landesherrliche Bestätigung, gültig getroffen werden können. Denn, wenn die Bürger ihre eigene Einwilligung bindet, so bedarf es der verpflichtenden Kraft eines Gesetzes nicht. Will man die über dergleichen Anordnungen getroffenen Verabredungen vertragmäßige Policeystatuten nennen \*); so soll über Worte nicht gestritten werden. Daß übrigens durch die Uebereinkunft der Bürger keinem bestehenden absolut verbiethenden oder gebietenden Gesetze zu nahe getreten, so wie keinem landesherrlichen Rechte eingegriffen werden darf, und daß sich die landesherrliche Obergewalt auch darüber erstreckt, versteht sich von selbst. Daher wird es bey Unternehmungen von einiger Wichtigkeit, die in das Stadt-Policeywesen einschlagen, doch immer rathsam seyn, sich der landesherrlichen Genehmigung zu versichern.

#### §. 47.

In den Fällen, wo die landesherrliche Bestätigung zur Gültigkeit eines Policeystatuts erforderlich ist (§. 42), muß der Entwurf desselben; mit vollständiger Anführung der Beweggründe,

\*) s. Eisenhart Stadt- und Bürgerrecht §. 89.

gründe, derjenigen höhern Behörde, vor welche solche Gegenstände verfassungsmäßig gehören, vorgelegt werden. Wie aber, wenn die Bestätigung nicht erfolgt? Ohne Zweifel kann die Obrigkeit, welche darum nachgesucht hat, erwarten, daß sie ohne hinreichende Ursache nicht verweigert werde. Allein sie kann darüber den Landesherrn nicht zur Rechenschaft ziehen, dessen Gutbefinden die Ertheilung oder Versagung der erbetenen Bestätigung allezeit überlassen bleiben muß. Er allein vermag den Zusammenhang des Ganzen zu übersehen und den Einfluß, den auch eine Anordnung im Einzelnen auf das Wohl desselben haben kann, zu beurtheilen. Findet er für gut, auf eine Erörterung der Gründe, welche ihn von der Bestätigung eines Policeystatuts abhalten, sich einzulassen; so mag dieses nach Umständen ganz blüthig und zweckmäßig seyn; aber verpflichtet ist er nicht dazu, indem den Urhebern solcher Statuten zwar die Verbindlichkeit obliegt, die landesherrliche Bestätigung zu suchen, nicht aber das Recht zusteht, sie zu fordern. Wenn daher die besondere Verfassung einer Stadt in dieser Hinsicht keine bestimmte Vorschrift, wie z. B. das neueste Grundgesetz der Stadt Rostock, wo aber von einer eigentlichen Bestätigung nicht einmal die Rede ist (§. 43), darbietet; so bleibt einer Stadtoberkeit nichts übrig, als bey der landesherrlichen Weigerung sich zu beruhigen und allenfalls einen günstigern Zeitpunkt abzuwarten.

## §. 48.

Wenn aber auch ein Policeystatut die landesherrliche Bestätigung wirklich erhalten hat; so wird dadurch doch der Landesherr an dessen beständige Beybehaltung keinesweges gebunden. Es liegt hier nicht ein Vertrag zwischen Landesherrn und Untertanen zum Grunde, sondern eine Handlung der landesherrlichen gesetzgebenden Gewalt, wodurch das Statut die Kraft eines Local-Gesetzes erhält. Hält es daher der Landesherr für nöthig, bey veränderten Umständen ein solches Statut abzuändern, zu verbessern oder gar aufzuheben; so findet dagegen kein rechtlicher Widerspruch statt. Vorzüglich bey Policeyverordnungen muß dieser Fall öfters eintreten, da die Policeygesetzgebung und Anordnung ihrer Natur nach beständigen Veränderungen unterworfen seyn muß <sup>1)</sup>. Daher findet man auch Beispiele, daß bey der Bestätigung städtischer Statuten die Landesherrn sich besonders in dieser Hinsicht das Recht der Abänderung ausdrücklich vorbehalten. So heißt es z. B. in der churfürstlich-Sächsischen Confirmation der Dresdnischen Statuten: „Wir behalten auch Uns und Unsern Erben ausdrücklich bey, nach Gelegenheit der Zeit und Läufe, sonderlich in den Artikeln die Policey betreffend, solche zu ändern“. Allein auch ohne einen solchen Vor-

<sup>1)</sup> dieses Handbuchs Th. I. S. 35.

Vorbehalt ist dieses landesherrliche Recht hinreichend begründet. u)

**§. 49.**

Wenn eine Stadt das Recht, Statuten überhaupt, und Policeystatuten insonderheit, zu erlassen, besitzt; so entsteht die Frage: ob und wie fern die Ausübung dieses Rechts der Stadtgemeinde oder der Stadtoberkeit allein, oder aber letzterer mit Zugiehung der Bürgerschaft oder ihrer Repräsentanten zustehet? Diese Frage ist hier nur in besonderer Beziehung auf die Policey und unter Voraussetzung des allgemeinen Grundsatzes, daß im Zweifel die Abfassung der Statuten den Stadtoberkeiten allein nicht zukommt v), zu beantworten. Es wird nun zu bedenken nicht bezweifelt werden, daß diejenigen Local-Policeyverordnungen, welche von der den Stadtoberkeiten zukommenden Policeyverwaltung ungetrenntlich sind, so wie vorzüglich diejenigen, welche in Folge landesherrlicher Policeygesetze und Vorschriften und in der Absicht, um dieselbe aufs zweckmäßigste zu vollziehen, erlassen werden, von einer Concurrenz der Bürgerschaft nicht abhängig sind, obgleich Fälle vorkommen können; wo es eine Stadtoberkeit gut finden mag, über die zweckmäßigste und mit den örtlichen Verhältnissen am besten übereinstimmende Vollziehung

u) Vergl. Mecius a. a. O. B. 2. Hauptst. 4. §. 11.

v) Eisenhart a. a. O. §. 74.

u. Vergl. Policey. 24. 4.



einer landesherrlichen, das Stadtpolicey-Wesen betreffenden, Verordnung die Bürgerschaft zu vernehmen. Auch ist es öfters nothwendig, bey gewissen Policeyeinrichtungen und Vorschriften, diejenigen Bürger, welche dadurch vermöge ihres Gewerbes oder anderer Verhältnisse unmittelbar betroffen werden, wie dieß z. E. bey der Marktpolicey, dem Taxwesen 2c. vorzüglich der Fall ist, zuzuziehen, ohne daß daraus eine beschränkende Concurrenz abgeleitet werden kann. Da hingegen wird sich eine Stadtobrigkeit, welche die Absicht hat, ein Policeystatut zu errichten, welches in die Rechte Einzelner eingreifen, Geldopferungen erfordern oder in der hergebrachten Benutzung des städtischen Gemeineigenthums eine wesentliche Veränderung bewirken könnte, vor allen Dingen der Zustimmung der Bürgerschaft zu versichern haben, wo es dann von der besondern Verfassung abhängt, ob dieselbe von der Bürgerschaft insgesammt einzuholen ist, oder ob die Einwilligung ihrer Repräsentanten hinreicht.

## §. 50.

Die Policey-Aufsicht, Vollstreckung und Gerichtbarkeit, die in der Regel einer mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit versehenen Stadtobrigkeit zusteht (§. 8. 11. 12), ist an keine Concurrenz der Bürgerschaft gebunden, und es ist ein Irrthum, wenn man daraus, daß die Vorsteher der Zünfte, die Bürgerdeputirten, oder andere Personen, welche als Repräsentanten der Bürgerschaft oder einzelner Classen derselben

ber



betrachtet werden können, bey gewissen Policeygeschäften gebraucht zu werden pflegen, eine solche Concurrency herleiten will w). Bey der Verwaltung der Zunftpolicey bedient man sich allerdings zur unmittelbaren Ausführung der obrigkeitlichen Anordnungen und Befehle der Zunft oder Gildemeister (Amtsvorsteher, Altermänner); auch müssen sie gewöhnlich die unmittelbare Aufsicht zur Erhaltung der polizeygemäßen Ordnung bey den Zünften führen: allein sie sind hierbey nur als Unterbediente der Stadtpolicey zu betrachten, obgleich sie in anderer Hinsicht, und wenn es auf neue Policey-Einrichtungen ankommt, auch als Repräsentanten ihrer Zunft auftreten können (§. 49). Die aus der Bürgerschaft genommenen Viertelmeister, Rottmeister, Stadthauptleute &c. werden gewöhnlich bey der Feuer-, Markt-, Straßen-, und Baupolicey, auch noch in mancherley andern Policeyangelegenheiten gebraucht; aber auch sie sind alsdann nur Officianten der Policeyobrigkeit, und es darf damit nicht verwechselt werden, was von ihnen vielleicht unter andern Verhältnissen als Repräsentanten der Bürgerschaft geschehen kann (§. 49). Werden gleich die Bürgerdeputirten von der gesammten Bürgerschaft, die Zunftvorsteher von den Zunftgenossen gewählt; so hat doch dieser Umstand auf die Eigenschaft, in welcher sie die ihnen obliegenden Policeygeschäfte zu besorgen haben, keinen Einfluß, und sie hängen

M 2

in

w) Dieß thut unter andern Eisenhart a. a. O. §. 91.

## 180 VII. Ueber die mit der Patrimonial

in dieser Hinsicht lediglich von der Stadt - Policeyobrigkeit ab.

### §. 51.

Die Verwaltung der Stadtpolicey ist öfters unter mehrere Behörden vertheilt, durch welche die wichtigsten und ausgedehntesten besondern Zweige derselben besorgt werden. In großen Städten ist auch wohl die Leitung des Policeywesens überhaupt einem eigenen Rechts - Departement anvertraut. Häufiger findet man aber besondere Armen - Deputationen, Pupillencollegien (Waisengerichte), Markt - Feuerschan - Bau - Gefinde - Aemter und dergleichen mehr. Wenn nun einer Stadtobrigkeit die Policeyverwaltung im allgemeinen zusteht, so ist sie auch befugt, solche Departements - Deputationen oder Aemter nach Gutbefinden anzuordnen und zu bestellen, falls nicht die Stadtverfassung in Ansehung der Wahl durch das Magistrats - Collegium, mit oder ohne Zugiehung der Bürgerschaft, oder in Rücksicht auf die landesherrliche Einwirkung, einige Einschränkungen und nähere Bestimmungen rechtlich begründet. Bey der Abhängigkeit, in welcher die Magistrate der Landstädte in den meisten teutschen Ländern heutzutage gehalten zu werden pflegen, wird in solchen Fällen meistens die Berichterstattung an die vorgesetzte Behörde, und die Einholung ihrer Genehmigung erforderlich seyn, besonders wenn es auf Anordnung eines neuen Departements ankommt. Da hiermit gewöhnlich auch neue Lasten für die Stadtkasse verbunden

bunden werden, und es nicht rathsam ist, hierinn einem Stadtmagistrat allzu freye Hände zu lassen; so wird vorzüglich in diesem Fall die Aufmerksamkeit der landesherrlichen Oheraufsicht, sowohl in rechtlicher als politischer Hinsicht, Beyfall verdienen. Auch die Errichtung und Dotation neuer Policey - Unterbedienten - Stellen wird mit Recht von der landesherrlichen Genehmigung abhängig gemacht. Die Besetzung aller solchen Stellen aber steht in der Regel dem Stadtmagistrat zu. Dieser überläßt aber jedoch nicht selten den besonderen Departements die Ernennung der ihnen unmittelbar angewiesenen Unterbedienten; so wie auch sie über deren Dienstverrichtungen die unmittelbare Aufsicht führen. Die allgemeine Aufsicht aber über die Unterbedienten sowohl, als über die Departements Deputationen, Aemter 2c. gehört zu den Rechten und Obliegenheiten des Stadtmagistrats.

§. 52.

Indessen ist auch in Beziehung auf diese Verhältnisse die Oheraufsicht des Landesherrn auf keine Weise ausgeschlossen. Er ist befugt, von der Policeyverwaltung in den Städten genaue Erkundigung einzuziehen, und er kann verlangen, daß ihm oder der von ihm dazu bestellten obern Behörde darüber nach bestimmten Vorschriften regelmäßig Bericht abgestattet werde. In den Preussischen Staaten ist verordnet, daß jeder Stadtmagistrat vierteljährlich einen solchen Bericht, welcher Quartal - Policey - Protocol genannt

nannt wird, an die ihm vorgesetzte Cammer erstatten soll: x) Die hohe Landespolicey richtet insonderheit ihr Augenmerk darauf, daß nichts, was die Sicherheit, Ordnung, Bequemlichkeit und Annehmlichkeit in der Stadt, den Wohlstand des gemeinen Wesens, und die Wohlfahrt der Bürger befördern kann, vernachlässigt werde, und wenn sie darin einen Mangel bemerkt, so ertheilt sie der Policeyobrigkeit die angemessenen Anweisungen. Um von der Richtigkeit und Vollständigkeit der obrigkeitlichen Berichte sich zu überzeugen, um die Thätigkeit der Local-Policey mehr noch, als durch schriftliche Anweisungen geschehen kann, zu belegen, um durch Einsicht an Ort und Stelle die etwa vorhandenen Lücken

- x) Philipppl theilt in seinem vergrößerten Staats (S. 337.) das von ihm entworfene und von der Regierung angenommene Formular eines solchen Berichts mit, und Vergius hat es auch in sein Cameral- und Policeymagazin (Th. 7. S. 116. 117.) aufgenommen. Diese Einrichtung scheint allerdings Nachahmung zu verdienen; jedoch würden sich leicht einige Verbesserungen anbringen lassen. Erstlich müßte der Bericht ganz vollständig alle Gegenstände der Stadtpolicey, und zwar in besserer Ordnung als die von Philipppl beobachtete ist, umfassen. Zweitens müßte das Formular für jede Stadt besonders und so entworfen werden, daß es genau auf die Localverhältnisse paßte. Außerdem würden wohl manche Fragen vorkommen, zu denen man die Antwort für immer zum Voraus nur mitdrucken lassen könnte. Dergleichen für einen oder den andern Ort nicht passende Fragen machen

Lücken und Gebrechen besser wahrzunehmen, und die zweckmäßigsten Mittel leichter aufzufinden, um auch die Personen, welche das Policeywesen zu besorgen haben, näher kennen zu lernen, weil gerade hier so sehr viel auf das Persönliche ankommt, stellt sie von Zeit zu Zeit unmittelbare Visitationen an. Von wichtigen Ereignissen, die in dem Wirkungskreise der Stadtpolicey vorkommen, muß an die oberere Policeybehörde so gleich Bericht erstattet werden, wenn gleich bereits alles, was geschehen konnte, verfügt ist, und von der Ortsobrigkeit hat verfügt werden können. Dieß alles kann die hohe Policey thun

M 4

und

wenigstens öfters vergebliche Mühe und erschweren den Ueberblick. Drittens möchte es wohl zweckmäßiger seyn, nur über die laufenden Policeygeschäfte Quartal-Berichte in tabellarischer Form, und über wichtige, weitaussehende Policeygegenstände einen ausführlichen Policey-Bericht nur alle Jahre erstatten zu lassen. Mehr als die Hälfte der Philipptischen Fragen würde ich hieher rechnen, und dagegen in den Quartalberichten auf genauere Anzeigen aus der Sicherheitspolicey, insonderheit aber aus der Armen-, Gesundheits-, Handels- und Marktpolicey bringen. Viertens müßte in dem jährlichen Policeyberichte eine genaue Angabe des Policeypersonals und seiner im Laufe des Jahres geleisteten Dienste enthalten seyn. Fünftens wäre diesem Berichte eine vollständige Berechnung der durch die Policeyverwaltung im verfloffenen Jahre verursachten Kosten beizufügen. Sechstens müßte die Policeyobrigkeit angehalten werden, am Schlusse des jährlichen Reports alle Gegenstände

und verlangen, auch wenn eine Stadt in Ansehung ihres Policeywesens noch so vieler Vorrechte genießt, weil ohne das die landesherrliche Oberaufsicht nur dem Namen nach bestehen würde. Läßt sich freylich der Landesherr durch Verträge, oder sonst auf rechtliche Weise engere Grenzen setzen, wie davon das neueste Grundgesetz der Stadt Rostock (S. 43.) ein merkwürdiges Bepspiel darbietet; so muß es dabey sein Bescheiden haben.

## S. 53.

Unter der städtischen Policeyverwaltung ist in der Regel auch die Policey-Gerichtbarkeit mit begriffen. Diese muß sich ihrer Natur nach lediglich darauf beschränken, die Verletzung der Policeygesetze nach vorgängiger Untersuchung abzustellen und zu bestrafen y). Wollte man sie als ein Recht, in Streitigkeiten, welche Policey-

stände der Stadtpolicey sorgfältig durchzugehen und bemerklich zu machen, ob und in wiefern dabey Verbesserungen angebracht werden können. Mancher redliche und dienstfertige Staatsdiener würde gern viel Gutes veranlassen, wenn er nur immer zu rechter Zeit daran dächte. Auf diesem Wege wird er gezwungen, wenigstens jährlich einmal auf Alles seine Gedanken zu richten, und ein solcher weltlicher Gewissenswecker mag in seiner Art wohl eben so heilsam seyn, als der beste geistliche.

y) Th. 3. S. 593.



sachen betreffen, zu entscheiden, ansehen 2); so würde man leicht in Gefahr gerathen, sie mit der Civil-Gerichtbarkeit zu vermischen und zu verwechseln. Streitigkeiten können dabey freylich auch vorkommen, wenn ein Bürger durch die Verletzung eines Policeygesetzes, welche ein Anderer sich zu Schulden kommen ließ, leidet. Allein deswegen darf ein Policeygericht nicht eine förmliche Klage, und ein processualisches Verfahren darüber gestatten; sondern sie muß auf die erhaltene Anzeige die Sache summarisch untersuchen und die Beschwerde abstellen. Diese Policey-Gerichtbarkeit ist als Mittel zum Zweck, weil ohne sie eine wirksame Policeyverwaltung nicht möglich ist, mit dieser wesentlich verbunden. Eisenhart stellt aa) den Satz auf: die Policeygerichtbarkeit stehe einer Stadt in der Regel nicht zu, es sey denn, 1) daß sie sich in dem Besitze der niedern Gerichtbarkeit überhaupt befinde, und in dem Lande, wo sie gelegen, mit derselben allezeit zugleich die Policeygerichtbarkeit verbunden; oder 2) ihr die letztere besonders, entweder ausdrücklich oder stillschweigend, verliehen worden sey. Wenn es jedoch erwiesen ist, daß mit der städtischen Patrimonial-Gerichtbarkeit in der Regel auch die niedere Policey verbunden ist (§. 8); so wird man im Zweifel mit Recht annehmen können, daß dazu auch die Policey-Gericht-

M 5

a) E. Eisenhart deutsches Stadt- und Bürgerrecht §. 127.

aa) a. a. O. S. 128.



richtbarkeit gehöre. Wenn hin und wieder eine Stadt wegen ihrer besondern Verfassung die Polizeygerichtbarkeit nicht ausüben kann; so ist dieß, als Ausnahme von der Regel, nicht aber als Beweis gegen ein allgemeines Herkommen zu betrachten. Denn dieses bezieht sich natürlicher Weise nur auf Städte, die mit einem freyen Stadtreghment auch die Local - Polizeyverwaltung, in Folge der ihnen zustehenden Patrimonial-Gerichtbarkeit, verbinden. Auf solche Städte passen die Gründe nicht, mit welchen Eisenhart den von ihm aufgestellten allgemeinen Grundsatz zu rechtfertigen sucht. „Steht einer Stadt, sagt er, die Befugniß zu, vertragsweise unter sich gewisse Polizeyanstalten einzuführen; so muß ihr auch das Recht zustehen, die Mittel anzuwenden, welche die Einrichtung und Erhaltung der verabredeten Anstalt erfordert. Inzwischen in sofern diese Mittel von der Beschaffenheit sind, daß sie nur vermöge eines Hoheitsrechts ausgeübt werden können; so kann sich ihrer die Stadt selbst natürlicher Weise ohne landesherrliche Concession nicht bedienen. Der letztere Fall tritt in Ansehung der Polizeygerichtbarkeit ein, die einen Theil der landesherrlichen Vollziehungsgewalt ausmacht.“ Allein von Städten, die nur vertragsweise Polizeyanstalten einführen können, ist eigentlich und hauptsächlich hier nicht die Rede. Diese Befugniß ist nur Nebensache, und mit der niedern Polizeyverwaltung nicht zu vermischen (§. 46). Zu dieser berechtiget der Besitz der Patrimonial-Gerichtbarkeit, und jenes

Argu-

Argument kann folglich die damit versehenen Städte nicht treffen.

### §. 54.

In denjenigen Städten jedoch, welche sich der landesherrlichen Voigte oder Schultheißen (§. 11. 12.) nicht haben entledigen können, pflegt durch deren Theilnahme in der Policeyverwaltung die Gewalt des Magistrats in Policeysachen überhaupt, so wie insonderheit in der Ausübung der Policeygerichtbarkeit, mehr oder weniger beschränkt zu seyn, wie solches durch Herkommen oder Verträge meistens näher bestimmt ist. Sollte es aber dabey in einzelnen zweifelhaften Fällen auf eine Grenzbestimmung nach allgemeinen Grundsätzen ankommen; so müßte vorzüglich auf den ursprünglichen Unterschied zwischen dem Amte eines Voigts und eines Schultheißen sorgfältig Rücksicht genommen werden. Jener hatte vornahls hauptsächlich auch mit Handhabung der Stadtpolicey, dieser nur mit der Rechtspflege zu thun. Hat daher eine Stadt die Voigtey selbst an sich gebracht, oder doch von derselben sich befreit; so ist ihr rechtliches Verhältniß nach den bereits oben (§. 12) aufgestellten Grundsätzen zu beurtheilen. Hat sich aber bey ihr die landesherrliche Voigtey erhalten; so hat diese in Ansehung der Stadt-Policey-Direction die Vermuthung für sich, ohne daß deswegen der Stadtmagistrat gänzlich ausgeschlossen wäre (§. 11). Ist bloß ein Schultheiß, dessen Amt von der ältern Stadtverfassung sich her-  
schreibt,

schreibt, noch vorhanden, so hat dieser im Zweifel auf die Justizverwaltung im eigentlichen Sinne sich zu beschränken, und kann in der Regel auf die Ausübung der Policeygerichtbarkeit, oder auch nur auf eine Theilnahme an derselben keinen Anspruch machen. Dester's war aber auch von Alters her Voigtey und Schultheissenamt in einer Person vereinigt; manchemahl ist diese Vereinigung erst in spätern Jahren geschehen, und nur der letztere Titel beybehalten worden. Sobald dieses nachgewiesen werden kann, müssen natürlicher Weise dem Stadt-Schultheissen auch diejenigen Vermuthungen zu Statten kommen, welche durch die Voigtey rechtlich begründet werden.

## §. 55.

Wenn eine Stadt in dem Besitze der eigenen Policeyverwaltung sich befindet, und bloß im allgemeinen der landesherrlichen hohen Policey unterworfen ist; so ist diese Unterordnung zwar immer von sehr wichtigen Folgen, allein sie berechtigt den Landesherrn nicht, der Stadtoberkeit zur unmittelbaren Verwaltung der Stadtpolicey einen landesherrlichen Beamten, Policey-Director, Policey-Commissair &c. beyzuordnen. Wohl aber ist der Landesherr befugt, zur Ausübung der ihm zustehenden Oberaufsicht (§. 52), wenn er es für gut hält, in der Stadt selbst einen eigenen Beamten zu bestellen, nur wird dieser an der Verwaltung der Stadtpolicey selbst einen unmittelbaren Antheil nicht haben können. Vernachlässigt indessen ein Stadtmagistrat die ihm ob-

obliegende Policeyverwaltung, und ist er einer solchen Vernachlässigung ordnungsmäßig überführt; so muß es, nach Beschaffenheit der Umstände, dem Landesherrn ohne Zweifel frey stehen, solche Einrichtungen zu treffen, durch welche die pflichtmäßige Verwaltung der Stadtpolicey gesichert wird, und in dieser Hinsicht kann öfters die Beyordnung eines landesherrlichen Beamten, auf eine Zeitlang oder auch wohl für immer, nothwendig werden. In Städten, wo landesherrliche Voigteyen sind, oder wo aus andern Gründen der landesherrliche Einfluß auf die Stadtregierung weniger beschränkt ist, als hier vorausgesetzt wird, sind auch bey der Anordnung der Policeyverwaltung dem Landesherrn die Hände weniger gebunden. Daher findet man in vielen mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit versehenen Städten dennoch landesherrlich bestellte höhere Policeybeamte oder Policeycommissionen und Deputationen. Dieses ist besonders in solchen Städten der Fall, wo der Magistrat nicht die einzige machthabende, über alle Einwohner sich erstreckende Behörde ist; in Residenzen, Eizen höherer Gerichtshöfe, Garnisonsstädten, Universitäten bb), und natürlich werden die Verhältnisse immer verwickelter und zweckmäßige Einrichtung nothwendiger, je mehrere verschiedenartige Behörden sich in einer Stadt neben einander befinden. cc)

§. 56.

bb) S. J. E. Bergius Policey- und Cameral-Magazin VII. 100 f.

cc) S. J. E. Polizeyordnung für die Stadt Marburg, in Bergius Sammlung auserlesener Lant.

## §. 56.

Unter den deutschen Landstädten sind jetzt viele, welche vor kurzem erst aus dem Stande der Unmittelbarkeit in den der Mittelbarkeit haben übergehen müssen. In dem Reichs-Deputations-Hauptschlusse vom 25. Febr. 1803. §. 27. ist in Rücksicht auf sie verordnet: „Die Churfürsten, welchen Reichstädte als Entschädigung zufallen, werden diese Städte in Bezug auf ihre Municipal-Verfassung und Eigenthum auf den Fuß der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegierten Städte behandeln, so weit es die Landesorganisation und die zum allgemeinen Besten nöthigen Verfügungen gestatten.“ Die nähere Anzeige, wie es in Ansehung der Policey-gerechtsame dieser ehemaligen Reichstädte von den verschiedenen Regierungen gehalten worden ist, dürfte hier mit Recht erwartet werden. Allein nur die churbadenschen neuen Einrichtungen sind bisher zur allgemeinen öffentlichen Kenntniß des Publicums gekommen. Durch diese ist nun in den Churbaden zugetheilten Reichstädten 1) die policeyliche Gesetzgebung, oder das Recht der Gebote und Verbote, dem Magistrat belassen, jedoch so, daß er damit nicht gegen ergehende allge-

Landesgesetze, Alphab. 2. S. 372 f. Policeyordnung für die Stadt und Festung Gießen. Das. Alphab. 5. S. 223 f. Höf. Abriss der Policeyverfassung des Fürstenthums Ansbach S. 7 f. Kurze Nachrichten über die Policeyverfassung der Residenzstadt Stuttgart; in Rollet's Württembergischem Policeyrecht, Th. 2. S. 283 f.

## **Gerechtbarf. verbund. niedere Policey, 191**

allgemeine Landes-Policeyordnungen anstoßen darf, mithin nichts gebieten oder erlauben kann, was diese verbieten, und nichts untersagen oder nachsehen, was diese gebieten; so dann, daß er, wie wegen aller seiner Handlungen, so auch wegen der zweckmäßigen Verwaltung dieses Rechts, der landesherrlichen Aufsicht untergeordnet und ihr verantwortlich bleibe.

2) Soll den Magistraten auch die policepliche Gerechtbarkeit, mithin das Recht bleiben, über Veräußerung, Veränderung oder Beschränkung der Liegenschaften zu erkennen; Uebertretung der Stadt- und Feldbau-Ordnung, auch der Waldordnung, oder Beschwerden, die diesen Gegenstand betreffen, zu ermäßigen; Contracte aller Art, die einer obrigkeitlichen Beiwürkung bedürfen, zu prüfen, zu bestätigen oder zu verwerfen; letzte Willensverordnungen aller Art aufzunehmen, zu verkünden und zu vollziehen; alle nicht peinliche Vergehungen, d. i. jene, welche gegen solche Ordnungen anstoßen, wodurch die Bequemlichkeit oder Annehmlichkeit der Einfassen aller Art bezweckt wird, abzustrafen.

3) Die unmittelbare Aufsicht über die Stadtpolicey-Verwaltung soll der Obervoigt führen. dd)

**§. 57.**

dd) Siebentes Organisations-Edict, 18. März 1803. Eurfürstl. Babilische Landesorganisation (Carlsruhe 1803.) S. 164. 166. 187.



## §. 57.

sten, einiger Maßen bedeutenden  
 en churbraunschweigischen  
 n von Alters her das Recht, Stas-  
 ers in Policeysachen, zu errichten,  
 Bey einigen findet sich aus ältern  
 Spur einer landesherrlichen Bestä-  
 ce haben ihre besonderen Rechte und  
 auf ihr Gesuch von ihren Landes-

In dem Sandersheimischen Land-  
 von 1601 ist im 3. Art. in Anse-  
 lenbergischen Städte folgendes  
 damit desto füglicher nach Gelegen-  
 andart gute und hoch nothwendige  
 ariao, wie auch sonst anderer viel

„mehr Puncten halber eine richtige Policeyord-  
 „nung gemacht werden möge; sollen sowohl die  
 „kleine als große Städte, was sie  
 „dießfalls vor nützliche statuta, Ord-  
 „nung und Gebräuche haben . . . . . den  
 „nächsten nächster Hof einschicken und dabey be-  
 „richten, ob solchs alles und jedes auch in viridi-  
 „observantia bey ihnen von manniglichen gehal-  
 „ten werde, oder was für Unrichtigkeiten hier-  
 „unter und sonst vorgelauffen, darauf dann  
 „und aus des heiligen Römischen Reichs Policey-  
 „ordnung, auch sonst nach ehrbaren billigen  
 „Dingen eine gewisse Ordnung zu verfassen eo).“  
 Eben diese Vorschrift ist im Hannoverschen Land-  
 tags-

ee) Willk. Auszug II. 406.



tagsabschied v. 1639, aber, wie es scheint, ohne einigen Erfolg wiederholt ff). Wenigstens ist keine allgemeine Policeyordnung verfaßt, auch nicht bekannt geworden, daß die sämtlichen Städte ihre Policeystatuten wirklich eingeschickt haben. Wenn indessen in jetzigen Zeiten eine Stadt eigentliche Policeystatuten für sich errichten will; so muß sie darthun, daß ihr das städtische Gesetzgebungsrecht zustehe, übrigens aber in vorkommenden Fällen jederzeit die landesherrliche Bestätigung nachsuchen. gg)

**§. 58.**

Die Policeyverwaltung in den curbraunschweigischen Städten ist nach der Verfassung derselben sehr verschieden. Einige sind durch unmittelbaren landesherrlichen Einfluß beynahe gar nicht beschränkt, und haben eigene, bloß aus Magistratsgliedern bestehende Policeyämter; wie z. E. Lüneburg und Stade. Andere kleinere Städte, die nicht die vollen Niedergerichte haben hh), sind zur Besorgung der Stadtpolicey nur in soweit berechtigt, als sie durch besondere landesherrliche Verfügung dazu autorisirt

ff) Willk. Auszug II. S. 446.

gg) v. Sello zu Braunschweig: Lüneburg. Privatrecht §. 51.

hh) Vergl. v. Sello a. a. O. §. 163.

sirt sind u.). Auch ist in neueren Zeiten die Policeyverwaltung verschiedener Städte durch landesherrliche Reglements förmlich organisirt, und zum Theil die unmittelbare Concurrenz landesherrlicher Beamten oder Behörden festgesetzt worden. So hat z. E. Göttingen einen landesherrlichen Ober-Policey-Commissär, der zugleich Bürgermeister ist, und eine eigene Policey-commission; Hannover eine besondere vom Landesherrn angeordnete Policeyinspection, und Celle einen eigenen landesherrlich bestellten Policeycommissär. Von allen diesen Verhältnissen sollen hier einige Beispiele näher auseinander gesetzt werden.

## S. 59.

Dem Magistrat der Altstadt Hannover steht die Verwaltung der Stadtpolicey innerhalb seiner

- ii) S. z. E. Reglement für die Stadt Eldagsen vom 1. Aug. 1709: „Der Bürgermeister muß bey der Policey seine Gedanken dahin richten, daß das Brauwesen in guten Stand gesetzt, gut Getränke gebrauet und alle dabey sich findenden Mängel abgestellt werden mögen. Ferner muß er dahin sehen, daß die Becker das Brod wohl ausbacken und rechtes Gewicht und um den rechten Preis verkaufen, damit die Käufer mit gutem Brod versehen, und im Preise nicht übersezt werden; wie er denn auch gleichmäßige Aufsicht bey den Knochenhauern und Fleischern, und überall bey allen Handwerkern zu führen und dahin zu sehen hat, daß rechte Maassen, Ellen und Gewichte in der Stadt seyn mögen.“

feiner Jurisdiction's Grenzen vollkommen zu kk), und dieselbe erstreckt sich selbst auf die in der Altstadt sich aufhaltende Fremde, welche übrigen's der Gerichtbarkeit des Gericht'schulzen-Amtes unterworfen sind. Es ist in dieser Hinsicht ausdrücklich festgesetzt, daß alle in der Altstadt sich aufhaltenden Fremde, ohne allen Unterschied ihres Standes, und folglich auch diejenigen, welche der Gerichtbarkeit des Gericht'schulzen-Amtes vorbehalten bleiben, in allen wirklichen Policcy-sachen, welche auf die öffentliche Stadtpoliccy und deren Anstalten Beziehung haben, in eben der Maße der Jurisdiction des Magistrats, und zwar sowohl quoad ius cognoscendi, als quoad potestatem puniendi, arrostandi et exequendi, so wie es die vorkommenden Fälle erfordern, fernerhin unterworfen seyn sollen, als es ohnehin alle und jede in der Altstadt wohnende canzley-säßige Personen seyen ll). In der Neustadt Hannover, deren Magistrat gar keine Gerichtbarkeit zusteht, hat derselbe nur an der Zunftpoliccy unmittelbaren Antheil, die Direction des gesammten Policcywesens steht aber dem Gericht'schulzen-Amte zu.

### §. 60.

Die Policcyinspection der Altstadt und  
Neustadt Hannover (§. 58.) ist einem  
N 2 landes-

kk) Von der Behandlung der dahin gehörigen Geschäfte, s. Oesterley Proceß für die Hurbraunschweig. Ränb. Lande ic. S. 67 f.

ll) General-Vergleichs-Recess zwischen d. R. Cammer und der Altstadt Hannover v. 13. Febr. 1782. §. 6.

## 196 VII. Ueber die mit der Patrimonial-

Landesherrlich bestellten Policeycommissär aufgetragen, dessen Amt, der ihm erteilten Instruction nach, im allgemeinen darin besteht, „daß alle in Policeysachen ergangene Verordnungen zum gehörigen Effect kommen, und die dagegen verspürende Contraventionen, ohne Nachsehen, ordnungsmäßig bestraft werden, weswegen der Policeycommissär sich alles äußersten Fleißes zu bemühen hat, daß die Policeyverbrechen entdeckt, der Obrigkeit angezeigt und nach vorgängiger kurzen Untersuchung zur verdienstlichen Strafe gezogen werden.“ Der Policeycommissär ist also im eigentlichen Sinne bloß Policeyaufseher, und alles, was in die Executio-Gewalt einschlägt, gehört vor die ordentlichen Obrigkeiten beider Städte. Zu bestimmten Zeiten muß er übrigens an das Ministerium berichten, was in Policeysachen bey den Obrigkeiten vorgekommen, und wie die Verbrechen gestraft, und die Mängel abgestellt worden, auch was er zur Verbesserung des Policeywesens in einem oder anderem Stück an die Hand zu geben wisse.

### §. 61.

In der Stadt **S a m e r l a** ist die Policeyverwaltung durch das landesherrliche Reglement vom 23. Jan. 1773 mm) musterhaft angeordnet und **einf.**

mm) Ein ähnliches Reglement hat die Stadt **M a n n b e n** im März 1776 erhalten.

eingerrichtet. Das Policeywesen überhaupt ist einem eigenen Departement zur Besorgung angewiesen, verschiedene andere Departements haben sich aber insbesondere noch mit sehr wichtigen Gegenständen der Policey zu beschäftigen, als: das Departement der Commercien- und Schiffahrts-Sachen, der Bau-Sachen, der Kirchen- Schul- Vormundschafts- und Armen-Sachen. Das Directorium ist zwischen dem Stadtschulzen und dem Bürgermeister, die unmittelbare Besorgung dieser Departements aber unter die Rathsglieder getheilt. In Bau- und auswärtigen Commercien- und Schiffahrts-Sachen führt der Stadtschulze, in den übrigen der Bürgermeister das Directorium. Auf die Erhaltung einer guten Policey und Verbesserung derselben soll vom ganzen Magistrat, insbesondere aber von dem Bürgermeister und Rathschulzen, als Policeyherren, gesehen und zu dem Ende wöchentlich ein gewisser Policeytag gehalten werden, an welchem sich Stadtschulze, Bürgermeister und Rath zu Rathshause versammeln, über die zum Besten des Policeywesens zu treffenden Verfügungen, die Berichte des Rathschulzen und die Vorschläge der Rathsglieder deliberiren, die zur Anzeige gebrachten Policeyvergehungen untersuchen, und nach Befinden schleunig bestrafen und abstellen sollen. In Rücksicht auf inneres Gewerbe und Nahrung der Bürgerschaft soll die Stadtobrigkeit dahin sehen, daß die Güter der Bürgerschaft auf das vortheilhafteste genutzt, Handwerker unterstützt, Gewerbe-befördert, und die innerlichen Commercien auf alle Weise in Aufnahme

me gebracht werden. In Ansehung der auswärtigen Handlung und Schifffahrt soll der Stadtschulze sich angelegen seyn lassen, daß dieselbe durch Verbesserung des Manufactur- und Fabrikenwesens nicht nur immer mehr und mehr in Gang gebracht und befördert, sondern auch die Schifffahrt der Stadt sammt dem Schiffbau auf alle mögliche Weise in Aufnahme gebracht, die derselben entgegenstehenden Hinder-

Bege geräumt, und  
hende fordersamst in

. Das Bauamt  
d schleunige Vorkeh-  
, Brücken, dem Wes-  
en Mühlen und allen  
b Heerstraßen, dafür  
Stand und Wesen er-  
und Schulen sollen  
d Schulmännerh ver-  
und Schulordnungen  
rden. Das Wor-  
a die Pflichten der  
ifficht getreu erfüllen,  
e jährliche Rechnungs-  
rüber alljährlich eine  
terium einzuschicken ist.  
um endlich soll von  
r Deputirten aus dem  
diger und dem die. Ge-  
führenden Diaconus  
m, die Noth der Ar-  
ng gezogen, für ihren  
b Möglichkeit gesorgt,  
die



die Assignationen untersucht, und die General-  
Armen-Rechnungen gehörig revidirt, monirt  
und abgenommen werden.

**§. 62.**

fung der Stadt Göttingen  
zur Erläuterung der  
sten Bemerkung die-  
örtliche Verhältnisse

wesentliche Veränderungen in der städtischen Po-  
liceyverwaltung veranlaßt werden können. Der  
Stadtmagistrat zu Göttingen übte vor Errichtung  
der Universität die Stadtpolicey durch ein eige-  
nes Policeyamt aus. In einer Universitätsstadt  
muß aber die Policey, schon wegen des privilegir-  
ten Gerichtsstandes der Academiker und noch aus  
manchen andern Rücksichten, in öftere Verwickel-  
ungen gerathen, aus welchen die städtische Be-  
hörde sich allein nicht heraushelfen kann, und  
wenn sie in solchen Fällen erst mit der academi-  
schen Behörde in Communication treten soll, so  
ist ihre Wirksamkeit, allein durch den Zeitverlust,  
schon halb gelähmt. Dieß fühlte man in Göt-  
tingen bald, kam aber doch spät dazu, eine  
aus Mitgliedern des academischen Senats und  
des Stadtmagistrats zusammengesetzte Policey-  
commission anzuordnen. Dieß geschah im  
Jahr 1764, und 1795 ist sie neu organisirt  
worden nn). Gegenwärtig besteht sie aus 2 Pro-  
fessoren,

**N 4.**

nn) Brandes über den gegenwärtigen Zustand der  
Universität Göttingen, S. 364. Meiners über  
die



fessoren, dem Stadtphysicus und 6 Magistrats-  
gliedern. Die Wahl der Personen hängt ledig-  
lich von R. Ministerium ab. Diese Commission  
erstreckt sich auf alle Zweige der Stadtpolice,

im allgemeinen durch fol-  
kimmmt: Das Policeamt  
ihr verbunden seyn, da-  
der Commission beschloffen  
r möge zur Execution ge-  
ex corpore academico er-  
r Policepcommission sollen  
en mehreren Stimmen der  
Stadtmagistrat das Gleich-  
mit der Erklärung, daß,  
iker Mitglied der Commis-  
gen sich einstimmig gegen  
en, derselbe zwar nachge-  
ichende Meynung und der

ren Gründe zum Protocoll geben soll, damit bei  
Einsendung desselben von der höchsten Behörde  
nach Gutbefinden andere Verfügungen getroffen  
werden können. Ohne Vorwissen und Einwilli-  
gung der academischen Mitglieder der Commis-  
sion sollen zwar keine Neuerungen in Policeysa-  
chen vorgenommen werden; die Execution der  
Policeyanstalten soll aber dem dirigirenden  
Bürgermeister, Namens des Magistrats, ver-  
bleiben. Die Erkennung der Policeystrafen ge-  
gen Contravenienten, soll den aus dem Magi-  
strate

strate ernannten und eigent-  
liche gehörigen Mit-  
dieselben vom gesammten  
erhaltung dessen hergebrach-  
rechte übertragenen  
Auf diese Art ist also mit  
der städtischen Rechte die  
mit einer landesherrlichen  
und an die Stelle des  
landesherrliche Policeybe-  
fugnis

### Sechster Abschnitt

#### Von der niedern Policey über adeliche Güter.

##### §. 63.

Die mit der Patrimonial-Gerechtbarkeit der  
Besitzer adelicher Güter in der Regel verbundene  
niedere Policey (§. 13. 14.) hat zwar in Rück-  
sicht auf die davon abhängenden Gerechtsame  
mit der Policeygewalt der Städte die größte  
Ähnlichkeit, indem beide als Befugnisse unter-  
geordneter Obrigkeiten betrachtet und in so fern  
nach gleichen Grundsätzen beurtheilt werden müs-  
sen. Dahingegen treten in Ansehung der Er-  
werbungsart dieser Gerechtsame, der Inhaber  
und Verwalter derselben, so wie der Personen

1. sehr  
neisten  
auf die  
die mit  
ränder  
gemein  
sind  
Das  
er ihre  
s und  
n und

Landesherrlichen Declarationen ab, in deren Ermangelung erst Verjährung und Observanz zu Hülfe gerufen werden. -- In den Städten gehört das Recht der niedern Policey zu dem Eigenthum der Stadtgemeinde, die Ausübung aber steht dem Magistrat zu. Auf den adelichen Gütern ist der Gerichtsherr Inhaber der niedern Policey, deren Verwaltung von ihm angeordnet wird. Die Bewohner der Städte und die Bedürfnisse, welche die Sorgfalt der Stadtpolicey erfordern, sind zahlreicher, mannigfaltiger und verschiedenartiger, als dieß bey der Policey auf adelichen Gütern der Fall seyn kann. Diese kann daher auch der städtischen Policeyverfassung nicht gleichgestellt und nach derselben in besonderen Fällen nicht einmahl analogisch beurtheilt werden. Was aus der bey beiden eintretenden Verbindung der

Patrimonial-Gerichtbar-  
n abgeleitet werden kann,  
so wie auch der eignen  
der Patrimonial-Städte  
(S. 16)

## §. 64.

Gemeiniglich haben Landsassen in ihren Gerichten bey der Policeyverwaltung freiere Hände, als die Stadtmagistrate, weil diese im allgemeinen einer strengern Aufsicht unterworfen zu seyn pflegen, als die Gutsbesitzer, und weil die städtische Policey mehr, als die ländliche, der Ob- sorge der hohen Landespolicey zu bedürfen scheint. Stadtmagistrate sind nur Vorsteher der Gemeinde und Verwalter ihrer Güter und Gerechtsamen. Sie können daher dem Guts- und Gerichtsherrn sich nicht gleichstellen, der natürlicher Weise in seinem Eigenthum sich weit freyer bewegt und schon deswegen in mancher Hinsicht weit geringerer Verantwortlichkeit ausgesetzt ist, als sie. Kommt es auf Aufopferungen an, um einen heilsamen Zweck der Policey zu befördern; so braucht er zunächst nur mit seiner Casse Rücksprache zu nehmen: sie dürfen über die Stadteinkünfte nicht nach Gutdünken verfügen. Sind neue Einrichtungen zu treffen; so haben sie häufig mit Widersprüchen der Bürgerschaft, der Zünfte, der ihrer Gerichtbarkeit nicht unterworfenen Stadtbewohner zu kämpfen: er hat gewöhnlich nur mit einer Classe von Unterthanen zu thun, und der geduldigere Bauer macht ihm wenig Mühe. Die städtische Policey ist geräuschvoller, in die Augen fallender, als die ländliche, und erregt daher die Aufmerksamkeit der überaufsehenden Gewalt häufiger, als diese. Die Stadtmagistrate sind gewöhnlich einer beständigen Controle der hohen Policey unterworfen,

fen; den Edelman auf seinem Gute aber fordert man über seine Policeyverwaltung meistens nur dann zur Rechenschaft, wenn Beschwerden entstehen, oder schädliche Folgen gesetzwidriger Vernachlässigungen sich ganz offenbar zeigen. Außerdem hegt man zu ihm das gnädige Vertrauen, daß er die Policeygesetze in seinem Gerichtsbezirke getreulich handhaben werde, und läßt ihn nach Belieben gewähren. Was Wunder, wenn dieß Vertrauen ihn veranlaßt, der hohen Landespolicey in manchen Puncten ihr Amt zu erleichtern und für sich zu thun, was eigentlich nur ihr gebührte? Von der größern oder geringern Thätigkeit und Aufmerksamkeit der hohen Policey wird daher der rechtliche Zustand der niedern Policeyverwaltung in den adelichen Gerichtsbezirken mancher teutschen Länder, außer den ursprünglichen Bestimmungsgründen derselben, hauptsächlich abhängen. Man wird sich jedoch dabey wohl zu hüten haben, aus einer vielleicht langhergebrachten Vernachlässigung der landesherrlichen Oheraufsicht ein Ausschließungsrecht gegen dieselbe abzuleiten.

### §. 65.

Im allgemeinen ist schon oben bemerkt worden, daß die Handhabung der niedern Policey nach den bestehenden Gesetzen den mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit versehenen Besitzern adelicher Güter in ihren Gerichtsbezirken zusteht. Da nun gemeiniglich in diesen keine Städte sich befinden; so beschränkt sich

sich auch die Policeygewalt adelicher Gutsbesitzer zunächst bloß auf die Gegenstände der Dorf- und Feld- oder Landbaupolicey. *Benedendorff* hat diese Gegenstände umständlich aufgezählt 60); und bey *Westphal pp)* findet man einen kurzen Auszug dieser Beschreibung. Man hat diese Gegenstände bereits oben bey Gelegenheit der Gemeinheitspolicey (§. 20. 21. 22.) berührt, und in dem Abschnitte dieses Handbuchs qq), in welchem das Recht der Landwirthschafts-Policey abgehandelt wird, sind sie noch vollständiger erörtert. Eine interessante Uebersicht der darauf sich beziehenden Pflichten der Gerichts-Obrigkeiten gewährt der Entwurf einer Dienstinstruction für einen adelichen Gerichtshalter, der in *Runde's* Beyträgen zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände rr) mitgetheilt ist, wodey aber ein adeliches Gericht mit sehr ausgedehnten Rechten vorausgesetzt wird, und selbst unter dieser Voraussetzung dürfte doch manches, was die Gutsheerrschaft in dieser Instruction sich zueignet, bey näherer Prüfung, als Eingriff in die landesherrlichen Rechte zu betrachten seyn; wie sich aus einigen in der Folge anzuführenden Beyspielen ergeben wird.

§. 66.

60) *Oecōnōmia forensis* I. 65 f.

pp) im teutschen und reichsständischen Privatrecht I. 83. 84.

qq) Th. 3. S. 252 f.

rr) Band 2. S. 36 f.



## §. 66.

Vermöge der den Gerichtsherrn in der Regel zustehenden Handhabung der Policey in ihrem Gerichtsbezirke gebührt ihnen die Vollziehung der Policeyverordnungen und Vorschriften, sowohl in gewöhnlichen, als in außerordentlichen Fällen, und obgleich es der hohen Landespolicey nicht verwehrt werden mag, unter besonders dringenden Umständen aus wichtigen Gründen eigene Commissarien zur Vollstreckung ihrer Verfügungen zu ernennen; so haben doch auch in dieser Hinsicht die adelichen Gerichte die Regel für sich. So wie daher diese ihre Sorgfalt nicht bloß auf die eigentliche Dorf- und Feldpolicey beschränken dürfen, sondern dieselbe auch auf die allgemeinen Landes-, Policeyverordnungen und Anstalten, welche die Sicherheit oder Wohlfahrt im allgemeinen bezwecken, zu richten verbunden sind; so muß sich auch die hohe Landespolicey ihrer, als der ordentlichen Obrigkeit, zur Vollziehung aller Policeyverordnungen in dem Gerichtsbezirke bedienen, wenn nicht besondere Gründe, z. E. Gefahr, die auf dem Verzuge haftet, Geheimhaltung zc. eine Ausnahme rechtfertiget.

## §. 67.

Es ist ferner kein Zweifel, daß ein Gerichtsherr in der Regel schuldig und befugt ist, seine Policeyaufsicht dahin zu richten, daß die Gefahren der Sicherheit und Wohlfahrt verhütet



hütet und abgewendet, die bi  
ten genau befolgt, und  
Mißbräuche abgestellt werden  
die Untersuchung und Bestra  
fungen zu, selbst wenn er  
nichtbarkeit hat, indem mit d  
ney eigentlich verbunden ist 22). Die Policey  
stras

22) Nachahmungswertb ist das in dieser Hinsicht in  
dem oben (§. 65.) angeführten Entwurfe einer In  
struction vorgeschriebene Verfahren: „der Be  
amte, heißt es daselbst, hat den wesentlichen  
Unterschied zwischen strafbaren Uebertretungen  
der Policeyverordnungen und solchen Verbrechen,  
welche zu einer förmlichen Untersuchung und pein  
lichen Bestrafung geeignet sind, auf alle Fälle  
sorgfältig zu beobachten, und zu billiger Scho  
nung der Gerichtsunterthanen jene geringeren  
Vergehungen, als Feld: Wiesen: und Gartens  
Beschädigungen, Huthlosigkeit des Viehes, unbe  
deutende Zänkereyen und Injurien, geringe Nach  
lässigkeiten in Verwahrung des Feuers und  
Lichts, woraus noch kein wirklicher Schade oder  
drohende Gefahr desselben entstanden ist, auch  
gemilne Fornications: Fälle und dergleichen in  
keine weitläufige Untersuchung zu ziehen.“ Die  
Policeystrafen sind in allen Fällen nicht nur  
auf erfolgte Anzeige nach kurzer Untersuchung zu  
erkennen, sondern auch ohne Anstand zu vollzie  
hen, und darf sich der Beamte hierbei keine der  
guten Ordnung schädliche und das Ansehen der  
Policeyverordnungen schwächende Nachsicht zu  
Schulden kommen lassen. Bey der Wahl der  
Strafen darf derselbe nicht nach eigener Willkühr  
handeln, sondern er muß sich zunächst genau nach  
den in den vorhandenen Policeyordnungen schon  
enthaltenen Bestimmungen richten, und wo es

strafen, wenn sie in Geld bestehen, fallen dem Gerichtsherrn zu. Dieser ist aber nicht berechtigt, die in dem Gesetze ausdrücklich bestimmte Strafe zu mildern oder nachzulassen. In dem angeführten Entwurfe einer Instruction für einen adelichen Gerichtshalter ist in dieser Hinsicht festgesetzt: „Milderung und Nachlaß der erkannten Brüchten behält sich die Gerichtsherrschaft bevor, an welche der Beamte diejenigen, welche darum bitten, zu verweisen hat“; und in Ansehung der Jahr- und Rügegerichte ist vorgeschrieben, „daß die darauf erkannten Strafen (die größtentheils Policcy-Strafen sind) nicht eher zur Execution gebracht werden sollen, als nachdem die aufgenommenen Rüge-Protocolle den Gerichtsherrn vorgelegt und von denselben die darinn enthaltenen Verfügungen entweder genehmigt oder die auferlegten Strafen auf Bitte der supplicirenden Gerichtsunterthanen gemildert seyen“. Hierzu scheint jedoch kein Gerichtsherr berechtigt zu seyn, indem er dadurch ein Begnadigungsrecht ausüben würde, welches dem Landesherren allein zusteht. Wenigstens müßte dessen rechtliche Erwerbung sehr streng bewiesen werden.

darán fehlt, darüber Vorschläge an die Gerichtsherrschaft bringen. Geldstrafen sind von ihm nur in den Fällen zu dictiren, wo solche schon in den Verordnungen ausdrücklich festgesetzt sind. Die erkannten Policcystrafen müssen den Eingekerkerten jeden Orts, und zwar, zu mehrerer Ueberzeugung und Belehrung, mit Anführung der Strafgründe öffentlich bekannt gemacht werden.

werden, und dazu dürften wohl einzelne, den landesherrlichen Behörden unbekannt gebliebene Anmaßungen nicht hinreichen. Auch ist es in der That bedenklich, einem Landsassen ein solches Recht einzuräumen, dessen willkührliche Ausübung dem gemeinen Wesen so leicht höchst nachtheilig werden kann. Freylich könnte man sagen: Wenn einem Landsassen das Recht zusteht, Geldstrafen zu beziehen, wer will ihn hindern, sie wieder zu verschenken? Allein jenes Recht ist nur eine Folge der Pflicht, die Strafen zu erkennen und wirklich zu vollziehen. Und diese Pflicht geht offenbar vor. Dagegen würde man aber vielleicht noch einwenden: Wenn nur der Landesherr dergleichen Strafen erlassen soll; so würde ja er verschenken, was dem Landsassen gebührt. Allein von willkührlicher Freygebigkeit ist hier nicht die Rede, und auch dem Landesherrn kommt es in solchen Fällen nur zu, aus erheblichen Gründen Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

**- §. 68.**

Auch das Recht, gesetzlich vorgeschriebene, der obrigkeitlichen Wahl nicht überlassene Policeystrafen zu verwandeln, steht, nach den bereits oben ausgeführten Grundsätzen, den Gerichtsherrn nur da zu, wo es rechtlich hergebracht ist, und Fischer <sup>11)</sup> behauptet ohne Beweis,

<sup>11)</sup> Cameral- und Policeyrecht I. 555. §. 846.

<sup>12)</sup> Bergs Policey. Th. 4.

weiß, daß sie, ausgenommen im Preussischen, das Gefängniß in Geldstrafe verwandeln können. Dahingegen wird man aber auch den adelichen Gerichten die Befugniß nicht absprechen können, eine Geldstrafe nach Umständen in eine Gefängnißstrafe zu verwandeln, nach der allgemeinen Regel: wer kein Geld hat, büßt mit dem Leibe. In dieser Hinsicht enthält die mehrgedachte Instruction die sehr zweckmäßige Anweisung, daß der Beamte, wenn unvermögende und solche Personen, von welchen eine Geldstrafe schwer oder wohl gar nicht ohne ihren Ruin beyzutreiben seyn dürfte, damit wegen Polizeyvergehungen zu belegen seyen, solche Geldstrafe sofort in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe oder andere körperliche Züchtigung verwandeln soll.

## §. 69.

Das Recht, Polizeystatuten zu machen, kann den Gerichtsherrschaften nur unter den oben (§. 29.) bemerkten Einschränkungen beygelegt werden. Es ist daher weder richtig noch bestimmt genug, wenn *Fischer g)* sagt: „Vermöge ihrer Gutsheerrschaft können die Landedelleute und Gutsheerrschaften Statuten und Gerichtsordnungen oder wenigstens Gerichtsinstructionen ertheilen, müssen sie aber von dem Landesheerrn, der ihnen auch für sich welche vorschreiben kann, bestätigen lassen“. Etwas genauer hat

g) Das. §. 847.

hat sich hierüber Westphal geäußert, indem er die Grenzen, in welchen sich die Gerichtsherrschaft in Ansehung der Policeygesetzgebung seiner Meynung nach zu halten hat, näher bestimmt. „Dorfordnungen, sagt er, errichtet oder bestätigt die Gerichtsherrschaft, sofern sie nur das Innere des Dorfs und der Gemeinde betreffen und die eigentliche Dorfwirtschaft angehen. Soll sich ihre Wirkung auch außerhalb des Dorfs erstrecken und über das eigentliche Dorfswesen hinausgehen, muß sie der Landesherr bestätigen“. Allein, wenn nicht die besondere Befestigung einer Gerichtsherrschaft mehrere Rechte beylegt; so kann sie nur in eiligen Fällen provisorische Verfügungen treffen, und ordentlicher Weise nur solche Verordnungen machen, welche die Ausführung der Landespolicey, Gesetze und landesherrlichen Wortschriften zum Zwecke haben (§. 29). Wenn daher in der öfters angeführten Instruction den Gerichtsherrn das Recht bezeugt wird, über Gegenstände, worüber die Landesordnungen noch gar nichts; oder doch keine zulängliche, auch wegen localer Hindernisse bisweilen nicht ausführbare Bestimmungen enthalten, Anordnungen zu machen; so scheint dieß allerdings zu weit zu gehen. Ist die Landes-Policeygesetzgebung in Rücksicht auf gewisse Gegenstände mangelhaft; so hat der Gerichtsherr, welcher diesen Mangel bemerkt, keine Befugniß ihn zu ergänzen, sondern er kann durch Berichtserstattung den Gesetzgeber darauf aufmerksam machen und dessen Verordnung sich erbitten. Am allermächtigsten aber ist er berechtigt, ein bestehendes Policeygesetz

D 2

wegen

wegen localer Hindernisse für unausführbar zu erklären und abzuändern oder gar aufzuheben. Auch in diesem Falle bleibt ihm nichts übrig, als seine Gründe dem Landesherrn vorzutragen, die den örtlichen Verhältnissen angemessenen Abänderungen des Gesetzes in Vorschlag zu bringen und dieselben dem landesherrlichen Ermessen lediglich anheim zu geben.

### §. 70.

Die Verwaltung der Policey in den adelichen Gerichten wird von den Gerichtsherrschaften gewöhnlich ihren Gerichtshaltern übertragen, und es entsteht hiebey die Frage: ob und in wie fern jene zu einer Ober-Aufsicht oder auch wohl zu einer gewissen Theilnahme an der Policeyverwaltung berechtigt seyn mögen? Die den Landsassen zustehende niedere Policeygewalt ist mit ihrer Patrimonial-Gerichtbarkeit wesentlich verbunden, und, indem sie die Verwaltung dieser einem Gerichtshalter auftragen, erhält derselbe zugleich das Recht, in seinem Gerichtsbezirke die niedere Policey zu besorgen, wenn nicht ausdrücklich bey seiner Anstellung eine andere Bestimmung getroffen ist. Durch diese kann nun entweder ein besonderer Beamter zur Policeyverwaltung bestellt werden, — und dieß steht einem Landsassen allerdings frey, wenn nur der Mann, den er wählt, gehörig qualificirt ist und ordnungsmäßig in Eid und Pflicht genommen wird, in welchem Falle er in dasselbe Verhältniß gegen den Gerichtsherrn tritt, wie der Gerichtshalter —; oder der

Ger



Gerichtsherr kann sich die Policeypflege auch wohl selbst vorbehalten, wenn er dazu die nöthigen Eigenschaften hat und den Erfordernissen Genüge thut, welche die meisten Landesgesetze in Rücksicht auf die Bestellung der adelichen Gerichtshalter vorschreiben. In diesem Falle steht er selbst in dem Verhältnisse gegen die nächste Landes-Ober-Policey-Behörde, in welchem außerdem sein Gerichtshalter oder Policeyverwalter stehen würde. Jeder nemlich, der in einem adelichen Gerichtsbezirke die Policey zu besorgen hat, ist in dieser Hinsicht so wenig, als in Ansehung der Rechtspflege un), dem Gerichtsherrn, sondern sowie dieser selbst und als dessen Bevollmächtigter und Stellvertreter allein der ihm unmittelbar vorgesetzten Landes-Policeybehörde untergeordnet. Denn da die niedere Policey den Landsassen nur in Folge ihrer Patrimonial-Gerichtbarkeit zusteht; so steht die Verwaltung beider in gleichem Verhältnisse gegen die Landesregierung und allein diese hat das Recht der Oberaufsicht auch hier auszuüben. Wenn indessen der Gerichtsherr auf die Amtsführung des von ihm be-  
 stellten Beamten auch seiner Seite ein aufmerksames Auge haben, ihn in vorkommenden Fällen aufmuntern, erinnern und zur Abstellung der bemerkten Mängel und Gebrechen auffordern will; so steht ihm das nicht nur frey, sondern es ist auch allerdings löblich und gut. Nur kann er die Autorität eines Vorgesetzten nicht über ihn behaupten.



behaupten, kein Zwangsrecht gegen ihn ausüben, sondern bloß, wenn es Noth thut, seine Beschwerden bey der landesherrlichen Behörde gegen ihn anbringen. Wenn er übrigens verlangt, daß ihm von wichtigen Fällen, die in der Polizeyverwaltung sich ereignen, oder wenn es darauf ankommt, bey dem Landesherrn neue Polizey, Verordnungen oder Einrichtungen in Vorschlag zu bringen, Kenntniß gegeben werde; so kann ihm dieses billig nicht verweigert werden. Nur darf er seinem Beamten darin nichts vorschreiben, sondern dieser, als eigentlicher Diener des Staats, muß von ihm ungehindert nach seinem besten Wissen und Gewissen handeln können. Ist er mit ihm anderer Meynung, oder glaubt er sein gutsherrliches Interesse auf irgend eine Art gefährdet; so bleibt ihm auch hier nichts weiter übrig, als entweder mit dem Gerichtshalter im Wege der Güte, d. h. durch überzeugende Gründe (denn gefällige Rücksicht ist hier immer unerlaubt, so oft sie auch vorkommen mag), sich zu verständigen oder an die ihm vorgesetzte Behörde sich zu wenden. Denn nie darf der Gerichtsherr den Regenten machen und ein adeliches Gericht nicht Staat im Staate seyn.

## S. 71.

Was bisher gesagt ist, gilt nur im allgemeinen von der gewöhnlichen Verfassung der Polizeyverwaltung in adelichen Gerichten. Höchst mannigfaltig sind aber die Modificationen, welche dieselbe theils durch die Landesverfassungen in

in Beziehung auf das Verhältniß zu der hohen Policey, theils durch die eigenthümliche Verfassung einzelner Gerichte und durch die vielfachen nöthigen Bestimmungen, Erweiterungen und Einschränkungen ihrer Gerechtsame erhalten. Es ist bereits bemerkt worden, wie verwickelt und verwirrt es auch in Hinsicht auf Policeyverwaltung in den Gegenden Deutschlands aussieht, wo Vielherrschaft in kleinen Bezirken haust (S. 22). Aber selbst in einem und demselben Lande, selbst in den größern Territorien, bietet vorzüglich die Verschiedenheit der Rittergüter und ihrer Berechtigungen eine Mannigfaltigkeit auch in der Policeypflege dar, die der Staatsmann mit Unwissen sieht, und selbst den Richter nur schüßt, weil er muß. Denn hauptsächlich der peinliche Richter hat nur zu oft Gelegenheit zu erfahren, wie sehr eben sie zu der Vermehrung seiner traurigen Berufsgeschäfte beiträgt, wenigstens der Verminderung derselben entgegen steht. Von dem bunten Gemälde, das sich hier entwerfen ließe, werden hier nur einzelne Partieen zum Vorschein kommen. Das Ganze zusammenzufassen, ist bey der Unvollständigkeit der Hülfsmittel unmöglich, und so muß man sich mit Bruchstücken und Beyspielen begnügen.

## S. 72.

In den meisten teutschen Ländern, welche einen landsässigen Adel haben, ist den adelichen Gerichten die Verwaltung der niedern Policey,

nicht aber das Recht, Statuten in Policeysachen zu machen, überlassen. So ist die Verfassung in (Thur-Sachsen vv), Brandenburg ww), Braunschweig xx), Hessen. Durch die Braunschweigischen Gesetze ist den adelichen Gerichten das Recht, Policeyanordnungen zu machen, ausdrücklich nur in eiligen Fällen beygelegt yy). In Baiern wird den Hofmarksherren die Policeyaufsicht nur in sehr beschränktem Maße, und hauptsächlich bloß in Rücksicht auf die Güte und Wohlfeilheit der Lebensmittel, eingeräumt zz). In dem Fürstenthum Ansbach, wo noch viele adeliche Güter vielherrisch sind, ist sehr zweckmäßig die Policeyexecution für einen wesentlichen Theil der Dorfs- und Gemeindeherrschaft erklärt worden. Diese haben alle Gerichte der Landsassen in ihren geschlossenen Bezirken oder Orten, oder wo sie sie sonst rechtsbeständig hergebracht haben. Ueber einzelne zerstreute Hinterlassen findet sie aber nicht Statt. Befinden sich in einem Orte Untertanen oder Hinterlassen verschiedener Herren; so hat derjenige, welcher die Dorfs- und Gemeindeherrschaft hat, - auch die Policeyverwaltung, und diese

vv) Schmelzer Policeyvers. v. Thurnsachsen I, 669.  
ww) Preuss. Landrecht.

xx) Dieses Handb. I, 126.

yy) v. Selchow Braunschweig - Lüneb. Privatrecht S. 146.

zz) v. Kreittmayr Balr. Staatsrecht, Th. 3. S. 188.

diese erstreckt sich alsdann über alle Dorfseinswohner, sie mögen seine oder eines Anderen Hinterlassen oder des Landesherrn unmittelbare Unterthanen seyn. In zweifelhaften Fällen hat in vermischten Orten der Gerichtsherr die Gemeindegewalt, welcher daselbst die meisten Unterthanen oder Hinterlassen besitzt. Ist die Dorfgewalt und Gemeindegewalt zwischen mehreren Inhabern, Gutsbesitzern oder Gerichtsherren getheilt; so kann, zu Bewirkung der nöthigen Ordnung und zur Vorbeugung allenfallsiger Irrungen, die Alternation eingeführt werden. Zugleich ist diese Handhabung der niedern Policey mit der den Kreisdirectorien übertragenen ausgedehnteren Policeyverwaltung in die genaueste Verbindung gesetzt a). Im Coburgischen ist die niedere Policey nicht mit der Dorfgerichtbarkeit, sondern allezeit mit der Dorfgewalt verbunden. Alles, was die ganze Gemeinde betrifft, gehört vor diese, wie z. B. die Abfassung der Dorfsordnung, der Kirchweihschuß, die Bestellung der Schultheißen, Dorfmeister, Gemeindeglieder u. s. w. Jene aber ist auf eigentliche Gerichtssachen beschränkt. b)

**§. 73.**

In den eurbraunschweigischen Ländern findet sich nach der Verfassung der verschiedenen

a) H d d Abriss der Policeyverfassung des Fürstenthums Ansbach. S. 197 f.

b) H d d v. von Erbgerichten und Lehnsholgt. in Coburg. S. 221.

denen Provinzen bey den Policeygerichtsamen der adelichen Gerichte vorzüglich in sofern eine bedeutende Verschiedenheit, als der Umfang derselben in einigen mehr, in andern weniger genau durch die Landesgesetze bestimmt ist. Als allgemeine Regel wird aber auch hier der gemeinrechtliche Grundsatz angenommen, daß zur Ausübung der niederen Policeygewalt nur die Competenz der völligen niederen Gerichtbarkeit berechti-ge c). In dem Fürstenthum Calenberg \*) ist die Vollstreckung der Policeygesetze zwar nicht im allgemeinen, aber doch in einer Menge einzelner Verordnungen allen und jeden Obrigkeiten, ohne Unterschied, und insonderheit auch den Gerichtsinhabern und Gerichtshaltern befohlen d). In dem Gandersheimischen Landtags- Abschiede (Art. 17) ist festgesetzt, daß die vom Adel, welche auf ihren freyen Ritterhöfen die daselbst begangene Excesse mit Gefängniß oder Geld zu strafen hergebracht haben, bey dem Herkommen unverhindert gelassen werden sollen. In dem Fürstenthum Lüneburg ist gleichfalls die Verwaltung der niedern Policey, und die Bestrafung der Policey-

c) v. Bülow u. Hagemann Erörterungen III. 277.

\*) Von dem Unterschied zwischen geschlossenen und ungeschlossenen Gerichten s. Th. I. S. 128.

d) Strube Nebenstunden Th. 5. Abh. 34. S. 15. v. Liebhaber Beiträge zur Erörterung der Staatsverfassung der Braunschweig-Lüneburgischen Churlande, S. 210. und die daselbst angeführten Gesetze.

liceyvergehungen, jedoch mit der schon oben bemerkten Einschränkung der Untergerichte, daß sie nicht über acht Thaler strafen können, den adelichen Gerichten eingeräumt e). Nicht weniger steht in den Herzogthümern Bremen und Verden den adelichen Gerichten die niedere Policeyverwaltung zu f), und eben dieses gilt von den adelichen Gerichten im Herzogthum Lauenburg. g)

§. 75.

Adeliche Gutsbesitzer, welche nicht die völlige niedere Gerichtbarkeit haben, können auch auf die niedere Policeygewalt keinen Anspruch machen. Indessen fehlt es doch nicht an Beyspielen, daß ihnen durch besondere landesherrliche Begünstigung wenigstens ein Theil derselben überlassen ist, welcher aber gemeiniglich nur in einer Art Policeygerichtbarkeit besteht, und auf Policeyanordnungen, allgemeine Aufsicht u. s. w. sich nicht erstreckt. So haben die adelichen und freyen Gutsbesitzer in der Grafschaft Hoya das Recht, ihre in Brod und Lohn stehende Diener und Gesinde, so viel sich deren auf ihren freyen Höfen und den in deren Umfange begriffenen Gebäuden, so weit deren Graben, Plankwerk und die sie umgebenden Zäune gehen, aufhalten, wegen geringer,

e) v. Liebhaber a. a. O. S. 218.

f) S. Th. 3. S. 129.

g) v. Liebhaber a. a. O. S. 227.



ringer, zu den bürgerlichen Gerichten gehörigen — also hauptsächlich wegen Policeyvergehungen mit Anschließung an den Pfahl, Gefängniß, oder auf andere mäßige Art zu bestrafen k). Eben diese Befugniß ist auch den adelichen und freyen Gutsherrn im Fürstenthum Lüneburg, welche keine Untergerichte haben, beygelegt i), und die Inhaber der Pfahlgerichtbarkeit, mit welchen im übrigen die niedere Policey nicht verbunden ist k), bestrafen die vor die Niedergerichte gehörigen —, also auch die Policey-Vergehungen, welche in ihrer Meier oder Gutsleute Häusern und Höfen, so weit deren Zaun und Bezirk gehet, von ihren eigenen Leuten, Dienstboten und Häuslingen begangen werden, und erheben die davon aufkommenden Straf gelder l). Auch der Bremische Adel hat über seine gerichtsfreien Meier, die nach ihrer zerstreuten Lage der völligen niedern Policeygewalt des die Patrimonial-Gerichtbarkeit über sie ausübenden Gutsherrn nicht unterworfen seyn können, eine gewisse Policey-Aufsicht und Gerichtbarkeit, wie wenigstens aus einem rechtskräftigen Erkenntnisse des Stadeschen Hofgerichts vom 22. Sept. 1728 hervorzugehen scheint, welches in Sachen der Landstände des Herzogthums Bremen, Kläger,

h) v. Liebhaber a. a. O. S. 211.

i) Daselbst S. 219.

k) v. Bölow und Hagemann Erörterungen II. 104.

l) v. Liebhaber a. a. O. S. 220.



ger, und der Eingefessenen vom Adel in der Börde Oldendorf, Intervenienten, wider den Advocatum Camerae, Namens des Amts Himmelpforten und der Börde Oldendorf, Beklagten, dahin ergieng, daß der Imploranten und Intervenienten gerichtsfreye Meyer in der Börde Oldendorf mit Lieferung der Sperlings- und Krähenköpfe an das Amt Himmelpforten, sowohl auch angeforderten Strafe auf den Contraventions, Fall zu verschonen, hingegen Imploranten und Intervenienten vor ihre Person das Königliche, deswegen ergangene Patent de anno 1719 gebührend zu beobachten schuldig seyen. m)

§. 76.

Was endlich diejenigen adelichen Güter betrifft, bey welchen gar keine Gerichtbarkeit sich befindet; so versteht es sich von selbst, daß die bloße Eigenschaft eines adelichen Guts so wenig als die Canzleypfässigkeit desselben zu einiger Policeyverwaltung berechtigt. Vielmehr sind dergleichen Güter und deren Bewohner selbst der landesherrlichen, verfassungsmäßigen Policeybehörde unterworfen, jedoch so, daß die Policeygerichtbarkeit in der Regel nach ihrem sonstigen ordentlichen Gerichtsstande sich richtet, und dieselbe folglich, wenn die Güter canzleypfässig sind, auch

m) de Pufendorf de iurisdic. germ. P. 2. Sect. 3. c. 1. §. 222. Obs. iur. univ. T. 3. Obs. 107. T. 4. Obs. 29.

auch von den höhern Landesgerichten über sie auszuüben ist. Nach der e h u r b r a u n s c h w e i g i s c h e n Landesverfassung steht auf einem bloß canzleyfähigen Hofe, welcher mit der Niedergerichtbarkeit nicht versehen ist, dem Landesherrn die Policeygewalt zu, und die Ausübung der zu derselben gehörigen Rechte und Gegenstände ist von der Rechtspflege abgesondert, und den Canzleyen und Hofgerichten nicht mit aufgetragen; vielmehr werden die zur Policeygewalt gehörigen Sachen von den Aemtern, unter der Oberdirection der Landesregierung, besorgt \*). Hierdurch wird auch die Canzleyfähigkeit nicht präjudicirt, da angenommen werden muß, daß die Aemter in solchen Fällen nicht vermöge der ihnen anvertrauten Amtsjurisdiction, sondern in Folge eines hierauf besonders gerichteten landesherrlichen Auftrages, handeln.

\*) v. Bäl ow und H a g e m a n n Erörterungen III. 278. M. juristische Beobachtungen und Rechtsfälle II. 245.

## VIII.

Ueber den Unterschied zwischen peinlichen  
Verbrechen und Policeyvergehungen, und  
die Grenzen der Policeygerichtbarkeit  
in Ansehung der letztern.

## §. I.

Die Darstellung des Unterschieds zwischen Policey- und Justizgewalt in dem Handbuche des deutschen Policeyrechts a) ist zum Theil sehr scharf getadelt worden b). Die verschiedenartigen Eintheilungen der Hoheitsrechte, die fast jeder Rechtsgelehrte, nach Willführ, ja, man kann wohl sagen, so wie er sie zur Uebersicht des Ganzen am bequemsten findet, öfters ohne strenge Beobachtung der logischen Gesetze sich bildet, hätte vielleicht den Tadler aufmerksam machen sollen;

a) Th. I. S. 131.

b) Jurist. Literaturzeitung 1799. Nrö. 5. S. 37 f.

soßen, ob denn gerade seine Ansicht der Dinge die einzig richtige sey, so, daß es nichts weiter bedürfe, als die eigenen Worte des Verfassers anzuführen, um die Absurdität seiner Grundsätze darzutun. Der Recensent will damit zugleich beweisen, wie nothwendig hier das *iudicium finium regundorum* sey, und um zu zeigen, wie es um das *iudicium* des Verfassers aussehe, bezüchtigt er ihn einer auffallenden Verwechslung der gesetzgebenden und Justizgewalt, weil er gesagt hat: „Die Criminalgewalt bestimmt, welche Handlungen als Verbrechen angesehen werden und was für unangenehme Folgen den Verbrecher treffen sollen. Die Policeygewalt giebt Gesetze, trifft Anstalten und Vorkehrungen, damit Jeder verhindert werde, ein Verbrecher zu werden“. Man muß bemerken, daß gleich darauf weiter gesagt ist: „Die Criminalgewalt untersucht und bestraft die Verbrechen, und selbst die Versuche, sie zu begehen. Die Policeygewalt eilt, die Folgen des Verbrechens, das sie nicht verhindern konnte, abzumenden oder zu vermindern“<sup>c)</sup>. Der Verfasser hat bewiesen, daß er gegründeten Tadel dankbar annimmt und die ihm angegebenen Berichtigungen gern benützt. Aber die ihm hier gemachten Vorwürfe glaubt er nicht zu verdienen. Der Recensent verwirft vielleicht, wie G ö n n e r c), die Eintheilung in allgemeine und besondere Hoheitsrechte, und glaubt also auch keine Wirksamkeit jener

c) S. oben S. 21.

jener in diesen. Der Verfasser hält diese Meynung für unrichtig; will aber darüber hier weiter nicht streiten. Es mag sein Fehler seyn, daß er im Handbuche des teutschen Polizeyrechts nicht weit genug ausgeholt hat. Vielleicht hätte er dadurch, wenn auch nicht den Beyfall des Recensenten erhalten, doch wenigstens den harten Vorwurf einer groben Verwechselung der Begriffe vermeiden können. Da es ihm bey der Bearbeitung des Polizeyrechts nicht um den Schein der Neuheit zu thun war, sondern nur um die Sache selbst; so wollte er in Rücksicht auf die Eintheilung der Hoheitsrechte am liebsten einem bewährten Schriftsteller folgen, weil er so am sichersten sich gegen Streitigkeiten, die hier so leicht und doch so wenig fruchtbar sind, zu bewahren hoffte. Er legte daher Hufenlands Naturrecht zum Grunde. Dieser ist nun auch von der gewiß richtigen und zweckmäßigen Eintheilung der Hoheitsrechte in allgemeine und besondere ausgegangen, und hiernach sagt er S. 266: „In der Criminal-Justiz-Hoheit (Criminalgewalt) ist enthalten das Recht der Criminal-Gesetzgebung, die Criminal-Gerichtbarkeit, zu welcher zugleich ein Ausfluß der aufsehenden Gewalt, das Recht der Untersuchung gehört, und das Executionrecht in Criminal-Sachen“. Eben dieser Meynung ist auch Feuerbach d). „Wenn

d) Revision der Grundsätze und Grundbegriffe des positiven peinlichen Rechts I. 130. Note \*\*.

„Wenn man, sagt er, wie dieß auch der ein ig mögliche Weg ist, eine aufsehende, gesetzgebende, richterliche und ausübende Staatsgewalt unterscheidet und von unserm Begriff von Strafe und Strafrecht ausgeht; so muß man auch annehmen, daß die Straf Gewalt unter die gesetzgebende, richterliche und ausübende Gewalt nothwendig vertheilt sey. Die Straf Gewalt äußert sich durch die Gesetzgebung, in wie ferne keine Strafe ohne ein Gesetz gedacht werden kann; durch die richterliche Gewalt, weil, wenn die Strafe als richtige Folge eintreten soll, das Factum unter das Gesetz subsumirt werden muß; endlich durch die ausübende Gewalt, weil die Wirksamkeit der Strafgesetzgebung durch die Strafzufügung bedingt ist. Daß auch die aufsehende Gewalt Verbrechen und Strafen zu ihrem Gegenstande haben könne, leidet keinen Zweifel; aber dieß folgt nur aus politischen Rücksichten, nicht aus dem Wesen der Strafe.“ Es wäre leicht, noch mehrere Schriften nachzuweisen, in welchen, mit einigen Abänderungen zwar, doch im Wesentlichen immer dieselben Grundsätze aufgestellt sind. Der Verfasser hält sie für so einleuchtend, daß sie ihm keine Rechtfertigung zu bedürfen, und die seinige gegen den Vorwurf einer Verwechselung der gesetzgebenden und Justiz-Gewalt völlig zu begründen scheinen.

### §. 2.

Einen andern Vorwurf, der ihm aber nicht gemacht ist, hätte der Verfasser wohl eher ver-

dient, den nehmlich, daß er zwar die Bemerkung machte, wie das teutsche Recht den Unterschied zwischen peinlichen Verbrechen und Policeyvergehungen nicht genau beobachte, jedoch, ohne nähere Erörterung, mit der Aeußerung sich begnüge: nach der Praxis sey es am sichersten, wenn man bey der Bestimmung dieses Unterschieds das Gesetz, welches übertreten, und die Gewalt, durch welche gestraft wird, zum Grunde lege, wodurch am leichtesten die Gefahr vermieden werde, mit den besondern Verfassungen einzelner Staaten in Widerspruch zu gerathen \*). Denn, erstlich, die Beschaffenheit des Gesetzes giebt kein ganz zuverlässiges Kennzeichen an die Hand. Mandes Gesetz, das den Namen der Policey an der Stirne trägt, hat es offenbar mit peinlichen Verbrechen und darauf gesetzten peinlichen Strafen zu thun. Man lese nur die Reichs-Policeyordnungen, und man wird der Beispiele genug finden. Dagegen kann ein wirkliches, eigentliches Policeygesetz bloß durch die Größe der angedrohten Strafe die Gerichtbarkeit des peinlichen Richters begründen. Was aber, zweitens, die Gewalt, durch welche gestraft wird, betrifft; so ist freylich, wenn man dieß einmahl weiß, aller Zweifel gehoben. Allein gerade deswegen wird die feste Bestimmung des Unterschieds zwischen Criminalverbrechen und Policeyvergehen nothwendig, weil es sehr oft zweifelhaft ist, welcher

P 2

Ger

c) Th. 1. S. 139.



Gewalt, der peinlichen oder Policeygewalt, in einem gegebenen Falle zu strafen gebühre. Diese Frage ist besonders in benjenigen Ländern von großer Wichtigkeit, wo die Gerichtbarkeit nicht durchgehends Staatsgerichtbarkeit ist, sondern wo, neben dieser, die Patrimonial-Gerichtbarkeit als eigenes Recht der Städte und Landsassen besteht. Denn wenn bloß zwischen landesherrlichen Behörden ein Grenzstreit dieser Art entsteht; so ist derselbe durch eine von dem Gutbefinden des Landesherrn abhängende Entscheidung leicht zu schlichten. Wenn aber derselbe Fall zwischen einer landesherrlichen Behörde und einem Patrimonial-Gerichte eintritt; so kann eine willkürliche Bestimmung, wodurch vielleicht des letztern wohlervorbenes Recht verletzt werden könnte, nicht stattfinden. Es ist in dieser Hinsicht auch nicht genug, wenn man bloß auf eines jeden Landes besondere Verfassung verweisen will, indem diese nicht immer hinreichende Entscheidungsgründe darbietet, und sich doch öfters der Fall ereignen kann, wo man zu allgemeinen Grundsätzen seine Zuflucht nehmen muß. Diese sollen daher noch einer näheren Erörterung unterzogen werden.

## §. 3.

Policeyvergehungen sind solche Handlungen oder Unterlassungen, wodurch, ohne widerrechtliche Beschädigung Anderer, ein Policeygesetz übertreten

ten wird N. Um die gesellige Ordnung im Staate ungestört zu erhalten, um die Gefahren und Hindernisse der Sicherheit und Wohlfahrt abzumenden, muß die Policey durch angemessene Vorschriften, durch mannigfaltige Gebote und Verbote das Benehmen der Staatsbürger zweckmäßig leiten. Wer dagegen sich ungehorsam zeigt, ist zwar eines Vergehens, aber keines Verbrechens schuldig. Solche Vergehungen zu untersuchen und zu bestrafen, gehört, der Natur der Sache nach, zu der Competenz der Policeygerichtbarkeit. Diesem Grundsatz gemäß, ist auch durch die Preussische Gesetzgebung im allgemeinen folgendes festgesetzt: „Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Policey. Die Untersuchung und Bestrafung der gegen solche Policeygesetze begangenen Uebertretungen kömmt, sobald damit kein vorsätzliches oder schuldbares Ver-

§ 3

bres

D. Handbuch I. 136. v. Glöbigs Zugaben zu der gekrönten Preisschrift von der Criminal-Gesetzgebung, Zugabe II. S. 44 f. Zugabe III. S. 293. Kleinschrod systematische Entwicklung der Grundbegriffe des penal. Rechts, Th. 3. §. 129. Meiser Princ. iur. crim. ed. 4. §. 30. Haus de potestatis politiae et criminalis nexu et differentia. §. 10.

E) Preuss. Landrecht Th. 2. Tit. 17. §. 10 bis 13.

brechen verbunden ist, der Policeygerichtbarkeit zu. Bey einem jeden Vor-  
 fälle, wodurch die unter der besondern Ob-  
 sorge der Policey stehende öffentliche Ruhe und Sicher-  
 heit gestört worden, hat die Policeygerichtbarkeit  
 das Recht des ersten Angriffs und der vorläufigen  
 Untersuchung. Findet sich aber bey dieser Unter-  
 suchung, daß, außer der Uebertretung des Poli-  
 ceygesetzes, zugleich ein vorsätzliches oder schuld-  
 bares Verbrechen begangen worden; so muß die  
 Policey die fernere Verfügung der ordentlichen  
 Gerichtbarkeit überlassen.“ Verbrechen also  
 kann die Policey höchstens nur vorläufig, nie  
 aber vollständig und förmlich untersuchen, am  
 allerwenigsten aber bestrafen. Dagegen steht  
 ihr die Untersuchung und Bestrafung der Poli-  
 ceyvergehungen vollkommen zu, und zur  
 Begründung ihrer Gerichtbarkeit ist es genug,  
 daß ein Policeyvergehen begangen ist, gleichgül-  
 tig aber, was für eine Strafe den Uebertreter  
 des Gesetzes erwartet. Wie groß diese auch seyn  
 mag — die Natur des Vergehens bestimmt die  
 Competenz des Richters, und so wäre die Grenz-  
 linie zwischen peinlicher und Policeygerichtbarkeit  
 ohne große Schwierigkeit zu ziehen.

#### §. 4.

Allein so leicht läßt es uns die in Deutschland  
 bestehende Gerichtsverfassung nicht werden, in-  
 dem nach derselben keinesweges die Natur des  
 Vergehens, sondern vielmehr die Art und Größe  
 der darauf gesetzten Strafe die Gerichtbarkeit be-  
 gründet,

gründet, so daß also auch ein eigentlicher Policeyvergehen Gegenstand einer peinlichen Untersuchung und Bestrafung werden kann. In den wenigsten Ländern findet man besondere Policeygerichte, welche alle Policeyvergehungen ohne Unterschied umfassen, und die niedere Policeyverwaltung ist, mit Einschluß der Policeygerichtsbarkeit, in der Regel den Civil-Gerichten überlassen. Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit sind häufig getheilt, und zwar nicht bloß der Ausübung, sondern dem Rechte nach. Manches Patrimonial-Gericht ist nur mit jener versehen, diese aber steht dem Landesherrn zu. Wenn nun gleich die Patrimonial-Gerichte in der Regel die in ihrem Gerichtsbezirke vorkommenden Policeyvergehungen zu bestrafen befugt sind <sup>b)</sup>; so kann doch in dem Fall, wenn ihnen nicht auch die peinliche Gerichtsbarkeit zusteht, ihre Competenz in Ansehung solcher Policeyvergehungen, welche besonders schwer verpönt sind, in Zweifel gezogen und über die Grenze ihrer Policeygerichtsbarkeit Streit erregt werden. In den landesherrlichen Gerichten selbst wird bisweilen in Rücksicht auf ihre Unterordnung unter höhere Collegien zwischen den Vergehungen, welche der bürgerliche Richter bestrafen kann, und den peinlichen Verbrechen ein sehr wesentlicher Unterschied gemacht. So haben z. B. in den curbraunschweigischen Landen die landesherrlichen Aemter in peinlichen Fällen bloß die Untersu-

b) S. die siebente Abhandlung.

chung unter der Leitung der Justizkanzleyen zu führen, und die Straferkenntnisse werden von diesen gefällt. Dahingegen werden geringe Verbrechen, und insonderheit Policingergehungen, gewöhnlich auf den Landgerichten von landesherrlichen Commissarien aus dem Cammercollegium bestraft, und davon findet auch in der Regel keine Berufung an die Obergerichte Statt. Es ist daher wesentlich nothwendig, daß in besonderer Hinsicht auf Policingergehungen näher bestimmt werde, wie weit in Ansehung ihrer Untersuchung und Bestrafung die Gewalt des bürgerlichen Richters sich erstrecke.

### §. 5.

Die teutsche Gerichtsverfassung kennt ursprünglich nur den Unterschied zwischen Criminal- und Civil-Gerichtbarkeit, und obgleich der Civilrichter eigentlich nur Rechtstreitigkeiten zu schlichten und nicht anders zu strafen hat, als wenn es auf Erhaltung der Ordnung im Gericht und des ihm gebührenden Respects und Gehorsams ankommt, so waren doch schon in den ältesten Zeiten nur wichtigere Verbrechen dem Criminalrichter vorbehalten 1), der als unmittelbarer

Stell.

1) C. 1. C. L. 3. Capitular. cap. 79. : „ut nullus homo in placito centenarii neque ad mortem, neque ad libertatem suam amittendam iudicetur, sed ista in praesentia comitis vel missorum nostrorum iudicentur.“

Stellvertreter des Reichs-Oberhaupt's sein Amt verwaltete. Geringere Verbrechen waren an den bürgerlichen Richter gewiesen; und da der Begriff derselben hinreichend bestimmt war, so schied sich hohe und niedere Gerichtsbarkeit von selbst. Sollte nun auch, wie Pufendorf glaubt k), dieses altteutsche Recht in einer Nachahmung der Theodosianischen Gesetzgebung, welche es unter der Würde der hohen Obrigkeit hielt, geringere Verbrechen zu untersuchen und zu bestrafen l), seinen nächsten Grund haben; so läßt sich doch auch aus andern, inneren Gründen der Ursprung desselben befriedigend erklären. In die Hände des peinlichen Richters zu fallen, der Strenge und Förmlichkeit und Feierlichkeit eines peinlichen Gerichts sich unterwerfen zu müssen, war allezeit an und für sich schon ein hartes Ereigniß, und wenn gleich dem Rechte nach nicht entehrend, doch von jeher in den Augen des Volks nicht ohne Schimpf. Geringere Vergehungen wurden daher billig dem bürgerlichen Richter zur Untersuchung und Bestrafung überlassen, und seine Competenz nach dem am meisten in die Augen fallenden Umstand. — nach der Größe der Strafe — lediglich bestimmt, so daß es einer feineren und genaueren Unterscheidung der Verbrechen weiter nicht bedurfte.

§ 5

§. 6.

k) Pufendorf de iurisdictione germ. P. 2. S. 2. c. 1. §. 41.

l) l. 8. C. Theod. de iurisdictione et ubi quis conven.



## §. 6.

Wenn nun gleich die Geschichte der älteren teutschen Gesetzgebung weit weniger Gebote und Verbote der Art aufzuweisen hat, als heutzutage von Policey wegen erlassen werden; so findet man doch mehrere dahin gehörige Verordnungen, deren Uebertretung größtentheils zu den geringeren Verbrechen gezählt wurde, weil die Strafe nicht zu Hals und Hand, sondern nur zu Haut und Haar gieng. Indessen ward alles, was auf die Handhabung der Policey sich bezog, vorzüglich an den öffentlichen feierlichen Gerichtstagen, welche nur der hohe Richter und zwar zu bestimmten Zeiten im Jahre hielt, vorgenommen. Hier wurden die neuen Ordnungen und Gesetze, besonders die in das Policeywesen einschlagenden Gebote und Verbote öffentlich verlesen und dem ganzen, zu dem hohen Gerichtsbezirke gehörigen, versammelten Volke eingeschärft m). Hier wurden die Vergehungen gegen die gesessige Ordnung kurz untersucht und geahndet n). Hier war es, wo die hauptsächlich nur bey Policeyvergehungen vorkommenden Brüche oder Geldstrafen erkannt wurden, und als in der Folgezeit von diesen Gerichten die peinlichen Sachen gänzlich abgenommen wurden; so blieb ihnen doch die Rüge der geringern Vergehungen, und nach ihnen

m) Pufendorf de iurisd. germ. P. 1. c. 4. §. 9.  
P. 2. S. 2. c. 2. §. 164.

n) ib. P. 2. S. 3. c. 1. §. 334.



nen bildeten sich die in mehreren teutschen Ländern noch bestehenden Land- und Rügegerichte, deren Hauptbestimmung die Handhabung der Polizey ist, o)

§. 7.

Wäre nun auch in älteren Zeiten der Unterschied zwischen größeren und geringeren Verbrechen weniger genau bestimmt gewesen, als er es doch wirklich war; so würde doch daraus keine sehr bedeutende Schwierigkeit in Rücksicht auf die Grenzbestimmung der Gerichtsbarkeiten entstanden seyn, da diese selbst sich noch nicht so vollständig, wie späterhin, entwickelt hatten, und eine strengere Scheidung noch nicht so nothwendig geworden war, als insonderheit die völlige Ausbildung der Erbgerichtsbarkeit und die Absonderung der Criminal- und Civil-Gerichte sie machte. Hierzu kamen noch neue Strafarten, von welchen es zum Theil zweifelhaft war, ob man sie zu denen, welche an Hals und Hand, oder zu denen, welche an Haut und Haar gingen, zu rechnen habe. In Sachsen kam man endlich doch zu einer sichern Bestimmung, indem man als größere und peinliche Verbrechen alle diejenigen ansieht, welche die Strafe des Todes, des Staupbesens, der Abhauung der Finger oder der Hand, oder eine langwierige Beraubung der Freiheit nach sich ziehen p). Außerhalb Sachsen aber haben die

o) S. die folgende Abhandlung.

p) Meist in der Einleitung zur peinlichen Rechtsgesamtheit, S. 20.

verschiedenen Meinungen der Rechtsgelehrten eine Unbestimmtheit erhalten, die dem Geschäftsgange nothwendig nachtheilig seyn muß, und die am leichtesten gehoben werden könnte, wenn das sächsische Recht zur allgemeinen Norm angenommen würde, wozu selbst die peinliche Gerichtsordnung berechtigt, indem sie deutlich genug auf den von jenem gebilligten Unterschied hinweist d).

### S. -9.

Erst nachdem die jetzige teutsche Gerichtsverfassung sich mehr und mehr ausgebildet hatte, konnte diese fortdauende Unbestimmtheit, sowohl überhaupt, als insbesondere in Rücksicht auf Policingvergehungen, öftere Jurisdiction's-Conflicte und nach und nach positive Grenzbestimmungen durch die Landesgesetzgebungen veranlassen, die aber, statt die Größe der Strafe nach wie vor zur Richtschnur zu nehmen, auf ein ausführliches Verzeichniß sich einließen, dessen Unvollständigkeit

q) P. G. O. Art. 104. „Aber sonderlich ist zu merken, in was Sachen, oder derselben gleichen unser Kaiserlich Recht keinerlei peinlicher Straf am Leben, Ehren, Leib oder Gliedern setzen oder verhängen, daß Richter und Urtheiler dawider auch Niemand zum Tod oder sonst peinlich strafen“. Ich weiß wohl, daß Kress, Böhmer, Gerstlacher u. a. m. diese Stelle anders verstehen. Mir dünkt aber, der Gesetzgeber habe hier nur sagen wollen, man solle kein Vergehen, worauf nicht eine peinliche Strafe gesetzt sey, peinlich strafen.

seit dann wieder neue Zweifel herbeiführte. Meis-  
 ter r) führt mehrere Landesgesetze an, welche  
 sich mit diesem Gegenstande beschäftigen, aber  
 meistens mit einem: „und dergleichen  
 mehr“ — schließen, folglich zu Grenzstreitig-  
 keiten einen großen Spielraum geben, zu des-  
 sen Entscheidung eben dieser Gelehrte sehr zweck-  
 mäßige Regeln an die Hand giebt s). „Wenn,  
 sagt er, I. in einem Landesgesetze die peinlichen  
 Sachen überhaupt zum Vorwurf der Oberge-  
 richtbarkeit erklärt werden, so muß man darun-  
 ter solche Verbrechen verstehen, die eine Le-  
 bend-, oder Leibesstrafe, oder eine dieser gleiches-  
 schätze nach sich ziehen. II. Solche Gesetze, die  
 eine Liste von schweren Verbrechen und geringen  
 Freveln geben, und sie, ohne Absicht auf die dar-  
 auf folgende Bestrafung, für Obergerichts-Fälle  
 erklären, finden in allen ungenannten Verbre-  
 chen, die sich entweder zu den genannten wie  
 besondere Arten zu ihren Geschlechtern verhalten,  
 oder eben so harte, oder wohl noch größere Ver-  
 brechen, als die genannten sind, ihre Anwen-  
 dung. III. Sollte hingegen in einem Gesetze  
 die Klausel stehen: Daß, außer den ausgedrückten  
 Uebeltthaten, alle übrige peinliche Fälle, oder  
 Verbrechen, die Peinlichkeit auf sich haben, dem  
 Blutbanne zufallen sollen; so würde die Ausle-  
 gung nach der ersten Folgerung zu machen seyn.  
 Welches auch IV. geschehen muß, wenn die im  
 Ges

r) a. a. O. S. 575 f.

s) a. a. O. S. 574.

Gesetze genannten Verbrechen lauter solche sind, darauf eine Lebens-, oder Leibesstrafe oder eine derselben ähnliche steht.

## §. 10.

Unter den Landesgesetzen, wodurch die Grenze zwischen den Ober- und Niedergerichten bestimmt wird, ist die Verordnung des Herzogs Heinrich Julius zu Braunschweig und Lüneburg vom 12. Sept. 1596 eine der vollständigsten. Ob es nun gleich sehr wahrscheinlich ist, daß sie nie förmlich publicirt worden <sup>1)</sup>; so hat sie doch für das Fürstenthum Calenberg, da sie in die Sammlung der für dasselbe geltenden Verordnungen aufgenommen ist <sup>2)</sup>, verbindliche Kraft erhalten. In derselben wird zuerst eine Reihe solcher Verbrechen aufgeführt, welche zu den obern oder Halsgerichten gehören sollen, jedoch mit der Clausel: „Alle solche und dergleichen, auch höhere und größere Mißhandlungen, gehören in die Ober- und Halsgerichte, sollen auch durch dieselben gewroget und gestrafet werden“. Sodann heißt es weiter: „Was aber kleine und geringe Fälle sind, die sollen in die Nieder- und Erb-Gerichte gehören, und durch dieselbe gestraffet oder gerechtfertiget werden; als nemlich

Hadt.

<sup>1)</sup> Gruppen von den Ober- und Niedergerichten. Hannö. Beyträge, Jahrg. 1760. S. 1501. 1507 f. 1515. 1527.

<sup>2)</sup> Corp. Constit. Calenb. P. 2. c. 2. p. 663 seq.

Haar-Rauffen, Schläge, die nicht tödtlich seyn, noch Lähmen bringen, darum auch keine Wunde wird, als braun und blau, Nasenbluten, Maul-, streiche, Zahnbluten, so die nicht wackeln, oder andere Blutrünsten, mit Nägeln gekratzt, oder sonst verletzt, dadurch keine Wunden oder Lähme erfolgt, Lügenstraffen, schlechte Schmähworte, die nicht an freyen Orten oder hohen befreyten Personen geschehen, unzüchtig muthwillig Geschrey, Messerzucken, dadurch kein Mord geschieht, Messer und verbottene Waffen tragen, verbottene Waaren feil haben, verbottene Spiel treiben, Diebstahl, so unter vier Silber Groschen seyn, item Geböthe der Einlager und dergleichen“.

## §. II.

Diese Verordnung führt unter den kleinen und geringen Fällen namentlich einige Policeyvergehungen auf, z. E. unzüchtig muthwillig Geschrey, Messerzucken, Messer und verbotene Waffen tragen, verbotene Spiele treiben. Andere können und müssen analogisch dahin gerechnet werden, indem die Worte: „und dergleichen“ hinreichend beweisen, daß der Gesetzgeber sich nicht im Stande geglaubt hat, alle Fälle vollständig aufzuzählen. Sie ist in dieser Hinsicht nicht besser, als die anderen Gesetze, welche denselben Gegenstand behandeln (§. 9), und da sie zugleich noch auf das Herkommen der

Nem:

Aemter und Gerichte verweist v); so bleiben noch immer der ungewissen und unbestimmten Fälle nur zu viele übrig \*). Alle Verordnungen dieser Art sehen übrigens voraus, daß in allen den Fällen, welche vor die Niedergerichte gehören, nicht peinlich gestraft werden soll. Von der bürgerlichen und Policeygerichtbarkeit ist das Recht, peinliche Strafen zu erkennen, gänzlich getrennt, und da besonders letztere ihrer Bestimmung nach nur ein ganz summarisches Verfahren zu beobachten hat, so muß sie nothwendig auf geringere Strafen (eigentliche Policeystrafen) beschränkt seyn w), indem die Zufügung einer peinlichen Strafe ohne vorhergegangene förmliche Untersuchung nicht statthaft ist. Eine Policeybehörde kann daher nur in dem Fall, wenn ihr die Anwendung einer peinlichen Strafe ausdrücklich überlassen ist, eine Ausnahme von dieser Regel sich erlauben. So überträgt das Preussische Landrecht den Policeygerichten die Bestrafung der Policeyvergehungen ohne Unterschied der

v) Am Schlusse der Verordnung ist gesagt: „Hätten aber unsere Aemter, oder deren Einer oder mehr, der die Halsgerichte hat, etliche Fälle in die Niedergerichtbarkeit gehörig, oder hinwieder derjenige, dem die Niedergerichte zuständig, etliche Fälle in die Halsgerichte gehörig, über in Rechten verjährte Zeit ruhiglich hergebracht oder gelübt, bez dem oder denselben sollen sie, ungeachtet dieser Unserer Ordnung, nochmals gelassen werden“.

\*) Vergl. Strüpen a. a. O. S. 1524 f.

w) Eb. 3. S. 581. 582.



der Strafe (§. 3); da aber, wo keine besondere Policeygerichte vorhanden sind, beschränkt es den bürgerlichen Richter auf die Bestrafung der geringeren Policeyvergehungen oder Verbrechen, bey deren Bestimmung auch hier die Größe der Strafe zum Grund gelegt ist x).

### §. 12.

Aus allem diesem ergibt sich nun soviel, daß, wenn die Grenze der Policeygerichtbarkeit, insofern sie mit der Niedergerichtbarkeit in der Regel verbunden ist, nach allgemeinen Grundsätzen näher bestimmt werden soll, lediglich auf die Art und Größe der in einem Policeygesetze angedrohten Strafe zu sehen ist. Hierbey kommt es dann zunächst darauf an: Ob die Art und das Maaß der Strafe in dem Gesetze ausdrücklich bestimmt ist oder nicht, und in dem ersten Falle wieder: ob die angedrohte Strafe eine Leibes- oder eine Geldstrafe ist. Nur allein nach diesen verschiedenen Rücksichten wird sich die Competenz der Policeygerichte mit einiger Zuverlässigkeit beurtheilen lassen, so lang nicht durch eine ganz deutliche, alle Zweifel ausschließende Gesetzgebung jedem Jurisdictionconflicte vorgebeugt ist. Dieser Zweck dürfte aber schwerlich anders, als durch einen vollständigen Criminalcodex erreicht werden, in welchem Falle es hinreichend wäre, die Grenzlinie so, wie Kleinschrod in seinen Entwürfe eines

x) Preuss. Landrecht Th. 2. Tit. 17. §. 61. 62.

y) Bergs Policey. Th. 4.



eines peinlichen Gesetzbuchs für die churpfälzbairischen Staaten y) gethan hat, zu ziehen. „Jene Handhabung oder Unterlassung, heißt es daselbst, soll als Verbrechen angesehen werden, welche in diesem Gesetzbuche unter Strafe verboten ist. Jedoch sind von diesem Gesetzbuche solche Vergehungen ausgeschlossen, welche entweder von andern Theilen der Gesetzgebung bestraft oder nach besondern Gesetzen jenes Standes beurtheilt werden, zu welchem der Verbrecher gehört“.

## §. 13.

Wenn in einem eigentlichen Policeygesetze (§. 3.) zwar im allgemeinen eine Strafe angedrohet, z. E. etwas bey nachdrücklicher Strafe verboten oder geboten, aber die Art und Größe der Strafe nicht ausdrücklich angegeben ist; so kann man mit Recht annehmen, daß der Gesetzgeber die Uebertretung seiner Verordnung mit keiner höheren, als einer Policeystrafe geahndet wissen will. Ob es überhaupt zweckmäßig sey, dergleichen unbestimmte Gesetze zu geben, ist hier nicht zu untersuchen. Man findet sie aber nicht selten, und da in der Regel Policeyvergehungen peinliche Strafen nicht nach sich ziehen, bürgerliche oder Policeystrafen aber auch von den Niedergerichten erkannt werden können; so streitet in diesem Falle die Vermuthung für die Competenz des Civilrichters.

Dies

y) Abth. 1. Cap. 2. §. 15. 16.

Dieser muß die niedere Policey in seinem Gerichtsbezirke handhaben und folglich auch die Uebertretungen der Policeygesetze bestrafen. Nur; wenn die angedrohte Strafe von der Art ist, daß er sie, vermöge des ihm bloß zustehenden bürgerlichen Gerichtszwanges, nicht anwenden kann (§. 11), ist ein rechtlicher Grund gegen seine Competenz vorhanden. Enthält aber das Policeygesetz keine ausdrückliche Strafbestimmung und läßt sich, seiner Natur nach, nicht vermuthen, daß die ihm einverleibte Strafbedrohung eine peinliche Strafe bezwecke; so bleibt in vorkommenden Fällen die Bestimmung der Strafe dem Ermessen der Policeyobrigkeit überlassen, und diese ist, da wo keine besonderen Policeygerichte bestehen, keine andere, als die ordentliche bürgerliche Obrigkeit. Sollte jedoch bey vorkommenden besondern Umständen die Policeyobrigkeit dafür halten, daß eine höhere Strafe, als sie anzusetzen berechtigt ist, angemessen seyn würde; so ist sie natürlicher Weise verbunden, die Sache derjenigen Behörde, vor welche sie alsdann der Verfassung nach gehört, zur Untersuchung und Entscheidung zu übergeben.

**§. 14.**

Ist in einer Policeyverordnung eine Leibesstrafe, d. h. eine solche, welche die Person und nicht das Vermögen dessen, der dagegen handelt, treffen soll, angedroht; so kann die Civil-Obrigkeit, die zugleich Policeybehörde ist, die Untersuchung und Bestrafung nur alsdann vorneh-

men, wenn die Grenze einer Policeystrafe nicht überschritten wird. Policeystrafen sind aber nur: kurzes Gefängniß, geringe körperliche Züchtigungen und einige zwar schimpfliche, aber nicht entehrende Strafen z). Die Policeyobrigkeit darf sich auch hierbey nicht nach dem wahrscheinlichen Erfolge einer Untersuchung und der Strafe, welche in einem bestimmten Fall vermuthlich wird zu erkennen seyn, richten, sondern sie muß auf den Inhalt des Strafgesetzes sehen, und der Anwendung desselben sich enthalten, sobald die darin angedrohte Strafe von der Art ist, daß sie nur vom peinlichen Richter erkannt werden kann. Eine Ausnahme von dieser Regel, wie sie allerdings bey besonderen Policeygerichten ohne Einschränkung stattfinden kann (§. 11), wird außerdem nur selten und allenfalls in solchen Fällen, wo in Ansehung der Thatfachen und der zu treffenden Policeyverfügung gar kein Zweifel obwalten kann, eintreten. In dieser Hinsicht ist durch die churbraunschweigischen Gesetze den Obrigkeiten anbefohlen, aus dem Lande gewiesene und wieder dahin zurückkehrende Landstreichet ohne weiteres in die Karre nach Lüneburg, Hameln oder Nienburg zu schicken aa).

### §. 15.

Geldstrafen sind unter den Policeystrafen die häufigsten. Man kann sie als eigentliche  
pein-

z) Th. 3. C. 581.

aa) Th. 1. C. 292.

peinliche Strafen. gar nicht ansehen, wenn gleich der peinliche Richter sich ihrer nach Umständen zu bedienen-gar wohl befugt seyn mag. Peinlich wird nur an Leben, Ehre, Leib, und Gliedern gestraft; und wenn Strafen dieser Art in Geldstrafen verwandelt werden oder wenn der peinliche Richter gleich anfangs darauf erkennt, so müssen dazu ganz besondere Beweggründe vorhanden seyn. . . Daß der Verlust des Vermögens oder eines Theils desselben als Folge einiger peinlichen Verbrechen stattfinden kann, beweiset nicht, daß Geldstrafen überhaupt zu den peinlichen Strafen zu rechnen sind, und man findet nicht, daß sie auf wirkliche peinliche Verbrechen gesetzt werden. Die Größe einer durch ein Policeygesetz angedrohten Geldstrafe kann daher in Ansehung der Policeygerichtbarkeit keinen Unterschied machen, und diese wird bey eigentlichen Policeyvergehungen die bloß mit Geld zu bestrafen sind, die Criminal-Gerichtbarkeit allezeit ausschließen. Das gemeine deutsche Recht giebt schlechterdings keinen Maßstab an die Hand, nach welchem die Größe einer Geldstrafe derselben die Qualität einer peinlichen Strafe verschaffen sollte, und nur allein besondere Landesgesetze und Gewohnheiten bestimmen in dieser Hinsicht eine gewisse Grenze, welche die Policeygerichte nicht überschreiten dürfen. Bloß in dem Falle, wenn in einem Policeygesetze eine eigentlich peinliche Strafe oder eine Geldstrafe angedroht wäre, müßte der Policeyrichter dem Criminalrichter weichen, nicht allein, weil alsdann die Geldstrafe als Surrogat der peinlichen anzusehen wäre, sondern auch, weil die in dem

Gesetze enthaltene Alternative wegen seiner Incompetenz in Ansehung der peinlichen Strafe (§. 14.) auf ihn keine Beziehung haben kann.

## §. 16.

Im übrigen aber hat die bürgerliche Obrigkeit, insofern sie zugleich die Policeygerichtbarkeit zu verwalten berechtigt ist, die Regel für sich, und soll eine Ausnahme stattfinden; so muß sie besonders gesetzlich bestimmt seyn. Pufendorf bb) hat sich viele Mühe gegeben, einen gemeinrechtlichen Maßstab auszumitteln, und ob er gleich meynet, nach gemeinem teutschem Recht könne der bürgerliche Richter nicht über zehn Thaler strafen cc); so kann er doch die Unzuverlässigkeit der ganzen Ausführung selbst nicht verkennen, weswegen er sie auch mit der Erinnerung schließt: „in tanta difficultate consultum est, ut huic rei legibus provincialibus norma et regula constituator“ dd). Wenn nun aber Landesgesetze kein Norm vorgeschrieben haben; so ist doch kein rechtlicher Grund vorhanden, die Befugnisse der Policeygerichte willkührlich zu beschränken. Da auch ohnehin die Policeygesetze, welche sehr hohe Geldstrafen androhen, meistens theils zugleich die Bestimmung derselben zu gemeinnützigen Zwecken enthalten, und gemeinlich

bb) de Jurisdictione germ. P. 2. S. 4. c. un. §. 24 seq.

cc) Das. §. 31. 38.

dd) Das. §. 39.

sich Fälle betreffen, wobey der schleunige Beweis der unerlaubten That keinen oder nur geringen Schwierigkeiten unterworfen ist; so fallen auch die politischen Bedenklichkeiten hinweg, die ausserdem wohl gegen die Competenz der Policcybehörden, besonders der niedern, nicht ohne Anschein gemacht werden könnten.

### §. 17.

Was nun aber die wirklich bestehenden Ausnahmen von dem gemeinen Rechte betrifft; so kann man hier auf die in der vorigen Abhandlung angeführten Beispiele, der Kürze halber, sich beziehen. Nach dem Preussischen Landrechte können die bürgerlichen Gerichte, welche zugleich die Policcygerichtbarkeit auszuüben haben, nicht über fünf, nach Sächsischem Rechte nicht über zehn, nach Lüneburgischem nicht über acht Reichsthaler strafen. Ausser dem Fürstenthum Lüneburg ist in den übrigen churbraunschweigischen Ländern eine bestimmte Summe, welche die Policcyobrigkeit nicht überschreiten darf, nicht vorgeschrieben, und auch die Lüneburgische Verordnung geht bloß auf die adelichen Gerichte. Bey den Landgerichten, wo vorzüglich Policcyvergehungen bestraft werden, findet eine solche Einschränkung ohnehin nicht Statt; nur ist verordnet, daß von dem Landgerichts-Commissarius die Strafen nach Gelegenheit des Verbrechens, Vermögens und dem alten Herkommen gemäß, nicht aber zu excessiv anzusehen und deswegen die alten Amtsbücher und Bruchregister nachzuschlagen seyen.



## IX.

Von der Policenauufsicht, insonderheit von  
den dazu dienenden Landgerichten  
und Rügegerichten.

## §. I.

„Die Policey schläft nie, und hat ihr Auge überall“, — ist ein altes — wenn gleich nicht immer und nicht überall — wahres Sprichwort. Man will sogar sagen, sie schlafe manchemahl mit offenen Augen, was wenigstens noch den Vortheil hätte, daß, wer sie zu scheuen hat, sie wachend glaubte, wenn nur der Schlaf nicht zu lange dauert. Freylich ist es leichter, Policeyer verordnungen machen, sie mit nachdrücklichen Worten einschärfen, und mit aller Sorgfalt verbreiten, als überall die Augen haben, und fleißig darauf sehen, ob sie auch wirklich gehalten werden. Die oberste Policcybehörde muß gemeiniglich durch fremde Augen, und daher auch durch



durch allerhand Gläser sehen  
 sam seyn möchte, so wie A  
 auch Policey-Reviuen höch  
 Zeit anzuordnen. Alle Ja  
 rade nöthig, auch nicht z  
 weil sonst die verschiedenen  
 der Revue gesehen werde  
 auch nicht ganz wegbleibe  
 Tage aber müßte insonderhe  
 verwaltung einer fortwähr  
 Aufsicht unterworfen seyn. Die in einigen teut-  
 schen Ländern gewöhnlichen Landgerichte und  
 Rügegerichte sind eine Art jährlicher Policey-  
 revue, wo man es aber doch mehr mit den klei-  
 nen Sündern, als den großen (den Policey-  
 verwaltern und Aufsehern selbst) zu thun hat.  
 Von andern allgemeinen Einrichtungen, damit  
 die Policey ihr Auge überall haben könne, ist  
 wenig bekannt. Denn von den einzelnen Die-  
 nern der niederen Policey ist hier die Rede nicht,  
 sondern von den Aufsehern über sie selbst.

## §. 2.

In den Preussischen Staaten  
 die A über die städtische Polie  
 wal durch die Einführung der so  
 ten : l. Policeyprotocoll, deren b  
 der | n Abhandlung gedacht ist,  
 theils zweckmäßig gesorgt, indem diesel  
 Vierteljahre an die vorgesezte Cammer eingeschickt  
 und darinn die Stadtmagistrate nach Eid und  
 Pflicht über die vorgeschriebenen Fragen Bericht

abstatten müssen a). Da diese Fragen sich mit ziemlicher Vollständigkeit über alle Gegenstände der Local-Policey verbreiten; so kommt es nur darauf an, daß ihre Beantwortung jederzeit sorgfältig geprüft, und die Richtigkeit derselben von Zeit zu Zeit durch Policeyvisitationen bewährt werde, um den vorgesezten wohlthätigen Zweck mit möglichster Zuverlässigkeit zu erreichen.

## §. 3.

Ueber die Verwaltung der Landpolicey haben nach der Preussischen Verfassung die Landräthe die unmittelbare Aufsicht zu führen. Ihnen liegt im allgemeinen ob, daß Aufnehmen der Provinz, und besonders der ihnen anvertrauten Kreise, auf das allerbestmögliche sich angelegen seyn zu lassen, und mit allem Eifer und Nachdruck darauf zu halten, daß alles, was in Landes- und Kreissachen durch Edicte, Rescripte und andere Verordnungen sanciret und befohlen worden, in allen und jeden Stücken auf das genaueste befolgt werde, insonderheit aber ihr Augenmerk dahin zu richten, den Landmann zu guter Ordnung in der Oeconomie, Feld- und Gartenbau, auch Viehzucht, als der größten Stärke des Landes, zu animiren und demselben nach Beschaffenheit der Umstände jeden Orts

a) Vergius Cameral- und Policeymagazin VII.  
116.

Orts dazu Anweisung zu geben. Jeder Landrath muß in seinem Kreise auf gute Ordnung und Veranstaltung alles dessen, was zur Landespolicey, insonderheit zur Sicherheitspolicey überhaupt, zur Armenpolicey, Feuerpolicey u. s. w. gehört, mit Nachdruck halten, und besonders auch für die Vermehrung der Unterthanen, nach jedem Orts Lage und Beschaffenheit, so viel an ihm ist, sorgen; den Anwachs der Dörfer, hauptsächlich durch Aufmunterung der Herrschaften und Eigenthümer derselben zu mehrerer Ansetzung kleiner Leute, befördern; die Wiederherstellung der ausgekauften, auch wüsten Hufen betreiben, die bessere Cultur der Aecker und Wiesen, besonders durch Begünstigung der Gemeinheitstheilungen bewirken helfen, zur Abwendung der Viehseuchen die nöthigen Anstalten treffen; die Landleute zum Anbau nützlicher Producte aller Art, zum Seidenbau und zur Bienenzucht, wie auch zur Spinnerey aufmuntern; über das Bauwesen in den Dörfern genaue Aufsicht führen, und damit desto sicherer Theurung verhütet werden möge, von dem jährlichen Getreidегewinnst zuverlässige Erkundigung einziehen, darüber besondere Labesse halten, und an die vorgesezte Cammer berichten. b)

§. 4.

- b) Instruction der R. Preussischen Landräthe vom Jahr 1766: Weidmann Sammlung auserlesener Landesgesetze VII. 55. Vergl. Allgemein. Literatur-Zeitung 1788. IV. 892. Dieselben Verpflichtungen haben in den fränkischen Fürstenthümern die Kreisdirectorien; s. H d d Ab.

genommenen neuen Organisation der Regierungs-  
Verwaltung in den Churfürstlich-bairischen Staaten  
ist ein neues Amt, das der Landcommissäre,  
errichtet worden, welches mit jener ältern Ein-  
richtung viele Aehnlichkeit hat, und dessen Be-  
stimmung eine der wichtigsten und wohlthätigsten  
ist,

Abriß der Policenverfassung des k. preussischen  
Fürstenthums Ansbach, S. 199 f.

c) Ihre Instruction v. 1669 f. in der Sammlung  
der Churbairischen Generalien, S. 547.

d) Bairisches Staatsrecht S. 213.

ist, die man sich nur denken kann. „Die Einführung der Landes-Commissäre, heißt es in der beßfalls bekannt gemachten landesherrlichen Verordnung, gründet sich auf die gemachte Erfahrung, daß es einerseits dem unbeweglich an der nämlichen Stelle wirkenden Collegium unmöglich ist, allenthalben für die richtige Beobachtung der erlassenen Verordnungen zu wachen, und den Erfolg zu berechnen, welchen dieselben auf dem Lande äußern, und daß andererseits die deshalb entstandenen Commissionen der Rärhe nicht nur dem Aerario äußerst kostbar sind, sondern auch die Rärhe ihren nothwendigen Collegial- Arbeiten entziehen. Die Landes-Commissäre sollen demnach 1) zwischen dem Collegium und den Beamten die mobilien Mittel- Organe seyn. 2) Sie sollen nicht, wie bisher, nur nach jedermählig einzelnen Aufträgen, sondern nach einer bestimmten allgemeinen Instruction handeln. 3) Sie sollen nicht bloß in der Stadt bey dem Collegium sich aufhalten, sondern in dem Districte selbst wohnen, der ihrer Aufsicht anvertraut ist; 4) damit ihre Landeskenntnisse vermehrt, ihre Aufsicht in beständiger Thätigkeit und Wirksamkeit erhalten, und allen nachgiebigen freundschaftlichen Verbindungen vorgebeugt werde, so sollen sie nach einem Aufenthalte von einigen Jahren von einem District in einen andern versetzt werden. 5) Sie haben in der Regel kein Detail von Geschäften zu besorgen, sondern die Landesbeamten bleiben in unmittelbarer Verbindung mit der Landes-Direction, welche diese ihre Aufträge unmittelbar zugehen läßt:

6)

6) Die künftigen Landes-Commissäre haben eigentlich über das pflanzmäßige Verragen der Beamten und über die Execution der Landesfürstlichen Verordnungen zu wachen. Ihr Geschäftskreis erstreckt sich demnach vorzüglich auf folgende Gegenstände: — a) auf eine allgemeine Aufsicht der Justiz-Verwaltung, damit keine Protrahierung der Justiz Statt finde; b) auf eine allgemeine Aufsicht über die gesammte Policey ihrer Bezirke, mit Ausnahme der exemirten Städte. Der Militär-Commandant muß ihnen zur Handhabung der innern Sicherheit jederzeit nach ihrem Verlangen militärischen Beystand leisten; c) auf die Aufsicht über Kultur-, Schul- und Kirchensachen, so weit letztere zur Policey gehören; d) auf eine allgemeine Aufsicht über die Beobachtung und Wirkung der Geseze. Deshalb soll von allen Weisungen, die über wichtige Gegenstände von der Landesdirection an die Landbeamte erlassen werden, besonders wenn solche bey mehreren Aemtern zugleich einschlagen, dem Landes-Commissär Nachricht ertheilt werden; e) auf eine allgemeine Aufsicht über die Gränze und über die Erhaltung der höchsten Gerechtsame. f) Sie besorgen alle Amts-Untersuchungen und Extraditionen. g) Sie sind die Civil-Commissäre in Cantons-Sachen, soweit der Militär-Canton die in ihrem Bezirke gelegenen Landgerichte begreift. Deshalb sollen sie ihren Sitz, wenn es möglich ist, an dem nämlichen Orte, oder wenigstens in der Nähe des Hauptsizes des Cantons, erhalten. h) Ihnen liegt ob, alle Notizen über  
den

den statistischen Zustand ihres Bezirkes zu sammeln, und solchen alle Jahre nach gegebenen Formularen in Tabellen einzusenden. Diese sollen mit einem räsonnirenden Hauptberichte über den ganzen inneren Zustand ihres Bezirkes begleitet werden, in welchem alles angezeigt ist, was in dem abgelaufenen Jahre Nützliches geschehen, oder was noch weiter zur Aufnahme des Landes geschehen könne.“

S. 5.

In den churbadischen Landen hat die im Jahre 1803 erfolgte Errichtung der Landvögte einen ähnlichen Zweck; es kann aber davon eine nähere Nachricht hier nicht mitgetheilt werden, da der Verfasser die Instruction der Landvögte vor Jahrsfrist zwar gelesen, aber in der bekannten Sammlung der churbadischen Organisations-Edicte auch nur eine Nachricht von der Einführung dieser neuen Aemter und von ihrem Wirkungskreise vergeblich gesucht hat. Im Hessen-Casselschen waren Landräthe nach dem Vorbilde der Preussischen angestellt, deren Amt der geheime Cabinetsrath Kopp zu Cassel in einer Abhandlung von Landräthen, vorzüglich im Hessen-Casselschen, ausführlich beschrieben hat \*), und welches hauptsächlich auf die Verwaltung der Landpolizey sich mit erstreckte. Sie sind vor einigen Jahren aufgehoben worden,

weß:

\*) M. teutsches Staatsmagazin I. 123 f.



weßwegen man sich auf diese bloß historische Bemerkung und Nachweisung beschränkt.

### §. 6.

Wenn die bisher angeführten Einrichtungen besonders geschickt zu seyn scheinen, in der niedern Policeyverwaltung eine ununterbrochene Aufmerksamkeit und Thätigkeit zu erhalten; so sollte man billig erwarten, sie in den meisten deutschen Ländern eingeführt zu finden. Allein selbst in den wenigen, wo sie anzutreffen sind, sind sie neueren Ursprungs, und von manchen Ländern kann man, was wenigstens die Policeyaufsicht betrifft, (denn an Geboten und Verboten fehlt es selten) wiederholen, was Krause<sup>n</sup> von der deutschen Policeypflege im zehnten, elften und zwölften Jahrhundert sagt: „die Regierung rechnete auf Gutmüthigkeit und Erbarmen, und auf eigene Sorge der Hausväter, der Gutsherrn und der Gesellschaften und Gemeinden“. Nur da, wo es zu strafen giebt, also Geld zu verdienen ist, hat wohl auch an solchen Orten die sonst blinde Policey Fuchsbäugen. Aber diese Policey beschränkt sich denn auch bloß auf Strafen und Geldeinziehen; und käme ein muthwilliger Verächter der Policeygesetze gehenmahl vor ihr Strafgericht, er wäre ihr doch weiter nichts als — ein guter Kunde. Etwas von altteutscher Sitte

h) Einleitung in die Geschichte des deutschen Reichs  
S. 195.

Sitte liegt zwar hierinn, die bekanntlich Alles mit Gelde büßen und eben dadurch dem Muth-  
wille, den ein voller Beutel unterstützte, einen  
nur allzugroßen Spielraum ließ. Allein in jenen  
Zeiten gab es keine Policcy, die unaufgerufen  
haupte, und von der man zu erwarten be-  
rechtigt war, daß sie auch andere Mittel, als  
Strafen, anwende, um Gesezübertretungen zu  
verhüten, und nicht der Richter, sondern der Be-  
leidigte, zog den größten Theil des Geldes, das  
der Beleidiger erlegen mußte.

§. 7.

Von der alt-teutschen Verfassung, die von  
keinem Richter wußte, wo kein Kläger war, da-  
gegen aber jeden Beklagten entweder zur Klage  
oder zur Fehde verpflichtete, war der Uebergang  
zu der Verbindlichkeit, Gesezübertretungen und  
gemeinschädliche Handlungen den Gerichten an-  
zuzeigen, natürlicher Weise nicht leicht. Hier-  
inn aber liegt der Grund der in mehreren teut-  
schen Ländern noch gewöhnlichen Land- und  
Rügegerichte, mit welchen im Laufe der Zeit  
die Regierungskunst eine gewisse allgemeine Po-  
liccypaufsicht verband. Erst nachdem die  
Wahl zwischen Selbsthülfe und dem Wege Rech-  
tens nicht mehr, weder dem Beleidigten noch dem  
Beleidiger g) freystand, konnte es bey den ge-  
wöhn-

g) Es war schon ein großer Vorschritt zur Ordnung,  
als Carl der Große dem Beleidigten die Wahl  
nahm

röthlichen Gerichtstagen, Landgerichten, Grefengedingen, Vogtdingen u. zur Pflicht gemacht werden, alle gesetzwidrige, gemeinschädliche Unternehmungen vor den Kaiser oder dessen Stellvertreter zu bringen h) und ihre Bestrafung zu bewirken. Derselbe Grundsatz blieb auch, als in der Folgezeit jene Gerichte mit der Landeshoheit den Landesherren zufielen und in ihrem Namen zu den bestimmten Zeiten fortwährend gehalten wurden i). Nur die neuere, durch römisches und canonisches Recht bestimmte Gerichts- und Collegialverfassung in den deutschen Ländern verdrängte nach und nach in den meisten derselben die alt-hergebrachte Gerichtsform, und da, wo sie sich zum Theil erhielt, wurde sie doch auf mannigfaltige Weise modificirt. Noch im sechzehnten Jahrhundert, nachdem die Reichs-Gerichts-Verfassung schon gänzlich modernisirt und der Landesgerichts-Verfassung zum Vorbilde geworden war, sah man in manchen Reichsländern die alt-hergebrachten Gerichte gegen die neue Ordnung der Dinge sich sträuben, bis sie endlich in die neuen Gerichtshöfe sich auflöseten, oder so ganz umgewandelt wurden, daß ihr

Nah-

nahm und jede Privatrache verbot, falls der Beleidigte den Frieden suchen würde. Cap. 1.

Ann. 802. art. 32. Nachher wurden beide unbedingt an den Weg Rechts verwiesen. Cap. 1V. ann. 805. art. 6.

h) E. J. E. Kaiserrecht P. 2. c. 13. 119. P. 4. c. 17.

i) Grapen Discept. for. cum observat. Observat. II. von den Landgerichten c. 2. §. 9.

Nahme nur an ihre ehemalige Gestalt erinnert, ohne ihre wirkliche richtig zu bezeichnen. Im Fürstenthum Göttingen hatte das Leinebergische Landgericht sich länger, als alle übrigen in den Braunschweigischen Ländern, erhalten, und vergeblich bemühte sich Herzog Heinrich Julius, es mit dem neuerrichteten Hofgerichte zu Münden in ein zweckmäßiges Verhältniß zu setzen. Bürgerliche, peinliche und Fidealg. Sachen sollten bey ihm vorgenommen und entschieden werden. Die Schöffen sollten das Urtheil finden, in bedenklichen Sachen aber bey dem Grafen sich Rath holen. Das Urtheil zu schelten, ward bey Strafe verboten, aber förmlich an das Hofgericht zu appelliren, erlaubt k). Ein Hauptgeschäft aber war die Einbringung der Brogen, welche hauptsächlich auf geringere und besonders Policervergehungen sich bezog l). Darauf wurde dann endlich auch dieses Landgericht lediglich beschränkt, und so wie überhaupt zur höhern Rechtspflege in bürgerlichen und peinlichen Sachen an die Stelle der ehemaligen Landgerichte die Regierungen, Justizkanzleyen und Hofgerichte traten; so ward das, was jene für Erhaltung der Ordnung durch Policeraufsicht und Bestrafung geringerer Vergehungen etwa gethan hatten, bey den landesherrlichen

R 2

Nein

k) Leinebergische Landgerichts-Ordnung von 1529. §. 7. 13. 15. 19. 20. Gruben a. a. O. S. 809 f.

l) Das. S. 819 f. 831 f.

Ämtern in ausgedehnterem Maße durch die noch jetzt gewöhnlichen Landgerichte ersetzt. m)

## §. 8.

Diese Landgerichte erhielten nun im Laufe der Zeit, besonders in Rücksicht auf Landespolicey, eine immer größere Ausdehnung, und in dieser Form sind sie nur noch in den braunschweigischen Staaten vorhanden. Hier und wieder findet man jedoch ihnen ähnliche Institute: Vogt-Gerichte, Ehehaft-Gerichte, Jahr-Gerichte, Dreydinge, Ungebots-Gerichte, Quatember-Gerichte, Geschworne-Montag, Rügergerichte, die theils gleichfalls von alten Zeiten her, jedoch unter mancherley Veränderungen, sich erhalten haben, theils, wie insonderheit die letzteren, jenen älteren Instituten nachgebildet worden sind n). Nach ihrer jetzigen Verfassung ist die Policey einer ihrer Hauptgegenstände, und gerade hierdurch können sie äusserst wohlthätig werden, besonders wenn sie nicht bloß auf das Strafamt derselben sich beschränken. „Die Absicht, sagt Fredericksdorf o), ist gut, aber

m) Vergl. *Mylius de iudiciis denunciatoriis Saxoniae* §. 5.

n) S. I. Kapf und I. F. Malblanc *de iudiciis, quae Rüegerichte vocantur*. Tub. 1773.

o) *Landpolicey* S. 382.

„aber es sey mir erlaubt, nach meiner subjectivischen, auf Erfahrung gegründeten Ueberzeugung zu bekennen, daß ich nicht glaube, daß der Zweck dadurch erhalten werden könne. Sie sind nicht auf alle nöthigen Gegenstände gerichtet, und die Zeit, die darauf verwendet wird, ist so kurz, daß alles nur oberflächlich geschehen kann“. Es ist jedoch leicht einzusehen, daß der Fehler in dem Institute selbst nicht liegt, und daß es wohl nicht sehr schwer seyn dürfte, diesem doppelten Vorwurf vorzubeugen.

### §. 9.

Von den Landgerichten im Churbraunschweigischen sagt Strube p), sie seyen nach und nach bloß Brückengerichte geworden. Allein mit Recht heißt es in einer landesherrlichen Resolution für Christoph Günther von der Schulenburg zu Hehlen vom 23. Jun. 1714: „Die Landgerichte auf den Aemtern werden nicht der Brücke, sondern fürnemlich wegen Examinirung des Zustandes der Unterthanen abgehalten“ q). Zwar werden allerdings die Vergehungen gegen die Sicherheits-, Haus- und Landwirthschafts-, Feuer-, Feld- und Forstpolicey, so wie andere geringere, nicht peinliche

N 3

Ver-

p) Rechtl. Bedenken, Th. I: S. 78.

q) Dasselbst Th. 4. S. 78. Damit stimmt auch bis so viel ich weiß, noch ungedruckte) Verordnung vom 26. Jul. 1706. überein. S. Anlage 1.



ndgerichten gestraft, eine Menge sehr besondern allgemeinen Policey; und wenn gleich t. alle hieher gehörige doch auch der Dienstnissarius auf die nahen Gegenstände nicht bedingung vom 26. Jul. richten zu fördern die Unterthanen von den t, als auch insonder-

heit in Ansehung der zu leistenden Dienste, behandelt werden, untersucht und sodann dahin gesehen werden ob und in wie fern verschiedene auf dem Lande besonders wichtige Policeygesetze und Vorschriften gehörig beobachtet werden, z. E. ob genügsame Feuergeräthschaft bey den Dörfern vorhanden sey? Ob Feuerherren, Pfänder und Hirten bey jeder Dorfschaft bestellt seyen? Ob die Backofen aus den Häusern weggeschafft werden und ohne Gefahr liegen? Ob die Wege-Ordnung in allen ihren Punkten befolgt werde? u. s. w. r). Durch eine spätere landesherrliche Vorschrift soll der Hauptzweck der Landgerichts darin bestehen, daß durch selbige sowohl die Ordnung der Amtsangelegenheiten überhaupt, als besonders der weitere Fortgang gemeinnütziger Verbesserungen, beides in Ansehung der Domänen und auch der Unterthanen Wohlfahrts Aufnahme

r) S. die Anlage 1.



nahme, immer mehr und mehr auf das thätigste befördert werden möge \*). In einigen Policeyverordnungen ist auch vorgeschrieben, daß sie auf dem Landgerichte öffentlich verlesen werden sollen.

§. 10.

Die vor das Landgericht gehörigen sogenannten bruchfälligen oder wrogenmäßigen Vergehungen (§. 9.) werden in der Regel mit Geld, aus besondern Gründen aber auch mit kurzem Gefängniß oder Zwangsarbeit zum Vortheile des Landesherrn bestraft. Bey dem Landgerichte werden die Strafen nur angesetzt, die Untersuchung muß schon vorher durch die Beamten geschehen seyn. Die Schulzen, Wögte, Bauermeister, Krüger und Pfänder sind verpflichtet, den Aemtern die vorgefallenen Wrogen mit Ausgange jeden Monatses anzuzeigen. Diese sollen die Beamten im folgenden Monate sofort untersuchen und ein ordentliches Protocoll darüber halten, dessen Einrichtung ausführlich vorgeschrieben ist. Die Untersuchung ist ganz summarisch, si dergestalt vollständig beendiget seyn, der Abhaltung des Landgerichtes ei Cognition nicht, sondern lediglich der Strafe, bedarf. Diese ermäßig

R 4

\*) S. Cammerauschreiben vom 3. April 1778. Anlage 2.

gerichts-Commissarius, jedoch mit Rücksicht auf das Gutachten der Beamten, und unter der schon in der vorhergehenden Abhandlung bemerkten Einschränkung, daß jede Uebertreibung zu vermeiden und vorzüglich die Strafe nach Gelegenheit des Verbrechens und Vermögens, dem alten Herkommen gemäß, zu bestimmen ist. Zur bequemen Uebersicht dient das Landgerichts-Bruch- und Forst-Wrogen-Register, welches bey dem Landgerichte ein Beamter verlieset und darauf die angelegten Strafen in dasselbe einträgt. Ohne dringende Ursachen darf niemand, so wenig zu Gefängniß, als zu Arbeitsstrafe angelegt werden. Was diese letztere betrifft, so sollen diejenigen, gegen welche sie erkannt wird, bloß in herrschaftlichen Bau-, Forst- und Amts-Angelegenheiten, nicht aber in Privat-Garten- oder Haushalts-Arbeit gebraucht werden.

## §. II.

Die Landgerichte werden bloß von landesherrlichen Commissarien aus dem Cammercollegium gehalten, und eigentlich sollte es jährlich einmahl in jedem Amte geschehen, wovon jedoch öftere Ausnahmen stattfinden. Ist dieß der Fall, so müssen die Bruch- und Wrogen-Register vor Ablauf des October-Monathes, nebst den Untersuchungs-Protocollen, an die Cammer eingesandt werden. Von den landgerichtlichen Straf-Erkenntnissen findet keine Appellation Statt, außer wenn dabey das Recht eines Dritten in Betrachtung

tung käme, und für gekränkt gehalten werden wolte. t) Die Kosten der Landgerichte trägt größtentheils der Landesherr, und es ist gesetzlich bestimmt, daß die Unterthanen dadurch nicht ungebührlich belästiget werden sollen. u) Bey der Untersuchung und Bestrafung der Forstwro- gen ist jedesmahl der Oberförster gegenwärtig. — Die in den Herzoglich-Braunschweigis- chen Landen üblichen Landgerichte sind von den Churbraunschweigischen nur wenig verschieden, weswegen eine nähere Schilderung derselben größtentheils nur Wiederholung seyn würde v).

§. 12.

Ähnliche Ueberreste der alten Gerichtsver- fassung finden sich noch im Hessischen, w)  
N 5 im

t) Verordnung vom 19. Oct. 1719. §. 5. Bill. II. 64.

u) Hannov. Landtags-Abschied v. 1639. art. 2. Bill. II. 444.

v) S. Fredersborff Promptuarium der fürst- lich Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landesord- nungen II. 410 f. IV. 179 f.

w) Das ungebotene Ding. S. Fürstlich-Hess- sche Ungebotsordnung, wie solche jederzeit bey dem Gerichte ist verlassen und von Ihro hoch- fürstliche Durchlaucht Herrn Landgrafen Georgen Christmildesten Gedächtniß sub dato 20. Dec. 1640 renovirt und bestätigt worden.

(lern  
en an)  
,, bey  
Polis-  
merke  
, aber  
ichte,  
ehnten  
n dd),  
aben,  
brauche  
te find,  
bgleich

er sie unrichtig bloß als Sittengerichte aufführt,  
dazu bestimmt, im Allgemeinen und im Einzeln  
nen

x) Der geschworne Montag. S. Abhandlung vom geschwornen Montag oder den Rügegerichten an der Lohne. Marburg 1768.

y) Das Jahrgericht. S. Moser von der Landeshoheit in Regierungssachen, S. 344.

z) Die Ehehaft-Gerichte. S. Heineccius elem. jur. germ. T. 2, p. 424.

aa) Der geschworne Montag. S. Duill de jud. cens. vulgo Rügegerichte, spec. de iis, quae in Dynastia Wedano-Runcaliensi semel per annum solemniter celebrantur. c. 2, p. 20.

bb) Ehehaft-Gericht. S. Heumann de judiciis communitatum p. 35.

cc) Kapf 1, p. 21 seq.

dd) Ibid. p. 24. 25, 26.

gehört zur Competenz der Rügegerichte. — Der Anfang bey ihrer Abhaltung wird mit einem sogenannten Durchgange der Ortseinswohner gemacht, wobey jeder Einzelne nicht nur mit seinen Klagen über rügbare Dinge zu Protocoll vernommen, sondern überdieß nach Anleitung des in der Landesordnung ee) enthaltenen Laster- und Rügezettels befragt, hierauf eine summarische Untersuchung angestellt und die Strafe nach Maßgabe der Umstände angesetzt. Eine Geldstrafe darf nicht über zwey Gulden gehen. ff). — In der Grafschaft Wied wird ausser dem schon oben bemerkten althergebrachten geschwornen Montag jährlich viermahl ein P o l i c e y, R ü g e g e r i c h t gehalten, wobey es aber bloß auf die Bestrafung der in beträchtlicher Anzahl verzeichneten

ee) Tit. 121 — 133. Dieser Laster- und Rügezettel ist allerdings eine ziemlich vollständige Beyhülfe für das Gedächtniß, enthält aber vieles, was in die Criminalität einschlägt.

ff) Voller württembergisches Polizey-Recht II, 248. 249; Vergl. Kapf 1. c. p. 43 seq.

neten und genau taxirten Policeyvergehungen abgesehen ist. 88)

88) E. Anlage 3. Gräfllich Bied:Runkelsche Policey:Rügegerichts: Straftaxe. Diese soll auch die Stelle eines Laster- und Rugzettels vertreten. „Wenn, heißt es „in der Policey:Rügegerichtsordnung v. 1765. „§. 8., in einem oder andern Vierteljahre etc. „wa gar keine Rügeanzeigen eingekommen seyn „sollten; so sollen dennoch Schultheiß, Heimsberger und Schützen des Kirchspiels erscheinen, und alsdann hat die Reglerung oder „das Oberamt nach den Rubriken der Policey: „und Rügetax: Ordnung die Anwesenden zu befragen.“

### Anlage 1.

Verordnung Churfürst Georg Ludwigs vom 26. Jul. 1706; die Abhaltung der Landgerichte betreffend.

Demnach die Landgerichte auf denen Aemtern in Unsern Landen nicht allein behuf Abthnung der vorfallenden Brogen, sondern hauptsächlich deswegen zu halten, damit nachzufragen, welcher gestalt die Untertthanen vor ihren vorgesetzten Beamten tractiret und ob diese ihrer Schuldigkeit in allem nachgekommen, mithin ob sonst die

Oeco-

Oeconomia in denen Aemtern solchergestalt geführt werde, wie es gutem Haushalte gemäß ist, welchemnach wir, damit darunter eine Uniformitaet gehalten werde, zu verordnen gnädigst gut gefunden, was solchermwegen in specie zu beobachten; So ist Unser gnädigster Wille, daß alle und jede Commissarii, welche zu Abhaltung der Landgerichte von Unser Churfürstl. Cammer werden verordnet werden, jeden Orts bey Abhaltung des Landgerichts folgende Punkte vornehmen und genau examiniren, auch resp. die Unterthanen darüber befragen sollen:

1) ob die Unterthanen über die Beamte wegen verweigerter Justiz, oder in anderen Stücken, oder über sonst jemand sich befügt und mit Grund zu beschwehren haben?

2) ob die Unterthanen im Dienst über das Herkommen in einem oder anderm Stück beschwert werden?

3) ob ihnen, denen Unterthanen, bey Verrichtung des Dienstes die Proben in gehöriger und hergebrachter Quantität, auch in natura und zu rechter Zeit, gereicht werden?

4) ob die Dienste in der Zeit und in der Woche, da sie die Unterthanen zu thun schuldig, erfordert und verbraucht, oder aber von einer Zeit zur andern aufgesummet und hernach zur Saate- und Erndtezeit, oder auch sonst zu der Unterthanen Beschwerde auf einmal erfordert werden?

5) ob die Unterthanen bey Verrichtung des Dienstes hart gehalten oder wohl gar geschlagen werden?



6) ob Durchmärsche fremder — und welcher? — Troupen seit kurzen geschehen?

7) ob gute Ordre gehalten worden?

8) ob dasjenige, so die Durchmarschirte gekostet, dem March-Reglement gemäß, denen Unterthanen richtig bezahlt sey?

9) ob Maas, Ellen, Gewichte, Haspel und Hinten, fleissig visitiret werden?

10) ob genugsame Feuergeräthschaft bey denen Dörfern vorhanden sey?

11) ob Feuerherren, Pfänder und Hirten bey jeder Dorfschaft bestellet?

12) ob die Backofen aus denen Häusern weggeschafft werden, und ohne Gefahr liegen?

13) ob die Sperlings- oder Krähen-Köpfe richtig geliefert werden?

14) ob die Wege-Besserung oder Wegeordnung fleissig und zu gehöriger Zeit vorgenommen, auch sonst sothane Wegeordnung in allen ihren Puncten observirt werden?

15) ob von einem oder andern Unterthanen die grüne Saat auf dem Felde verkauft worden?

16) ob die Unterthanen fleissig Obst- und Weidenbäume zu pflanzen?

17) ob Schäffer, Immen, Klachs, Fenster- oder dergleichen Zehrungen angestellet werden?

18) wie viel wüste Höfe annoch im Amt vorhanden, und ob zu deren Wiederbesetzung nicht Leute

Leute herbey zu bringen seyen; kom mer die Per-  
tinenzien der wüsten Höfe unter der Cultur habe,  
und ob nicht etwan des Gutsherrn eigener Nutz  
Ursache daran sey, daß die Höfe wüßte erhalten  
werden?

19) ob diejenige, denen in dem verwichenen  
Jahr Bauholz entweder zum ganz neuen Bau,  
oder zu Reparation ihrer Gebäude verwilliget,  
wirklich gebauet und das dero Behufverwilligte  
Holz dazu angewendet haben?

20) ob in Vortreibung der Gefälle annoch  
militärische Execution gebraucht werde?

21) wie viel an Executions-Gebühren ent-  
richtet werde?

22) ob die Nebenanlagen durchgehends mit  
Gleichgewicht angelegt seyen? weßfalls von den  
Communen eine Rechnung zu fordern und nach-  
zusehen ist;

23) ob Wiesen in denen Forsten vorhanden,  
und ob dieselben gehörig versteinet oder sonst  
mit Gräben umzogen?

24) ob die Maßbarte versiegelt beym Amte  
verwahrt werde?

25) ob die Jahrzahl darauf gehörig geändert  
worden? zu welchem Ende die Maßbarte wird  
vorzuzeigen seyn.

26) ob die Forstbogen von denen Forstbes-  
dienten zu rechter Zeit, und zwar alle Monate,  
dem Amte zur Examination eingeschickt werden?

## 272 IX. Ueber Policcy - Aufsicht;

27) ob der Amts - Acker in guter Art, auch  
Gras und Haar erhalten werde?

28) ob die Brack über den 4ten Theil, und  
also übermässig besäet?

29) ob die Teiche und Fischerey im Stande  
erhalten werde?

30) ob bey dem Amt Obst - und Weiden - Bäu-  
me fleissig zugepflanzt werden?

31) In was Stande die Amts - und Haus-  
halts - Gebäude befindlich seyen?

32) ob die Armenordnung gehörig observiret  
werde?

Auf daß auch die bey vorangezogener Unter-  
suchung führende heilsame Intention desto besser  
zum Effect gebracht werde; So wollen Wir gnä-  
digst, daß wenn die Unterthanen über die acht  
erste von den vorgesezten Puncten zu befragen,  
die bey Unsern Aemtern bestellte Oberhauptleute,  
Drosten und Beamte, wie auch die Amts - Un-  
ter- und Forstbediente von denen verordneten  
Landgerichts - Commissarien respective zu ersu-  
chen zu bedeuten, indessen einen Abtritt zu  
nehmen, damit die Unterthanen desto freyer  
und ungescheueter sprechen, und ihre Nothdurft  
von sich sagen können, wie Wir denn weniger  
nicht, weil obangezogene Puncten sämt-  
lich bey allen und jeden Aemtern nicht werden  
statt finden, der dazu verordneten Landgerichts-  
Com-

Commissarien Ermäßigung heimstellen, welche von mehrberegten Puncten bey diesem oder jenem Amt wegzulassen und nicht zu examiniren seyen.

Hannover, den 26sten Jul. 1706.

Georg Ludewig, Churfürst.

(L.S.)

---

### Anlage 2.

Ausschreiben der K. Cammer zu Hannover  
vom 3ten April 1778.

Unsere zc.

Da bey der von Sr. Königl. Majestät und Churfürstl. Durchlauchten, Unserm Allergnädigsten Herrn, befohlenen jährlichen Abhaltung der Land-Gerichte, Allerhöchst, Deroselben Landesväterliche Absicht huldvoll dahin gerichtet ist, daß durch selbige sowol die Ordnung der Amts-Angelegenheiten überhaupt, als besonders der weitere Fortgang gemeinnütziger Verbesserungen, beydes in Ansehung der Domainen und auch der Untertanen Wohlfahrts-Aufnahme, immer

mehr und mehr auf das thätigste befördert werden möge;

So haben daher Sr. Königl. Majestät in Gemäßheit dieses Landgerichtlichen Haupt-Endzwecks, und um eine jährliche General-Notiz von allem demjenigen zu erhalten, was in der gleichen mit dem innern Wohlstande des Landes in der genauesten Verbindung stehenden Cameral-Geschäften von Jahren zu Jahren und in jedem Amte wirklich ausgerichtet sey, oder aber wodurch sich deren Betathung benachtheiligt gefunden habe, Allergnädigst zu verordnen geruhet, daß künftighin alle Jahr, an Allerhöchst Dieselben von der Cammer ein solches tabellarisches Verzeichniß der sämmtlich abgehaltenen Landgerichte allerunterthänigst eingesandt werden solle, wodurch Sr. Königl. Majestät in Ansehung eines jeden Amtes ausser mehreren Sr. Königl. Majestät Dienst-Berathung betreffenden Gegenständen vornemlich vor Augen gelegt werde:

1) ob die Amts-Registratur in guter Ordnung gehalten werde?

2) ob die Pächter den Haushaltungen gut vorstehen, auch auf die Conservation der Gebäude gehörigen Bedacht nehmen?

3) ob Gemeinheits-Theilungen und Verköppelungen gemacht sind, oder nicht zu machen gestanden?

4) Eben dergleichen von den Moor- und Bruch-Verbesserungen, auch sonst nöthigen Abwässerungen;

5)

5) ob außer den jährlichen gewöhnlichen Forst-  
Berichten noch etwas wichtiges zu deren Verbes-  
serung vorgefallen?

6) ob bey den Domanial-Pertinenzien Ver-  
besserungen oder nützliche Vereinzellungen vorge-  
kommen, auch

7) neue Anbauer hinzu gekommen sind?  
Ferner

8) ob überhaupt so viel sich bemerken lasse,  
der Zustand der Unterthanen zu- oder abgenom-  
men habe, und

9) worinn die Haupt- Neben-Gewerbe der  
Unterthanen bestehen, und ob sich solche mehr  
erweitert oder wodurch mehr beschränkt finden?

10) ob der Natural-Dienst aufgehoben, was  
davon für Folgen in Ansehung der Unterthanen  
bemerkt, und ob im Fall des noch beibehaltenen  
Natural-Dienstes, Beschwerden der Untertha-  
nen vorgekommen sind?

Damit nun Königl. und Churfürstl. Cammer  
in den Stand gesetzt werden mögen, dem obigen  
allerhöchsten Königl. Befehle durch eine jährliche  
tabellarische Berichtserstattung von abgehaltenen  
Landgerichten ein pflichtschuldiges Genügen zu  
leisten; so werden die jedesmahligen Landge-  
richts-Commissarien auf die zuverlässigste Be-  
stimmung der obermähnten Fragen die vorzüg-  
lichste Attention nehmen, und Wir haben zu  
solchem Ende nöthig erachtet, die sämmtlichen  
Beamte des Landes davon zum voraus, und um

so mehr zu benachrichtigen, damit jeder derselben bey allen künftigen Land-Gerichten sich gefasset halten könne, über dasjenige, was in Betreff obiger Fragen vorkommen wird, oder nachgesehen, und beygebracht werden muß, pflichtmäßige Rede und Antwort zu geben. Uebrigens wird in diesem Jahre wie auch künftighin allemal ein Theil der Land-Gerichte abereinst sehr frühzeitig, und noch innerhalb des Maymonaths abgehalten werden; Daher dann die Beamte die Brogen-Register, und was sonst auf das Land-Gerichte vorzubereiten seyn mögte, in fertiger Bereitschaft zu halten, inmaassen nachmals, in Ansehung der einmal festgestellten Land-Gerichts-Termine, als welche nächstens bekannt gemacht werden sollen, keine Aenderung stattfinden kann. Wir 2c.

Hannover den 3ten April 1778.

Königl. u. zur Cammer verordnete Cammer-  
Präsident 2c.

B. Bremer.



### Anlage 3.

#### Wied- Runkelische Polices- Rügegerichts- Straftaxe.

	Stuhl.	Rth.
1) Wer mit einer Strohsackel oder Feuerbrand über die Straße oder in die Gebäude geht,	2	60
2) Wer in einem Dorfe schießt	1	30
3) Wer Feuer in ohnverdeckten Töpfen über die Straße trägt	1	30
4) Wer mit einem offenen Lichte in Scheuer oder Stallung geht	2	60
5) Wer in Scheuer oder Stallung Taback raucht [Und wer es nicht angiebt, und den Frevel weiß, eben so viel.]	2	60
6) Wer Glachs in den Gebäuden, oder Holz in den Ofenlöchern dörret	1	30
7) Wer Fourage oder Glachs auf einen Speicher leget, wo ein Schornstein ist	1	30
8) Wer Asche an feuerfangende Dörter schüttet	1	30

	Rthlr.	Rth.
9) Das Unterlassen einer Nachts- oder Tagswache	—	60
10) Wer keinen ledernen Feuer-eymer hat, und wo in einem Orte einer abgeht	1	—
11) Wer die Straße vor seinem Hause nicht kehret, Mittwochs und Samstags	—	10
12) Von einem jeden Schweine, das in den Dörtern herumläuft, oder in Gärten, Wiesen und Feldern gefunden wird, nebst Ersehung des Schadens	—	20
13) Wer Nebenweide suchet auf un-erlaubten Plätzen, von jedem Stücke Vieh	—	20
14) Wer Zugvieh zwischen den Flu- ren hütet, vom Stück	1	30
15) Wer vor der Morgen-, oder nach der Abendglocke Vieh hütet, vom Stück.	1	30
16) Wer vor Michaelis, Tag in den Wiesen, bevor das Grummet ein- geerntet, hütet, vom Stück	1	30
17) Wer nach dem 10ten April dar- in hütet	1	30
18) Wer über die Früchte sich eines Nebenweges ohne Noth gebrau- chet, von jedem Stück Zugvieh mit Karrn	—	60
Von der Person, wann es schäde- lich	—	10

Stück. 574

- |   |    |    |
|---|----|----|
| 19) Wer ein Kind unter sechszehn<br>Jahr auf die herrschaftliche oder<br>Gemeindearbeit schicket  | —  | 60 |
| 20) Wer einen fruchtbaren Obstbaum<br>auf seinem eigenen Gute ohne Er-<br>laubniß abhauet   | 1  | 30 |
| Geschiehet es auf eines Andern<br>Grunde,   | 5  | —  |
| 21) Die Obstdieberey, Garten- und<br>Feldentwendung, so bey Nachtzeit<br>geschiehet, wird mit Leibesstrafe<br>belegt; doch kann solches das er-<br>stemal gebüßt werden mit | 10 | —  |
| 22) Obst- Garten- und Felddieb-<br>stahl, so bey Tage geschiehet, das<br>erstemal mit   | 1  | 30 |
| Das zweytemal mit   | 5  | —  |
| Das drittemal mit Leibesstrafe,<br>Schulkinden werden dafür mit der<br>Ruthe gezüchtigt.  |    |    |
| 23) In dessen Gebäuden Obst gefun-<br>den wird, und nicht angewiesen<br>werden kann, woher er solches<br>bekommen   | 1  | —  |
| 24) Wer eine Furche breiter als ei-<br>nen Schuh schneidet  | 2  | —  |
| 25) Wer auf eines Andern Stück<br>graset,   |    |    |
| ex culpa lata   | —  | 60 |
| ex dolo doppelt,  |    |    |
| 26) Welcher Schuß den ganzen Tag<br>seines  | 6  | 4  |

	Arthr.	Rth.
seines Umganges versäumet, oder mit eigener Arbeit zubringet.	I	30
Wann er jemand verschweiget	5	—
27) Welcher Schütze am Tage seines Umgangs sich des Abends bei dem Schuldheissen oder Heimbberger nicht meldet, und die Rügen anzeigt	—	60
28) Wer bey zusammen berufener Gemeinde ohne Ursache ausbleibet	—	30
29) Wer bey versammelter Gemeinde unbescheiden redet, oder mit einer Tabackspfeife erscheint	I	20
30) Wer seinen eigenen Zaun abreißt, ohne anders wieder zuzumachen	I	30
31) Wer eines Andern Zaun bestiehlt	5	—
32) Welcher Wirth Sommers und Winters Abends nach zehn Uhr in seinem Hause einheimische Gäste hält, oder einiges Spiel duldet	10	—
33) Von einer Gans, die im Schaden betreten wird	—	5
34) Von einer Geiß, die an Bäumen oder Hecken gefunden wird	I	30
35) Welche sonst im Schaden gerügt ist	—	60
Das Hecken-abschneiden zu deren Futter	—	30
36) Welcher Müller die Maßwaage vorbeypfähret	2	60

37)

	Müßl.	Str.
37) Welcher Mahlgast die Frucht nicht wiegen läßt	1	30
38) So oft der Waagemeister das Vorbeygehen der Waage nicht anzeigt	1	30
39) Welcher Schultzeiß oder Heimbberger die vor und nach ergangene herrschaftliche Ordnungen der Gemeinde alljährlich nicht einmal wieder bekannt macht	5	—
40) Welcher Schultzeiß oder Heimbberger nicht aufnotiret, wann ein Schuß nicht umgegangen, oder sich Abends nicht gemeldet	2	—
41) Wer das neue Jahr anschießt,	5	—
42) Welcher von der Bauzunft an einer Thür aus dem Hause in den Stall arbeitet	5	—
43) Welcher Maurer einen gefährlichen Camin bauet, oder Schornstein macht	10	—
44) Der Maurer oder Zimmermann, so bey einem Gebäude die Schwellen nicht vier Schuh über die Erde ausstellet, und so hoch untermauert	10	—
45) Wer ein neues Haus bauet, und ohne Specialerlaubniß das unterste Stockwerk nicht von Mauer errichten läßt	10	—
46) Das Aehrenlesen, so lange die Frucht im Felde, ist bey Leibes-		
§ 5		strafe

	Stuhl.	Str.
strafe verboten; Fann aber das erstemal gebüßet werden mit.	2	—
47) Von jedem aus Nachlässigkeit ohnbesamt liegen gebliebenem Wiertel oder Sadel Landes, wann es gebauet werden kann, und seinem Nachbar zu bauen nicht offeriret wird	1	—
48) Welche Gemeinde das Halbei- sen oder die Breche abgehen läßt	2	—
49) Wer Frucht nach Hause fährt, ehe und bevor der Zehndheber die Zehndgarbe selbst in Empfang ge- nommen	5	—
50) Wer fremde Leute aufnimmt, und denselben Wohnung gestattet, ohne herrschaftliche Erlaubniß da- zu zu haben	10	—
51) Wer verdächtige Leute herberget, ohne solches des Orts Vorgesetz- tem anzuzeigen	10	—
52) Derjenige Wirth zu Runkel und zu Dierdorf, so keinen Nachtze- tel einsendet	10	—
53) Die Gemeinde, welche in Un- terhaltung ihres Feuersgeschirrs an Sprühen, Feuerhaken, Feuer- leitern und Feuereymern nach- lässig befunden wird.	5	—
54) Ein Jude, so Sonntags auf Handel und Wandel betreten wird	5	—
55)		

	Rügr.	Str.
55) Wer dem andern überackert, nebst Ersehung des Schadens	6	—
56) Wer einen Mark- oder Grenz- stein aus Vorsatz ausackert . Ohne Vorsatz soll es gleich ange- zeigt, oder diese Strafe erlegt werden	10	—
57) Wer seine Zaunlücken zu rech- ter Zeit nicht zumachet, putzet oder den Flurzaun zum Schaden seines Nachbarn übertreibt	1	—
58) Wer den andern unzeitig schilt, und mit Worten injuriert, nach der Sache und Personen Bewand- niß, 1, 2, 3, 4, bis	6	60
59) Wer blutrünstig schläget, von einem Reichsthaler, und nach rich- terlicher Erkenntniß, bis	20	—
60) Für geringe Real-Injurien von 1 bis	5	—
61) In der Stadt soll Niemand sei- nen Karrn stehen lassen, bei	2	—

In Ansehung anderer hier nicht angeführter  
Rügefälle hat es bey denen in Unsern Special-  
verordnungen bereits angesetzten Strafen sein Be-  
wenden; wornach sich dann jedesmalen zu achten  
ist. Gegeben Runkel, den 4ten Febr. 1765.

Christian Ludwig, Graf zu Wied.

(L.S.)



X.

Von der Centgerechtigkeit, Graischherrschaft, Vogtenlichkeit und anderen besonderen Rechten in Beziehung auf das Recht der Policey-Verwaltung.

---

In verschiedenen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Franken, Schwaben und am Rheinstrome, findet öfters eine Vertheilung der Hoheitsrechte unter mehrere Besitzer Statt, welche nothwendig auch auf die Policey-Verwaltung von wesentlichem Einflusse seyn muß und nicht selten zu langwierigen und weitaussehenden Streitigkeiten Veranlassung giebt, wovon dann häufig die Folge zu seyn pflegt, daß einstweilen die Policey gänzlich ruhet.

Es ist schwer und vielleicht unmöglich, in ein solches Chaos volles Licht und Ordnung zu bringen, und da sehr oft die sicherste Norm, Her-  
form

kommen und Besitzstand, ungewiß oder streitig ist, so muß man doch zu gewissen allgemeinen Grundsätzen seine Zuflucht nehmen, welche hier in besonderer Beziehung auf die Polizey-Gewalt näher erörtert werden sollen, zu welchem Ende es jedoch erforderlich ist, eine kurze Schilderung der mannigfaltigen Verhältnisse, welche dabey zu berücksichtigen sind, vorauszuschicken.

Sonderbar und verwickelt ist die teutsche Verfassung schon in den allgemeineren und größern Verhältnissen. Aber wie würde sich ein Fremder wundern, wenn er das Bild dieser Verwickelung, die er Verwirrung zu nennen so geneigt ist, in einen kleinen Bezirk, oft in ein unbedeutendes Dorf zusammengedrängt sähe! In diesem Dorfe findet er fast eben so viel regierende Herren, als Unterthanen: es ist vielherrisch; die Landeshoheit ist unter 3, 4, 6 oder mehrere getheilt, und vielleicht ist sie sogar verschiedenen über einen Bauern und sein Haus und Hof gemeinschaftlich. Dieselbigen Unterthanen aber, die auf solche Weise unter mehrere Landesherren getheilt sind, können wieder einem Andern als Vogtherrn unterworfen seyn, und es ist möglich, daß ein Dritter die Strafengerichtbarkeit auszuüben hat, während ein Vierter zu der Pfahlgerichtbarkeit befugt ist. Außerdem kann noch Cent, Grafscherrschaft, Blutbann, Dorfs-Gut, oder Leibeshererschaft, Lehenherrlichkeit, Wildbann und forstliche Obrigkeit, niedere Forstgerichtbarkeit, Zoll und Geleit, Patronatrecht, geist-

geistliche Gerichtbarkeit u. s. w. in ganz verschiedenen Händen sich befinden, die bald über das Ganze sich erstrecken, bald aber auch auf gewisse Personen oder Bezirke beschränkt sind.

Einige fränkische Stände haben dieß ganz eigene Verhältniß selbst also beschrieben: „In Franken ist gar bräuchlich, daß oft zehn, zwölf oder mehr Herrschaften Theil und Leute in einem Flecken oder Dorf wohnen haben, und hat ein jeder die vogteylliche Obrigkeit und *bassam jurisdictionem* über seine Unterthanen; darnach so hat etwan der Herrschaft eine die Cent, oder hohe Obrigkeit und Geleitsstraßen, hoch Wildbann auf allem; darnach hat etwan eine Herrschaft die Dorfherrschaft und gemeinliche Handel auf allem; item etwan eine Herrschaft die geistliche Jurisdiction und pfarrliche Gerechtigkeit auf allen“ u. s. w. a)

Träfen alle diese Verwickelungen in einem Orte zusammen; so könnte man den Namen Verwirrung nicht mit Unrecht gebrauchen, und was sich in einer solchen Lage für gute Ordnung und Policy hoffen ließe, ist leicht vorauszu sehen. Gewöhnlich ist indessen die Zersplitterung der verschiedenen Regierungsrechte ganz so groß nicht, und ein Glück ist es immer, wenn wenigstens die Landeshoheit Einem allein zustehet,

vß

a) Bed von der vogteyllichen Obrigkeit S. 657.

ob er gleich an den Inhabern besonderer Hoheitsrechte nicht selten Widersprecher und Rivale hat.

In diesem Falle ist jedoch kein Zweifel, daß die hohe Policeygewalt dem Landesherrn, vermöge seiner landesherrlichen, hohen Obrigkeit, ausschließlich zukommt, und daß in der Regel den Policeygesetzen und Anordnungen, welche er zu treffen für nöthig findet, selbst jene in Anderer Händen befindliche Gerechtsame unterworfen sind, insofern von ihnen nicht gezeigt werden kann, daß sie als von der Landeshoheit unabhängige Staatsrechts-Dienstbarkeiten betrachtet werden müssen. b)

Ist die Landeshoheit über einen Ort oder Bezirk unter Mehrere getheilt; so steht jedem die Policeygewalt in dem seiner Hoheit unterworfenen Districte zu, wo dann freylich der Fall eintreten kann, daß die Bewohner eines und desselben Ortes nach ganz verschiedenen Grundsätzen behandelt werden, wodurch die Handhabung einer guten Policey nothwendig sehr großen Schwierigkeiten ausgesetzt seyn muß. c)

Der Besitz der Cent- und Fräischgerechtigkeit ist in der Regel bloß auf die  
pein.

b) Westphäl. deutsches und reichsständisches Staatsrecht, Abh. 48. S. 6.

c) Beispiele von streitiger Landeshoheit über einzelne Unterthanen s. in Neuß Staatskanzley I. 227. V. 367—369.

peinliche Gerichtbarkeit, mithin auf die Untersuchung und Bestrafung der dahin gehörigen Verbrechen, und auf die Vollstreckung der erkannten Strafen beschränkt. Der Blutbann hat gemeiniglich dieselbe Bedeutung, bezeichnet aber auch öfters bloß das Recht der Vollstreckung, und ist in dieser besondern Bedeutung von der Policeygewalt deutlich und bestimmt genug geschieden.

Daß der Inhaber der hohen Cent und hohen Freisch im Zweifel auch für den Landesherrn zu halten und folglich zur Ausübung der hohen Policey berechtigt sey, wie zum Theil behauptet werden will, ist unrichtig d), und selbst die sogenannte Criminal-*Policey* oder das Recht, Anstalten, Verordnungen und Vorkehrungen zur Verhütung der Verbrechen zu treffen, ist darunter nicht mit begriffen. Dieses stehet, mit der gesammten *Policeygewalt*, dem Landesherrn zu, und die Cent- und Freischgerechtigkeit ist über die ihr der Regel nach eigenthümlichen Gegenstände nicht auszudehnen.

Indessen kann nach besonderem Herkommen mit der Cent- oder Freisch- doch auch zum Theil die *Policeygerichtbarkeit* verbunden seyn, weßwegen jedoch allemahl demjenigen, welcher

darauf

d) Moser von der Landeshoheit in Justizsachen S. 60. 61. Vergl. M. deutsche Staatsliteratur II. 356. 357.

darauf Anspruch macht; der Beweis obliegt. Merkwürdig ist in dieser Hinsicht ein cammergerichtliches Erkenntniß vom Jahre 1683, welches Moser <sup>e)</sup> anführt, wo dem Graischherrschen ausdrücklich die Befugniß beygelegt wird; alle Vergehungen wider „gemein publicirte Décrète und Policeyverfassungen; wie auch der Dorfschaften und andere gemeine, gute Ordnungen zu bestrafen und zu coerciren,“ ein Erkenntniß, auf das Besondere Herkommen in dem Falle, welchen es betrifft, gegründet ist. Obnehin versteht es sich von selbst; daß von einer solchen Policeygerichtbarkeit kein Schluß auf das Recht der allgemeinen Policeyaufsicht oder der Policeygesetzgebung und Anordnung gilt:

Die Vogtey ist entweder unmittelbar oder mittelbar. Jene kann, in so fern sie durch Staatsrechts-Dienstbarkeiten nicht beschränkt ist; alle Rechte der Landeshoheit, also auch die Policeygewalt ihrem ganzen Umfange nach, in sich begreifen. <sup>f)</sup> Wird die unmittelbare Vogtey der Cent oder Graisch entgegen gesetzt; so hat sie, nach

e) von der Landeshoheit in Justizsachen, S. 52.

f) So beschreibt sie Beck in seinem Tractat von der unmittelbaren vogteylichen Obrigkeit, wo er ihr aber doch auch vieles beylegt; von dem Moser mit Recht sagt, daß er als ausgemacht voraussetze, was erst, als zur Vogtey gehörig, zu erweisen wäre. Moser d. d. O. S. 67.

nach den oben aufgestellten Grundsätzen, in Ansehung der Policeyverwaltung die Vermuthung für sich. Denn der unmittelbare Vogtherr ist mit Ausnahme der zu der Cent oder Fräisch gehörigen Rechte, zu der Ausübung aller übrigen Hoheitsrechte befugt. g) In besonderer Rücksicht auf Policeyverwaltung dient ein von Moser h) mitgetheilter Auszug aus einem Kaufbrieft zwischen Dettingen und dem teutschen Orden über das Dorf Pföfflingen vom Jahre 1717 sehr zur Erläuterung. Nach demselben wird dem Verkäufer zwar die fräischliche Obrigkeit vorbehalten, dem Käufer aber die general- und immediat-Vogtreulichkeit, auch vollkommene Dorfs- und Gemeinds-Gerechtigkeit mit allen davon abstammenden Wirkungen überlassen. Unter diesen sind nun sehr viele Policeygerichtsamen mit aufgeführt, als: „die Aufnahme und Abhörung der Heiligen- und Gemeindsrechnungen, Bestell- und Beeidigung der Dorfführer, Bürgermeister und Mößner, Aufführung des Unterganges zu Dorf und Feld, Verpflchtung der Hirten, Nachtwächter, Flußzer und anderen gemeinen Diener, Aufführung des Kirchweihschusses und Abwendung aller dabey vorgehenden Frevel, Feuer- und Mühlbeschau, Besorgung gemeiner Dorfschulen, Aufstellung

g) Moser a. a. O. Westphals teutsches Staatsrecht C. 538. u. die das. angef. Schriften.

h) a. a. O. C. 68.



Stellung allerley Handwerker; Obſicht über die  
 Dorf- Eſchäften, Diſpoſition über Maäß,  
 Ehl und Gewicht, Abweichung der Meſſereyen,  
 Beſtellung der Vormünder, Beſtrafung der Fre-  
 vel innerhalb Dorf- und Flur- Etters, Gebot  
 und Verbot, welchem auch außerräthliche Unter-  
 thanen zu gehorchen ſchuldig.“ Eine allgemeine  
 Clauſel ſchließt dann noch alles mit ein, was ſonſt  
 der vogteylichen, Dorf- und Gemeinde- Gerech-  
 tigkeit anhängig ſeyn mag oder kann.

Man ſieht aus dieſem Beſpieler, daß zu  
 der unmittelbaren Vogtey auch die Policeyver-  
 waltung ihrem ganzen Umfange nach gerechnet  
 wird. Wie ſehr aber oft bey der Collision zwi-  
 ſchen Cent und Vogtey über jedes einzelne Recht  
 geſtritten wird, beweist ein anderes von Moſer i)  
 angeführtes Beſpiel, wo der Centherr dem  
 Vogtherrn zwar mehrere beſtimmte Befugniſſe,  
 z. E. die Beherbergung des liederlichen Geſindels,  
 das Schänden und Schmähen, wie auch das  
 Fluchen zu verbieten, ja ſogar auch das Recht  
 zu gebieten; daß die Hühner zu Haus behalten  
 werden zc. einräumt, dagegen aber andere, ähn-  
 liche, größtentheils zur Policey gehörige Fälle  
 beſtreitet.

Wenn freylich ein Streit ſo ſehr ins Ein-  
 zelne geht; ſo bleibt faſt nichts übrig; als le-  
 diglich

diglich bey dem Besizstande stehen zu bleiben, und, da der Beweis im Rechtsstande meistens mit großen Schwierigkeiten verbunden seyn wird, so dürfte damit der Proceß wohl beendigt seyn. Indessen scheint es, daß dabey doch die für den Vogtherrn streitende Vermuthung von großem Gewichte seyn könnte, insofern nicht der Centherr besonders vor ihm hergebrachte Befugnisse zu beweisen im Stande wäre.

Die mittelbare Vogtey kann, da sie der Landeshoheit unterworfen ist, auf die hohe Policey gar keinen Anspruch machen, dahingegen ist mit ihr in der Regel die Niedergerichtbarkeit ihrem ganzen Umfange nach und mit dieser die niedere und Local-Policey verbunden. k)

Die Straßengerichtbarkeit, die Pfahlgerichtbarkeit, die Particular-Vogteylichkeit oder die mit Thür und Angel beschlossene Vogtey l) können ihrer Natur nach nur zur Bestrafung der in ihrem beschränkten Gerichtsbezirke begangenen Policeyvergehungen berechtigen.

Die Lehnsherrlichkeit, so wie die Gutsherrschaft, insofern sie nicht zugleich

k) S. die siebente Abhandlung, und Westphals Staatsrecht Abb. 49. §. 3. S. 538.

l) Bed von der vogteylichen Obrigkeit, S. 484.

Gerichtsherrschaft ist, hat mit der Polizeypflege nichts zu thun. Eben so verhält es sich mit der Leihherrschaft, d. ständen über Unterthanen zustehet, doch über die Leibeigenen bestehende Ausnahme vor, es damit seine Richtigkeit aus einer zweybrücksischen Manderscheid gegen I. wo behauptet wird: „schaft Sponheim \*) daß die den beyden Einge, außer dem Eigentlichen den Kammererschaft nicht nur mit zugethan seyen, sondern auch andere Lasten Anlagen, sie haben tragen müssen.“

Durch ähnliche Behauptungen von Seiten. Ebur, Trier und Pfalz-Zweybrücken in Ansehung ihrer

I 3

m) deutsche Rechtsgelahrtheit. Th. 3. Syst. 55. S. 384.

\*) Dies Land, so wie dasjenige, worauf sich das gleich folgende Beispiel bezieht, gehört freylich jetzt nicht mehr zu Deutschland. Indessen, mögen doch auch noch disseits Rheins ähnliche Verhältnisse bestehen und das Interesse dieser Beispiele erhalten.

erkannt werden, und, wenn die Leihherrn das Gegentheil behaupteten; so lag ihnen ein sehr strenger und offenbar sehr schwerer Beweis ob. Was insonderheit die Policeygewalt betrifft; so hatte die Gerichtsherrschaft schon nach allgemeinen

a) Reuß Staatskanzler XVII. 143 f.

nen Grundsätzen die Vermuthung für sich, und diese war durch den Inhalt wichtiger Urkunden bekräftigt. Wenn in dieser Hinsicht bemerkt worden ist, daß einer Leihherrschaft eine gewisse Satzung von Gebot und Verbot nicht abgesprochen werden könne, und daß kraft derselben ein Leihherr immerhin Gelegenheit nehmen werde, in Polizeysachen, welche die Person des Leihbegrünten zunächst angehen, mitzusprechen o); so ist nicht abzusehen, wie aus der Natur der Leihherrschaft diese Behauptung gerechtfertigt werden könnte. Die Leihherrschaft ist ein bloßes privatrechtliches Verhältniß, und nur allein, wenn durch Polizeyverordnungen die damit verbundenen Befugnisse geschmälert werden wollten, würde dagegen dem Leihherrn ein wohlgegründetes Widerspruchsrecht zustehen; nie aber kann er selbst eine Polizeygewalt über seine ihm nicht unterthänigen Leihbegrünten sich anmaßen, oder auch nur verlangen, in Polizeysachen, welche die Person derselben zunächst angehen, mitzusprechen, so lang dabey seinen leihherrlichen Rechten kein Eintrag geschieht.

Die Dorfsheerrschaft begreift, wie bereits oben p) gezeigt worden, die niedere Polizeyverwaltung der Regel nach in sich.

§ 4

Der

o) Dasselbst S. 152.

p) S. 133 f.

Der Wildbann und die forstliche Obrigkeit, so wie die niedere Forstgerichtsbarkeit, berechtigt zwar zur Ausübung eines Theils der Forstpolicey, ist aber der landesherrlichen hohen Policey in der Regel untergeordnet <sup>q)</sup>, und allezeit auf die solchen Rechten eigenthümlichen Gegenstände beschränkt.

Wenn man diefermach bey allen den mannigfaltigen Zersplitterungen und Verwickelungen der Hoheitsrechte, die in einem Bezirke sich finden können, die Landeshoheit überhaupt und einzelne hoheitliche Rechte, so wie öffentliche und Privat-Berechtigungen, genau unterscheidet, die durch die Natur solcher Rechte bestimmte Grenze nie aus dem Auge verliert, hohe und niedere, allgemeine und besondere Policey-Gerechtsame nicht verwechselt; so wird man bey vorkommenden Streitigkeiten wenigstens einen sicherern Leitfaden haben, als der so oft schwankende Besitzstand darzubieten vermag, besonders in Ansehung der Policey, die erst in neueren Zeiten ihre Wirksamkeit auf viele Gegenstände, erstreckt hat, um welche sie sich vormahls wenig oder gar nicht bekümmerte.

<sup>q)</sup> Th. 3. dieses Handbuches, S. 354.

## XI.

## Ueber den Gerichtsstand in Policysachen.

## §. I.

In den meisten teutschen Staaten haben nicht alle Landesunterthanen, und nicht einmahl alle Einwohner eines Ortes, einen gleichen Gerichtsstand. Einige sind, vermöge ihres Standes und Berufes, einer diesem eigenen Gerichtbarkeit unterworfen, wie z. E. die Hofleute und die Soldaten; andere haben wegen ihrer Geburt, oder wegen ihrer Aemter, oder wegen ihrer Besitzungen den Vorzug, nur vor den höheren Gerichten des Landes belangt werden zu können. Erstrecken sich diese besonderen Rechte in Ansehung des Gerichtsstandes auch auf die Policysaufsicht und die damit wesentlich verbundenen Verfügungen, so wie auf die Untersuchung und



Bestrafung der Policeyvergehungen? oder stehen diese Befugnisse, ohne Unterschied der Personen, jederzeit der Policeyobrigkeit des Orts zu? a)

### §. 2.

Daß dasjenige, was nach besondern Verhältnissen zu einer innern Landes- oder Orts-*Policey* gehört, von der ordentlichen Local-*Policey* getrennt und ausgenommen seyn muß, versteht sich der Natur der Sache nach von selbst. So bestehet die eigentliche Militair-*Policey* ganz für sich und wird lediglich von den militärischen Behörden gehandhabt. Eben so verhält es sich mit der Erhaltung guter Ordnung und *Policey* bey Bergwerken in Beziehung auf den Bergbau und die dazu gehörigen Geschäfte, wo die Aufsicht, Anordnung und Gerichtbarkeit lediglich den Bergämtern zustehet. b) Auch die Hof-*Policey*, welche jedoch mit der *Policey* in einer Residenzstadt nicht verwechselt werden darf, wird von besonders dazu bestellten Hofbeamten verwaltet. c)

### §. 3.

a) Vergl. von S a n g e n Erörterung der Frage: Wird in *Policey*sachen auf einen vorzüglichen Gerichtsstand gesehen? oder sind alle an einem Ort wohnende, auch sonst eximite, Personen in dergleichen Sachen der Ortsobrigkeit unterworfen? in dessen Beiträgen zum teutschen Recht, Th. 1. S. 239. und, vermehrt und verbessert, besonders abgedruckt Gießen 1794.

b) Th. 3. S. 396.

c) S. die sechzehnte Abhandlung.

## §. 3.

Außer diesen und andern ähnlichen, auf besondern Verhältnissen beruhenden Ausnahmen kommt es nun auf das Recht der Local-Policey über sogenannte eximirte oder mit einem privilegirten Gerichtsstande versehene Personen an. Die Obergerichte, welchen diese vorzugsweise unterworfen sind, haben in der Regel mit der Verwaltung der Policey nichts zu thun d), und eine Policeypaufsicht kann folglich von ihnen auch nicht über die ihrer Gerichtsbarkeit unmittelbar unterworfenen Personen und Güter geführt werden. Sie können daher keine Policeyvisitationen vornehmen, keine Berichte in Policesachen fordern, noch sonst Erkundigungen wegen Beobachtung der Policeyverordnungen einziehen, und darauf sich beziehende Verfügungen treffen. Wenn demnach die Exemption von der örtlichen Gerichtsbarkeit sich auf Policesachen erstrecken sollte, so würden in dieser Hinsicht nicht nur die Obergerichte, sondern die höheren Policeybehörden ihr Amt wahrzunehmen, und, mit Ausschluß der Local-Obrigkeit, über eximirte Personen die zur Policeygewalt gehörigen Rechte auszuüben haben. „In den königlich preussischen Landen, sagt Bergius e), werden unter der allgemeinen Benennung der Eximirten der Adel,

d) van Bülow und Hagemann Erörterungen III. 278.

e) Cameral- und Policey-Magazin VII. 121.

Adel, die königlichen Räte und übrigen Bediente, die Gelehrten, die Personen, die von ihren Renten leben, kurz, alle diejenigen, die nicht bürgerliche Nahrung treiben, verstanden, und stehen, was ihre Personen betrifft, in Policeysachen unmittelbar unter der Cammer; also nicht unter den Obergerichten, vor welchen sie sonst in bürgerlichen und peinlichen Sachen ihren privilegierten Gerichtsstand haben.

## §. 4.

Diese Policeygerichtbarkeit der höheren Policeybehörden wird auch über eximirte, (canzleyfähige, schriftfähige) Personen allezeit ausschließend eintreten müssen, wenn von Beobachtung allgemeiner, auf örtliche Verhältnisse nicht beschränkter Policeyverordnungen die Rede ist, oder aber, wenn solche Personen nicht unter einer andern Ortsobrigkeit, sondern selbst auf einem canzleyfähigen Gute wohnen. In der ersten Hinsicht, wird z. E. in der Wohnsitz in einer Provinz, der seinen Wohnsitz in einer Provinz, in den Ländern, wo das Reisen auf eine höhere Erlaubnis verboten ist), wenn er hiergegen handelt, nicht von der Obrigkeit seines Wohnorts, sondern nur von der obern Policeybehörde zur Verantwortung gezogen und nach Befinden bestraft werden können. In der andern Hinsicht aber wird auf canzleyfähigen Gütern die Policeypaufsicht,

sicht, Visitation u. s. w., insofern von Beobachtung der Policeyordnungen, durch die daselbst wohnenden canzleyfähigen Personen und ihre Angehörigen, nicht aber durch die der Patrimonial-Gerichtbarkeit und niedern Policey der Gutsbesitzer selbst unterworfenen Hintersassen, die Frage ist, gleichfalls nur allein der höheren Policeybehörde zukommen; und wenn auch dabey die landesherrlichen Aemter gebraucht werden; so handeln dieselben doch nur vermöge besonderer Auftrags, und nicht in Folge der ihnen zur Verwaltung anvertrauten Amtspolicey.

### §. 5.

Wenn hingegen eximirte Personen unter kleiner Local-Obrigkeit wohnen, und es in Ansehung ihrer auf die Handhabung der Local-Policey ankommt; so ist nach allgemeinen Grundsätzen billig anzunehmen, daß sie der Local-Policeyaufsicht und Gerichtbarkeit unterworfen sind. g) Der Zweck der Policey erfordert dieses schlechterdings, indem derselbe ohne vollständige Kenntniß der ihm entgegenstehenden Hindernisse, ohne gleichförmige Uebersicht des Ganzen; und ohne gleichförmige Handhabung der gesetzlichen Ordnung, ohne schnelle Verfügungen und ohne schnellen Gehorsam Aller nie erreicht werden kann. „Wenn  
die

g) v. Bängen a. a. O. S. 8 f. und die das. S. 22 f. angeführten Schriften.

die Policey, sagt Bergius <sup>b)</sup> sehr richtig, Ordnung, Zucht, Reinlichkeit, Sicherheit, Abwendung der Feuersgefahr, wohlfeilen Preis der Lebensmittel und dergleichen, allen und jeden Einwohnern der Stadt verschaffen und zu ihrem Besten unterhalten soll; so muß sich auch ihr Ansehen und Gerichtsbarkeit über alle und jede Einwohner erstrecken, weil sie sonst in allen ihren Maaßregeln und Anstalten tausenderley Schwierigkeiten und Hindernisse finden würde, und ihren Endzweck unmöglich erfüllen könnte. Unterdessen geziemet es der Policey, gegen Personen von Stande und ansehnlichen Bedienungen allemahl Achtung zu bezeugen, dieselben nie in Person vorzuladen, sondern in Dingen, wo deren Aussage nöthig, einen Quartier-Commissarium, oder den Secretär des Policeycollegii an sie zu schicken; und wenn sie sich denselben Feuerordnungen, Gassenreinigungs-Ordnungen und dergleichen nicht gemäß bezeigen, sich deshalb lediglich an ihr Gesinde zu halten. Wenn in einem ansehnlichen Hause die Policeyordnungen außer Augen gesetzt werden, so liegt solches wohl niemahls an der Herrschaft, sondern allemahl an dem Gesinde, welches entweder nachlässig ist, oder sich wegen des Ansehens ihrer Herrschaft kühn macht, und nicht glaubt, daß ihnen die Policeyordnungen etwas angehen. Nicht allein also die Achtung vor die Herrschaft, sondern die Billigkeit selbst erfordert es, daß sich die Policey

hauptsächlich

b) a. a. O. S. 2.

hauptsächlich an das Gefinde hält. Die Hausmagd also, welche vor ihres Herrn Thüre die Gasse zu reinigen unterläßt, den Kutscher, welcher bey Feuergefähr kein Wasser zuführet, dem Haußknecht, welcher die Feuereimer und Wassersprizen nicht im Stande erhält, soll man bestrafen. Unterdessen soll man die Achtung vor ansehnliche Häuser nicht so weit treiben, daß man alle Entgegenhandlungen wider die Polizeygesetze, die darinnen geschehen, durch die Finger schiebet, ohne einmahl etwas dawider zu erinnern. Die Sache hat bald üble Folgen, welche verursachen, daß es um eine gute Polizey geschehen ist. Alte Häuser von einigem Ansehen nehmen sich gar bald die Freyheit heraus, sich um die Polizeyverfügungen nicht zu bekümmern: und da sich jedermann mehr Ansehen beyzulegen geneigt ist, als ihm in der That gebühret, so gehet diese Unordnung bald sehr weit.

### §. 6.

Unerdingt ist es billig, daß das Gefühl einer sonst ihnen nicht gewöhnlichen Unterordnung Personen, welche ihrem Stande und ihrer Bildung nach ohnehin aus eigenem Antriebe zur Erhaltung und Beförderung einer guten Polizey mitwirken sollten, so wenig als möglich lästig gemacht werde. Gerade bey solchen Personen aber, die mit ihrer Exemption bisweilen einen allzuweiten Begriff verbinden, ist eine feste und nachdrückliche Handlungsweise nicht selten

univers



b. und wird durch die auf Erfahrung Schlußbemerkung des eben angeführten hinreichend gerechtfertigt. In ist es für Ortsobrigkeiten unstreitig wichtig, wenn ausdrückliche Gesetze ihre Befugnisse anerkennen. Nach der neuern preussischen Gesetzgebung sind in Rücksicht auf die Ausübung der Stadtpolicey alle, auch die eximirten Einwohner der Stadt, der Direction und Aufsicht des Magistrats unterworfen, welcher über die Beobachtung der Policeyverordnungen zu halten, auch die nach selbigen unstreitig verurtheilten Geldstrafen einzuziehen hat, und nur, wenn über die Verurteilung einer Policeystrafe Streit entsteht, solchen der Erörterung und Entscheidung des gehörigen Richters zu überlassen verbunden ist. <sup>1)</sup> Wenn aber auch bestimmte Gesetze die Policeygerichtbarkeit der Ortsobrigkeit über alle Stadtbewohner nicht anerkennen; so spricht für diese doch immer die aus der Natur der Sache selbst herfließende allgemeine Vermuthung (§. 5). In größeren Städten, besonders in solchen, wo Residenzen, beträchtliche Garnison oder Universitäten sind, ist jedoch, zur Vermeidung aller Schwierigkeiten, die Anordnung besonderer, aus den verschiedenen Classen von Staatsdienern zusammengesetzten Policeycommissionen, deren bereits in der siebenten Abhandlung gedacht ist, allemahl sehr zweckmäßig.

§. 7.

<sup>1)</sup> Preuss. Landrecht Th. 2. Tit. 8. §. 128 — 131.



## §. 7.

Die Policcygerichtbarkeit der Ortsobrigkeit über eximirte Personen begründet das Recht der Aufficht nicht nur, sondern auch das der Bestrafung und Vollstreckung, letzteres jedoch in der Regel nur in so fern Gefahr auf dem Verzuge haftet. Denn da die auf den Zweck der Policcy sich gründende Ausnahme von einem wohlhergebrachten privilegirten Gerichtsstande nicht weiter, als dieser Zweck es erfordert, ausgedehnt werden darf; so ist in nicht eiligen Fällen die Verrichtung der erkannten Strafen oder die Vorsetzung anderer nach Umständen nöthig befundenen Zwangsmittel der ordentlichen Obrigkeit zu überlassen und diese darum zu ersuchen. k)

## §. 8.

In den e h u r h r a u n s c h w e i g i s c h e n Staaten sind, besonders in Rücksicht auf die Policcygewalt der Städte über canzleysfähige Personen, keine gleichförmigen Grundsätze angenommen, und die specielle Verfassung ist mir mit hinreichender Zuverlässigkeit nicht bekannt. In Rücksicht auf die Residenzstadt Hannover ist eine hieher gehörige Stelle des Vergleichs von 1782, welche schon in der siebenten Abhandlung

k) Verglus a. a. O. S. 126. Claprot's summarische Processe S. 5.

lung angeführt ist, bemerkungswerth, wo es heißt: daß in allen wirklichen Policeysachen, welche auf die öffentliche Stadtpolicey und deren Anstalten Beziehung haben, alle und jede in der Altstadt wohnende Personen, denen die Canzleysässigkeit zustehet, der Jurisdiction des Magistrats, und zwar sowohl quoad jus cognoscendi, als quoad potestatem puniendi, arrestandi et exequendi, unterworfen seyen,

## §. 9.

In Ansehung der Aemter hat die Justizcanzley zu Hannover in neuern Zeiten den Grundsatz angenommen, daß die Untersuchung und Bestrafung solcher Verbrechen und Begünstigungen, insonderheit auch aller wrogenmäßigen oder bruchfälligen Vergehungen, welche nicht nur von canzleysässigen Personen, sondern auch deren Hausgenossen und Dienstboten begangen werden, ohne Rücksicht auf den Ort, wo es geschehen ist, lediglich dem Obergerichte, und nicht den Aemtern, zustehe. Als dieser Grundsatz im Jahr 1788 gegen ein königliches Amt geltend gemacht werden wollte, und der Amtsanwalt dagegen appellirte, erkannte das Ober-Appellations-Gericht zu Celle: „daß der eingewandten Appellation nicht zu deferiren; jedoch bleibet dem Imploranten (dem Amtsanwalde) unbenommen, bey dem *judicio a quo* die Official-Untersuchung des angezeigten bruchfälligen delicti nachzusehen

unb

und hierunter weitere Verfügung zu gewärtigen.“ Der Amtsanwalt suchte nun zwar hiergegen in der Restitutions-Instanz wenigstens die nähere Bestimmung auszuwirken, daß die im Bezirk der Aemter von dem Gesinde und andern, außer dem Gutsherrn und dessen Familie, auf adelichen und andern canzleyfähigen Gütern sich aufhaltenden Personen begangene bruchfällige Vergehungen von den Aemtern, worunter sie begangen worden, untersucht und bestraft und die Delinquirende auf vorgängige Requisition dahin sistirt werden müßten. Allein das Ober-Appellationsgericht ließ es, Einwendens ungehindert, bey dem vorigen Bescheide.

In ältern Zeiten galten, soviel das Gesinde betrifft, andere Grundsätze, wie aus einem Canzley-Rescripte von 1686 an das Amt Neustadt am Rübenberge erhellet, welches durch eine Beschwerde über die Wittwen von *Campen* und von *Bothmer* veranlaßt wurde und wo es heißt: „Wenn es sich bisher also begeben hätte, auch hinfünftig zutragen sollte, daß an denen Orten, da das fürstliche Amt die Jurisdiction unstreitig exerciret, das denen oberwähnten beyden Wittwen, wie auch denen andern unter jetzt besagtem Amte sich befindenden Edelreuten zugehörige Gesinde einigen Schaden und Exceß begangen hätte, oder künftig noch Begehen würde, ihr sodann, weil *ratione loci delicti* das Amt *pro foro competente* zu halten, das bruchfällige adeliche Gesinde, wann die Strafe, so sie dero-  
behuß vermerket haben, nicht erlegt werden sollte,

sothanes Gesinde aber in des Amts Jurisdiction betreten wird, in Arrest nehmen und darin so lange behalten können, bis solche angelegte Brüche der Gebühr nach werden abgeführt seyn. Dafern nun von dem Vieh, so denen Edelleuten zugehört, an einem solchen Orte, der des fürstlichen Amts Jurisdiction unterworfen, einiger Schade durch Verschulden ihrer Leute sollte geschehen, habt ihr mit denen Leuten in diesem casu ebenmäßig, wie vorhin erwähnt, zu verfahren. Wo aber der entstandene Schade, ohne daß die Leute einiger Schuld überführt werden könnten, geschehen, werdet ihr dahin zu sehen haben, daß das Vieh üblicher Maßen gepfändet, und, ehe Satisfaction gegeben, auch das Pfandgeld erleget, nicht wieder losgegeben werde; dafern ihr aber dazu nicht gelangen könnt, habt ihr an die Edelleute, daß sie des verübten Schadens halber Abtrag machen, zu begehren, und, da sie sich in Güte dazu nicht verstehen, die Sache behuf verfügender rechtlicher Verordnung zu fürstlicher Canzley anhero zu berichten.“

---

## XII.

Von der Policengewalt in Beziehung auf  
auswärtige Verhältnisse.

## §. I.

Die Unabhängigkeit des deutschen Reichs und seiner Glieder von andern Nationen, so wie der Reichsstände, als Regenten eigener Staaten von einander, entfernt in der Regel jeden fremden Einfluß auf die Policyverwaltung des gesamten Reichs sowohl, als der einzelnen Reichslande. Indessen können doch die gesellschaftlichen Verhältnisse der europäischen Republik in manchen Fällen vertragmäßige Verabredungen in Beziehung auf gewisse Gegenstände der Policy, die für die Ruhe und Sicherheit, oder den Wohlstand benachbarter Staaten wichtig sind, veranlassen. Auch fehlt es nicht an Beyspielen, daß der nachdrückliche Wunsch mächtiger Nachbarn Policymaßregeln bewirkt hat, die

sonst vielleicht gar nicht oder doch so, wie sie erfolgten, nicht Statt gefunden hätten. Politische Rücksichten können bisweilen selbst ohne fremde Aufforderung die Policey in Bewegung setzen, und wie dringend diese manchemahl seyn mögen, läßt sich um so leichter begreifen, je größer oft auf der einen Seite die Macht, auf der andern die Schwäche, ist. Ganz neue Ereignisse sind noch zu allgemein in frischem Andenken, als daß es der Anführung besonderer Beispiele bedürfte, und man wird hier zunächst und hauptsächlich nur dasjenige berühren, was zwischen Deutschland und fremden Mächten positiv bestimmt ist.

## §. 2.

Regierungen, welche mit einander in Frieden leben, können nach den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts von einander fordern, daß keine irgend eine Unternehmung in ihrem Gebiete zulasse, vielweniger begünstige, welche der Ruhe und Sicherheit der andern gefährlich werden könnte. In dieser Hinsicht bedarf es keines ausdrücklichen Vertrags; und um so mehr sind förmliche Zusicherungen dieser Art getreu zu halten, wenn sie vielleicht der Zeitumstände wegen für nöthig erachtet werden. Diese mögen auch in dem Frieden von Campo Formio <sup>a)</sup> und in dem nach-

a) M. t. Staats-Magazin III. 20. 22. — Der erste Artikel, welcher die befragte Stelle enthält, ist

nachher auch im Rahmen des deutschen Reichs mit Frankreich abgeschlossenen Frieden. von Lüneville die ausdrückliche Bedingung veranlaßt haben: „Es soll denen, welche einem oder dem andern der contrahirenden Theile irgend einen Nachtheil zufügen wollten, keine Hülfe oder Schutz verliehen werden.“ Hierdurch wird allerdings in beyden Staaten die Policcy zur besondern Aufmerksamkeit verpflichtet, weil der Mangel derselben einen vertragswidrigen Schutz, wenigstens mittelbarer Weise, von selbst zur Folge haben würde.

### §. 3.

Der große Gesichtspunct, von welchem die europäischen Mächte bey völkerrechtlichen Verhandlungen auszugehen pflegen — die Beförderung der Handlung —, ist zwar von Seiten des gesammten Reichs nach der für auswärtige Verhältnisse so wenig günstigen Beschaffenheit der deutschen Verfassung nie mit gehörigem Eifer aufgefaßt und noch weniger jemahls mit Glück verfolgt worden. Für die Beförderung des deutschen auswärtigen Handels ist dem Kaiser, ausser der allgemeinen Verpflichtung, für dieselbe nach Möglichkeit Sorge zu tragen, in seiner Wahl-Capitulation bloß, insbesondere

U 4

noch

ist in beyden Friedensschlüssen (ausser der Erwähnung des deutschen Reichs im zweyten) ganz gleichlautend.



noch die Verbindlichkeit aufgelegt, in dem Falle, wenn in den benachbarten Ländern die Durch- oder Einfuhr deutscher Manufacturen und guter, aufrichtiger Waaren verboten würde, die Abstellung dieser Verbote sich angelegen seyn zu lassen, ausserdem aber darauf zu sehen, daß gegen die Nachbarn ein Gleiches beobachtet werde. b)

## §. 4.

In den verschiedenen Friedensschlüssen des deutschen Reichs mit auswärtigen Mächten findet man meistens nur die Wiederherstellung der Handelsverhältnisse, wie sie vor dem Kriege waren, gegenseitig bedungen c); — ein Artikel, der in allen Friedensinstrumenten als stehend betrachtet werden kann. Die hierauf sich beziehenden Stipulationen stimmen in allen diesen Friedensschlüssen fast wörtlich überein, und lauten wie z. B. der in der Note angeführte Artikel des Wiener Friedens mit Spanien: „*Virtute hujus tractatus plene restituantur et restituta sunt, a scripta pace, commercia inter Sacrae Caesaris - Catholicae Majestatis Imperilque* et

b) Wahlcap. R. Franz des Zweyten. Art. 7. §. 5.

c) S. z. B. J.:P.:D. Art. 9. §. 2. J.:P.:M. §. 68. Ayswider Friede, Art. 52. Badischer Friede, Art. 34. Wiener Friede mit Frankreich, Art. 17. Wiener Friede mit Spanien, Art. 3. Nimweger Friede mit Schweden, Art. 6.

et Sacrae Regio-Catholicae Majestatis Regnique Hispaniae subditos in eam, quae ante bellum fuit, libertatem, fruanturque vtriusque omnes et singuli, nominatim urbium Imperialium et Emperiorum Hanseaticorum cives et incolae terra marique plenissima securitate, iuribus, immunitatibus, privilegiis et emolumentis, quibus ante bellum fructi sunt.“

### §. 3.

An Abschließung eines deutschen Handelsvertrags ist nie gedacht worden. Jeder Reichsstand sorgt für sich selbst, so gut er kann d), und manchemahl nicht ungerne zum Nachtheil des benachbarten Mitstandes. Doch — um der Aufmerksamkeit der Reichspolicey auf die Beförderung des deutschen auswärtigen Handels nicht unrecht zu thun — muß bezeugt werden, daß sowohl im Ryswicker, als Badischen und Wiener Frieden mit Frankreich die Abschließung eines besondern Handlungstractats für das deutsche Reich vorbehalten worden ist. „Re-deant, heißt es, commercia, . . . . durante bello prohibita . . . . fruanturque vtriusque omne et singuli . . . . pristinis iuribus . . . . per solennes tractatus aut vetustam consuetudinem obtentis; vltiore conventionis post pacem (Wiener Frieden: post ratihabitu-

U 5

prae-

d) Vergl. dieses Handbuch III. 492. 566.

praesentem pacis tractatum) remissa.“ Es ist aber diesem wichtigen Gegenstand wie mehreren Aemtern gegangen, die schon in frühern Zeiten (durch den westphälischen Frieden) an den Reichstag verwiesen worden sind und bis auf diese Stunde nicht haben erledigt werden können. Bey der Richtung, welche die teutsche Verfassung jetzt genommen hat, ist an ein solches reichspatriotisches Werk ohnehin nicht zu denken.

## §. 6.

Für den Handel der Hansestädte ist von gesammten Reichswegen noch immer das meiste geschehen e). Nicht nur ist ihrer in allen Friedensschlüssen ausdrücklich gedacht, sondern sogar im onabrückischen Frieden der Krone Schweden zur Pflicht gemacht worden, sowohl in auswärtigen Königreichen, Republiken und Provinzen, als im teutschen Reiche die Freyheit der Schifffahrt und Handlung der Hansestädte, wie sie solche vor dem Kriege gehabt, aufrecht zu erhalten f). Auch gegen die Handelsbedrückungen während der Reichskriege, worüber besonders diese Städte so oft klagten g), scheinen sie durch die von fremden Mächten veranlaßte reichsgesetzliche Be-

stim-

e) dieses Handbuch III. 495. 565.

f) J. P. O. art. 10. §. 16.

g) Th. 3. S. 565.

stimmung, daß sie künftig in allen Reichskriegen einer unbedingten Neutralität genießen sollen h), gesichert zu seyn. Um wie viel mehr hätte man hoffen sollen, daß ihre Handelsfreiheit in einem dem deutschen Reiche und allen seinen Gliedern ganz fremden und dennoch mitten in Deutschland wirkenden Krieg — ungestört bleiben würde? —

§. 7.

In Rücksicht auf die Grenzverhältnisse des deutschen Reichs gegen Frankreich ist insonderheit der freie Gebrauch des Rheins für beiderseitige Einwohner bedungen; eine Bedingung, die auch durch die neuern Friedensschlüsse bestätigt ist. „*Libera sint in universum*, heißt es im Münsterschen Frieden i), *inter utriusque rheni ripae et provinciarum utrimque adiacentium incolae commercia et commeatus; inprimis vero libera sit rheni navigatio ac neutri parti permissum esto, naves transeuntes, descendentes aut ascendentes impedire, detinere, arrestare aut molestare, quocunque praetextu, sola inspectione, quae ad perscrutandas aut visitandas merces fieri consuevit, excepta; nec etiam liceat nova et insolita vectigalia, pedagis, passagia, datia aut alias ejusmodi exactiones ad*  
rhe-

h) Reichs-Deputations-Hauptschluß vom 25. Febr. 1803. §. 27.

i) §. 85.

rhenum imponere, sed utraque pars contenta maneat vectigalibus et datis ordinariis, ante bellum sub Austriacorum gubernatione ibidem praestari solitis.“ k) Eben so ist im Rastadischen Frieden l) festgesetzt: „la navigation et autres usages du rhin demeurent libres et ouvertes aux sujets des deux parties et à tous ceux, qui voudront y passer, naviger, ou transporter leurs marchandises, sans qu'il soit permis à l'un ou l'autre, de rien entreprendre pour détourner ledit fleuve, et en rendre en quelque sorte le cours et la navigation ou autres usages plus difficiles, moins encore d'exiger de nouveaux droits, impôts ou péages, ou augmenter les anciens, d'obliger les bateaux d'aborder à une rive plutôt qu'à l'autre, d'y exposer leurs charges et marchandises ou d'y en recevoir; mais le tout sera toujours à la liberté de chaque particulier.“ In dem Reichsdeputations-Hauptschlusse von 1803 m) ist der Rhein, von den Grenzen der batavischen Republik an bis zu den Grenzen der helvetischen Republik, für einen zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reiche gemeinschaftlichen Strom erklärt, und der Ertrag der zu erhebenden

k) Vergl. *Sartorius de liberá rheni navigatione in congressu rastadiensi obtinenda et de commodis inde percipiendis*. Gott. 1798.

l) §. 6.

m) §. 39.

den Schiffsahrts-Oktroi ist im Ganzen zuvörderst zur Bestreitung der Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Policey, der Ueberschuß aber, getheilt in zwey gleiche Theile, vorzüglich zur Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten auf jedem Ufer, und sodann erst der reine Rest der zum rechten Ufer gehörigen Hälfte zur Ergänzung der nach dem Frieden von Luneville nöthig gewordenen Entschädigungen bestimmt.

### §. 8.

Der Zölle ist in diesen Völkerverträgen ausdrücklich und mit der Bestimmung gedacht, daß sie von keiner der contrahirenden Nationen verändert und erhöht werden sollen. Es ist überhaupt in Rücksicht auf die Handelsverhältnisse mit den Grenznachbarn des deutschen Reichs und in Beziehung auf das Recht des Kaisers, Zollprivilegien zu ertheilen, mit gutem Grunde bemerkt worden, daß, wenn alte Grenzzölle erhöht oder neue eingeführt werden sollen, darüber auch die auswärtige, zum Reiche nicht gehörige und dabey interessirte Benachbarte zu hören seyen <sup>n)</sup>, welches jedoch mit Recht unterbleibt, sobald nicht auch von Andern eine gleiche nachbarliche Rücksicht beobachtet wird. Der Versuch.

n) Geschichte des Interregni nach R. Carl des Sechsten Tod. Th. 4. S. 425. Moser auswärtiges Staatsrecht B. 135.

suche der Münzpolicey, eine Vereinigung mit fremden Staaten zur Einführung eines gleichförmigen Münzfußes zu treffen, ist schon an einem andern Orte o) gedacht worden.

## §. 9.

Uebrigens können noch mancherley, im Wesentlichen minderwichtige Gegenstände der Polizeyverwaltung bey einzelnen Veranlassungen mit den auswärtigen Verhältnissen in Beziehung kommen, ohne daß deswegen zum voraus völkerrechtliche Verpflichtungen darüber eingegangen werden. So ist es z. E. Pflicht der Policey, darauf zu sehen, daß die Ehre auswärtiger Regenten und ihrer Untertanen durch beleidigende Gerüchte, Nachrichten, Schriften u. s. w. nicht gekränkt werde, und es muß sowohl zu dessen Verhütung zweckmäßige Verfügung getroffen, als auch dem beleidigten Theile, jedoch nicht anders, als nach Maßgabe der Reichs- oder Landes- Bücherpolicey-Gesetze, Genugthuung verschafft werden. p) Es fehlt auch nicht an Beispielen in Deutschland, daß dieses theils aus eigener Bewegung von Landes-Policeybehörden, theils auf Verlangen fremder Mächte geschehen ist. q)

## §. 10.

o) Th. 3. S. 521.

p) v. Martens europäisches Völkerrecht S. 77.

q) S. 1. E. Moser Reichs-Staats-Handbuch I. 508.



## §. 10.

Manchmahl können auch innere Policeyverfügungen zu Verhandlungen mit andern Staaten Veranlassung geben, besonders wenn man besorgt, sie möchten von diesen als unfreundschastliche oder gar feindselige Maßregeln angesehen werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: so ist unstreitig jede Staatspolicey befugt, den Unterthanen die Theilnahme an gewissen Instituten in andern Ländern, z. E. Lotterien, Handlungsgesellschaften u. s. w., zu verbieten, und Fremden die Einführung solcher Institute zu verwehren. Allein mindermächtige Staaten bedienen sich öfters dieses Rechts gegen mächtigere und deren Unterthanen nicht ohne große Vorsicht, um den Verdacht absichtlicher Beleidigung zu entfernen. v. Martens <sup>1)</sup> führt zwey Beispiele von Hamburg an, dessen Magistrat, statt geradezu zu verbieten, was er für gemeinschädlich hielt, und was andere teutsche Regierungen ohne Bedenken verboten hatten, den Weg der Negotiation mit Auswärtigen einschlug und dadurch erst spät seinen Zweck erreichte.

<sup>1)</sup> a. a. O. §. 75.

## XIII.

## Von der Polizeengewalt über Fremde.

## §. I.

Daß es überhaupt von der Polizeengewalt eines jeden Landes abhängt, ob sie Fremden, und unter welchen Förmlichkeiten und Bedingungen sie ihnen den Eintritt in das Land, und den Durchgang oder Aufenthalt daselbst gestatten will, ist keinem Zweifel unterworfen a). Gewöhnlich hält man es einer vernünftigen Politik gemäß, Fremde nicht zurückzuschrecken, sondern vielmehr zu fleißigen Besuchen durch vorzügliche Sicherheit, durch bequeme Reise- und Herbergs-Anstalten und andere Annehmlichkeiten anzureizen. So zweckmäßig nun aber auch dieses seyn mag, und wenn gleich nach der heutigen Praxis jede

euro

a) v. Martens europäisches Völkerrecht S. 74.

europäische Regierung den Untertanen der übrigen in Friedenszeiten den Eintritt, Durchgang und Aufenthalt in ihren europäischen Besitzungen, sowohl zu Wasser als zu Lande, erlaubt; überdies auch zwischen den meisten Staaten diese gegenseitige Freyheit durch Verträge ausdrücklich festgesetzt ist, wie solches auch in Ansehung des deutschen Reichs aus den in der vorigen Abhandlung angeführten Friedensschlüssen erhellet: so bleibt es doch immer dem Ermessen der Polizei überlassen, aus besondern Gründen und Veranlassungen den Eintritt, Durchgang und Aufenthalt der Fremden zu beschränken, gewissen Gattungen derselben den Eingang ganz zu verschließen, so wie verdächtige Personen zurückzuweisen, oder sie, wenn sie bereits in dem Lande sich befinden, aus demselben fortzuschaffen. b) Sollten indessen Fremde durch Maßregeln dieser Art unschuldiger Weise zu leiden glauben, so können sie sich auf den Schutz ihrer Regierung, und insonderheit der Gesandten derselben berufen, deren Verwendung ihnen öfters von Nutzen seyn kann. Uebrigens wird auch in solchen Fällen der Unterschied zwischen mächtigern und mindermächtigen Staaten; vorzüglich bey der jetzigen isolirenden Politik in Deutschland; sich öfters nur zu auffallend äußern.

§. 2.

b) v. Martens a. a. O. S. 95. M. juristische Beobachtungen und Rechtsfälle I. 289.

## §. 2.

Was insonderheit die Verhältnisse der teutschen Staaten unter einander betrifft; so ist gesetzlich vorgeschrieben, daß ein jeder Reichsstand „des andern Untertbanen, geistlich  
„und weltlich, durch sein Fürstenthum, Landschaften, Grafschaften, Herrschaften, Obrigkeit und  
„Gebiet, frey, sicher und unverhindert wandern, ziehen und werben  
„lassen soll. c) Hierdurch werden aber die Policeymaßregeln in Rücksicht auf Fremde, wenn sie gleich eines andern Reichsstandes Untertbanen sind, welche eine Regierung der Sicherheit und Wohlfahrt des Landes angemessen hält, keinesweges ausgeschlossen, und die Landespolicey ist allerdings berechtigt, auch Reichsunterthanen den Eintritt in ein Land und die Durchreise nach Beschaffenheit der Umstände zu untersagen. d) Nach der Theorie des teutschen Staatsrechts würde zwischen Nicht-Teutschen und Reichsunterthanen nur der Unterschied eintreten, daß diese ausenfaß wegen willkührlicher Störung des reichsgesetzmäßigen ungehinderten Durchzugs bey den Reichsgerichten Beschwerde erheben könnten, dahingegen jenen nach allgemeinen Grundsätzen ein solches Klagerecht nicht

c) Landfriede von 1548. §. 1. I. P. O. art. 9. §. 2.

d) Moser nachbarliches Staatsrecht S. 676.

nicht zusehen würde. Daß die deutschen Landesherren in dem Falle, wenn eines Mißstandes Unterthanen sich in ihren Landen eine Zeitlang aufhalten wollen, denselben Policeyvorchriften in Ansehung ihres Aufenthalts u. s. w. ertheilen können, versteht sich ohnehin von selbst.

### §. 3.

So wie überhaupt Fremde, als temporäre Unterthanen des Staats, in welchem sie sich befinden, den Gesetzen und Gerichten desselben unterworfen sind: so müssen sie insonderheit auch nach den Policeyverordnungen, gleich den Landeseinwohnern, sich richten. Nach dem Zwecke und Umfange der Policey ist es vorzüglich sie, mit welcher die Fremden am leichtesten und häufigsten in Beziehung kommen müssen. Es ist daher auch ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß die Policeygesetze für alle Fremde, ohne Unterschied, verbindliche Kraft haben e), und in allen Ländern, wo die Policey mit gehöriger Aufmerksamkeit und Thätigkeit verwaltet wird, ist zum voraus dafür gesorgt, daß den Fremden diejenigen Policeyverordnungen, wornach sie ihr Betragen hauptsächlich einzurichten haben und wogegen sie aus Unkunde am leichtesten anstoßen könnten, sobald als möglich zur Kenntniß gebracht werden. Ist dieses nicht geschehen, so wird man gegen einen Fremden,

2

e) Moser a. a. O. S. 530.

den, der sich zum ersten Mal ein Polizeyvergehen zu Schulden kommen läßt, wenigstens in den meisten Fällen, nicht mit aller Strenge verfahren können. Sehr richtig bemerkt in dieser Hinsicht Moser: „ob und wie ferne von einem Fremden mit Recht verlangt werden könne, daß er die Landesgesetze wisse und von welcher Zeit an? ist eine schwere Frage, die sich auch nicht schlechterdings beantworten läßt, sondern es kommt auf die Umstände an, z. E. ob der Fremde erst in das Land gekommen ist, oder sich schon lang darin aufgehalten habe? ob es Gesetze betrifft, nach denen er alsogleich fragen sollen, um sich darnach richten zu können, z. E. ob ein fremder Kaufmann seine Waaren öffentlich feil haben, oder damit hausiren gehen dürfe? u. d. oder ob es Gesetze seynd, die ein Fremder, ungeschuldiger Weise, wenigstens einige Zeit ignoriren kann? z. E. daß nicht erlaubt sey, grüne Kleider oder einen Hirschfänger zu tragen, nach sey dann von der Jägerrey u. s. w.“

## §. 4.

Nach dem Zwecke der Polizey sind auch diejenigen Fremden, welche als temporäre Unterthanen nicht betrachtet werden können, weil ihnen das Recht der Exterritorialität zusteht, die Polizeyverordnungen des Landes, in welchem sie sich aufhalten, zu beobachten schuldig. Fremde

Fremde Regenten, Gesandte und ihr Gefolge, ob gleich übrigens den Landesgesetzen und der Landesgerichtbarkeit nicht unterworfen, können sich jedoch dieser Verbindlichkeit nicht entziehen. Allein bey ihnen wird vorzüglich der bereits oben g) angeführte Rath des Vergius seine sehr zweckmäßige Anwendung, dagegen aber die unmittelbare Anwendung des Zwangs, und Strafrechts der Policey nicht leicht Statt finden. Auch werden Fremde dieser Art nur an diejenigen Landes-Policeygesetze, deren Nichtbeobachtung auf den Ort und das Land, wo sie sich befinden, oder auf die Landesunterthanen einen nachtheiligen Einfluß haben könnte, gebunden seyn, nicht aber an solche, welche nur auf ihre Person allein ihre Wirkung äußern würden, wie z. E. Kleiderordnungen oder andere Vorschriften der Luxuspolicey. Das Gefolge solcher Fremden wird wegen Policeyvergehungen, dem Hertommen nach, ihnen selbst zur Ahndung überlassen. h)

### §. 3.

Was insonderheit die Verhältnisse der Stände und unmittelbaren Glieder des Reichs, wenn sie sich in eines anderen Reichslandes Lande befinden, betrifft; so werden Churfürsten und Fürsten nach den eben bemerkten völkerrechtlichen

§. 3. Grund.

g) Abhandl. XI. §. 5.

h) v. Martens a. a. O. §. 216.



Grundsätzen behandelt i). Andere Reichsstände aber werden, wenigstens in den größeren Territorien, als temporäre Unterthanen angesehen, und sowohl für ihre Person, als ihr Gefolge, den Landeseingesessenen gleich gehalten k). Bey allen unmittelbaren Gliedern des Reichs kommt übrigens noch das Verhältniß zu der Reichsgerichtsbarkeit besonders in Betrachtung. Wenn aber die Natur der Polizeyverwaltung eine schnelle Vollstreckung schlechterdings erfordert, so wird man die Landes-Policeybehörden in vor kommenden Fällen an die Reichsgerichte bittig nicht verweisen können, wie denn auch das allgemeine Herkommen ihnen in dieser Hinsicht offenbar zur Seite steht.

## §. 6.

Die Reichsritterschaft macht sowohl für sich, als auch für ihre Diener in reichsständischen Gebieten, nicht nur aus allgemeinen Grundsätzen, sondern auch aus besondern kaiserlichen Privilegien, auf völlige Befreyung von der Landeshoheit, und folglich auch von der Landes-Policeygewalt Anspruch l), und der kaiserliche Reichs-Hofrath scheint damit vollkommen einverstanden zu seyn, indem er sogar eine freywillige, vertragmäßige Un-

i) Meier nachbarliches Staatsrecht S. 21.

k) Vers. v. d. deutschen Justizverfassung I. 44.

l) Ketner reichsritterschaftlichen Staatsrecht III. 224 f.

Untermwerfung reichsritterschaftlicher Diener unter die Policeygerichtbarkeit einer Reichsstadt zu genehmigen Bedenken fand. In einem zwischen dem Ritterbezirk Altdau, Bodensee und der ehemaligen Reichsstadt Wangen am 30. Juny 1784 abgeschlossenen Vertrag hatte sich die Stadt über die ritterschaftlichen Officianten die unbestrittene Gerichtsbarkeits-Ausübung in Policeysfällen vorbehalten, dabey aber die Zusicherung ertheilt, jederzeit die möglichste Mäßigung zu gebrauchen, damit aller beleidigende und anstößige Mißbrauch in Ausübung derley Jurisdictionen selten sorgfältig vermieden werde m). Der Reichshofrath nahm diesen Theil des Vertrags von der nachgesuchten Bestätigung ausdrücklich an, jedoch so, daß er die Gerichtbarkeit der Stadt in wirklichen Policeysfällen, wenn die ritterschaftlichen Beamten auf der That ergriffen würden, anerkannte n). Es ist hier der Ort nicht, die Freyheiten und Immunitäten der Reichsritterschaft in reichsständischen Gebieten einer nähern Erörterung zu unterziehen, und man beschränkt sich daher auf die Bemerkung, daß wenigstens in Ansehung der Policey nach den bereits ausgeführten Gründen die Prätensionen der Reichsritterschaft für übertrieben und unstatthaft zu halten sind o).

m) Aus Staatsanalen XVI, 151.

n) Dasselbst S. 161.

o) Vergl. Kerner a. a. O. S. 46 u. 231 f.

## XIV.

Von der Policeyverwaltung bey Reichs-  
versammlungen, Reichsdeputatio-  
nen und Kaisermahlen.

## §. 1.

**B**ey den verschiedenen in dem teutschen Rei-  
che, vermöge der Verfassung desselben, vorkom-  
menden Versammlungen der Reichsstände muß-  
ten nothwendig besondere Bestimmungen der Lo-  
calpolicey entstehen, welche theils in der Noth-  
wendigkeit allgemeiner Vorkehrungen, theils in  
den ausgezeichneten Verhältnissen der sich ver-  
sammelnden Personen ihren Grund hatten. Von  
jeher wurden diese Zusammenkünfte gewöhnlich  
in einer Reichsstadt gehalten, und da der Kaiser  
an ihrer Spitze stand, welcher wenigstens hier  
als Herr und Gebieter ungehindert sich zeigen  
konnte; so war es natürlich, daß sein und des  
Reichs

Reichs Marschall für den Empfang und die Bequemlichkeit der Reichsversammlung, für allgemeine Sicherheit, Ruhe und Ordnung, für hinlänglichen Vorrath und Wohlfeilheit der Lebensmittel — kurz! für gute, örtliche Policey zu sorgen hatten. Lieferten gleich die älteren Zeiten weder häufige noch vollständige Beispiele von allen diesen Gegenständen der marschall-amtlichen Vorsorge; so ist doch so viel gewiß, daß diese sich nach und nach über jene verschiedenen Zweige der Ortspolicey ausbreitete, und daß sie seit mehreren Jahrhunderten nicht nur auf Reichstagen, sondern auch auf eben diese Weise bey andern Reichszusammenkünften, Reichs-Deputationen, Kaiserwahlen u. s. w., in ihrer vollen Wirksamkeit sich zeigte.

## §. 2.

Als Regel muß jedoch immer vorausgesetzt werden, daß die Befugnisse des Reichsmarschalls nie die Policey-Rechte der Ortsobrigkeit zu verdrängen vermögen, und daß diese, so wie sie in der Landeshoheit oder in dem Besitze der Patrimonial-Gerichtbarkeit gegründet sind, ihrem Wesen nach allezeit unverletzt bleiben müssen, wenn sie gleich durch die Mitwirkung jenes hohen Reichsbeamten auf mancherley Weise modificirt werden. Da durch die neueren Ländervertheilungen auch der jetzige Sitz der Reichsversammlung seine Reichs-Unmittelbarkeit verloren hat; so steht nunmehr das Reichsmarschallen-Amt in

Ansehung seines Einflusses auf die Regensburgerische Polizeyverwaltung in einem zweifachen Verhältniß: einmahl, soviel die hohe Polizey betrifft, mit dem neuen Landesherrn, sodann, in Ansehung der niedern, örtlichen Polizey, mit dem neuorganisirten Stadtrath. Es ist jedoch zu vermuthen, daß die veränderte Verfassung der Stadt Regensburg in Ansehung derjenigen Rechte, in deren ruhigem Besitze der Reichs-Marschall sich befindet, keine Veränderung nach sich ziehen wird.

### S. 3.

Der Reichs-Erzmarschall ist der ursprüngliche Inhaber aller reichsmarschall-amtlichen Rechte, und nur vermöge seiner Verleihung und so weit er sie verliehen hat, kann sie der Reichs-Erbmarschall ausüben, der auch einer gewissen Oberaufsicht und höheren Leitung des Erzmarshalls sich nicht entziehen kann, so wie er dagegen auch sich in vorkommenden Fällen des Schutzes und der Vertretung desselben zu erfreuen hat. Der Reichs-Erbmarschall, welcher größtentheils die reichsmarschall-amtlichen Rechte bey Reichsversammlungen, Reichstagen, Wahltagen u. s. w. auszuüben hat, wird hier immer zunächst genannt werden; alles aber, was von dem Umfange seiner Befugnisse gesagt wird, steht natürlicher Weise in unmittelbarer Beziehung mit der Quelle, aus welcher er sie geschöpft hat, und

es wird also dabey einer besondern Anführung des Reichs-Erbmarschalls nur selten bedürfen.

#### S. 4.

Es würde zweckwidrig seyn, bey den vor-  
mahligen Ansprüchen des Reichs-Erbmarschalls  
auf eine weit ausgedehntere Policeygewalt an  
dem Sitze der Reichsversammlung, als  
ihm jetzt eingeräumt ist, und bey den darüber  
mit den Reichsständen entstandenen Streitigkeiten  
sich weitläuftig aufzuhalten a), um so mehr, da  
ein gütlicher Vergleich zwar nicht alle Veranlas-  
sung zu neuen Streitigkeiten gehoben, doch ge-  
rade in Rücksicht auf das Verhältniß des Erb-  
marschalls-Amtes zu der städtischen Policeyge-  
walt die Hauptpuncte ziemlich befriedigend be-  
stimmt hat. Dieser Vergleich ist durch Ver-  
mittlung der Herzoge von Baiern und Wirt-  
temberg im Jahr 1614 zwischen dem Reichs-  
Erbmarschall und den Reichsstädten abgeschlossen,  
auch nachher von dem Kaiser, so wie von dem  
Reichs-

a) S. Weiß über die Gerichtsbarkeit, Policey-  
gewalt und das Einführungs-Recht des Erb-  
marschalls auf dem Reichstage; in dessen Auf-  
sätzen über einige unerörterte Gegenstände des  
teutschen Staatsrechts S. 121 f. Io. Ludw.  
Kern de iuribus et praerogativis S. R. I.  
Mareschallorum haereditariorum, Comitum  
in Pappenheim. Gött. 1752. cap. 3.

Reichs-Erzmarschall bestätigt worden. b) Nach ihm und dem damaligen Bestand ist nun die folgende nähere Erörterung der Polizeybefugnisse des Reichserbmarschalls am Reichstage sowohl in Rücksicht auf Sachen, als Personen, und die Art, wie sie ausgeübt werden, abgefaßt.

### §. 5.

Beim Anfange eines Reichstages hat auf die beßalls an ihn ergehende Verfügung des Reichs-Erz-Marschalls der Erb-Marschall auch jetzt noch, wie ehemals (S. 1.), zum Empfang der Reichsversammlung die nöthigen Vorbereitungen, in Verbindung mit dem Magistrate der Stadt, wo der Reichstag gehalten werden soll, zu treffen c). Insonderheit ist er an der Errichtung der Polizey- und Taxordnung, welche dem Herkommen nach beim Anfang eines jeden Reichstages entworfen und bekannt gemacht wird, vorzüglich Theil zu nehmen befugt. Nach  
der

b) Er steht, außer andern, in Schmauß corpus iur. publ. acad. S. 704 f. (der Ausgabe von 1794) und in Rosers Tr. von den teutschen Reichstagen I. 267 f.

c) König v. Reichstagen Th. I. Cap. I. §. 20. Roser von den teutschen Reichstagen I. 264.



der kaiserlichen Wahlcapitulation d) ist das Erzmarſchallē-Amt berechtigt, hierbey das Directorium zu führen und die Ordnung selbst im Namen des Kaisers zu publiciren, worin dasselbe weder von dem kaiserlichen Hofmarschallē-Amt, noch andern, unter dem Vorwande kaiserlicher Commission, noch sonst in dem, was zu diesem Reichsanthe gehört, gehindert werden soll. In dem Vergleiche von 1614 ist in dieser Hinsicht festgesetzt: „die bey jedem Reichstag nothwendige Taxordnung soll durch den kaiserlichen Hofmarschallē, die thürsächsischen Räte, sammt dem Reichs-Erzmarschallē, und der Stadt, da der Reichstag gehalten wird, hierzu Bevordneten gleiches Zuthun, verglichen, gemacht und ausgefertigt werden“ e).

# §. 6.

d) Art. 3. §. 23. Diese Stelle ist zuerst in R. Karl des Sechsten Wahlcapitulation aufgenommen und die neueste Reichstags-Policey- und Tax-Ordnung (von 1563) ist, wie es im Eingang heißt, „von dem kaiserlichen Commissarius mit Zuziehung der Räte, Botschafter und Gesandten des Reichs-Erzmarschalls, nach vorgängiger Erkundigung bey Stadt-Cämmerer und Rath“ errichtet und von ihm Namens des Kaisers publicirt worden. Auf ihre Vollstreckung soll der Reichs-Erzmarschall und der Stadtmagistrat halten. S. König Reichsarchiv Part. gen. Cent. 2. pag. 616 seq.

e) Moser v. den teutschen Reichstagen I. 271.

## §. 6.

Hier ist zwar nur der Taxordnung gedacht, und man könnte daraus schließen, daß bey dem Vergleiche die Absicht gewesen sey, den Erbmarschall von der Theilnahme an der Abfassung einer Policeyordnung auszuschließen. Allein die Aufopferung eines so wichtigen Rechts würde doch immer eine ausdrückliche Entsagung erfordern. Die Taxe scheint zwar allerdings, und besonders heutzutage, die Hauptsache zu seyn, wie denn von Zeit zu Zeit, vorzüglich in dieser Hinsicht, dem Reichs-Erbmarschall selbst von den Reichstags-Gesandten eine Untersuchung des Reichstags-Policeywesens und wie der immer mehr überhandnehmenden Theuerung zu steuern sey, zur Pflicht gemacht wurde <sup>h</sup>. Bey dem bald anderthalb Jahrhunderte fortwährenden Reichstage war es ohnehin natürlich, daß die Taxordnung mehrmahlß wieder durchgesehen, abgeändert und erneuert werden mußte, und wenn nicht so mancherley Rücksichten sich durchkreuzten, so so wäre es unstreitig am besten gewesen, wenn man in neuern Zeiten, wo wenigstens manche frühere Hindernisse und Schwierigkeiten weggefallen waren, mit Zuziehung und Zufriedenheit aller Reichstags-Gesandten einer vollständigen Policeyordnung für die Stadt Regensburg sich verglichen hätte.

## §. 7.

<sup>h</sup> Daselbst II. 479 f.

## §. 7.

Die Reichstags-Policeordnungen übertra-  
 gen dem Erbmarschall, ausser der Theurungspos-  
 licey, nur noch einen Theil der Sicherheitspos-  
 licey, indem er, wenn durch Auflauf, Schld-  
 gerey u. s. w. die öffentliche Sicherheit gestört  
 werden würde, gemeinschaftlich mit der Stadt  
 die nöthigen Maßregeln treffen soll. Vormahls  
 hatte der Erbmarschall auch die Aufsicht über die  
 Stadtwachen und Thore in Anspruch genom-  
 men. Dieser ist aber von ihm in dem Vergleiche  
 von 1614 entsagt, und dagegen von den Reichs-  
 städten zugesichert worden, „daß sie ihm in be-  
 gebendem Tumult, Uflauf und Feuernöthen je-  
 derzeit Leut, der Nothdurft nach, zuordnen und  
 verabsolgen lassen wollen, ohne jedoch ihm da-  
 durch einige Vorttheiligkeit über die Ibrigen ein-  
 zuräumen g)“. In der neuesten Reichstags-Ordnung  
 ist in dieser Hinsicht folgendes vorgeschrie-  
 ben: „ob sich aber bey Tag oder Nacht einiger  
 Rumor, Vermundung, Todtschlag, oder was  
 dergleichen seyn mag, zutrüge, so soll niemand,  
 ausser der Reichsmarschallen und der Stadt-De-  
 putirten Wachen, Scheidens oder anderer Ur-  
 sachen halber zulaufen, noch jetzt gemeldten De-  
 putirten Verhinderung thun, damit die Obrig-  
 keit und andere, denen hierauf zu sehen befoh-  
 len, wissen, wer an solchem Rumor oder Un-  
 fall schuldig sey, nach den Schuldigen greifen  
 und

g) Daselbst I. 271. 272.

und gegen einen jeden, seiner Verwüthung nach, handeln mögen“ h).

## §. 8.

In Ansehung der übrigen zahlreichen Gegenstände der Policey sind der Stadtoberkeit größtentheils die nöthigen Verfügungen, theils ausdrücklich, theils stillschweigend überlassen, indem auch bey neueren Verhandlungen des Reichsmarschalls mit dem Stadtmagistrat nur die Eheverbindung und die öffentliche Sicherheit zur Sprache gekommen sind. i) Es wird jedoch bey der Policeyverwaltung der Stadt auch in allen übrigen Fällen immer auf die Unterstützung der Reichsversammlung wesentlich ankommen, indem ohne diese die besten Verordnungen größtentheils unwirksam bleiben dürften. Selbst als einst in Beziehung auf öffentliche Sicherheit der Reichsmarschall bey dem Magistrat darauf antrug, daß „die Wachen und patronille zur Verhütung der nächtlichen Einbrüchen und Diebstählen, auch Erhaltung Fried' und Sicherheit auf denen Gassen und in Wirthshäusern, sonderheitlich durch Wiederannehmung der ehemahl gehaltenen und in vornehmen Residenzen, auch mit starken Guarnisonen versehenen Festungen gewöhnlichen, aber in Regensburg erst seit 1714 eingegangenen Nachtwächter, hinsichtlich bestellt

h) Weiße a. a. O. S. 131.

i) G. J. E. Moser a. a. O. II. 476 f.

bestellt werden möchten“; erwiederte der Magistrat: „all  
 als Tagelöhner  
 auf denen  
 da auch si  
 insultiret,  
 von höher  
 als im Jahr 1764 der Magistrat ein Edict ge-  
 gen die Glücksspiele in den Caffe- und Wirths-  
 häusern erließ, suchte er die Unterstützung der  
 kaiserlichen Commission nach, damit der Stadt  
 hierin auch von Seiten der Reichsversammlung  
 die Hände geboten werden mögen, worauf von  
 beiden höheren Collegien eine dahin abzielende  
 Entschließung gefaßt wurde l). Im Jahr 1766  
 wurde dieses Verbot der Hazardspiele erneuert;  
 es glaubten aber, wie Moser berichtet, einige  
 Legations-Secretarii, es gehöre unter ihre Vor-  
 züge, daß sie sich solche nicht dürften wehren las-  
 sen m).

§. 9.

Nur noch zwey Punkte sind ausdrücklich be-  
 rührt, in Ansehung deren dem Reichsmarschall  
 wähl-

k) Moser a. a. O. S. 477. 478.

l) Das. S. 480.

m) Das. S. 482.

während eines Reichstages eine Art von Mitaufsicht eingeräumt ist. Der eine betrifft die Gesundheitspolizey. „Wegen der Personen, heißt es in dem Vergleiche von 1614, so von inficirten Orten sich einschleichen wollen, ist es dahin gerichtet, daß der Stadt Obrigkeit die Fürsorgung thun solle, damit sie nicht eingelassen, auch die inficirten Orte an den Stadthoren offen werden. Gleichergestalt

der Stadt Verordnete jederzeit der Stadt inficirt und sterzmacht und dem Marschallen oder mag' er sie durch seine Hand abholen lassen“ n).

Im wegen der zu Regensburg ansteckenden Krankheiten, erlegung der Reichsversammlung nach Augsburg veranlaßten, eine Deputation vom Reichs-Marschallenamt, dem Hochstift und der Stadt Regensburg durch den Reichsconvent angeordnet, welche, mit den ihr beygegebenen Aerzten, Wundärzten und Apothekern, die Befugniß erhielt, alle, sowohl Gesandten, freye und immediate, geist- und weltliche, als auch Bürger-Häuser, *salva cuicunque iurisdictione* zu visitiren, die Kranken zu notiren und solche an sichern Orten sorgsam verpflegen zu lassen“ o).

§. 10.

n) Moser a. a. O. I. 272. 273.

o) Dasselbst II. 526.

§. 10.

Der andere Punkt bezieht die Bequemlichkeit der zur Reichsversammlung gehörenden Personen. In dieser Hinsicht ist wegen Besichtigung der Rathstuben, wie auch der Wege und Stege an dem Orte, wo der Reichstag gehalten wird, von Seiten des Reichsmarschalls erklärt worden: „daß er dieß Orts von eines Raths der Stadt Verordneten allein Bericht, und wie in einem oder andern die Anstellung füglich zu machen, wohlmeinende Erinnerung zu thun, aber nichts zu befehlen begehre; auf daß, wenn dießfalls etwas abgehen sollte, bey Kais. Maj. und den Ständen er entschuldigt sey;“ dagegen aber haben der Städte Deputirte sich erboten, „daß von ihnen deßhalb jederzeit gute Vorsehung, damit man nicht zu Klagen Ursache habe, geschehen solle, sie auch wohl leiden mögen, daß der Erbmarschall die Besichtigung deren Örten, jederzeit in Beyseyn eines Raths Verordneten, fühnehme und seine Erinnerung (doch nicht befehlweise) thue, welche sie jederzeit gern hören, und, wenn sie gut befunden, in Acht nehmen wollen“ p).

§. 11.

Was sonst noch, nicht sowohl in Beziehung auf Polirey, als vielmehr um der Geldvorthelle willen,

2

p) Vergleiche v. 1614. Art. 7. Moser a. a. O. I. 272.



wissen, in dem Vertrage von 1614 angeführt ist und als hieher gehörig vielleicht betrachtet werden könnte, besteht in folgendem: der Reichs-Erbmarschall entsagt aller Gerichtbarkeit über Fremde, die zur Reichsversammlung nicht gehören oder mit derselben nicht in Verbindung stehen, und allem, was dieser Gerichtbarkeit anhängig ist, insonderheit allen daher fließenden Emolumenten und Nutzungen, namentlich: „der Einziehung alles, auch bey der Juden Garküchen fallenden Umgelds, oder dessen Befreyung, Anrichtung der Glückshäfen, Garküchen, Ehlen, Maas, Gewicht, Schutz oder Politen-Geld von den fremden Krämern, Fuchtern, Spielern, Spielleuten und unzüchtigen Weibern“ 9): so daß also, in Ansehung aller dieser Gegenstände, die alleinige Policeygewalt des Stadtmagistrats ausdrücklich anerkannt ist, wobey aber die schon oben gemachte Bemerkung (S. 8.) ganz besonders ihre Anwendung finden wird.

### S. 12.

In Rücksicht auf die Policeygewalt und insonderheit die Policeygerichtbarkeit über die zur Reichsversammlung gehörenden oder damit in Verbindung stehenden Personen ist zwar durch den Vergleich von 1614 insofern, als dem

Erb-

9) Vergleich von 1614. Art. 3. Moser a. a. O. I. 270.

Erbmarschall die bürgerliche Gerichtbarkeit über  
 der Reichsstände und deren Gesandten, wie auch  
 der fremden und außer Reichs gefessenen Potens-  
 taten oder ihrer Botschafter Diener und Gefinde  
 völlig die peinliche Gerichtbarkeit, aber unter ge-  
 wissen Bestimmungen, eingeräumt ist <sup>r)</sup>, allen  
 Differenzen zwischen der Reichsstadt, wo der  
 Reichstag gehalten wird, und dem Reichs-Erb-  
 marschall vorgebeugt; da aber dieser Vergleich  
 für Dritte keine verbindliche Kraft hat, und die  
 Reichsstände und ihre Gesandte dessen Anwen-  
 dung in diesem Puncte nicht zugeben, so ist dem  
 Erbmarschall dadurch wenig geholfen. Von der  
 Gerichtbarkeit über die Gesandten selbst ist in  
 dem Vergleiche nicht die Rede, da auf dieselbe die  
 Städte nie Anspruch machten. Wohl aber ist  
 der Reichs-Erbmarschall von jeher der Meynung  
 gewesen, daß auch sie ihm zustehet <sup>s)</sup>, und ob er  
 gleich in neuern Zeiten diese Saite zu berühren  
 möglich vermieden hat, so ist er doch in Anse-  
 hung der Dienerschaft der zum Reichstag gehö-  
 renden Personen allezeit bemüht gewesen, auch  
 bey vorgefallenen Policcyvergehungen, seine  
 Gerichtbarkeit zu behaupten <sup>t)</sup>. Allein auch hier  
 steht ihm die neuere Observanz und der gemein-  
 same Widerspruch aller und jeder Stände entgegen

B 3

gen

<sup>r)</sup> Dasselb. S. 268 f.

<sup>s)</sup> Vergl. Welfe a. a. O. S. 134. 162 f.

<sup>t)</sup> Vergl. Roser v. d. deutschen Reichstagen I.  
 283 f.

gen u); die Reichstags-Gesandten und ihr Gefolge sind nunmehr auch in Ansehung der Policey nach völkerrechtlichen Grundsätzen zu behandeln v), und dem Reichs-Erbmarschall bleiben hauptsächlich nur noch, als Subjecte seiner Policeygerichtbarkeit — seine Schützlinge übrig — die Juden.

## §. 13.

Der dem Reichs-Erbmarschall an dem Orte, wo der Reichstag gehalten, zustehende Judenschutz dürfte zwar heutzutage mehr für eine öconomische, als für eine policeyrechtliche Befugniß zu achten, und sein Ursprung wird wohl in dem ehemaligen Verhältnisse der Juden zu dem Kaiser, dessen Cammerknechte sie waren, zu suchen seyn. Indessen stehen die ihn betreffenden Bedingungen des Vergleichs von 1614 mit der Policey in der genauesten Verbindung, und dürfen daher hier nicht mit Stillschweigen übergangen werden, wenn sie auch gleich jetzt so genau nicht mehr mögen beobachtet werden. Dem Reichs-Erbmarschall ist der Judenschutz nebst der damit verbundenen Gerichtbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Sachen zugestanden; jedoch unter folgenden näheren Bestimmungen und

u) Moser deutsches Staatsrecht XLV. 395 f.  
Mayer deutsches weltl. Staatsrecht I. 316 f.  
481 u. die das. angef. Schriften.

v) Abhandl. XIII. §. 4, 5.

und Einschränkungen: 1. Von der Ankunft des Reichs-Erbmarschalls an bis zum Einzuge des Kaisers oder seines Commissarii soll weder der Erbmarschall noch der Stadtmagistrat einen Juden vergeleiten: jenem aber soll dieses Recht von der Ankunft des Kaisers oder seines Commissarii an bis zu dessen Wiederabzug allein zustehen. Uebrigens bleibt es, wegen Durchlassung und Vergeleitung der Juden außer den Reichsversammlungen, bey dem, was in den Reichsstädten deßfalls Herkommens ist. 2. Der Erbmarschall ist verbunden, den Magistrat die Namen der von ihm vergeleiteten Juden anzuzeigen. 3. Die Wohnungen werden ihnen, mit Zuziehung eines Stadt-Deputirten, an einem abgelegenen Orte der Stadt angewiesen. 4. Ohne des Erbmarschalls Bewilligung dürfen sie ihre Quartiere weder bey Tag noch bey Nacht verlassen. 5. Sind sie genöthiget, bey Nacht auszugehen, so müssen sie sich von einem Christen begleiten lassen. 6. Wenn sie zu viel in der Stadt umher laufen und der Magistrat darüber bey dem Erbmarschall sich beschwert, so soll es von diesem dem Befinden nach abgestellt werden. 7. Alle Juden, die nicht bey den kaiserlichen oder chur- und fürstlichen Höfen Verrichtungen haben, und deßhalb beschrieben sind, sollen gelbe Ringe an ihren Mänteln tragen, damit man sie von Christen unterscheiden kann. 8. Der Erbmarschall darf den Juden zwar eine Garfüße, aber in denen Städten, wo sie nicht schon zuvor ihre beständigen Wohnungen haben, keine Sp-

nagogen oder Schulen zu halten, verstaten.  
 9. Lassen sie sich Vergehungen  
 men, so verspricht der Erbmar  
 gemeinen kaiserlichen Rechten  
 büßrender Strafe zu verfahren  
 deswegen zu beklagen Urfa  
 Womahls hat der Reichs-  
 Ertheilung des Judenschutzes  
 habt, als jetzt, da seit 1714  
 nehmenden Juden, auf Vorstellung des Magi-  
 strats zu Regensburg, durch eine churfürstliche  
 Verordnung vorgeschrieben worden ist. Durch-  
 reisende Juden müssen sogleich nach ihrer An-  
 kunft bey dem Erbmarschalls-Amte einen Ge-  
 leitschein lösen, in welchem die ihnen verstattete  
 Aufenthaltzeit bestimmt wird x).

## §. 14.

Zur Ausübung der Gerechtsame des Erb-  
 marschalls am Reichstage überhaupt, so wie seine  
 Policey gerechtsame insonderheit, wird von  
 demselben eine besondere Canzley \*) zu Regens-  
 burg

w) Vergleich von 1614. Art. 2. Moser a. a. O.  
 I. 267.

x) Welfe a. a. O. S. 197.

\*) In dem Reichstags-Almanach wird sie unter  
 der Rubrik: des heil. R. Reichs Erb-Marschalls-  
 amt, und unter derselben werden zuerst der  
 Reichs-

burg gehalten. Der Chef dieser Canzley ist eigentlich der Reichs-Quartiermeister, vormahls Untermarschall genannt. Dieser ist aber in der Regel abwesend und seine Stelle vertritt ein Canzleyrath, welchem ein Registrator und zwey Canzelisten beygegeben sind. Der dieser Canzley untergebene Reichsprofos versteht die Geschäfte eines Canzleyboten und besorgt die Capture der Verbrecher y). Von den Geschäften des Reichsquartiermeisters, oder an dessen Statt des erbmarschallamtlichen Canzleyraths, bemerkt Moser: „er versteht ordentlicher Weise in allem die Stelle seines Principalen, . . . , sonderlich in Mitregulirung des Quartier- und Polizeywesens, auch Ausübung der reichsberbmarschallischen Jurisdiction; welches alles aber heutiges Tages rare und oft in manchen Jahren nicht vorkommende Fälle seynd“ z).

P 3

S. 15.

Reichs-Quartiermeister, dann der Reichs-Erbmarschallamts-Verweser, und als solcher ein gräf. Pappenheimischer Canzleyrath, der auch Reichs-Quartiermeister-Amtsverweser genannt wird, sodann noch ein, jedoch abwesender Canzleyrath, hiernächst ein Registrator und Archivarius, nebst zwey Canzelisten, und endlich der Reichsprofos angeführt.

y) Weiße, a. a. O. S. 200.

z) Moser a. a. O. I. 264.

## §. 15.

Bisweilen werden auch besondere Policeyconferenzen veranstaltet, welchen der Chef der erbmarschallamtlichen Canzley, ein Mitglied der kaiserlichen Commissions-Canzley (gewöhnlich der Canzley-Director), und einige Magistratsglieder beywohnen. Als eine fortwährende Reichstags-Policeycommission, wie sie Britsch aa) und nach diesem Moser bb) nennt, kann diese Einrichtung nicht betrachtet werden, sondern die Policeyconferenzen werden mit Vorwissen und Genehmigung der kursächsischen Canzley durch den Reichs-Erbmarschallenamts-Verweser veranlaßt, der sie dem Canzley-Director der kaiserlichen Commission und dem regierenden Stadt-Cämmerer ansagen läßt. Ein eigentliches Directorium, wie Weiße cc) behauptet, wird bey diesen Conferenzen dem Erbmarschall-Amte nicht eingeräumt d).

## §. 16.

Bey Reichs-Deputationen, auch wenn sie nicht an dem Orte des Reichstages ihre

aa) in f. Sammlung von Staatschriften unter Kaiser Franz, Th. 3. S. 774.

bb) v. d. deutschen Reichstagen II. 523.

cc) a. a. O. S. 196.

dd) Britsch a. a. O.



ihre Geschäfte zu verrichten haben, steht dem Reichsmarschall, wenn es die Umstände zulassen, die Ausübung derselben Policeygerichtsamen zu, welche er bey der Reichsversammlung hergebracht hat. Bey Reichs-Friedensdeputationen ist jedoch seine Theilnahme an der Policeyverwaltung nicht gewöhnlich. In dem neuesten Fall dieser Art — bey dem so unglücklichen Congresse zu Rastatt, traf der Landesherr, aufgefordert vom Reichs-Oberhaupt, die nöthigen Verfügungen. Er bestellte eine eigene Policeycommission zur Erhaltung und Beförderung der allgemeinen Sicherheit und Ruhe, der Wohlfeilheit der Nahrungsbedürfnisse und übrigen Lebensbequemlichkeiten, so wie zur Beobachtung der einschlagenden besondern staatsrechtlichen Rücksichten auf die Gesandtschaften und deren Gefolge und Schutzverwandte ee). So bedenklich und verwickelt auch in manchen Hinsichten die Verhältnisse dieser Commission waren, so allgemein war doch die Zufriedenheit, welcher sie sich wegen ihrer Geschäftsführung zu erfreuen hatte, und schwerlich hätte diese, unter mehrere Theilhaber getheilt, einen so einmüthigen Beyfall sich erwerben können.

# S. 17.

Wenn eine Reichs-Deputation zur Visitation des kaiserlichen und Reichs-Cam-

ee) (v. Schwarzkopf) Handbuch des Congresses zu Rastatt S. 41.

Cammergerichts abgeordnet wird; so erläßt der Kaiser an den Reichs-Erzmarschall ein Schreiben, worin er ihn auffordert, durch das Reichserbmarschall-Amt für die den Visitatoren nöthigen Wohnungen und überhaupt für gute Policey in jeder Hinsicht Sorge zu tragen, deswegen sowohl mit der Stadt, als mit den benachbarten Ständen die erforderliche Uebereinkunft zu treffen, damit die kaiserlichen Commisarien und Visitatoren, so wie das Cammergericht mit allen Nothwendigkeiten versehen und durch Festsetzung billiger Preise für alle Bedürfnisse gegen Wucher und Verwirthheilung gesichert werden. Zugleich wird durch kaiserliche Rescripte dem Reichs-Cammergerichte und dem Stadtmagistrat zu Weylar aufgegeben, den reichserbmarschall-amtlichen Abgeordneten bey der Ausrichtung seiner Geschäfte gehörig zu unterstützen und mit ihm für gute Ordnung und gute Policey Sorge zu tragen M. Der Magistrat trifft daher sogleich die nöthigen Vorbereitungen, und wenn der auf des Reichs-Erzmarschalls Befehlung von dem Erbmarschall abgeordnete Reichs-Quartiermeister oder dessen Stellvertreter am Wohnsitz des Cammergerichts eingetroffen ist, so vereinigt er mit denselben seine Bemühungen zur Einführung und Erhaltung einer guten Policey. Auch berichtigt die kaiserliche Commission mit einigen Deputirten vom Cammergerichte, mit dem

M) M. Darstellung der Visitation des kaiserlichen und Reichs-Cammergerichts S. 185—187. 308.

dem Reichs-Quartiermeister und einigen Depu-  
 tirten vom Stadtmagistrat die Policey, und  
 Taxordnung, welche während der Visitation  
 beobachtet werden soll gg). Bey der letzten aus-  
 serordentlichen Cammergerichts-Visitation mach-  
 te auch Eburmainz auf die Theilnahme an diesem  
 Geschäft, jedoch ohne Erfolg, Anspruch, und der  
 Hessen-Darmstädtische Gerichtsvogt zu Weßlar  
 wollte überhaupt an den durch die Visitation  
 veranlaßten Policeygeschäften, wegen des dem  
 fürstlichen Hause Hessen-Darmstadt zustehenden  
 Schuttrechtes über diese Stadt, Antheil nehmen,  
 konnte aber seine Forderung gleichfalls nicht  
 durchsetzen hh). Was die Policeygericht-  
 barkeit betrifft, so wurde es damit bey der letz-  
 ten Visitation eben so, wie am Reichstage, ge-  
 halten (§. 13).

### §. 18.

Auch die Kaiser-Wahl und Krö-  
 nung giebt dem Reichs-Erz- und Erbmarschal-  
 len-Amt zur Ausübung mancher althergebrach-  
 ten Rechte in Rücksicht auf die Handhabung der  
 Policey in der Wahl- und Krönungs-  
 Stadt eine so wichtige, als ehrenvolle Gele-  
 genheit. Allein auch hier hat der Lauf der Zei-  
 ten und die Ausbildung der reichsständischen Lan-  
 des-

gg) Dasselbst S. 313. 314.

hh) Dasselbst S. 294.

bedürfnisse manche diesem hohen Reichsamte nicht günstige Veränderungen bewirkt. Der Verfasser des Wahl- und Krönungs-Diarii Kaiser Leopold des Zweyten schildert sehr gut die vor- mahligen Rechte des Reichs-Erzmarschalls, und sein Werk selbst zeigt, wie wenig im Ganzen da-

Inter allen kaiserli-  
n, sagt er, war  
lterthume, da ihre  
s Willkühr abhin-  
der Erzmarschall  
meinen Reichsver-  
tigen Reichsgeschäf-  
te und Pflichten —  
tte. Unter seiner  
zu den Zeiten, da

jene Versammlungen noch im freyen Felde ge- halten wurden, das Lager abgesteckt, und in der Folge, da die Versammlungen noch weniger zahlreich waren und in den Städten, oft in ge- ringen Flecken, hinreichende Unterkunft finden konnten, die Quartiere eingetheilt. Er voll- streckte oder verfügte den Vollzug der gegen die Reichsstände ergangenen Urtheile, und war der Richter über ihr Gefolge und Hofgesinde, so wie es der Erzpfalzgraf am Hofe des Kaisers war. Er sorgte für Sicherheit, Ordnung und Unter- halt. Unter ihm standen folglich alle, welche jene Versammlungen um Gewinns halben, oder auch aus Neugierde, besuchten. Er gab den damahls noch aus vermeintlich christlicher Frömmigkeit allenthalben verfolgten Juden siche- res

res Geleit. Er duldete oder verbot öffentliche Spielhäuser, feile Frauen, (wie die alten Urkunden schamhaft sprechen) und was wol der wichtigste Theil seines hohen Amtes war, er sammelte die Stimmen der Fürsten und übrigen Stände, die damahls noch nach nicht nach ganzen Häusern, noch besondern Collegien oder Bänken, n i).

§. 19.

Nach der je  
lich der Mägi  
nungs- Stad  
mit Beziehung d  
sowohl vor An  
als während der  
wichtigsten allge  
verfügungen, u  
heit zu erhalten  
und Annehmlich  
welche die Wab  
der Stadt versä  
fördern. In des  
ren Zeiten gewöhnlichen Geschäftsgang, beson  
ders in Ansehung der von Policey wegen zu tref  
fenden Vorbereitungen bey einer bevorstehenden  
Kaiserwahl, zuzuschreiben, als einer wesentlichen  
Ver-

ballante zu-  
 insonderheit  
 während der  
 kk). Hier,  
 Reichstän-  
 te und eine  
 ch nach voll-  
 raupt selbst  
 en f. innen;  
 stliche Vere

hältnisse sich durchkreuzen, wo für die Policey häufig mehr von dem guten Willen der hohen Anwesenden, als von dem obrigkeitlichen Amte zu erwarten ist; wo öfters Bitten und Verwendungen an die Stelle der Gebote und Verbote treten müssen; wo der Stadtmagistrat, der über seine Untergebenen doch noch unbestrittene Macht und Gewalt hat, immer besser daran ist, als der Erbmarschall, dessen Wirkungskreis, in Ansehung der Personen insonderheit, in neuern Zeiten immer bestrittener und unbestimmter geworden ist: hier, wo eine so schwierige und verwickelte Lage keine Gewaltstreiche, kein Durchgreifen erlaubt, wird ein gütliches Einverständnis zwischen dem Reichs-Erbmarschallamte und dem Stadtmagistrat das einzige Mittel seyn, den gemeinschaftlichen Hauptzweck zu befördern und die gegenseitigen Rechte zu erhalten. Auch hat man bey Gelegenheit der letzten beyden Kaiser, wah-

kk) Pütter Inst. iur. publ. §. 487. Io. Lud.  
 Kern l. c. cap. 2.

wahlen von bedeutenden Differenzen zwischen diesen Behörden nicht gehört, an denen es doch vormahls nicht zu fehlen pflegte.

§. 20.

In der goldenen Bulle II) wird der Stadt Frankfurt im Allgemeinen die Sorge für die gute Aufnahme und die Sicherheit der zur Kaiservahl sich versammelnden Churfürsten und Botschafter und ihres Gefolges zur Pflicht gemacht. Die besonderen Polizeyvorsehrungen werden durch Zeit, Umstände und Bedürfniß bestimmt. Von der in ihren Mauern vorzunehmenden Kaiservahl und dem dazu angesetzten Termin erhält die Stadt die erste officiële Nachricht durch den Reichs-Erzcanzler, und ist es eine römische Königswahl, so ergeht an den Stadtmagistrat auch ein kaiserliches Rescript, wodurch ihr diese Nachricht ertheilt wird. Zugleich wird sie aufgefordert, wegen der Wohnungen, und des Vorraths und der Wohlfeilheit der Lebensmittel und anderer Bedürfnisse bey Zeiten Anstalten zu treffen mm). Hierdurch ver-

II) tit. 1. §. 24. 25. 26.

mm) Im Jahr 1790 ward das kurbayrische Schreiben am 1. März an den Frankfurter Magistrat erlassen; der Wahlconvent war gegen den ersten Julius



veranlaßt, trifft der Magistrat die nöthigen Vorkehrungen, damit eines Theils kein Mangel an Quartieren entstehen, und andern Theils die Bürgerschaft sich mit hinreichenden Vorräthen aller Art versehen möge. Auch werden die angränzenden Reichsstände ersucht, die Zufuhr nach Frankfurt zu erleichtern und zu begünstigen nn), diese Gesuche auch wohl durch Ehursächssische Vorschreiben unterstützt oo). Nicht weniger werden zur Abhaltung der Bettler und des herrenlosen Gesindels Vorkehrungen getroffen und auch in Ansehung dieses Gegenstandes angemessene Ersuchungsschreiben an die benachbarten Regierungen erlassen pp). Zur Besorgung der mannigfaltigen Policcygeschäfte wird eine eigene Rathsdeputation ernannt qq).

## §. 21.

Während dieser Vorkehrungen trifft dann auch der von dem Reichs-Erbmarschall abgeordnete

Julius zusammenberufen. (M. f. Wahl- und Krönungs-Diarium Kaiser Leopold des Zweyten, E. 82.) — Man wird aus diesem Diario die erläuternden Beispiele nehmen, weil es ausführlicher und vollständiger ist als das nachfolgende von 1792.

nn) Wahl- und Krönungs-Diarium von 1790.

E. 87 f. Moser vom Röm. Kaiser, E. 71 f.

oo) Diarium von 1790. E. 95. Note \*)

pp) Dasselbst E. 96 f. Moser a. a. O. E. 72.

qq) Diarium von 1790, E. 99.

geordnete Reichs-Quartiermeister in der Wahlstadt ein. Schon zum voraus pflegt der Reichs-Erbmarschall ein Schreiben an den Magistrat derselben zu erlassen, worin er verlangt, daß nicht nur dem Erbmarschall oder dessen Reichs-Quartiermeister in den ihm obliegenden Verrichtungen alle mögliche Beförderung erwiesen, sondern auch von dem Magistrat selbst alles, was ihm zukömmt, vorgekehrt werden möge rr). Zugleich wird durch ein Rescript des

3 2

Reichs-

rr) Diarium von 1790 S. 95. In unserem Lande des Herkommens, wo es manchemal so schwer ist, was jedem gebührt, auszumitteln, ist es natürlich, daß dergleichen Schreiben sehr vorsichtig abgefaßt werden. So lautet denn auch das chursächsische Schreiben vom 12. April 1790 an den Magistrat zu Frankfurt ganz unbestimmt: „Nachdem . . . die Nothwendigkeit erheischt, daß noch vor angeheinder Versammlung behörige Vorbereitung, auch eine leidliche Taxe über Proviant, Fütterung und allerhand andere Bedürfnisse gemacht, und wegen des Unterkommens gebührliche Verordnung gethan werde, damit Niemand über Willigkeit beschwert werden oder Mangel leiden möge: Als gesinnen Wir an Euch hiermit gnädigst, Ihr wollet solches alles und jedes, soviel Euch hierunter zustehet und obliegt, mit Fleiß besorgen, auch auf des heil. Röm. Reichs Erbmarschalls, Grafen zu Dappenheim, oder dessen Reichs-Quartiermeisters Anmelden, demselben in dem, so ihm, kraft seines tragenden Amtes, zu bestellen und anzuordnen gebührt, seinen Eintrag noch Hinderung, vielmehr alle mögliche Beförderung thun und erweisen.“

Reichs-Erzmarschall aufgefodert, sich f6rt furt zu begeben oder d dahin abzufertigen, d N6thige beforgt werd hierauf von dem Reich Quartiermeister vorau Creditiv-Schreiben al furt verfehen. Die v desselben beziehen sich tierwesen und einige fen eigentlich nicht e gen und Vorkehrungen. Vielmehr erl6st der Magistrat auch noch nach der Ankunft des Reichs-Quartiermeisters die ihm n6thig scheinen den Policeyverordnungen, als z. E. wegen des den Churf6rsten und Wahl-Bothschaftern von allen Einwohnern zu bezeugenden Respects, wegen des Stock- und Degentragens der Handelsdiener, Handwerksburschen und Livreebedienten, wegen des Zubringens fremder Handelsleute, wegen der Censur alles dessen, was in Beziehung auf die Wahlversammlung in Zeitungen oder sonst gedruckt werden soll u. d. m.

## §. 22.

Wenn die zum Wahlconvent bestimmte Zeit sich n6hert, so pflegt sich der Reichs-Erbmarschall

ss) Diarium von 1790, S. 103. Moser a. a. O. S. 64.

tt) Dasselbst S. 100. 101.

schall in Person nach der Wahlstadt zu Begeben und die Leitung der zu seinem Erbamte gehörigen Geschäfte selbst zu übernehmen. Bey den alsdann auch anwesenden chursächsischen Gesandten soll er in vorfallenden Dingen sich Rath und Bescheid holen uu). Er tritt nun mit dem Magistrat in Communication und verabredet mit demselben diejenigen Policeyverfügungen, welche auf seine marschallamtlichen Rechte und Obliegenheiten sich beziehen, so wie er auch von den Policeyeinrichtungen des Stadtmagistrats, welche durch den Wahlconvent veranlaßt werden, vollständige und fortwährende Kenntniß erhält. Denn der Stadtmagistrat fährt unermüdet fort, nicht nur wegen der zur innern Stadtpolicey gehörigen Gegenstände zweckmäßige Verfügungen, insonderheit zur Erhaltung gemeiner Sicherheit und Ordnung vv) zu treffen, sondern auch die strengste Aufsicht, besonders über die in großer Menge anwesenden Fremden aller Art, zu führen ww), woran jedoch auch der Reichs-Erbmarschall in so fern

3 3

uu) Moser a. a. O. S. 67. Diarium von 1790, S. 67.

vv) Diarium von 1790, S. 248 f.

ww) Dasselbst S. 255. Der große Zufluß der Fremden ist überhaupt für die Stadtpolicey doppelt lästig, weil die meisten sich unter die Protection eines Churfürstlichen Botshafers oder des Reichs-Erbmarschalls begeben, wo dann bisweilen, wenn die Stadtpolicey ihre Pflicht thun will, Collisionen entstehen.

fern Theil nimmt, als ihm, gleichwie dem Magistrat, die Thorzettel eingeschickt und die Namen der Fremden, welche ein Bürger oder Einwohner der Stadt aufnimmt, angezeigt werden müssen xx). Auch vor der Krönung erläßt der Magistrat auf erhaltene Benachrichtigung von Churmainz, angemessene Verordnungen, damit nicht nur überhaupt Ruhe und Ordnung gehandhabt, sondern auch insbesondere bey den verschiedenartigen Feierlichkeiten Unglücksfälle verhütet werden mögen yy).

### §. 23.

Die bedeutendste Aeußerung der Theilnahme des Reichmarschalls an der Policeypflege in der Wahl- und Krönungsstadt besteht in der Abfassung der Policey- und Taxordnung, welche, wie bey Reichstagen (§. 5.), also auch bey Kaiserwahlen, ausschließlich dem Churfürsten von Sachsen, als des Reichs Erzmarshall, zukommt zz). Sie wird gewöhnlich einige Zeit vor dem feierlichen Wahltage publicirt, auch wohl, wenn sie etwa verspätet wird, von den übrigen churfürstlichen Gesandtschaften in Erinnerung gebracht aaa). Diese verlangen, daß der  
Ents

xx) Diarium von 1790 S. 270.

yy) Daselbst S. 311. 312.

zz) Wahlcap. Art. 3. §. 23.

aaa) Moser von dem Röm. Kaiser II. S. 196.

Entwurf derselben ihnen vorgelegt werde, um darüber ihre Bemerkungen machen zu können, was jedoch Chursachsen verweigert bbb). Die chursächsische zur Kaiserwahlabgeschickte Gesandtschaft verfaßt diese Policey- und Tax-Ordnung, mit Zuziehung des Reichs-Erbmarschalls, und nachdem der Stadtmagistrat vorher über ein und anderes (besonders die Taxe betreffend) vernommen worden. Die Gegenstände derselben und ihr Inhalt bleiben sich im Wesentlichen immer gleich. Die Reichstags-Policey und Taxordnung scheint in dieser Hinsicht ganz ihr Vorbild zu seyn. Vor der Wahl des Kaisers Leopold des Zweyten wurde sie am 16. Sept. 1790 durch den Reichsfourier an verschiedenen Plätzen der Stadt unter Pauken- und Trompeten-Schall öffentlich publicirt, ccc).

#### §. 24.

Zur Beförderung einer oder der andern guten Policeyanordnung pflegt auch wohl das churfürstliche Collegium unmittelbar mit zu wirken. So wurde z. E. in der dritten Präliminar-Conferenz der Wahlbotschafter am 9. August 1790 ein strenges Verbot aller Hazard- und hohen Commerzspiele beschlossen, welches auch durch den Reichs-Erbmarschall und den Stadtmagistrat öffentlich

3 4

ber

bbb) Moser von dem Röm. Kaiser 2c. S. 197.

ccc) Diarium von 1790, S. 267 f.

bekannt gemacht *ddd*). Bisweilen wendet sich auch der Stadtmagistrat, entweder unmittelbar oder durch Ersuchung des Reichs-Erbmarschalls, an das churfürstliche Collegium, um durch dessen kräftige Unterstützung irgend eine Policeyverfügung desto gewisser durchsetzen zu können, wie solches im Jahr 1790 wegen der fremden Kaufleute, wegen des Gebrauchs der Fackeln und wegen des schnellen Fahrens zum Theil mit erwünschtem Erfolg geschehen ist *eee*).

### §. 25.

In Ansehung der Policeygerichtsbarkeit stehen auch hier die neueren Grundsätze mit den älteren Ansprüchen des Reichs-Erbmarschalls (§. 13.) im Widerspruch, und die Praxis hat allerdings für jene entschieden. Zwar wird in der Policeyordnung für gewisse Fälle vorgeschrieben, daß solche Personen, welche des Stadtmagistrats Jurisdiction nicht unterworfen seyn, dem Reichs-Erbmarschallamte überantwortet werden sollen *fff*). Allein dieses wird doch nur über diejenigen, welche ihm selbst unmittelbar angehören oder untergeben sind, wozin vorzüglich auch die unter seiner Protection stehenden Personen zu rechnen seyn werden, einige Gerichtsbarkeit unbestritten

*ddd*) Diarium von 1790, S. 116.

*eee*) Daselbst S. 134. 249.

*fff*) Daselbst S. 268. 269.



bestritten ausüben können. In Rücksicht auf Streitungen zwischen Gästen und Wirthen ist bestimmt, daß der Reichs-Erbmarschall mit Zuziehung des Raths, so oft es die Nothdurft erfordere, dem Herkommen und der Billigkeit gemäß, entscheiden soll ggg).

§. 26.

Ob der zwischen dem Reichs-Erbmarschall und sämtlichen Reichsstädten im Jahr 1614 errichtete Vergleich (§. 7.) die Reichsstadt Frankfurt auch als Wahlstadt und in Ansehung der bey einer Kaiserwahl eintretenden Verhältnisse verpflichte, ist bey verschiedenen Veranlassungen bestritten worden. Der Vergleich handelt nur von Reichs-Versammlungen; indessen hat die Hallische Juristenfacultät aus sehr erheblichen Gründen behauptet, er gehe auch auf Wahlconvente hhh), und unwahrscheinlich ist es allerdings nicht, daß gleich anfangs die Absicht auf alle Zusammenkünfte von Reichs wegen, wobei der Reichs-Erbmarschall gewisse Rechte auszuüben hat, gerichtet gewesen ist. Ein anderer Vergleich ist zwischen der Stadt Frankfurt und dem Grafen Maximilian von Pappenheim 1619 abgeschlossen worden, dessen Gültigkeit aber von

3. 5.

Seiten

ggg) Policey- und Taxordnung Art 11. Diarium von 1790 S. 270.

hhh) Consil. Hall. T. 2. Pro. 31. Ludwig Erläut. der gold. Bulle II. 823 f.

Seiten des gräflich Pappenheimischen Hauses, wie es scheint, nicht ohne Grund angefochten wird iii). Er ist mehr in finanzieller, als staatsrechtlicher Hinsicht wichtig, und es kommt daher hier weder auf seine Gültigkeit, noch auf seinen Inhalt an.

iii) S. Scheidemann's Repertorium des deutschen Staats- und Lehnrechtes I. 807 f.

## XV.

### Von dem Verhältniß der höchsten Reichsgerichte zu der Local-Policey ihres Wohnsitzes.

#### §. I.

Den Mitgliedern der beyden höchsten Reichsgerichte und allen ihren Angehörigen ist die Befreyung von jedem anderen, als ihrem eigenen Gerichtszwange zugesichert, und zwar dem kaiserlichen Reichshofrath, welcher an die Residenz des Kaisers gebunden ist, eben so a), wie dem

a) R. G. R. O. Tit. I. §. 8. Wahlcap. Art. 25. §. 7.

dem kaiserlichen und Reichs-Cammergerichte b), welches seinen Wohnsitz bis auf die neuesten Revolutions-Zeiten immer in einer freyen Reichsstadt hatte. Indessen ist es sehr natürlich, daß die Verhältnisse nicht gleich seyn können, und daß die Schwierigkeiten, welche aus Exemtionen und Gerichtbarkeits-Befreyungen für die Polizeyverwaltung entstehen, in der großen Kaiserstadt weit weniger bedeutend sind, als in einer Reichsstadt, wo ein höchstes Reichsgericht nicht nur seinem gesetzmäßigen Ansehen nach die erste Rolle spielt, sondern auch für die Stadt größtentheils Hauptquelle der bürgerlichen Nahrung ist.

§. 2.

Wenn man daher in Wien nicht viel von dem Verhältniß des Reichs-Hofraths zu der Stadtpolicey hört, so ist das leicht zu erklären, weil es sich von selbst versteht, daß auch die zu diesem höchsten Reichsgerichte gehörigen Personen die bestehenden Polizeyvorschriften beobachten müssen, übrigens aber eine Polizeygerichtsbarkeit über sie von den Landesbehörden nicht prätendirt wird. „Die Befreyung von der Landesgerichtsbarkeit, sagt Moser c), ziehet auch die Befreyung von solchen Landesgesetzen nach sich, welche eine Ausnahme in Ansehung derer  
dem

b) R. G. O. von 1555, Th. I. Tit. 49. Conc. Th. I. Tit. 63. N. A. von 1654. S. 141.

c) von der teutschen Justizverfassung II. 166.

dem Staat nicht unterworfenen Personen leiden, z. E. Kleider- und andere dergleichen Policeyordnungen, wie Anno 1671 geschehen ist. Was aber zur Erhaltung gemeiner Ruhe, Sicherheit, Ordnung u. d. verordnet wird, denen seynd zwar auch dergleichen privilegirte Personen sich freiwillig zu unterwerfen schuldig, doch ohne dadurch die Gerichtbarkeit zu erkennen; sondern, wenn sie dagegen handeln, muß die Sache durch den Reichs-Hofrath abgethan werden“.

## §. 3.

In Weßlar gab die Policeyverwaltung von dem Zeitpunkt an, wo das kaiserliche und Reichs-Cammergericht seinen beständigen Aufenthalt daselbst genommen hatte, zu mancherley Irrungen zwischen diesem höchsten Reichsgerichte und dem Stadtmagistrat Veranlassung. Am 19. December 1713 wurde darüber, unter Vermittlung der damaligen Visitation, ein Vergleich abgeschlossen, nach welchem ein gemeinschaftliches Policeycollegium von zwey Cammergerichts-Assessoren und zwey Procuratoren auf der einen, sodann von den Stadtsyndicis und vier Mitgliedern des Magistrats auf der andern Seite angeordnet und mit vollkommener Autorität und Gewalt versehen werden sollte, alle vorkommenden zum Policeywesen gehörigen Sachen zu berathschlagen, zu beschließen und zu ver-  
fün-

kündigen und durch hinlängliche Mittel zu exequiren d).

§. 4.

Diese Einrichtung wurde nun zwar wirklich ausgeführt, entsprach aber der davon gehabten Erwartung nicht und ging daher wieder ein, so daß jetzt eine aus sechs Assessoren bestehende Policey-Deputation alle in das wehlarische Policeywesen einschlagende Gegenstände, insofern solche auf das Cammergericht und die dazu gehörigen Personen Einfluß haben, besorgt. Dem Stadtmagistrat werden die Beschlüsse dieser Deputation insinuiert, und, wenn es nöthig ist, muß wegen ihrer Befolgung der Fiscal sein Amt wahrnehmen. Das Cammergericht hat auch von Zeit zu Zeit mancherley sehr zweckmäßige Policeyverordnungen gemacht \*). Allein es wird, wie man sagt, nicht immer streng darauf gehalten, daher dann, nach dem Zeugniß eines ehemahligen, langjährigen Cammergerichts-Assessors, die wehlarische schlechte Policey von Alters her berührt ist. Sie kann durch die jetzt veränderte Lage

d) v. Puchner Samml. d. Reichsschl. IV. 76 f. von Cramer Wehl. Nebenstunden LVIII. 64 f. Malblanc Anl. zur Kenntniß der teutschen Reichs- und Provinzial-Gerichtsverfassung II. 449 f.

\*) S. überhaupt von Bostell Grundsätze der cammergerichtlichen Praxis I. 44. 62.

Lage der Stadt nur gewinnen, und der nunmehrige Landesherr derselben wird gewiß sowohl auf die Freiheiten des Cammergerichts als auf dessen gerechte Wünsche für die Verbesserung der Wezlarischen Policey Rücksicht nehmen.

---

## XVI.

### Von der Hofpolicey.

---

Der Theil der Localpolicey, welcher sich auf die Hofhaltungen bezieht, ist in dem Handbuche des teutschen Policeyrechts nur mit einigen Worten berührt worden a). So wenig allgemein interessant dieser Gegenstand auch seyn mag, so erwartete man doch vielleicht auch darüber eine etwas ausführlichere Erörterung. Es folgen daher hier einige Nachträge.

Sicherheit, Ruhe, Ordnung, Anstand und Würde sind die Gegenstände, welche durch die Hofpolicey aufrecht erhalten werden sollen. Hierauf zwecken die Hofordnungen oder Hofreglements hauptsächlich ab, welche man

an

a) Th. 1. S. 100. Th. 3. S. 576.

an jedem wohleingerichteten Hofe findet b). Sie werden theils durch den Druck bekannt gemacht und der Dienerschaft zur Nachachtung zugestellt, theils öffentlich angeschlagen, theils zu bestimmten Zeiten wiederholt der Hofdienerschaft öffentlich vorgelesen. Diese wird auch gewöhnlicher Weise auf die Hofordnung und deren genaue Beobachtung mit verpflichtet.

Die Einrichtung und Abänderung solcher Ordnungen hängt lediglich von dem Gutbefinden des Regenten ab. Je weitläuftiger aber eine Hofhaltung ist, desto nothwendiger sind zugleich zweckmäßige Anstalten zur Aufsicht und zur Disciplin und Jurisdiction über die Hofdienerschaft oder zur Handhabung der Hofpolicey. An den meisten Höfen ist die Oberaufsicht, so wie die Untersuchung und Bestrafung der Policeyvergehungen, dem Hofmarschall-Amte, vermöge der ihm gewöhnlich zustehenden Hofgerichtsbarkeit, übertragen c).

Nach dem Inhalt der meisten Hofordnungen, aus welchen Moser d) seine Beschreibung der Hofpolicey hauptsächlich genommen hat, beziehen sich die Vorschriften derselben vorzüglich auf

b) Beispiele s. in den Verlagen zu F. E. von Mosers deutschem Hofrecht.

c) F. E. von Moser deutsches Hofrecht I. 73. 142. II. 803.

d) a. a. O. Th. I. S. 110 f.



auf die Unverletzlichkeit der Personen und Sachen bey Hof, auf das Betragen aller zum Hof gehörigen Personen, sowohl in Ansehung des zu beobachtenden äußeren Anstandes überhaupt, als auch ihrer Dienstverrichtungen insonderheit, auf das Betragen der am Hof sich aufhaltenden Fremden, auf Sicherheitsanstalten gegen Ruhestörungen, Veruntreuung, Feuergefährdungen 2c. und endlich auf die Aufsicht und Bestrafung in Hofpoliceysachen.

So wie man in den Hofordnungen gewisse Hoflaster besonders verboten findet, so giebt es auch an einigen Höfen eigene Arten von Policeystrafen, womit insonderheit die Hofdienerschaft belegt zu werden pflegt e).

Policeyvergehungen höherer zum Hofe gehörigen Personen werden gewöhnlich von dem Regenten selbst unmittelbar geahndet. Außer dem gehören sie vor das Hofmarschallen-Amt, welches ein dergleichen Sachen angemessenes ganz summarisches Verfahren zu beobachten hat. f).

Die Hof-Policeygerichtbarkeit erstreckt sich übrigens nur auf die zum Hofe gehörigen Personen und die am Hofe begangenen Policeyvergehungen. In Ansehung der Policeygerichtbarkeit

e) v. Moser a. a. O. Buch 12. Cap. 3.

f) Daselbst S. 812. 813.

keit in der Residenzstadt, insofern von der Stadtpolicey und deren Anstalten die Rede ist, hängt zwar alles von der besonderen Verfassung eines jeden Ortes ab, in der Regel hat aber die ordentliche Stadtpolicey-Obrigkeit die Vermuthung für sich g).

g) von der Residenzstadt Hannover s. oben S. 195.

## XVII.

### Ueber den Unterschied zwischen Justiz- und Policysachen.

#### §. 1.

Was über den Unterschied zwischen Justiz- und Policysachen in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts a) von mir gesagt ist, hat mir selbst schon damahls, wie ich deutlich genug zu verstehen gab, nicht genüget, und im Wesentlichen gebe ich den Beurtheilern dieses Theils meiner

a) Th. I. S. 131 f.

u. Bergs Polizeyr. Th. 4.

ner Arbeit b) Recht. Aber in manchen einzelnen Punkten haben sie mir offenbar Unrecht gethan. Das Mißverständniß, welches hierzu den Hallischen Recensenten verleitete, ist schon oben c) aufgedeckt worden. Auch G ö n n e r wirft mir vor, daß ich auf die in der Justizgewalt, so wie in der Policeygewalt wirkenden allgemeinen Hoheitsrechte (die aufsehende, gesetzgebende, beurtheilende und vollstreckende Gewalt) nicht Rücksicht genommen habe. Das habe ich aber doch gethan, indem ich dasjenige, wodurch diese allgemeinen Hoheitsrechte in jenen besondern sich äußern: Aufsicht, Gesetzgebung, Beurtheilung, Vollstreckung —, deutlich genug in der Beschreibung unterschied d), ob ich gleich nicht für nöthig hielt, alles vom Anfang an ausführlich zu entwickeln. Ein anderes Mißverständniß mußte daraus entstehen, daß in dem Handbuche des deutschen Policeyrechts die Justizgewalt als derjenige Theil der Staatsgewalt betrachtet wird, welcher sich mit Bestimmung der Rechte unter den Staatsbürgern beschäftigt, wobey Criminal- und Civil-Justiz auf gleiche Weise in Betrachtung kommen, dahingegen einige, und unter diesen auch G ö n n e r, unter Justizgewalt bloß die

Civil-

b) S. Hallische jurist. Literatur-Zeitung, Jahrgang I. S. 37, vorzüglich aber G ö n n e r s Handbuch des deutschen gemeinen Processes II. 1, f.

c) S. 223. f.

d) S. J. E. a. a. O. S. 131. 132. 133. 135. 136.

Civil-Justizgewalt verstehen, und diese mit richterlicher Gewalt (Gerichtbarkeit) als ganz gleichbedeutend annehmen.

## §. 2.

Hauptsächlich aber scheint mir Gönner zu nahe zu treten, wenn er aus meiner Darstellung des Verhältnisses der Policeygewalt zur Justizgewalt nur den nicht genügenden Satz ableiten zu können versichert: „alle Policeysachen werden durch eine dagegen geführte Beschwerde Justizsachen, doch können nur gegründete Beschwerden eine Hülfe des Richters bewirken, und darüber, ob sie gegründet seyen oder nicht, hat der Richter zu entscheiden“ \*). Hier ist, wie mir dünkt, der in der gerichtlichen Praxis hinreichend bekannte Unterschied zwischen gegründeten und statthaften Beschwerden nicht gehörig beachtet. Diese muß der Richter sogleich, als vor ihn nicht gehörig, verworfen, und daß es dabei hauptsächlich auf den Gegenstand ankommt, fällt von selbst in die Augen. Wenn ich daher zuvörderst als unzweifelhaft annahm, daß Streitigkeiten über Recht Einzelner gegen einander, auch wenn sie aus einer Policeyverfügung abgeleitet würden, in das Gebiet der Civil-Justiz gehören, und sodann bemerkte, daß selbst solche Sachen, welche ursprünglich bloß als Policeysachen anzusehen sind, durch Beschwerden über Rechtsver-

A a 2                      lehung

\*) Gönner a. a. O. S. 18.

legung Justizsachen werden können, und dabey diejenigen Fälle, wo dieß meiner Meynung nach geschehen könne, anführte; so schien es mir zugleich angemessen, diejenigen Fälle auszuheben, von welchen ich glaubte, daß sie sich in Beziehung auf Handlungen der Policeygewalt zu einer Beschwerde über Rechtsverletzung entweder gar nicht, oder wenigstens nicht vor den Landesgerichten qualificirten, wobey also die Pflicht des Richters eintrate, sie sofort als unstatthaft zurückzuweisen. Daß damit doch mehr gesagt und die Untersuchung etwas weiter geführt ist, als durch den oben angeführten, mir zur Last geschriebenen Satz, wird man bey näherer Prüfung schwerlich verkennen. Wenn ich indessen einräume, daß meine Erörterung überhaupt zur festen Bestimmung des Unterschieds zwischen Justiz- und Policeysachen nicht hinreicht, so können vorstehende Bemerkungen nur die Absicht haben, mich gegen Vorwürfe, die mir zu weit zu gehen scheinen, zu vertheidigen.

### §. 3.

Die Frage ist eigentlich die: Woran erkennt man, daß eine Sache Justizsache ist, obgleich sie für eine Policeysache ausgegeben wird? und umgekehrt. Bisher glaubte man die Antwort hierauf in der richtigen Bestimmung des Begriffes der Policeysachen und dabey vorzüglich in der genauen Bezeichnung des ihnen eigenthümlichen Gegenstandes zu finden. Was diesem Begriffe entsprach, was nur allein diesen Gegenstand hatte, das war unzweifelhaft reine Policeysache, und

und Proceß konnte darüber nicht Statt finden. Aber wenn eine Rechtsverletzung hinzukam, so konnte auch eine solche Policeysache Rechtsache werden. Dieß ist kürzlich die Idee, welche meiner Erörterung des Verhältnisses der Policeygewalt zur Justizgewalt zum Grund liegt. Aber sie ist, was ich gern gestehe, nicht gehörig ausgehoben, und selbst durch die ihr nicht durchgehends angemessene Ausführung verdunkelt. Daß die Frage auf die Policeyjustiz nicht zu beziehen ist, versteht sich von selbst, denn diese hat ihren deutlich genug begränzten Wirkungskreis. Auf die Criminaljustiz geht sie aber unstreitig auch. G ö n n e r beantwortet sie jedoch lediglich in Beziehung auf die Civiljustiz, welches allerdings der schwierigste Punct ist, und worauf man sich daher hier gleichfalls beschränken wird.

#### S. 4.

Nach G ö n n e r's Meynung liegt der Hauptfehler der bisherigen Untersuchungen darin: daß man dabey von dem Begriffe der Policeysachen ausging, den Begriff der Justizsachen, nach seinen Bestandtheilen unbestimmt ließ, und sich nur bemühte, die zu den Justiz- und Policeysachen gehörigen Fälle nach Grundsätzen zu classificiren, da es doch vor allen Dingen darauf ankomme, zu bestimmen, was überhaupt als Gegenstand der richterlichen Untersuchung und Entscheidung angesehen werden könne, zu welchem Ende man den Begriff von Justizsachen, als Objecten der

A a 3                      richter-

richterlichen Gewalt, vor allem entwickeln; hierbey vom allgemeinen Staatsrecht ausgehen, sodann die Modificationen, welche aus unsern positiven Rechtsquellen fließen, mit ihren Folgen betrachten müsse f). Diese Operation ist nun von ihm mit soviel Gründlichkeit, als Scharfsinn ausgeführt, das Resultat derselben jedoch auch nicht völlig befriedigend befunden worden g). Wenn nemlich im Allgemeinen gezeigt ist, was, ohne alle Rücksicht auf die eigenthümliche Beschaffenheit des Gegenstandes, als Justizsache zu betrachten sey, so bleibt doch immer in Ansehung der besondern Verfassung Deutschlands der wichtige Unterschied übrig, daß eine Sache von der Landesgerichtbarkeit ausgeschlossen, dagegen aber der Reichsgerichtbarkeit unterworfen seyn kann. Diesen Unterschied, auf welchen in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts vorzüglich Rücksicht genommen ist, hat G ö n n e r in seiner Ausführung zwar angedeutet, aber nicht gehörig auseinandergesetzt. Seine Theorie kann jedoch nur dadurch für die teutsche gerichtliche Praxis die erforderliche Bestimmtheit und Vollständigkeit erhalten.

### §. 5.

In Ansehung der allgemeinen Grundsätze verdient G ö n n e r vollen Beyfall. Soll, sagt er,

f) G ö n n e r a. a. O. S. 19. 20. 21.

g) Neue allgemeine teutsche Bibliothek, Band 84. S. 299. 300.



er, irgend eine Sache, ihr Gegenstand sey welcher er wolle, Rechtsache seyn, so kommt es ganz allein darauf an, daß über eine Rechtsverletzung Beschwerde geführt werden kann. Ob die Beschwerde gegründet ist oder nicht, gilt gleichviel, da sie in jedem Falle Object der richterlichen Prüfung und Entscheidung seyn muß. Rechtsverletzung allein ist am Objecte eines Rechtsstreits eine wesentliche Eigenschaft, und der Begriff von Justizsachen von allen übrigen Verhältnissen des Objects unabhängig. Wenn also auch in einer Policys- oder irgend einer andern Regierungssache über verletztes Recht geklagt wird; so ist eine Rechtsache da, und es ist gleichgültig, aus welcher Quelle die Rechte abgeleitet werden, ob aus einem Staats-Grundgesetz, oder aus Civil-, Criminal- oder Policys-Gesetzen, wenn es nur dem Rechte gilt. Hierdurch — durch die Beschwerde über Rechtsverletzung — qualificirt sich jede Sache zur Rechtsache; diese erhält aber in einem gegebenen Falle ihr wirkliches Daseyn nur dadurch, daß ein Kläger einen Beklagten vor dem gehörigen Richter in Anspruch nimmt h). Diese letztere Bemerkung versteht sich ohnehin von selbst, und ist für die Hauptfrage von geringer Bedeutung, da es bey der Beantwortung derselben im Wesentlichen nur darauf ankommt, wie eine Sache zur Justizsache sich qualificire. Dieses geschieht aber allerdings alsdann, wenn eine Rechtsverletzung dabey in

h) Schaner a. a. O. S. 40 f.

Frage kommt, und ich halte mich in dieser Hinsicht von der Richtigkeit der Gönnerschen Ausführung völlig überzeugt, nach welcher es also bey der vorliegenden Frage auf den eigenthümlichen Begriff der Policeysachen, und auf die Sichtung der falschen von den wahren, so wie auf den Unterschied zwischen diesen und den Justizsachen, nach ihrem beiderseitigen Begriffe, weiter nicht ankommt, da eine jede Policeysache, sobald dabey von einer Rechtsverletzung die Rede ist, eine Justizsache wird. Kann nun dem Richter das Daseyn einer Rechtsverletzung einiger Maßen wahrscheinlich gemacht werden, so ist er die Sache anzunehmen und über den Grund oder Ungrund der Beschwerde zu erkennen schuldig und befugt. Kann hingegen eine Rechtsverletzung nicht wahrscheinlich gemacht werden, oder ist es gar aus dem Anbringen des Klägers selbst ersichtlich, daß seine Beschwerde keine rechtliche, sondern allenfalls nur eine politische ist, so darf der Richter über die Sache nicht, sondern nur über seine Competenz erkennen, welche in diesem Falle nicht Statt hat. Hierzu verpflichtet ihn die gemeinrechtliche Ordnung des Processus, nach welcher er, vor der Annahme einer Klage, die Statthaftigkeit derselben sorgfältig prüfen muß, und in dieser Hinsicht könnte es scheinen, daß, wenn gleich über eine Rechtsverletzung Beschwerde geführt wird, dennoch keine Justizsache vorhanden sey. Allein da doch immer hierüber das richterliche Erkenntnis Statt findet, so ist wenigstens jede Sache,

wo

wobey von einer Rechtsverletzung die Rede ist, so lange, bis dieß Erkenntniß erfolgt, Justizsache, und so wichtig auch der Unterschied zwischen der Entscheidung über die Statthaftigkeit und über den Grund einer Beschwerde für den Fortgang eines Rechtsstreits ist, so kann derselbe doch auf die Beantwortung der vorliegenden Frage keinen wesentlichen Einfluß haben, und eben so wenig eine gegründete Veranlassung geben, die Gönnersche Theorie als unzureichend anzusehen.

## §. 6.

Wenn nun aber gleich nach allgemeinen Grundsätzen Rechtsverletzung — Klage über verletztes Recht — die einzige Eigenschaft ist, welche an einem Objecte gefordert wird, um es zu einer Justizsache zu qualificiren, und dieses eben so von Policeysachen, wie von andern Regierungssachen gilt (§. 5.); so sind doch diese Grundsätze in Deutschland nicht unbedingt und durchgehends anwendbar. Nur in Ansehung der Reichsjustiz können sie ihre völlige Anwendung finden; nicht aber auf gleiche Weise in Ansehung der Territorial-Justiz. Da die Ausübung der landeshoheitlichen Rechte in den teutschen Staaten den Landesgerichten überall nicht untergeordnet ist, so findet auch bey diesen eine Beschwerde über Rechtsverletzung durch Landespoliceybehörden nicht Statt. Verfügungen, welche von Policey wegen

Na 5      getrof-

getroffen werden, können kein Gegenstand der Cognition der Landesgerichte seyn, weil kein Polizeybeamter, als solcher, ihnen untergeben ist, und weil er, wenn man ihn wegen Rechtsverletzung durch eine Polizeyverfügung, als Besagten in gerichtlichen Anspruch nehmen wollte, der Natur der Sache nach nicht gehalten seyn kann, seine Amtshandlungen im Wege des Processes zu vertheidigen <sup>1)</sup>. Nur allein der ihm vorgesetzten höheren Polizeybehörde ist er deshalb verantwortlich, und nur bey dieser kann in einem solchen Falle gegen ihn Beschwerde geführt werden. Findet sie es angemessen, ihn wegen pflichtwidriger Amtshandlungen, wegen Verletzung der Rechte der Staatsbürger, unter dem Vorwande der Polizey, den Gerichten zu übergeben; so ist das eine ganz andere Sache, und alsdann hat es nicht die Civil-, sondern die Criminal-Justiz mit ihm zu thun. Sehr richtig ist daher in der oben (S. 4. Note g) angeführten Stelle der neuen allgemeinen deutschen Bibliothek bemerkt: „So wenig Verletzungen der Reichs-Regierungsgewalt durch die Hülfe der Reichs-Justizgewalt abgeändert werden können, so wenig können es Verletzungen der Landes-Regierungsgewalt durch die Landes-Justizgewalt, und so wenig, wie die Reichsgerichte bey einer Handlung der Reichsregierung auch nur darüber: ob diese Handlung Reichs-Regierungshandlung sey? urtheilen können; so wenig gebührt den Landes-Justiz-

<sup>1)</sup> Handb. d. r. Polizeyrechts I. 146. Note k.

Justizstellen wegen einer bey irgend einer Landes-Justizbehörde, als solcher, unternommenen Handlung ein Urtheil darüber, ob diese Sache, als Regierungssache hätte behandelt werden sollen? Wenn nun aber noch weiter behauptet wird, daß es für die Landesgerichte durchaus keiner Entwicklung des hier in Frage stehenden Begriffs bedürfe, und daß, sobald eine Regierungs- oder Policeybehörde, als solche handle, eine Regierungs- oder Policeysache vorhanden sey, wenn sie es auch nicht seyn sollte; so scheint dieses nur zum Theil als wahr angenommen werden zu können. Es ist zwar allerdings richtig, daß, sobald eine Policeybehörde, als solche, handelt, sie von den Landesgerichten deßhalb nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn auch dabey eine Rechtsverletzung in Frage käme. Allein deßwegen ist die bestimmte Bezeichnung justizmäßiger Policeysachen für die Landesgerichte doch nicht überflüssig. Denn da es in Deutschland gewöhnlich ist, daß die Policey, insonderheit die niedere, von Justizbeamten mit besorgt wird, da sie sogar in der Regel mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbunden ist, und da wenigstens Privatpersonen gegen einander Rechte aus Policeyanordnungen vor den Landesgerichten verfolgen können; so ist allerdings auch für diese die Frage: welche Gegenstände zu den Justiz- oder Policeysachen zu rechnen seyen? von großer Wichtigkeit.

## §. 7.

Günner hat die Schwierigkeiten, welche für die Beantwortung dieser Frage in bestimmten Fällen aus der Verbindung der Justiz- und Polizeyverwaltung entstehen können, sehr richtig geschildert k), und daß mancher eigenwillige Richter, der zugleich Polizeybeamter ist, in dieser Qualität bey Kräften zu erhalten sucht, was er in jener gethan hat, lehrt die Erfahrung nur zu oft. Wie soll man nun die rechte Qualität heraus finden, da man der bloßen Versicherung doch nicht immer trauen darf? Hat eine obrigkeitliche Person aus eigener Bewegung oder auf erhaltene Anzeige eine Verfügung von Polizey wegen getroffen, und es wird bey einem Landesgerichte über Rechtsverletzung durch dieselbe Beschwerde geführt, so muß der Kläger ab- und an die obere Landes-Policeybehörde gewiesen werden (§. 6). Ist aber in einer wirklichen Klagesache von einer vereinigten Justiz- und Policeybehörde aus Polizeygründen durchgegriffen und entschieden, und wird dagegen von dem, der seine Rechte dadurch verletzt glaubt, bey einem höhern Richter Beschwerde geführt; so ist ein doppelter Fall möglich: entweder der Unterrichter hat die bey ihm angebrachte Klage zu einer Justizsache nicht qualificirt befunden, sie durch einen ordentlichen Bescheid abgewiesen, und dann die Sache policeymäßig abgethan, aber er hat ohne

weir

k) Günner a. a. O. S. 62 f.



weiteres seine Qualität als Policeybeamter der als Richter untergeschoben. In diesem Falle ist der Obergerichter befugt, ihn zur Beobachtung seiner Richterpflicht anzuweisen, in jenem aber, die Richtigkeit seiner Entscheidung zu prüfen, und darüber in höherer Instanz zu erkennen. Uebrigens ist in Policeysachen nicht jede Denunciation als eine Klage anzusehen, und man muß in vorkommenden Fällen genau darauf achten, in welcher Qualität das obrigkeitliche Amt angerufen ist. Selbst bey einer wirklichen Rechtsverletzung kann Jemand es zweckmäßig finden, zuvörderst die Hülfe der Policey nachzusuchen, ehe er den ordentlichen Weg Rechts betritt. Nur, wenn in einer Policeysache bey dem gehörigen Richter, als solchem, gegen einen Landesunterthanen wegen Rechtsverletzung Klage erhoben wird, kann jene in den teutschen Territorien als Justizsache behandelt werden.

## §. 8.

Hiernach ist dasjenige näher zu bestimmen, was in dem Handbuche des teutschen Policeyrechts 1) über die Competenz der Territorial-Justiz in Policeysachen gesagt ist. Es ist erstlich zwar richtig, daß der Fall, wenn eine Classe von Bürgern oder ein Einzelner aus einem Policeygesetze ein besonderes Recht herleiten will, dem aber von andern widersprochen wird, sich zur

1) Th. I. S. 144 f.



zur Justizsache unstreitig qualificirt; sie wird es aber erst, wenn sie förmlich im Gerichte angebracht wird. Der zweite Satz: daß wegen widerrechtlicher Beschränkung der natürlichen Freiheit oder wegen Entziehung wohlervorbener Rechte unter dem Vorwande der Policey gegen Policeyobrigkeiten bey den Landesgerichten geklagt werden könne, fällt ganz weg (§. 6). Der dritte Satz betrifft das Verhältniß der mit der Patrimonial-Gerichtbarkeit verbundenen Policey, und ist hier näher zu erwägen. Das den Landstädten zustehende eigene Stadtrequiment ist gleich der auf den adelichen Gütern gewöhnlicher Weise Statt findenden obrigkeitlichen Gewalt der Gutsbesitzer weit strenger der Landeshoheit untergeordnet, als diese es der Reichshoheit ist. Indessen — eine gewisse Analogie kann bey der Beurtheilung ihrer Verhältnisse doch immer zum Leitfaden dienen, und da die Reichsgerichtbarkeit auch in Policeysachen, sobald eine Rechtsverletzung dabey in Frage kommt, in Rücksicht auf Landesherren und unmittelbare Obrigkeiten competent ist, so sollte man dafür halten, daß dasselbe von der Landesgerichtbarkeit in Ansehung der Patrimonial-Obrigkeiten gelten müsse. Allein man muß, wie mir dünkt, unterscheiden, ob eine Patrimonial-Policeyobrigkeit in Folge landesherrlicher Vorschriften handelt, oder aber für sich selbst Policeyeinrichtungen trifft. Nur wenn die Bürger oder Hintersassen wegen dieser über Rechtsverletzung Beschwerde führen zu können vermeynen, würden sie, wie mir dünkt, ihre

ihre Obrigkeit vor den Landesgerichten in Anspruch nehmen können, ohne daß jene ihre Eigenschaft, als Policeybehörde, der Compens des Gerichts entgegenzusetzen befugt wäre, weil sie in diesem Falle nicht wegen ihrer Amtsverwaltung, sondern wegen Mißbrauchs eines ihr zustehenden eigenen Rechts, belangt wird. In dem ersteren Falle aber, wo die Patrimonial-Obrigkeit bloß zur Vollstreckung landesherrlicher Policeyverordnungen, gewinkt hat, kann sie auch nur der höhern landesherrlichen Policeybehörde untergeordnet seyn. Der vierte Satz endlich geht dahin: daß, wenn Policeyobrigkeiten bey der Ausübung der Policeygerichtsbarkeit die wesentlichen Erfordernisse des rechtlichen Verfahrens nicht beobachten, gegen sie richterliche Hülfe nachgesucht werden könne, ist auf die Landesgerichte nicht anwendbar, da ihnen die Policeyobrigkeiten, als solche, in der Regel nicht untergeordnet sind. Diesem steht auch nicht entgegen, was so eben von den Patrimonial-Obrigkeiten bemerkt worden ist, indem diese nicht als Policeybeamte, sondern bloß als Inhaber der niedern Policey, in ihrem Gerichtsbezirke vor die Landesgerichte gezogen werden können.

### §. 9.

Da nun Landes-Policeybehörden, als solche, den Landesgerichten nicht unterworfen sind, so findet gegen sie nur bey den ihnen unmittelbar vorgesetzten Regierungs- oder Policeybehörden eine

eine Beschwerdeführung Statt. Auf diesem Wege kann dann die Sache bis an die höchste Landesregierungs-Instanz gebracht werden, von welcher sodann, wenn ihre Entscheidung für beschwerend erachtet wird, der Recurs an eines der höchsten Reichsgerichte Statt hat. Hier finden nun die vorgetragenen Grundsätze ihre völlige Anwendung. Die Reichs-Gerichtbarkeit wird auch in Policeysachen durch Beschwerden über Rechtsverletzung begründet, und nur alsdann, wenn eine solche Rechtsverletzung zwar vorgeschützt, aber unerfindlich ist, tritt die reichsgesetzliche Vorschrift ein, welche den Reichsgerichten jeden Eingriff in die reichsständische Policeyverwaltung, (in politischer Hinsicht) untersagt m). Im übrigen kann ich mich auf dasjenige beziehen, was hierüber in dem Handbuche des deutschen Polizeyrechts n) ausführlich enthalten ist.

## §. 10.

Endlich muß hier eine sehr richtige Bemerkung **G ö n n e r s** noch kurzlich berührt werden, welche jedoch bisher so ganz, wie er meynt, nicht vernachlässigt worden ist. Schon in der eben angeführten Schrift o) ist von mir ausdrücklich erinnert, daß  
pro

m) Wahlcap. Art. 1. §. 8. Handbuch d. d. Polizeyrechts I. 109 f.

n) Th. 1. S. 151 ff.

o) Dasselbst S. 134.

provisorische Verfügungen der Policey neben der rechtlichen Erörterung gar wohl bestehen können. G ö n n e r geht mit Recht noch weiter, und bemerkt überhaupt, wie nach der Verschiedenheit zusammentreffender Umstände ein und der nämliche Gegenstand, von der Seite einer Rechtsverletzung betrachtet, Justizsache, und von der Seite seines Zusammenhanges mit dem öffentlichen Wohl, Regierungs- oder Policeysache seyn kann p). Indessen werden selbst die von G ö n n e r angeführten Beispiele q) bey näherer Erwägung den Beweis liefern, daß sehr oft diese Concurrenz der Policey für das Rechtsverhältniß gefährlich werden kann, und daß besonders bey provisorischen Verfügungen, die er gern der Policey allein zueignen möchte r), die Rechtsfrage: wer bis dahin, daß eine rechtliche Entscheidung erfolgt, etwas zu thun oder zu unterlassen verbunden sey? besser von der Justiz, als von der Policey beantwortet werden dürfte. Ich will nur ein Beispiel, mit G ö n n e r s eigenen Worten, anführen. „Ueber die Verbindlichkeit, sagt er, einen Wasserbau zu unterhalten, ist ein Streit — es ist eine Rechtsache; aber bis sie im Rechtswege geendigt ist, durchbricht der Fluß den schadhaften Damm und verwüßt eine ganze frucht-

p) G ö n n e r a. a. O. S. 81.

q) Das. S. 85.

r) Das. S. 88.

fruchtbare Gegend. Soll der Arm der Policey ganz gelähmt seyn, weil zwey Bürger es für gut fanden, über den Gegenstand einen Proceß zu führen? — Keinesweges! Wenn nur die Policey keines Theils Besitz oder Recht zu nahe tritt, verläufig für den erforderlichen Kostenvorschuss sorgt, und, wenn einer der streitenden Theile dazu angehalten werden soll, denselben nach rechtlichen Grundsätzen, nicht nach Gutbefinden, bestimmt. Ob unter solchen Umständen das Provisorium nicht zweckmäßiger von einem Gerichte, als von einer Polizeybehörde erfolgen möchte, wird sich leicht ermessen lassen. Daß jedoch eine von der Policey getroffene provisorische Verfügung durch den Anfang eines Rechtsstreites nicht aufgehoben wird, und daß eine Abänderung derselben nicht Gegenstand, sondern nur Folge einer endlichen gerichtlichen Entscheidung seyn kann, liegt in der Natur der Sache. Folgender Fall mag zur Erläuterung dienen: A. besitzt mehrere Grundstücke an den Ufern eines nicht unbedeutenden Flusses. Diese werden durch eine starke Wasserfluth sehr beschädigt, so daß ein förmlicher Durchbruch entsteht und ein Theil des zunächst liegenden Landes hinweggeschwemmt wird. A. glaubt, die Ortsobrigkeit, welche innerhalb ihrer Markung den Fluß zu Fischey und sonst benutz, sey zur Wiederherstellung der zerrissenen Ufer auf Kosten der Gemeinheit verpflichtet, auf alle Fälle aber von Ortsobrigkeit wegen dazu die nöthigen Vorkehrungen zu treffen verbunden. Nachdem er sich ohne Erfolg

an

an sie gemendet hatte; beschwerte er sich bey der höheren Policeybehörde, diese aber gab, nach erstattetem Bericht der Obrigkeit, dem Querulanten auf, den Uferbau auf seine Kosten zu führen. Nunmehr schlug dieser den Weg Rechts gegen jene ein; die Klage wurde angenommen und des beklagten Theils Vernehmung befördert; dabey aber die dem Kläger von der Policeybehörde ertheilte Auflage, als provisorische Verfügung, ausdrücklich und um so mehr bey Kräften erhalten; als die Justizbehörde über die eingegangene Policeyverfügung im Urtheil zu fällen oder dieselbe gar abzuändern nicht befugt war.

## XVIII.

Ueber den Umfang und die Grenzen der  
niedern Polizeyaufsicht. \*)

Die niedere Policey, welche auf gewisse Orte oder Districte beschränkt ist, und eben daher auch, zum Unterschiede von der über den ganzen Staat sich verbreitenden hohen Policey, Localpoli-  
cey genannt wird, ist gewöhnlich den Orts-  
obrigkeiten — Gutsbesitzern, Beamten, Stadt-  
magistraten überlassen, und schwerlich findet sich  
ein Land im deutschen Reiche, wo dieser so wich-  
tige Theil der Polizeyverwaltung, Hauptstädte  
aus-

\*) Diese Abhandlung steht zwar schon in Hartle-  
bens trefflicher Justiz- und Polizey - Fama.  
In Beziehung auf die siebente und neunte Ab-  
handlung verdient sie jedoch auch wohl hier eine  
Stelle.



ausgenommen, durch bestimmte Vorschriften und Instructionen geleitet wird. Meistens treibt man die Policey nur nebenher; Justizpflege, und öfters auch Finanzverwaltung und Oekonomie, ist Hauptsache. Häufig heißt es in den Instructionen: „Es soll gute Policey in der Stadt, in dem Amte gehalten werden“. Und damit ist alles gethan. Bey adelichen Gutsbesitzern ist vielleicht nicht einmal die Rede davon, und überall bleibt Alles der Natur und dem guten Willen überlassen. Nun fehlt es aber oft an klaren Begriffen von der Policey, ihrem Zwecke und ihrer Berechtigung. Bald wird zu viel, bald zu wenig gethan, und wenn einmal aus Irrthum, Uebereilung oder Vorsatz die Grenze des Rechts überschritten worden ist, so muß die Policey das Feigenblatt zur Bedeckung der gezeigten Blöße hergeben.

Unter allen Theilen der Policeygewalt kann die Policeyaufsicht den Staatsbürgern am beschwerlichsten, aber auch am wohlthätigsten werden — letzteres, wenn unermüdete Aufmerksamkeit auf die Gefahren und Hindernisse der Sicherheit und Wohlfahrt gerichtet wird, so wie sie sich ohne Zubringlichkeit im Allgemeinen und Einzelnen entdecken lassen; ersteres, wenn aufmerksame

Beobachtung anwartet, und die Leute mit ewigem Aufpassen, Fragen, Erkundigen und Untersuchen gequält werden. Dennoch kann die Policey auf sich nichts wirken, wenn sie nicht in das Einzelne geht, und gerade deswegen muß hier die niedere Policey der hohen ganz vorzüglich in die Hände arbeiten. In jedem Orte oder Bezirke müssen die Polizeyoberkeiten ihre Aufmerksamkeit auf die Entdeckung jeder der Sicherheit oder der Wohlfahrt drohenden Gefahr richten, und zugleich die zweckmäßigsten Mittel zur Abwendung derselben aufzufinden suchen. Insbesondere müssen sie sorgfältig darauf Acht haben, daß die Polizeygesetze und Ordnungen, in dem ihnen anvertrauten oder untergebenen Bezirke genau beobachtet werden, und in dieser Hinsicht können sie selbst unmittelbare Vorkehrungen treffen. Dagegen sind sie verbunden, von wichtigen in das allgemeine Polizeywesen einschlagenden Beobachtungen und Ereignissen Bericht zu erstatten, und überhaupt ihre für das Ganze erhebliche Erfahrungen der höhern Polizeybehörde mitzutheilen, um dadurch zu gemeinnützigen Verordnungen und Anstalten Veranlassung zu geben.

Hier

Hieraus ergibt sich schon Eine Grenzbestimmung, die auf dem natürlichen Unterschiede zwischen hoher und niederer Policey beruhet, und einer weitem Erörterung nicht bedarf. Es versteht sich von selbst, daß die Localpolicey über ihren Bezirk hinaus nicht wirken kann. Aber auch in diesem ihrem Bezirke muß sie eine gewisse Grenze beobachten, durch deren Ueberschreitung sie die bürgerliche Freyheit verletzen würde. Bey der Ausübung ihres wichtigen Aufseheramtes darf sie nie ohne Anlaß den Einzelnen vor Andern ins Auge fassen, nie das Thun und Lassen im Innern der Familie ausforschen, nie den Hausfrieden brechen und das Hausrecht verletzen, nie in das Heiligthum der Familien- und Freundschaftsgeheimnisse eindringen, wenn nicht entweder von öffentlichen Einrichtungen, die nothwendig unter genauer Polizeiaufsicht stehen müssen, wie z. B. Wirthshäusern, Mühlen &c. die Frage ist, oder solche bestimmte Anzeiger einer Gefahr für Sicherheit und Wohlfahrt der Staatsbürger vorhanden sind, welche zu einer genauen Nachforschung und Untersuchung berechtigen. Auch die niedere Polizeiaufsicht muß daher in der Regel bey'm Allgemeinen stehen bleiben, das beobachten, was vor das Publikum kömmt, nur besser untersuchen und prü-

prüfen, als es das Publikum gewöhnlich thut, und in keinem Falle den Einzelnen ihrer nähern Aufsicht und Untersuchung unterziehen, um Thatfachen zu finden, sondern, wenn bereits solche gefunden sind, die eine Gefahr der Sicherheit oder Wohlfahrt befürchten lassen. Es muß hier ungefähr dieselbe Vorsicht beobachtet werden, die dem peinlichen Richter vor Anstellung einer General-Inquisition vorgeschrieben ist; nur daß dieser sein Augenmerk lediglich auf schon verübte Störungen der Sicherheit, und zwar der Sicherheit allein, zu richten hat.

Unter dieser Einschränkung steht der niedern Polizeyaufsicht ein weites Feld offen, durch dessen sorgfältige Beobachtung sie sich um den Staat verdient machen kann. Jeder Zweig der Polizey bietet ihr dazu reichhaltige Gelegenheit dar, die leider! nur zu selten benützt wird. Freylich gehört eine eigene Art von Interesse und Thätigkeit dazu, wenn ein Landbeamter \*), oder eine Magistratsperson, neben den Hauptgeschäften noch unermüdet und mit Lust überall umhersehen soll, ob nicht für Sicherheit und Wohlfahrt der  
 Uns

\*) Landbeamten ist sehr zu empfehlen: Freydersdorfs praktische Anleitung zur Landpolizey. Pyrmont 1800.

Untergebenen oder aller Mitbürger etwas zu besorgen sey. Allein, wo die Pflicht gebietet, müssen wir wirken, so weit unsere Kräfte gehen, in so lange bis sich alle Regierungen überzeugen, daß vorzüglich in Städten der Polizeydirector und dessen Subalternen mit keiner andern, am wenigsten der Justizgewalt beschäftigt seyn sollen.

Für den Zweck der Sicherheitspolicey kann die niedere Polizeyaufsicht höchst wohlthätig wirken, wenn sie die Stimmung der Unterthanen, ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Regierung, und die Gründe derselben, den Grad ihrer Aufklärung und ihre Bekanntschaft mit ihren Rechten und Pflichten, ihre größere oder geringere Neigung zu unruhigen Bewegungen u. d. m. sorgfältig erforscht; wenn sie das ganze in ihrem Amtsbezirke lebende Personal genau kennen zu lernen sucht; wenn sie auf den Aufenthalt fremder Personen, ihr Thun und Lassen, ihr Gewerbe, &c. aufmerksam ist; Bettler und Landstreicher nie aus dem Auge läßt, Wirthshäuser, Mühlen, einzelne Wohnungen solcher Leute, die Fremde, auch Unbekannte aufzunehmen geneigt sind, öfters visitirt; bey Volksversammlungen und großen öffentlichen Zusammen-

fünf.

Künften einen aufmerksamen, wenn gleich unsichtbaren, aber nie einen freudestörenden Zuschauer abgiebt; fleißig nachsieht, ob überall die Polizeygesetze, welche die Verhütung körperlicher Beschädigungen durch Bosheit, Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit bezwecken, genau beobachtet werden; verdächtiges Gefindel, Diebshehler, Käufer gestohlener Sachen, Spieler, Betrüger, Verfälscher u. dergl. mit unermüdeter Aufmerksamkeit verfolgt; endlich auch vor Unternehmungen, die gegen die Freyheit oder die Ehre ihrer Untergebenen gerichtet seyn können, bey Zeiten Kenntniß zu erlangen sucht. Der öffentliche Ruf, das gemeine Gerücht, wenn darauf mit Vorsicht geachtet, nur nicht mit Uebereilung geglaubt wird, ist für die Local-Policeyaufsicht eine ergiebige und, recht benutzt, eine bey weitem nicht so verächtliche Quelle, als sie öfters geschildert wird.

In Rücksicht auf den Zweck der Wohlfahrts-policey ist für die niedere Polizeyaufsicht noch weit mehr zu thun. Durch sie muß die hohe Polizey von dem Zustande der Bevölkerung, ihrem Wachsthum oder ihrer Abnahme, und den Gründen des einen oder  
des

des andern Erkundigung einzuziehen, und auch ohne diese Aufforderung muß sie von selbst ihr Augenmerk darauf richten. Sie kann die Hindernisse, welche der Häufigkeit der Ehen und der Fruchtbarkeit derselben entgegenstehen, zunächst bemerken; sie sieht unmittelbar die Lücke, welche ein nützlicher Bürger noch ausfüllen könnte; sie kann meistens am besten wissen, worin die Neigung zum Auswandern ihren Grund hat, und welche Künste vielleicht durch fremde Vorber gebraucht werden, um sie zu nähren und weiter zu verbreiten. — Alle Zweige der Medicinal- und Sanitätspolicey, in sofern sie unmittelbar wirken soll, liegen vernachlässigt darnieder, wenn die thätige Aufsicht der niedern Policey zur Vorkehrung zweckmäßiger Anstalten und Einrichtungen und etwa nützlichen Gebrauches die den Umständen angemessene Gelegenheit giebt. Insonderheit muß die niedere Sanitätspolicey ihre Aufsicht auf die schädliche Verunreinigung der Luft, auf die Unschädlichkeit der Ess- und Trinkwaaren, auf Quacksalber, Arzneykrämer &c. richten, und vorzüglich in Ansehung epidemischer Krankheiten die größte Aufmerksamkeit anwenden. — Das häusliche Leben ihrer Untergebenen darf sie

apar



zwar nicht müssen und richten, wie es ihr gut  
 dünkt; aber sie wird doch Mittel finden, ohne  
 Zudringlichkeit und Belästigung von der häu-  
 slichen Ordnung im Ganzen, von der Er-  
 ziehung, dem Gesindewesen, der Ar-  
 beitsamkeit, Sparsamkeit u. s. w. gründe-  
 liche Erkundigungen einzuziehen. Die Verwal-  
 tung der Vormundschaften ist ohnehin ein  
 wichtiger Gegenstand ihrer Aufsicht. — Reli-  
 giosität, Belehrung und Sittlichkeit  
 des Volkes wird sie nie außer Acht lassen, wenn  
 sie sich gleichwohl bescheidet, daß Erwachsene  
 nicht, wie Kinder, am Gängelbände geführt  
 werden dürfen. — Zur Abwendung gemein-  
 schädlicher Unglücksfälle muß die niedere  
 Policey in ihrem ganzen Wirkungskreise von  
 jedem gefährlichen Unternehmen oder Ereignisse,  
 welcher Art es auch seyn mag, schleunige und  
 zuverlässige Kenntniß zu erlangen suchen. Zur  
 Verhütung der Feuergefahr muß sie schon  
 bey der Errichtung neuer Gebäude auf Feuer-  
 festigkeit sehen, sodann überall auf vorsichtige  
 Aufbewahrung erhiteter oder feuerfangender  
 Dinge halten, wie auch ihre sorgsame Aufsicht  
 darauf richten, daß Niemand mit Feuer und  
 Licht leichtsinnig umgehe, und in allen diesen  
 Hin-

Hinſichten öftere Viſitationen veranſtalten. Die zum Feuerlöſchen nöthigen Inſtrumente müſſen öfters unterſucht, und zur frühzeitigen Entdeckung eines ausbrechenden Feuers die beſten Anſtalten getroffen werden. Auch nach gelöſchtem Feuer darf die Policep nicht unthätig bleiben, theils um weiteres Unglück zu verhüten und die Veranlaſſung des Brandes zu unterſuchen, theils um Alles ſo viel möglich wieder in Ordnung, und inſonderheit die Feuerinſtrumente in guten Stand ſetzen zu laſſen. — In Gegenden und Fäſſen, wo Waſſerſchaden zu beſorgen iſt, muß die Polizeypaſſicht unterſuchen, ob das Waſſerbauweſen ſich in gehörigem Stande befindet; ob die Flußbetten ordentlich und zu rechter Zeit ausgeräumt, die Gruben gut unterhalten, die Mühlenwaſſer nicht über die beſtimmte Höhe hinaufgetrieben, und zweckmäßige Vorkehrungen bey Eisgängen getroffen werden. — Um Theurung zu verhüten, muß ſie auf die abwechſelnden Preiſe der Bedürfniſſe ſtets aufmerkſam ſeyn, die Urſachen des Steigens derſelben und die Mittel, billige Preiſe zu erhalten, ſorgfältig erforſchen. Inſonderheit wird wucherlicher Auffauf und Vorkäuferey ein wichtiger Gegenſtand ihrer beſtän-

ständigen Aufmerksamkeit seyn. — Die wichtigsten Theile der Armenpolicy — Erforschung der Ursachen der Verarmung, Entdeckung der jedem Orte angemessenen Mittel, sie zu verhüten; Verhinderung der Bettseley; zweckmäßige Unterstützung der Armen zc. — beruhen ganz, oder doch größtentheils, auf dem Eifer und der Thätigkeit der niedern Policeyaufsicht. — In Ansehung der Gewerbepolicy hat die niedere Policy hauptsächlich ihre Aufmerksamkeit zu richten auf die besten und dem Lande angemessensten Nahrungszweige, auf Mißbräuche und nachtheilige Einrichtungen in der Landwirthschaft, auf zweckmäßige Benützung der Gemeinheitsgüter, auf die Hindernisse und Beförderungsmittel des Gewerbefleißes, des Handels und Wandels, auf Handwerksmißbräuche u. d. m.

Kurz, wenn die Landespolicy in den obern Behörden noch so gut organisirt ist, und die Localpolicy arbeitet ihr nicht unermüdet in die Hände, so ist und bleibt alles Stückwerk. Darum bedarf eine jede nicht allzukleine Stadt eines eignen Policydirectors. Aber, wird man fragen, wo sollen die Ortsobrigkeiten auf dem

dem Lande zu einer so ausgedehnten Aufsicht Zeit und Muße hernehmen, da die Polizeypflege für sie gewöhnlich nur Nebensache ist? Allerdings liegt hierin eine nicht geringe Schwierigkeit. Wenn man aber bedenkt, daß der Wirkungsbereich dort etwas eingeschränkter als in Städten ist, daß kein Beamter, auch seiner Hauptbestimmung wegen, es versäumen darf, mit dem Zustande seines Amtsbezirkes und den Bewohnern desselben sich vollständig bekannt zu machen, daß seine übrigen Geschäfte ihm so manche Gelegenheit darbieten, zweckmäßige Erkundigungen einzuziehen, und ihm dieses desto leichter wird, je mehr er das Vertrauen seiner Untergebenen, was ohnehin seine Pflicht ist, sich erwirbt: so wird oft ein Theil der Schwierigkeiten von selbst verschwinden. Aber Lust und Liebe gehört freilich zur Sache; und die kann zwar kein Landesherr gebieten, durch seine eigene Theilnahme aber, durch seinen Beifall und hohle Besoldung erwecken, ermuntern und erhalten.



Vorläufig bittet man, folgende Druckfehler  
zu verbessern:

Seite 13	Zelle 4	von oben	statt von	lies und
—	19	—	—	ihre l. ihren
—	19	—	2 von unten	— noch l. noch
—	22	—	5	— Würde l. Würden
—	28	—	8	— Gegenstand l. Zweck
—	—	—	—	— welchem l. welchen







**H a n d b u c h**  
**des**  
**Deutschen Polizeirechts**

---

**von**  
**Günther Heinrich von Berg,**

**v. R. D., Königl. Großbritann. und Churfürstl. Braunschweig-Lüneburg.  
Hof- und Censleyrath, und Advocatus Patriæ zu Hannover.**

---

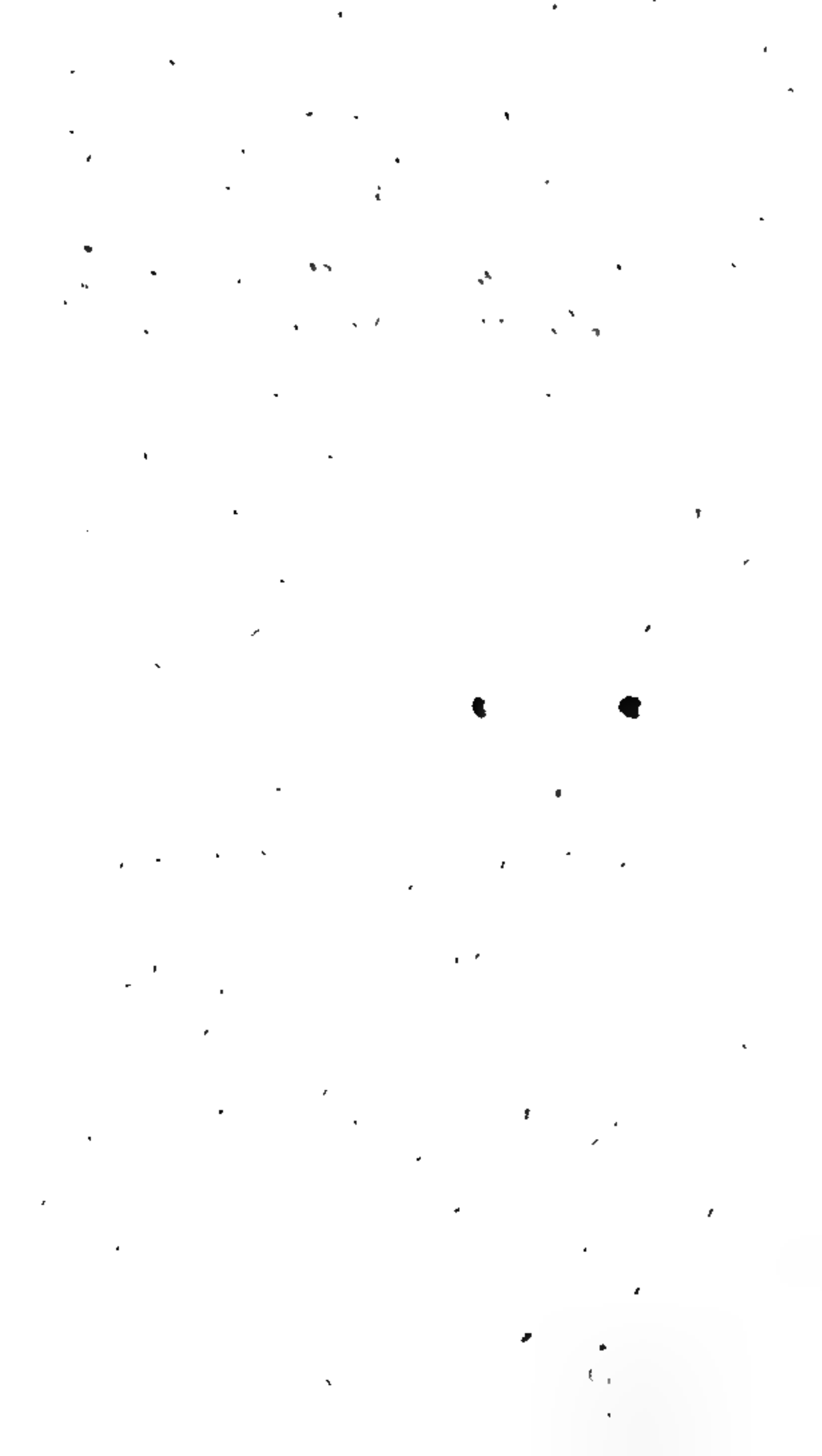
**Vierten Theils zweyte Abtheilung.**

---

**Zu beiden Ausgaben gehörig.**

---

**Hannover,**  
**im Verlage der Gebrüder Hahn.**  
**1804.**



---

## XIX.

### Von der Nachelle.

---

#### §. 1.

**U**nter die wirksamsten Mittel der Sicherheitspolice gehört die schnelle Verfolgung derjenigen, welche die öffentliche oder Privat-Sicherheit auf irgend eine Weise zu stören unternommen oder wirklich gestört haben. Hier muß nothwendig die Police der Criminaljustiz die Hände bieten, indem jene, wenn sie zweckmäßig organisirt ist, stets in Bereitschaft steht, um aufs schnellste, da, wo es nöthig ist, mit vollem Nachdruck thätig zu seyn. Wenn Leute, die fremdes Eigenthum zum Gegenstand ihrer diebischen Speculationen machen, einmal wissen, daß in einem Lande in dieser Hinsicht gute Anstalten getroffen sind; so machen sie es gewiß nicht leicht zum Schauplatz ihres herumstreifenden Lebens, da sie die Gefahr, die ihnen droht, im Verhältniß zu den vielleicht zu hoffenden Vortheilen, für

zu groß halten. So kann eine gute Policey schon durch ihren Ruf zum Theil ihre Zwecke erreichen. Allein wenn auch die Policey eines Landes noch so wohl bestellet ist, so zieht ihr in Deutschland nur zu oft die nahe Gränze einen Schlagbaum vor, der zugleich dem fliehenden Verbrecher zur Schutzwehr dient. Nur bis dahin hat dieser Verfolgung auf frischer That zu fürchten; jenseits schleichen ihm bloß seine papierenen Feinde — Steckbriefe und Requisitionen nach.

## §. 2.

Daß dieß im teutschen Reiche, bey dessen Vertheilung in viele kleinere und größere Staaten, ein gar großer Uebelstand ist, fühlt Jedermann, und daß derselbe desto größer seyn muß, je zahlreicher und kleiner die Gebiete sind, die einander begränzen, leuchtet von selbst in die Augen. Aber selbst die meisten größeren teutschen Staaten sind hin und wieder von nachbarlichen Besitzungen durchschnitten, wodurch der Zusammenhang und die Wirksamkeit ihrer Policeyeinrichtungen unterbrochen wird. Das neueste Mittel, diesem Uebelstande abzuhelpen, wäre das jetzt so beliebte Arrondiren. Zu einer Zeit, wo man auf Reichsverband und gemeinsames Vaterland noch einigen Werth setzte, fand die Reichs-Policey ein anderes Mittel in der Natur und dem Zwecke der allgemeinen Reichsverbundung. Kein Theil des Reichsgebiets durfte den flüchtigen Verbrecher gegen schleunige Verfolgung schützen. Das Interesse aller Reichsglieder, der gemeinschaftliche Zweck

Zweck voller Sicherheit durchs ganze teutsche Reich, die Vereinigung sämmtlicher Reichsstände in einen Staat, berechtigte zu einer Einrichtung, welche, gehörig modificirt, jenen Uebelstand hob, ohne die Hoheitsrechte Einzelner zu verletzen. Dieß geschah, durch die Berechtigung zur bewaffneten Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf frischer That von einem reichsständischen Gebiete in ein anderes — zur sogenannten Nachhelfe. a)

### §. 3.

Die Verfolgung eines flüchtigen Verbrechers in ein fremdes Gebiet, welche nicht mit bewaffneter Hand in der Absicht geschieht, um sich durch diese des Flüchtigen zu bemächtigen, ist von der in Deutschland eingeführten bewaffneten Nachhelfe wesentlich verschieden. Jene steht jedem Beschädigten frey, der dabey nur den Zweck hat, die obrigkeitliche Hülfe überall, wo er den Verbrecher antrifft, aufzurufen, ihn in die Hände der Gerechtigkeit zu liefern und sich selbst Genugthuung zu verschaffen. Auf eben diese Weise werden öfters durch Criminal- oder Polizeybehörden zur Verfolgung flüchtiger Verbrecher eigene Officianten abgesandt, und mit den nöthigen Requisitionen an fremde Obrigkeiten versehen. Hierdurch wird überall kein besonderes Recht in fremdem Gebiet ausgeübt, kein Eingriff in fremde Hoheitsrechte begangen. Eine solche

DD 2

Nachh.

a) Th. I. S. 260.

Racheile findet selbst von einem ganz unabhängigen Staate in den andern statt. Die teutsche Racheile hingegen ist ganz anderer Art. Zwar können auch unabhängige Staaten unter sich wegen der bewaffneten Racheile besondere Verabredungen treffen, oder doch dieselbe in einzelnen Fällen verstatten: allein man wird nicht leicht Beispiele hiervon finden, da bey ganz unabhängigen Staaten sich mancherley politische Rücksichten mit gutem Grunde dagegen anführen lassen. Unter diesen bleibt also die gewaffnete Racheile in der Regel eine völkerrechtswidrige Handlung b).

## §. 4.

Die Staatsverbindung, welche die teutschen Reichsstände vereinigt, mußte von der gegenseitigen Bewilligung einer bewaffneten Racheile um so mehr alle politischen Besorgnisse entfernen, da die Reichsverfassung ihnen gegen ungebührliche Anmaßungen friedliche, rechtliche Hülfe darbot. Schon frühere Reichsgesetze hatten die Racheile als erlaubt angesehen c), und mehrere Reichsstände sich wegen derselben unter einander verglichen, als endlich die Zweckmäßigkeit

b) v. Martens Europ. Völkerrecht. §. 102.

c) Landfriede v. 1323. §. 4. Handhabung des Landfriedens v. 1495. Tit. 2. Erklärung des Landfriedens v. 1522. Tit. 27. R.R. v. 1548. §. 20. Executions-Ordnung, §. 37. 41.

seit der Einrichtung die allgemeine Einführung  
 derselben durch ein Reichsgesetz d) bewürkte.  
 „Wiemohl, heißt es daselbst, in der Execution-  
 Ordnung unter andern zu Vorkommung  
 allerhand ungebührlichen Reutereyen,  
 Plackereyen, Räubereyen und Mord-  
 -statuirt und gesetzt, wo im heil. Reich teutscher  
 Nation, in was Oberherrlichkeiten und Gebieten  
 das wäre, jemand zu Roß oder Fuß gefährlich  
 halten, reiten oder ziehen, gesehen oder gespürt  
 würde, daß dieselbe, so also gefährlich vermerkt,  
 gerechtfertiget, und, wo sie alsdann argwöhnisch  
 befunden, in eines Jeden Obrigkeit angenom-  
 men, gefangen, und vermög des heil. Reichs  
 Recht, auch eines jeden Orts Gewohnheiten,  
 Freyheiten und altem Herkommen, gegen den-  
 selbigen gehandelt werden solle, auch in Anse-  
 hung angeregte Reifige und Fußknecht an vielen  
 Orten teutscher Nation leichtlich aus einem Ge-  
 biet das ander, und von einer Obrigkeit unge-  
 säumt die ander erlangen, entrinne und davon  
 kommen, die benachbarte Churfürsten, Fürsten  
 und Ständ, wie denselben nachzueilen und sie  
 zu Handen zu bringen, sich ihrer Gelegenheit zu  
 vereinigen; darauf dann in etlichen Kreisen zwis-  
 schen benachbarten Churfürsten, Fürsten und  
 Ständen, Ordnung und Vergleichung fürge-  
 nommen, aber von wegen daß solche Ordnung  
 und Vergleichung der Nacheil nicht durchaus in  
 gemein angestellt, diejenige, so gemeinen  
 Ob 3 Frieden

d) Erster Reichs-Abschied v. 1559. S. 19 — 26.



Frieden zu betrüb  
 Plackereyen, Räub  
 sich befleißten, leid  
 oder der Obrigkeit, da d  
 an andre Ort, da keine  
 brauch, entweichen, und  
 um dann, solchem U  
 zu mehrerer Bestär  
 Friedens und Sich  
 halben eine durchgehende  
 men, an ihm selbst für  
 Nothwendigkeit geachtet

## S.

Die durchgehende  
 zwar längst schon gesetzlich gebilligten und em  
 pfohlenen, aber nicht überall gehörig geordneten  
 Einrichtung war also der Gegenstand der reichs  
 gesetzlichen Bestimmung. Den Störern der  
 Ruhe und Sicherheit sollte es so viel möglich er  
 schwert werden, durch die Flucht in andere Ge  
 biete der Gerechtigkeit sich zu entziehen; der Un  
 bequemlichkeit, die aus widersprechenden Grund  
 sätzen in Ansehung der Nacheile entstehen mußte,  
 sollte, als einem gemeinschädlichen Uebel, abge  
 holfen, gemeiner Friede und Sicherheit sollte  
 dadurch immer mehr befestigt werden. Es war  
 also eine Polizeyverfügung der höchsten  
 gesetzgebenden Gewalt im teutschen Reiche — der  
 unter ihrem Oberhaupte versammelten Reichs  
 stände. Durch dieses Gesetz führte die Reichs  
 Polizeygewalt ein gleichförmiges und ge  
 gens

gegenseitiges Recht in dem gesammten Reichsgebiete ein, welches eben um dieser seiner eigenthümlichen Beschaffenheit willen zu den Staatsdienstbarkeiten nicht gerechnet werden darf. Diese sind Befugnisse, wodurch die Freyheit eines Landes Herrn in seinem Lande zum Vortheile eines andern dergestalt eingeschränkt wird, daß derselbe entweder etwas, wozu er an sich berechtigt wäre, in seinem Lande unterlassen, oder aber leiden muß, daß der Andere etwas, wozu er außerdem das Recht nicht hat, in seinem Lande thue. In die letztere Classe könnte man freylich auch die bewaffnete Rache setzen, und annehmen, sie sey, als Staatsdienstbarkeit, durch die höchste Gewalt im Reiche jedem Reichslande aufgelegt. Allein da sie sich über das ganze Reichsgebiet ohne Ausnahme erstreckt, und unter allen Reichsständen völlig gegenseitig ist; so wird sie mit besserem Rechte unter die Staatsdienstbarkeiten nicht gezählt, wie denn auch z. E. Pütter \*) und Römer †) sie deutlich davon absondern.

§. 6.

Der Umfang dieses Rechts ist gesetzlich also bestimmt: „Da hinfür gefährliche Reisige und Fußknechte, Räuber und  
Dd 4 Mörder,

\*) Inst. iur. publ. §. 470.

†) Völkerecht der Deutschen, Abth. 2. §. 14. S. 219.

Mörder, einer oder mehr, in der Oberherrlichkeit und dem Gebiet, darin er oder dieselben argwöhnisch befunden, jemand's wider die kaiserliche und des Reichs Constitution und gemeinen Frieden, auch dervogen hievor ausgegangene Mandat thätlich angegriffen, beschädigt, oder einiger boshafter Handlung sich unterstanden hätten, und in solcher Oberherrlichkeit und Gebiet, darin dieser Angriff und Beschädigung beschehen oder fůrgenommen, nicht betreten, er eilet oder ergriffen werden könnten, daß diejenige, so beschädigt, zu Ros und zu Fuß, ziemlicher Weise, und nach Gelegenheit der Macht oder Stärke, auch Růftung dessen oder derer, so solchen Angriff und Beschädigung gethan, oder zu thun unterstanden hätten, den oder dieselbe von einer Obrigkeit in die ander, auch einen Kreis in den andern, jedoch ihnen, den Obrigkeiten und Kreisen ohne Entgelt, nach eilen und sie niederwerfen mögen. Wosern aber die Racheiler und Beschädigte dıßfalls berührte Thäter und Beschädiger niedergurwerfen und handzuhaben, selber nicht mächtig noch stark genug wären, alsdann mögen sie die nächst gefessene Obrigkeit, oder dero Amtleut und Befehlhaber, mit Erzählung, warum die Racheil beschicht, um Hůlf und Handhabung, auch mit Lastung oder Einziehung der Thäter und Beschädiger anrufen, und soll dieselbig Obrigkeit oder dero Amtleut und Befehlhaber verbunden und schuldig seyn, ihrem besten Vermögen nach den Anrufenden alsbald zu Ros und zu Fuß zu Hůlf zu kommen, und im Fall es die Nothdurft

und

und Gelegenheit wollte erfordern, den Sturm und Glockenstreich ziemlichcr Maßen angehen, auch unmittelbar, alsbald von einem Flecken, Dorf oder Weiler in das ander, warum solches geschieht, mit Vermahnung, den Thätern oder Beschädigern mit helfen nacheilen, berichten zu lassen.<sup>4</sup>

§. 7.

Diese reichsgesetzliche Bestimmung zeigt deutlich genug, unter welchen Umständen und gegen wen? von wem? und auf was für Art und Weise? die Racheile geschehen soll. Da jedoch die Rechtsgelehrten in der Beantwortung dieser Fragen, insonderheit der erstern, nicht durchgehends einig sind; so wird eine nähere Erörterung derselben nicht unzweckmäßig seyn. Ich besorge auch dagegen den Einwurf nicht: die Racheile sey ein veraltetes Institut, welches heutzutage keinen practischen Werth mehr habe. Kein Gesetz hat sie aufgehoben, und da die Mannigfaltigkeit der teutschen Territorien, wenn gleich etwas vermindert, doch immer noch besteht; so kann auch ihre Nützlichkeit (§. 1. 2.) wohl nicht in Zweifel gezogen werden. Die Reichsgesetze selbst haben zwar den Ständen die Freyheit gelassen, der Racheile halber nach ihrer Landesart Gelegenheit nähere Verabredungen zu treffen, und die deshalb ergangenen Vorschriften zu erweitern und zu verbessern g); nicht aber sie

DD 5

gänzlich

g) Executions-Ordnung, §. 41. Erster N. N. von 1559. 30. 31. Gerstlecker Handbuch IX. 1283. 1284.

gänzlich abzuschaffen. Vielmehr ist in späteren Gesetzen ausdrücklich verordnet, daß dasjenige, was der Macheile wegen heilsamlich statuirt worden, alles Ernstes gehalten werden soll h). Ganz neue reichsständische Vereinbarungen über diesen Gegenstand i) beweisen auch den ununterbrochenen practischen Gebrauch der darauf sich beziehenden Reichsgesetze, und Territorial-Gesetze nehmen die fortwährende Statthaftigkeit der Macheile als bekannt an k). Wenn daher Römer l) behauptet, sie sey um deswillen gar nicht in Uebung, weil derjenige, so sie unternimmt, den Verbrecher nicht zurück erhalte, sondern ihn denjenigen Gerichten zur Bestrafung überlassen müsse, unter deren Gerichtbarkeit er arretirt wird; so ist er offenbar im Irrthum, und der von ihm angeführte Grund steht mit den heutzutage herrschenden Finanzmaximen im geraden Widerspruch. Wenn indessen die Fälle in unsern

h) R. E. von 1668. Verflacher a. a. O. S. 1258.

i) Beispiele von Churbraunschweig, Hesse-cassel, Braunschweig, Paderborn, Hilbesheim, Oldenburg, Waldeck, Lippe-Detmold s. Th. I. S. 265, und noch vom Jahre 1800 auch von Mainz, Corvey, Lippe-Bückeburg in Willeich's Auszug der churbraunschweigischen Landesgesetze, Supplm. II. S. 322.

k) S. 1. E. Churbraunschw. Criminal-Instruction Cap. 6. §. 6.

l) Völkerrecht der Deutschen. S. 220.

fern Zeiten seltener vorkommen, wo die Racheile nothwendig wird; so ist dieses der in den meisten Ländern verbesserten Policey, und Criminal-Verfassung zuzuschreiben, keinesweges aber ein Beweis, daß jene wohlthätige Policey einrichtung ganz unnütz oder überflüssig geworden ist. Es können noch immer, sich Umstände ereignen, welche rasche und zusammenhängende Maßregeln gegen Störer der Sicherheit nothwendig machen, und daß unter solchen Maßregeln die bewaffnete Racheile besonders wichtig ist, leidet wohl keinen Zweifel. Man kennt, auch durch ganz neue Erfahrungen, als gewöhnliche Folge der Kriege, die Vermehrung des herrenlosen, der Sicherheit gefährlichen Gesindels, das nicht schneller verschwindet, als wenn es selbst nirgends Sicherheit finden kann.

### §. 8.

Die Racheile soll, nach den Worten des Gesetzes, sowohl, um allerhand ungebührlichen Reutereyen, Plackereyen, Räubereyen, und Mord vorzubeugen, gegen verdächtige Leute, als auch gegen solche, welche den gemeinen Frieden stören, oder sonst Plackereyen, Räubereyen und Mord verüben, oder zu verüben unternehmen, und zwar gegen einen oder mehrere, stattfinden, sobald sie von einer Obrigkeit in die andere, oder von einem Kreise in den andern entweichen. Der ganze Zusammenhang des Gesetzes zeigt, daß dabei allemahl die Verfolgung auf früherer That vorausgesetzt wird.



wird. Wenn Leute, die zu Roß oder Fuß gefährlich halten, ziehen oder reiten, vermöge des Landfriedens und der Reichsgesetze, ergriffen und zur Untersuchung gezogen werden sollen, dieser durch die Flucht in ein anderes Gebiete sich zu entziehen suchen; so können sie sogleich dahin verfolgt werden. Haben sie gar ein Verbrechen wirklich unternommen oder vollführt, können aber in dem Gebiete, worin dieß geschehen ist, nicht betreten, ereilt oder ergriffen werden; so ist auch dabey ihre schleunige und unaufhaltsame Verfolgung gleich nach unternommener oder verübter That erforderlich, wenn sie als rechtlich erlaubte Racheile in fremdes Gebiet betrachtet werden soll.

## §. 9.

Die Personen, gegen welche die Racheile stattfindet, sind, nach dem Geiste und Zwecke der Gesetze, offenbar solche, welche die Ruhe und Sicherheit im Staat durch gewaltsame Unternehmungen zu stören drohen oder wirklich gestört haben. Im sechzehnten Jahrhundert waren dieß vorzüglich gardende Knechte — dienst- und herrenlose Kriegsteute, die, theils zu Roß, theils zu Fuß, von einem Lande zum andern zogen, um Dienst und Gold zu suchen, in dessen Ermangelung aber die Befriedigungsmittel ihrer Bedürfnisse erpreßten oder raubten, wo sie sie fanden. Indessen, wenn gleich das Gesetz diese vorzüglich nennt, so schließt es doch überhaupt alle ein, „die gemeinen Frieden betrüb-  
ben,



ben, auch sonst Plackereyen, Räubereyen und Mord sich befleißten“, und der Art Leute giebt es noch immer nur zu viele. Zwar sind die gardenden Knechte mit der älteren Soldnermuth verschwunden — aber dagegen durchziehen Haufen ungestümer Bettler manche teutsche Provinz und zwingen vorzüglich den Landmann, den Mäuern und Thore und städtische Policcy nicht schützen, zu einer Mildthätigkeit, die seiner Wirthschaft nachtheilig ist, und die er doch ohne größere Gefahr nicht verweigern kann. Dieß sind die wahren Plackereyen, denen vorzukommen, unserer Geseze Zweck ist. Aus den Bettlerhaufen gehen theils Räuberbanden hervor, theils werden die schon bestehenden aus ihnen ergänzt. So haben wir also in der That noch, nur in anderer Form, eben die verdächtigen und gefährlichen Menschen, gegen welche diese Geseze gerichtet sind, und auch in der Hinsicht kann der practische Gebrauch der bewaffneten Racheile nicht angefochten werden.

### §. 10.

Erwägt man nun die Beschaffenheit der Personen; gegen welche, und die Umstände, unter welchen die Racheile gesetzmäßig stattfindet; so wird man denjenigen Rechtsgelehrten m), welche sie lediglich auf den Landfriesen

m) v. Eramer Beßlar. Nebenstunden XX. 1 f.  
Schubert Staatsrecht gesammter Reichslande

denß Bruch beschränken wollen, nicht bestimmen können. Die Worte der Gesetze gehen nicht einmahl allein auf den Landfriedensbruch; es ist überhaupt von ungebührlichen Reutereyen, Plackereyen, Räubereyen und Mord; von Reifigen und Fußnechten, die gefährlich halten, reiten oder ziehen, von Räubern und Mördern die Rede. Die Absicht der Gesetze geht auf Störung, sowohl der öffentlichen als der Privat-Sicherheit, und der Zusammenhang ergiebt, daß vorzüglich auf diese das Augenmerk gerichtet ist. Nicht nur gegen Mehrere, sondern auch gegen den Einzelnen, nicht bloß wegen öffentlicher Gewalt, sondern überhaupt wegen verübter, oder auch nur unternommener thätlicher Angriffe und Beschädigungen ist die bewaffnete Racheile erlaubt. Hierdurch wird die Beschränkung derselben auf den Landfriedensbruch im eigentlichen und engern Sinne gänzlich ausgeschlossen. Auch ältere Gesetze verstatten schon die Racheile bloß um des Raubes willen n), und die verschiedenen Reichsgesetze, welche die Landfriedens-Gebote enthalten, erstrecken sich auf gewaltthätige Handlungen überhaupt, von denen man viele zu dem eigentlichen Landfriedensbruche unmöglich rechnen kann. Wenn daher die Gesetze,

lande §. 114. v. Römer Völkerrecht der Deutschen; Abth. 8. §. 14. v. Quistorp Peinl. Recht, §. 824.

n) Landfriede v. 1323. §. 4. Gerstlacher a. a. O. S. 1280.

sehe, welche von der Racheile handeln, hauptsächlich auf den Landfrieden sich beziehen; so muß dieser in dem allgemeineren Sinne, wornach jede Gewaltthätigkeit als Landfriedensbruch betrachtet werden kann, genommen werden, und unter dieser Voraussetzung wäre gegen die Meynung der oben angeführten Rechtsgelehrten nichts zu erinnern.

## §. II.

Der Freiherr von Eramer, welcher diese Meynung hauptsächlich vertheidigt und weiter ausgeführt hat, legt jedoch bey derselben den neuen Begriff des Landfriedensbruchs zum Grunde, und behauptet demnach, daß, da die wegen der Racheile ergangenen Reichsgesetze bloß vom Landfriedensbruche handeln, die Racheile auch nur in dem Falle eines Landfriedensbruchs stattfinden. Sie habe die Ergreifung eines Verbrechers zum Zweck, welche, als eine gerichtliche Handlung, in fremdem Gebiete nicht erlaubt sey, und auch dadurch, daß eine in eigenem Gebiete schon angefangene Verfolgung in jenem ununterbrochen fortgehe, nicht, wie einige glauben o), gerechtfertigt werden könne. Nur durch eine Staatsrechts-Dienstbarkeit könne die Befugniß dazu begründet werden; und da eine solche Dienstbarkeit bloß in Beziehung auf Landfriedensbrüche constituit sey: so finde eine ausdehnende

o) Pfoffinger ad Vitriar. L. 3. tit. 17. §. 46.

bedehrende Erklärung um so weniger Statt, da die Fortsetzung der Racheile in eines andern Reichsstandes Gebiet ohne dessen Verletzung nicht geschehen könne, und ohnehin der Vorwand der Racheile leicht mißbraucht und die öffentliche Sicherheit dadurch mehr, als durch die glückliche Flucht einiger Verbrecher, gefährdet werden dürfte. — Diese ganze Argumentation wird, wie es scheint, schon allein dadurch widerlegt, daß die Gesetze, welche die Racheile erlauben, nicht bloß von dem Landfriedensbruche, im eigentlichen Sinne, handeln (§. 4. 6. 8. 9.), sondern auf gewaltsame Verletzung der Sicherheit überhaupt gehen, und insonderheit auf Störer derselben, die mit denen, welche die Gesetze beschreiben, viele Ähnlichkeit haben, mit Ruhen angewendet werden können (§. 9). Dieß vorausgesetzt, wird man, was von unstatthafter Ausdehnung einer Staatsrechts-Dienstbarkeit, die hier nicht einmahl vorhanden ist (§. 5.), und von dem möglichen Mißbrauche einer übrigens heilsamen Policey-Einrichtung gesagt ist, einer besondern Erwägung schwerlich werth achten.

## §. 12.

Die Racheile ist übrigens jedem Beschädigten, und mithin nicht bloß der Obrigkeit, verstatet. Ausdrücklich heißt es, daß diejenigen, die beschädigt worden, den Beschädigern von einer Obrigkeit in die andere, auch einem Kreis in den andern nacheilen und sie niederwerfen mögen. Da, wo Gefahr auf dem Verzuge

zuge haftet — wie dieses bey Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf frischer That immer der Fall ist —, würde auch eine vorläufige Anzeige an die Obrigkeit, die häufig nicht an Ort und Stelle ist, meistens nur zweckwidrigen Aufenthalt veranlassen. Indessen ist es allerdings der Ordnung gemäß, daß die Obrigkeit aufs schnellste von dem Ereignisse und den getroffenen Maßregeln benachrichtigt werde, um dieselbe den Umständen nach verbessern, erweitern oder unterstützen zu können. Die Reichsgesetze verweisen die Racheiler und Beschädigten nur alsdann an die nächstgelegene Obrigkeit, wenn jene nicht stark genug sind, sich der Beschädiger zu bemächtigen. Allein auch in dem Fall, wenn der Racheile wegen ein fremdes Gebiet betreten wird, ohne daß gerade der Beystand der Obrigkeit desselben nothwendig ist, kann diese mit Recht sofort eine Anzeige von der Veranlassung der Racheile erwarten p).

### §. 13.

Was endlich die Art und Weise, wie die Racheile geschehen darf, betrifft; so ist es im Allgemeinen zwar erlaubt, daß sie bewaffnet, zu Roß oder zu Fuß geschehe. Nur soll dabey eine ziemliche Mäße, d. h. ein den Umständen angemessenes Verhältniß, beobachtet werden, in welcher Hinsicht vorzüglich auf die Zahl, Stärke und Rüstung derer, welche verfolgt werden, zu sehen

p) Vergl. Th. 1. S. 263.

q. Bergs Policey. Th. 4.

sehen ist. Eine Requisition an die benachbarte Obrigkeit ist so wenig erforderlich, als eine besondere Versicherung, daß durch die Racheile ihren Hoheitsrechten kein Eintrag geschehen soll, weil sie auf einem durch die Reichsgesetze eingeführten, allen Reichständen gemeinschaftlichen, gegenseitigen Rechte beruht. Das versteht sich aber von selbst, daß die Racheile den Obrigkeiten, in deren Gebiet sie fortgesetzt wird, keine Kosten verursachen darf. Sie soll zwar, heißt es in dem Gesetze, von einer Obrigkeit in die andere, auch einem Kreis in den andern stattfinden, jedoch ihnen (den Obrigkeiten und Kreisen) ohne Entgelt. Wenn indessen die Racheilenden des obrigkeitlichen Beystandes bedürfen, so muß ihnen derselbe auf ihr Ansuchen sofort unweigerlich und nach bestem Vermögen geleistet werden. Wird der Verfolgte von den Racheilenden allein oder mit Hülfe der Obrigkeit ergriffen; so muß er in jedem Falle demjenigen Gerichte, unter dessen Gerichtszwang die Arretirung erfolgt, übergeben werden. Dieses hat nun gegen ihn die Untersuchung zu führen, und sodann den Rechten nach zu erkennen. Es wird jedoch heutzutage eine Auslieferung an die Obrigkeit des Orts, wo ein Verbrechen verübt worden ist, nicht leicht Schwierigkeiten finden, und es dürfte vielleicht eher darüber, ob das Anerbieten einer solchen Auslieferung angenommen werden müsse, als über deren Bewilligung, nachbarlicher Streit entstehen.



## XX.

Ueber die Policey der Civil-  
Justizpflege.

Die Policey der Civiljustizpflege ist einer der wichtigsten Theile der Sicherheitspolicey a), welche verfassungsmäßig in Deutschland vortrefflich begründet ist, indem die Territorial-Justizverwaltung der höchsten kaiserlichen Oberaufsicht unterworfen b), mithin eine Einrichtung möglich ist, welche die deutsche Justizverfassung, unter andern Umständen, zu der vorzüglichsten hätte machen können, da sie doch jetzt wenigstens (aufs gelindeste gesagt!) nicht unter die belobtesten gehört.

Nur von der obersten Landespolicey kann man jetzt die Abwendung und Verhütung gemeinschädlicher Mängel und Gebrechen im Justizwesen erwarten. Was ihr selbst etwa in dieser Hinsicht wegen Nachlässigkeit, Unachtsam-

E e 2

keit,

a) Handbuch d. t. Polizeyrechts, I. 266 f.

b) Wahlcap. Art. 16. §. 1. Moser von der Landeshoheit in Justizsachen. S. 35. 262.



keit, unzeitiger Gelindigkeit u. s. w. vorgeworfen werden könnte — darum dürfen sich wenigstens Kaiser und Reichsgerichte nicht bekümmern. Von ihr selbst nur muß man Besserung hoffen. Daher hat Jung nicht Unrecht, wenn er in seiner Staats-Policeywissenschaft c) der Unsicherheit des Eigenthums durch die regierende Gewalt ein eigenes Hauptstück widmet. Das Polizeyrecht kann hier nur der Regentenrath gedenken; Zwangsmittel aber nicht nachweisen. Die Polizeywissenschaft zeigt, wo gefehlt wird und wie gebessert werden kann. Finden ihre Rathschläge kein Gehör, so bleibt freylich denen, die darunter leiden, nur Geduld und Hoffnung übrig.

„Wenn es, sagt Jung, eine der heiligsten Pflichten der regierenden Gewalt ist, das Eigenthum ihrer Unterthanen gegen jede Unsicherheit zu schützen; so ist ihr Verbrechen, wenn sie selbst Eingriffe in die heiligen Rechte des Eigenthums wagt, um so viel schrecklicher, je größer ihre Gewalt und je weniger es den armen Unterthanen möglich, und auch erlaubt ist, ihr Eigenthum gegen ihre Eingriffe sicher zu stellen. Was kann aber hier die Policey thun, was kann sie ausrichten? — Wenig! — Indessen ist sie doch nicht ganz unnütz; denn sie kann den Fürsten über seine Pflichten aufklären, weil viele sie noch nicht kennen, und also aus Unwissenheit fehlen;

fehlen; und dann zeigt sie auch den Unterthanen, wie sie sich in einer solchen traurigen Verfassung helfen und — dulden können.“

In so fern also in Beziehung auf Justizpflege von der Policey die Rede ist, welche die regierende Gewalt gegen sich selbst handhaben soll; so könnten hier alle Abweichungen von dem ordentlichen Gange der Justizpflege, Machtsprüche in Rechtsachen, Eingriffe in die richterliche Gewalt, unstatthafte Commissionen, Cabinetsjustiz, unerlaubte Vermehrung der Instanzen u. s. w. d) als Gegenstände der Policey der Justizpflege aufgeführt werden. Allein das Justiz-Policeyrecht hat es eigentlich nur mit denjenigen Vorkehrungen zu thun, welche die höchste Staatspolicey in der Absicht trifft, um bey den zur Verwaltung der Gerechtigkeit bestellten Behörden jedes dem Zwecke der Gerechtigkeit und Sicherheit nachtheilige Hinderniß zu verhüten und hinwegzuräumen e).

In Rücksicht auf die Civiljustiz hat die Staatspolicey einen gedoppelten Zweck, erstlich — Rechtsstreitigkeiten so viel möglich zu vermindern, und zweitens — eine zuverlässige, unparteyische, schnelle und wohlfeile Rechtspflege zu befördern.

Er 3

Die

d) O. z. C. Moser a. a. O. S. 8. 9. 21. 22. 25. 27.

e) Handbuch I. 266. 267. Elischer Cameral- und Policeyrecht II. 180 f.

Die Proceßsucht, weit entfernt von jener ruhigen, aber genauen Aufmerksamkeit, von jener nachdrücklichen, aber nur nothgedrungenen Vertheidigung seiner wohlervordenen Rechte, die dem thätigen Hausvater ziemt, — ist Vergerniß zu geben und zu nehmen gleich bereit; unermüdet forschet sie, wo ein Recht zu erstreiten, ein Unrecht anzuklagen sey; eine Vermuthung ist ihr hinreichend, um zu fordern; ein Verdacht, um sich zu beschweren; den lange erhaltenen Frieden stört sie, den dargebotenen weist sie zurück; unter dem Mantel der Gerechtigkeitsliebe verbirgt sie Habsucht, Haß, Neid, Unverträglichkeit; nur in Vereinigung mit der Epi cane vermag sie Befriedigung zu finden, und jedes Mittel ist ihr recht, wenn es nur zum Zwecke führt.

Eine verderbliche Pest, zerstört sie jeden Keim des Guten im menschlichen Gemüthe — Redlichkeit, Treue, Offenherzigkeit, Uneigennützigkeit, Nächstenliebe, Friedfertigkeit. Sie zerrüttet häusliches Glück und Wohlstand; untergräbt das Vertrauen unter Mitbürgern, Nachbarn, Freunden, Verwandten; verwandelt ruhige, zufriedene, gehorsame Bürger in unruhige, unzufriedene, widerspenstige Unterthanen.

Des Proceßsüchtigen Dichten und Trachten ist ausschließend auf den Gegenstand seiner unseeligen Leidenschaft gerichtet; darüber vergift er Weib, Kinder, Haushaltung, Gewerbe. In steter Bewegung wandert er von seinem Anwalde zum Gerichte, und von diesem zu jenem. Seine Berufs-

Berufsgeschäfte — wie er glaubt, aus guten Ursachen — häufig versäumend, wird er einer regelmäßigen Thätigkeit bald gänzlich entwöhnt; sein Hauswesen geht zurück, Schulden werden gehäuft; der Credit sinkt; sein Vermögen wird den Gläubigern überantwortet. Aber dieß, statt ihn zu bessern, wird ein neuer Antrieb für ihn, durch Prozesse wieder zu gewinnen, was er nur durch unglückliche Zufälle verloren zu haben wähnt. Die Justiz ist ihm eine Lotterie, aus der er doch endlich ein gutes Loos zu erhalten hofft. Darauf verwendet er, was er auf's neue erwirbt, und im äußersten Fall belagert er die Gerichtshöfe als arme Parthey.

Nichts ist verderblicher, als wenn die Proceßsucht unter den Gewerbe- und Landbau-treibenden Volksclassen einreißt. Je weniger sie den Gang einer Rechtsfache zu beurtheilen verstehen; desto leichter überlassen sie sich täuschenden Hoffnungen, desto geneigter sind sie zum hartnäckigen Streit. Für sie ist jede Abweichung von ihrer gewohnten Ordnung, jedes Zeitversäumniß höchst nachtheilig, da in den meisten Ländern nur die strengste Ordnung, nur die sorgsamste Benützung ihrer Zeit sie bey einigem Wohlstande erhalten kann. Leichter, als den gebildeten und erfahrenen Mann, verführt sie der eigennützige Sachwalter; gefährlicher wird für sie der geschäftige Müßiggang, den die Betreibung der Prozesse nach sich zu ziehen pflegt; drückender wird für sie der fortwährende baare Geldvorschuß, der mit jedem Rechts-

Freite verbunden ist. Die Summe, die zur Abtragung öffentlicher Lasten, zur Zinsen- oder Schuldenzahlung, zur Erweiterung und Verbesserung des Gewerbes oder der Wirthschaft bestimmt war, wandert zum Procurator, zum Advocaten, und in die Sportelncasse des Gerichts. Der endliche Gewinn des langjährigen Processes kann nur zu oft den Schaden nicht ersetzen, der auf diese Weise gestiftet ist. Und wie viel schlimmer wird es noch, wenn der Proceß gar verloren geht?

Der Proceßsucht zu steuern, ist für die Staatspolicey allerdings eine schwere Aufgabe, und die in dieser Hinsicht in verschiedenen Staaten gemachten Versuche haben nicht ganz den davon erregten Erwartungen entsprochen. Die neue preussische Gerichtsordnung ist vorzüglich mit auf diesen Endzweck berechnet; vielleicht ist es aber noch zu frühe, über den Erfolg gründlich zu urtheilen. Alte eingewurzelte Gewohnheiten bey Richtern, Advocaten und Parteyen weichen

\*) Vergl. Jung a. a. O. S. 360. (v. Benedendorff) Grab der Ehlcane, worinne, daß häufigs Prozesse das größte Uebel eines Staats sind, gezeigt wird; die wahren Quellen, woraus sie ursprünglich entstehen, oder, nachdem sie entstanden, sorgfältig genährt, ins Unendliche vervielfältiget und gleichsam verewigt werden, entdeckt, dabey aber zugleich die wirksamsten Mittel, diese verschiedenen Quellen zu hemmen und zu verstopfen, an die Hand gegeben werden. 2 Bände. Berlin 1781 — 85.

weichen nur langsam der neuen Ordnung der Dinge; formen sich nur zu oft nach dieser und herrschen dann unter anderer Gestalt noch wie vor. Richtig ist es indeß, daß nur eine völlig zweckmäßige Organisation des Gerichtswesens, die aber ohne eine einfache, zusammenhängende, bestimmte und deutliche Gesetzgebung nicht möglich ist, das Uebel — wenn nicht zu heben, doch zu mindern vermag.

Einzelne Palliative hat man hin und wieder versucht, unter welchen die Vereinfachung des Verfahrens bey den Untergerichten, die möglichste Entfernung der Advocaten von denselben g), die strengste Aufsicht auf juristische Empiriker und Rabulisten, eine heilsame Schärfe bey Verurtheilung in die Kosten, und Bestrafung muthwilliger Streiter, so wie ihrer Sachwalter, Verminderung des schriftlichen Verfahrens, Beförderung der mündlichen Verhöre, auch bey Obergerichten, Begünstigung gerichtlicher und außergerichtlicher Vergleiche, Verbesserung des Spottelwesens \*) — vorzüglich Beyfall verdienen.

§ 5

Von

g) Vergl. Fredersdorf Landpolizei S. 262.

\*) In einigen Ländern scheint man die Kostbarkeit der Justiz für das beste Mittel gegen die Proceßsucht zu halten. Das ist sie aber nicht; obwohl sonst ein reichhaltiges Finanzmittel. Unglückliches Land, wo die Rechtspflege zu den Finanzquellen gerechnet wird!



Von den Gerichten abgesonderte Vergleichs-Commissionen werden mit Recht für nachtheilig gehalten, da sie eines Theils das Vertrauen gegen jene schwächen, und andern Theils leicht zu einer Rivalität Veranlassung geben können, die der Rechtspflege nothwendig nachtheilig seyn muß h). Sehr richtig wird in der unten angeführten Recension gesagt: „wo gute Gesetze sind, kommt alles darauf an, geschickte und rechtschaffene Männer zu richterlichen Würden zu wählen, nicht der Geburt oder der Gunst die wichtigsten Richteramter zuzutheilen, damit bürgerliche Vergleichs-Commissarien nöthig werden; diejenigen, die ihre Pflicht mit Eifer und Ernst erfüllen, in ihrem richterlichen Ansehen zu schützen, die Mißbräuche in ihrer ersten Entstehung zu dämpfen, und die heutiges Tages so wenig geachtete Regel: *principiis obata, sero medicina paratur*, immer vor Augen zu haben. Der Gesetzgeber kann und muß bey der Justizverwaltung weiter nichts thun, als gerechte Gesetze geben und taugliche Richter ansetzen. Die Richter müssen über die Justiz gegen Leguleien, Rabulisten, Empiriker wachen; der Oberrichter über den untern. Fehlt es daran, läßt man die Justiz erkranken, — nun ja, da erbaue man ihr Hospitäler der Vergleichs-Commissionen!“

Eine

h) Vergl. *Mémoire sur l'origine et l'organisation des Comités conciliateurs en Danemarck*, par A. B. Rothe. (Copenhagen 1803); und die Anzeige desselben in der *Jenaischen allgemeinen Literatur-Zeitung*. 1804. No. 70.



Eine ähnliche, aber zweckmäßigere Einrichtung ist im Badischen getroffen worden, die der Freiherr von Drais <sup>1)</sup> also schildert: „Im Jahr 1782 wurde, aus drey Mitgliedern des, damals mit der Regierung verbundenen Hofgerichts — in welchem selbige dagegen keine entscheidende Stimme behielten — und aus drey Advocaten, von denen der eine das Protocoll führte, die sogenannte Consultations-Deputation mit dem landesherrlichen Auftrag eröffnet: daß sie 1) denjenigen Parteyen, welche gegen ein Urtheil bey Amt die Appellation und zugleich das Verlangen anzeigen, über deren Fortsetzung von der Deputation, ehe sie sich an einen Sachwalter wenden, berathen zu werden — ein Gutachten darüber siehe: Ob sich die Parthey, zu Abänderung des Bescheides beym Hofgericht wahrscheinliche Hoffnung zu machen habe? Daß 2) eine Parthey vor Amt, ohne ihre Ursachen anführen zu müssen, nach alldort geschlossenen Verhandlungen, sich die Fällung des Urtheils erster Instanz von der Deputation, statt vom Amt, erbitten dürfe; Daß 3) in diesen beyden Fällen das Ober- oder Amt die Acten und 10 Fl. — die der Bittende dafür zu tragen hat — zur Deputation einschicke; daß allda Re- und Correferent bestellt und unter diesen die Gebühr vertheilt werde. Die Zwecke dieser Anstalt, die in vielen Fällen sichtbar erreicht worden sind, waren: Minderung der Prozesse durch die Ab-

rathung

1) Beiträge zur Culturgeschichte und Statistik von Baden unter Carl Friedrich, S. 140 f.

rathung von schlecht gegründeten Ansprüchen; Abkürzung der Verhandlungen im entgegengesetzten Fall, wo nemlich das Gutachten oft selbst der förmlichen Einführungsschrift bezugsweise beugelegt werden konnte; Gewissenberleichterung für jede unkundige Parthey, besonders aber für alle Pfleger und Gemeinen, die sich, mit einer aufzuweisenden Zu- oder Abmuthung der Deputation, rechtfertigen konnten; ein wohlfeileres, bequemerer, durch seine Sanction mehr Eindruck auf den Gegentheil und mehr Stimmung desselben zur gütlichen Auskunft bewirkendes Mittel, als kein von Universitäten eingeholtes Gutachten; danebst ein weiterer Schutz gegen besorgene Richter, nicht nur für eine Parthey, die sich jekt des Mittels bedient, sondern für alle Untergebene eines Amtes, welches, sein Ansehen und Zutrauen zu erhalten, mehr auf der Huth zu seyn nöthig hat; endlich eine treffliche Schule für die dabey gebrauchten juristischen Zöglinge, die hier nicht einseitig, wie bey der Advocatur, sondern im ganzen Lichte und mit Streben nach Wahrheit, zu schauen gewöhnt werden. Seit der Absonderung der Landes-Collegien und den Kriegsunruhen ist diese Deputation unbesezt; aber die Anstalt nicht aufgehoben.“

In Absicht auf die Prozesse ganzer Gemeinden, die gewissenlosen Advocaten eine vorzüglich willkommene Beute sind, ist theils bey'm Anfang, theils bey'm Fortgang derselben die Aufmerksamkeit der Staatspolicey vorzüglich nöthig, damit kein Rechtsstreit leichtsinnig, im

Wem

Vertrauen auf die gemeinschaftliche Casse, oder eigenmächtig durch unruhige Gemeinde-Glieder, erhoben, der Kostenaufwand nicht unnützer Weise vermehrt und überhaupt die Gemeinde nicht durch eigennützige Einleitungen Einzelner gefährdet werde. Daher ist nach verschiedenen Landesgesetzen keiner Gemeinde verstattet, einen Proceß ohne vorgängige höhere Prüfung und Genehmigung anzufangen; die Syndicate müssen mit besonderer Rücksicht verfaßt, und die Rechnungen der Geschäftsträger, Anwälde und Sachwalter aufs genaueste geprüft werden k).

Nach den herzoglich-braunschweigischen Gesetzen darf keine Gemeinde einen Proceß erheben, ohne ihrer Obrigkeit ihre Gründe angezeigt und deren Meynung darüber vernommen zu haben. Diese muß die Gemeindeglieder  
Mann

- k) Fredericksdorf Landpölicey, S. 373. Sehr richtig sind hier die Ursachen vieler unnützen Gemeindeproceße angegeben: „Unruhige Mitglieder der Gemeinde, welche den übrigen die Wichtigkeit der öfters nur vermeintlichen Rechte vorbilden, Starrsinn des großen Haufens, Gewinnsucht habgüchtiger Advocaten, die von einer ganzen Gemeinheit mehr Geld zu ziehen hoffen, als von einzelnen Parteyen, und sie also aufwiegeln; geldbegierige Richter, die sich bey diesen oft verwirrten Sachen ein dauerndes Einkommen versprechen.“ Vergl. hiemit die trefflichen Bemerkungen des Herrn Ober-Appellationsraths von Ramdohr in s. Werke über die Organisation des Advocatenstandes in monarchischen Staaten, S. 226, 227.

Mann vor Mann vernehmen, ihnen die Beschaffenheit der Sache vorstellen und ein Attestat darüber ausfertigen, daß zwey Drittel der Gemeinde für den Anfang eines neuen — oder die Fortsetzung eines ruhenden Rechtsstreits gestimmt haben. Ohne ein solches Attestat darf keine Gemeinde vor Gericht Gehör gegeben werden. Die Kosten dürfen nicht anders, als nach vorgängiger Ermäßigung und auf ausdrückliche Anweisung des Gerichts bezahlt werden 1).

Eine Hessen-Casselsche Verordnung, das Processiren der Untertanen betreffend, vom 23. Febr. 1776, enthält folgende Vorschriften: „Da die Dorfgemeinden oft ungegründete oder doch in Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Object's selbst ganz unnöthige Prozesse, und diese manchemahl auf bloßes Anstiften eines unruhigen Mitglieds führen, dabey aber einen desto größeren Kostenaufwand machen, weil sie nicht allein den Advocaten ihre Gebühren, sondern außerdem noch gewissen, dem Müßiggang ergebenen, Leuten, die nach den Advocaten wegen Betreibung solcher Sachen mehrentheils unnöthiger Weise verschickt werden, ihre vergebliche Wege und Mühe bezahlen müssen; so soll keiner unter der Jurisdiction der landesherrlichen Aemter stehenden Gemeinde erlaubt seyn, einen Proceß anzufangen, wenn sie nicht zuvor dem ihr vorgesetzten Landrath davon Anzeige gethan und  
dieser

1) Fredericks a. a. O., und Promptuarium der Fürstl. Braunsch. Landesordn. VI. 176 f.

dieser dazu seine Einwilligung gegeben hat. Die Beamten dürfen keine Klage von einer solchen Gemeinde, es sey denn, daß die größte Gefahr auf dem Verzuge hakte, annehmen, noch darauf eine Citation oder Mandat ertheilen, wenn dieselbe nicht eine Bescheinigung vom Landrath vorzeigt, daß dieser sie zur Anstellung der Klage autorisirt habe. Wird eine Gemeinde, als beklagter Theil, mit einem Processe bedrohet; so soll derselben gleich in der ersten an sie ergehenden Citation auferlegt werden, im Termin einen Schein von ihrem Landrath beizubringen, daß ihm von der Sache gehörige Anzeige geschehen sey, und diesem liegt ob, bey erscheinender offenkbarer Billigkeit der Klage dem beklagten Theil vom Processiren ab- und zum Nachgeben oder Vergleich anzurathen. Wenn indessen eine klagende Gemeinde, welcher die Einwilligung vom Landrath verweigert wird, gleichwohl wichtige Ursachen zum Processiren zu haben glaubt; so kann sie sich an das Steuer-Collegium wenden und von demselben weitere Verordnung auswirken. Hat aber eine Gemeinde die Erlaubniß zur Führung eines Processes erhalten; so soll ihr dennoch nicht frey stehen, neben dem Procurator, Jemand aus ihren Mitteln zu bestellen, der, um die Sache zu treiben oder sich darnach zu erkundigen, hin- und herlaufe und sich von solchen Geschäften nähre, vielweniger demselben in der Gemeinderrechnung etwas dafür vergütet werden; sondern, wenn die Gemeinde bey dem Untergerichte in einer geringfügigen Sache, wo sie sich, nach älteren Verordnungen, eines Advocaten nicht

nicht bedienen darf, etwas zu verhandeln hat; so soll von ihr der Grebe oder ein Vorsteher dazu bevollmächtigt, diesem aber ein für allemahl vom Landrath bedeutet werden, daß ihm sowohl in diesen, als auch in den Sachen, welche an die höhern Instanzen erwachsen, für den geringsten unnützen Weg nichts bezahlt noch in Rechnung paßirt werden dürfe. Bey den Untergewichten sollen die Kosten und Auslagen, welche jeder Theil zu entrichten hat, in dem Endbescheide ausdrücklich bestimmt werden. Die Deserviten-Rechnungen bey den höhern Gerichten aber sollen die Gemeinden zuvörderst dem Landrath vorlegen, damit er nöthigen Falls deren richterliche Moderation bewirken könne; wie denn auch ohne seinen Zahlungsbefehl dergleichen Rechnungen von den Gemeinden überaß nicht berichtet werden dürfen m).

Eine zuverlässige, unparteyische, schnelle und wohlfeile Justizpflege wird neben ihren andern Vortheilen auch gegen die Proceßsucht das wirksamste Mittel seyn. Mit der Unparteylichkeit des Richters, der Schnelligkeit seines Verfahrens, und der Zuverlässigkeit seines Erkenntnisses verträgt sich die Ehyane nicht, welche der Proceßsucht die Hauptnahrung giebt. Wenn den muthwilligen Streiter das Urtheil der Gerechtig-

m) Vergius Samml. äußerlesener Landesgesetze, II. 379 f. — Noch einige andere Vorschläge thut Hr. von Ramdohr a. a. O. 228 bis 230.



rechtigkeit so schnell als möglich von der  
 Schnelle des Gerichtshofes zurückweist; wenn  
 alle Winkelzüge, alle Künste des Rabulisten,  
 alle Zögerungsversuche schnell vereitelt werden;  
 wenn die Strafe muthwilliger oder boshafter  
 Streitsucht der That selbst auf dem Fuße folgt;  
 wie bald muß da nicht jene alle Reize des Eigen-  
 nuzes, des Stolzes, der Rechtshaberey verlieren?  
 Aber sollte dagegen nicht die Wohlfeilheit sie zu  
 neuen Wagnissen verleiten? Ich glaube nicht,  
 da alsdann fremde Gewinnssucht weniger Bewe-  
 gründe hat, sie aufzumuntern; da auch der fried-  
 liebende Bürger mit mehr Muth und weniger  
 Gefahr Widerstand leisten kann, und da es weit  
 schwerer wird, ihn zu ermüden, als wenn die  
 Größe der Kosten ihn von seiner Vertheidigung  
 zurückschreckt. Der Proceßsüchtige kennt ein so  
 heilsames Schrecken nicht; nur zu oft berechnet  
 er nach dem Umfange der Opfer, die er bringen  
 muß, das Maß des Gewinnes, auf den er sich  
 Hoffnung macht, und selbst der Geizige, der  
 sonst nur mühsam von seinem Groschen sich  
 trennt, zahlt in dieser Hoffnung Hunderte  
 von Thalern an die Verwalter und Handlanger  
 der Justiz.

Um zuverlässige Rechtspflege den Untere-  
 thanen verschaffen zu können, ist eine deutliche,  
 bestimmte, genaue und vollständige Gesetzgebung  
 das erste Erforderniß, und das zweyte — Anstel-  
 lung solcher Gerichtspersonen, welche eine vor-  
 zügliche Fähigkeit haben, auf deutlich erkannte  
 Thatfachen die Gesetze richtig anzuwenden. Hier  
 kann die Polizeygewalt nur mittelbarer Weise



wirken n); andere Hoheitsrechte haben darauf weit größeren Einfluß.

Von den verschiedenen Vorbauungsmitteln der Staatspolicey gegen parteyische Justizpflege ist bereits gehandelt o). Ihnen kann noch beygefügt werden, daß nach einigen Landesgesetzen den Beamten verboten ist, in ihrem Amtsbezirke bedeutende liegende Gründe zu erwerben p).

Für schnelle Rechtspflege kann zunächst am besten durch zweckmäßige Proceßordnungen gesorgt werden. Wenn freylich den Untergerichten eine Verfahrungsart, wie sie bey den Obergerichten statt hat, erlaubt oder nachgesehen wird; wenn man bey ihnen, auch in geringfügigen Sachen, Advocaten und schriftliche Ausführungen zuläßt; wenn sie nicht beynt Anfang eines jeden Rechtsstreits — der Gegenstand sey bedeutend oder nicht — genau darauf halten müssen, daß das Factum mit allen sonst noch in Betrachtung kommenden Umständen vollkommen

n) Die Besetzung der Patrimonial-Gerichte ausgenommen. S. Th. I. S. 269.

o) Th. I. S. 262.

p) Es ist z. B. im Hessen-Casselschen durch die Verordnung v. 19. März 1732 und 28. Sept. 1801 den Beamten und ihren Ehefrauen untersagt, in dem Amtsbezirke jener mehr als ein Haus und einen Garten anzukaufen. Blätter für Policey und Cultur. Viertes Supplementstück zum Jahrg. 1801. S. 120.

kommen auseinander gesetzt und aufgeklärt werden 9); wenn bey Ober- und Untergerichten der Richter sich selbst mehr, als den Parteyen, Fristen giebt; wenn die Gerichte mit Wiedereinsetzungen in den vorigen Stand aus ungerechter Milde, allzu freygebig sind; wenn Rechtsmittel auf Rechtsmittel gehäuft werden dürfen: dann ist die Justiz allerdings eines andern, als des in Deutschland so berühmigten Schneefenganges nicht fähig.

Ausserdem ist aber auch Saumseligkeit der Gerichtspersonen nur zu oft Ursache einer langsamen Rechtspflege. Dagegen hilft nur eine ununterbrochene, genaue Aufsicht und strenge Ahndung jeder schuldbaren Versäumnis. Nur wird dabey vorausgesetzt, daß die Gerichtspersonen nicht mit übermäßigen Geschäften beladen und folglich genöthiget werden, manche Sachen, vielleicht sehr lange, zurückzulegen, und andere, dringendere auszufertigen. Auch müssen sie keine Geschäfte anderer Art von solchem Umfange haben, daß sie dadurch von der Justizpflege abgezogen werden können. Nie muß diese in Gefahr kommen, als Nebensache behandelt zu werden.

Zur Erleichterung der Aufsicht über die Justizpflege dienen theils Berichte, welche die Ge-

§f 2

richte

9) Ungefähr so, wie den preussischen Justizcommissarien die Instruction der Processse vorgeschrieben ist. Allgem. Preuss. Gerichtsordn. Th. 1. Tit. 5 und 9.

richte von Zeit zu Zeit über den Fortgang ihrer Geschäftsführung erstatten müssen r), theils Justizvisitationen s). Die e h u r b r a u n s c h w e i g i s c h e n O b e r g e r i c h t e müssen halbjährlich Verzeichnisse der eingekommenen, abgethanen und noch rückständigen Civil-Sachen an das Staatsministerium einsenden. Bey den landesherrlichen Aemtern können die Landgerichts-Commissarien die nöthigen Untersuchungen in Ansehung der pflichtmäßigen, prompten Justizpflege anstellen t). Im Preussischen sollten Kreis-Justizräthe zu diesem Zweck angestellt werden u); in den pfälzbairischen Staaten entspricht demselben das Amt der Landcommissäre v).

Für die Wohlfeilheit der Rechtspflege sind schon alle die vorhergehenden Eigenschaften derselben von dem wohlthätigsten Einfluß. Außerdem wird für dieselbe auch noch Sorge getragen durch Verhütung des übermäßigen Sporkulirens, und durch billige Ermäßigung des Procuratur- und Advocaten-Defervits.

Viele Politiker sind der Meynung, die Justiz müsse von den Gerichten ganz unentgeltlich

DETA

r) Von den Proceßtabellen im Preussischen, s. Fischer Cameral- und Polizeyrecht. II. 181.

s) Fischer a. a. O. S. 183.

t) S. oben S. 262.

u) Fischer a. a. O. S. 184.

v) Oben S. 254.

vermattet werden; andere aber glauben, daß dadurch die Processsucht vollends freyes Spiel erhalten würde. Besonders die Bauern, sagt man, die ohnehin von dem Processgeiste befallen seyn, würden das Processiren ohne Unterlaß und über jede geringfügige Sache treiben, wenn sie wüßten, daß sie keine Sporteln und Gerichtsgebühren mehr bezahlen dürfen; da sie hingegen durch die Bezahlung derselben, wenn nicht vom Processiren ganz abgehalten, doch wenigstens leichter zu Vergleichen bewegt würden.

Ich halte dieß für keinen hinreichenden Grund zur Beybehaltung der Sporteln und Gerichtsgebühren. Die Advocatenrechnungen pflegen gemeiniglich noch groß genug zu seyn, um die Kostbarkeit des Processirens fühlbar zu machen. In solchen Sachen, wo man keiner Advocaten sich zu bedienen nöthig hat, also in sehr einfachen oder geringfügigen; wo kurz und summarisch verfahren werden kann, sind die Sporteln ohnehin unbedeutend. Auch muß man gegen die muthwillige Streitsucht nothwendig strengere Mittel brauchen, als Sporteln und Gerichtsgebühren sind. Und wäre es nicht unsinnig, bloß um der Processüchtigen willen eine Einrichtung beyzubehalten, die doch auch manchen Armen abhalten kann, sein gutes Recht auf einem ihm zu kostbaren Wege zu verfolgen?

Ein stärkerer Grund für die Abschaffung der Sporteln scheint darin zu liegen, daß die Unterhaltung aller zur Regierung erforderlichen An-

stalten zu den allgemeinen Staatsausgaben gehört, folglich auch sämtliche für das Gerichtswesen aufzubewehende Kosten aus dem gesammten Staatsvermögen genommen, und nicht Einzelnen zur Last gelegt werden müßten. Allein wenn man dieses auch zugiebt, so fällt es doch sogleich von selbst in die Augen, daß bey der Beschaffenheit der Finanzen in den meisten Staaten der Ertrag der hinwegfallenden Sporteln durch neue Auflagen ersetzt werden müßte, und daß also Alle bezahlen müßten, was jetzt nur diejenigen trifft, welche in vorkommenden Fällen von den Gerichtsanstalten Vortheil ziehen. Den Inhabern von Patrimonialgerichten würde die Abschaffung der Sporteln ohnehin nicht anders, als gegen eine verhältnißmäßige Entschädigung, zugemuthet werden können.

Es mag seyn, daß das Sportelwesen manche Weitläufigkeit, manche überflüssige Formalität, manches unnöthige Decret u. s. w. nach sich zieht; allein, würde die unentgeltliche Rechtspflege nicht vielleicht eine allzu große Leichtigkeit und Oberflächlichkeit in der Geschäftsbehandlung zur Folge haben? Wenigstens thut man einem Richter, dem man Schuld geben kann, daß er um der Sporteln willen die Justiz aufhalten werde, wohl nicht Unrecht, wenn man vermuthet, nur der Reiz des Gewinnes werde ihn in Fleiß und Thätigkeit erhalten. Indessen würde diese Besorgniß so wenig ein hinreichender Grund für die Bepfehlung der Sporteln seyn, als jener

jener gegen dieselbe. Denn gegen einen Mißbrauch, wie gegen den andern, muß eine aufmerksame Regierung angemessene Mittel vorzuführen wissen.

Mir scheint es billig, daß diejenigen, welche die Hälfte der Gerichte wirklich brauchen, zu deren Unterhalt unmittelbar einige Beiträge leisten, und daher halte ich ein billiges Sportelsystem, auch wenn der Finanzzustand dessen Beibehaltung nicht nothwendig macht, für zweckmäßig und gut. Aber die Sporteln müssen maßig und die Bestimmung ihrer Quantität muß niemahls der Willkür der Gerichte überlassen seyn. Dieser Willkür vorzubeugen, dienen deutliche und vollständige Tax- und Sportelordnungen, welche dergestalt zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden müssen, daß jede Parthei im Stande ist, sich die Rechnung selbst zu machen. Ueberdies müssen die Sporteln jederzeit nicht nur auf die den Partheien zukommenden gerichtlichen Ausfertigungen, Bescheide, Protocolle u. s. w., sondern auch auf die bey dem Gerichte zurückbleibenden Acten genau verzeichnet werden, so daß sie nöthigen Falls der Controllé der höhern Behörden unterzogen werden können. Bey jeder Rechtsache, welche an ein Obergericht gelangt, müßte von diesem besonders untersucht werden, ob von dem Untergerichte die Sporteltaxe ordnungsmäßig beobachtet worden ist oder nicht, und jede Uebertretung der Sportelordnung müßte nachdrücklich bestraft werden. Bey Justizvisitationen müßte



das Sportelwesen ein Hauptgegenstand der Untersuchung seyn.

Wenn indessen den Mißbräuchen des Sportulirens nach Möglichkeit vorgebeugt wird, so bleibt doch immer noch ein großer Uebelstand übrig. Ist es erlaubt, nach eigenem Gefühle zu urtheilen, so muß dem Richter, der Sporteln statt der Besoldung zieht, der, wenigstens bey der zahlreichen, ungebildeten Menschenclasse nicht zu vertilgende Verdacht, „er verrichte sein Amt nur um der Sporteln willen“, immer höchst unangenehm und drückend seyn. Ueberdies ist es gewiß eine für den Dienst und für den Bediensteten traurige Lage, wenn des Vorgesetzten reichlicheres Einkommen von der Streitsucht seiner Untergebenen abhängt. Ist es daher rathsam, die Sporteln und Gerichtsgebühren nicht gänzlich abzuschaffen; so scheint es dagegen eben so rathsam zu seyn, Sportelcassen zu errichten, die Einkünfte derselben dem Landesherrn zu verrechnen, und die Justizbedienten anständig zu besolden. Nie aber muß die Vermehrung der Besoldungen mit der Reichhaltigkeit der Sportelcasse in Verbindung gesetzt werden, weil dies nur zu leicht zu übertriebenem Sportuliren verführen kann.

Strenge, ununterbrochene Aufsicht, schnelle, nachdrückliche Bestrafung nachlässiger, eigennütziger, untüchtiger Justizbedienten — das bleibt übrigens immer das Hauptmittel, eine zuverlässige, unparteyische, schnelle und wohlfeile



freie Justiz zu erhalten. Aber dabey wird nicht nur vorausgesetzt, daß die Wahl der Richter mit gewissenhafter Sorgfalt geschehen sey, — denn muß man sich nicht scheuen, streng gegen die zu seyn, die man leichtsinnig auf eine Stelle setzte, für die sie nicht taugen? — sondern auch, daß mit dem Richteramt eine seiner Wichtigkeit und Würde angemessene Besoldung verbunden sey. „Der Fürst, sagt Filangieri, kann nie in dem Besolden der Verweser der Gerechtigkeit zu freygebig seyn. Der Staat hat ein großes Interesse dabey, daß derjenige, der irgend einen Theil der Gewalt ausübt, nie nöthig habe, dieselbe zu mißbrauchen, um anständig und der Würde seines Postens gemäß zu leben.“ Dieser Grundsatz bedarf keines Beweises. Soviel Vertrauen man auch in die Rechtlichkeit der Staatsdiener setzen mag — Nahrungssorge ist die gefährlichste Klippe, an der sie nun zu leicht scheitert.

Neben den Gerichtspersonen haben die Rathgeber, Vertheidiger und Geschäftsträger der Parteien auf die Rechtspflege den bedeutendsten Einfluß. In Beziehung auf die Wohlfeilheit derselben insonderheit ist hauptsächlich dahin zu sehen, daß die Kosten weder durch unnütze und überflüssige Arbeiten, noch durch unbillige, übermäßige Deserviten-Rechnungen vermehrt werden w).

§ f. 5

Orga

w) S. Th. 1. S. 278 f. und v. Kambohr über die Organisation des Advocatenstandes S. 253 f. und

## 442 Ueber d. Policey der Civil-Justizpf.

Organisation des Advocatenstandes für die möglichst beste Justizpflege überhaupt — für die Verminderung der Processucht, für die Beschleunigung des Rechtsganges, selbst für die Erhaltung der Zufriedenheit und Ruhe der Staatsbürger. In vielen teutschen Staaten sind mancherley Verbesserungsversuche gemacht; vielleicht aber dürfte nur eine gänzliche Reform den Mängeln abhelfen, über die man mit Recht klagt x).

und S. 449 f., wo die wichtigsten Beispiele aus den verschiedenen teutschen Gesetzgebungen angeführt sind, worauf ich mich beziehe.

- x) Auch hier kann ich auf die oben angeführte von Ramdohrsche Schrift, die von S. 397 die interessantesten Beispiele und Versuche der Staatspolicey, den Gebrechen des Advocatenwesens vorzubeugen und abzuheben, enthält, mich beziehen.

## XXI.

Von der Pflicht der Policey in Ansehung  
bestrafter Verbrecher.

Gewöhnlich entläßt der Arzt den geheilten Kranken mit der Warnung: künftig recht sorgsam über sich zu wachen, damit er nicht wieder in eine Krankheit verfaße; — wie viel oder wenig sie wirke, davon — erwartet er den Erfolg. Eben so verfährt die Gerechtigkeit mit dem bestraften Verbrecher; der Unterschied ist jedoch, daß sie ihn selten gebessert entläßt, und daß es ihr mit ihrer Warnung mehr Ernst ist, als manchem Arzte mit der seinigen. Beide aber erfahren gemeiniglich nur, wie wenig diese gefruchtet hat — wenn der Kranke abermahl Hülfe nöthig, und der Verbrecher auf neue Strafe verdient hat. Dieser Fall würde jedoch seltener eintreten, wenn auf Leute, deren gute Natur — in physischer oder moralischer Hinsicht — einmahl erschüttert ist, eine unmittelbare, besondere Aufmerksamkeit verwendet würde. Bey bestraften Verbrechern gehört dieß zu den Obliegenheiten der Policey.

Das

Das zweyte Verbrechen wird weit leichter begangen, als das erste, und die erste Bestrafung ist weit schrecklicher, als die zweyte. Diese führt meistens nur zu einem alten Bekannten (der einmahl schon erduldeten Strafe) zurück; vielleicht auf längere Zeit — aber was thut dieß, wenn einmahl der anfängliche Abscheu überwunden ist? Bey jeder wiederholten Bestrafung derselben Art müßte noch ein Zusatz seyn, der neue Besorgnisse, neuen Abscheu zu erregen im Stande wäre. Eine gewisse Mannigfaltigkeit der Strafarten würde auch in dieser Hinsicht, wie in mancher andern, von wesentlichem Nutzen seyn. Doch, es ist hier nicht von einer Critik der Strafarten und Strafanstalten die Rede, sondern davon: was die Policey, so wie beide einmahl sind, in Ansehung bestrafter Verbrecher thun soll und kann?

Was auch der Zweck der Strafen seyn mag, oder der Theorie nach seyn sollte — die Wirkung, die man von jeder wünscht, die den Verbrecher nicht auf immer der menschlichen Gesellschaft entzieht, ist doch gewiß die; daß der Gestrafte künftig nicht mehr fündige. Diese Wirkung zeigt sich aber nur allzu oft gar nicht; häufig eine entgegengesetzte. Der Gestrafte ist aus der starken Hand der Gerechtigkeit böser zurück gekommen, als er vorher war, und daran ist nicht selten die Strafe selbst Schuld. Der Verbrecher wird durch sie aus dem Kreise seiner gewöhnlichen Beschäftigungen herausgerissen, er wird in eine Genossenschaft gebracht, die ihn, wenn

wenn auch gesetzlich nicht entehrt, doch erniedrigt, beschimpft, entwürdigt; er wird Menschen gleich-gestellt und geachtet, wenigstens gleich behandelt, die vielleicht viel verderbter sind, als er, die seine Lehrer und Verführer werden, auf den Fall der wiederkehrenden Freiheit; sein Hauswesen wird zerrüttet, seine Familie ihm entfremdet, alte Nachbarn und Freunde nehmen den Zurückkommenden, wo nicht höhrend und verächtlich, doch kalt und stolz, höchstens mit niederbeugendem Mitleid auf; seine vorigen Verbindungen sind zerrissen; seine ehemaligen Nahrungszweige schwer, vielleicht gar nicht mehr aufzufinden; sein moralisches Gefühl ist abgestumpft — seine Selbstachtung verloren. — Das Alles nun, sey es auch wirklich Folge von der Art der Bestrafung, läßt sich doch bey dieser selbst, größtentheils wenigstens, nicht verhüten. Die in Deutschland gewöhnlichen bedeutenden — eigentlich peinlichen — Strafarten, welche eine Rücksicht auf die nachherige Existenz des Verbrechers nothwendig machen, die also weder Todes-, noch ewige Gefängniß-Strafen sind, sind meistens so beschaffen, daß man der Beyhülfe der Policey zur Sicherstellung des gemeinen Wesens gegen bestraste Verbrecher nur zu sehr bedarf.

In ältern Zeiten hatte man eine große Mannigfaltigkeit der Strafarten, wovon aber die meisten aus guten Gründen theils ausdrücklich abgeschafft, theils sonst ausser Übung gekommen sind. Gemeiniglich sind heutzutage **Zuchthaus** und **Festung** die Strafen, welche zwischen dem  
Ge

Gefängnisse und dem Tode in der Mitte liegen. In einigen Ländern sind für gewisse Verbrechen auch infamirende Strafen beygehalten; in einigen werden in gewissen Fällen beschimpfende Strafen, und auch wohl körperliche Züchtigungen angewandt. Die Landesverweisung wird, als peinliche Strafe, immer seltener; als Policeymittel soll sie in der nächstfolgenden Abhandlung näher betrachtet werden. Geldstrafen sind bey peinlichen Verbrechen nicht leicht anzuwenden, und können nur in sehr wenigen Fällen, als Ausnahme von der Regel, für statthaft erachtet werden.

Im Allgemeinen muß die Policey jeden gestraften Verbrecher, so wie er aus den Händen der Gerechtigkeit kömmt, eine Zeit lang ihrer genauern Aufsicht unterziehen, um zu sehen, wie er sich nach der erlittenen Bestrafung benimmt. Geschähe dieses jederzeit mit der gehörigen Aufmerksamkeit, Schonung und freundlichen, theilnehmenden Milde; so würde Mancher von dem Abwege, auf den er aufs neue zu gerathen in Gefahr ist, zurückgehalten werden können. Aber wie soll, bey der gewöhnlichen Organisation des Policeywesens, eine solche Aufsicht geführt werden? Mich dünkt, sie würde keinen großen Schwierigkeiten unterworfen seyn, und auch nicht viele Mühe machen, wenn die Policey-Obrigkeit die Hausgenossen, die Nachbarn; die Ortsvorsteher (unter gewissen Umständen auch die Zunftvorsteher) und die Prediger



diger mit zu Hülfe nähme, ihnen eine besondere Aufmerksamkeit auf das Betragen des bestimmten Subjects empfehle, und von ihnen darüber von Zeit zu Zeit Nachrichten einjoge. Lauten diese übereinstimmend gut; so müßte dem bisher Beobachteten die Zufriedenheit der Obrigkeit bezeugt und die genauere Aufsicht über ihn eingestellt werden. Wird hingegen sein Betragen nicht so befunden, wie es seyn sollte; so müßten angemessene Warnungen, Ermahnungen, Anweisungen ertheilt, leichtere Policeystrafen verhängt, im äußersten Fall aber angemessene Sicherungsmittel vorgekehrt werden.

Eine solche nähere Policeyaufsicht würde insbesondere auch nach Strafen stattfinden, die schnell vorübergehend, wie körperliche Züchtigungen und schimpfliche Strafen, oder doch nur von kürzerer Dauer sind, wie die meisten Gefängnißstrafen. Gemeiniglich nimmt man nur auf die — allerdings noch wichtigere — Sorge der Policey für aus öffentlichen Strafänstalten entlassene Züchtlinge Rücksicht. Indessen versteht es sich von selbst, daß die so eben beschriebene Verfahrungsart nach den jedesmahligen besondern Verhältnissen modificirt werden muß, und daß bey geringeren Vergehungen, die peinlich bestraft werden, nach der Beschaffenheit der Personen und den übrigen Umständen diese Vorsorge der Policey manchemal gar nicht nöthig seyn mag. Dieß muß dem Ermessen der Obrigkeit allerdings überlassen werden.



Für Verbrecher, welche mit gänzlich entehrenden Strafen — Staupenschlag, Brandmarkung — belegt worden sind, kann die Policey wenig oder nichts thun. Sie sind für die bürgerliche Gesellschaft verloren, und die Policey muß sie nur hüten, damit sie keinen Schaden thun. „Eine Strafe,“ sagt der Graf v. Soden \*), die, wie Infamie, dem Menschen alle Aussicht raubt, auch in der fernsten Zukunft durch aufrichtige Reue, durch ein edles, gutes, thätiges, zum Besten der Menschheit angewendetes Leben die Gesellschaft wieder mit sich auszusöhnen, und das Andenken, den Flecken seines Verbrechens auszulöschen, kann, wenn sie gehäuft wird, der Gesellschaft sehr schädlich werden. Sie kann nicht aus Verbrechern gute Menschen und würdige, nützliche Glieder der Gesellschaft machen. Vielmehr muß der entehrte Bösewicht, wenn er aus der Gesellschaft, aus aller Theilnehmung mit ihr sich verstoßen sieht, nothwendig ihr Feind werden. Er wird einer Gesellschaft, die ihn auf ewig verfolgt, auch unauslöschlichen Haß schüren, wird ihr seine Rache fühlen lassen, und, wo er nur immer kann, selbst bey minder als gewöhnlichem Grad der Wahrscheinlichkeit der Straflosigkeit, ihre Ruhe stören. Infamie also, statt den Endzweck aller Strafen, Verhütung der Verbrechen, zu erreichen, wirkt vielmehr den gegentheiligen; sie

beför-

\*) Geist der deutschen Criminal-Gesetze. I. 103.

befördert, sie vermehrt die Verbrechen. Alle entehrte Verbrecher irtren umher, und hören nicht auf, die öffentliche Ruhe zu stören, bis der Tod oder undurchdringliche Gefängnisse ihre Rache begrenzen. Warum sind die meisten Fallknechte, Schinder und dergleichen, Bösewichter? Es ist überdieß — die schwersten Verbrechen ausgenommen — unvereinbar mit den Gesetzen der Menschheit, unsern Bruder auf ewig zu brandmarken, ihm selbst die Rückkehr zur Tugend zu verschließen, und zu einer Zeit, wo er sein Verbrechen durch edle, nützliche Handlungen wieder vergütet und aufgewogen hat, ihm — wenn er uns aus dem Abgrund die Hand bietet — die unsrige zu versagen, sondern fühllos gegen seine reuige Thränen, ihn darein zurückzustößen.“

Infamirende Strafen können also vernünftiger Weise nur gegen diejenigen stattfinden, welche ohnehin der bürgerlichen Gesellschaft auf immer entzogen werden. Bey allen Andern müssen sie nothwendig die nachtheiligsten Folgen haben und daher die Policey zu Sicherheitsmaßregeln nöthigen, wozu die Verfügungen der Criminal-Gewalt billig keine Veranlassung geben sollten. Hat man vielleicht deswegen ehemahls mit jenen infamirenden Strafen die Landesverweisung unmittelbar verbunden, um wenigstens das eigene Land gegen die Folgen derselben zu sichern? \*).

Die

\*) In den churbraunschweigischen Landen sind Straupenschlag und Schandpfahl längst ab-

Die Brandmarkung giebt ein unvertilgbares Kennzeichen der Ehrlosigkeit. Hier kann die Policcy schlechterdings gar nichts thun. Schandpfahl und Staupenschlag machen wenigstens das Vergessen der mit ihnen verbundenen Entehrung und folglich auch die Wiederherstellung nicht unmöglich. Sollte es da, wo diese Strafen noch üblich sind, nicht ein heilsames Geschäft der Policcy seyn können, den Bestraften so zu leiten, daß er sich den verlornen ehrlichen Namen wieder verdiene, und daß dieser ihm dann feierlich, öffentlich wieder gegeben werde? Hindernisse würde man nur in dem Zunftgeiste finden — doch nicht unüberwindliche.

Wenn die Landesverweisung gegen einen Verbrecher erkannt ist; so gehört es bloß zu dem Amte der Policcy, daß sie, unterstützt von einer genauen Beschreibung des Verwiesenen, wachsam darauf achte, daß dieser sich nicht wieder in das Land einschleiche, und der Sicherheit der Landes-Untertthanen nicht gefährlich werde.

Was endlich die am häufigsten vorkommenden peinlichen Strafen — die der öffentlichen Arbeiten

geschafft, „weil es damit die Bewandniß hat, daß die Delinquenten, an welchen eine solche Strafe vollstreckt wird, dadurch zu allen ehrlichen Handthierungen, um damit ihren Lebensunterhalt zu erwerben, unfähig gemacht werden.“  
Verordnung vom 28. Dec. 1717.

Arbeiten — betrifft; so hat man dabey gewöhnlich der Policey nur die Aufgabe zu lösen gegeben: wie entlassenen Züchtlingen eine nützliche Beschäftigung und dadurch der nöthige Unterhalt zu verschaffen sey, damit die Gefahr eines Rückfalls möglichst entfernt werde? Allein es scheint, daß man die ganze Lage eines entlassenen Züchtlings nach den dabey eintretenden mannigfaltigen Verhältnissen und selbst nach der Verschiedenheit der Vergehungen, wesswegen er Strafe erlitten hat, in Erwägung ziehen müsse.

Der größere Theil der Zuchthaus- und Karrengefangenen besteht in solchen, die der Sicherheit des Eigenthums gefährlich geworden sind \*). Unter diesen ist aber ein großer Unterschied in Ansehung der Gegenstände, an welchen sie sich vergriffen, der Mittel, welcher sie sich bedient, der Gewandtheit und Geschicklichkeit, welche sie bewiesen, der Beweggründe endlich, deren Antrieß sie nachgegeben haben. Daß bey allen diesen es vor allen Dingen äußerst wichtig ist, nach ihrer Rückkehr aus den Strafanstalten ihnen Mittel zu ihrem nothdürftigen Unterhalt zu ver-

§ 2

schaf-

\*) Nach dem Preussischen Landrecht (Th. 2. Tit. 20. §. 5.) sollen Diebe und andere Verbrecher, welche ihrer verdorbenen Neigungen wegen dem gemeinen Wesen gefährlich werden könnten, auch nach ausgestandener Strafe des Verhaftes nicht eher entlassen werden, als bis sie ausgewiesen haben, wie sie sich auf eine ehrliche Art zu ernähren im Stande sind.

schaffen, leuchtet von selbst in die Augen. Aber gerade Menschen dieser Art unterzubringen, hält äußerst schwer, weil niemand ihnen traut, niemand sie als Tagelöhner, geschweige als Dienstboten haben will. Und doch müßte billig ein Unterschied gemacht werden, den einige zweckmäßige Maßregeln der Policey wohl geltend machen könnten.

Menschen, für welche eine frühere gute Aufführung spricht, die durch zufällige Umstände zu einer Entwendung sich haben hinreißen lassen, welche vielleicht im Leichtsinne, in der irrigen Vorstellung, daß es soviel nicht werde zu bedeuten haben, durch ein dringendes Bedürfniß gereizt oder durch die gute Gelegenheit verleitet, die That begangen haben; die Urheber solcher Diebstähle, welche an und für sich nicht bedeutend, bloß aus besondern Gründen schwer verpönt sind, wie z. E. in mehreren Ländern die Felddiebstähle — solche Menschen müßten, aus den Strafanstalten zurückkommend, mit ganz besonderer Aufmerksamkeit und Schonung behandelt werden. Bey ihnen müßte man vorzüglich darauf das Augenmerk richten, das unterdrückte Ehrgefühl wieder zu heben, die Erneuerung ihrer ehemaligen Verbindungen zu erleichtern, und ihre Bemühungen, bey ihren Nachbarn, Verwandten und Freunden wieder in Achtung zu kommen, unterstützen. Hierzu können die Prediger, welche aber durch die Obrigkeit eine genaue Kenntniß von dem Vergehen des Bestraften und den dabey vorgekommenen

menen Umständen erhalten müßten, sehr viel beitragen. Da auch gewöhnlich das Gerücht alle Vergehungen übertreibt, und meistens die Leute schlechter macht, als sie sind; so wäre es schon aus diesem Grunde zweckmäßig, wenn neben dem Prediger zugleich die Ortsvorsteher von der eigentlichen Beschaffenheit eines von einem Gemeindegliede begangenen Verbrechens näher unterrichtet würden, damit sie davon — selbst zum Besten des Bestraften — in vorkommenden Fällen Gebrauch machen könnten. Aber auch die Aufsicht auf einen entlassenen Züchtling macht eine solche nähere Kenntniß nothwendig.

Jeder nun, der aus einer Strafanstalt entlassen wird, müßte, von deren Vorstehern mit Zeugnissen versehen, an die Polizeyobrigkeit seiner Heimath gewiesen — von dieser mit einem ausführlichen Zeugnisse über seine Verhältnisse versehen, mit Rathschlägen wegen seines weiteren Fortkommens unterstützt, und, wenn er es verdiente, selbst guten Hauswirthern vorgeschlagen oder empfohlen werden. Andere aber, die eines solchen Zutrauens nicht werth sind, müßte man bey Arbeiten, wo es nicht nothwendig wäre, sie in eine häusliche Gesellschaft zugleich aufzunehmen, anstellen. Bey den städtischen Bauämtern, bey den Heerstrassen, bey den Domänenämtern, in Forsten, Torfgräbereyen, Teichen u. s. w. wird sich wohl ein Platz finden, den ein solcher Mensch nützlich, und unter näherer Aufsicht ausfüllen kann. Auch dürfte es nicht schwer seyn, eine solche Einrichtung zu treffen,



daß eine Behörde der andern hierbey zu Hülfe käme \*). Nie mußte man aber entlassenen Züchtlingen es überlassen, daß sie — wenn sie es auch im Stande wären — ohne Vorwissen ihrer Policeyobrigkeit, ihrer Nahrung nachzugeben. Allezeit mußten sie bey der Policeyobrigkeit ihres Geburts, oder Wohnorts sich stellen und deren Leitung sich überlassen, die natürlicher Weise keinen Anstand nehmen wird, auf ihre eigenen Vorschläge Rücksicht zu nehmen \*\*).

Bey

\*) Eine sehr zweckmäßige Verordnung der Königl. Preussischen Kriegs- und Domänen-Cammer zu Breslau von 1783 und 1798, wegen angemessener Beschäftigung entlassener Züchtlinge, siehe *Neumann Blätter für Policey u. Cultur* 1799. St. 3. S. 240, 241.

\*\*) *Veral. Kleinschrod Entwurf eines Gesetzbuches für die churfürstlichbairischen Staaten.* S. 153 bis 156: „Ist der Verbrecher ein Einheimischer, und hat derselbe die ihm zuerkannte Strafe der öffentlichen Arbeit, des Zucht- und Arbeitshauses, oder der öffentlichen körperlichen Züchtigung überstanden; so ist er hernach der Policey zu übergeben. Die Policey hat ihn sodann zu befragen, ob er auf eine ordentliche Art sich ernähren könne. Kann derselbe einen ordentlichen Nahrungsweg mit Grund anzeigen, oder leisten zwey ehrliche, angesehene Untertthanen für ihn Bürgschaft; so ist er zu entlassen. Er bleibt jedoch einer besondern Aufsicht der Policey unterworfen. Ist er aber dieß zu thun nicht im Stande; so hat die Policey auf zweckmäßige Art dafür zu sorgen, daß der Bestrafte eine seiner Lebensart angemessene Unterkunft erhalte, und solche

Ar.



Bey Leuten, die bereits ihre eigene Haushaltung haben, ist die Entfernung aus derselben und der Aufenthalt in einer Strafanstalt eine Schwierigkeit mehr, auf welche die Policey Rücksicht zu nehmen hat. Die Justiz darf sich durch die hieraus entspringenden zufälligen Nachtheile der Strafe zu einer zweckwidrigen Milde nicht bewegen lassen, ob sie gleich dieselben billiger Weise bey Bestimmung der Dauer der Strafe und der Zeit ihrer Vollziehung mit in Erwägung ziehen muß. Der Policey hingegen kommt es zu, dahin zu sehen, daß während der Strafzeit, insonderheit wenn der Hausvater selbst es ist, den die Strafe trifft, die Haushaltung so gut wie möglich besorgt, und das Gewerbe des Abwesenden fortgesetzt werde. Sie muß in dieser Hinsicht Erkundigung einziehen, wie er selbst es einzurichten gedenkt, ihm guten Rath ertheilen, und, wenn es die Umstände erfordern, unmittelbare angemessene Vorkehrungen treffen, damit seiner Zeit der zurückkehrende Züchtling die Mittel zu seinem und seiner Familie Unterhalt wieder finde.

Die größten Schwierigkeiten werden sich immer bey Handwerkern finden. Eines Theils wird es nicht jederzeit möglich seyn, ihnen durch Fortführung des Handwerks die Kundschaft zu erhalten, andern Theils stehen ihnen

G g 4

Arbeiten erhalte, welche er nach seinen Geistes- und Körperkräften zu verrichten fähig ist.

ihnen die Vorurtheile der Unehre entgegen. In vielen Staaten zieht die Erduldung einer öffentlichen Arbeitsstrafe die Ausschließung von den Handwerks-Innungen nach sich. Ist jedoch mit jenen Strafen die Ehrlosigkeit nicht verbunden, so handeln diese reichsgesegwidrig, und die Landespolicey müßte ihnen hierunter nicht nachsehen. Wo sie es aber thut: da ist sie doppelt verpflichtet, für die anderweite nützliche Beschäftigung des Unglücklichen Sorge zu tragen.

---

## XXII.

# Ueber die Landesverweisung, als Policeymittel.

Die Landesverweisung, als peinliche Strafe, hat die einstimmige Meynung derer gegen sich, welche in neuern Zeiten über Strafrecht geschrieben haben a). Einige verwerfen sie zugleich auch als Policeymittel, dahingegen Andere in dieser Beziehung sie zulassen. Die Gründe der erstern betreffen theils die Zweckmäßigkeit einer solchen Policeymaßregel, theils ihre Rechtmäßigkeit.

Wenn die Policey der Landesverweisung sich bedient, so hat sie dabey den Zweck: entweder Personen, die der Sicherheit gefährlich erachtet werden,

§ 5

werden.

a) Hommel in seinen Anmerkungen zu der Leipziger Uebersetzung von Beccaria's Werk über Verbrechen und Strafen. S. 152. Cella freymüthige Gedanken über Landesverweisungen, Arbeitshäuser und Bettelschulen. Ansbach 1784. Wie land Geist der peincl. Gesehe. S. 329 f. Gmelin über Verbrechen u. Strafen. S. 60 u. a. m.

werden, — sie seyen nun wegen eines begangenen Verbrechens bereits bestraft oder nicht, zu entfernen; oder aber die Fortdauer und Verbreitung eines Aergernisses zu verhüten, welches durch eine schändliche, gesetzwidrige That gegeben worden ist. Der Graf v. Soden hält dafür, daß die Landesverweisung meist nur dann passend sey, wenn es auf Entfernung des Andenkens eines öffentlichen Aergernisses ankomme b), und Smelin c) räumt ein, es könne öfters die Klugheit rathe, daß Jemand, nicht sowohl um ihn zu strafen und um Andern ein abschreckendes Beyspiel zu geben, sondern um einer Gefahr zuvor zu kommen, des Landes verwiesen werde.

Zweckmäßiger wird diese Maßregel der *Policey* Landesverbot und Landesräumung genannt, je nachdem entweder einem Fremden der Aufenthalt in einem Lande verweigert, oder einem Einheimischen, dasselbe zu verlassen, befohlen wird d). Durch diese bestimmtere Terminologie wird jeder Verwechselung mit der peinlichen Strafe der Landesverweisung vorgebeugt, und man braucht auf manche Gründe, die gegen diese, besonders soviel ihre Zweckmäßigkeit

b) Weist der peiml. Gesetze. I. 110.

c) a. a. O. S. 61. 62.

d) M. juristische Beobachtungen und Rechtsfälle. I. 288.

mäßigkeit betrifft, angeführt werden, nicht Rücksicht nehmen, wenn man nur den Unterschied, der zwischen beyden obwaltet, gehörig festsetzt, und denselben nie aus den Augen verliert.

Wenn die Criminaljustiz gegen einen Verbrecher die Landesverweisung verfügt, so ist sie allezeit als peinliche Strafe, auf die entweder allein oder in Verbindung mit einer andern, erkannt wird, anzusehen o). Es ist eine Ausnahme von der Regel, wenn die Criminaljustiz einen Inquisiten im Wege Rechts zur Landesräumung verurtheilt, weil er für die gemeine Sicherheit gefährlich erachtet wird. Da hier von Vergehungen die Rede ist, welche erst besorgt werden, es folglich auf Abwendung einer der gemeinen Sicherheit drohenden Gefahr ankommt; so ist es Sache der Policey, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen n), und wenn gleich die Gesetze auch dem peinlichen Richter gegen gefährliche Menschen, wenn sie nicht

o) So ist durch die neueste churbadische Criminal-Gesetzgebung vorgeschrieben, daß der Richter die Landesverweisung als einen ein für allemahl bestimmten Strafzusatz gegen jeden Ausländer, der sich eines peinlichen Verbrechens schuldig macht, neben der andern gesetzlichen Strafe, zuerkennen soll. Ahtes Organisations-Edict, Art. 33. Churfürstl. Badische Landes-Organisation, S. 224.

n) Leyser spec. 641. m. 12. Strube Rechtl. Bed. Th. 2. Bed. 167. S. 466.

hinreichende Caution bestellen können, arrestatorische Verfügungen gestatten g); so ist doch dieses auf andere Sicherheitsmittel, deren sich etwa die Policcy bedienen kann, nicht auszudehnen, sondern dem peinlichen Richter bleibt in solchen Fällen, streng genommen, weiter nichts übrig, als dergleichen Personen der Policcy zur Verwahrung angemessener Sicherheitsmaßregeln zu übergeben. Wenn indessen auch der peinliche Richter sich aus besondern Gründen ermächtigt halten könnte; gegen einen Inquisiten die Landesdräumung zu verfügen; so ist diese auch alsdann nicht als Strafe, sondern lediglich als Sicherheitsmittel zu betrachten h).

Die Landesdräumung ist also nie peinliche Strafe. Sie erfordert keine vorgängige Untersuchung nach der Ordnung des peinlichen Processes, und wenn sie auch auf eine solche Untersuchung oder gar auf eine vollzogene peinliche Strafe folgt: so ist und bleibt sie doch bloße Policcymaßregel. Soll sie als Strafzusatz betrachtet werden; so muß es durch die Gesetze besonders vorgeschrieben seyn. Man wird vielleicht sagen, der Wirkung nach sey dieß gleichgültig, und mit Recht, insofern nur die gezwungene Entfernung aus einem Lande in Betrachtung kommt. Geräth aber ein gestrafter Ver-

g) C. C. C. art. 176. Vergl. Th. I. S. 274 f.

h) Meißner practische Bemerkungen, I. 173 f.

Verbrecher in der Folge wieder unter das Schwerdt der Gerechtigkeit, und soll ihm die bereits erlittene Strafe nach ihrer Größe in Rechnung gebracht werden; so möchte doch wohl ein Unterschied seyn.

Auf die Landesverweisung, sie sey Strafe für sich oder Strafzusatz, kann nicht anders, als durch Urtheil und Recht erkannt werden. Die Landesräumung kann von Policiey wegen, ohne weitere Formlichkeit, verfügt werden. Eben so verhält es sich mit dem Landesverbot, wodurch Fremden, welche sich in ein Land begeben, der Eintritt oder Aufenthalt in demselben untersagt wird 1).

Bei solchen Verfügungen hat nun die Policiey keinen andern Zweck, als: Personen aus dem Lande zu entfernen, deren Gegenwart sie dem gemeinen Wesen nachtheilig hält. Alles also, was aus dem Zwecke der Besserung, Abschreckung und Genugthuung gegen die Landesverweisung, als peinliche Strafe angeführt werden kann, findet hier keine Anwendung. Der Policiey ist es um Besserung der Menschen, die sie im Lande nicht dulden will, weiter nicht zu thun; sie will nur das Land von ihnen reinigen und rein halten. Andere abschrecken will sie höchstens nur durch die Gewisheit, daß Leute  
gewis-

1) W. jurist. Beobachtungen und Rechtsfälle. I. 289. C. auch oben C. 320.



gewisser Art in dem Lande keinen Schutz und Aufenthalt finden, und diesen Zweck kann sie in der That nicht sicherer erreichen, als wenn sie streng auf den Grundsätzen hält, nach welchen sie eine Landesräumung verfügen zu müssen glaubt. Genugthuung verlangt sie nicht, weil sie nur ein künftiges Uebel abzumenden trachtet.

Sollte es aber der Policey nicht anständig und dem gemeinen Wesen vortheilhaft seyn, auch bey Personen, die sie der Sicherheit oder der Sittlichkeit gefährlich hält, einen höheren Zweck sich vorzusetzen — sie nicht in die Welt hinauszustoßen; sondern durch Mittel zur Besserung ihr und das gemeine Wohl auf eine gleich heilsame Weise zu befördern? Diese Frage wird sich nicht besser beantworten lassen, als wenn man die Gründe näher erörtert, welche die Policey zu der befragten Maßregel veranlassen können, und dabey wird vorausgesetzt, daß diese Gründe im Allgemeinen nur darin bestehen können, um Gefahren der Sicherheit oder Sittlichkeit abzumenden.

Daß es im Allgemeinen besser wäre, wenn jeder Staat schickliche Anstalten und Einrichtungen hätte, um Personen, von welchen mit Gewisheit gemeinschädliche Handlungen zu besorgen sind, außer Stand zu setzen, sie wirklich zu verüben, wer läugnet das? Die Landesräumung entzieht dem Staate immer Menschen, die demselben vielleicht noch nützlich gemacht werden könnten. Macht sie auf das Gemüth des Verbannten

kannten einen heilsamen Eindruck; so wird es ihm meistens schwerer werden, im fremden Lande seine besseren Vorsätze auszuführen, als in der Heimath, und diese verliert auf alle Fälle die Früchte seiner Besserung. Allein nach richtigen Grundsätzen wird auch die Policcy nur so selten der Landesräumung sich bedienen, daß der Staat dadurch nützliche Bürger in bedeutender Zahl zu verlieren nicht in Gefahr gerathen kann. Warum sollte man aber einige wenige erhalten wollen, die den übrigen gefährlich zu werden drohen? Werden sie in einem fremden Lande nützliche Bürger — gut für sie und dieses. Deswegen kann die Policcy, die starke Gründe hatte, sie in dem Lande, aus welchem sie sie entfernte, für gefährlich zu halten, nicht getabelt werden. Und vielleicht waren gerade ihre Versetzung in einen neuen Wirkungskreis, ihre Losreißung von älteren, schädlichen Verbindungen, ihre Entfernung von einem fortdauernden Reiz zu neuen Vergehungen, die Möglichkeit, sich unter Fremden leichter, als da, wo sie es einmahl verscherzt hatten, Zutrauen zu erwerben u. s. w. die erleichternden Mittel ihrer Besserung. Es kann in der That Fälle geben, wo die Landesräumung wahre Wohlthat ist, selbst wenn es an andern Einrichtungen, wovon man, statt ihrer, Gebrauch machen könnte, nicht fehlt. Aber wie oft fehlt es, besonders in kleinen teutschen Staaten, an solchen andern Einrichtungen, und wie sollen diese, wenigstens für ihre Bewohner, gefährliche Personen anders unschädlich machen, als durch die Landesräumung? Die Kreisver-

bin.

## 464 XXII. Ueber die Landesverweisung,

bindung könnte freylich manchen Mangel, der von dem beschränkten Umfang kleinerer Gebiete unzertrennlich ist, ersetzen; aber dazu haben wir die Vorkehrungen wohl erst von der Regeneration der Reichskreise zu erwarten.

Daß übrigens die Landesräumung nur als letztes Mittel verfügt werden muß, versteht sich von selbst. Andere Sicherheitsmaßregeln, wozu insonderheit die genaueste Polizeyaufsicht \*) gehört, müssen vorhergegangen seyn, ehe man sich von der Nothwendigkeit dieser Maßregel überzeugt halten darf. Ohnehin ist es auch nicht immer nothwendig, daß man dieselbe auf Lebenszeit antreten lasse, sondern sie kann gar wohl nach Beschaffenheit der Umstände auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden.

Die Sicherheitspolicey pflegt die Landesräumung gewöhnlich Störern der öffentlichen Ruhe, Unruhestiftern, Volksaufwieglern — solchen, die durch Verbrechen des Landeschutzes sich unwürdig gemacht haben, und endlich Leuten, von welchen, ihrer Beschaffenheit und Lage nach, Verletzungen der Sicherheit zu besorgen sind, aufzuerlegen.

Inneren

\*) Unter gewissen Umständen kann Verstrickung (confinatio) ein sehr zweckmäßiges Sicherungsmittel seyn. Vergl. Gmelin über Verbrechen und Strafen. S. 63.

Innere Unruhen kann manchemahl nicht anders, wenigstens nicht sicherer, vorgebeugt werden, als wenn man diejenigen, welche man als Urheber und Anstifter, als Aufwiegler oder Anführer kennt, schnell entfernt. Je wichtiger es

den Anstalten und Einrichtungen, dennoch die Landesräumung für das zweckmäßigste Sicherungsmittel erachtet werden kann. Bey Handelsunruhen wird heutzutage vorzüglich noch davon, und mit gutem Erfolge, Gebrauch gemacht. Ob indessen nicht in größern Territorien in vielen Fällen eine Amts- oder Bezirksräumung ein dem Zwecke hinreichend entsprechendes Mittel seyn dürfte, muß nach den jedesmaligen Umständen und Verhältnissen beurtheilt werden.

Der Fall, daß Jemand durch ein Verbrechen des Landeschutzes sich unwürdig macht, kann hauptsächlich nur bey Fremden, die in einem Lande sich aufhalten, bey temporären Unterthanen eintreten. Die Poliecy hat unstreitig hin-

reichende Ursache, einem Fremden, der ein Verbrechen begangen hat, und deswegen bestraft worden ist, den fernern Landesschutz zu versagen. Ihn kann nicht zugemuthet werden; einem Menschen aufs neue Zutrauen zu schenken, der dasselbe einmahl durch gesetzwidrige Thaten ver-  
schert hat. Da er in die Staatsverbindung nicht aufgenommen ist; so kann er sich nicht beschweren, wenn ihm der Schutz durch dieselbe, dessen er sich einmahl unwürdig gezeigt hat, entzogen wird. Um jeder neuen Gefahr von seiner Seite vorzubeugen, thut die Policey wohl, wenn sie ihn über die Grenze weist. Wenn daher gleich die Landesverweisung, als Straf-  
zusatz für jeden fremden Verbrecher, nicht allerdings Bepfaß verdienen dürfte; so scheint doch die Landesverweisung in dergleichen Fällen, als Policeymittel, ganz zweckmäßig zu seyn. Indessen kann doch auch diese Maßregel nach Beschaffenheit der Personen und Umstände nicht gerade nothwendig seyn, und daher dürfte man es wohl für angemessener halten, die Anwendung derselben nicht unbedingt für jeden Fall, wo ein Fremder eines Verbrechens sich schuldig gemacht hat, vorzuschreiben, sondern sie dem Ermessen der Policey zu überlassen. Vorausgesetzt wird dabey immer, daß jeder bestrafte Verbrecher, nach ausgestandener Strafe, der Policey zu weiterer angemessener Verfügung übergeben werden müßte k).

Gegen

k) S. die vorübergehende Abhandlung.

Gegen Landesunterthanen sind die Verhältnisse ganz anders, als gegen Fremde.

ihre  
der  
sind  
die

trifft, von welchen,  
nach, Verletzungen  
lichkeit zu besorgen  
lich, gegen welche  
Landesverbot eine

H. 2. ange-

- \*) Man verwechsle diesen Fall nicht mit dem ersten. Dort entfernt die Police zwar auch einen Landesunterthanen aus dem Lande, um die Ruhe desselben künftig gegen Erörnungen sicher zu stellen. Hier aber liegt der Grund zur Landesräumung bloß in einem bereits begangenen Verbrechen, das übrigens nach gesetzlicher Vorschrift bestraft wird, und um dessen willen man einen Fremden des bisher genossenen Gastrechts (temporären Landesschußes) unwürdig hält. Da dieser auf dessen unbeschränkte Fortdauer kein wohl erworbenes Recht hat, so kann er sich nicht beschweren, wenn ihm die Police die Landesräumung auferlegt. So weit kann aber bloß aus diesem Grunde die Police gegen einen Einzelnen nicht gehen. Auch wird sie es in einem wohl eingerichteten Staate gewiß nicht versuchen.

angemessene Maßregel der seyn dürfte. Auch sie kön-  
 angeführten Gründe, nur  
 gegen Einheimische, die ihn  
 muß sich die Poliecy ander  
 Menschen der angezeigten  
 — fremde Landstreicher, i  
 gewerblose, oder sonst verdä  
 aus benachbarten Staaten i  
 schleichen, um zur Belästigu  
 thanen, auf jede — nur ni  
 nützige Weise sich zu nähret  
 die Verbindlichkeit hat, dergleichen herrenloses  
 Gesindel anzunehmen, es, mit beträchtlichem  
 Aufwand von Kosten und Mühe, zu nützlichen  
 Gliedern der Gesellschaft zu bilden, oder wenig-  
 stens unschädlich zu machen; so scheint es für  
 jeden allerdings das zweckmäßigste Sicherungs-  
 mittel zu seyn, wenn er fremde Landstreicher  
 aller Art von seinen Grenzen abhält, und, wenn  
 sie dieselben doch überschritten haben, so scheu-  
 nig, als möglich, wieder zurückweist. Kleinere  
 Staaten würden ohnehin nicht im Stande seyn,  
 andere, angemessene Maßregeln zu treffen, und  
 auch größeren fehlt es nur zu oft an dem alles  
 bewegenden Nerv, ohne den Policeyanstalten,  
 wie sie hier nöthig wären, um der Landesbräu-  
 mung entbehren zu können, unausführbar sind.

Wagabunden, die ein bestimmtes Vaterland  
 haben, weise man, durch zweckmäßig eingerich-  
 tete

1) Ein Verzeichniß s. Th. I. S. 216 f.



menschenfreundlichen Systems fühlen und davon zurückzukommen sich genöthigt sehen. Es wäre die Frage, ob nicht, bey der erforderlichen Ueberein-  
stimmung einer solchen Uebereinkunft, eine

## 470 XXII. Ueber die Landesverweisung,

Reichstags-Sache daraus zu machen wäre, da hier offenbar von einer Einrichtung die Frage ist, die zwar in einzelnen Ländern und Gebieten wohl getroffen werden kann, die aber ohne die Vereinigung Aller dem vorgesezten Zwecke nur unvollständig entsprechen würde w).

Der

m) Ib. I, S. 89.

n) Ebendas. S. 287.

der ruhenden Policey, glücklich vorbeyschleichen. Alles hängt hier von unermüdeter Aufmerksamkeit und Thätigkeit ab; diese ist aber bey der gewöhnlichen Organisation der Landespolicey, auf die es, an den Grenzübte Landstreicher wenigstens viel möglich, vermeiden, so schwerlich zu erwarten, und meistens benachbarten Landeschwärzung unnützen Gefin Gleichgewicht halten.

Die Sittlichkeit der Landesräumung in den irrende Gefangenhaltung erhart wäre, und dessen freinem gewissen Orte doch derung eines öffentlichen Aläst. In dergleichen Fällen noch auf die Landesverweisung erkannt. Manchmal kann digter nicht überwiesen we schuldiger ist so mit verwickeln Mergerniß erregt und ein Unter solchen und ähnlichen Policey zutreten, um Personen dieser Art zu entfernen — eine Maßregel, deren Zweckmäßigkeit wohl nicht bezweifelt werden kann. In größeren Territorien dürfte indessen die Amtsoder Bezirksräumung manchmal hinreichend seyn. Nach der neuesten schwebadischen Gesetzgebung soll die Amtsverbannung, als Strafzusatz, stattfinden, wenn die

## 472 XXII. Ueber die Landesverweisung,

Wiederkehr eines Verbrechers Aergerniß oder neuen Reiz zu Verbrechen wecken könnte o).

Die Gründe, welche gegen die Recht-  
ung aus dem  
mollen, treffen  
fern sie schäd-  
r einem Staate  
nötigt. Ich  
Menschen, die  
in diese Classe

zu rechnen sind, von der Policey nur dann  
zur Landestraümung angehalten werden, wenn  
sie zugleich Fremde sind. Mit der Landesver-  
weisung, als peinlicher Strafe, die gegen Ein-  
heimische, wie gegen Fremde, stattfinden kann,  
haben wir es hier nicht zu thun, und ob ich  
gleich glaube, daß ihre Unrechtmäßigkeit sich we-  
der aus dem Völkerrechte, noch aus dem allge-  
meinen teutschen Staatsrechte wird erweisen  
lassen; so gebe ich doch gerne zu, daß ihr ge-  
wöhnlicher und häufiger Gebrauch, insonderheit  
wenn sie auch gegen Landesunterthanen erkannt  
wird, auf keine Weise Befall verdient p). Ein-  
rige

o) Aches Organisations-Edict, Art. 34. Eben-  
fürstl. Badische Landes-Organisation, S. 224.

p) Der König von Preussen schaffte die Landesver-  
weisung, als peinliche Strafe, ab, „weil“, sagte  
er, wir eines Theils nicht gerne sehen, daß un-  
sere Unterthanen, welche sonst ein gutes Leben  
geführt, oder wobei noch Hoffnung zur Besser-  
rung

nige Reichskreise haben sie, so viel eines jeden Kreisstandes eigene Unterthanen betrifft, durch besondete Kreisschlüsse aufgehoben. Hier kann sie also ohne Verletzung des Kreis- Socialvertrages ohnehin nicht stattfinden.

„Wird,  
nen Unterhalt  
sucht, des Kai  
natürlich in de  
kommen, und  
den Staaten  
der Ruhe und  
schaft war, i  
Grenzen verh

„rung ist, aus unsern Händen verjaget werden,  
andern Theils auch bedenklich ist, in-  
correctible Leute den Menaschanten  
anzuschicken.“

\*) Geist der peiml. Gesetze, S. 329, 330.

kann also einem solchen Missethäter nicht zuerkannt werden, ohne ihm zugleich ein neues Feld zur Fortsetzung seiner bösen Handlungen zu öffnen und fremde Länder eben den Gefahren aussetzen, die wir von uns selbst abzuwenden suchen. Aus keinem Gesichtspunkte betrachtet,

einigem Schaden für andere Menschen verknüpft sind, der Ausübung unserer Rechte unterzuordnen, weil alle natürliche Rechte aus unsern Pflichten entspringen, und es folglich niemals unsern Verbindlichkeiten widersprechen kann, wenn wir zur Ausübung jener Befugnisse solche Mittel anwenden, die allein vermögend sind,  
 uns

uns im Besitz und Genuß derselben zu haben. Können wir aber unsere Rechte ausüben, ohne irgend einem andern Menschen den geringsten Nachtheil zuzufügen; so würde es



476 XXII. Ueber die Landesverweisung,

sehr vermeidliche Störung der Sicherheit fremder Staaten, und folglich nie ohne eine Beleidigung derselben, denken."

Die Annahmen sind hier nicht gekannt

eines Rechts sich enthalten müssen, welches ihnen nach allgemeinen Grundsätzen doch offenbar zusteht, und daß sie dagegen verbündet seyn sollen, kostbare und damit voll ändern Ewändt werde, der m bräuche jenes Rechts diese Staaten selbst fehrungen treffen! Gegen der nächbarlichen vorzubringen. Aber armen Vertriebenen und wenn die Justiz oder Poliey sich darum bekümmern will so muß sie sich freylich entschließen, ihn bey sich zu behalten \*). Daß das in der Regel besser wäre, habe ich bereits eingedrückt. Nur völkerrechtswidrig kann ich das Gegentheil nicht finden.

Was vollends die Poliey in den oben angeführten Fällen thut, scheint noch weniger diesen Vorwurf zu verdienen. Die, welche sie als verderbte, schlechte, der Sicherheit gefährliche Menschen zur Landesräumung anhält, sind Fremde, welche sie von den Grenzen abzuhalten oder zurück zu weisen, vermöge des Völkerrechts, vollkommen befugt ist †). Was übrigens auch in

\*) In den Preussischen Staaten bräucht er nur zum dritten Mal wieder zu kommen, um also dann in den öffentlichen Anstalten ein lebenslängliches Unterkommen zu finden.

†) S. oben S. 320 f.

in dieser Hinsicht besser und wünschenswerth wäre, ist bereits bemerkt worden.

Das deutsche Staatsrecht enthält keine Gründe gegen die Rechtmäßigkeit der Landesverweisung oder des Landesverbots und der Landesräumung. Jene ist selbst als gesetzliche Strafe in gewissen Fällen durch die Reichsgesetze vorgeschrieben, diese kann also der Natur der Sache nach noch weniger für verfassungswidrig gehalten werden.

Daß endlich die allgemeine Uebung die Landesverweisung, nicht nur als Strafe, sondern auch als Policeymittel, für rechtmäßig anerkennt, bedarf keines Beweises. Betrachtet man die Staaten, wie sie seyn sollten; so mögen die Gegner größtentheils wohl Recht haben, und der Verfasser erinnert sich, daß er in jüngeren Jahren eine gewaltige Philippica gegen die Landesverweisung ins Publicum schicken wollte, weil er damals auch mehr darauf dachte, wie es seyn sollte, als wie es ist. Allein nach mannigfaltigen Erfahrungen beschränkt er sich lieber auf das, was, ohne eine totale Reform, brauchbar und ausführbar scheint. Dabey ergiebt sich dann öfters, daß nicht alles, was verschrieben ist, deswegen auch verwerflich ist.

In mehreren deutschen Staaten ist die Landesverweisung, als Strafe, gänzlich abgeschafft, und nur als Policeymittel (Landesräumung) beibehalten. In den Königlich-Preussischen Staaten

Staaten ist jenes schon im Jahre 1743 geschehen, und durch das allgemeine Landrecht auch bestätigt, jedoch verordnet worden: daß die Landesräumung, als Vorbeugungsmittel, gegen fremde Bettler, Landstreicher und Müßiggänger, gegen fremde Winkeldröze und Spieler von Profession verfügt werden soll \*).

Durch eine Herzoglich-Sachsen-Weimarische Verordnung vom 25. Jun. 1788 ist die Landesverweisung mit der Einschränkung aufgehoben, daß, nach Gutbefinden der Landesregierung, unruhigen, weder eingebornen noch angeseffenen, sondern nur Gewerbes oder Dienste halber im Lande sich aufhaltenden zeitigen Untertanen, auf welche Gefängnißstrafen in Absicht ihres die öffentliche Ruhe störenden Betragens bis dahin ohne Wirkung gewesen, besonders Wagnabunden, die sich übrigens gröberer, in den Gesetzen bereits verpönter Verbrechen nicht schuldig gemacht haben, die Landesräumung anbefohlen und aufgegeben werden könne †).

Vorzüglich bemerkenswerth ist dasjenige, was in einer Dänabrückischen Verordnung, wegen Verwandlung der Landesverweisung in Zucht.

\*) Allgem. Preuss. Landr. Th. 2. Tit. 20. §. 4. 191 — 194. 708. 1303.

†) Staatswissenschaftliche Zeitung 1789. No. 86. S. 683.

Zuchthausstrafe, v. 30. May 1768, über jene geäußert und deßhalb verordnet ist. „Demnach, heißt es in derselben, mehrmahlen die Erfahrung gelehret, daß diejenigen Verbrecher und Missethäter, welche nach Anweisung des peinlichen Halsgerichts-Ordnung, oder sonst dem Befinden nach, entweder mit dem Staupenschlage und der damit verknüpften ewigen Landesverweisung, oder aber mit Landesverweisung dadurch zu vielmehr, u Staupenschlag Handthierung einem beständlich größern Uel

Mord, gleichsam genöthiget, und überhaupt oftmals nur eben über die Grenze in ein benachbartes Land getrieben werden, woraus sie denn mehrmahls heimlich und bey der Nacht ihre vorigen Uebeltthaten, auf den gewöhnlichen Wegen, nur desto eifriger im Lande fortgesetzt; und diejenigen, welche anfänglich wider sie geklagt oder gezeuget, in beständiger Furcht und Gefahr gehalten, mithin sich zu gar keiner Besserung angeschicket haben, und Wir daher gerechtest bewogen worden, sowohl zu mehrer Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, als um die Verbrecher entweder zur Besserung zu bringen, oder dieselben völlig außer Stand zu setzen, ferhier einiges Unheil im Lande stiften zu können; nicht weniger auch, um solche Menschen, denen eine Landesverweisung gleichgültig ist, weil sie dasjenige,

jenige, insofern sie ihm einen Stand nicht verdienen  
können, in andern fortsetzen können, desto nach-  
theiliger von allem Bösen abgehalten: anstatt  
jedoch Landesverweisung die Zuchthausstrafe  
einführen zu lassen, wie verordnet. Wir haben  
landesfürstlicher Obrigkeit hiemit, daß künftig  
in den Fällen, wo es sich um einen, nach  
der vorstehenden Halsgerichtsordnung, und  
sonst per Meßten nach, auf den Sträupen-  
schlag und die ewige Landesverweisung bis  
her erkannt worden, auf eine ewige Zucht-  
hausstrafe; und

2) in den Fällen, wo entweder die öffentliche  
Sicherheit, oder die Beschaffenheit des Ver-  
brechens, eine ewige oder zeitliche Landes-  
verweisung den Rechten nach erfordert, dem  
Befinden nach, ebenfalls auf eine ewige oder  
zeitliche Zuchthausstrafe erkannt; zugleich  
aber

3) in dem abzufassenden Urtheil jedesmal mit  
ausgedrückt werden solle, ob der Missethät-  
ter die ewige Landesverweisung mit oder  
ohne Sträupenschlag verdienet habe.

Damit Wir auch ferner in Stand ge-  
setzt werden mögen, einem oder andern  
Züchtlings, welcher sich während seines  
Aufenthalts im Zuchthause fleißig und wohl-  
verhalten, mithin gute Hoffnung zur Bes-  
serung gegeben hat, Unsere landesfürstliche  
Gnade angedeihen lassen zu können: so  
soll

14) die Land- und Justizkanzley, wenn sie das  
Urtheil zu Unserer Bestätigung einschicket,

... mit Einfügung der Ursachen, besonders in  
 ... richten, ... und wiesern des Vertriebs  
 ... minige Förderung der ... Zuchtstätt  
 ... strafe; Internirten, die ... auf  
 ... fische Stätte erkannt wird, ... an  
 ... halten werden muß; hoffen ...; da  
 ... dann, wenn aus den eingekerkerten  
 ... des Zuchtstätt-Commissariats ...  
 ... ist, daß der Zuchtling sich ... und wohl  
 ... verhalten, dem Befinden ...; und wenn  
 ... die öffentliche Sicherheit ... der  
 ... Zuchtling auch glaubhaft ... kann,  
 ... wodurch er sich nach seiner Entlassung (ehr-  
 ... lich und redlich ernähren wolle), die Gnade  
 ... dem Rechte vorgehen lassen wollen.

... Damit jedoch auch

5) solche verhärtete und gefährliche Bösewichter,  
 ... , woran alle Hoffnung zur Besserung  
 ... verloren ist, sich nicht auf Unsere Gnade  
 ... verlassen; und sich durch ... zu fernerer  
 ... heit anzeigen lassen ...; so sollen alle  
 ... und jede, welche nach der Erkenntnis der  
 ... Land- und Justizmagistr die ewige Landes-  
 ... verweisung nach dem Straupenschlage ver-  
 ... dienen haben, und vorbelegdemaßen Uns-  
 ... leres landesfürstlichen Gnade nicht empfoh-  
 ... len worden, zum Unterschied von andern  
 ... beständig in Eisen gehalten, von den abri-  
 ... gen Zuchtlingen, sowohl in der Arbeit als  
 ... in der Verpflegung, getrennt, und bis an  
 ... ihren Tod außer Stand gesetzt werden,  
 ... ihre vorige Bosheit jemals weiter fortsetzen  
 ... zu können.“

Nach



geprüft werden w).

§ 1. 2

Weg

n) Verordnung. 28. Dec. 1717. **Willeh. III.**  
205.

o) Straßen-Recht. Buch. II. 228. **Meißel**  
proct. Bemerk. Th. 2. Bem. 22.

w) Th. 1. C. 291.

jede Obrigkeit von ihren Grenzen abzuhalten bemüht sey. Das Königl. Ministerium zu Hannover glaubte jedoch, diesen Antrag nicht eingehen zu können, und erwiederte darauf: daß zwar die Landesverweisung in den churbraunschweigischen Landen gegen überwiesene Missethäter sehr selten erkannt und, um die gute Absicht der dänischen Regierung nach Möglichkeit zu befördern, den Justiz-Collegien zu erkennen gegeben sey, wie solche auch ferner nicht anders,  
als

als aus dringenden Ursachen verfügt werden solle; daß man aber zur Abschaffung dieser Strafe sich nicht verbindlich machen könne, weil die Königl. teutschen Lande so verschiedene Nachbarn hätten, daß man, mit denselben zu einer Uebereinkunft deßfalls zu kommen, nicht erwarten könne, in deren Ermanglung aber eben die Bedenklichkeiten eintreten, wodurch der in Frage stehende Antrag veranlaßt sey.

Dieses Beyspiel kann zur Rechtfertigung der

## XXIII.

## Ueber die Policey der Maaße und Gewichte.

**Z**ur Verhütung mannigfaltiger Betrügereyen im Handel und Wandel ist die strengste und sorgfältigste Policeyaufsicht auf Maaß und Gewicht wesentlich nothwendig a). Der Policey liegt in dieser Hinsicht eine doppelte Vorsorge ob: erstlich — die Einführung eines richtigen, gleichförmigen Maaßes und Gewichtes; zweitens — die Vorkehrung zweckmäßiger Anstalten, daß das bestimmte Maaß und Gewicht in allen Fällen vorschriftsmäßig gebraucht werde.

Betrügereyen durch Maaß und Gewicht können nicht nur durch Verfälschung der dazu erforderlichen Instrumente, sondern auch dadurch, daß mit diesen, ohne daß sie verfälscht sind, unrichtig gemessen und gewogen wird, verübt werden. Die wirkliche Vollführung solcher Betrügereyen gehört im erstern Falle vor die

peine

a) Thl. I. S. 341 f.

peinlichen Gerichte. b), im zweyten Negativen Bestrafung der Policey ob. . Vielleicht wäre es am vortheilhaftesten, hierbey den Unterschied zu beobachten, welchen die neueste sächsische Gesetzgebung vorgeschrieben hat. . Nach denselben soll die Verfälschung von Maass, Waage und Gewicht, so wie sie gewöhnlich vorfällt, nemlich als eigenständige Nachlässigkeit der Krämer und Gewerbsleute, nicht peinlich, sondern nach den Policeyordnungen bestraft werden. Nur alsdann, wenn ein zu Justirung solcher Maasse, Waagen und Gewichte aufgestellter oder autorisirter Mann um Gewinn willen falsche Maasse. ac. mit dem Zeichen der Rechttheit stempelte, oder ein Anderer das echte Zeichen fälschlich nachmachte, oder des echten Zeichens sich ohne Befugniß und fälschlich bediente; soll eine peinliche Bestrafung stattfinden. c)

Die vorzüglichste Pflicht der Policey ist jedoch immer die, zu verhüten, daß Jemand durch falsches oder unrichtiges Maass und Gewicht betrogen werde, es sey nun durch Verfälschung der Maasse und Gewichte selbst, oder durch unredliches Messen und Wägen. In dieser letztern Hinsicht muß freylich mancher Käufer seiner eigenen Unachtsamkeit, und Sorglosigkeit und dem blinden Vertrauen, mit welchem

I 2

b) Peinl. Gen.Ord. Carl. V. Art. 113.

c) Aches. Organisation, Edict. Art. 49. Eurf. Badische Landes. Organisation, S. 239.

er öfters zu Werke geht, dem Schaden, den er leidet, zuschreiben. Indessen bringt es doch häufig: Ders Sitt- und Erziehung mit sich, daß man verschiedene Consequenzen nach einer angegebenen Quantität auf Breue und Gläubigkeit lassen und bezahlen muß; so daß in der Regel das Vormessen oder Vermägen nicht verlangt werden kann. Dies ist z. B. beym Brode, gewöhnlich auch auf Wochenmärkten bey der Buete, u. dergl. der Fall. Hier also muß die Policey durch genaue Aufsicht, durch öfters unvorhergesehenes Visiten und Nachfragen den Betrügereyen der Verkäufer vorzubeugen suchen. Als Rücksicht des Eigennutzes, die auch zur Verfälshung des Maßes und Gewichtes bey den zu verkaufenden Waaren selbst angewendet werden, wird sie zwar nicht immer entdecken können; aber sie mache es den Käufern zur Pflicht, ihn jederzeit davon Kenntniß zu geben, wenn sie auf eine oder die andere Weise sich betrogen finden — nicht gerade, um für diesen Fall eine Untersuchung einzuleiten, sondern um überhaupt in Zukunft desto zuverlässiger auf Maaß achten, und Leute, die sich einmal durch eine Betrügerey verdächtig gemacht haben, unter besondere Aufsicht nehmen zu können. Jeder rechtliche Bürger wird auch hierdurch die Bemühungen der Policey gern unterstützen, wenn nur sie selbst ihn durch weitläufige Prozeduren nicht abschreckt. Manches wird gewiß zum Nachtheil des gemeinen Wesens verschwiegen, weil die Policey so oft auf den langen und breiten Weg Rechts sich verirrt, und darauf den guten

mei-

meinen den Denuncianten unbarmherzig hinter sich herschleppt.

Zu den sehr zweckmäßigen Polizeyanstalten, um vorzüglich bey größern Quantitäten richtiges Maas und Gewicht zu sichern, gehört die Einrichtung öffentlicher Waagen und die Anstellung bedingter Personen, welche auf Verlangen das Messen und Wägen verrichten. Das Recht eine öffentliche Stadtwage und Waaghaus anzulegen, wie auch die darauf sich beziehenden Ordnungen zu machen, und die dabey nöthigen Personen zu bestellen und mit Instruction zu versehen, nicht weniger die von einer solchen Anstalt durch Erhebung eines billigen Wägegeldes zu erwartenden Vortheile zu beziehen, ist in der Regel mit der Stadtpolizey verbunden a). Nach obigen Landes- Polizeygesetzen muß in jeder Stadt eine öffentliche Wage angelegt und jede beträchtliche Quantität, die zum Verkauf bestimmt ist, auf derselben unter Aufsicht eines Waagmeisters gewogen werden. Nach den churbrandenburgischen Gesetzen soll, was über funfzig Pfund schwer ist, bey dem Kaufen und Verkaufen bey den Rathen oder publicen Waagen gewogen werden. e)

Außerdem werden von Polizey wegen öffentliche bedingte Messer, insonderheit Geld-

3 i 5

Bruch-

a) Fischer Casual- und Polizeyrecht III. 202.

e) Billik II. 647. Beetz: Kellers Württembergisches Polizeyrecht II. 115.



Frucht: Holz- und Heumesser u. d. m. anzu-  
stellen, und auch hierzu ist gewöhnlicher Weise  
die niedere Policey befugt. Gemeiniglich hängt es  
von den Intereffenten ab, ob sie sich bey ihren  
Geschäften dieser öffentlich bestellten Personen  
bedienen wollen oder nicht. Doch giebt es auch  
hiervon Ausnahmen, wie denn z. B. bey Frucht-  
märkten nur allein die öffentlich verordneten  
Fruchtmesser gebraucht werden dürfen. *Nach*

Manchen selbst unwillkürlichen Beurthei-  
lungen durch Maaß und Gewicht kann jedoch  
nur durch Abänderung der Art, wie die Quan-  
tität gewisser Gegenstände bestimmt wird, ab-  
geholfen werden. Sehr richtig bemerkt  
Büsch g), wie häufige Bevortheilungen dar-  
aus entstehen, daß man in dem Handel mit Con-  
sumtibilien das messen läßt, wovon nach dessen  
Beschaffenheit kein richtiges Maaß gegeben  
werden kann, was aber doch leicht mit der Ge-  
nauigkeit abgemogen werden kann, durch welche  
dem Betruge gewehrt wird. „Nur das Frey-  
sagt er, hat bisher in den Augen der Policey  
vieler

f) Vergl. Koller a. a. O. S. 113 f.

g) über den Geldumlauf II. 897 f. Ich rüde die  
Bemerkungen Büsch's über diesen Gegenstand  
vollständig hier ein, eines Theils weil ich von  
ihrer Gründlichkeit vollkommen überzeugt bin,  
und sie mit meinen Worten nicht besser, als er,  
zu geben vermag, andern Theils weil sie in ei-  
nem Buche stehen, wo man sie vielleicht nicht er-  
wartet.

vieler Orte Gnade gefunden und wird des Bäd-  
gens werth geschätzt. Aber nur bei wenig Con-  
sumtibilien für Menschen wird ans Wägen ge-  
dacht, wenn dirß mit großen Maßen geschehen  
muß. Und doch kommt es bei denselben allen,  
unter Voraussetzung einer gewissen Qualität,  
auf die Quantität der körperlichen Substanz an,  
welche man kauft, um sie zu verbrauchen. Freis-  
lich wird diese Quantität bei flüssigen Consumti-  
bilien leichter und bestimmter durchs Messen als  
durchs Abwägen bekannt. Aber man hat un-  
recht, wenn man auch solche Substanzen ab-  
messen will, welche, weil sie feinkörnig sind,  
das, in welches sie eingeschüttet werden, eben  
auszufüllen scheinen, wohn insonderheit das  
Getreide gehört. Anders eingeschüttet, und  
anders gestrichen, kann in demselben Maße  
fünf Procent mehr oder weniger enthalten seyn.  
Ich habe über diesen für den Kornhandel so wich-  
tigen Umstand in meiner Darstellung der Hand-  
lung umständlich geschrieben, und im 3ten Band  
der Zusätze ein Werkzeug, um das Korn mit  
einer Zuverlässigkeit zu messen, angegeben,  
welche nur  $\frac{1}{4}$  Procent ungewiß läßt. Doch ich  
habe mehr gethan als bloß schreiben. Ich habe  
seit mehr als dreißig Jahren mich bemüht, der  
großen Unzuverlässigkeit in dem Kornhandel un-  
serer Gegenden abzuheffen, aber vergebens;  
wiewol ich es noch immer für Thorheit halte, den  
Kornhandel ins Große treiben zu wollen, wenn  
Käufer oder Verkäufer, je nachdem die beidig-  
ten Kornmesser ihnen gewogen sind, ungewiß  
bleiben, wie viel von der Substanz des Korns  
sie

sie sich einander verkaufen. Oder hält man es  
 für wichtiger, daß das Vieh in dem, wenn gleich  
 ohne äußerste Genauigkeit, abgewogenen Heu  
 sein bestimmtes Quantum von Nahrung gewisser  
 bekomme, als der Mensch? Kann auch da, wo  
 man über Brodordnung hält, die Rechnung ei-  
 nigermaßen zuverlässig seyn, wo  
 für einen gewissen Preis seyn:  
 rohe Korn betrüglich gemessen  
 jehigen und sehr gewiß sich nicht  
 der Theurung der Materialien  
 geben sich triftige Ursachen, zu  
 messen, sondern zu wägen.  
 Kosten wenigstens in guten Ja-  
 hundert Pfund Heu. Ich bin nicht im Stande,  
 einen bestimmten Vergleich davon zu machen.  
 Auch mit dem Torf ist es eben so. Die Schwier-  
 rigkeit, ein Fuder Holz mit einer der Heurwaage  
 ähnlichen Waage zu wägen, ist nicht größer,  
 als bey einem Fuder Heu. Die Anstalten dazu  
 können sich auch ganz ähnlich seyn. Der Wa-  
 gen wird mit seinem Holze unter die Waage ge-  
 fährt, welche in Landstädten von jedem Haupt-  
 thore angelegt seyn muß, wird dort mit Ketten  
 gefaßt und gewogen, muß aber nachher zur  
 Waage wieder kommen, um besonders gewogen  
 zu werden. In Städten, welchen die Feuer-  
 rung zu Wasser zugeführt wird, müssen solche  
 Waagen sich an den Abladungsplätzen befinden;  
 die sie abholenden Wagen aus der Stadt dürften  
 nur einmal gewogen und dann deren Gewicht  
 auf eine bleibende Art gemerkt werden. In  
 Hamburg werden die Steinkohlen gemessen,

wenn

wenn sie klein sind. Aber bei den großen Schot-

ten steigen, wie er will, er wird doch immer die-  
ser Arbeit an sich gemäß bleiben.“

Um der Verfälschung der Maaße und Ge-  
wichte selbst vorzubeugen, ist es zuvörderst noth-  
wendig, daß die Policen überhaupt weder bey  
Handelsleuten und Handwerkern, noch auch zum  
häuslichen Gebrauche der übrigen Landesunter-  
thanen andere, als gehörig erprobte und ge-  
zeich-

zeichnete Meß- und Wag-Instrumente gestatte. Nach den churbraunschweigischen Verordnungen soll dahin gesehen werden, daß durchgehends unfehlhafte Waagen, Balken und Schalen, mit nöthigen Pfunden, auch Ellen und Maße, gehörig angeschafft, und auch ten keine andere gebr

Hiernächst müssen gen erforderlichen seyn, daß mit ihnen rung vorgenommen n ordnen die churbr sicpgefehe, daß die

keiner andern Materie, als von Metall oder Eisen seyn, auch keine andere, sowohl bey öffentlichen als Privatwaagen in Häusern und bey den Untertanen geduldet werden sollen i). Die hessen-casselschen Verordnungen schreiben ausdrücklich vor, daß die Gewichte nicht von Stein oder Blei, sondern von Eisen, Kupfer oder Messing seyn sollen. Auch darf nach denselben keine Waage gebraucht werden, auf deren einen Wagschale, um solche mit der andern gleich zu machen, ein gewisses Gewicht gelegt oder angehängt werden muß. k)

Sehe

b) Wittich II. 656. Vergl. Koller a. a. O. II. 112.

i) Wittich a. a. O.

k) Wittich Handbuch zur Kenntniß der Hessencasselschen Landesverfassung IV. 472. 473.

Sehr zweckmäßig ist es auch, daß da, wo eine gänzliche Gleichförmigkeit des Gewichts in Rücksicht der verschiedenen Gegenstände noch nicht eingeführt ist, wenigstens Niemandem, der Handel treibt, zweyerley Gewicht zu führen erlaubt sey. So ist im ~~Hessen~~ <sup>Heffen</sup>, ~~Casselschen~~ <sup>Casselschen</sup> wegen der Verschiedenheit des Krämergewichts und des Fettgewichts vorgeschrieben, daß kein ~~Kaufmann~~ <sup>Kaufmann</sup> oder ~~Handwerker~~ <sup>Handwerker</sup>, welcher das eine gebraucht, auch das andere haben oder brauchen soll. 1)

Endlich müssen die verschiedenen Maße und

General - Besichtigung der sämtlichen daselbst befindlichen Maße, Haspel, Eichen, Euen, Waagen und Gewichte angestellt und nachgesehen werden, ob sie nicht zu geringhaltig seyen, und die erforderlichen Zeichen haben. 2)

1) Witten a. a. O. S. 424. Vergl. Witten a. a. O. S. 670.

2) Keller a. a. O. S. 112, 113.

## XXIV.

## Ueber mancherley Betrügereyen in Ansehung der Güte der Waaren.

Nicht bloß für richtiges Maß und Gewicht ist die Policey zu sorgen verbunden, sondern sie muß auch diejenigen Betrügereyen zu verhüten suchen, welche in Ansehung der Güte der Waaren auf mancherley Weise verübt werden können. Ein Nachtrag zu dem, was hierüber in dem ersten Theile dieses Handbuchs <sup>a)</sup> gesagt ist, wird nicht un Zweckmäßig seyn.

Die Policey macht die Güte der Landes-Producte und Fabricate zum Gegenstand ihrer besondern Sorgfalt, um dadurch deren Absatz zu befördern und Gewerbe und Handlung zu beleben. Ihre hierauf abzielenden Bemühungen gehören zunächst in das Gebiet der Landwirthschafts-, Handwerks-, Fabrik- und Handlungs-Policey. Bey vielen Waaren ist es der Einfluß

a) S. 345 f.



fluß, welche sie auf die Gesundheit haben, der die Policey verpflichtet, auf die Beschaffenheit derselben ein vorzügliches Augenmerk zu richten. Obgleich dieses eigentlich Sache der persönlichen Sicherheitspolicey ist; so hat man doch die darauf sich beziehenden Vorkehrungen, des Zusammenhangs wegen, in das Recht der Gesundheitspolicey aufgenommen b). Der Eigenthums-Sicherheitspolicey bleibt jedoch immer noch ein großes Feld übrig, wenn sie sich ernstlich betheiligen will, den mancherley Betrügereyen vorzubeugen, wodurch das Publicum in Ansehung der Güte der Waaren bevorththeilt werden kann.

Im allgemeinen muß die Policey ihr Augenmerk darauf richten, daß keine andere, als solche Waaren in den Handel gebracht werden, welche wenigstens die gewöhnliche Güte haben, was man Kaufmannsgut, preiswürdig zu nennen pflegt. Die Marktpolicey kann hierzu durch gehörige Aufsicht sehr viel beitragen; in dessen sind nach der besondern Beschaffenheit mancher Gegenstände noch nähere Vorkehrungen nöthig.

Die Güte der Waaren kann theils durch nachlässige und unachtsame Behandlung, theils durch absichtliche Verfälschung verringert werden. In beiden Fällen kommt das Publicum in Gefahr, verkürzt zu werden, wenn gleich im ersteren

b) Th. 2. S. 115 f.

stehen keine bössliche Absicht obwaltet; im letzteren aber ist strafwürdige Gewinnsucht die Triebfeder, deren Abwendung, nach Beschaffenheit der Umstände, nicht bloß der Policey, sondern der Criminalgewalt obliegt.

Bei manchen Waaren, deren Güte durch nachlässige Behandlung verringert wird, kann der Zweck seyn: Zeit, Mühe und Arbeit zu ersparen, oder auch — die Quantität, so wenig wie möglich, zu verringern. Oefters treffen beide unlöbliche Absichten zusammen; öfters mag aber auch nicht Gewinnsucht, sondern bloß Trägheit und althergebrachter Schlendrian dabey zum Grunde liegen. Die Wirkung zum Nachtheil des Publicums ist jedoch immer dieselbe, und die dagegen zu treffenden Maßregeln der Policey können daher nur in Ansehung der Strafbarkeit derer, welche auf diese Weise das Publicum zu verkürzen suchen, verschieden seyn.

Bei der Säuberung des Getreides, der Bereitung des Weins c), der Reinigung der Wolle d) u. d. m. können aus Nachlässigkeit sowohl, als aus Gewinnsucht, so mancherley Unterlassungsfehler begangen werden, daß dadurch die Güte der Waaren sehr wesentlich vermindert wird. Die daraus entstehenden Mängel kann freylich der Kenner meistens bald bemerken; jedoch

c) Eb. I. S. 346.

d) Ebendas. S. 348.

jedoch bey weitem nicht alle und nicht zu jeder Zeit. Dem süßen Most z. E. wird er einen mäßigen Zusatz von andern Flüssigkeiten nicht leicht anmerken; erst nach erfolgter Gährung zeigt sich die davon herrührende Schwäche, e)

In Ansehung d. verschiedene Landes. Wiß daß auf die öffentlichen unvermischtes, gehörig gebracht werden darf. gischen Polizeyverord wenn verderbtes, bran terforn nicht gereinigtes gesäubertes oder auch z genehtes Getreide auf lauf ausgesetzt wird, si nen Kornmesser bey de den. Auch ist dieser u Käufern die Beschaffen Verlangen jederzeit get

Bey dem Holzhandel muß die Policeß darauf sehen, daß als Bauholz kein untaugliches, abgestandenes, windfälliges verkauft, dem Kastenholz kein geringeres oder verdorbenes  
R f 2 bey

e) Polizeyverordnungen gegen dergl. Zutmischungen, s. Koller's Wirtembergisches Polizeyrecht II. 122. 123.

f) Koller a. a. O. S. 116. 117. Vergl. dieses Handb. II. 117.

beygemischt werde. Nach den nürnbergischen Policeygesetzen muß das zum öffentlichen Verkauf bestimmte, Bauholz, wenn es nicht von der gehörigen Güte ist, durch die geschwornen Holzbeschauer zum bloßen Brennholz abgestürzt werden, und das unter dem Klastholz befindliche Faule, krumme und Prägels Holz müssen die Holzmesser ausschneiden und besonders taxiren g).

Von demjenigen, was die Policey in Ansehung der guten Beschaffenheit der Lebensmittel überhaupt zu beobachten hat, ist in dem Rechte der Gesundheitspolicey ausführlich gehandelt worden, weil die Verfälschung der Lebensmittel die Käufer und Verzehrer nicht bloß um ihr Geld, sondern gemeiniglich auch um ein kostbareres Gut, um ihre Gesundheit, bringt.

Wegen der Wichtigkeit des Glashauens hat die Policey in den meisten Ländern eine vorzügliche Aufmerksamkeit auf den Handel mit Leinsamen und die dabey häufig vorgehenden Betrügereyen gerichtet. Die dagegen getroffenen Vorkehrungen bestehen hauptsächlich darin, daß nur gewisse Leinsamenhändler unter Aufsicht der Policey geduldet, und daß diese wegen der Güte der Waare nicht nur verantwortlich gemacht, sondern auch, wenn der Same schlecht befunden wird, aufgehalten werden, neben dem Verlust des Kaufpreises dem Käufer allen Schaden

g) Koller a. a. O. S. 126. 127.

den an Landpacht, Befestigungskosten und Versäumniß zu ersetzen h).

Auch gegen die Verfälschung des Flachses trifft die Policey a. Nach württemberg. gen soll allen auf Jal durch Flachs-Händler vorgebeugt und zu verpflichtenden In vorgenommen, der t fisirt werden i).

Garnverfälschungen werden hauptsächlich dadurch verübt, daß ein schlechteres Material, gewöhnlich Heede (Werrig), mit unter den Flachs gesponnen wird. Durch mehrere Landes-Policeygesetze ist eine solche Vermischung allein für den Hausgebrauch erlaubt; andere wollen nur, daß solches Garn nicht ohne getreue Anzeige derselben verkauft werde, wie z. E. die Hessen-Casselschen Verordnungen, nach welchen auch hierauf bey den angeordneten Garn-Visitationen geachtet werden soll k).

R f 3

fön.

h) Vergl. Wiltich II. 498. Osnabrückische Verordnungen wegen des Lein- und Hanffamen-Handels von 1767, 1769 u. 1773. Fredericksdorf Landpolicey S. 159, 160 u. die das. angeführten herzogl. Braunschweig. Verordnungen.

i) Koller a. a. O. S. 127.

k) Wiltich Handb. d. Hessen-Casselschen Landesverf. 1c. IV. 258 f.

können auch die Garnhändler durch Vermischung des hansenen und hedenen Garns mit dem flächenen, und durch Zusammenpacken besserer und geringerer Sorten mancherley Betrügereyen verüben, denen wohl nur durch die genaueste Aufsicht und strenge Bestrafung abgeholfen werden kann 1).

Ueberhaupt werden vielerley Fabricate durch wohlfeile Zumischungen verfälscht und durch geschickte Appretur doch so herausgeputzt, daß sie aus den gehörigen Materialien gefertigt zu seyn scheinen 2). Außer Strafverböten kann die Policey hiergegen nur durch zweckmäßig eingerichtete Schauanstalten wirken.

Ganz vorzüglich genau und streng muß aber die Policeyaufsicht bey denjenigen Waaren seyn, deren innern Gehalt der äussere Anschein nicht leicht verräth, und wobei vielleicht gar besondere Policey-Einrichtungen selbst den vorsichtigsten Mann berechtigen, auf Treu und Glauben zu kaufen. Dieß ist bey allen Waaren der Fall, die in Gemäßheit der Policey-Verordnungen mit einem Probezeichen versehen werden müssen. Die Policeyverordnungen in Ansehung des Silbers und

1) S. z. E. Osnaabrückische Verordnung wegen des Garn- und Binnenhandels v. 9. May 1766, und das falsche Casseln und Vermischen des Maltgarns betr. v. 27. Nov. 1786.

2) S. z. E. Koller Württemberg. Policeyrecht II. 131.



und Goldes sind bereits angeführt n). Ausserdem sind aber auch beim Zinn dergleichen Probestrichen vorgeschrieben.

Bekanntlich erhält alles zu verarbeitende feine Zinn eine Versehung, ohne welche es die erforderliche Härte und Weisse nicht haben würde. Damit hat es aber die Policey nicht zu thun, sondern mit einem andern Zusatz, wodurch die Zinnarbeiten einen wohlfeilern Preis erhalten sollen. Dazu dient das Blei. Wird nach dem Verhältniß, wie dasselbe zugesetzt wird, der Preis der Zinnwaaren bestimmt; so können diese zwar in mancher Hinsicht an Schönheit und Brauchbarkeit verlieren. Betrug ist aber dabey nicht. Wenn jedoch der Zinngießer die Rechnung nicht ehrlich machen will, so ist es ihm leicht, den Käufer zu betrügen, so lange er sich nur einer gar zu ungleichen Mischung enthält. Um nun dergleichen Betrügereyen zu verhüten, trifft die Policey angemessene Vorkehrungen.

Die Hauptsache besteht darin; daß den Zinngießern vorgeschrieben wird, wie viel Blei sie zusetzen dürfen, und daß sie gehindert werden, mehr Blei zuzusetzen, als ihnen erlaubt ist.

In den meisten teutschen Staaten soll gesetzlich sogenanntes zehnpfundiges Zinn, d. h. solches, wo zehn Pfund Zinn ein Pfund Blei

§ 4

zuge-

n) Zb. i. S. 349.



zugesezt ist, verarbeitet werden. In einigen Ländern hat man aber zweyerley o) Probezinn. Auf alle und jede Arbeit müssen die Zinngiesser der Obrigkeit Wappen und ihr Zeichen schlagen. Wo zweyerley Probezinn eingeführt ist, muß der Unterschied durch Zeichen gehörig bemerkt werden. Auch das ungemischte oder englische Zinn ist besonders zu bezeichnen, und dieses Zeichen darf auf Waaren aus Probezinn nicht gesetzt werden. Alle Zinnwaaren werden durch beidigte Schauer und Probirer untersucht. Sehr zweckmäßig ist in *Churfachsen* verordnet, daß die Zinngiesser ausser der ordentlichen Zinnwaage kein Zinn an sich kaufen dürfen. Auch müssen sie verarbeitetes Zinn, welches sie einschmelzen wollen, vorher daselbst abwägen lassen. In *Berlin* sind sie verbunden, von allen ihren Mischungen Proben aufzubewahren, welche von Zeit zu Zeit genau untersucht werden p).

In

o) S. z. E. in *Württemberg*: a) zu 9 Pf. Zinn 1 Pf. Blei, b) zu 4 Pf. Zinn 1 Pf. Blei; in *Churbaunschweig*: a) zu 10 Pf. 1 Pf., b) zu 5 Pf. 1 Pf. (Verordn. v. 5. Dec. 1712.) Hier ist zwar von dreierley Zinn die Rede, allein die erste Sorte ist reines Zinn ohne Zusatz; also kein Probezinn. Diese Benennung erhält nur das mit Blei gemischte Zinn. Uebrigens soll die angeführte Verordnung nicht durchgehends zur Beobachtung gekommen seyn. *Willk III. 518.*

p) Vergl. *Bergius N. Pollen*, und *Camerales Magazin III. 273 f.*

In einigen Ländern werden überdieß die Zinngießer auf die genaue Befolgung der ihr Gewerbe betreffenden Verordnungen beeidigt. Nach der württembergischen Zinngießers-Ordnung sollen sie bey ihrem geleisteten Eide denjenigen, welche Zinngefäße von ihnen kaufen oder tauschen wollen, den Unterschied des geringen und guten Zinns anzeigen, damit Niemand, der die Verschiedenheit der Zeichen nicht versteht, betrogen werde q).

Hausirrende Zinnhändler und herumvagierende Zinngießer dürfen nicht geduldet werden. Sehr richtig schildert den daraus entstehenden Nachtheil eine obernährische Verordnung vom 25. Apr. 1769, deren übriger Inhalt auch einer vollständigeren Anführung werth ist. „Demnach, heißt es in derselben, verschiedene Klagen bey Uns darüber eingegangen, daß die fremden Hausirer nicht allein mit der von ihnen zum Verkauf eingeführten Zinnwaare eine Zeit lang gar keine Probe mehr gehalten, und, wo ihnen etwas zum Verschmelzen anvertrauet worden, die davon verfertigte Arbeit mit Blei willkürlich vermischet; sondern auch durch diesen ihren Unfug die einheimischen Zinngießer, wofern sie anders mit ihnen bestehen wollen, zu einem eben so willkürlichen und betrüglischen Verfahren genöthiget, müßten die Unterthanen dieses Hochstifts in vielfältigen Schaden gestürzt haben; Wir aber

Rf 5

einer

q) Keller a. a. E. 130.

einen Theil dieser höchst schädlichen Unordnung länger nachzusehen nicht genehmet; and anderer Theil den einheimischen Zinn- oder Rannengießern in ihrem Gewerbe aus landesherrlicher Vorsorge bestens zu Erhalten zu kommen gnädigst entschlossen sind; als verordnen und befehlen Wir hienut erstens, daß in Zukunft gar keine fremde Hausiren mit einiger Zinnarbeit, welche nicht von einheimischen Meistern, nach der hiernächst vorgeschriebenen Probe, verfertigt und gezeichnet ist, in hiesigem Hochstifte, es sey auf Jahrmärkten oder außer denselben, geduldet, sonderh denselben, mofern sie sich nach einem halben Jahre, von Verkündigung dieser Unserer Verordnung an zu rechnen, in hiesigen Ländern betreten lassen; ihre bey sich führende Zinnarbeit, wie auch die etwa zum Verschmelzen bey sich habende Werkzeuge genommen, und zum Vortheil der Armen des Kirchspiels oder des Orts, wo solche Waaren angehalten worden, von den Beamten oder Obrigkeiten, denen der Marktschuh zustet, veräußert werden sollen.

Hiernächst und zweytens, sollen außerhalb den Städten und andern mit Zünften und Gilden privilegirten Orten sich gar keine Zinnengießerey setzen, auch an diesen Orten künftig dergleichen nicht zugelassen werden, es sey dann, daß sie künftig gelernt, ihr Meisterstück gemacht, und desselb vor einer benachbarten Lade den Magistraten und Vorstehern des Orts gute Kunde schaft beygebracht haben, mithin in der Folge das Amt unter sich, oder in einer benachbarten Stadt halten können.

Dann

## in Ansehung der Güte der Waaren. 207

Dann sollen drüßens, die jetzt im Stifte vorhanden oder künftig sich ansehende Zinngiesser, wenn sie kein rein englisch Zinn verarbeiten, sich folgender von Uns aus bewegenden Ursachen festgesetzter zween Proben, nemlich der besten zu neun Pfund englisch Zinn und ein Pfund Blei, und der schlechten zu drey Pfund englisch Zinn und ein Pfund Blei bedienen, erstere mit einem Stopp, und letztere mit einem Rade, wie auch ihren und des Orts Zeichen oder Nahmen bemerken, und das sie solchem getreulich nachkommen wollen, vor dem Magistrat oder demjenigen Richter, welcher jedes Orts den Bürgereid abzunehmen hat, mittelst Abschreibung eines leiblichen Eides geloben.

Damit aber auch fünftig \*) diese Unsere Verordnung von den einheimischen Zinngießern so viel genauer befolget werde: so sollen die Magistrate oder Vorsteher jedes Orts jährlich eine oder zweymal von den Zinngießern ihres Orts unverwarnt ein Stück nehmen, solches probiren lassen, und wenn das verarbeitete Zinn nicht probemäßig befunden wird, solches dem Amte auf dem nächsten Bräutengerichte anzeigen, da denn derjenige, welcher darin strafbar befunden wird, das erste Mal mit zwanzig, und das andere Mal mit hundert Thaler, wovon die Hälfte dem Magistrat oder jedem andern Denuncianten verfallen seyn soll, vom Amte bestraft, oder, wo es solche nicht bezahlen könnte, nach Erkenntniß und

Gr.

\*) Der vierte Artikel enthält eine Taxe, und wird daher hier ausgelassen.

## 508. XXIV. Ueber Betrügereyen ic.

Ermäßigung der Land- und Justizcassley mit einer halbjährigen Zuchthausstrafe belegt werden soll.

Und damit meistens aller Unterschleif so viel mehr vermieden werde: so sollen die Zinngießer mit neuen Stempeln versehen werden, und dagegen sofort ihre bisher gebrauchten Stempel abliefern, sich auch binnen Jahres Frist, von aller vorrätigen Zinnarbeit, welche damit gezeichnet ist, losmachen, und ferner, wenn ihnen altes Zinn gebracht wird, solches nicht nach seinem alten Gehalt wieder verarbeiten, sondern durch den gehörigen Zusatz probemäßig wieder ausliefern.

Uebrigens ist Unsere Willensmeinung nicht, daß durch diese Unsere Verordnung alle auswärtige Zinnarbeit verboten seyn solle; vielmehr bleibt es einem Jeden frey, sich dergleichen, nach seinem Gefallen, von aussen kommen zu lassen."

## XXV.

## Ueber Policentaren.

## §. 1.

So beliebt in älteren Zeiten die Policentaren waren, so viele Gegner haben sie in neuern gefunden. Vormahls kannte man gegen übermäßige Steigerung der Preise nur ein Universalmittel — die Taxe. Noch in dem Reichsschluß von 1668 wurde festgesetzt: „demnach die Krämer, Gewandschneider, Seiden- und alle andere Händler, so mit Gewand- und Kramwaaren ihre Handthier- und Nahrung suchen, in deren Verkaufung vielmahls den Preis, so hoch sie nur immer können, steigern und dadurch große Werththeilung geschieht; so soll ein jeder Stand in seinem Land und Gebiet darauf fleißig Absicht tragen, und, da sich befindet, daß im Verkaufen und Taxiren der Waaren excedirt werde, den Preis nach Gestalt und Proportion des Einkaufs, auch darauf gehender Unkosten und anderer einlaufenden Umstände, (welches durch diensliche Mittel und Wege zu erkundigen) auf ein Billiges moderiren und setzen lassen,“



fassen, darauf auch mit Ernst halten; und, da Jemand solche Verordnung übertreten würde, gegen denselben mit Confiscation der zur Ungebühr verkauften Waaren oder andern arbitrari Strafen verfahren“ a).

## §. 2.

Diese Gesetzstelle ist um beßrillien merkwürdig, weil aus ihr der eigentliche Begriff und Zweck der Policeptaxen aufs deutlichste hervorgeht; dessen unrichtige Bestimmung die meisten Gegner der Policeptaxen irre geführt und zur Aufstellung solcher Gründe, welche auf den Gegenstand überall nicht passen, verleitet hat. Es mag wohl seyn, daß selbst Policeybehörden von einem falschen Gesichtspunkte bey der Festsetzung der Policeptaxen öfters ausgehen, indem sie den dabey allein zum Grunde liegenden Zweck der Sicherheitspolicey mit dem der Theuerungspolicey, welche ein Theil der Wohlfahrtpolicey ist, verwechseln. Viele Landes-Policeygesetze geben zu einem solchen Irrthum Veranlassung, und man darf sich daher nicht wundern, wenn auch hier mancher Politiker sich die undankbare Mühe giebt, gegen eine Einrichtung zu streiten, die so, wie er meynt, nur in seiner Einbildung existirt.

## §. 3.

a) Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze, IX. 1258.



## §. 3.

Nimmt man an, seyen solche  
 Vorschriften, wodurch den Waaren  
 und dem Lohn der A h geringern  
 Preis zu verschaffen su Concurrenz  
 oder die Natur der Dinge ihnen giebt; so brau-  
 chen wir darüber kein Wort zu verlieren. Eine  
 so mißfährliche und unnatürliche Operation  
 spricht sich ihr Urtheil selbst. Nur die fürchter-  
 lichste und abscheulichste Erscheinung in unsern  
 Zeiten, die französische Schreckensregierung,  
 vermochte sie in völliger Allgemeinheit auszufüh-  
 ren, indem sie für jedes Bedürfniß das Maxi-  
 mum des Preises bey Todesstrafe befahl b).

## §. 4.

Der Zweck der Poli-  
 Wohlfeilheit der Lebens-  
 sondern zu verhüten, da  
 kauft werden, als sie si  
 unbilligen, mißfährlichei  
 ren Preise soll gesteuert  
 hindert werden, durch  
 zu bereichern. Durch  
 Preis der Waaren fest

Conz

b) In einigen teutschen Staaten machte man im  
 Jahre 1770 mit Bestimmung eines Maximum  
 des Getreide-Preises Versuche; natürlich — ohne  
 Bestand der Guillotine — und ohne allen Er-  
 folg. Vergl. Koller württemberg. Polizeyrecht.  
 II. 141.

Conjuncturen nach, d. h., nach dem Zusammen-  
treffen aller Umstände und Verhältnisse, welche  
den Kaufpreis einer Waare bestimmen, möglich  
ist, wäre ein so ungerechtes, als unausführ-  
bares Beginnen.

§. 5.

Das oben angeführte Reichsgesetz (§. 1.)  
spricht sehr richtig nur von willkürlicher  
Steigerung der Preise, und will nicht, daß man  
sie durch Strafgebote wohlfeiler mache, als sie  
sind oder seyn können; sondern nur, daß der  
übertriebene Preis nach Maßgabe des Einkaufs,  
der Unkosten und anderer Umstände ermäßigt  
werde. Sind nun gleich die Gegenstände, auf  
welche diese Grundsätze angewandt werden sollen,  
nicht wohl gewählt c); so entsprechen doch sie  
selbst dem wahren Begriff und Zweck der Poli-  
ceptaren vollkommen. Diese sind nemlich nichts  
anderes, als obrigkeitliche Vorschriften,  
wodurch von Zeit zu Zeit der den je-  
desmahligen Umständen angemessene  
Preis gewisser Bedürfnisse bestimmt  
und öffentlich bekannt gemacht wird.

§. 6.

Policeptaren müssen daher schlechterdings  
wandelbar seyn, da ihnen der jedesmahlige Preis  
zur Hauptgrundlage dient. Dieser hängt aber  
von

c) Lh. 1. C. 357. 358.

von so mancherley sich ewig ändernden Umständen und Verhältnissen ab d); daß eine unabänderliche Policeptaxe sich gar nicht denken läßt. Eben daher begründen auch Policeptaren kein bleibendes Recht, sondern wenn sie in einem langen Zeitraum und bey veränderten Umständen nicht n  
mit Recht  
ben e). f  
nach Zeit u  
liceygesetzgel  
fältiger sie  
delbarkeit k  
zum Norm  
keit verliert  
änderliche Normen seyn können.

## §. 7.

Ob dieß Taxsystem zweckmäßig ist? — ich zweifle. Denn die Taxe wird immer höher seyn müssen, als bey freyem Handel der Preis durch die Concurrenz der Verkäufer wahrscheinlich werden

d) Vergl. die mit vieler Sachkenntniß geschriebene Abhandlung über den Waarenpreis im Allgemeinen und über das Taxsystem in der Policeverwaltung, in den Blättern für Policey und Cultur, Jahrg. 1802. St. 1. 2.

e) R. jurist. Beobachtungen u. Rechtsfälle. II. 41.

f) Th. 1. S. 35.

g. Vergl. Policeyr. Th. 4.

den würde g). Aber es giebt Umstände, welche der unbeschränkten Concurrenz der Verkäufer die größten Hindernisse entgegenstellen, und es giebt Einrichtungen in der Gesellschaft, welche die Käufer einer geschlossenen Zahl von Verkäufern überliefern. Hier ist die Policeptaxe ein Nothmittel; ein kleineres Uebel gegen das größere. Deswegen aber muß sie auch nur selten, nur in Nothfällen gebraucht werden. Sehr richtig sagt der scharfsinnige Verfasser der unten angeführten Abhandlung h): „Alle unsere obrigkeitliche Taxordnungen, welche die Policep entwirft, können im Grunde für weiter nichts angesehen werden, als für eine unmaßgebliche Festsetzung des Preises, für eine bloße Bekanntmachung des gegenwärtigen wirklichen Preises, und dann sind sie höchstens auch nur bey denjenigen Waaren anzurathen, welchen das allgemeine Bedürfniß die Benennung und den Rang der allernothwendigsten giebt. Allein auch selbst diese Bedürfnisse erhalten nach Verschiedenheit der Umstände einen verschiedenen Werth, und die Policepbehörde ist gezwungen, die darauf gesetzten Preise, nach Verschiedenheit der Umstände, immerfort zu verändern. Aber auch dieß muß so geschehen, daß die Bestimmung des Preises niemals bloß von der Willkühr der bestimmenden Obrigkeit, sondern von tausend andern Zufällen abhängt, deren

g) S. die angef. Abhandl. : Blätter für Pol. u. Cult. Ek. 1. S. 42 f.

h) a. a. O. S. 41.

ren gemeinschaftliche Zusammenwirkung den eigentlichen Werth einer Waare bestimmt. Bei der nun einmahl in allen policirten Staaten eingeführten Mode, die Waaren des Bedürfnisses mit einer Taxe zu belegen, macht die Obrigkeit gleichsam den Schiedsrichter zwischen den Parteyen, d. h. sie soll den Käufer gegen grobe Vertheilungen der Verkäufer, und diese gegen die Gewalt der bedürftigen Käufer schützen, und den ausgemittelten Preis, um den Unwissenden vor Betrug zu warnen, bekannt machen. Demnach sollte diese Taxation eigentlich nur da stattfinden, wo eine üble politische Einrichtung die Concurrenz der Verkäufer dieser unentbehrlichen Bedürfnisse beschränkt.“

## §. 8.

Die freye Vermehrung der Concurrenz der Verkäufer kann mehr noch bewirken, als die Policey durch ihre Taxen bezweckt (§. 4. 5.) — nicht bloß Verhütung willkührlicher und übermäßiger Steigerung der Preise, sondern sogar Wohlfeilheit \*). Wo mehrere in beträchtlicher

Zl 2

Zahl

\*) Der Graf Rumford ermahnte in einer Policey-Bekanntmachung vom 20. März 1798 alle Zünfte, das Publicum billig zu behandeln und die Zunftverbindung nicht zum Nachtheil desselben zu mißbrauchen. Im Entstehungsfalle erklärte er, gegen dieses Uebel das unschädlichste und kräftigste aller Mittel, die Herstellung einer freyen Concurrenz, anzuwenden, indem die zunftmäßigen Vorrechte nur deswegen  
ver-

Zahl vom Verkaufe einerley Waare leben wollen, da werden sich immer einige finden, die durch kluge Speculation, durch schnelle Umsetzung ihres Capitals, durch Gewerbsamkeit, Sparsamkeit und Frugalität im Stande sich befinden, mit einem sehr mäßigen Gewinne sich zu begnügen, und diesen müssen die übrigen folgen, wenn sie ihre Nahrung nicht verlieren wollen. Wo ein Gewerbe nur so besetzt ist, daß jeder, der es treibt, nach dem Umfang der örtlichen Bedürfnisse davon sein hinreichendes Auskommen haben kann, da befindet sich das Publicum in der Gewalt der Verkäufer. Und darauf sind die meisten geschlossenen Zünfte berechnet, bey welchen also die Concurrenz der Verkäufer dergestalt beschränkt ist, daß die Policcy sich wohl genöthigt sehen kann, zu dem Nothmittel der Taxen ihre Zuflucht zu nehmen. Allein in diese Nothwendigkeit wird sie doch nur in dem Fall kommen, wenn das Publicum nicht anders, als allein von solchen privilegierten Verkäufern, die unentbehrlichsten Bedürfnisse erhalten kann. In allen andern Fällen ist auch andere Hülfe möglich, und sie findet sich bald, ohne Zuthun der Policcy. Aber die ersten Bedürfnisse des Lebens kann man nicht leicht von andern Orten her kommen lassen, man kann sie nicht durch andere Dinge

versiehet worden sehen, damit das Publicum besser bedient werde, und aufhören müßten, wenn die Zünfte diese Bedingung nicht erfüllten. *Weltkunde* 1798. No. 119.

Dinge ersetzen; noch ihren Verbrauch bedeutend vermindern.

### §. 9.

Arbeiten dem Taxsystem zu so unbillig, als unzweckmäßig 1).  
 ter genug vorhanden; so bedarf  
 ist Mangel daran; so kann die  
 mand zum Arbeiten für geringen  
 Die Arbeiter werden also ande  
 zweige suchen, oder auf andere  
 höhung der Taxe von der Pol  
 Diese wird dann in wohlfeileren  
 wisser sich erhalten, als wenn der Arbeitslohn  
 einer freyen Vereinigung überlassen worden  
 wäre. Bey dem Gesindelohn insonderheit  
 wird eine Taxe nie ihren Zweck erreichen, da es  
 in dem Verhältnisse zwischen Herrschaften und  
 Dienstboten nie an Mitteln fehlt, die Taxord  
 nungen zu umgehen. Wenn es daher gleich  
 wünschenswerth wäre, daß wohlhabende oder  
 leichtsinnige Leute durch ungeitige Freygebigkeit  
 ihre minder wohlhabenden und sparsamere Mit  
 bürger zu einer übertriebenen Erhöhung des Ge  
 findelohns nicht nöthigen möchten; so wird doch  
 eine Gesindetaxe diesem Uebel nicht abhelfen dür  
 fen. Unzweckmäßig sind also dergleichen Taxen  
 gewiß. Aber sie sind auch unbillig, ungerecht.

§ 3

Der

1) Vergl. die angef. Abb. in d. Blättern f. Pol. u.  
 Cultur; St. 2. S. 162 f. Dieses Handb. Th. I.  
 S. 353.



Der Kraftaufwand des Einzelnen, der sich zur Arbeit vermietet, läßt sich weder in Ansehung der subjectiven Beschaffenheit der Personen, noch in Ansehung der mannigfaltigen Gegenstände der Arbeiten nach allgemeinen Grundsätzen zu Geld anschlagen. Auch aus dem gewöhnlichen Preise der Arbeiten läßt sich bey der großen Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Arbeitsfähigkeit und der Arbeits-Gegenstände (anderer Verhältnisse nicht zu gedenken) keine allgemeine Norm für jeden Einzelnen ableiten, ohne bald gegen den Arbeitsherrn, bald gegen den Arbeiter ungerecht zu werden. Von Arbeitslohn und Gesindetaxen soll also hier weiter die Rede nicht seyn k).

## §. 10.

Nur die ersten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse sollen Gegenstände der Policentaxen seyn. Denn nur bey diesen kann der Eigennuß auch auf die Länge übermäßige Preise von dem Publicum erzwingen. Aber selbst dieß kann er nur, wenn die Umstände ihn begünstigen, wenn nemlich die freye Concurrrenz der Verkäufer gehemmt

k) Arbeiten, die einen bestimmten Maßstab haben können, und die doch nicht nach ihrem Werth, sondern nach andern Rücksichten, oft Ehren halber so hoch wie möglich, bezahlt werden, mag man, dem Luxus zu steuern, immerhin der Taxe unterwerfen. Nur den armen Tagelöhner und Dienstboten drücke man damit nicht!

hemmt ist. Dieses nun bewirkt vorzüglich der Zunftzwang. Die Bäcker, und Fleischerzunft sind diejenigen, welche mit den ersten, unentbehrlichsten Bedürfnissen handeln. Diese also müssen sich dem Taxsystem der Policey vor andern unterwerfen. Bey der Bierbrauerey treten gewöhnlich dieselben Verhältnisse ein, und öfters ist damit noch der Bierzwang verbunden, in welcher Hinsicht die Policey doppelt verpflichtet ist, der eigennützigen Steigerung des Bierpreises durch eine billige Taxe vorzubeugen.

### §. II.

Auf diese Gegenstände müßte die Policey mit ihren Taxen sich beschränken 1), und selbst bey ihnen sich des Taxirens gänzlich enthalten, sobald sie durch Beförderung der Concurrrenz und andere Maßregeln der willkührlichen und übermäßigen Steigerung der Preise zu steuern im Stande ist. Nie aber vergreife sie sich mit ihrem Taxsystem an den rohen Producten, an den Materialien, aus welchen die Befriedigungsmittel der Bedürfnisse bereitet werden. Keine Getreide-, keine Vieh-, keine Holztaxe! Hier ist freyer Handel, freye Concurrrenz möglich; hier bedarf es keiner Nothwehr gegen Zunftzwang und Zunftdruck! Die Policey thue also nur ihr Amt — nicht; lasse vielmehr der Gewerbsam-

Ll 4                      feit

1) Von den Apothekertaren s. die Medicinal-  
Policey.

keit ihren freien Lauf: so wird das Verhältniß des Vorraths zum Bedürfniß u. s. w. den richtigen Preis schon selbst machen. Glaubt sie aber doch nachhelfen zu müssen; so befördere sie nur die Concurrency, diese wird schon alles im rechten Gleichgewicht halten, oder doch bald wieder dazum zurück bringen, wenn es etwa durch Wucherkünste oder zufällige Umstände gestört worden ist.

## §. 12.

Uebrigens ist auch in den Fällen, wo eine Policeytaxe stattfinden kann, eine allgemeine Landestaxe nicht möglich. So wie die Policey bey der Bestimmung der Taxen sich nach den jedesmahligen Zeitumständen, nach der Veränderlichkeit der Preise richten muß (§. 6.); so muß sie auch auf die örtlichen Verhältnisse jederzeit Rücksicht nehmen. Nicht nur sind die Preise der rohen Producte nach der Lage der Oerter, dem Zusammenfluß der Waaren, der größeren oder geringern Betriebsamkeit der Einwohner, so wie der Menge und dem Wohlstande derselben sehr verschieden; sondern es hängt auch sehr viel von dem Umfange und der Leichtigkeit des Absatzes, von dem Betrage des Arbeitslohns, von der Wohlfeilheit des Orts überhaupt, von den öffentlichen Abgaben und von manchen andern ganz besondern Umständen ab. Die Local-*Policey* ist es also, in deren unmittelbaren Wirkungskreis das gesammte *Policey-Taxwesen* gehört.

## §. 13.

Jede Policetaxe hat nach ihren verschiedenen Gegenständen ihre eigenen Schwierigkeiten. Es ist schon bemerkt worden, daß sie immer eher zum Vortheil der Verkäufer, als der Käufer ausfallen muß (§. 7.), und zwar mit Recht, da der aus einer zu niedrigen Taxe entspringende Schaden nur Wenige treffen würde, da hingegen der Verlust durch eine etwas zu hohe Taxe sich unter sehr Viele vertheilt. Die Erfahrung lehrt, daß dieß nicht zu ändern ist, wenn auch die Policetax Grundsätze gefunden zu haben glaubt, nach welchen sie ihre Taxen so genau und so billig als möglich bestimmen könnte. Die Brauer, Bäcker, Fleischer, sollen nach der Absicht der taxirenden Policetax nur einen mäßigen Gewinn, nur ihr nothdürftiges Auskommen haben; und welche Gewerbe nähren ihren Mann besser und reichlicher, als gerade diese? Die Taxen müssen also wohl ihnen günstiger seyn, als dem Publicum. So lang indessen diese Taxen für ein nothwendiges Uebel gehalten werden, wenigstens wünschen, daß die Policetaxatoren selbst zweckmäßig leiten, die richtigsten Grundsätze vorschreiben, damit zwischen Käufern und Verkäufern, keinem Theile zu gunstigen, günstiges Verhältniß beobachtet werde. Aber hier sucht man vergeblich musterhafte Vorschriften; die meisten sind unvollständig, unzuverlässig und wohl gar willkürlich. Ich beschränke mich daher darauf, von der gewöhnlichen Verfahrungsart eine kurze Uebersicht zu geben, und

die besten practischen Anleitungen aus der Policcy-Litteratur nachzuweisen.

## §. 14.

Die Brodtaxe m) beruhet allzeit auf der Mahl- und Backprobe n), weil man vor allen Dingen wissen muß, wie viel Brod aus einer gegebenen Menge Getreides verfertigt werden kann, um, nach der Beschaffenheit des Getreides und des Mehls, die verschiedenen Brodarten taxiren zu können. Hat man dieses ausgemittelt; so muß alsdann die Taxe nach dem Preise des Getreides, dem Abgang in der Mühle und den Mahlkosten, den Auslagen für Holz und andere Unkosten, mit Rücksicht auf einen angemessenen Arbeitslohn und billigen Gewinn, welcher zugleich den Ersatz für Capitalvorschüsse, Hausmiethe, Gesellenlohn u. s. w. enthält, bestimmt werden. Die Mahl- und Backprobe dient — wenigstens für längere Zeit zur Grundlage. Der Fruchtprice aber ist stets wandelbar. Daher muß die Brodtaxe öfters erneuert werden. Um dieß Geschäft, welches gemeiniglich alle Monate wiederkehrt, zu erleichtern, wird in Beziehung auf die vorgenommenen Mahl- und Backproben die Brodtaxe nach den verschiedenen

m) C. Vergius Cameral- und Policcy-Magazin I. 349. Kräniz Encyclopädie VI. 769.

n) Vergius a. a. O. I. 123. Kräniz a. a. O. III. 387. Strelin Real-Wörterbuch für Cameralisten und Deconomen II. 15.

densten Preisen des Getreides ausgerechnet und in Tabellen [Bäckertafeln] o) eingetragen, welche gewöhnlich der obern Policeybehörde von der Localpolicey zur Genehmigung vorgelegt werden. Da die Richtigkeit der Taxe von der Zuverlässigkeit der Mahl- und Backprobe abhängt, diese aber vielen theils zufälligen, theils absichtlichen Irrthümern ausgesetzt ist; so wird einige Ungewissheit auch hier nicht leicht vermieden werden können. Als sehr belehrend verdient v. Wölberndorfs Geschichte des in den Jahren 1790 und 1791 zum Behuf der Brodräutung in Baireuth vorgenommenen Probewägens, Mahlens und Backens des Getreides (Baireuth 1792) Empfehlung.

# §. 15.

Die Fleischtaxe p) hat weder eine — wenn auch nur verhältnißmäßig — so sichere Grund.

o) S. A. Ritterer Unterricht, wie die in den Braunschweig-Lüneburgischen Städten eingeführten Brodtax-Tabellen bey Bestimmung des Brodgewichts zu gebrauchen, ohngeachtet der höheren Marktpreise, als in denen Tabellen befindlich sind. Hannover. Beyträge 1762. St. 25. 28. 91.

p) S. Verglus Cameral- und Policeymagazin III. 142. Krünig Encyclopädie XIV. 135 f. Strelin Real-Wörterbuch III. 696. Klenckenbring über Fleischtaxen; im Hannov. Magazin 1781. No. 98. 99, und in dessen Aufsätzen verschiedenen Inhalts II. 1 f.



Grundlage, noch einen so leicht zu erkundigenden Maßstab, als die Brodtaxe (§. 14.), ist also noch größeren Schwierigkeiten ausgesetzt, als diese, und wird immer in einem hohen Grade unzuverlässig bleiben. Gewöhnlicher Weise wird sie theils nach den eingezogenen Nachrichten von dem Preise des Schlachtviehes auf dem Lande, theils nach den Fleischpreisen benachbarter Orte festgesetzt. Bisweilen läßt auch die Policey einiges Schlachtvieh zur Probe schlachten, woraus sie jedoch niemahls ein ganz zuverlässiges Resultat wird ziehen können q). Ueberhaupt sind bey der Bestimmung einer Fleischtaxe so mancherley Umstände r) zu berücksichtigen, daß ein Fleischschäher, der alles aufs genaueste nehmen wollte, bald dahin kommen würde, aus Gewissensscrupel gar keine Taxe zu machen. Indessen ist bey allen diesen Taxen nur, der Zweck: einen billigen Preis nach Möglichkeit auszumitteln, um das Publicum gegen willkührliche Steigerung und Bevortheilung zu sichern, was man auf andere Weise, bey der bestehenden Zunftverfassung, nicht kann.

## §. 16.

Gewöhnlich wird die Fleischtaxe so ausgemittelt, daß man zu dem Einkaufspreise, den  
Un

q) Krünitz a. a. O. S. 143 f.

r) Eine sehr gute Schilderung siehe Annalen der Braunschweig-Lüneburg. Churlande, Jahrg. 1. St. 2. S. 38 f.



kosten und  
 und Gewinn  
 von aber den  
 Füße und d  
 schlitts, viel  
 Summe mit  
 wo dann da  
 giebt. Ma  
 nicht alles ei  
 stimmung ei  
 tung zu zieh  
 in der Praxis  
 Vortheil im  
 nutzen wissen  
 nicht verhint  
 gen Irrthüm  
 gleichen würd  
 len Fleischtar

Einkaufspreises; der fast bey jedem Stück  
 Schlachtvieh verschieden ist, und wo öfters der  
 Verlust bey einem Einkauf durch den Gewinn  
 bey einem andern ersetzt wird. Einige Policep-  
 gesetze wollen, daß die Fleischer jedesmahl be-  
 scheinen sollen, wie hoch sie ein Stück Schlacht-  
 vieh eingekauft haben \*). Wenn man aber auch  
 selbst ihrer bloßen Versicherung trauen wollte,  
 würde dieß nicht dahin führen, daß man in je-  
 dem besonderen Falle eine eigene Taxe machen  
 müßte?

S. 17.

\*) S. z. B. Wittich Handbuch der Hessencas-  
 selschen Landesverfassung u. Rechte IV. 12.

## §. 17.

r obrig  
r ist das  
g einer  
n Probe  
Fleisch  
sicheres  
nicht aus  
nnsucht,  
Uebri  
ben an  
ämpfen,  
zwecken,  
ist gerei

chen, und welche nur durch eine ununterbrochene,  
strenge Aufsicht einigermaßen verhindert werden  
können \*).

## §. 18.

Die Königliche Societät der Wissenschaften  
zu Göttingen hat im Jahr 1787 die sichere Be-  
stimmung der Fleischtaxen zum Gegenstand einer  
Preisfrage gemacht. Das Resultat der dadurch  
veranlasseten Untersuchung fiel überhaupt nicht  
zum Vortheil dieser Taxen aus, und zeigte, daß  
nur eine wesentlich veränderte Einrichtung der  
Fleisch-

\*) Von verschiedenen Policeproceduren mit wider-  
spänstigen Fleischern s. deutsche Justiz- u. Policey-  
Fama 1802. B. 1. S. 142. 158. 269.

†) Vergl. Hb a Betrugslexicon, Artik. Fleischer;  
und Bergius a. a. O. S. 143.

Fleischpolirey dem Zwecke derselben entsprechen könne. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Preisschrift, nebst zwey Schriften, die das Accessit erhalten haben, von Weisser, Reimar und Weiß, über die Frage: wie können die Fleischtaxen in Städten am sichersten bestimmt werden? oder: durch welche Verfügungen kannt der billigste Preis des Fleisches bewirkt werden? welche von der Königl. Societät der Wissenschaften zu Göttingen auf den Nov. 1787 aufgegeben ist. 1788.“ — Die Weisser'sche Preisschrift und die Weiß'sche Abhandlung sind noch besonders, jene zu Tübingen, diese zu Speyer, im Druck erschienen.

## §. 19.

Bey der Bestimmung der Viertaxe u) wird sowohl der Werth des zu einem Gebäude nöthigen Malzes, Hopfens und Brennholzes, alles nach den laufenden Preisen, als auch, der Aufwand für das Brauhaus, für Arbeitslohn, für Anschaffung und Unterhaltung des Geschirres, für Lichter u. dgl., so wie der Betrag der zu entrichtenden Abgaben und der Zinsen des in der Braustatt stehenden Capitals, in Rechnung gebracht. Gemeiniglich dient der Getreidepreis zur Grundlage der Taxe, und alle übrigen Unkosten werden nach einem allgemeinen Anschlage in einer runden Summe berechnet v). Strelin  
ist

u) S. Th. 3. S. 472. Note 2.

v) S. J. E. die sehr zweckmäßig abgefaßte Bier- und Wrothahns Brautabelle für die Stadt Göttingen; in Vergius's Samml. VII. 271 f.

ist der auf eigene Erfahrung und Berechnungen gegründeten Meynung, daß das Publicum und der Bierbrauer gar wohl haben würden bestehen können, wenn man diesem, neben seiner Auslage für Malz, noch eben soviel für sämtliche übrige Auslagen, Capital-Zinsen und seinen billigen Profit vassiren ließe, als die zu einem Gebräude erforderliche Quantität Gerste nach einem aus dreißig Jahrgängen herausgezogenen Mittelpreis beträgt, vorausgesetzt jedoch, daß die herrschaftlichen Abgaben nicht über fünfzehn Procent von dem Werth des gebräueten Biers betragen, und daß eine Klafter Holz, sechs Schuh hoch und weit, und vier Schuh lang, nicht über sechs oder sieben Gulden (rhein.), und der Centner vom besten Hopfen nicht über hundert und fünfzig Gulden koste w).

w) Strelin Real-Wörterbuch S. 255. 256.

## XXVI.

# Ueber Auf- und Verkauferey, und Monopole.

Die Auf- und Verkauferey kann aus einem doppelten Gesichtspuncte betrachtet werden: einmal, insofern sie durch Hemmung der freyen Concurrenz der Verkäufer Theuerung bewirkt, sodann, insofern sie zum Mittel für die Auf- und Verkäufer dient, die Preise der Lebensmittel und andere gemeine Bedürfnisse nach ihrem Belieben zu steigern, und dadurch das Publicum auf eine gemeinschädliche Weise zu bevorthheilen.

Dem ersten Nachtheile kann die Policey wohl nur mittelbar vorbeugen, dem andern aber muß sie; sobald die dem gemeinen Wesen gefährliche Absicht klar ist, unmittelbar entgegen arbeiten. Auch bey diesem Gegenstande der Policey, wie bey so manchem andern, hat man die Grenzlinie des schädlichen und unschädlichen, des erlaubten und unerlaubten nicht immer genau genug bestimmt.

Aufkaufen zu rechter Zeit, um von den mannigfaltigen Haushaltungs- oder Gewerbs- Bedürfnissen für den billigsten Preis jederzeit einen hinreichenden Vorrath zu haben — wer wird dieß einem klugen und vorsichtigen Hausvater verdenken? Und doch kann auch dieses Aufkaufen unter gewissen Umständen das schnelle Steigen mancher Preise nach sich ziehen. Je größer die Zahl der klugen und vorsichtigen Hauswirthe ist, welche sich zu einer und derselben Zeit, in einem und demselben Districte ausbreiten, um sich mit den nöthigen Vorräthen zu versehen; je mehr Nachfrage nach einer bestimmten Waare von verschiedenen Seiten her in einem Orte zusammentrifft: desto mehr müssen die Besitzer dieser Waaren bewogen werden, nicht nur den bisherigen Preis derselben zu erhöhen, sondern auch sie selbst in der Hoffnung, durch die ferner zunehmende Concurrenz der Käufer einen noch höheren Preis zu erzielen, zurück zu halten. Für beide Theile, den Käufer und Verkäufer der nothwendigsten Bedürfnisse, ist es immer das sicherste und vortheilhafteste Verhältniß, wenn, indem beide einander nöthig haben und verlangen, keiner den andern aufzusuchen braucht. In dem entgegen gesetzten Falle machen nicht, wie es billig und recht ist, beide den Preis, sondern allein der eine, der gesucht wird, und dieser wird selten die Gelegenheit vorbeplassen, das Bedürfniß des Andern zum Hülfsmittel einer unbilligen Expressung zu machen. Die unschuldigsten Aufkäufer verursachen am leichtesten eine künstliche Theuerung

bey

bey den Producenten selbst: Die wahren, ächten Aufkäufer hüten sich wohl, bey diesen eine Steigerung der Preise zu veranlassen; erst wenn sie die wohlfeilere Waare in ihre Vorrathskammern gebracht haben, fängt die Theurung an.

Der Aufkauf zum häuslichen Gebrauch ist also im Allgemeinen nicht für gemeinschädlich und unerlaubt zu halten. Eine der vollständigsten Policey-Gesetzgebungen über diesen Gegenstand a) nimmt ihn auch von dem Strafverbote namentlich aus. Die württembergischen Gesetze erlauben ausdrücklich, sowohl zum Hausgebrauch, als zur Treibung einer Wirthschaft und eines Handwerks, die nöthigen Bedürfnisse aufzukaufen. So dürfen z. B. auf diese Weise die Bäcker mit Brodfrüchten, die Lichtermacher und Seifensieder mit Unschlitt, die Tuchmacher mit Wolle u. s. w. sich versehen b). Da indessen doch auch diese Aufkäufererey gemeinschädliche Wirkungen haben kann, so fragt sich, wie diesen durch zweckmäßige Policeymaßregeln vorgebeugt wird?

Für kleinere Städte, Dörfer und Flecken hat man bisher in dieser Hinsicht unmittelbar gar nicht gesorgt, auch schwerlich sorgen können, und öfters sind da für solche, die nicht selbst Landwirth-

Mm 2

a) S. Kollers Württembergisches Polizeyrecht II. 42 f. 139 u. 149 f.

b) Koller a. a. O. S. 43.



Wirthschaft treiben, die ersten Lebensbedürfnisse theurer, als in größeren Städten. Nur hier sind zweckmäßige Marktanstalten möglich, die das einzige Mittel sind, auch den zufälligen Nachtheilen des Aufkaufs, den man, wenn gleich nicht den unschädlichen, doch den unschuldigen, insofern keine Gewinnsucht dabey ist, nennen kann, größtentheils vorzubeugen. Auf dem Lande muß sich dann jeder helfen so gut er kann, und manche nur dort mögliche Ersparniß wird ihm den Mangel einer Bequemlichkeit, die ihm die Policey nicht verschaffen kann, wohl ersetzen. Auch sind der Landbewohner so viele nicht, welche keine eigene Deconomie haben; für diese wenigen aber wäre freylich ein allgemeines, unbedingtes Verbot alles Aufkaufs höchst verderblich, auch könnte es nicht gehalten werden.

Für die Sicherheitspolicey gehört eigentlich nur die Auf- und Vorkäuferey, welche aus Gewinnsucht auf eine gemeinschädliche Weise getrieben wird, indem derselben die bössliche Absicht, das Publicum durch übermäßige Preise zu brandschagen, zum Grunde liegt. Sie wird als ein peinliches Verbrechen betrachtet, und muß es auch nach den schweren, darauf gesetzten Strafen. Indessen kann sie unter gewissen Umständen doch auch bloßes Policeyvergehen seyn. Diesen Unterschied scheint man nicht immer gehörig beachtet zu haben.

Ueberhaupt sind die Politiker, und selbst die Gesetze über den richtigen Begriff der Auf- und

und Worfäuferey nicht so ganz einig. Bergius c) z. E. meynt, sie sey ein gemeinschädliches Uebel, und manchemahl doch auch so übel nicht. Verschiedene Landesgesetze schütten das Kind mit dem Bade aus, und verbieten allen Auf- und Worfkauf ohne Unterschied. Die meisten aber stimmen, wie Koller d) sehr richtig bemerkt, darin überein, daß sie den Aufkauf in den Häusern (außerhalb der Märkte, es sey in Städten oder Dörfern), wenn er mit dem Zwecke des Wiederverkaufs geschieht, als etwas Gehässiges und vorzüglich Schädliches ansehen, und ihn gewöhnlich unter Androhung der Confiscationsstrafe verbieten.

Die Handlungen, von welcher die Policey hauptsächlich gemeinschädliche Folgen für den Preis der allgemeinen Bedürfnisse fürchtet, sind diese: Leute, welche mit Getreide, Lebensmitteln und andern unentbehrlichen Bedürfnissen handeln, reisen selbst auf das Land, um die daselbst befindlichen Vorräthe zu kaufen, schließen mit den Landleuten, Pächtern u. Lieferungsverträge um einen bestimmten Preis, nehmen die noch nicht geernteten Producte zum voraus in Beschlag, oder bestellen in verschiedenen Districten Unterhändler, die gegen eine gewisse

Mm 3

c) Cameral- und Policey-Magazin IX. 58 f.

d) Württemberg. Völkerrecht II. 43. Note 1.

Belohnung die Producte, worauf sie speculiren, zu rechter Zeit für sie aufkaufen müssen. Andere, die die Sache nicht so ins Große treiben können, begnügen sich damit, auf den Märkten sich so schnell, wie möglich, mit einem guten Vorrathe zu versehen, und da sie nachher beym Wiederverkauf den Preis machen; so handeln sie nicht so genau, als es ein guter Hauswirth zu thun pflegt. Manche treiben die Speculation noch weiter, und gehen den Landleuten, welche ihre Producte zu Markte bringen wollen, entgegen, und kaufen das, was auf den Markt bestimmt ist, weg, so daß die Concurrenz der Verkäufer auf diesem nothwendig vermindert wird. Dieß ist ungefähr der Geschäftsgang bey den Auf- und Vorkäufern im Großen und im Kleinen. Jenes kann man Aufkäuferey; dieses Vorkäuferey nennen. Bey beiden ist der Zweck des Wiederverkaufs mit Gewinn die Triebfeder ihrer Bemühungen.

Ist denn aber dieß so schlechterdings gemein-schädlich und unerlaubt? Nach den meisten Policeygesetzen sollte man es glauben, da sie das Aufkaufen in den Häusern zum Wiederverkauf schlechterdings verbieten. Selbst das preussische Gesetzbuch nimmt die Sache ganz im Allgemeinen. „Wer, sagt es, durch Auf- und Vorkäuferey Lebensmittel und andere gemeine Bedürfnisse vertheuert, oder die Zufuhr derselben zu den öffentlichen Märkten zu hindern oder zu schwächen übernimmt, soll nach Bestimmung der Policeygesetze eines jeden Orts nachdrücklich bestraft

strafte werden“ \*). Diese Polizeygesetze sind dann aber auch größtentheils zu allgemein, und werden selten in aller ihrer Strenge gehandhabt, können es auch wohl, nach den örtlichen Verhältnissen, nicht leicht.

Durch Aufkauf irgend eines Bedürfnisses in bedeutender Menge wird gewöhnlicher Weise der Preis erhöht, die Waare vertheuert. Die Concurrenz der Käufer bewirkt dieß, natürlich wider ihren Willen und Wunsch, denn wer wird nicht lieber wohlfeiler kaufen, als theurer? Sollte nun deswegen jeder Aufkauf unbedingt widerrechtlich und strafbar seyn? Auch ist es leicht zu begreifen, daß, wenn die Concurrenz der Käufer auf dem Lande sich vermehrt, die Zufuhr auf die öffentlichen Märkte abnimmt. Kann man aber daraus dem Aufkäufer so, ohne alle Einschränkung ein Verbrechen machen? Die Absicht der Vertheuerung haben sie wohl in der Regel nicht. Aber die Polizey sieht weniger auf die Absicht, als auf die Folgen. Daher kann freylich Polizeyvergehen seyn, was nie Verbrechen seyn würde.

Die Criminalisten nennen denjenigen einen Vorkäufer oder Aufkäufer, welcher zum Schaden des Staats Waaren und andere nöthige Bedürfnisse des menschlichen Lebens aufkauft, und

M. 4

solche

\*) Preussisches allgem. Landrecht Th. 2. Tit. 20. §. 1292.

folche entweder Niemand wieder überläßt, oder doch wenigstens damit einen dem Staat höchst nachtheiligen Wucher treibt. Ohne den Vorsatz aber, sich auf Kosten des Staats und des Allgemeinen ungebührlicher Weise zu bereichern, nehmen sie das Daseyn eines solchen Verbrechens überall nicht an <sup>1)</sup>, und überlassen also der Policy die Maßregeln, welche auch, wenn ein solcher Vorsatz nicht erweislich ist, doch immer zum Besten des gemeinen Wesens nothwendig seyn dürften, so wie ihr die Vorkehrung zweckmäßiger Vorbeugungsmittel ohnehin in jedem Falle obliegt.

Daß übrigens die Criminal- Gewalt, wenn sie an dem eben angeführten Begriff der Auf- und Vorkäuferey fest hält, damit wenig zu thun haben wird, läßt sich leicht voraussehen. Denn, abgerechnet, daß der Beweis eines bösslichen Vorsatzes immer seine besondere Schwierigkeiten hat, in wie vielen Fällen wird man mit Sicherheit darthun können, daß die Vor- und Aufkäuferey wirklich zum Schaden des Staats gereiche, wenn sie gleich dem Publicum (dem Allgemeinen, wie Quistorp sagt) etwas theure Preise zuzieht? Dadurch leidet der Staat nicht immer, und manchemahl vielleicht gewinnen seine Cassen dabey? Und was für Untersuchungen dürften öfters nöthig seyn, um zu zeigen, daß Einer sich ungebührlicher Weise bereichern wolle?

Wo

<sup>1)</sup> v. Quistorp peinf. Recht, S. 205. 206.

Wo ist denn hier der Maßstab, nach welchem Gebühr und Ungebühr beurtheilt werden muß? Um diesen zu finden, muß man mehr Kenntniß des Handels, und eine genauer mit allen auf ihn wirkenden Umständen haben, als die Rechtsgelehr zu besitzen pflegen, und sich zu ei sind. Zu den Obliegenheiten z gegen gehört es, sich von allem Vorrath und den Preis der z Einfluß haben kann, genau z und ihm würde man daher diesen Gegenstand, wenige Ausnahmen abgerechnet, freylich allein überlassen können.

Wer um eigennützigen Wuchers willen Mangel und Noth unter seinen Mitbürgern erregt, der ist ein Verbrecher. Die Künste, die zu dem Ende angewandt werden, sind viel und mancherley. Selbst bis zum Verderben und Verderbenlassen der Waaren erniedrigt sich bisweilen die Gewinnsucht. Alle diese Künste, sobald durch sie wirklich Mangel und Noth bewirkt ist, seyen dem peinlichen Richter übergeben. Versuche, Attentate — überlasse man der Ahndung der Policcy, die damit zugleich die zweckmäßigsten Gegenmittel verbinden kann g). Die Anwendung solcher Künste

M m 5

also

g) Wie z. B. Graf Rumford, auf dessen Vorschlag der Policerbehörde zu München eine Summe von 20000 Fl. aus den landesherrlichen Casseu vorgezossen wurde, welche dazu angewen-



also werde als Policeyvergehen betrachtet, wenn sie noch keine dem gemeinen Wesen nachtheilige Wirkung gethan haben. Bloße Steigerung der Preise ist, wenn gleich in den meisten Fällen unredlich, doch kein Verbrechen. Auch Den, der mit Andern einen Bund macht, um einen bestimmten gemeinschaftlichen Preis zu halten, kann man nur unter seltenen Umständen eines Verbrechens, öfters nicht einmahl eines Policeyvergehens zeihen, wenn gleich die Policeygesetze im Allgemeinen dergleichen Verabredungen verbieten.

Die Reichspoliceygesetze sind in Hinsicht auf Vor- und Aufkäuferey sehr vollständig, und ihnen sind die meisten älteren Landesgesetze über denselben Gegenstand ganz nachgebildet. Jene sind alle aus dem sechzehnten Jahrhundert, und nur im Allgemeinen durch den Reichsschluß von 1668 bestätigt. Die älteren unter diesen Reichsgesetzen haben es hauptsächlich mit großen Handelspeculationen zu thun; die späteren

bet werden sollten, durch eine wohlthätige Concurrenz die Preise der ersten Lebensnothwendigkeiten herabzusetzen, so wie der Wucher irgend eines derselben übermäßig zu steigern anfangen würde. Weltkunde 1798. No. 119. — Dieses Mittel ist besonders sehr angemessen, um gewinnfüchtigen Speculanten, die mit ihren Waaren zurückhalten, auf einmahl einen Strich durch die Rechnung zu machen, und ihnen die Lust zu solchen Speculationen für die Zukunft zu vertreiben.



teren nehmen auch auf die Kauf- und Verkaufserre im Kleinen Rücksicht.

Im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert war der deutschen Handlung glänzendste Periode; aber den Werth, den dieß auch für den Staat hatte, erkannte die damalige Staatswirthschaft nicht. Der Reichtum, die Größe und Macht der Städte war vielmehr ein Gegenstand des Neides und der Eifersucht der Fürsten und Herren. Und doch mußten sie in ihren nur zu häufigen Geldbedrängnissen an die reichen und stolzen Städtebewohner sich wenden, die natürlicher Weise ihre Capitalien nicht umsonst herließen. Das waren dann unchristliche Wucherer, besonders wenn sie wieder bezahlt seyn wollten. Auch die mancherley Waaren und Geräthschaften, die der allmählig wachsende Luxus endlich zum Bedürfniß gemacht hatte, kamen nur aus den Städten, und waren freylich nicht immer um einen gleich billigen Preis zu haben, ja! dieser erhielt sich endlich auf einer gewissen Höhe, die man vormahls nicht gewohnt war h).

Ueber

- h) Selbst der Preis des Getreides stieg, ohne Mangel, beträchtlich. „Alle Menschen auf Erden, sagt ein gleichzeitiger Schriftsteller, schreyen und klagen, warum doch das Getreid so überschwenglich, und je länger je mehr täglich theurer wird, und sind doch allenthalben in Städten, Märkten und Dörfern Bauerleute genug.“ Aventin Chronik, Vorrede des 5ten Buchs. — Die Ursachen s. Schmidt Geschichte der Deutschen IV. 451.

Ueber die stets zunehmende Theurung klagte man auch im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, wie im Anfang des jetzigen.

Damals suchte man die Ursachen davon nicht tief: man fand sie in den „großen Gesellschaften der Kaufleute, so bishero mit ihrem Geld regiert, ihres Willens gehandelt, und mit Theurung dem Reich, dessen Inwohnern und Unterthanen merklichen Schaden, Nachtheil und Beschwörung eingeführt, einführen und noch täglich thun gebühren“ 1). Schon in den früheren Zeiten des deutschen Handels hatten die in Deutschland handelnden Italiäner den deutschen Kaufleuten das Beispiel wichtiger und gewinnreicher Handelsverbindungen gegeben, die man aber auch damals schon als äußerst gefährlich ansah, und vielleicht mit mehrerem Rechte, da die großen Geldgeschäfte jener Fremdlinge, selbst wenn sie nicht durch unmäßigen Wucher das Vermögen Einzelner erschöpften, doch immer dem Gelde der Deutschen einen gemeinschädlichen Ausfluß ins Ausland verschafften.

Daß zu großen und wichtigen Handelsunternehmungen auch die deutschen Kaufleute sich in Gesellschaften vereinigten, was war natürlicher und zweckmäßiger? Daß solche Gesellschaften  
einen

1) Wahlcap. Kaiser Karls des Fünften, Art. 17.

einen bestimmten Handelszweig fast ausschließend an sich zogen, war davon eine leicht zu erklärende Folge. Daß sie aber deswegen die Preise ihrer Waaren willkürlich steigerten, das behaupteten zwar ihre Feinde, aber zutreffende Beweise sucht man in den Schriftstellern jener Zeiten vergeblich. Es mag wohl seyn, daß bisweilen eine Handelsgesellschaft die Umstände sehr zu ihrem Vortheil benutzte, aber die Thatsachen, welche man gegen alle diese Handelsgesellschaften anführte, lassen auf weiter nichts schließen, als daß sie den Großhandel besser verstanden, als die Fürsten, Grafen und Herren, die über ihren unchristlichen Wucher schrieben. Selbst mancher Edle, der sich nicht auf Reuterei legen, nicht vom Sattel oder Stegreif leben, d. h. nicht Straßenraub treiben mochte, verband sich mit dem gewerbsamen Kaufmann, und nährte sich durch redlichen Gewinn, als seine Standesgenossen. Aber desto mehr haßten diese das unritterliche Gewerbe!

Bereits in der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts ward den großen Gesellschaften der Kaufleute der Untergang geschworen. „Es seyen, heißt es in Kaiser Sigmunds weltlicher Reformation, groß Gesellschaften aufgestanden, die zusammen spannen, und treiben groß Kaufmannschaft; es gehe ihnen wohl oder übel, sie schreiben es se darnach, daß sie nicht versieren. Das kommt aller Gemein in den Städten und auf dem Lande übel. Man soll dawider seyn, daß solche Bündnuß abgestellt werden, und mins-  
dert

der mehr gefunden werdt von Edeln noch von Bürgern“ k).

Alein erst im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts erhoben sich die Gesetzgeber Teutschlands gegen diese so verschrieenen Gesellschaften. Man wird glauben, ihr Unwille sey gegen die Werthheuerung der Lebensmittel, gegen schändlichen Kornwucher, gegen gewinnsüchtige Steigerung des Preises der ersten Lebensbedürfnisse gerichtet. Nein! die gesteigerten Preise von allerhand Waaren und Kaufmannsgütern, als Specerey, Erz, Wollentuch und dergleichen, sind der Gegenstand ihres gesetzgeberischen Eifers, und dabey beziehen sie sich auf die gemeinen beschriebenen kaiserlichen Rechte. Aber diese reden nicht von Gewürzen, Erz und Wollentüchern, sondern von den ersten, unentbehrlichsten Lebensmitteln l).

Wie Kaiser Sigismunds Entwurf einer politischen Reformation, beginnt das Gesetz m) mit der Einleitung: „In kurzen Jahren seyen viel große

k) Goldast Imp. etc. rescripta et statuta p. 190.

l) C. tit. P. de Leg. Jul. de annona. l. 6. pr. D. extraord. crim. Hier heißt es zwar: debis custodire ne dardanarii ullius mercis sint; der Zusammenhang zeigt aber, daß dieß nur von den zum Lebensunterhalt nöthigen Producten gemeynt ist.

m) R. R. v. 1512. §. 16.

große Gesellschaft in Kaufmannschaft im Reich aufgestanden, auch etliche sondere Personen, die allerley Waar und Kaufmannsgüter, als Spicerey, Erz, Wolleentuch und dergleichen in ihre Hand und Gewalt allein zu bringen unterstehen, Fürt Kauf damit zu treiben, setzen und machen ihnen zu Nothheit solcher Güter den Werth ihres Gefallens: fügen damit dem heiligen Reich und allen Ständen desselben merklichen Schaden, wider gemein beschriebene kaiserliche Recht und alle Erbarkeit.“ Daher wird, zur Förderung gemeinen Nutzens, solche schädliche Handthierung gänzlich verboten und abgestellt, und, wer dagegen handelt, dessen Haab und Güter sollen confiscirt und der Obrigkeit jegliches Orts verfallen seyn; auch sollen dergleichen Gesellschaften und Kaufleute hinfüro durch keine Obrigkeit im Reich geleitet werden, sie auch desselben nicht fähig seyn, mit was Worten, Meynung oder Clauseln solch Geleit gegeben worden.

Dabey fühlte man jedoch, daß man auf diese Art, ohne alle nähere Bestimmung, die wider Kaufleute gänzlich in die Gewalt der Obrigkeiten geben würde, und sie hin und wieder vielleicht eben das Schicksal, wie die Juden an manchen Orten, haben könnten, die man ungehindert durch allerley Wucher sich bereichern ließ; und sie dann, unter irgend einem Vorwand, in Haft und Untersuchung zog, wo sie sich glücklich schätzen durften, wenn sie mit dem Verlust des Schutzes und aller ihrer Güter davon kamen.

Man

Man erklärte daher ausdrücklich, daß übrigens Niemandem verboten seyn soll, mit Andern in Gesellschaft zu treten, um beliebige Waaren zu kaufen und wieder zu verkaufen. Nur soll er sich nicht unterstehen, sie in eine Hand zu bringen und ihren Preis nach Willkür zu bestimmen, oder aber bey den Vorläufern für sich allein zu besprechen, oder endlich mit Käufern und Verkäufern einen gewissen Preis zu verabreden. Wie aber, wenn diese erlaubten Handelsgesellschaften dennoch die Preise der Waaren steigerten? Dann soll jede Obrigkeit die Theurung abschaffen, und einen redlichen, ziemlichen Kauf verfügen <sup>n)</sup>. Also das beliebte Taxsystem!

So gefährlich das strenge gesetzliche Verbot für die Handelsgesellschaften zu seyn schien; so bequemt war für sie die Ausnahme, die zwar freylich die Regel bekräftigte, aber auch vereitelte. Denn welche große Handelsgesellschaft sollte sich nicht unter die Zahl der erlaubten zu stellen geruht haben? Auch gab man ihnen Schuld; daß sie ihre Reichthümer sehr glücklich zu benutzen wußten, um sich mächtige Beschützer zu erwerben; und so ihre gemeinschädlichen Geschäfte den Gesetzen zum Trotz nach wie vor zu treiben. Sie leihen, sagte man, zu Handhabung ihrer Handel, etlichen Fürsten oder andern Ständen, doch nicht um geringen Bucher, oft viel Gelds, von etlichen andern nehmen sie Geld

n) M. A. v. 1512. §. 17. 18.



Geld zu Gewinn und Verlust in ihre Gesellschaften, den Dritten aber, ihren Rätthen, thut sie tapfere Schenken, und die Bietre ziehen sie mit Heurath, auch andere Freundschaften, listiglich an sich, damit dieselben Alle oder zum Theil ihre erschrockliche, thätliche Mißhandlung desto länger helfen vertheidigen und handhaben.

Das alles dürfte Findung des Reides seitens, daß die Klagsmanns-Gesellschaften Kaiser Maximilian de Verdacht eines Einvernehmens geblieben seyn; gegen Finanzverlegenheiten Hülfsmitteln und Fir. Daher wurde sein I. pflichtet, zur Abstellung jener gemeinschädlichen Gesellschaften mit Churfürsten, Fürsten und Ständen sich zu vereinigen o).

Der Adel, der bey dem täglich mehr sich befestigenden Landfrieden sein altes Mittel, sich auf die wohlfeilste Weise mit den nöthigen Kaufmannswaaren zu versehen, nicht mehr gebrauchen konnte, betrieb die Erfüllung des kaiserlichen Versprechens und die Vollziehung der bereits bestehenden Gesetze am eifrigsten. Gegen ihn meynete er, und seine althergebrachte Reuterey ver-

o) Wahlcap. Kaiser Karl des Fünften, Art. 17.

v. Berg Polleyn. Ab. 4.



verfahre man mit aller Strenge, die Kaufleute aber werden geschont. Auf den letzten vier oder fünf Reichstagen, klagte er im Jahre 1523, hätten gemeine Reichstände über die aufgerichteten kaiserl. Recht und gemeine Reichsordnungen, so die Monopolien und unziemliche, schädliche, große Gesellschaften bey mercklichen Strafen verbieten, oftermals berathschlägt; was man hierinn weiter zu Handhabung obgemeldter Recht und Ordnung, auch diesen schädlichen, gefährlichen Leuten; zuwider fürnehmen sollt; aber es sey doch mit der That, wie gegen den Adel täglich geschehn, bisher nie vollzogen, wiewohl die Städte, weil ihre gemeine Bürger dadurch mercklich verderbt worden, auch gern dazu hülffen. Es sey daher äußerst notwendig, daß endlich einmahl ohne weiteren Verzug ein ernstliches Einsehen gethan werde.

Diese Klage ward durch eine Schilderung unterstützt, die deutlich genug beweist, daß die Herren nur wenig von dem verstanden, wovon sie sprechen. „Offenbar sey es, wie die großen Gesellschaften in Teutscher Nation des heiligen Reichs Unterthanen schier aus allen Ständen bisher hoch und übermäßiglich beschweret haben mit ihren Monopolien, Verbündnissen, einheiligen Aufsetzen: wie hoch eine jede Waar verkauft soll werden, Niederdrückung der armen gemeinen Kaufleute, bey denen man besten Rauff aller Waar bekommen möcht, mercklichen überschwenglichen Wucher, so sie, über allen ihren Kosten und ziemlichen Gewinn, jährlich

aus Teutſche Nation aufheben; einſammeln und doch neben andern Reichs-Ständen faſt wenig Steuer oder Darlegen thun zu Abwendung der zufälligen Beſchwerden des gemeinen Vaterlands und des Röm. Reichs. Es ſey auch durch etliche ihre Mit-Händler, oder derſelben Bewohner, erſchollen; daß den Geſellſchaften in den nächſten 10 oder 15 Jahren allein auf dem Meer zwiſchen Seeland und Portugal an Gold, Silber, Kupfer und etlicher wenig anderer Waar, als Pärkat ꝛc. (dann Königl. Würd zu Portugal begehrte um den Pfeffer und ander Gewürz allein Silber, Gold und Kupfer, laſſe ihm auch mit anderer Waar ſein verkauft Würz gar ſelten und beſchwerlich vergleichen) mit Ertrinken der Schiff und ſonſt naßend biß in 10 oder 1200000 Fl. werth Schadens geſchehen ſeyn ſoll: Es ſey auch wiſſentlich, daß eine Teutſche Geſellſchaft mit ehgeheiltem König auf einen Kauff anzunehmen gehandelt habe; biß auf 600000 Fl. werth in einer kurzen Zeit mit zu bezahlen; doch mit dem G. Würde andern Teutſchen ſo verkauffen ſollte. Daraus eiſo jedermann im Röm. Reich müntzt und ungemüntzt Silber hinkomme, welches auch Venediger Meer und fürter d. Chriſtenheit zuwider und übertung der Kayſerlichen Recht je zu Zeiten wiſſentlich zugeſchoben und verhandelt werde, alſo, daß man deß jezo zur Wehre gegen den Türken und andern im Reich anliegenden Noth-Sachen nicht

zu geringem Nachtheil Teutscher Nation einen mercklichen Mangel habe. Ueber solche Schwächung des gemeinen Nutzens machen sie ihnen schier alle und jede besondere Personen und Inwohner des Röm. Reichs mehr zinsbar, dann hievor in Menschen Bedenken geweßt, indem daß dieselben ihnen nicht allein jede Specerey und Gewürz, sondern auch allerley andere Stück und Krämerey, so sie verkauffen und in ihr zweyer oder dreyer Gesellschaft Hand allein mit Behendigkeit gar bringen, setzen und verkauffen, ihres Gefallens, dermassen, als ihrer etlich selbst bekennet haben, daß sie oft mit 100 Fl. Haupt-Guts im Jahr 40, 50, 60 bis in 80 Fl. gewinnen, auch ohne Zweifel Teutscher Nation ein Jahr mehr verdeckter Weis listiglich schaden, abschätzen und unter dem Dach abrauben, dann alle die andern Geld-Räuber in 10 Jahren thun mögen, und wollen nicht Mißhändler, sondern erbar genannt seyn“ p).

Wenn indessen in dieser Beschwerdeschrift angeführt war, daß auch die Städte damit einverstanden seyen; so zeigte sich bald genug das Gegentheil. Die Stadt Augsburg, damahlß eine der ersten Handelsstädte Teutschlands, zeigte in einem von ihr erstatteten Bedenken, daß die Feinde der großen Handelsgesellschaften die Sache  
gar

p) Beschwerden der Ritterschaft, den Kaiserlichen Statthaltern und den Reichsständen zu Nürnberg übergeben 1523. Goldast polit. Reichshandel S. 978.

gar zu sehr übertrieben, und, wenn sie gleich nicht in Abrede stellte, daß durch eigentliche, wahre Monopole der Handelsstand nicht weniger, als das Publicum gefährdet werde; so bemerkte sie doch, daß in diese Classe große Handels speculationen auf gewisse Waaren keinesweges gesetzt werden könnten, vielmehr nothwendig erlaubt seyn müßten, wenn der Handel nicht gänzlich gelähmt werden sollte.

In den Reichsabschieden von 1526 u. 1529 wurde hierauf bloß die Befolgung der früheren Verordnungen im Allgemeinen eingeschärft, nur daß daselbst der Monopole zuerst gedacht wird. Im Reichsabschied von 1530 ist die Vorschrift von 1512 ausführlich und fast wörtlich wiederholt, auch im R. A. von 1532 abetmähls verordnet, daß dasjenige, was beide wegen der Wucherer, Juden, Monopoliker und anderen, die unbillige Contract und Handthierung treiben, enthalten, streng vollzogen werden soll. Die Reichs-Policeyordnung v. 1548 und v. 1577 q) stimmt im Wesentlichen mit den vorhergehenden Gesetzen überein, zeichnet sich jedoch durch eine vollständigere Darstellung der Art, wie die „betrieglichen, gefährlichen und ungebührlichen Güterkäuf“ getrieben werden, und durch eine ausführlichere Vorschrift wegen des gegen die Gesetzübertreter zu beobachtenden Verfahrens, hauptsächlich aber dadurch aus, daß nunmehr auch der

Am 3

26

q) Weibr: Tit. 12. §. 1 — 12.

550 XXVI. Ueber Auf- u. Vorläuferen,  
Lebensmittel, des Kornes, Weins u. dergl.  
gedacht wurde.

Man scheint in allen diesen Verordnungen  
einige mit dem Großhandel gewöhnlich verbun-  
dene, und davon fast untrennbare kaufmännische  
Operationen vermischt und verwechselt zu haben;  
jedoch war der Gesichtspunct nunmehr dadurch  
erweitert, daß nicht bloß vorübergehende Han-  
dels-Speculationen mit einer oder der andern

der ausschließende, fort-  
nhandel mit gewissen Waa-  
Monopol), Gegenstand des ge-  
wurde. Der Monopolist reißt  
Ierwerbe allein an sich, und will  
n die Concurrenz bey demselben  
|. Dieses kann er allerdings nur  
Aufkauf, und solche Mittel,  
nenhängen, bewirken. Allein

dadurch kann er doch nur die Concurrenz erschwe-  
ren, vielleicht auf einige Zeit ganz verhindern,  
aber kein Ausschließungsrecht erlangen. Dieß  
kann er nur durch höhere Bewilligung, und  
diese vorzüglich ist es, welche man in der  
Regel als gemeinschädlich zu betrachten hat.  
Auch die vorliegenden Reichsgesetze wollen, daß  
den Monopolisten gegen ihr Verbot keine Frey-  
heit, in was Schein die immer seyn oder fürs  
bracht werden möchte, schükken soll r).

Wad

r) N. P. O. v. 1548 u. 1577. Tit. 18. §. 12.

Was nun die Vorn- und Aufkäuferen betrifft; so bemerken die Gesetzgeber zuvörderst, es seyen in kurzen Jahren (die Klagen darüber waren schon über hundert Jahr  
fellschaft in Kau-  
auch etliche sonder-  
Handthierer und Kaufleute  
welche auf eine gemeinsch-  
reichern suchen, indem  
lerley Waaren und Kaufn  
Korn und anders dergle  
bis auf die geringsten,  
walt allein zu bringen,  
mit zu treiben, und dens  
ihrem Gefallen zu setzen,  
zu seyn, hätten sie von  
ren und den steigenden o  
den Landen hin und wieder  
sonderheit wenn die Wa  
in Aufschlag kommen, u.  
Nachrichten früher, als die andern Kaufleute,  
zu verschaffen. Auch verabredeten sie mit Käu-  
fern oder Verkäufern, die Waaren, worauf sie  
ihr Absehen gerichtet hätten, zurückzuhalten, oder  
auch Niemand, als ihnen, zu verkaufen, oder  
wenigstens von einem bestimmten Preis derselben  
nicht abzugehen.

Man sieht leicht, daß hier den Kaufleuten  
zum Theil Vornwürfe gemacht werden, die sie  
nicht verdienen, und daß der geschickte und thät-  
tige Kaufmann gerade so handeln muß, wie es  
zum Theil hier beschrieben ist. Nur die zuletzt



ngen geziemen allerdings dem  
 in nicht <sup>a)</sup>. Eben deswegen  
 beschwerden übertrieben und  
 indet waren, haben Kenner  
 elsgeschichte die darauf beru-  
 Verbote, welche alle jene Han-  
 ne Unterschied für schädliche  
 lären, als höchst nachtheilige  
 n betrachtet. „In Teutsch-  
 ich <sup>t)</sup>, tritt zu allen Zeiten  
 aus gegen den teutschen Han-  
 er sich einigermaßen heben  
 n Reichs wegen suchte man  
 d der Natur das Mittel zu  
 entziehen, wodurch sie große Unternehmungen  
 wagen und ihren Handel am sichersten heben  
 konnte.“ Auch Schmidt <sup>u)</sup> findet es sonder-  
 bar, daß bey Privatschriftstellern sowohl, als auch  
 in den Reichsabschieden so große Klagen gegen  
 die damahligen großen Handelsgesellschaften vor-  
 kommen, da doch diese das sicherste Mittel seyen,  
 den Handel zu heben und wirklich auch den han-  
 featischen meistens hervorgebracht hätten. Al-  
 lerdings können solche Gesellschaften den Werth  
 der Güter ihres Gefallens setzen <sup>v)</sup>, wie ihnen  
 in

a) Vergl. Th. I. S. 361. 362.

t) Handbuch der teutschen Reichsgeschichte, S. 559.

u) Geschichte der Deutschen IV. 454.

v) Das können sie nicht einmahl, wenn es ihrer  
 mehrere sind, die mit derselben Waare handeln.



in dem Eddner Reichsabschied von 1512 vorge-  
rückt werde; allein auch nur sie seyen im Stande,  
sich in große Unternehmungen zu wagen, ohne  
die der Handel allemahl bloß im Kleinen sich fort-  
schleppen muß. Auch könne dem erstern durch  
gute Einrichtungen und Gesetze gesteuert werden,  
ohne daß man dergleichen Gesellschaften ganz  
darnieder zu reißen brauche.“

Das wollten nun zwar die Gesetzgeber nicht;  
denn sie erklärten ausdrücklich: „Niemanden  
soll verboten seyn, sich mit Jemanden in Gesell-  
schaften zu thun, Waaren zu kaufen und zu ver-  
handthieren.“ Aber durch die zum Theil grund-  
losen Einschränkungen, durch die harten Confi-  
cations- und Relegations-Strafen, durch die  
Begünstigung der Denuntiationen w) setzten sie  
den deutschen Handel einer Menge willkührlicher  
Bedrückungen aus, die, in Verbindung mit den  
damahls ihm immer ungünstiger werdenden Zeit-  
umständen, nothwendig einen sehr nachtheiligen  
Einfluß auf ihn haben mußten.

Indessen wurde, überein-  
gesetzlichen Vorschriften, fi-  
neuen Reichsoberhaupten der  
großen Gesellschaften und Ka-  
mit ihrem Geld regiert, auf-  
gemacht x). Zwar wurde her

N n 5

ern

w) A. P. O. v. 1548 u. 1577. Tit. 18. §. 9. 10.

x) E. v. Niegger Kaiser Joseph des II. harmo-  
nische Wahlcapitulation I, 280 f.

erinnert, die ganze Verordnung scheine nicht mehr auf unsere Zeiten zu passen, und wäre, als überflüssig, auszulassen y); allein ohne Erfolg. Schon nach dem Project der beständigen Wahlcapitulation sollte die Stelle also abgeändert werden; der Kaiser soll über diejenigen, so mit Wucher, und unzulässigem Vorkauf und Monopolen dem Reich und dessen Einwohnern mercklichen Schaden thun, nach Inhalt der Policeyordnung, ernstliches Einsehen thun und verfahren. Erst aber aus Josephs des Zweyten Wahlcapitulation wurde die ganze Stelle ausgelassen, und bloß die Verpflichtung des Kaisers, keine Privilegien auf Monopole zu erteilen, beybehalten, womit auch die neueste Wahlcapitulation z) übereinstimmt.

Ob nun gleich in dem Reichschluß von 1668 wegen Abschaffung unzulässiger Monopole beliebt ist, daß es bey demjenigen, was deroentwegen in verschiedenen Reichsconstitutionen sowohl, als auch den beschriebenen gemeinen Rechten enthalten, zu lassen und darauf mit allem Ernst zu halten sey; so ist doch auch hier nur von verbotener monopolischer Handlung die Rede, so daß man, nach dem ganzen Gange der Gesetzgebung, die der Handlung im Großen zum Theil unangemessenen und nachtheiligen

Be-

y) Kaiser Karls des Siebenten Wahlcapitulation III. 96.

z) Art. 7. §. 3.

Bestimmungen der Reichs-Policeverordnung mit Recht als aufgehoben ansehen kann.

Eine genauere Bekanntschaft mit dem Gange der Handlung im Großen mußte über die großen Handelsgesellschaften in

ein

erk

se

ver

un

ne

the

zu

den ihnen brauchbaren

er zu, oder abnehmenden

Nachfrage, der fallenden oder steigenden Preis

sen, dem größeren oder geringeren Bedürfniß

an den gewöhnlichen Absatzörtern u. d. m. sorg-

fältig und zu rechter Zeit Erfundigung einziehen,

und darnach im Kaufen und Verkaufen ihre

Maßregeln nehmen. Man wird sie nicht zu den

unchristlichen Wucherern, Juden und Monopo-

litern rechnen, wenn sie bey günstig scheinenden

Conjuncturen sich von Gewinn versprechenden

Waaren einen möglichst großen Vorrath zu ver-

schaffen suchen, und wenn sie sich wohl hüten,

denselben bey der ersten, besten Gelegenheit

leichtfertig loszuschlagen. Man wird sie auch

alsdann nicht strafbar finden, wenn sie die Ge-

legenheit nicht verschmähen, einen Handelsartis-

kel, den sie den Umständen nach mit Vortheil

wieder verschließen zu können hoffen, ganz oder

größtentheils an sich zu bringen. Die Betrieh-

samkeit anderer Kaufleute wird selbst in einem

solchen

solchen Falle bald das Gleichgewicht wieder herstellen, und öfters wird das Publicum durch den auf dergleichen Speculationen nicht selten folgenden schnellen Wechsel der Preise bald genug entschädigt.

dieses gilt nur von eigentlichen Waaren, selbst von Lebensbedürfnissen, sobald sie wahren kaufmännischen Geseyn dürfen. Was für Eins dieser Hinsicht die meisten Ländere enthalten, wird weiter unten

So wenig nun die Policy in neuern Zeiten ächte Handelspeculationen zu hindern gemeint seyn wird; so wenig duldet sie dagegen solche, welche auf die Einführung gemeinschädlicher Monopole abzielen. Bey diesen wird, ihrem richtigen und gehörig bestimmten Begriff nach, die Absicht einer fortwährenden Ausschließung Anderer von demselben Handlungsweize oder gar der Begründung eines Ausschließungsrechts vorausgesetzt. Dahin zielen dann die in unsern Reichsgesetzen auch verbotenen Verbindungen zur Haltung eines gewissen Preises unter sämtlichen Besitzern einer und derselben Waaren und die Verpflichtung der Verkäufer, allezeit nur an gewisse Personen ihre Vorräthe zu verkaufen, anderer Künste nicht zu gedenken, durch welche die Gewinnsucht einen Alleinhandel sich zu erschleichen bestreben mag. Durch keine Bemühung

hung dieser Art, wenn sie auch einen noch so glücklichen Erfolg hat, kann jedoch ein Recht zum Alleinhandel erworben werden. Gelingt es daher auch der Policey nicht, die ersten Versuche des monopolisirenden Kaufmanns zu vereiteln; so wird sie ihn doch, gerade wenn er dem Ziele am nächsten zu seyn glaubt, durch zweckmäßige Mittel in die gehörigen Grenzen zurückzuweisen wissen. Ihren kräftigsten Beystand wird sie aber in dem Handelsgeiste selbst finden, wenn sie ihn nur frey und ungestört wirken läßt.

Unverlaubt sind und bleiben jedoch alle Monopole, die ein Privatmann auf irgend eine Art sich anzumäßen untersteht. Dessen ungeachtet kann es unschädliche, ja sogar nützliche Monopole geben <sup>a)</sup>, die aber, eben weil die Regel gegen das ganze Geschlecht ist, nicht ohne Genehmigung der Regierung stattfinden können. Daher kommen nun die Privilegien zum Alleinhandel, die allein die rechtliche Existenz eines Monopols möglich machen. Nach allgemeinen Grundsätzen hängt es also von dem  
 Gra

a) S. Vom Nutzen und Schaden der Monopolien, samt der Einschränkung, unter der sie nützlich seyn können, in zwey Abhandlungen des Probst Quirl und Cammerath Klippstein, die beide von der Casselschen Gesellschaft 1778 den Preis erhielten; herausgegeben von D. J. F. Künde. Cassel 1778. Vergl.: Ueber die Monopolien, nebst Bemerkungen über die in dieser Materie herausgekommenen Schriften. Hannover 1779.

Regierung ab, ob sie in gewissen einhandel gestatten will oder nicht. Monopole nicht nur Privatpersonen in selbst für Rechnung des Staats an. Nach unsern Reichsgesetzen aiser, als solcher, gar keine Privilegien ertheilen b). Auch die Reichsstände keine Monopole in ihren Ländern und die Monopolisten soll keine Art sie auch wäre; schützende, welche dieses verordnen, beschaffen auf die gemeinen geschriebenen Rechte; zum deutlichen Beweis, daß der Kaiser und die Reichsstände die noch anwendbaren römischen Polizeygesetze jederzeit für verpflichtend gehalten haben. Diese verwerfen nun freylich jedes Monopol, nicht nur, was ein Privatmann sich selbst anmaßt, sondern auch wodurch er etwa eine kaiserliche Vergünstigung erhalten haben sollte. Diese soll als erschlichen und ungünstig betrachtet werden c). Man sollte daher glauben, daß auch in einzelnen Reichslanden jedes Monopol ohne Unterschied

b) S. oben S. 92 f.

c) „Jubemus; ne quis . . . . cuiuslibet ad victum vel ad quemcunque vsum pertinentis speciei vel cuiuslibet materiae, pro sua auctoritate; vel sacro iam elicto aut in posterum eliciendo rescripto, aut pragmatice sanctione; vel sacra nostrae pietatis sanctione; monopolium audeat exercere.“ L. un. de monopolis.



schied durch die allgemeinen reichsgesetzlichen Verbote für unstatthaft erklärt sey. Zwat sagt man, daß diese eigentlich nur gegen schädliche und eigenmächtige Monopole gerichtet seyen; also sein dieses stimmt mit den Worten der Gesetze keinesweges überein. Schon im Speierischen Reichsabschied von 1526 a) werden die Monopole überhaupt eine eigennützige, unseidliche Handlung genannt, die in gemeinen kaiserlichen Rechten bey hoher Pön und Straf verboten sey. Auch der hieher gehörige Titel der Reichs-Policordnung von 1548 und 1577 beginnt damit: „Die monopolia, betrüglische, gefährliche und ungebührliche Fürtauf seyen sowohl in gemeinen und geschriebenen Rechten, als auch den Reichsabschieden verboten. Es scheint daher, daß bey der Abfassung jener Reichsgesetze Monopole überhaupt für gemeinschädlich gehalten worden sind, und es deswegen die Absicht der Gesetzgeber gewesen ist, sie ganz im Allgemeinen zu verbieten.

Noch weniger möchte ich mit dem Freiherrn v. Ermer \*) dafür halten, daß das Verbot der Reichsgesetze bloß von Monopolen im ganzen Reich zu verstehen, mithin auf die reichsständischen Territorien nicht zu erstrecken sey. Wie ließe sich diese Meynung mit den gesetzlichen Vorschriften, daß eine jede Obrigkeit in ihrem Gebiet

a) §. 26.

\*) Beplattische Nebenstunden II. 174.



biet das Verbot der Monopole handhaben, daß dasselbe für alle Handelsleute in Deutschland, und für alle Theile des Reichsgebiets gelten soll, irgend verrinigen?

Man dürfte daher leicht geneigt seyn, denjenigen Rechtsgelehrten beizustimmen, welche den teutschen Reichsständen das Recht, entweder landesherrliche Privilegien zum Alleinhandel zu ertheilen, oder einen Alleinhandel zum Besten der landesherrlichen Cassen selbst zu treiben, gänzlich absprechen g). In verschiedenen Ländern sind durch ausdrückliche Verträge auch in dieser Hinsicht der landesherrlichen Regierungsgewalt bestimmte Grenzen gesetzt, welche nicht überschritten werden dürfen. h)

Mit

h) R. P. O. von 1577. Tit. 18. §. 6: „Es soll auch eine jede Obrigkeit in ihrem Gebiet mit Ernst und Fleiß bestellen; und darob seyn damit die vorgesezte Ordnung gestracks gehalten und derselben gelebt werde.“ Das. §. 12: „Desgleichen soll die gegenwärtige Ordnung, Satzung und Verböt, mit allen Artikeln und Inhaltungen, männiglich; so im heil. Reich teutscher Nation Handthierung treiben wollen, auch alle Fürstenthüm, Herrschaften, Städte und Communen begreifen und binden; und sie hinwider einig Welet, Sicherheit oder Freiheit, in was Weis die immer seyn oder fürbracht werden möchten; weder schützen, schirmen, noch fürtragen.“

g) E. J. E. Häberlin Handbuch des teutschen Staatsrechts §. 362. Dessen Repertor. des teutschen Staats- und Lebensrechts III. 514.

h) So ist z. E. im mecklenburgischen Erbvergleich §. 340 festgesetzt, daß die Monopol-

Nach allgemeinen Grundsätzen würde man jedoch über den Zweck der reichsgesetzlichen Verbote aller Monopole hinausgehen, wenn man den teutschen Landesherren auch die Einführung oder Verstattung solcher Monopole verwehren wollte, welche, nach richtigen Grundsätzen der Polizeywissenschaft, für gemeinnützig gehalten werden können, und wodurch eines Dritten wohlverworbenes Recht nicht verletzt wird. Sehr richtig sagt daher Roth 1): „Teutsche Landesherren können vermöge ihrer Landeshoheit, wenn es die wahre Wohlfahrt des Staats fordert, Monopolien ertheilen. Die Gründe aus der Polizeywissenschaft sind nicht so geartet, daß sie alle Monopolien ohne Ausnahme unerlaubt machen und somit den Landesherren alle Macht und Recht in allen Fällen benehmen könnten. Es giebt gute, nützliche Monopolien.“

Das

lia oder die landesfürstlichen Vermöge deren Einem allein, oder Personen der alleinige Handel zu Wasser oder zu Lande bepfleget, nach wie vor nicht zu statthafft seyn sollen; und in gischen Vergleich von 1770 Cl. 4. §. 11 ist; bey Gelegenheit des Salz- und Toback-Monopols, erklärt, daß überhaupt alle dergleichen Monopole der württembergischen Landesverfassung entgegen seyen.

- 1) Staatsrecht teutsch. Reichslande II. 138. Vergl. dieses Handb. Th. 3. S. 509. Danks Handb. des teutschen Privatrechts II. 222 f.

Damit stimmt auch das Herkommen im teutschen Reiche vollkommen überein, indem nicht nur in mehreren Ländern Monopole als rechtmäßig bestehn k), sondern auch die höchsten Reichsgerichte selbst das reichsgesetzliche Verbot nur auf gemeinschädliche und widerrechtliche, mithin unerlaubte Monopole für anwendbar halten l). Bey diesen ist es jedoch gleichgültig, ob Privatpersonen ein Monopol-Privilegium ertheilt oder ob ein Monopol von der Landesherrschaft selbst getrieben wird. Als einst der Fürst von Hohenzollern, Hechingen gegen eine von seinen Untertanen wegen der Einführung verschiedener Monopole beym Reichs-Cammergericht erhobene Beschwerde vorstellte, sein Land sey ein freyes Aodium, mithin die Landesherrschaft *rei suas moderator et arbiter*, und befugt, ihr Eigenthum (nämlich Land und Leute) zu nutzen, so gut sie könne; auch seyen Kläger Leibeigene, die keinen Handel führen dürften, als wann und soweit die Herrschaft es ihnen erlaube, überdies werde in der Reichs-Policeyordnung nur für ein Monopol gehalten und verboten, wenn eine Compagnie oder einzelne Kaufleute oder Privatpersonen Wein, Früchte oder andere Waaren aufkauften u. s. w., den Reichsständen selbst sey aber dergleichen nicht untersagt; so wurde auf diese — in der That unerheb-

k) Moser von der Landeshoheit in Polceysachen S. 265 f.

l) v. Cramer Behtar. Nebenstunden II. 171 f.

heßliche — Gründe keine Rücksicht genommen, sondern dem Fürsten aufgegeben, die eingeführten Monopole abzustellen. m)

Je seltener über  
wo Monopole be-  
messen befunden wor-  
darf den teutischen  
an die höchsten Reichsgerichten abgeschritten wer-  
den, wenn sie gegen die Einführung neuer Mon-  
opole bey denselben denjenigen Schutz nachsuchen,  
wozu sie reichsgesetzmäßige Handelsfreyheit und  
das Verbot aller Monopole vollkommen berech-  
tigt. Der gewöhnliche Vorwand, daß von einer  
bloßen Policeyverfügung die Frage sey, worüber  
den Reichsgerichten kein Erkenntniß zustehe, wird  
hier ganz ohne Wirkung bleiben müssen, da nach  
der allgemeinen Fassung der Reichsgesetze jedes  
Monopol die Vermuthung der Gesetzwidrigkeit  
gegen sich hat, und die Reichsgerichte angewie-  
sen sind; gegen die Monopolisten nöthigen Falls  
selbst von Amts wegen zu verfahren, und die  
Obrigkeit, welche sie duldet (wie vielmehr also,  
wenn sie selbst monopolisirt?), in eine schwere  
Strafe zu nehmen n).

Wenn daher gleich in der Regel neue ländes-  
herrliche Anordnungen, deren Zweckmäßigkeit  
von den Unterthanen in Zweifel gezogen wird,  
Do 2 kein

m) Moser a. a. O. S. 267.

n) R. P. O. v. 1577. Art. 18. §. 7. f.

kein Gegenstand einer reichsgerichtlichen Prüfung seyn können o); so muß doch hiervon bey der Beurtheilung der Rechtmäßigkeit eines Monopols eine Ausnahme stattfinden, weil ein Monopol nur dann erlaubt ist, wenn die gemeine Wohlfahrt dessen Einführung erfordert, oder wenn es, nach richtigen Grundsätzen der Polizeywissenschaft, für nützlich und gut geachtet werden kann. Daß, wenn durch ein Monopol wohl-erworbene Rechte Einzelner verletzt werden, dagegen Klagen bey den höchsten Reichsgerichten zulässig sind, versteht sich ohnehin von selbst. In der That wird aber auch durch die Einführung eines gemeinschädlichen Monopols das aus den Reichsgesetzen dagegen erlangte Recht der gesammten Untertanen gekränkt, folglich auch dadurch ihr Klagerecht völlig begründet.

Aus diesem allen ergiebt sich, daß nur in ganz unzweifelhaften Fällen die Einführung oder Verstattung eines Monopols nach unseren Gesetzen für erlaubt zu halten, und daß die eigenmächtige Anmaßung oder Erschleichung eines Monopols bey Privatpersonen allezeit als eine strafwürdige Handlung anzusehen ist. In dieser Beziehung vorzüglich haben die Reichsgesetze den Auf- und Vorkauf, als ein zum Monopolisiren führendes Unternehmen, so nachdrücklich und streng verboten.

In

o) Malblant Anleitung zur Kenntniß der teutschen Reichs- u. Provinzial-Gerichtsverfassung u. IV. 269. 270.

Indessen, wenn auch Erschleichung eines Alleinhandels bey der Auf- und Vorkäuferey nicht gerade das vorgesezte Ziel ist; so kann dieselbe doch immer noch in mancher andern Rücksicht gemeinschädliche Folgen haben. Der Errichtung großer Handelsgesellschaften, so wie den Kaufmännern mit eigentlichen Handelsnachte die Policey nicht in Ansehung der ersten, fern sie auswärts ausgesammelt und zum Export bestimmt werden, bleibt Weise unbekümmert.

Unentbehrlichsten Bedürfnisse im Innern eines Landes, es sey für den Handel im Großen oder im Kleinen, glaubt sie beschränken zu müssen. Zwar ist auch hier die Majorität der Theoretiker für die völlige Freiheit des Handels; die der Practiker aber dagegen. Der Gegenstände des Aufkaufs-Verbots sind bald mehr, bald weniger, je nachdem die Policey eines Landes wegen der Vertheuerung dieses oder jenes Artikels besorgt seyn zu müssen glaubt. Denn diese Verbote der Auf- und Vorkäuferey sind hauptsächlich Hülfsmittel der Theuerungspolicey.

Fast alle teutsche Landes-Policeygesetze kommen darin überein, daß sie das Aufkaufen des Getreides, um es zum Wiederverkauf aufzuschütten, und allenfalls zurückzuhalten, bis (vielleicht auch damit) die Preise steigen, schlech-

andere der ersten  
nen Landesgesetzen  
n q). Diese Vor-  
ll nicht von dem  
den die Verfasser  
n Auf- und Vork-  
nehmlich dabey die  
n Eines oder einia-  
alt allein zu bring-  
brücken und über-  
nen. Ihnen ist  
e der Lebensmittel-  
liederverkauf, und  
bezweckten, wenn  
winn, vertheuert  
um allen Vork-  
zufündigen.

Wenn man indessen Kornhändler, Holzhändler, Victualienhändler u. s. w. duldet und dulden muß, weil es unpolitisch wäre, dem Handel und Gewerbe irgend einen Gegenstand, der sich dazu eignet, ohne Noth zu entziehen, und weil ohnehin die Marktanstalten nicht genügen, auch nicht Jedermann sich mit großen Vorräthen zu versehen im Stande ist; so wird man bald finden, daß mit solchen Palliativen nur wenig auszurichten ist.

**Ziele**

p) Eb. I. S. 366 f.

q) Eb. I. S. 363. 364. **Holler Württemberg.**  
Policeyrecht II. 150 f.



Wiewohl ist für die Marktpolicey die Verhütung der Vor- und Aufkäuferey im Kleinen, deren bereits oben gedacht ist, eine der zweckmäßigsten Maßregeln <sup>1)</sup>. Sie muß schlechterdings nicht dulden, daß irgend Jemand an Markttagen außerhalb den bestimmten Marktplätzen, vor oder in den Thoren, oder in den Gassen, an Victualien und andern von aussen her zu Markte kommenden Sachen das geringste kaufe oder auch zum voraus bespreche.

In dieser Hinsicht muß die Policey vorzüglich ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen kleinen Krämer richten, welche mit allerley Lebensmitteln, auch andern in den Haushaltungen zunächst nöthigen Waaren im Einzelnen handeln, und sie gemeiniglich auch in so kleinen Quantitäten verkaufen, daß besonders die ärmere Volksklasse, welche größere Provisionen sich nicht anschaffen kann, ihre stärkste Kundschaft ausmacht. Diese beflüssigen sich vorzüglich der Vor- und Aufkäuferey, und in einigen Gegenden führen sie auch von letzterer ihren Namen. Gewöhnlich heißen sie Hölzer, und in manchen Städten machen sie eine eigene Innung aus, obgleich bisweilen das Hosenamt auch bedeutendere Kaufleute unter seinen Genossen zählt. Selbst unter den eigentlichen Hölzern sind öfters solche, die

No 4 bey

<sup>1)</sup> Verordnungen dagegen s. Th. I. B. 363. 364.  
Vergl. Vergl. Policey- und Cameral-Regeln  
in IX. 60.

bey ihrem Handel mehr auf den reicheren, als ärmeren Theil der Stadtbewohner ihr Augenmerk richten, wie z. E. Fisch- und Wildpret- händler. Die geringsten unter ihnen sind, die am Markte oder andern öffentlichen Plätzen der Städte unter freyem Himmel sitzen und ihre Waaren zum Verlaufe ausbieten. Mehrere Städte haben eigene Hölkerordnungen, in welchen einer der Hauptzwecke Verhinderung der Vor- und Aufkäuferey ist \*).

\*) Vergl. Vergilius a. a. O. IV. 332 f.

## XXVII.

### Von dem Trödelhandel in Beziehung auf die Sicherheitspolicey.

Von den Hölern zu den Trödlern ist der Weg nicht weit. Diese Art von Detailhändlern treibt bekanntlich ihr Gewerbe mit alten Kleidern, abgenutztem leinenen Zeug und Hausgeräthe, auch wohl alten Büchern, und überhaupt allem, das, obgleich schon gebraucht, doch noch immer einigen Nutzen gewähren kann. Diese Leute sind der Sicherheitspolicey, wegen des ihnen so leicht möglichen Kaufs gekohlner Sachen, vorzüglich wichtig, doch auch wegen Steigerung der Preise bey öffentlichen Verkäufen nicht gleichgültig. Man hat daher eigene Trödelordnungen, welche dies Gewerbe der besondern Aufsicht der Policey unterwerfen, die Eigenschaften und Erfordernisse, um zu demselben gelassen zu werden, bestimmen und die von

## 579 XXVII. Von dem Trödelhandel

den Trödlern zu beobachtenden Pflichten vorschreiben.

Das königlich-preussische Reglement, wegen der Trödlern und ihres Handels, vom 21. October 1781, zeichnet sich durch Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit aus. Nach demselben darf Niemand ohne Genehmigung der Police einen Trödelhandel anfangen, und dieser wird Niemandem verstattet, der bereits ein Gewerbe hat, es sey denn, daß er sich desselben begeben. Nur Leuten von gutem Rufe, und die wenigstens 100 Rthlr. eigenes Vermögen bescheinigen können, darf er erlaubt werden. In Berlin sollen ihrer nicht mehr, als 60 seyn. Sie dürfen nur mit alten Sachen handeln, und zwar mit alten oder schon gebrauchten Kleidern, dergleichen Eisenhändlerwaaren, Mobilien, Geräthschaften und Tischzeug. Alle diese Sachen können sie aber auch neu führen, wenn sie bescheinigen, daß sie solche in Auctionen gekauft haben. Ein jeder muß lesen und schreiben können, so daß er über seinen Einkauf und Verkauf ein ordentliches Buch zu führen im Stande ist, in welches er die Namen derer, die etwas bey ihm verkauft haben, nebst dem dafür bezahlten Preise, eintragen muß. Von Soldaten, Dienstboten, Lehrlingen, Unmündigen oder sonst unter Anderem Gewalt stehenden Personen dürfen sie nichts zum Kauf annehmen, wenn sie nicht einen schriftlichen Consens von ihren Vorgesetzten vorweisen können. Solchen Leuten, die er nicht kennt, darf kein Trödler etwas ab-

kaufen

kaufen, sondern es muß sich vorher bey glaubhaften und bekannten Leuten ihrentwegen erkundigen. Hat er Verdacht, daß eine Sache entwendet sey; so muß er sie anhalten und an die Polizeydirection liefern, besonders wenn es Sachen von Werth sind, vornehmlich solche, von denen öffentlich angezeigt worden ist, daß sie verloren gegangen oder entwendet worden seyen. Wer wissentlich gestohlnes Gut kauft, verliert nicht nur seine Concession, sondern wird auch als ein Dieb angesehen. Dasselbe widerfährt demjenigen, welcher etwas von Personen kauft, von denen er weiß, daß sie dazu von solchen, die unter eines Andern Gewalt stehen, den Auftrag haben. Kauft er Sachen, wegen welcher er durch Intelligenz, Blätter, oder obrigkeitliche Bekanntmachung, oder glaubhafte Privatanzeigen gewarnt ist, oder macht er sich der Diebsheblerey verdächtig; so wird ihm nicht nur sein Handel untersagt, sondern er wird auch noch ausserdem bestraft. Wenn er gestohlene Sachen, zwar nicht wissentlich, aber doch ohne die gehörige Vorsicht, oder auch mehr als einmahl von Leuten, die über die Sachen nicht verfügen konnten, etwas gekauft hat; so wird er der Concession verlustig und mit Geld- oder Gefängnißstrafe belegt. Hat er aber bey gestohlenen oder von unbefugten Personen gekauften Sachen die gesetzmäßige Vorsicht gebraucht; so bleibt ihm der Regreß gegen den Verkäufer und den, welcher ihm die Sicherheit desselben bezeugt hat. Schlüssel und Dietriche, die ihm zum Verkauf angeboten werden, muß er, und zwar

zwar wo möglich mit dem Verkäufer, anhalten und an die Polizeydirection liefern. Diese muß öfters bey den Trödlern eine unvernünftige Visitation anstellen lassen; wobey insonderheit auch nachzusehen ist, ob in den Trödelbuden, unter dem Boden oder sonst heimliche Versteckungsorte angebracht sind.

---

## XXVIII.

Ueber die Anwendbarkeit der Reichs-Policeygesetze gegen den Judenwucher auf die Reichsstände.

Die Frage, ob die Reichs-Policeygesetze gegen die wucherlichen Verträge der Juden auch den teutschen Reichsständen zu Statuten kommen? ist sehr bestritten. In diesem Handbuche a) hat man sie verneinen zu müssen geglaubt, hauptsächlich weil alle diese Gesetze nur von dem gemeinen, armen, nothdürftigen, unvorsichtigen Volke, welches durch die Juden gänzlich zu Grunde gerichtet werde, reden. Allerdings sind Wucherkünste den ungebildeten, ununterrichteten Volksclassen sehr gefährlich; den unvorsichtigen Menschen aber am meisten. Und auch das ist das gemeine Volk gewöhnlich, wenn es einmahl trauet. Die Noth aber lehrt es Dem wohl

a) I. 390 ff.



wohl trauen, bey dem es Hülfe zu finden glaubt. So trifft freylich bey dem gemeinen Manne alles zusammen, was in der Masse und auf die Weise den gebildeten Mann, und vollends den mit vorsichtigen Rätthen versehenen Reichsstand, in die Gewalt der Wucherer nicht bringen kann. Aus diesem Gesichtspunkte scheinen nun auch die unter ihrem Oberhaupte versammelten Reichsstände die wucherlichen Handel der Juden betrachtet zu haben; und daher sollte man kaum zweifeln, daß die Urheber jener Gesetze bey deren Abfassung nur durch die Vorsorge für ihre Unterthanen, und nicht für sich selbst geleitet worden seyen. Mehrere Rechtsgelehrte sind indessen der entgegengesetzten Meynung, und behaupten, jene Gesetze seyen im Allgemeinen dazu gegeben; um die damals gangbare Betrugerey der Juden gegen die Christen zu verhüten, und folglich auf die Unterthanen allein nicht einzuschränken.

Wie aber, wenn aus den vorbereitenden Verhandlungen über die neueste diesen Gegenstand betreffende Verordnung b) gezeigt werden kann, daß die Urheber derselben wirklich nur die Unterthanen dabey berücksichtigt haben?

Der Kaiser war es, der auf dem Reichstag zu Regensburg im Jahr 1576 die Materie von nützlichem Contracten und Judenwucher aufz  
neue

b) R. P. O. v. 1577. Tit. 20. §. 1.

neue in Anregung brachte. Er ließ den Reichsständen ein Bedenken, die wucherlichen Contracte, der Juden übermäßige Gewinnsucht, und die verbotenen Zinsen betreffend, zustellen, um darüber ihre Gutachten zu vernehmen.

Ueber den Judenwucher insonderheit äußerte er sich also: „Nachdem er in Erfahrung gebracht habe, daß der arme, gemeine Mann im heiligen Reich, in seiner Noth und Anliegen, durch den unchristlichen und übermäßigen Wucher der hin und wieder gefessenen Juden in die äußerste Armuth und Verderben geräthe, und Er geneigt sey, dieses und alles andere Nachtheil und Schaden seiner Unterthanen, nach Möglichkeit abzustellen; so halte er für nöthig, auch dießfalls ein Einsehen zu haben, und in dem künftigen Abschiede durch eine Reichsconstitution zu verordnen und zu befehlen, daß hinfürto kein im heil. Reich gefessener Jude an einen Christen solle Geld höher ausleihen, oder einen höhern Wucher davon nehmen dürfen, als einen Gulden von zwanzig Gulden. Wibrigens soll der Contract an sich selbst nichtig, und der arme Mann an den Juden weiter nichts zu bezahlen schuldig; die Schuld selbst aber und das Hauptgut der Obrigkeit, worunter der Jude gefessen, verfallen seyn.

So würde der Kaiser gewiß nicht gesprochen haben, hätte er sich dabey auch die Reichsstände, als Schuldner der Juden gedacht. Daß er sie unter dem Ausdrucke: „der arme gemeine Mann“

Mann" nicht mit habe begreifen wollen, versteht sich von selbst. Eben so wenig hat er wohl daran gedacht, einen Reichsstand, der in die Hände der Juden gefallen und gesetzwidrig behandelt worden wäre, anzuhalten, sein Capital einem Mißstande auszugeben, oder es für sich selbst zu behalten, falls sein eigener Schutzherr sein Gläubiger seyn sollte. Da hätten sich freylich noch ganz einträgliche Finanzspeculationen auf das neue Policeygesetz gründen lassen!

Daß aber der Kaiser wirklich nur auf den armen gemeinen Mann, und nicht auf die Reichsstände, bey seinem Bedenken Rücksicht genommen hat, erhellet aus dem weiteren Antrage: Damit gegen den jüdischen Wucher dem armen Unterthan die hülfliche Hand desto mehr geboten werde, weil bekannt sey, daß jezo, von vorigen Zeiten her, solcher wucherlichen jüdischen Contracte und Anlehen wegen, die armen Leute an mehreren Orten im Reich im höchsten Verderben stecken; so soll im nächsten Reichsabschied und durch besondere Mandate allen Obrigkeiten, unter denen Juden gefessen, oder deren Unterthanen den Juden mit wucherlichen Schulden verhaftet seyen, befohlen werden, in der nächstfolgenden ganzen oder halben Jahresfrist sich bey den Unterthanen wegen solcher ihrer Schulden zu erkundigen, und alsdann die Juden vor sich oder ihre verordnete Commissarien, zu fordern, und zwischen ihnen und den Unterthanen richtige Abrechnung zu treffen, dergestalt, daß

daß den Juden von ihrem geliehenen Gelde, so viel sie wissentlich und beweislich ausstehen haben, nicht mehr, als das Hauptgut und ein Gulden von jeden zwanzig Gulden zum Wucher gestattet und gut gerhan werden soll.

Dieses kaiserliche Bedenken ward von den Ständen mit Dank, und im Ganzen auch mit Beyfall aufgenommen, jedoch dafür gehalten, daß der Gegenstand eine weitere Berathschlagung erfordere, und es zweckmäßiger seyn würde, statt in den nächsten Reichsabschied darüber eine Vorschrift einzurücken, dieselbe in die zu erneuernde Policeyordnung, wohin sie ohnehin eigentlich gehöre, aufzunehmen. Der Kaiser war hiermit einverstanden, und es wurde beschlossen, weil auf dem damaligen Reichstage, wegen Kürze der Zeit, die Revision und Erneuerung der Policeyordnung nicht mehr vorgenommen werden könne, daß solche auf dem nächsten Deputations-Tage zu Frankfurt geschehen, und dabey insonderheit auch der Artikel von den wucherlichen Contracten in Betrachtung gezogen werden solle.

Dies geschah im folgenden Jahre, und das Bedenken des Kaisers diente der Reichs-Deputation bey ihren Arbeiten zur Grundlage; aus demselben ist also auch dasjenige, was in der Reichs-Policeyordnung von 1577 wegen der wucherlichen Contracte der Juden verordnet ist, zu erklären. Da nun der Kaiser in seinem Bedenken auf die Reichsstände selbst, in so fern sie mit Juden Verträge schließen sollten, offenbar

keine Rücksicht genommen hat, und die Polizeyordnung in Ansehung der Personen, welchen ihre Vorschriften zu statten kommen sollen, eben die Ausdrücke, wie der Kaiser in seinem Bedenken; gebraucht; so kann man mit Recht schließen, daß auch die Reichs-Deputation zu Frankfurt bey der Abfassung der in der erneuerten Reichs-Policeyordnung enthaltenen, gegen den Judenwucher gerichteten Verordnungen ihr Augenmerk nicht auf die Reichsstände, sondern lediglich auf die Untertanen derselben gerichtet hat.

Unbemerkt darf jedoch nicht bleiben, daß man aus dem Reichsabschied von 1576 fast zu schließen bewogen werden könnte, die Reichsstände selbst seyen damahls doch nicht gemeynt gewesen, die abzufassenden Vorschriften bloß auf ihre Untertanen zu beschränken. Denn da heißt es: der leidige Wucher sey gar sehr im Reiche eingerissen, und habe nicht nur den gemeinen Mann, sondern auch viele andere gute Leute zu verderblichen Schaden, Noth und Armuth gebracht, wolle auch noch kein Ende nehmen, wofern nicht demselben von Obrigkeit wegen gesteuert werden sollte. Es lassen sich daher die Reichsstände das kaiserliche Bedenken, samt allen dabey vermeldten Mitteln, in den beiden Puncten, nemlich wegen Abschaffung und Bestrafung der wucherlichen Contracte und des jüdischen unziemlichen Wuchers, ganz wohl gefallen; jedoch mit allerhand fernern wohlaußgeführten Motiven, Zusätzen und Bedenken. Vornehmlich hielten sie dafür, daß es fast nöthig seyn möchte,

möchte, daß der Kaiser die Policeordnung erneuere und von neuem publicire, indem dieselbe, in den jetzigen betrübten Zeiten, sowohl den gemeinen Ständen, als auch den Untertanen, zur Erhaltung eines guten politischen Regiments und einer mäßigen ehrbaren Haushaltung nicht wenig nutzen und fruchten würde“ c).

Daß unter den „andern guten Leuten“ die Reichsstände sich selbst verstanden hätten, ist jedoch schwerlich zu vermuthen; und wenn sie, hauptsächlich auch in Ansehung der wucherlichen Contracte und des Judenwuchers, auf die Erneuerung der Reichs-Policeordnung, und zwar sowohl zu ihrem, als zu ihrer Untertanen Nutzen, antragen; so sieht man wohl, daß sie diesen daraus für sich in Beziehung auf ihre Regierungs- und Policeverwaltung, zur Erhaltung eines guten politischen Regiments, ziehen, und eben dadurch ihre Untertanen zu einer mäßigen ehrbaren Haushaltung anhalten wollten.

c) A. A. v. 1576.

61  
27



## XXIX.

## Ueber Creditinstitute.

Creditinstitute a) sind noch lange nicht genug benutzte Hülfsmittel, nicht nur der Gewinnsucht der Wucherer mit Erfolg entgegen zu arbeiten, sondern den Privateredit zu erhöhen, zu erweitern und zu sichern, so wie überhaupt den Geldumlauf b) zum größten Vortheil des gemeinen Wesens zu befördern. In dem ersten Theile dieses Handbuchs findet man eine kurze Nachricht von dem in Schlesien eingeführten und nachher in der Churmark nachgeahmten Creditsystem. Damahls fehlten mir noch genaue und vollständige Nachrichten von dem Erfolge des Credit-Instituts der Ritterschaft des Fürstenthums Lüneburg, welches im Jahre 1791 seinen Anfang genommen hat. Jetzt sind mit dem Grundgesetze dieser wohlthätigen Anstalt

a) Th. 1. S. 378.

b) Büsch von dem Geldumlauf I. 439 f. II. 465.  
466.



stalt zugleich Nachrichten von ihrem höchst erwünschten Fortgang und sehr belehrende Erläuterungen öffentlich bekannt gemacht worden c). Des würdigen Herausgebers Wunsch ist: hierdurch Anlaß zur Errichtung mehrerer solcher Institute zu geben, und gern möchte auch ich zur Beförderung desselbe und immer in vermeintliche auf ein beständern von selbst abhaltbarkeit die den mannigfalt, deren aus solchen Schriften erlangen kann! Ich werde hier nur eine kurze und allgemeine Uebersicht des Lüneburgischen Creditinstituts geben; wer es genauer kennen lernen will, wird gewiß gern aus der angegebenen Quelle selbst schöpfen.

Die Anstalt und ihre ganze Einrichtung ist, als ein öffentliches Institut, von dem König be-  
 P p 3 Rätigt.

c) von dem Hofrath und Landsyndicus Jacobi zu Celle, in den Sammlungen für Geschichte und Staatskunde aus den Braunschweigischen Lüneburgischen Churlanden, von H. A. Kreßh. 2. Ende und A. L. Jacobi; Th. 1. S. 121. Der landesherrlich genehmigte Plan des Lüneburgischen Credit-Instituts steht auch in Bergius Samml. fortgesetzt von Wedmann S. XIII. 102 f.

stätigt. Sie steht unter der Aufsicht der Landesregierung und des lauenburgischen ritterschaftlichen Collegii, ist jedoch von aller Verbindung mit den öffentlichen Landescaffen völlig getrennt und lediglich durch ihre eigene innere Einrichtung garantirt und gesichert.

Mitgliedern der Ritterschaft (bedürfnisse d) zu erleichterte Verbesserung ihrer Verhältnisse. Zu diesem Ende ratschulden der receptionen Güter, wenn deren Be-

sitzer den vorgeschriebenen Bedingungen Genüge thun wollen und können; auch verschafft sie ihnen zugleich die in Zukunft bey bestimmten Gelegenheiten benötigten Capitalien. Ueberdem tritt sie ins Mittel, um den Interessenten zur allmählichen Tilgung ihrer Schulden behülflich zu seyn, so wie den Gläubigern der Anstalt hinlängliche Sicherheit für Hauptstuhl und Zinsen zu gewähren.

In Ansehung der mit dieser Anstalt verbundenen Kosten hielt man für erforderlich, daß  
dabey

d) Damahls, sagt Jacobi, fand man bey denen, welche Gelder vorrätzig hatten, fast allgemeine Abneigung, solche dem begüterten Adel anzuvertrauen, wenn nicht außerordentlich großes Vermögen, oder bekannte sorgsame Wirthschaft, oder andere evidente Sicherheitsmittel den vorsichtigen Capitalisten beruhigten oder ankündende Assurance-Prämien den Wucherer reizten.

Dabei wenigstens eine Schulden-Summe von 400,000 Rthlr. eingeschrieben werde. Es zeigte sich aber in der Folge bei der wirklichen Ausführung, daß auch eine geringere Summe (der Anfang wurde nicht völlig mit deren Hälfte gemacht) hinreichend war. Eine größere Schuldenlast, als 600,000 Rthlr. sollte vorerst von dem Institute nicht übernommen werden.

Zur Theilnahme an demselben werden alle und jede, welche mit immatriculirten Gütern in dem Fürstenthume Lüneburg angeschlossen sind, zugelassen, und da auch Bürgerliche des Besizes adelicher Güter-fähig sind; so sind sie unter dem Ausdruche „Mitglieder der Ritterschaft“ mit begriffen. Der Adel hat in Rücksicht auf die Theilnahme an dem Institut keinen Vorzug. Wegen der zu bestellenden Sicherheit aber macht die Lehen- oder Allodial-Qualität der Güter einen sehr wesentlichen Unterschied, wodurch die Receptionsfähigkeit hauptsächlich bestimmt wird, und weshalb besondere Vorsichtsregeln vorgeschrieben sind. Die Darlegung des Ertrags der Güter und die Taxirung des damit verbundenen Allodii wird sehr zweckmäßig erleichtert. Der Passiv-Vermögensbestand muß vollständig und genau liquidirt werden, wobei man jedoch zu verhüten sucht, daß derselbe nicht allgemein bekannt werde.

Die Direction der ganzen Credit-Anstalt führt eine Credit-Commission, welche aus zweyen oder mehreren Mitgliedern zusam-

men gesetzt ist, die von Adel und mit immatriculirten Gütern im Fürstenthum Lüneburg an-  
gesehen, als Männer von rechtschaffenen Gesin-  
nungen bekannt seyn, und überhaupt gute Ein-  
sichten, besonders aber auch gründliche Kennt-  
nisse der Oeconomie und des Rechnungswesens  
besitzen müssen. Ihr wird ein Rechtsverständi-  
ger als Assistent und Consulent beygeordnet.  
Ausserdem hat sie einen Cassirer und einen Re-  
gistrator.

Ueber die Receptionsfähigkeit wird in erster  
Instanz von ihr, in zweiter und letzter von der  
Landesregierung, jedoch so entschieden, daß der-  
jenige, welcher mit dem Ausspruche der Credit-  
Commission nicht zufrieden ist, sich an das ritter-  
schaftliche Collegium wenden, und dieses sein  
Gutachten an die Regierung erstatten muß, wo-  
sodann, wenn beide einstimmig die Aufnahme  
genehmigen, das Erkenntniß der Credit-Com-  
mission aufgehoben wird.

Die Reception übernimmt das In-  
stitut angezeigte Schulden und tritt  
Stelle des recipierten Schuldners.  
Auch in der Folge noch, wenn  
berbeit bestellt ist oder aufs neue  
gewissen, ausdrücklich bestimm-  
en das Institut soll leichtsinnig  
chen nicht befördern) mit Anlei-

Auch bey bereits entstandenen  
Conkursen versagt sie ihre Hülfe nicht. Seit  
ihrer Entstehung hat sie unmittelbar und mittel-  
bar

hat bereits die Aufhebung von acht anhängig gewesenen Concursen bewirkt. Vier andere, deren Ausbruch unvermeidlich war, wurden durch sie verhütet.

Durch die Reception selbst wird des aufgenommenen Interessenten gegenwärtiges gesamtes Vermögen, Leben oder Erbe, dem Institut zu seiner Sicherheit verhaftet. Es wird auch solches durch einen besondern Reces von demselben anerkannt. Will er nur soviel von seinem Vermögen, als zur Sicherheit der einzuschreibenden Schuld nöthig ist, verpfänden, so muß er es ausdrücklich bedingen. Güter, über welche bey der Aufnahme ins Institut bereits ein Concurs verhängt ist, kann die Credit-Commission, wenn sie es für dienlich hält, unter ihre Verwaltung ziehen. Auch ist sie hiezuv berechtigt, wenn ein Interessent seine Güter auf eine für die Sicherheit des Instituts bedenkliche Weise in Verfall gerathen läßt, oder wenn die Zinsbeiträge drey-mahl hinter einander executivisch beygetrieben werden müssen. Für dergleichen Güterverwaltungen wird ein besonderer Administrator bestellt, instruiert und beeidigt.

Die für die Interessenten erforderlichen Capitalien werden durch Anleihen auf Obligationen und auf Creditscheine aufgebracht. Auf einzelne Obligationen werden keine geringere Posten als 200 Rthlr. und keine höheren als 1000 Rthlr. angenommen. Das Institut zahlt 3 Procent Zinsen. Beiden Theilen steht eine halbjährige

Kündigung frey. Nur gegen die Darleiher der ersten 50000 Rthlr. verpflichtete sich das Institut, ihre Capitalien binnen 15 Jahren nicht zu kündigen. Auf Creditscheine werden kleine Darleiher von 25 Rthlr. zur niedrigsten und steigend mit der Zahl 5 bis 100 Rthlr. zur höchsten Summe, auf monatliche Loose gegen zwey Procent in Verzinsung genommen.

Den Gläubigern des Instituts dienen theils die von den Interessenten zu leistenden Zahlungen e); theils ein anzulegender Reservefond; theils die schon seit alten Zeiten etablierte ritterschaftliche Casse zur Sicherheit.

Die Interessenten zahlen dem Institut von ihren bey demselben eingeschriebenen Schulden 5 Procent Zinsen jährlich, so lang, bis die durch Amortisation verringerten Schulden dem Werth des verhypothecirten Allodial gleich kommen. Nachher steht ihnen frey, nur vier Procent zu bezahlen oder das fünfte zur Abzahlung des Capitals mit verwenden zu lassen. Wer seine Schulden ganz durch Allodial-Vermögen deckt, der ist verbunden, während der ersten fünf Jahre nach erhaltener Reception davon gleichfalls 5 Procent und hernach vom 6ten bis zum 10ten Jahre  $4\frac{1}{2}$  Procent Zinsen zu bezahlen. Auch ist dafür gesorgt, daß durch unzeitiges Austreten eines

e) Hierdurch wird die Hypothek, welche das Institut erhält, auch Hypothek seiner Gläubiger.



eines Interessenten aus dem Institute dieses nicht gefährdet werde, indem der Austretende gewisse Procente eine Zeit lang noch bezahlen muß.

Das Institut bezieht theils  $2\frac{1}{8}$ , theils  $1\frac{1}{8}$  Procent, und ausserdem für Nebeneinkünfte, wie z. B. Zahlungen austretende thun machen. Von dem nun werden, nach Abzug zu zahlenden Zinsen, zu den verbundenen Kosten eine eigene Casse bestimmt theils aus der Haupt-, theils aus schildernden Reserven von jedem eingeschrieben 3 Rthlr., und von 100 Thaler angewiesen. Nach dem Rath Jacobis ist dieß nöthig gewesen, sonderlich Ueberschuß erspart werden können.

Der Reserve-Casse, welche hauptsächlich dazu bestimmt ist, einen bleibenden Fond zur Aufrechthaltung des Credits der Lüneburgischen Ritterschaft zu sammeln, sind gewisse Procente von den Activ-Schulden des Instituts <sup>\*)</sup> und

\*) Von den bei Errichtung des Instituts eingeschriebenen Schulden in den ersten 5 Jahren nach der Aufnahme  $1\frac{1}{8}$  Procent; vom 6ten bis zum 17ten Jahre 1 Procent; von den nach Errichtung des Instit.



und die Vortheile, welche durch Anleihen gegen geringere Zinsen, als 3 Procent, erlangt werden können; angewiesen. Außerdem soll der bey ihr sich sammelnde Vorrath zu ihrem Vortheil in Capitalien verwandelt und zu vier Procent Zinsen bey sichern öffentlichen Anstalten belegt werden.

was von den Beiträgen der Staat zur Verzinsung der Capitalien, und weder in die Reserve-Casse zur Bestreitung der Administration stimmt ist, wird denselben von den Schulden zu gute gerechnet. noch, vom 17ten Jahre der Ein-Schuld an bis zu deren völliger jährlicher Beitrag aus der Reserve-Rthlr. auf jede 100,000 Rthlr. kann ein Interessent seine Schulden, beynahe unmerklich, tilgen. Einer noch besonders zur allmählichen Schuld kleinere Posten von 50, 100 oder 200 Rthlr. an das Institut bezahlen; so werden diese auch angenommen.

Von der Errichtung dieser Anstalt bis Weypachten 1801 sind sechszeihen Interessenten in das

Institut den Interessenten seit der Zeit gegebenen Darlehen, daß die Reserve-Casse die Administrations-Kosten trägt (dies hat sie nur in den ersten 5 Jahren), während der ersten 5 Jahre von der Einschreibung der Schuld 2 Procent, und dann vom 6ten bis zum 17ten Jahre 1 Procent.

das Institut aufgenommen worden, und die für dieselben übernommenen Schulden beliefen sich auf 354,800 Rthlr., wovon bis dahin durch die gesetzlich vorgeschriebene Amortisation 24,149 Rthlr. 33 Mgr.  $5\frac{1}{8}$  Pfenn. und durch extraordinäre Zurückzahlung 5370 Rthlr. 2 Mgr.  $2\frac{1}{8}$  Pfenn. wieder abgetragen waren.

Die Creditinstitute in Schlesien und in der Churmark sind von dem Lüneburgischen, welches insonderheit weit einfacher zu seyn scheint, in vielen Punkten wesentlich unterschieden. Die Hauptidee ist bey jenen, durch Ausfertigung und Circulation privilegirter Pfandbriefe ein Creditwerk zur Verbesserung und Erhaltung des Credits der Besitzer adelicher Güter zu errichten. Diese associiren sich unter einander, fertigen, auf ihren gemeinschaftlichen Credit, Pfandbriefe aus, welche nicht nur mit einer auf soliden Tatgrundsätzen gegründeten Specialhypothek desjenigen Guts, worauf ein Pfandbrief eingetragen wird, versichert, sondern auch ausserdem noch mit der Garantie der Associirten des Kreises, worin das Gut liegt, hiernächst aber auch noch mit der Garantie der Associirten der Provinz u. s. w. versehen werden sollen g). Schon hieraus ergiebt sich ein sehr auffallender Unterschied. Auch die Organisation der Geschäftsführung, die Aufbringung der Kosten, die Verzinsung, die Art

g) O. v. E. Chur- und Neumärkisches Creditreglement, Th. 1. Cap. 1. §. 1. 2. Vergl. Samml. III. 80.

## 590 XXIX. Ueber Creditinstitute.

der Heimzahlung der Capitalien ist bey beyden Anstalten sehr verschieden. Die Lüneburgische möchte wohl für einen kleineren, leichter zu übersehenden Bezirk manche Vorzüge haben. Freylich kann man nicht überall so, wie sie thut, den Gläubigern des Instituts mit einer eigenen, von den Gütern der Interessenten nicht allein und nicht unmittelbar abhängigen Hypothek die nöthige Sicherheit verschaffen. Aber dieß ist gewiß das geringste Hinderniß einer nach örtlichen Verhältnissen doch allemahl zu modificirenden Nachahmung.

Institute dieser Art sind ohne Zweifel auf alle Grundstücke anwendbar und könnten für Bürger und Bauern äußerst wohlthätig werden, indem sie dadurch den Händen der Geldmäkler, der Wucherer, und der gegen schwere Procente ihre Hypotheken confirmirenden Obrigkeiten zugleich entzissen würden. Letztere müßte man freylich für den entgehenden Theil eines meist sparsam zugemessenen Gehalts entschädigen. Aber diese Betrachtung dürfte doch wohl von einer so nützlichen Einrichtung nicht abhalten!

Die in Hamburg seit 1782 bestehende Creditcasse für die Erben und Grundstücke der Stadt Hamburg, welche Büsch in seinem Versuch der Geschichte der hamburgischen Handlung <sup>b)</sup> schildert, ist zwar in der Hauptidee dem

b) S. 160 f.

dem schlesischen Creditsystem nachgebildet, hat aber nothwendig sehr viele Modificationen erhalten müssen. Ihre Nützlichkeit ist erprobt; ihr Hauptbeförderer versichert aber selbst, daß eine Nachahmung dieses Instituts nur in solchen Städten gelingen würde, wo der Ankauf oder Bau von Wohnhäusern, in der Absicht, durch deren Vermietung sich Einkünfte zu verschaffen, ein bürgerliches Gewerbe für viele ist 1).

Wenn es jedoch nicht gerade die Einrichtung ist, welche man in Hamburg unter den dortigen örtlichen Verhältnissen zweckmäßig befunden hat; so wird sich immer eine andere treffen lassen, welche der jebedmahligen Beschaffenheit und Benutzungsart städtischer Grundstücke am angemessensten ist. Durch die ersten scheinbaren Schwierigkeiten darf man sich nur nicht abschrecken lassen.

Auch für Bauerngüter ist eine ähnliche Anstalt wohl ausführbar. Lebensverband, Erbpacht, Erbenzins, Meyerrecht u. d. machen freylich die Sache etwas schwieriger, als bey ganz freyen Allodial-Grundstücken. Allein die Vortheile eines auch dem Landmanne gesicherten Credits und der Befreyung desselben von zahlreichen Beschwerlichkeiten und Lasten sind zu groß, als daß man sich nicht bemühen sollte, auch diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Ein

1) Vgl. sch vom Geldumlauf, 2te Auflage. II. 189. Note \*).

Ein beträchtliches Steigen des Zinsfußes kann freylich für alle verglichen Anstalten ein bedeutendes Hinderniß werden. Nicht selten ist aber das Steigen des Zinsfußes von dem Sinken des Credits, und fast allezeit von der Verminderung ausleihbarer Capitalse begleitet. Wenn daher auch unter solchen Umständen ein Creditinstitut für die allmähliche Abzahlung der Schulden nicht dieselben Wirkungen, wie bey einem ihm günstigeren Zinsfuße haben kann; so wird es dagegen zur Hebung des Credits und zur Wiederbelebung des Geldumlaufs desto nothwendiger.

„Eine der unentbehrlichsten Grundlagen sagt Jacobi k) mit vollem Rechte, worauf solche Anstalten sich nothwendig stützen müssen, ist völlige Sicherheit der pünctlichsten Zinszahlung unter allen möglichen denkbaren Ereignissen. Wenn es an dieser nicht fehlt und der Verlust des Capitals keinen offenbaren Gefahren ausgesetzt wird; alsdenn werden, so lange noch Gelder zu verleihen sind, sich immer einige finden, die gern zurückgeforderte Darlehne ersetzen. Ueberall; wo man hiedon ausgehet, können diese Anstalten, die immer noch gar zu wenig benutzt werden, unter Beobachtung theils allgemeiner, theils örtlicher Vorsichtsmittel mit dem sichern Erwarten eines glücklichen Gedeihens unternommen werden.“

k) in den angef. Sammlungen S. 226.

## XXX.

Von der Polizeyaufsicht über öffentliche  
Treue und Glauben.

Es ist für die Sicherheit des Eigenthums äußerst wichtig, daß in allen darüber vorkommenden Verhandlungen die vollkommenste Redlichkeit und Wahrhaftigkeit beobachtet werde. Insbesondere aber muß darauf gesehen werden, daß öffentliche Handlungen, welche sich darauf beziehen, und öffentliche Urkunden, welche darüber ausgestellt werden, den höchsten Grad der Gewißheit und Zuverlässigkeit haben. Dies ist, was man unter öffentlicher Treue und Glauben im engeren Sinne versteht. Im weiteren Sinne heißt öffentliche Treue auch wohl die unter einem Volke in allen Geschäften und Verhandlungen herrschende Redlichkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit. Dadurch entsteht allgemeines Vertrauen, und so nehmen die Privat tugenden der Einzelnen einen öffentlichen Charakter an, indem sie der Gesamtheit derselben den Ruf unverletzter öffentlicher Treue und Glauben erwerben.



Die Policey kann unmittelbar nur für die Erhaltung öffentlicher Treue und Glaubens, im engeren Sinne, wirksam seyn. In dieser Hinsicht unterwirft sie besonders die Notarien ihrer genauern Aufsicht a), überhaupt aber sieht sie darauf, daß in allen rechtlichen Geschäften jeder Unrichtigkeit und Unzuverlässigkeit, sie mag aus Absicht oder aus Nachlässigkeit begangen werden, möglichst vorgebeugt werde. Dies kann aber doch nur geschehen, in so fern es dabey auf öffentliche Handlungen und Urkunden ankommt. In dieser Hinsicht hat also Moser vollkommen Recht, wenn er sagt: „ein Landesherr ist besetzt und schuldig, über alles, was in die öffentliche Treue und Glauben einschlägt, die Ober-Aufsicht zu haben, daß dieselbe nicht böshafter oder unverständiger Weise, oder auf andere Art vernachtheiligt werden mögen“ b).

Eben daher ist aber auch ein Landesherr berechtigt, die öffentliche Verhandlung solcher Geschäfte vorzuschreiben, an deren Bestimmtheit und Zuverlässigkeit vieles gelegen ist. So ist z. B. in den Cellischen Policeyordnungen c) ver-

a) Eb. S. 286.

b) Moser von der Landeshoheit im Weltktr., I. 356.

c) Cap. 11. Corp. Const. Cell. Vol. 3. p. 29.  
Daß diese Verordnung nicht ganz in Übung gekommen, bezüget v. Bülow u. Hagemann in den Erörterungen II. 351.



ordnet: „daß alle und jede Unterthanen, so oft sie mit Jemanden innerhalb Landes contrahiren, solches bey dem Amte, der Bogtey oder dem Stadtgericht, worunter der Vertrag geschlossen und vollzogen wird, bey Strafe der Nichtigkeit desselben, anmelden, und ihn in das Amts-, Stadt- oder Gerichts-Buch, mit allen Umständen, in beider Contrahenten Gegenwart einschreiben lassen sollen, damit sie um so viel weniger nöthig haben, kostbaren, weitläuftigen Beweisethum zu führen, und darauf ihr Vermögen zu wenden, auch die Zeit darüber zu verlieren.“

Wenn in andern Ländern solche Verordnungen lediglich auf die Landleute beschränkt sind, so ist dabey öffentliche Beglaubigung nicht die Hauptabsicht, sondern vielmehr Verhütung alles Nachtheils, den unwissende und unerfahrene Leute durch leichtsinnige und unüberlegte Abschließung, so wie durch undeutliche und unangemessene Fassung ihrer Verträge sich nur zu leicht zuziehen können.

In jedem Falle aber ist es nothwendig, daß niemahls Verträge, wenn sie einmahl schriftlich verfaßt werden sollen, von Unkundigen aufgesetzt werden, die selten im Stande sind, die nöthige Deutlichkeit, und nie die den Umständen und den gesetzlichen Vorschriften gemäßen Vorsichtsregeln gehörig zu beobachten. Deswegen ist auch in vielen Ländern allen, welche die Rechte nicht verstehen, oder doch zur Abfassung

rechtlicher Auffäge nicht legitimirt sind, wie solches bey den Notarien der Fall ist, bey ernstlicher Abndung untersagt, sich mit dergleichen Geschäften zu befassen.

Am zweckmäßigsten dürfte es immer seyn, wenn ohne Unterschied alle über unbewegliche Güter geschlossene Verträge nur allein durch öffentliche Autorität die zu ihrer verbindlichen Kraft erforderliche Beglaubigung erhielten, so daß sie nur alsdann gültig wären, wenn die ordentliche Obrigkeit, unter deren Gerichtszwang die Sache belegen ist, sie in die gerichtlichen Acten eingetragen hat, zu welchem Ende wohl eingerichtete Amts- oder Gerichts-Handelsbücher gehalten werden müssen.

Vorzüglich wichtig für öffentliche Treue und Glauben und für den Credit der Unterthanen ist die Vorsorge der Landespolicey, daß die bey Darleihen durch Verpfändung bezweckte Sicherheit den darauf sich verlassenden Gläubigern auch wirklich gewährt werde. Unser Hypothekenwesen in seiner gewöhnlichen Beschaffenheit, die Verschiedenheit der öffentlichen, quasi-öffentlichen und privaten, der gesetzlichen und bedungenen, der ausdrücklichen und stillschweigenden, der begünstigten und nicht begünstigten, der allgemeinen und besondern Hypotheken u. s. w. kann gar leicht in ein Gewebe von Betrügereyen ausarten, die ein bloß leichtsinniger Schuldner meistens nicht absichtlich begeht, und die ein noch so fundiger Gläubiger mit aller

Vor-

Vorsicht nicht immer zu vermeiden im Stande ist. In den Ländern, wo die gesetz- und gerichtsgesetzmäßige Verwirrung noch nicht gehoben und geordnet ist, da frage man nur bey den Gerichten nach, in wie vielen Concursen sich nicht wenigstens einige Gläubiger befinden, die mit der glänzendsten Hypothek auf dem Papier wegen Unzulänglichkeit der Masse leer ausgehen.

Es ist Pflicht jeder hohen Landespolicey, diesem Unwesen zu steuern, weil es öffentliche Treue und Glauben verletzt, und den Credit der Unterthanen endlich ganz zerstört. Was soll ein ehrlicher Mann sagen, wenn ihm eine Sache zum öffentlichen Unterpfand verschrieben ist, und er endlich erfährt, daß ihm das zu nichts hilft, weil ein unbekanntes früheres, oder ein gesetzliches und begünstigtes Unterpfand vorgeht? Soll er nicht über Gesetze, die selbst dem Betrüge seine listigen Schliche erleichtern, sich beschweren, wenn er nach sorgfältiger Erkundigung auf eine sichere Hypothek sein Eigenthum hingegen zu haben glaubt, und in der Folge erscheint ein anderer Gläubiger, der mit einer verheimlichten quass öffentlichen Hypothek ihm die seinige und sein Capital entreißt?

Man lasse gar keinen anderen, als öffentlichen Hypotheken, rechtliche Wirkung. Die ausdrückliche, wie die stillschweigende, die gesetzliche, wie die bedungene, die begünstigte, wie die unbegünstigte, die allgemeine, wie die bes-

sondere gelte nur dann, wenn sie im Hypothekenbuch gehörig eingetragen ist. Nach dem preussischen Landrecht müssen alle Hypotheken ohne Unterschied, die gesetzlichen, stillschweigenden, gleich andern, den öffentlichen Acten einverleibt werden. Das gesetzliche Pfandrecht giebt einen Titel zur Erlangung eines Hypotheken-Rechts, dieses selbst aber wird nur durch die Eintragung in die öffentlichen Grundbücher erworben. So lange ein gesetzliches oder auch ein durch rechtsgültige Willenserklärungen bestelltes Pfandrecht noch nicht eingetragen ist; so lange hat dasselbe noch nicht die Eigenschaften eines dinglichen Rechts, und ein gesetzliches noch nicht eingetragenes Pfandrecht wirkt nur so viel, daß derjenige, welchem dasselbe zukommt, sich, mit Uebergabe der Zwischengrade der Execution, sogleich an die noch im Vermögen seines Schuldners befindlichen Immobilien halten kann. Gleiche Wirkungen hat eine bedungene specielle Verpfändung in Ansehung der verschiedenen Grundstücke. Auch wenn eine unbewegliche Sache zum Pfande gegeben werden soll, ist die bloße Natural-Übergabe zur Einräumung des wirklichen Pfandrechts nicht hinreichend, sondern es muß noch die Anzeige beim Gerichte und die Bemerkung des bestellten Pfandrechts im Hypothekenbuche hinzukommen. Ueberhaupt verdient die ganze in den preussischen Staaten eingeführte Hypotheken-Ordnung zur Nachahmung empfohlen zu werden.

Quasi-öffentliche Hypotheken sind sehr überflüssige Bastarde, und die vor zwey Notarien be-

Bestellen, denen man gleiche Kraft beylegen will; sind vollends Mißgeburten a).  
 potest die bezweckte möglichste E-  
 ten; so muß der Gläubiger im  
 vollkommen zu überzeugen, daß d-  
 ten Grundstücke entweder noch  
 doch nicht so verpfändet sind;  
 verlangte Sicherheit nicht geben  
 ist aber nur möglich, wenn kein anderes, als  
 das in Ansehung der zu verpfändenden Grund-  
 stücke competente Gericht einem Pfandrechte  
 durch die Eintragung in die öffentlichen Grund-  
 bücher die Eigenschaft eines dinglichen — eines  
 wirklichen Hypotheken-Rechts beylegen kann.  
 Nach den preussischen Gesetzen sind der Regel  
 nach zur Führung des Hypothekenbuchs und zu  
 Eintragungen in dasselbe nur diejenigen Gerichte  
 befugt, unter deren Sprengel die Sache geles-  
 gen ist.

Besondere Bemerkung verdient eine in dieser  
 Hinsicht vor kurzem erst e) ergangene Herzoglich-  
 Braunschweigische Ver-  
 folgenden Inhalts: „Da die  
 wie schädlich es dem Credite se-  
 incompetenter Gerichten, v-  
 Zeugen, oder vor Zeugen a-  
 potest gleichen Vorrechte mit  
 coram iudice rei sitae bestelle

Da 4

wer

a) M. jurist. Beobachtungen u. Rechtsfälle I. 263.

e) am 12. Oct. 1803.

werden; daher denn diese Vorrechte jenen Hypotheken an mehreren Orten Unserer Lande durch Lokal-Rechte bereits benommen sind, solches aber durch ein allgemeines Landesgesetz noch nicht geschehen ist; so haben Wir zu Abwendung des, für Unsere getreuen Unterthanen und diejenigen, welche mit ihnen contrahiren, daraus ferner zu befürchtenden Nachtheils, hiemit zu verordnen für zweckmäßig gefunden, daß alle drey Eingang erwähnte Hypotheken künftig nicht weiter als publicae, und quasi publicae, sondern nur als Privat-Hypotheken zu betrachten, dagegen aber einzig und allein die, vor dem Gerichte, dessen Jurisdiction die zu verhypothecirende Grundstücke, oder die von solchen kommende Prästationen und stehende Renten, unterworfen sind, in Gegenwart oder auch in Abwesenheit des creditoris bestellten, oder in so fern sie in einem instrumento privato bestellet seyn sollten, von selbigem, auf Ansuchen beyder Contrahenten, oder wenigstens des Schuldners, bestätigten und in das Gerichts-Handelsbuch eingetragenen Hypotheken, und zwar jene vom Tage der Bestellung, diese vom Tage der Bestätigung an, als öffentliche und gerichtliche gelten und in Concursen classificirt werden sollen. — Da jedoch die Häger-, Meyerding-, Probsting-, Freyen- und dergleichen Gerichte, wie auch, dem Vernehmen nach, die Gerichte einiger Erbenzins-Herren das Recht hergebracht haben, resp. auf die zu ihrem Ressort gehörigen Güter, und auf die außerhalb ihres Jurisdiction-Bezirks belegenen Erbenzins-Stücke des Gerichtsherrn, Hypo-

theken



potheken zu bestellen, oder selbige zu bestätigen; so wird denselben dieses Recht in der Weise, wie sie solches hergebracht, hiedurch dergestalt vorbehalten, daß diejenigen Hypotheken, welche auf die hays qualificirten Grundstücke vor ihnen bestellt oder bestätigt worden, auch in Zukunft für öffentliche und gerichtliche Hypotheken gehalten, folglich denselben alle damit verbundene Vorrechte eingeräumt werden sollen; weshalb denn solche Gerichte der Verordnung vom 2ten December 1744 wegen der Handelsbücher genau nachzuleben haben. — Es soll nun zwar diese unsere Verordnung nur auf solche Hypotheken gehen, welche nach 30 Tagen, vom heutigen dato an, bestellt oder bestätigt werden. Wie aber auf der einen Seite ihr Zweck nur unvollkommen erreicht werden würde, wenn nicht wegen der, auf andere Art, als vor dem foro realitatis bereits bestellten, oder während dieser eben gedachten Zeit etwa noch bestellt werdenden Hypotheken, ebenfalls Verfügung getroffen würde; Wir auch auf der andern Seite denen, welche sich bis zu dem eben gedachten Zeitpunkte Hypotheken auf Eingangs erwähnte Art bestellen lassen (denen jedoch durch diese Verordnung die bis dahin zugestandene Vorrechte öffentlicher Hypotheken genommen sind), ihre daraus erworbene Gerechtsame möglichst zu erhalten, billig bedacht gewesen sind; so verordnen Wir ferner: daß zwar denjenigen Gläubigern, welchen auf eine der zu Anfang dieser Verordnung erwähnten drey Arten eine Hypothek bereits bestellt ist, oder innerhalb solchen Zeitraums von 30 Tagen



## 862 XXX. Von der Polizeiaufsicht

noch besteuert werden möchte; wenn sie, und zwar die einheimischen innerhalb eines, die auswärtigen aber innerhalb zweyer Jahre a dato dieser Verordnung, die geschehene Bestellung unter Production der Original-Urkunden, dem foro rei

in die Gerichtshandelsrechte und Priorität, die in allgemeinen oder Localengeschränkt bleiben sollen. — Im Ablauf dieser Frist, die solcher Hypotheken nicht mehr diese Verordnung in noch nicht zur Anzeige dieser Art, ebenfalls zur und in solcher Weise ad

casus praetorios gezogen werden. — Uebrigens ist es nicht Unsere Absicht, die, einigen Gerichten Unserer Lande zur Norm dienenden Lokal-Rechte, vermöge deren die vollständigen, einer öffentlichen und gerichtlichen Hypothek gebührenden Vorrechte, nur durch die Bestellung vor diesen Gerichten, mithin auch nicht durch eine daselbst nicht übliche Confirmation einer, in einem instrumento privato erteilten Hypothek, erlangt werden können, hiedurch aufzuheben; vielmehr geht Unsere Wissens-Meynung dahin, daß gedachten Lokal-Rechten auch in der Zukunft nachgegangen werde; und verstehet es sich von selbst, daß die, in Gefolg der gegenwärtigen Verordnung, nachgelassene Eintragung der, bis zu dem bestimmten Zeitpunkte, in einem instrumento privato bestellten Hypotheken, in das Gerichts-Handelsbuch bey den erwähnten Gerichten nicht statte. —

So

So viel hiernächst die Eintragungen der mehrgedachten Hypotheken betrifft, so sollen, außer Capitalien, überall keine Gebühren entrichtet, überhaupt auch künftig bey Hypothek-Bestellungen oder Bestätigungen, mit Abschaffung der bisher in solchen Fällen bey Unsern höhern Justiz-Collegiis üblich gewesenenen Gebühren, nur  $\frac{1}{4}$  Procent; von allen übrigen Gerichten aber ein mehreres nicht als die Sportul-Ordnung vom 2ten August 1720 besagt, genömmen werden; weshalb es jedoch in Absicht derjenigen Gerichte, bey welchen eine höhere Sportel-Taxe hergebracht ist, so wie wegen des Untergerichts hieselbst bey der Untergerichtsordnung sein Bewenden behält. — Wenn endlich diejenigen Gläubiger, welche auf gerichtlich bestätigte Hypotheken Geld geliehen haben, durch die Verordnung vom 6ten April 1778 der Zinsen halber vor andern begünstiget sind; so verstehet es sich zwar von selbst, daß dieser Begünstigung künftig nur solche Hypotheken sich zu erfreuen haben können, welche dieser Verordnung gemäß, vor dem foro rei sitae bestellt oder bestätigt, und resp. daselbst angezeigt und eingetragen sind. Wir haben jedoch solches, damit deshalben in der Folge nicht etwa Zweifel entstehen möge, zum Ueberflus hiemit declariren wollen.“

## XXXI.

Von den Vorkehrungen der Sicherheits-  
policey gegen Landstreicher.

## §. I.

Aus der zahlreichen Familie der Landstreicher gehen die meisten Menschen hervor, welche listige oder gewaltsame Zueignung fremden Eigenthums, wobey nicht selten auch Gesundheit und Leben der Staatsbürger gefährdet wird, zu ihrem vorzüglichsten oder gar einzigen Gewerbe und Nahrungszweig machen. Wer einen eigenen Heerd oder nur einen festen Wohnsitz, eine gewisse Heimath, ein bestimmtes rechtliches Gewerbe hat, wird so leicht nicht den Bettlern, Dieben und Räubern sich beigesellen. Verdorbenheit des Gemüths, Faulheit, Schwelgerey, Zerrüttung des Vermögens, Armuth und Mangel, unmäßige Habsucht, günstige Gelegenheit — verleiten allerdings auch und nur zu oft einheimische, angeseffene Leute zu sträflichen Unternehmungen wider das Eigenthum ihrer Mitbürger.

ger. Über den fruchtbarsten Stamm der Diebe und Räuber von Handwerk machen immer die Landstreicher, und zwar die fremden Landstreicher, aus. Ist der Eingeborne zu diesem herabgesunken; so gilt freylich auch von ihm weiter keine Ausnahme, und er wird um so gefährlicher, je mehr örtliche Kenntnisse die Ausführung seiner Anschläge erleichtern.

## §. 2.

Der einsichtsvolle Verfasser einer vortrefflichen Schrift über die besten Mittel gegen Straßenraub und andere Gewaltthätigkeiten, der Graf v. Schmettow, glaubt, daß in Deutschland die meisten Diebsbanden aus verdorbenen Bauern bestehen. Es ist aber dagegen mit vollem Recht, wie auch ich aus eigener Erfahrung, aus zahlreichen Inquisitions-Acten bezeugen kann, bemerkt worden, daß die Menge der Räubereyen, die verübt werden, sich nicht nach dem Verhältniß des Drucks der Regierungen und der Armseligkeit der Unterthanen richtet, sondern nach der Vortrefflichkeit oder dem Mangel von Policcy, und nach der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Flucht, die durch die Nähe der Grenzen und durch die Mannigfaltigkeit kleiner Gebiete befördert wird a). „Im ganzen übrigen Deutschland, sagt Meiners am unten angeführten Orte, werden nicht so häufige und

a) Meiners in dem Göttingischen historischen Magazin V. 496.

gewaltsame Einbrüche ausgeübt, als in Ober-Schwaben und in der Schweiz, besonders in Graubünden, und doch ist der Landmann nirgends so wenig, als in Helvetien, gedrückt. Weil aber in der Schweiz und in dem benachbarten Teutschlande das Betteln so einträglich, das Stehlen so leicht, die Policcy so schlecht, und wegen der vielen kleinen Gebiete die Flucht so sicher ist; so ergreifen Viele, die bey einer geringern Mildthätigkeit und einer strengern Policcy gearbeitet hätten, die edle Bettelkunst, womit die Kunst zu stehlen fast immer verbunden ist. Dieselbigen Ursachen aber, die einheimische Bettler und Diebe hervorbringen, ziehen alles lose Gefindel aus den benachbarten Ländern in solche Gegenden, wo man ungestraft betteln und sicherer, als anderswo, stehlen kann.“

## §. 3.

Den einheimischen Bettlern und Dieben kann indessen auch eine mittelmäßige Policcy noch eher steuern, als den fremden. Jene kennt und beobachtet man leichter, als diese; sie irgendwo unterzubringen, findet weniger Schwierigkeit. Ihre geselligen Verbindungen, Verwandte, Freunde, Nachbarn üben über sie eine unmerkliche Policcy aus. Den Fremdling halten keine solche Bande von gesetzwidrigen Thaten zurück, und indem er des Landes Sicherheit stört, werden zugleich manche Bewohner desselben durch sein Beyspiel verführt, das bald den arbeitsscheuen Armen zum Bettler, den Bettler zum Dieb,

Dieb, und den Dieb zum Räuber und Räuber-  
genossen macht. Gerade hierdurch wurde die  
überhandnehmende Menge fremder Landstreicher  
und Bettler in einer Gegend Deutschlands, wo  
man die Mannigfaltigkeit kleinerer G.  
in Franken, Schwaben und am Rhe  
nicht kennt, zur allerverderblichsten  
Vielleicht vertrieb der Krieg jenes u  
findel aus dem südlichen in das nördlid  
land. Seit dem Jahr 1793 wurde  
Erzählung des Drost v. Suckow, Mecklen  
burg von fremden Landstreichern auf eine höchst  
lästige Weise heimgesucht. Diebstähle, Ein-  
brüche, Räubereien waren an der Tagesord-  
nung. Die Bettler streiften täglich zahlreicher  
und gewöhnlich truppweise durchs Land. Im  
Jahre 1796 wurde in einem Amte eine ganze  
zum Theil bewaffnete Bande, mit Weibern und  
Kindern zusammen von drey und zwanzig Per-  
sonen verhaftet. Die täglichen, oft mit Unge-  
stüm geforderten Almosen wurden zur drückend-  
sten Last, und doch konnte damit die Sicherheit  
nicht erkaufte werden. „Die schlimmste,  
die traurigste Erfahrung von dem  
Einflusse dieses Zustandes auf die  
Denk- und Handlungsweise der Einhei-  
mischen in den untern Classen bestä-  
tigte sich dabey immer sichtbarer.  
Faulheit und Bettelsinn griffen,  
durch das tägliche Bepspiel der Leich-  
tigkeit, Almosen zu erhalten, ge-  
nährt und begünstigt, immer sichtba-  
rer um sich. Die Einlieger in den Dörfern  
ge



gesellschaften sich zu dem losen Gesindel und durchzogen mit den abgefeimtesten Bösewichtern das Land. . . . . Die Eingefessenen klagten schon eben so sehr über die Dreistigkeit und Insolenz der einheimischen, wie der fremden Bettler, und die gefährlichsten Verständnisse zwischen beiden wurden immer merklicher. Die einheimischen Armen dienten den fremden Vagabunden zu Spionen, deren Hehlen und Helfen die Ausführung ihrer überlegten Diebstähle und Einbrüche thätig erleichterte“ b).

## §. 4.

In jeder Hinsicht hat die Sicherheitspolicey von fremden Landstreichern am meisten zu befürchten. Einheimische werden erst in Verbindung mit ihnen recht gefährlich. Freylich finden sich auch unter diesen nicht bloß Vagabunden, die bettelnd ihr Vaterland durchstreichen, sondern auch entlaufene Verbrecher, heimlich zurückgekehrte Verwiesene, Deserteurs u. dergl. Aber weder ihre Zahl noch ihre Gewandtheit ist so groß, daß sie dem landfahrenden Gesindel, das von Jugend auf von fremdem Gute sich nährt, gleich geachtet werden könnten.

Diese sind es, welche allein zu ihrem schädlichen Gewerbe erzogen und allein für dasselbe lebend, ohne Vaterland und ohne Wohnsitz,  
meis

b) Blätter für Policey und Cultur. Supplem. I zum Jahrg. 1801. S. 59. 60.



meistens unter dem Scheine irgend eines für Landstreicher tauglichen Nahrungsweiges, zwar gewöhnlich in einem ihnen einmahl bekannten Bezirke sich herumtreiben, aber doch in der Regel einen solchen Schaurlatz ihrer Thätigkeit wählen, der durch mindere Bevölkerung, einzelne Wohnungen, nahe Grenzen, mehrere an einander stoßende Gebiete, für ihre Unternehmungen vorzüglich geschickt ist. Auf ihren Streifereien, in den Herbergen der Armen, in den Scheuern, die das Mitleid des Landmanns dem dürftigen Wanderer zum Lager öffnet, in den städtischen Gasthöfen, die sie und ihres Gleichen aufzunehmen pflegen, selbst in den Wachsstuben und Gefängnissen, machen sie dann auch mit einheimischen, aber doch nicht zum Landstreichen gebornen und erzogenen Menschen Bekanntschaft, und verbinden sich mit ihnen auf kürzere oder längere Zeit, wie es ihrem gegenseitigen Vergnügen, und hauptsächlich ihrem Vortheile entspricht.

### S. 5.

Stehende Diebs- und Räuberbanden, die gleichsam eine eigene, mit der bürgerlichen Gesellschaft in einem beständigen Kriege lebende, Republik ausmachen, in Wäldern, Hölen und alten Burgen hausen, eine bestimmte Verfassung haben, und nach einem zusammenhängenden Plane operiren, sind heutzutage selten c). Aber  
die

c) Man schrieb im Jahr 1799 und 1801 aus der Wetterau, den Rhein- und Maingegenden, daß

die ganze große Landstreicher-Familie in Deutschland, einem Theile des französischen Reichs, der helvetischen und batavischen Republik steht in einer gewissen Verbindung, die Einzelnen, wenn es ihre Sicherheit erfordert, ihre schnelle Verpflanzung und ihren Unterhalt in fernen Gegenden sehr erleichtert; hauptsächlich durch eine gemeinschaftliche, nur ihnen bekannte Sprache. Durch diese wird ihre Bekanntschaft unter einander, die Vereinigung zu gewissen Unternehmungen, die Entwerfung und Ausführung ihrer Pläne in einem hohen Grade befördert. Gemeiniglich ist es der Fall, daß einige genauere Bekannte, ohne zusammen zu leben und in einer eigentlichen auf längere Zeit verabredeten Genossenschaft und Verbrüderung zu stehen; gemeinschaftlich einen Streich wagen, von

zwei Räuberbanden von einigen hundert Männern, welche wohlbewaffnet seyen, aus Cavallerie und Infanterie bestehen, Feldmusik mit sich führen, einen Anführer haben u. s. w., dort ihr Wesen treiben; allein es hat sich in der Folge gezeigt, daß auch hier die Furcht die Sache sehr vergrößerte. Als Haupt der einen so organisirten Bande wurde der berühmte Schinderhannes genannt (s. z. B. Häberlin Staatsarchiv, Heft 21. S. 39); man weiß aber jetzt, daß dieser Wursche nie die Ehre hatte, ein Rathbild von Carl Moor zu seyn. In der Regel wenigstens war er nur auf die Weise Anführer; wie sie sogleich im Text näher beschrieben wird. Auch ganz neuerlich hörte man aus der Wetterau wieder von Räubereien, die unter vielem Geräusch, von bewaff-

von dem sie einigen Gewinn erwarten, Ist dieser getheilt; so gehen sie wieder auseinander, indem sie sich jedoch die nöthigen Nachrichten, wo und wie sie sich wieder finden können, hinterlassen. Entdeckt nun einer eine günstige Gelegenheit; so ruft er die übrigen zusammen, und wenn es die Umstände erfordern, wird die Gesellschaft durch entfernteres es in dem vagabundenre fehlt, verstärkt. Ein Räuberhauptmann kann es keine eigentliche Bande sich den Plan und leitet Fenne einen solchen, der Handwerksgelesen, Nieder und Brabant durchzog, den und raubenden Gesin

Nr 2

sehen

waffneten Haufen verübt worden. Aber von Räuber-Regimentern zu Fuß und zu Pferde ist nicht mehr Rede. Wenn es indessen gerade nach einem Kriege bei dleischen Operationen und Gesellschaften etwas militärisch hergeht; so ist das sehr natürlich. Entlaufene und verabschiedete Soldaten finden sich dabei in solchen Zeiten immer zahlreicher, als sonst. Wenn in dem von Meiners (Götting. histor. Magazin V. 506) mitgetheilten Verzeichnisse von Räubern und Dieben, welche von 1764 bis 1788 in den Hannoverschen Anzeigen mit Steckbriefen verfolgt worden sind, die beynahe größte Zahl aus Deserteurs und verabschiedeten Soldaten besteht; so darf man nicht vergessen, vor welchem Zeitpunct jenes Verzeichniß anfängt.

## 612 XXXI. Von den Vorfahrungen

sehen stand, daß es ihm nie an folgsamen Gehülfen zu seinen Unternehmungen fehlte. Seine interessante und belehrende Geschichte wird hoffentlich bald durch eine geschickte Feder dem Publikum mitgetheilt werden.

### §. 6.

Ist von Menschen dieser Art irgendwo ein reicher Fang gethan; so verzehren sie die Früchte ihrer Arbeiten in Ruhe. Sammeln ist ihre Sache nicht, und was sie erwerben, geräth wenigstens nicht in todte Hände. Während sie sich nun so wohl seyn lassen, hat auch die Sicherheitspolicey ihre guten Tage. Wie verschwunden ist auf einmal das lose Gesindel, das ihr sonst so manche Sorge machte. Schon glaubt sie, es sey ihren Anstrengungen und Verfolgungen endlich gewichen. Aber — der Raub ist verzehrt; im behaglichen Gefühle des Nichtsthuns hat man wohl gar von dem Credit gefälliger Wirths Gebrauch gemacht, und diese müssen ehrlich bezahlt werden. Plötzlich ertönen neue Klagen über Diebstahl, Einbruch und Straßenraub: das Raubgesindel ist auf neue seiner Nahrung nachgegangen.

Gerade diese Handelsweise aber ist gefährlicher, als eine stehende Räuberbande; denn sie erschwert die Entdeckung, zumahl da Verübung des Raubs, Verbergung und Verkauf der geraubten Sachen, und Verzehrung des Gewinns gewöhnlich unter mehrere Gebiete vertheilt wird. Dazu ist nun allerdings unser gutes Deutschland sehr

sehr bequem, da es noch immer, der neuesten Consolidationen ungeachtet, Gegenden genug hat, wo es ein leichtes ist, in einem Tage dreier, auch mehrerer Herren Lande zu durchschneiden.

# S. 7.

Zwar wollen die Reichsgesetze, daß auch hier, wie in so manchem andern Falle, durch das ganze teutsche Reich völlige Stille herrschen, daß an keinem Orte verdächtige und gefährliche Leute, Landstreicher, Diebe und Räuber mehr Sicherheit finden sollen, als an einem andern, das heißt, überall keine; daß für so die Grenzen der verschiedenen reichständischen Lande keine gemeinschädlichen Asyle werden; daß die sämtlichen Reichstände in ihren Landen gegen dergleichen Menschen die strengsten Massregeln ergriffen, daß, nöthigen Falls, die Kreisversammlungen mit vermögten und verstärkten Kräften sie verfolgen, daß die Kreisobristen die gefassten Schlüsse durchgehends mit Nachdruck vollstrecken sollen. Offenbar ist die Absicht dieser Gesetze, daß in den einzelnen Kreisen wenigstens nach übereinstimmenden Grundsätzen gehandelt werden, und daß eben deswegen die Ausführung von der vollziehenden Gewalt der Kreise selbst, ungehindert durch die einzelnen Hohen, geschehen soll. Aber gerade; weil dieß nicht geschieht, verlieren gewöhnlich die trefflichsten Kreisschlüsse mit dem Verfliegen des ersten Feuers ihrer Ascheher all ihre Kraft und Wirksamkeit. Gemeinsame Grundsätze hat man freylich; aber

da nicht ein Geist ihre Handhabung leitet; so fehlt es an dem gemeinsamen, gleichförmigen Verfahren. Man hat in neueren Zeiten andere Mittel versucht, um dieses zu bewirken — nachbarliche Correspondenz in vorkommenden Fällen, vorläufige Verträge, selbst einen General-Policeyconvent verschiedener benachbarten Reichsstände d); auf kurze Zeit half diese vielleicht, dauernde Wirkungen hat man davon größtentheils vergeblich erwartet.

## §. 8.

Zum Glücke kommt es auf die Größe der Gebiete weniger an, als auf die Thätigkeit der Policey in jedem, es sey groß oder klein. Man kennt

- d) S. die Nachrichten von dem im Jahre 1801 zu Weplar versammelten, gewesenen Policey-Convent in Häberlins Staatsarchiv Heft 21. S. 39 f. — Die daselbst vereinigten Reichsstände waren: Chur-Trier, Oranien-Nassau, Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg, Anhalt-Schaumburg, Solms-Braunfels, Wied-Neuwied, Wied-Runkel, Solms-Lich, Solms-Laubach, Solms-Rödelheim, die Stadt Weplar. Zum Beirath (der auch zum Theil erfolgte) wurden eingeladen: Chur-Maganz, Hessen-Cassel, Hessen-Darmstadt, Hessen-Hanau, Hessen-Homburg, Nassau-Sayn, Sayn-Altenkirchen, Wittgenstein, Werlenburg, Weiningen, Westerburg, Msenburg, Bassenheim, Frankfurt, Friedberg, die mittelrheinische Reichsritterschaft, die Freiherren v. Nidechel.



sennt zusammenhängende, bedeutende, mächtige Staaten, wo von allen den Nachtheilen, die man der Mannigfaltigkeit der teutschen reichsständischen Gebiete zuschreibt, nicht die Frage seyn kann, und wo Landstreicher und Diebe und Räuber aller Art, auf einem kleineren Flächenraum und unter einer geringeren Volkszahl, weit zahlreicher sind, als in Deutschland zu irgend einer Zeit. Freylich hat es bey uns die Policcy schlimmer, als anderswo, weil die Leichtigkeit der Flucht, und die Verschiedenheit der nachbarlichen Polizeypflege ihre Maßregeln gegen die Landstreicher erschwert. Aber verbindet sie nur mit der nöthigen Kenntniß festen, ernstlichen Willen, und läßt man es ihr nicht an den erforderlichen Mitteln fehlen; so wird sie ihren Zweck gewiß erreichen. Bey aller Vermegenheit verliert der Landstreicher bald allen Muth gegen eine ihn standhaft und unermüdet verfolgende Policcy. Er meidet das Land, wo er eines unfreundlichen Empfangs zum voraus gewiß ist. Allerdings können Zeiten eintreten, wie insbesondere die nach Beendigung eines Krieges, wo des herumstreifenden Gefindels so viel wird, daß auch die wachsamsste und strengste Policcy sich dessen nicht ganz erwehren kann. Aber dieß ist für sie doch nur Aufforderung zur verdoppelten Thätigkeit!

### L. 9.

Auch der Friede ist keine Rose ohne Dornen. Nicht zu gedenken, daß jetzt erst die Wunden, die er schlug, recht fühlbar, die Brandstätt,



die er machte, die Ruinen, die er zurüchläßt, recht sichtbar werden: so vermehrt auch die dem Frieden gewöhnlich folgende Verminderung der Kriegsheere, die Auflösung der Freycorps, die vorhergegangene Störung mancher Gewerbe, das Aufhören mancher Nahrungszweige bey den im Felde stehenden Armeen, und selbst die widerkehrende Strenge in der Policeyverwaltung, die Menge des landfahrenden, heckenlosen Gesindels. Auch nach dem letzten Reichsfrieden ward diese Beobachtung durch die Erfahrung bestätigt. Es ist gewiß interessant, die Maßregeln, welche in verschiedenen Territorien dagegen genommen wurden, in einer geordneten Zusammenstellung zu übersehen. Ich werde daher die wichtigsten hieher gehörigen Policeyverfügungen herausheben, jedoch die gleichförmigen oder bloß nachahmenden übergehen, und zugleich auch auf die noch während des Krieges in einigen Ländern zu Stande gekommenen merkwürdigen Sicherheitsanstalten Rücksicht nehmen.

## §. 10.

Von der Grundregel: Wer das Diebst- und Räubergesindel vertilgen will, der steure der Landstreicherey — gehen alle aus. Wer soll aber nun unter die Landstreicher gezählt werden? Daß man dieß veränderliche, unter mancherley Masken sich verborgende Volk genau kenne, ist eins der wesentlichsten Erfordernisse, wenn man ihm mit glücklichem Erfolge beyskommen will. Jeder Policeybeamte muß, sich diese Kenntniß zu erwerben,

ken, sorgfältig bemüht seyn; aber für sein amtliches Verfahren ist es von der äußersten Wichtigkeit, daß das Gesetz selbst ihn mit Kennzeichen versehe, nach welchen er sich bey der Beurtheilung solcher Personen richten kann, die, als der Landstreicherey verdächtige, von ihm gebracht werden, und, um überhaupt Reisende gegen mancherley Belästigungen und Mißverständnisse zu sichern, ist es insonderheit nothwendig, daß die niedern Polizeybedienten, welche die Verfügungen der Sicherheitspolizey unmittelbar zu vollstrecken haben, nicht ohne eine bestimmte Anweisung gelassen werden, die sie in den Stand setzt, mit ihrem gewöhnlich sehr ausgedehnten und sehr bereitwilligen Verdacht Unverdächtige und Unschuldige nicht zu beunruhigen. Selbst für ihre fernere Brauchbarkeit ist dieß von sehr großem Einfluß, indem sie nicht leichter verdrüsslich und nachlässig werden, als wenn sie wegen öfterer Mißgriffe Tadel, vielleicht gar Strafe erhalten, oder den Opfern ihres Dienstleisters auf eine oder die andere Art Genugthung leisten müssen.

### §. 11.

Ob nun gleich die Schwierigkeit einständigen und treffenden Bezeichnung verschiedenartigen Landstreichers sich nicht v

ist, und es daher, wie Niemann

hält,

\*) Blätter für Polizey und Cultur. Suppl. 1. in 1801. S. 96.

## 618 XXXI. Von den Vorkehrungen

hätt, 'rathfamer scheinen dürfte, alles in einzelnen Fällen dem Urtheile und Rechtgeföhle der

1; so wird doch, aus den  
eine bestimmte Vorschrift  
in. Daß sie möglichste  
e, ist allerdings wün-  
sie durch einige Mängel-  
bbgr. Es ist genug, wenn  
ener einen gewissen Zeit-  
gen Vorwürfe von Will-  
theilung sichern kann. Es  
je allgemeine Kennzeichen,  
istreicher von dem recht-  
werer, von dem unvers-  
der Regel unterschei-

den kann, und einige besondere, welche die Land-  
läufer nach ihrem Stande, Gewerbe und Be-  
triebe genauer bezeichnen. Drie herauszuheben,  
ist hinreichend; alle Gestalten, die sie annehmen,  
zu beschreiben, obnehin unmöglich.

### §. 12.

Die Reichs-Policeygesetze haben schon man-  
cherley verdächtige und gefährliche Leute näher  
angegeben, auf welche von Policey wegen eine

merksamkeit  
te Theil dieser  
noch immer  
der neueren  
n größerem I  
feit.

### §. 13.

§. 13.

Die meisten der  
 gesetze unterscheiden  
 math, und solche,  
 unter diesen wieder die  
 Gewerbe und die, wel  
 aber die Landstreicher  
 haben. Zu den letzten  
 welche bey einem sol  
 einen festen Wohnstz  
 gesindel auf irgend ei  
 hen. Diese, vorzügli  
 renlosen Wagaunden  
 Gegenden Teutschlan  
 „Unter dem Nahmen  
 dem achten churbadis  
 sind alle begriffen, n  
 liches, bürgerliches &  
 gewerbe wüßlich haben  
 streichen, um unter  
 legenheiten zu ihrer verbotenen Handthierung  
 auszukundschaften, oder, die zwar irgendwo  
 einen Sitz  
 liches und  
 laufen ver  
 Krämer, &  
 ste mit n  
 oder Umg

ch unzuläng  
 um Herum  
 als Zunder  
 Fall, wenn  
 Kundschafter  
 dast stehen.“

§. 14.

Der fränkische Kreißschluß wegen Aus  
 rottung, Abhaltung und Entfernung des Jau  
 ners,

ner, Wagabunden, Dieb, und Bettelgesindel in und von den fränkischen Kreislanden vom 12ten December 1801 bezieht sich in Ansehung der genduern Bestimmung und Beschreibung solcher Landstreicher auf die älteren Kreispatente g), fügt aber den daselbst genannten Personen noch weiter jede Classe von fremden sogenannten Collectanten und von verabschiedeten und als dienstlos herumirrenden Soldaten hinzu h). Der schwäbische Kreisschluß vom 18. Jan. 1802, welcher gleichen Zweck hat, rechnet zu dem — schon als bekannt angenommenen — herrenlosen Gesindel, außer den fechtenden Handwerksburschen, auch noch alle sogenannte qualifizierte Bettler, als: Convertiten, Siechen, Waldbrüder, abgedankte angebliche Officiers, Officiers-Frauen und Töchter, abgedankte Dienstleute, vácirende Jäger, Spielleute i). In verschiedenen hieher gehörigen, neueren Landes-Policeygesetzen hat man sich mit der allgemeinen Benennung der Landstreicher, des Bettler, Jauner, und Diebgesindels begnügt; in andern

g) v. 1732, 1746 und 1770. — Bey einem Gesetz, das schnell befolgt werden soll, wäre die Einschränkung dieser Beschreibung wohl zweckmäßiger gewesen. Ihr Inhalt wird, um Wiederholungen zu vermeiden, unten in eine allgemeine Schilderung stillschweigend mit aufgenommen werden.

h) Deutsche Justiz: u. Völker-Kama. Jun. 1801. S. 66.

i) Daselbst S. 43.

bern aber die zu diesen Titeln sich qualificirenden Subjecte genannt. So ist die pfälz-bairische Verordnung vom 5ten Oct. 1800 gegen „alle ausländische Bettler und Landläufer, geistlich- oder weltlichen Standes, ohne Ausnahme, besonders aber gegen alle fremde Collectanten, Kraxenträger, durchziehende Tiroler, Del- und Farbenhändler, Cameel- und Bärenreiter, Marionettenspieler, Hausirer, Zigeuner, Landfahrer, Handelsjuden, abgedankte Soldaten, vagirende Jäger u. dergl.“ gerichtet. Bestimmter und systematischer ist die mecklenburg-schwerinsche Verordnung von 1801. Sie rechnet zu der Classe des zu verfolgenden losen Gesindels alle fremde Bettler, ohne Unterschied, folglich alle Auswärtige, welche, unter irgend einem erdenklichen Vorwande, mit Pässen und Bescheinigungen, oder ohne solche, betteln, sie seyen vom Militär- oder Civilstande; sodann alle Vagabunden, welche mit erschlichenen Pässen außerhalb den Landstraßen unbeschäftigt und ohne Gewerbe betroffen werden; desgleichen die nicht durch den 256sten §. des Landesvergleichs k) ausge-

k) Hier ist festgesetzt: In den Städten und auf dem Lande soll das schädliche Hausiren fremder Krämer und Juden außerhalb Jahrmarkts abgeschafft werden; jedoch ausgenommen die Wils, Militäten, auch Hechelträger, Leinwandhändler, Siebmacher und Scheerenschleifer, welche aber in einer Stadt das Bürgerrecht gewinnen, und wenn sie nicht Bürger werden können, dennoch in einer Stadt zu den Landes-oneribus etwas billiges beitragen sollen,

## 622 XXXI. Von den Vorkehrungen

genommenen fremden Krämer und Juden, die Bärenführer, Töpfer, Seiltänzer, Marionettenspieler zc., und insgemein jedermann, welcher ohne gültige Pässe oder andere Legitimation, ohne Privilegia und Concessionen im Lande umherstreift oder ein nicht gesetzlich verstatetes Gewerbe treibt 1).

### §. 15.

Nimmt man alle die verschiedenen neueren gegen Landstreicher, Bettler, Gauner und Diebsgesindel gerichteten Landes-Policeygesetze zusammen und vergleicht sie mit den ältern, auf welche sie sich zum Theil beziehen; so sieht man, daß sie alle von dem Hauptzwecke ausgehen, die Gefahren abzuwenden, womit Menschen die Sicherheit der Staatsbürger bedrohen, welche ohne bestimmtes, rechtliches Gewerbe und ohne hinreichende Legitimation von Land zu Land, von Ort zu Ort ziehen, sie mögen übrigens einen Wohnsitz im Lande selbst oder außerhalb Landes nachweisen können oder nicht. Unter denselben werden allerdings die heim- und herrenlosen Vagabunden für verdächtiger gehalten, als die angesehnen, und

soßen, worüber ihnen ein obrigkeitlicher Schein zu erteilen, und solcher von ihnen auf Erfordern zu produciren sey.

1) Blätter für Policey u. Cultur. Jahrg. 1801. St. XII. S. 350.



und dann wieder die Fremden mehr, als die einheimischen. Bey diesen unterscheidet man noch die bettelnden Landstreicher von denjenigen, welche ein scheinbares, jedoch unzulängliches und durch die Gelegenheit zum Herumstreifen verdächtiges Gewerbe haben, wie z. E. die Rantengießer, Kesselflicker 2c. Letztere werden bloß unter eine genauere Polizeyaufsicht gezogen, so lang sie sich einer Gemeinschaft mit Dieben und Räubern nicht verdächtig machen.

**§. 16:**

Das Hauptaugenmerk wird immer auf Fremde gerichtet; wobey es allerdings eine schwere Aufgabe ist, mit der gehörigen Aufmerksamkeit die schuldige Schonung zu verbinden, damit kein rechtlicher Mann durch unzeitigen und übertriebenen Verdacht gekränkt werde. Der fränkische Kreis glaubt, ohne Unbilligkeit annehmen zu können, daß Fremde und Reisende; sie seyen Fußgänger oder nicht, wenn sie sich nicht entweder durch glaubwürdige Anzeige ihres Standes und ihrer Geschäfte, oder durch gültige und vorschriftmäßige Reisepässe ausweisen können, schon an sich nicht volles Zutrauen verdienen, und daher sich gefallen lassen müssen, wenn sie einer strengeren Untersuchung unterworfen werden m).

**§. 17:**

m) Fränkischer Kreisschluß v. 12. Dec. 1803. §. 3.  
Justiz- und Polizey-Gama. Jalt. 1802. S. 68.

## §. 17.

Im Allgemeinen stimmen jedoch die befragten Polizeygesetze darin überein, daß sie als die gefährlichste Classe der Landstreicher diejenigen betrachten, welche gar kein ordentliches bürgerliches Heimwesen und Nahrungsgewerbe haben, sondern unter allerhand Gestalten das Land durchstreichen, um im Müßiggang auf Kosten der rechtlichen Einwohner zu leben. Dieß sind die sogenannten *Tauner*, denen man mit Recht die *Zigeuner* n) völlig gleichstellt. Ihnen zunächst stehen alle Fremde, welche zwar mit einiger Legitimation, aber außerhalb der Landstraßen, unbeschäftigt, ohne Gewerbe, ohne rechtlichen Zweck betroffen werden, und an diese grenzen diejenigen, welche hin und wieder in den Städten und Flecken müßig liegen und von ihrem Gelde leben, deren Thun und Lassen aber nicht bekannt ist o).

## §. 18.

n) E. Th. I. S. 259. Der Name ist hier gleichgültig. *Tauner* und *Zigeuner* sind *Wagabunden* einerley Art, und die wenigsten sind wirklich *Zigeuner*, die so heißen. Vergl. Meiners in dem Götting. histor. Mag. V. 498. Auf beide ist auch anwendbar, was wegen der *Passporte* in den Reichsgesetzen verordnet. Man soll sie ihnen abnehmen und cassiren. R. A. von 1551. S. 81. 82. Pol.-Ordn. v. 1577. Tit. 28. §. un:

o) Th. I. S. 285. In dieser Lage wird man die oben (§. 5. 6.) beschriebenen *Wagabunden* finden, wenn sie, nach einem glücklich vollführten Streiche, von ihren Thaten ausruhen:

**§. 18.**

Am wenigsten zweifelhaft wird die Policey in Ansehung derjenigen Fremden seyn, deren einziger Nahrungszweig das Betteln ist, sie seyen mit Pässen versehen oder nicht. Unter diese Rubrik werden, ausser den gemeinen Bettlern, namentlich gesetzt: die sogenannten qualificirten Bettler p), alle fremde Collectanten, geistlichen und weltlichen Standes, Leute, die für Türkengefangene Almosen sammeln, Convertiten u. s. w. q) Dazu gehören denn auch solche, die unter dem Vorwande, Dienste oder Arbeit zu suchen, das Land durchstreichen: Verabschiedete Soldaten, abgedankte Bediente, vagabundirende Jäger, fahrende Handwerksbursche.

**§. 19.**

Manche dieser aufgedrungenen Kostgänger des Publicums nehmen aber eine rechtlichere Maske vor, indem sie ihr tägliches Brod verdienen zu wollen scheinen: diese durch Handel, jene durch irgend eine Kunst, andere durch ein tragbares Handwerk, andere endlich durch Befustigung eben des Publicums, das sie brandschaden. — Hausirer aller Art, Wand- und Kleiderjuden, herumziehende Krämer, die mit allerley kurzen Waaren, Bunder, Feuersteinen, Holz,

p) Vergl. Th. 1. S. 398.

q) S. oben (S. 14.) das Verzeichniß aus dem schweizerischen Kreisschlusse v. 18. Jan. 1802.

v) Vergl. Policeyr. Th. 4.

hölzernen Löffeln, Glas, schlechtem Tapence, Töpfer- und Galanteriewaaren handeln, Arzney-, Oel- und Farbenhändler, Ackerärzte, Operatöre, Cammerjäger und Hasenfänger; Zinngiesser, Blank Schmiede, Kesselflicker, Korbmacher, Ötherenschleifer; Spielleute, Marionettenspieler, Gaukler, Seiltänzer, Würfelspieler und Riemenstecher, Cameel- und Barentreiber, Karitätenkasten-Träger u. d. m.

Will man dieß Landstreicher-Volk näher kennen lernen, als die Gesetze es beschreiben, so lese man Schölls Geschichte des Costanzer-Hanns, insonderheit aber dessen Abriß des Tauer- und Bettelwesens in Schwaben, die Geschichte des Schinderhanns und die noch belehrendere der Räuberbanden am Rhein.

### §. 20.

Die Maßregeln, welche in den verschiedenen neueren Policeygesetzen vorgeschrieben sind, sind insgesammt dahin gerichtet, zuvörderst alle fremde Wagabunden von den Grenzen der Kreise und Länder abzuhalten, und, gelingt dieß nicht, ihr auf's schleunigste habhaft zu werden, und sie, so viel möglich, unschädlich zu machen.

Das erste, wenn es ausgeführt werden kann, ist unstreitig das heilsamste. Unter allen dahin abzweckenden Mitteln muß zuvörderst das äußerste genannt werden, das, so viel bekannt ist, bis jetzt nur eine Regierung, und eine

eine der mildesten und menschenfreundlichsten, gesetzlich vorgeschrieben hat. Durch ein öffentliches Edict sind in den churbadischen Ländern alle Jauner und Landstreicher gewissermaßen für vogelfrey und rechtlos erklärt. Daß der Gesetzgeber dieß äußerste Mittel nur in beschränktem Maße wirklich angewendet wissen will, zeigt der Zusammenhang des Gesetzes, und noch mehr die mit demselben zugleich den Obrigkeiten zugegangene nähere Anweisung. Es ist zum Theil mißverstanden, aber gegen den Vorwurf der Eigenheit und Sonderbarkeit sehr gut vertheidigt worden t).

**§. 21.**

Durch dieß Gesetz werden, wegen der überhändnehmenden Störung der öffentlichen Sicherheit und des frechen Herumstreifens so vielen liederlichen Gesindels, alle Jauner, auch herumstreifende Räuber oder Diebe auf drey Jahre für rechtlos erklärt. Das Gesetz soll nach drey Wochen, von Verkündigung desselben durch das Regierungsblatt an, s)

Es 2

III

t) von dem Churbab. geh. Secr. Meinhard in Kleins u. Archiv des Criminal-Rechts, B. 6. St. 1. S. 139 f.

s) Es steht im Regierungsblatt vom 7. Febr. 1804, und wurde auch in Patentform abgedruckt, und an den Eingangsorten, auch in den Wirthshäusern angeschlagen.

## 628 XXXI. Von den Vorkehrungen

in Wirksamkeit treten. Die näheren Bestimmungen gehen dahin, daß

- a) für Jeden, der als ein solcher in Gaunerlisten, Steckbriefen, oder obrigkeitlichen Signalements ausgeschrieben ist, auch innerhalb Landes bezeugen, und, falls er von obrigkeitlich zur Befragung verordneten Personen hätte erlegt werden müssen, todt oder sonst lebendig eingebracht wird, eine Prämie, ersten Falls von zwanzig fünf Gulden, letzten Falls von fünfzig Gulden gezahlt werden soll.
- b) Daß alles dieses Gauner- und vagierende Gesindel aus dem Schirm der milden Landesgesetzgebung gesetzt, mithin Jeder, der in den churbadischen Landen in Untersuchung verfällt, nach der Strenge der peinlichen Halsgerichts-Ordnung, und der Kreis-Schlüsse t) verurtheilt werden soll. Dabey behält sich jedoch
- d) der Gesetzgeber vor, diejenigen sowohl, welche zur Todesstrafe nicht, sondern nur zur

mehr

t) Der schwäbische Kreis hat, so wie einige andere Kreise, bey dem Ueberhandnehmen gefährlicher Landstreicher von Zeit zu Zeit sehr scharfe Schlüsse gegen dieselben gefaßt. So ist unter andern gegen die Witze und in der zweyten Hälfte des vorigen Jahrhunderts (da sich gerade nach beendigten Kriegen das liederliche Gesindel aller Art sehr vermehrt hatte) beschlossen worden, daß, wenn dergleichen Vagabunden zu drey oder vier oder in größerer Anzahl zusammen sich betreten lassen, und auf irgend eine Art — mit

Flin:



mehrlährigen Verhaftungsstrafe geeignet sind, als jene, an welchen er aus Gründen etwa die Todesstrafe nicht vollziehen lassen will, auf Galeeren oder in Colonien deportiren zu lassen.

§. 22.

Diesem Edict wurde unmittelbar folgende nähere Anweisung beygefügt: „Zu sicherer und unverfänglicher Vollziehung des vorstehenden  
 Edicts

Flinten, Pistolen, Terzerolen, Säbeln, Degen oder starken Prügeln — bewaffnet seyen, und auf das erste Zurufen die Waffen nicht niederlegen und sich nicht ergeben wollten, ohne weiteres scharfes Feuer auf sie gegeben, falls man sie aber zur Haft bringen würde, gegen sie bloß wegen ihres gemeinschädlichen Lebenswandels, welcher für ein beständiges corpus delicti zu achten, wenn sie auch schon keiner andern Missethat überführt werden mögen, nach einem kurzen summarischen Proceß die Strafe des Stranges erkannt und vollzogen werden soll. — Diese Bestimmungen sind übrigens durch besondere Zeitumstände veranlaßt, und scheinen eine ausdrückliche Erneuerung zu bedürfen, um auch in spätern Zeiten mit Recht angewandt werden zu können. Ohne Zweifel kann aber diese Erneuerung nicht allein von dem Kreise, sondern auch von einem Landesherren für sein Land insbesondere erfolgen, wie dieß schon 1801 unter andern von Hessen Cassel, auch von dem Volksthegnvent in Weßsach (S. 7.) geschehen ist. Nach den schwebenden Gesetzen ist die bloße Landstreicherey an sich schon als ein gefährliches Verbrechen zu betrachten. (S. unten §. 57.)



Edicts werden andurch auf Eurfürstlichen Befehl die Militär-Vorgesetzten, Remea, Stadträthe und Jurisdictionen angewiesen, den untergeordneten Policebedienten Nachstehendes hinlänglich zu erklären und einzuschärfen:

- 1) die in diesem Edict verkündeten Schärfungen gelten nur die fremden diebischen Landstreicher, in keinem Fall aber badische Untertthanen, die auch als verartige Verbrecher immer nach badischen Gesetzen zu beurtheilen sind.
- 2) Der Ausdruck: falls er (der Verbrecher) von obrigkeitlichen, zur Befahrung verordneten Personen hätte erlegt werden müssen, todt oder lebendig eingebracht wird, eine Prämie zu gestatten nicht anders auf einen Wagenten zu schießen, als
  - a) in so weit nach den frühern Gesetzen schon auf Verbrecher, die in der Flucht, oder im Widersetzlichkeitsfall - gefangen werden sollen, Feuer gegeben werden darf; oder
  - b) in so weit eine Obrigkeit oder inquirirende Richter selbst schärfere Befehle wegen eines einzelnen Verbrechers bestimmt, seinem Untergebenen zuerst giebt.
- 3) Das erhöhte Prämium von fünfzig Gulden kann auch durch Einfangung eines solchen lebendigen Verbrechers verdient werden, der entweder specien von der höhern Obrigkeit dem einfangenden Subalternen zuvor bezeichnet worden, oder der nachmals in der Inquisition als ein wirklicher Lauerer oder diebischer Wagent erkannt wird.

4) Obri-

4) **Obrigkeitliche Signalements**, die wegen kleiner Verbrechen eines Ausländers in die Landesblätter eingerückt werden, reichen nicht zu, daß ein solcher Mensch schon für rechtslos erkannt sey; sondern er muß im Signalement ausdrücklich als Gauner, oder in Diebsbanden verwickelter Wazant angegeben seyn. Auch nicht jedes in der Zeit und Art kurze und leichte Herumstreifen eines Diebs reicht zu, sondern er muß von dem verbrecherischen Gewerbe Profession machen, oder ein Jahr lang schon ohne bestimmtes ehrliches Gewerbe herumvagiren, und dabey an einer ordentlichen Heimath Mangel haben."

### §. 23.

Der Hauptzweck der Abschreckung ist hier unverkennbar. In den übrigen neueren Polizeyverfügungen gegen Landstreicher hat man sich indessen begnügt, die Einlassung Fremder in ein Land überhaupt von einer gestrengeren Untersuchung und einer größeren Genauigkeit in Ansehung der Pässe abhängig zu machen, die eingelassenen einer sorgfältigern Aufsicht zu unterziehen, in Rücksicht auf Beherbergung, Aufnahme, Schutztheilung, Ansiedelung u. s. w. mehr Vorsicht, als sonst gewöhnlich war, zu beobachten; insonderheit aber erklärten Landstreichern aller Art, wie sie oben näher angegeben sind, den Eintritt in die verschiedenen Reichsländer gänzlich zu untersagen, und; um dieß Verbot desto sicherer handhaben zu können,

nicht nur die Landstreicherey und Bettelerey der Eingebornen mit Nachdruck völlig abzustellen, sondern auch zur Ergreifung und Züchtigung des umherstreifenden Gesindels wirksame Anstalten zu treffen.

## §. 24.

Was zuvörderst die Pässe betrifft; so scheint aus mehreren der vorliegenden Gesetze ein größeres Vertrauen zu ihnen hervorzuleuchten, als sie in der That verdienen; in andern dagegen scheint das Mißtrauen in ihre Gewährleistung auf eine für den rechtlichen Reisenden sehr lästige Weise übertrieben zu seyn. Bey diesen liegt freylich neben der Sorge für die Sicherheit der Staatsbürger größtentheils auch der Zweck zum Grund, die Ruhe des Staats selbst gegen ausländische Neuerungen zu bewahren, und es ist zu hoffen, daß mit der Furcht vor Revolutionen auch die Fesseln schwinden werden, die man hin und wieder dem so wohlthätigen Verkehr gebildeter Nationen unter einander angelegt hat.

Es ist sehr richtig, was M e m a n n u) über die neuerlich eingerissene furchtsame Verschließung der Länder und die rücksichtslose Strenge wegen der Pässe bemerkt hat, sagt. Indem er ihre Wichtigkeit, Nothwendigkeit und Nützlichkeit auf keine Weise verkennet, wünscht er zugleich mit Recht, daß Geselligkeit und Gesellschafter

u) Blätter f. Policey u. Cultur. 1801. VII. 56.

freundschaft, daß unschuldige Reiselust und freie Wanderung so wenig als möglich dadurch gestört, erschwert und verkümmert werden mögen. „Sonst“, sagt er, könnte der Fremdling in die meisten Länder mit einem bloßen Gesundheitscheine sich den freien Zutritt eröffnen. Aber das Mercantilsystem mit seinen Contreband- und Mauthgesetzen, seinen Hausirer- und Höfereordnungen belästigte bald den Reisenden mit unzähligen Plackereyen. Unfreundlicher noch, als von diesem Krämergeiste, ward neuerlich in manchen Staaten Verkehr und freie Reise durch das Nachforschen nach dem Unerforschlichen, nach Glauben und Meynung, gestört. Wenn das so fortgeht, wenn dieser Argwohn, wie er seit den letztern zehn Jahren Platz gewonnen, fernerhin um sich greift, was läßt sich dann für die Umgänglichkeit und Mittheilung unter den Bewohnern entfernter und selbst benachbarter Länder hoffen? Der Paß ist die Urkunde, wodurch jeder Fremde gleich an der Grenze seine Verdachtlosigkeit, und im Innern aller Orten seinen gesetzmäßigen Eingang bescheinigen soll. Eine solche Urkunde muß zuverlässig seyn, also eine genaue Beschreibung ihres Inhabers und seine eigenhändige Unterschrift enthalten. Sie muß an jedem Orte, wo der Fremde verweilt, untersucht, vidirt und registrirt werden. Das alles ist in der Ordnung, und wenn daneben in jedem Bezirk mit gehöriger Wachsamkeit das Einschleichen verhütet wird, wenn Nachtzettel und Quartierscheine mit schuldiger Vorsicht ertheilt, Gasthöfe und Wirthshäuser unter strenger Aufsicht

gehalten werden; so läßt sich Ordnung und Sicherheit schon handhaben. Was darüber ist, scheint wenigstens für die wahre Absicht nicht vonnöthen, und dürfte leicht von übeln Folgen seyn. Bürgerliche Freyheit und Zufriedenheit — wahrlich das sicherste Fundament öffentlicher Ruhe — wird dadurch gefährdet, und sonach dieser Zweck öfterer verfehlt als gefördert; oder die Nothzieher sind es, welche die Gesetze mildern; die Nachsicht bey ihrer Ausführung muß die Strenge ihres Ausdrucks erträglich machen. Die bürgerliche Ordnung gewinnt in keinem Fall; aber Freyheit, Dienstpflicht und Gesezmäßigkeit verlieren in beiden.“

## §. 25.

In der That — je größer die Strenge in Ansehung der Pässe ist, desto leichter geräth auch der rechtliche Mann in Versuchung, sie zu vereiteln, falls er dadurch einem langweiligen Aufenthalt und mancherley Plackereien entgehen kann. Leute aber, die man als Unruhestifter wirklich zu fürchten Ursache haben könnte, müssen (wenn sie einer solchen Furcht einigermaßen werth seyn sollen) in Verbindungen stehen, die sie in den Stand setzen, an der Grenze des Staats, auf den es abgesehen ist, pöllig in der Regel zu erscheinen. Das wenigste, was sie für ihre Pläne thun können, ist, sich mit Pässen zu versehen, wie sie die ängstlichste Politik nur immer verlangen mag. Aber selbst den nur dem Eigenthum der Staatsbürger hauptsächlich gefähr-

fährlichen Landstreichern gelingt es nicht selten, durch Pässe die Policey um so leichter zu täuschen, je schwerer sie es dem Betrüger durch ihre Vorschriften gemacht zu haben glaubt. Sieht sie dann nur einen Paß, der diesen entspricht, so läßt sie den Inhaber zutrauensvoll bey ihr einziehen, den sie vielleicht bald als den Wolf in Schafsfleibern nur zu genau, aber auf Kosten ihrer Schützlinge, kennen lernt. Wird sie nun öfters betrogen; so läßt sie sich wohl gar verleiten, die Pässe unter ihren wahren Werth herabzusetzen, und mit der übertriebenen Strenge zugleich eine immer nützliche Aufmerksamkeit aufzugeben. Da man überdies einmahl bestehende Gesetze Ehren halber nicht gern zurücknimmt; so ängstigt und plagt sich der rechtliche Reisende fortwährend, um an der gefürchteten Grenze unverdächtig befunden zu werden, und der erfahrener und listigere, gemeine oder vornehme Glücksritter, der wirklich verdächtig seyn sollte, schlüpft unangefochten unter der nachgelassenen Sperrfette der Grenzpolicey durch.

§. 26.

Ohne die gewissenhafteste Strenge derer, die Pässe ausstellen und derer, die sie untersuchen, kann die zweckmäßigste Gesetzgebung über die Legitimation der Fremden durch Pässe nicht nur nichts helfen, sondern sie muß vielmehr noch schaden, weil, wenn ihre Vorschriften genau beobachtet sind, der Inhaber eines tadellosen Passes auf Zutrauen und Schutz doppelten Anspruch



spruch hat. Aber die Ausstellung der Pässe ist manches armen, schlecht besoldeten Bedienten reichlichste Einkünftequelle, welche noch dazu in demselben Verhältniß stärker wird, in welchem des Paßschreibers Gewissenhaftigkeit abnimmt. Und kann man denn nicht auch falsche Pässe machen? Gibt es nicht einige bekannte Plätze in Deutschland, wo damit Handel getrieben wird? Weiß man nicht, daß die gefährlichsten Landstreicher sich mit einem Sortiment von Pässen versehen, um die verschiedenen Obrigkeiten ganz nach ihren Wünschen bedienen zu können?

## S. 27.

Wahr ist es indessen, daß nur die kleinere Zahl der Landstreicher Zeit und Geld hat, geschickt genug verfertigte falsche Pässe sich anzuschaffen, und daß die gewöhnliche Verfälschung ursprünglich echter Pässe entweder in dem Namen des Paßinhabers oder in der Erneuerung des Passes besteht. Das letztere kommt fast täglich vor, und das erstere wenigstens sehr häufig. Meistens wird aber der Name im Paß nicht, sondern der des Besitzers verändert und gegen jenen vertauscht. Bey den jetzt fast allgemein erforderlichen Signalements und Handschriften ist freylich auch dieß etwas schwieriger. Nun muß bey der Erwerbung eines guten Passes auch noch auf persönliche Ähnlichkeit gesehen werden. Allein diese findet sich häufig, da die Personenbeschreibungen doch nie — selbst wenn sie sorgfältig gemacht werden, so ganz genau ausfallen können



können; und wie manchen Paß habe ich nicht gesehen, wo es heißt: mittelmäßig von Staturs, graue Augen, blauer Rock —! Mit der Handschrift hat es ohnehin keine Noth, denn die meisten Landstreicher, wenn sie nicht einfältige Anfänger sind, erklären sich des Schreibens unterfahren.

§. 28.

Um die möglichste Zuverlässigkeit der Pässe zu erhalten, ist dafür gehalten worden, daß nur höhere Obrigkeiten Pässe ertheilen sollten. Im fränkischen Kreise ist in dieser Hinsicht festgesetzt, daß gültige Pässe nur allein von den Landesregierungen, Kanzleyen und Landesoberpoliceybehörden, nicht aber von untergeordneten Stellen ausgefertigt werden können v). In so fern dieß von Dorfrichtern, Schultheissen, Wögten, Bauermeistern u. d. gilt, ist dagegen natürlicher Weise nichts zu erinnern. Sollten aber wohlbesetzte Magistrate und Aemter nicht tauglicher, als höhere Collegien, zu der bey einer Paßertheilung allemahl erforderlichen vorläufigen Untersuchung seyn? Man weiß, wie bey diesen Pässe gewöhnlich ertheilt werden; das Collegium lernt die, welche einen Paß erhalten, nicht kennen; der Beamte, der Bürgermeister aber, der ohnehin in solchen Fällen häufigere

Er

v) Fränkische Kreisordnung über das Armenwesen vom 24. März 1791. Kreisschl. v. 19. Dec. 1801. §. 4.

Erfahrungen haben muß, kann das ganze Geschäft unmittelbar besorgen, und den, der einen Paß verlangt, persönlich prüfen. Ein ganzes Collegium kann darauf seine Zeit nicht verwenden; ein einzelner Rath verdient nicht mehr Glauben, als jeder rechtliche Beamte; und wird einem Subalternen, wie es gewöhnlich geschieht, die Arbeit und der Lohn überlassen, so ist offenbar dabey gar nichts gewonnen. Lasse man also immerhin das Recht, Pässe zu ertheilen, den untergeordneten Obrigkeiten; aber, wenn sie dabey unvorsichtig oder gar bösslich-nachsichtig verfahren, so strafe man sie streng und ohne Nachsicht.

## §. 29.

Daß in der Regel die Obrigkeit des Wohnsitzes einen Paß ausstelle, wie von dem Polizey-convent zu Wehlar festgesetzt wurde w), ist sehr zweckmäßig, weil sie vorzüglich von der Unverläßlichkeit des Empfängers Kenntniß haben muß. Könnte man diese Maßregel allgemein durchsetzen; so würde den heimlosen Wagaßunden bald jedes Mittel, sich zu legitimiren, fehlen, und bey dem angefessenen Landstreicher könnte man

w) Häberlin a. a. O. S. 52. Auch im schwäbischen Kreis sind sämtliche Stadt- und Landbehörden bey eigener Verantwortlichkeit angewiesen, ihre Pässe nur einheimischen, ihnen bekannten Personen, oder von Auswärtigen nur solchen zu ertheilen, welche sich gehörig zu legitimiren im Stande sind.

man bald erfahren, in wie fern seine eigene Obrigkeit durch Ertheilung eines Passes die Landstreicherey pflichtwidrig erleichtert habe.

Indessen können doch Fälle eintreten, die einem Reisenden die Erneuerung seines Passes, oder die Nachsuchung um einen neuen, nothwendig machen. Die Zeit der Gültigkeit seines Passes kann verstrichen seyn, ehe er im Stande war, den Ort seiner Bestimmung zu erreichen, oder der Paß ist ohne sein Verschulden verloren gegangen u. d. Wäre es nicht grausam, dem unverdächtigen Fremdling das Mittel zu seinem weiteren sicheren Fortkommen zu versagen? Aber mit Vorsicht muß allerdings dabey verfahren, und unbekannten Fremden nie anders, als nach vorgängiger Untersuchung ein Paß ertheilt werden. Oft weiß ein Landstreicher sich einen wenig Zutrauen-erweckenden Paß von einer Unterbehörde zu erschleichen oder — zu erkaufen; nach und nach aber ihn durch Erneuerung in einen recht ansehnlichen zu verwandeln. Durch solche Umänderungen, sagt ein in diesem Fache erfahrener Mann, sind aus einem ursprünglichen Passe von einem Schultheissen, welcher nicht einmal seinen Namen richtig zu schreiben konnte, schon oft nach und nach die förmlichsten Regierungspässe entstanden \*). Bey dem Polizey-

cons

\*) Reichsanzeiger 1800. Nr. 140, wo man überhaupt sehr gute practische Bemerkungen über das Paß-Wesen findet. Vergl. damit 1799. Nr. 161. S. 1859.

convente in Weßlar ist in dieser Hinsicht beschloffen worden, daß, wenn ein Fremder um einen neuen Paß nachsucht, solchen keine Unterbehörde, sondern nur die Ober-Landesstelle soll ertheilen können. Diese aber darf solches nie ohne vorgängige Untersuchung der Umstände thun, und haftet im Concessionsfall für die Folgen ihrer Bewilligung y).

## §. 30.

Die Form der Pässe, wie sie in den meisten neuen Polizeygesetzen vorgeschrieben wird, ist folgende: In denselben soll des Empfängers Tauf- und Geburtsname, dessen Geburts-, zeitlicher Aufenthalt, und künftiger Bestimmungsort, wohin er zu reisen gedenkt, nebst einer kurzen, von ihm einzuschlagenden Marschroute, bemerkt; sodann die genaue Beschreibung des Empfängers durch Angabe seines Alters, seiner Statur, seines Gesichts und aller dazu gehörigen Theile, wie auch der Farbe seiner Haare enthalten seyn. Jeder Paß soll mit des Empfängers eigener Unterschrift, und wenn er nicht schreiben kann, mit irgend einem Zeichen von ihm, unter beyzufügender Bezeugung einer glaubwürdigen Person versehen, übrigens die Zeit der Gültigkeit des Passes angeführt, endlich das gewöhnliche Ersuchen um freye Passirung u. s. w. hinzugefügt werden z).

## §. 31.

y) Häberlin a. a. O. S. 52.

z) G. J. E. Fränk. Kreisschl. vom 12. Dec. 1801.

§. 4. Damit stimmen im Wesentlichen die meisten

**§. 31.**

Es versteht sich, daß man bey der Beurtheilung der Regelmäßigkeit Form die Vorschriften hienur nur alsdann zu wenn der Paß von einer Kreises oder Landes aus gierungen haben jedoch gerachtet, daß keinem Fr Land verstattet werden nach ihrer Vorschrift sehen ist. So beschloß Wezlar, daß von ihm b sehung der Pässe ohne furter Reichs - Postzeitun Anzeiger mit der Verwarnung bekannt zu ma chen, daß vom 1. März 1801 an alle jenem Regulativ nicht gemäß Pässe in den Ländern der versammelten Deputirten für ungültig und verrufen geachtet werden sollen a). In der kais. königl. Verordnung vom 25. März 1801 aber ist verfügt, daß Niemand, weß Standes er seyn möge, ohne einen gehörigen Paß die k. l. Staaten betreten soll; daß daher jeder Fremde sich zur Erhaltung eines solchen Passes an die  
f. f.

sten Landesverordnungen überein, auch die ch u t braunschweigische vom 20. Febr. 1802. Ein sehr vollständiges Formular, wie es im schwä bischen Kreise eingeführt ist, findet man in der deutschen Justiz- u. Polizeysama; Jan. 1802.

a) Hüberlin a. a. D. S. 52. 53.

k. k. geheime Hof- und Staatskanzley, oder an den nächsten im Auslande befindlichen k. k. Minister, Residenten oder Consul zu wenden, und, mit Ausnahme allgemein bekannter und durch ihren Rang vorzüglich ausgezeichneten Personen, durch glaubwürdige Zeugnisse der Localbehörden über seine persönlichen Umstände und die Absicht seiner Reise auszuweisen habe. Die Bewohner der benachbarten auswärtigen Provinzen können sich jedoch an die nächsten k. k. Landesgouverneurs wenden, und Handelsleute, welche die Jahrmärkte besuchen, haben bloß einen Paß bey dem Kreisamte des Viertels, worinnen der Jahrmarkt gehalten wird, oder bey dem Ortsmagistrate nachzusuchen; Professionisten und Handwerksgelesen aber müssen mit ordentlichen, nicht zu alten Rundschaften, und mit Pässen von ihren Ortsobrigkeiten versehen seyn b).

## S. 32.

Gewöhnlicher Weise fordert jedoch die Landespolicey nur, daß auswärtige Pässe nach den allgemeinen Regeln, welche ihre Rechttheit verbürgen, eingerichtet seyn müssen, und darnach allein prüft und beurtheilt sie dieselben, ohne den Reisenden zurückzuweisen, wenn sie nicht ihren Vorschriften gemäß eingerichtet sind. Sehr zweckmäßig ist es indessen, wenn die be-

merkt

b) Blätter für Policey und Cultur 1801. St. V. S. 465. Vergl. das. St. VII. S. 57. Suppl. III. zu 1801. S. 55 f.



merkten Mängel auch in der Folge noch ergänzt werden können. In dieser Hinsicht ist in der schurbraunschweigischen Verordnung vom 20. Februar 1802 vorgeschrieben, daß, wenn in einem auswärtigen Passe keine Marschroute und kein Signalement enthalten sey, solches bey dem Eintritt in das Land noch hinzugefügt werden soll.

### **§. 33.**

Gleiche Aufmerksamkeit, wie die Pässe, verdienen die Rundschaften <sup>a)</sup> der wandernden Handwerker, da nicht nur gefährliche Landstreicher sich öfters für solche ausgeben, sondern auch manche Handwerksbursche sich an das müßige Herumziehen so gewöhnt haben, daß sie sich endlich zu den eigentlichen Landstreichern gesellen.

Nach den meisten neueren Polizeyverordnungen müssen bey den Rundschaften der Hand-  
Et 2
werks-

- a) Von den Rundschaften sind die sogenannten Steuerbriefe zu unterscheiden. Jene sollen nur zur Legitimation bey den Zünften, und, falls es ein geschenktes Handwerk ist, zur Erhaltung des gewöhnlichen Geschenkes dienen. Diese sind eigentliche Paßbriefe, zur Last der gesamten Zunft und nebenher des übrigen Publicums: Attestate, wodurch ein zur Arbeit untüchtiger Geselle der christlichen Mildthätigkeit empfohlen, und also gleichsam zum Betteln privilegiert wird. Diese Steuerbrüder sind den Fachtbrüdern in allewege gleich zu achten, und von einer guten Policey nicht zu dulden.



werksjünfte eben die Erfordernisse, wie bey den Pässen, beobachtet werden. In dem fränkischen Kreisschlusse vom 12. Dec. 1801 ist deshalb verordnet, daß jede Kundschaft mit den für die Pässe eben angeführten Vorschriften, in so weit diese auf Kundschaften anwendbar sind, versehen, sodann von jedem Vorsteher der Jünfte eigenhändig unterschrieben und besiegelt, von dem Zunfttrichteramte aber contrasignirt, auch nur an solches durch die Buchhändler und Buchdrucker die allenfals gedruckten oder gestochenen Exemplarien bey Vermeidung einer willkührlichen Strafe, und gegen einen von jeder Landesherreschaft zu bestimmenden Preis abgeliefert werden sollen; das Zunfttrichteramt aber die Kundschaften nicht den auswandernden Gesellen, noch den Meistern, sondern allein den Geschwornen des Handwerks zu ertheilen habe, und die abgehenden Handwerksgelesen, nebst der gedachten Kundschaft, auch mit einem, nach den obigen Bestimmungen verfaßten, Kreispasse zu versehen seyn, auch bloß durchwandernden keine, sondern nur den in Arbeit gestandenen Handwerksgelesen eine Kundschaft gegeben, eine alte, bey erstern sich vorfindende Kundschaft aber nicht erneuert, noch weniger ein ohne Kundschaft erscheinender Handwerksburche in Arbeit genommen werden solle<sup>e</sup>);

fer

- : \*) In der sachsenweilischen Verordnung vom 20. Febr. 1802 ist, wie mir dünkt, zweckmäßiger und milder vorgeschrieben: Keinem Handwerksgelesen, welcher ohne Kundschaft gereiset kommt, soll bey Vermeidung einer Geldbuße

iodann auf den von durchwandernden Handwerksburschen mitgebrachten Kundschaften in den fränkischen Kreisstädten von der obrigkeitlichen Behörde zu bemerken sey, ob von denselben entweder keine Arbeit gesucht, oder, wenn solches,

**Et 3**

**ob**

Buß von 3 Thalern eine neue Kundschaft ausgestellt werden, es wäre denn, daß selbiger ohne sein Verschulden seine vorige Kundschaft verloren, in welchem Fall ihm eine solche, jedoch nur alsdann ertheilt werden darf, wenn zuvor an dem Ort, wo er zuletzt in Arbeit gestanden, schriftliche Erkundigung eingezogen ist, und er während dieser Zeit an dem Ort, wo er die neue Kundschaft verlangt, in Arbeit gestanden hat. Bei Ausfertigung der neuen Kundschaft sollen dem Gesellen zwar zu seiner Legitimation die alten Kundschaften gelassen, jedoch unter diese von dem Lademeister geschrieben werden, daß nach geschehener Ausfertigung einer neuen Kundschaft die alten nicht mehr gültig seyen. — In der bayerischen Verordnung vom 30. October 1800 ist insbesondere noch verfügt: „da es öfters zu geschehen pflege, daß den Landstreichern, wenn dieselbe bey irgend einem Handwerker auch nur acht Tage in Arbeit gestanden, hierauf, auch wohl noch auf längere Zeit, als es in der Wirklichkeit ist, Kundschaften ausgestellt und mitgegeben werden; so soll den Bauwerksmeistern verboten seyn, für die Zukunft einem solchen Arbeiter, der nicht wenigstens vier Wochen bey einem Meister gearbeitet und sich gut betragen hat, bey Strafe von zehn Rthlrn. eine Kundschaft auszustellen, und die Zeit, während welcher er gearbeitet, fälschlich in derselben zu verlängern.“ *Blätter für Policy und Cultur. Suppl. I. zu 1801. S. 94. 95.*

ob sie nicht erhalten worden, und im erstern Falle dem Inhaber der Rundschafft die Bedeutung ihrer, nur auf ein Vierteljahr noch fortdauernden Gültigkeit zu machen, zugleich auch für den sich ergebenden Mangel eines Beweises über die in dieser Zeitfrist wirklich geleistete oder gesuchte Arbeit die Bedrohung ebenfalls auf dem Rücken der Rundschafft beizufügen, daß bey dem Abgange eines solchen Beweises nach Verlauf eines Vierteljahrs derselben Inhaber für einen gefährlichen Waganten, liederlichen Herumstreicher, oder, nach Handwerksprache, für einen sogenannten Fectbruder erklärt, und aus den fränkischen Kreisländen hinweggeschafft werden würde; endlich denjenigen Handwerksgelesen, welche von dem Meister, bey dem sie in der Arbeit gestanden, kein bestimmtes Zeugniß über ihr sittliches und zunftordnungsmäßiges Betragen aufweisen können, die Rundschäfts- und Pässe-Ertheilung, jedoch mit Vorbehalt des obrigkeitlichen Ermessens, gänzlich zu verweigern seyn d).

## §. 34.

Jeder Reisende muß sich an der Grenze durch einen Paß oder Rundschafft gehörig legitimiren e).

Zur

d) Justiz- und Policing-Kama, Jan. 1802. S. 74-75. Vergl. die Verordnung des schwäbischen Kreises — Das. S. 43.

e) Daß die Art, wie diese Legitimation manchemal verlangt wird, dem Reisenden gleich den Eintritt in ein Land verbittert, ist eine Bemerkung, die man

Zur Abforderung derselben sind nach den örtlichen Verhältnissen bestimmte Officianten angewiesen, welchen öfters auch eine vorläufige Prüfung überlassen ist, so daß sie Reisende, bey welchen kein Verdacht entsteht, frey passiren lassen können. Zeigt sich jedoch irgend ein Anstand; so muß der Reisende vor die nächste Obrigkeit gebracht werden, welcher sodann die nähere Untersuchung obliegt; ob derselbe zurückzuweisen, oder einzulassen, oder gar festzuhalten, oder auch zuvörderst an eine höhere Policeybehörde zu berichten, und davon Verfügung einzuziehen ist.

Et 4

S. 33.

man oft genug zu machen hat. Sehr schön ist in dieser Hinsicht die Vorschrift des vormahligen rheinpfälzischen Commissariats in der Verordnung v. 13. Nov. 1800: „Durchreisenden Fremden sollen von keiner Seite einige Hindernisse in den Weg gelegt, dieselbe nicht mit lästigen, unnützen Fragen beschwert, sondern vielmehr allgemein mit leutseligem, zuvorkommendem Benehmen und einer den National-Charakter ehrenden Bildung aufgenommen werden.“ — Eine ältere osnabrückische Verordnung (v. 15. Dec. 1783) nimmt auch auf Reisende niedrigen Standes ausdrücklich eine gleich milde Rücksicht, indem sie es den Obrigkeiten zur Pflicht macht; überhaupt mit aller Discretion zu verfahren, und auch einen geringen, sonst unverdächtigen Mann, oder einen reisenden Handwerksburschen, der, ohne zu betteln, die offene Landstraße ziehet, so wenig aufzuhalten, als zu beschweren.

## §. 35.

Reisenden, die sich gar nicht legitimiren können, wird der Eintritt ohne weiteres verweigert, und lassen sie sich im Innern des Landes dennoch betreten; so werden sie entweder über die Grenze zurückgebracht, oder, wenn die dazu nöthigen Anstalten vorhanden sind, von der Police auf eine gemeinnützige Art beschäftigt und versorgt. Nach den Beschlüssen des fränkischen Kreises soll Reisenden, und besonders Fußgänger \*), die sich weder über ihren Stand, noch über ihr Geschäfte auf irgend eine genügende Art ausweisen können, auch mit gehörigen Wissen oder Kundschaften gar nicht versehen sind, der Eintritt in die ständischen Kreislande gänzlich verwehrt werden. Dergleichen verdächtige Durchreisende sollen von den Grenzen des Kreises sogleich abgehalten und dahin, wo sie her gekommen, wieder zurückgewiesen, oder, wenn sie die Lande des Kreises schon betreten hätten, aus solchen, in so ferne sie nicht, welches jedoch sehr zu wünschen und allenthalben zu empfehlen wäre, unter policeplicher Aufsicht festgehalten und in Arbeitshäuser oder unter das Militär gebracht werden können, nach vorgängiger Abnahme ihrer allenfalls bey sich habenden Brand- und Bettelbriefe, oder auch ungültiger Pässe und

Ätten

\*) Daher fahren die Jauner, die irgendwo einen Streich ausführen wollen oder ausgeführt haben und auf ihrem Wege eine strengere Untersuchung besorgen.

Attestate, durch sichere Fortleitung von einem Amtsbezirke zu dem andern über die Grenzen des fränkischen Kreises und an das alda zunächst liegende auswärtige Amt oder andere Landesbehörde, jedoch nur auf jener Grenze, die ihrer Heimath, in so ferne sie eine haben, am nächsten liegt, ausserdem aber, woher sie zunächst gekommen sind, gebracht werden.

**§. 36.**

Wird einem Fremden, nach vorgängiger Untersuchung, der Eintritt in ein Land verstatet; so bleibt er dennoch der fortwährenden Aufsicht der Policey unterworfen. Die Obrigkeit, die seinen Paß untersuchte und richtig befand, muß ihn mit Bemerkung des Tags und des Orts unterschreiben, und so dient er ihm zum Beweise seiner gesetzmäßig bewirkten Legitimation, die er im Innern des Landes bey den dazu bestimmten Policeybehörden zu führen hat, und ohne welche er sich weder einen ruhigen Aufenthalt noch eine unge störte Fortsetzung seiner Reise versprechen kann <sup>n</sup>. Nach der mehrmals schon angeführten chur braunschweigischen Verordnung sollen alle Pässe von der Obrigkeit, oder dem Amts-Unterbeydienten, oder dem Gemeindevorgesetzten des Orts der Beherbergung des Reisenden unterschrieben und Ort und Tag dero

Et 5

sele

<sup>n</sup> S. z. E. die Vorschriften in den österreichischen Staaten, die freylich die strengsten sind; Blätter f. Pol. u. Cultur 1801. Et. V. C. 465.



selben darauf mit bemerkt werden. Hat ein Reisender auf der vorgeschriebenen Route sich länger aufgehalten, als, um den Ort seiner Bestimmung zu erreichen, erforderlich ist; so muß er bey dem nächsten Nachtlager oder bey nächster Production des Passes angehalten und zu weiterer Verfügung an die höhere Behörde berichtet werden.

### S. 37.

Höchstwichtig ist insonderheit die sorgfältigste Policepaussicht auf die Beherbergung der Fremden. Findet liederliches Gefindel keine Aufnahme und Pflege; so muß es sich bald von selbst verlieren. Diebswirth und Diebshehler sind gefährlicher, als die Diebe selbst, in so fern sie diese in ein Land hereinlocken und in demselben erhalten.

Die Policegesetze bestimmen daher: Wer überhaupt Fremde beherbergen darf? welche Fremde aufgenommen werden dürfen? und wie ein Fremder, der an einem Orte einige Zeit zu verweilen gedenkt, sich zu verhalten hat? — In der Regel dürfen Privatpersonen außer Verwandten, Freunden und Bekannten, keine Fremden beherbergen. Dieses ist nur den öffentlichen Gastwirthen erlaubt, welche aber der Orts-Policeybehörde täglich ein genaues Verzeichniß der von ihnen aufgenommenen Fremden zustellen müssen. Hin und wieder ist dieß sogar Privatpersonen zur Pflicht gemacht. In einigen Orten muß sich jeder Fremde bey der Policey selbst melden, wenn er nicht bloß Durchreisender ist.

In



In München müssen alle bey keinem öffentlichen Amte angestellte, bey keinem Einwohner in Dienst stehende, mit keinem bürgerlichen Gewerbe versehene oder nicht seit zehn Jahren ansässige Personen, wenn sie länger, als vierzehn Tage in einem Gasthose, oder länger als drey Tage in einem Privat Hause zu wohnen gedenken, eine Wohnungs- und Personal-Nachweisung auf dem Polizeyamte abfordern, welche sie unentgeltlich erhalten, und in dieselbe ihre Wohnung, Stand und Gewerbe, Geburtsort, Familie, Reisegeellschaft, Reiseroute und Zweck der Reise, Nahrungsquelle, Zeit des Aufenthalts, ihre vorige und gegenwärtige Wohnung, jetzige Gesellschaft, wahrscheinliche Dauer ihres Aufenthalts und Benennung derjenigen Personen, welche weitere Auskunft von ihnen geben können, eintragen, sodann diese ausgefüllte Tabelle, gegen Empfang einer Aufenthaltskarte, dem Polizeyamte einliefern. Alle Hauseigenthümer sind schuldig, Ankömmlinge von diesen Vorschriften zu unterrichten, und wegen der Folgen der Unterlassung verantwortlich. Wer sie nicht befolgt, kann auf den Schutz der Policey keinen Anspruch machen und wird fortgewiesen.

§. 38.

Fremde, die sich nicht gehörig legitimiren können, darf Niemand beherbergen, und wenn ihre Aufnahme unvermeidlich ist, muß wenigstens sogleich davon bey der Obrigkeit Anzeige geschehen. Nach einer rheinpfälzischen  
Vers

## 692 XXXI. Von den Vorkehrungen

Verordnung vom 13. Nov. 1800 sollen ganz unbekannte Fremde oder solche, welche in keinem verdächtigen Rufe stehen, von dem sie Beherbergenden dem Ortsvorstande oder der Polizeybehörde angezeigt, denselben, wenn sie sich nicht gehörig zu legitimiren vermögen, oder kein einheimischer, angesehener Mann Bürgschaft für sie leisten will, nur höchstens ein vierundzwanzigstündiger Aufenthalt gestattet, und sie nach diesem ohne weiteres ausgewiesen werden g). Eine sächsenbergische Verordnung vom 30. Oct. 1800 verstatet die Aufnahme verdächtiger Leute, durchziehender Bettler und Landstreicher nur auf eine Nacht und gegen Vorzeigung eines obrigkeitlichen Nachtquartierscheins. Wenn bey einem Landeseinwohner, er sey wer er wolle, verdächtiges Gesindel entweder durch Commandirte oder Hatzschiere u. s. w. gefunden wird, und es sich zeigt, daß das Gesindel bey ihm verweilt hat; so trifft ihn nicht nur eine Strafe von zehn Gulden oder zehntägigem Gefängniß, sondern er muß auch von jedem Kopfe des Gesindels dem commandirten Jäger, Zollbedienten oder Hatzschiefer einen Gulden Fanggeld bezahlen, und wer überwiesener Maßen solche Landstreicher mehr als eine Nacht beherbergt hat, muß für jede weitere Nacht fünf Gulden entrichten. Wenn ein Wirth, Gastgeber, Bier- oder Branntweinschanker zum zweyten Male wegen leichtsinnigen Beherbergen

g) Blätter für Policey und Cultur, Cassel I. zu 1801. S. 98.

bergens verdächtigen Gesindels gestraft worden, und sich zum dritten Mal betreten läßt, oder durch das inhaftirte Gesindel hiervon selbst überwiesen wird; so soll er unabkömmlich seiner Gerechtigkeit verlustig seyn h).

§. 39.

In einzeln stehenden Wirthshäusern, Wirthshäusern, abgesonderten und entlegenen Höfen finden Landstreicher meistens am leichtesten eine freiwillige oder erzwungene Aufnahme. Häufig sind die Besitzer solcher Wohnungen Diebs-Wirthe und Hehler. Nicht selten aber sieht auch der rechtschaffene Mann aus nur zu gegründeter Furcht sich genöthiget, Leute zu beherbergen und zu bewirthen, die er verabscheuet i). Hier muß die Policey mit besonderem Nach-

h) Blätter II. a. a. O. S. 99. 102. 103.

i) Auch die Ortsvorsteher lassen sich blawellen durch Furcht von der gebührenden Strenge abhalten. Von dem Polizey-Convent zu Reglar im Jahr 1801 wurde daher folgendes verfügt: „Ob zwar von den Dorfschultheissen, Helmbergern und Burgermeistern dem herumziehenden Gesindel, der Regel nach, kein Aufenthalt und Herberge im Dorfe gestattet werden darf, und wenn sich solches einfundet, davon dem Beamten Anzeige geschehen soll; so lehrt dennoch die Erfahrung, daß diese Behörden, wegen der von dem ausgelesenen oder zur Anzeige gebrachten Gesindel zu befürchtenden Rache, ihrer Obliegenheit hierunter allezeit nicht nachkommen. Da nun diese Furcht allerdings einige Rücksicht verdient; so soll, ohne die

Nachdruck ihre Verfügungen durchsetzen, indem die Unmöglichkeit einer beständigen nahen Aufsicht die Bereitungen derselben so sehr erleichtert. Insonderheit muß sie den Furchtsamen nicht auch noch von ihrer Seite mit Strafbedrohungen ängstigen, sondern vielmehr ihm Mittel und Wege zeigen, mit möglichster Vermeidung der ihm drohenden Gefahr sich seiner ungebetenen und gefährlichen Gäste zu entledigen und zugleich ihre Zwecke zu befördern. Die rheinpfälzische Verordnung vom 13. Nov. 1800 enthält hierüber die zweckmäßige Vorschrift, daß Bewohner einzeln liegender Höfe u. d., wenn sie von herumstreifendem Gesindel heimgesucht werden, davon in möglichster Stille durch einen Vertrauten dem nächstgelegenen Ortsvorstande Anzeige machen sollen, dieser aber sogleich den Hof mit hinlänglicher Mannschaft besetzen, die

Ver-

die deshalbigte Pflichten der Ortsvorstände ganz aufzuheben, jeder Beamte sich in seinem Bezirke eine oder mehrere vertraute Personen halten, die in's geheim auf dasjenige, was zur öffentlichen Sicherheit im Amte gehört, Achtung geben, und insonderheit alle sich einfindende Vagabunden, deren Schlupfwinkel und Diebshehlen, wenn sie davon Nachricht bekommen, dem Beamten ohne Verzug anzeigen.“ *Häberlin Staatsarchiv Heft 21. S. 49.* Die würzburgische Verordnung vom 22. Oct. 1800 nimmt auch auf diese Furcht Rücksicht, und empfiehlt gleichfalls heimliche Kundschafter, welche bey geleisteten Diensten eine besondere Belohnung erhalten sollen. *Blätter u. a. a. O. S. 102.*

Verdächtigen untersuchen, bewandten Umständen nach bey dem Kopf nehmen, sodann dem

**§. 40.**

In manchen Ländern verfährt man gegen die durchreisenden Fremden mit aller bisher beschriebenen Strenge, beobachtet aber bey solchen, welche sich in denselben niederlassen wollen und deren Aufnahme in den Landeschutz bey weitem nicht gleiche Vorsicht. Nicht zu gedenken, daß man in mehreren Ländern fremden Handwerksburschen, Dienstboten, Juden zc. das Bürger- oder Schutzrecht ohne vorherige genaue Untersuchung allzu leicht bewilligt; daß besonders in kleineren Gebieten hierauf die Finanzen mehreren Einfluß haben, als die Policcy: so ist es nur zu gewiß, daß manchemahl um schändlichen Gewinn willen Leuten, die mehr als nur verdächtig sind,

k) Blätter 16. a. a. O. S. 100.

sind, die man aber in ihrer wahren Gestalt nicht sehen will, wahren Landstreichern und Dieben eine scheinbare Heimath (denn ihr Herumstreichen nimmt deswegen doch kein Ende) und nebst ihren Wirthen, Hehlern und Abnehmern Schutz bewilliget wird. Durch den fränkischen Kreis-

Dec. 1801 ist die in manchen  
ebieten im Kreise wahr-  
Aufnahme auswärtigen  
den Gesindels, so wie des-  
n Nachtheile größerer Territorien  
edelung in denselben, ausdrück-  
Die Nothwendigkeit eines solchen

Verbots hat man auch als einen Grund für die  
— bis jetzt ohne gänzlichen Erfolg versuchte —  
Einverleibung der kleineren in die größeren teut-  
schen Territorien angeführt; man hätte aber das  
gegen wohl fragen können: ob es denn gar kein  
größeres Territorium gebe, das gleiche Schuld-  
trage, und ob nicht wenigstens in den großen  
Reichsländern, wo das Recht, Häuslinge, Bep-  
fassen, Schutzverwandte, oder wie sie sonst heißen  
mögen, aufzunehmen, mit der Patrimonial-Ge-  
richtbarkeit und niedern Polizeiverwaltung ver-  
bunden ist, sich öfters der Fall ereigne, daß bey  
der Aufnahme eines Schütlings mehr auf seine  
Fähigkeit, das Schutzgeld zu bezahlen, als auf  
alle seine übrige Qualitäten Rücksicht genommen  
werde? Richtige und prompte Bezahlung des  
Schutzgeldes machen gerade die Leute sich zur  
ersten Pflicht, die selbst am besten wissen, wie  
wenig sie den erhaltenen Schutz verdienen.



**§. 41.**

Sehr schonend und menschenfreundlich ist die in der rheinpfälzischen Verordnung vom 13. November 1850 enthaltene Vorschrift wegen Niederlassung der Fremden in der Rheinpfalz. Es soll, heißt es in derselben, in den dießseitigen Landen Niemanden mehr ein bleibender Aufenthalt gestattet werden, der sich nicht durch einen rechtmäßigen Titel als Beamter, Bürger, Pächter, Schutzmann und ihre wirkliche Bediente, oder durch hinlängliche Zeugnisse einer guten Aufführung und eines rechtlichen Gewerbes dazu legitimiren kann. Alle andere, welche nicht in diese Kategorie gehören, als: solche, welche sich durch den bloßen Bettel ernähren, deren Gewerbe einiger Zweydeutigkeit unterworfen ist, und die keinen rechtlichen Titel ihrer Ansiedelung nachweisen können, sollen ohne den mindesten Vorzug von einem Amte oder Oberamte zum andern, mittelst Begleitung vertrauter Leute, auf dem kürzesten Weg über die Grenze geschafft, und die künftige Niederlassung solchen Gesindels unter keinem Vorwande gestattet werden. Die dadurch erwachsene Kosten sollen vorschüsslich aus den Mitteln jener Gemeinde, welche den Fortgewiesenen die letzte Unterkunft gegeben, genommen, nachher aber auf die Oberamtsunkosten geschlagen und daraus erhoben werden. Sollte sich jedoch der Fall ereignen, daß unverschuldete Unglücksfälle, Krankheit, unerzogene Kinder u. s. w. irgend eine Familie an den Bettelstab gebracht hätten, und dabey ihrem ge-



schlichen Betragen kein gegründeter Vorwurf gemacht werden kann; so soll die Obrigkeit mit der Ausweisung provisorisch einhalten, den Fall mit beizulegenden Zeugnissen vom Pfarrer und Gericht berichten, und demnächst Entschließung gewärtigen. Eben so wenig sey man gemeint, den ruhigen Aufenthalt irgend eines ohne besondere Niederlassung im rheinpfälzischen Gebiete wohnenden Privatmannes zu stören, sobald dessen rechtliches Gewerbe und gesellschaftliches Betragen im Publico hinlänglich bekannt sey, oder durch Zeugnisse nachgewiesen werden könne. Die betreffende Stelle habe vielmehr demselben den möglichsten Schutz angedeihen zu lassen, und keine Kränkung gegen ihn zuzugeben“ D).

## §. 42.

Alle diese Vorschriften beziehen nur allgemeine Vorsichts-Maßregeln gegen unbekannte, und unter diesen wieder gegen solche Fremde, die wegen des Mangels gehöriger Legitimation verdächtig sind. Gegen offenbare Landstreicher bedarf es dieser Weitläufigkeiten nicht. Ihnen wird, auch wenn sie mit Pässen ver-

D) Blätter f. Pol. u. Cultur. Suppl. I. zu 1801.  
S. 97. 98.

## D. Sicherh. Policey geg. Landstreicher. 659

versehen sind, der Eintritt in die verschiedenen Reichsländer versagt. Wer unter eine der oben (S. 13 f.) angef. Rubriken gehört, für den ist jede Landesgrenze ohne weiteres verschlossen, und er wird, wenn er dieselbe überschreitet, schon darum für strafbar gehalten. Nach den mehrmahl angeführten Kreisschlüssen und den meisten Landes-Policeygesetzen sollen nicht nur alle Landstreicher, Bettler und Jauner von den Grenzen abgehalten, sondern auch die innerhalb derselben befindlichen in dem kürzesten Zeitraume fortgeschafft werden. In einigen Verordnungen ist zugleich vorgeschrieben, daß an den Grenzen Warnungstafeln errichtet werden sollen. Was schon die Reichsgesetze in Ansehung der Zigeuner verordnet haben, wird nun auf alles ihnen gleiche Gefindel angewandt. „Nachdem auch, heißt es in jenen, uns angezeigt, daß die Zigeuner, welche aus beweglichen Ursachen eine Zeit lang nicht geduldet, und sich aus den Landen teutscher Nation entziffern müssen, jezt sich wiederum eindringen, und obgleich die Obrigkeiten gegen ihnen die Gebühr fürzunehmen gedenken, so seynd sie doch mit Passporten etwan vermaßen versehen, derwegen die Obrigkeiten die Gebühr gegen ihnen nicht zu verfügen haben, alles zu Abbruch gemeines Nutzens, und demjenigen, so in unser Policeyordnung rathlich bedacht, bewilligt, angenommen und aufgesetzt, zu entgegen. Damit nun in dem solche Ordnung auch gehandhabt und vollzogen werden möge; so achten wir, daß angelegte Passorte, wo die etwan den Zigeunern

und von wem sie gleich gegeben wären, zu cassiren, abzutun und zu vernichten seyn; wie wir die hiemit wissenschaftlich cassiren, abtun und vernichten: befehlen und gebieten auch, daß solche hinfürter nicht weiter gegeben werden: wo aber über das angeregte Pasaporte gegeben, oder von den Zigeunern aufgelegt würden, daß nicht desto weniger, und deren unangesehen, die Obrigkeiten diese Zigeuner in ihren Herrschaften zu dulden nicht schuldig seyn, auch nicht gedulden sollen“ m).

## §. 43.

Uebrigens wird die letzte Classe der oben beschriebenen Landstreicher, welche unter dem Schein eines rechtlichen ihr unrechtliches Gewerbe treibt (§. 19), die strengste Aufsicht der Policey nicht selten vereiteln, und es hält in der That schwer, die mancherley Gestalten, die diese Menschen anzunehmen wissen, von ihrer eigentlichen so bald und sicher zu unterscheiden, als es nöthig ist, um ein Land ganz rein von ihnen zu halten. Einen unschädlichen Durchzug wenigstens kann man den meisten nicht versagen, und dann sind sie geschickt genug, die Gelegenheit zu benutzen und sich irgendwo festzusetzen. Daß mancher ehrliche Mann das wirklich ist, wovon sie die Maske tragen und er um ihrentwillen mit leiden muß, ist allerdings zu bedauern, aber, wie es scheint, doch immer das geringere Uebel.

## §. 44.

m) R. A. v. 1551. §. 81. 82.

§. 44.

In verschiedenen Ländern behandelt indessen die Policy die oben (§. 19) verzeichneten Personen nicht auf gleiche Weise. Einige versteht sie mit Concessionen, um ihrer guten Aufführung sich zu versichern, und ihre Collegen desto nachdrücklicher zurückweisen zu können. Zahnärzte, Cammerjäger, Blank Schmiede, Kesselflicker, Scheeren schleifer und dergleichen an und für sich brauchbare und nützliche, aber nur wegen ihrer wandernden Lebensweise nicht ohne Ursache verdächtige Leute erhalten unter angemessenen Bedingungen die obrigkeitliche Erlaubniß, ihr Gewerbe in einem gewissen Bezirke zu treiben <sup>n)</sup>. Dagegen aber werden andere ihres Gleichen gar nicht eingelassen, oder, in dem Falle einer nothwendigen Durchreise, zur Befolgung einer bestimmten und auf den kürzesten Weg nach dem Ziel ihrer Reise gerichteten Reiseroute angehalten. Anderes Volk derselben Classe wird weder ein- noch durchgelassen.

§. 45.

Für den Zweck, fremde Landstreicher abzuhalten, ist die Abstellung der Betteley und Landstreicherey unter den Eingebornen ein wesentliches Erforderniß. Unter den einheimischen Landstreichern verlieren sich leicht die fremden, und statt durch jene aus Brodneid verfolgt zu werden, bildet sich unter beiden bald eine der Ei-

Uu 3

herv

<sup>n)</sup> Vergl. Th. 1. C. 287.

Herbeit nur zu gefährliche Coalition. Außer dem wäre es auch schwerlich ausführbar, wenn man fremde Landstreicher mit Strenge verfolgen wollte, während die eingebornen doch auch in die nachbarlichen Gebiete hinüberstreichen. Will man von andern Regierungen verlangen, daß sie ihren Untertanen nicht gestatten, sich einem herumschweifenden, müßigen Leben zu ergeben, will man ihnen — wie in den meisten Verordnungen verfügt wird — ihre Wagabunden zurückschicken; so muß man ihnen das Bepspiel der Ordnung geben, keinesweges aber von ihnen erst erwarten. „Weil, heißt es daher in dem öfter angeführten fränkischen Kreisschlusse, dem Herumziehen ausländischer Bettler in so lange nicht völlig gesteuert werden kann, als das von einheimischen Armen so sehr wieder zunehmende Almosensammeln auf Straßen und in Häusern in jenen freisständischen Landen, wo es abermahls im Schwunge ist, nicht im Ernste abgestellt wird; so erneuern Fürsten und Stände des fränkischen Kreises die über das Armenwesen im Kreise, als den wichtigsten aller Policeygegenstände, bereits am 24. März 1791 erlassene Kreisverordnung . . . . . hiemit nach ihrem ganzen Inhalte, und verordnen andurch neuerlich: daß in keinem freisständischen Lande das Almosen-Sammeln oder Geben auf offenen Straßen oder in Häusern mehr gestattet, die einheimischen Armen, zur genauen und jedesmaß schleunigen Unterscheidung von ausländischen Bettlern, von jeder Landes Herrschaft und Policeyobrigkeit genau conscribirt und eben so

wenig

wenig mehr Bettel-Attestate ausgestellt werden sollen, als besonders die A oder andern Zeugnissen; oder Almosensammeln nie. In dem schwäbischen Dec. 1801 ist verordnet, von jeder Stadt, oder I selbige den Nachbarn nicht sorgt, und diejenigen, n dem Betteln nachziehen w verlichen Züchtigung bele, wärts betroffen werden, nach ihrer Heimath un- ter sicherer Begleitung von Gemein- de zurückgeliefert, auf den A tungsfall mit Zuchthausstrafe bedroht. sie sich dadurch nicht abhalten lassen, Wahl auf drey bis vier Wochen, u Wahl auf vier bis sechs Wochen, in bracht werden sollen p). In den bei- den Gegenstand betreffenden Lande gesehen sind gleichfalls entweder die gegen ein- heimische Betteley gerichteten früheren Verord- nungen erneuert, oder doch nunmehr die nöthi- gen Verfügungen dagegen erlassen q).

U u 4

§. 46.

•) Justiz- u. Policey-Samo, Jan. 1802. S. 75-76.

p) Das. S. 42.

q) S. 1. E. die Medlenburg. Verordn. v. 1801. Blätter f. Pol. u. Cultur. Jahrg. 1801. St. XII. S. 545 f. Vergl. Suppl. I. zu 1801. S. 61 f.

## §. 46.

landstreichende Gefindel abzuwehren, wenn es sich dennoch einzulagern, zu ergreifen, werden Tag- und Nachtwachen, Patrouillen, Visitationen v. d. g. (s. d. 1. Bd. S. 290) ordnet. Die würzburgische Regierung vom 22. October 1800 befiehlt Tag- und Nachtwachen, daß sie allenthalben ordentlich gehalten, und nicht, wie hier geschehen pflege, durch Bußpersonen, versehen werden. Der Kurhauptschweizer vom 20. Febr. 1802 soll in der Aufenthalt gefährlicherer Gegend vermuthet wird, in Gemeinde eine Wache von Mann an einem solchen Orte wo die Passage am häufigsten, von Abends bis zum Anbruch jeder Gemeinde, wo keine Wachen werden, nach Beschaffenheit der Größe des Orts, zwey bis vier Mann nach der Reihe patrouilliren gehen, und verpflichtet seyn, alle verdächtige Personen, welche sie treffen, zu arretiren, sofort an den Orts-Schulzen, Voigt oder Bauermeister, und von da demnachst ans Amt oder Gericht zu liefern.

## §. 47.

1) Vergl. Th. I. S. 290.

2) Mäurer u. Suppl. I. zu 1801. S. 44.



In mehreren Ländern hat die anhaltende Unsicherheit durch Landstreicher, Bettler und Diebstahlsgefahr die Errichtung besonderer Sicherheitswachen und militärisch organisirter Corps, welche allein zur Reinhaltung ihres Landes von Vagabunden und Bettlern bestimmt sind, veranlaßt. Bemerkenswerth ist die Verfassung des im Herzogthum Mecklenburg-Schwerin, im Jahre 1801 errichteten aus 33 Mann bestehenden Fusarencorps, insonderheit dessen ausführliche Instruction nebst den übrigen sich darauf beziehenden Vorschriften u). In Ländern, wo dergleichen Anstalten noch nicht getryffen sind, wird das Militär, insonderheit die Cavallerie, zu den nöthigen Patrouillen gebraucht. Dieß ist auch in den sachsen-schwarzburgischen Staaten der Fall v), so daß, wenn die Umstände erfordern, das Nöthige deshalb in demmaßl besonders verfügt wird. In dieser Hinsicht ist in der Verordnung vom 20. Februar 1802 folgendes vorgeschrieben: „Von der in einigen Distrikten zum Patrouilliren beordneten Cavallerie soll das von selbiger betroffene herumstreichende Gesindel, der ihr erteilten Vorschrift gemäß, an die nächste Obrigkeit, es sey

Uu 3. der

r) Th. 1. S. 292. Note 2.

u) G. Blätter für Pol. u. Cultur 1801. St. XII. S. 552 f.

v) Verordn. v. 25. Nov. 1785. Militär-Dienst-Reglement Cap. 26. §. 9.

der Beamte selbst, oder ein Amts-Unterbdiener oder auch der Bauemeister oder Geschworne des Amtes, abgeliefert werden, und jede Commune verpflichtet seyn, die solchermaßen abgeliefert werdenden Arrestanten ohne alle Schwierigkeit und Bedenken anzunehmen; zu bewachen und unter angehöriger Bedeckung an das Amt oder Gericht, worinn die Ergreifung geschehen, zu weiterer Untersuchung abzuliefern. Ist der Ort, wo der Transport ausgehet, von dem Amte oder Gerichte nur eine Meile entfernt, so muß jener Ort ohne Ablösung diese Hülfsleistung allein verrichten; ist aber die Entfernung größer, so muß an jedem Orte, ohne allen Unterschied, den der Transport auf geradem Wege erreicht, neue Botspann und Bedeckung unentgeltlich gegeben werden. Uebrigens sollen Ritters- und andre Unterthanen einander gegenseitig Hülfe leisten, und Niemand darf jenen Hindernisse in den Weg legen."

## §. 48.

Am meisten wirksam für den Zweck der Sicherheitspolicey sind öftere unermathete Visitationen, vorzüglich an solchen Orten, wo man nicht ohne Grund vermuthen kann, daß Landflüchter ein gesetzwidriges Unterkommen finden. In den geringeren Wirthshäusern, Krügen, entlegenen Mühlen, Weilern, Höfen, Hirtenhäusern u. dergl. sollen, nach den hieher gehörigen Policeygesetzen, solche Visitationen vorzüglich angestellt werden. Nach der mecklenburg-schwerinischen Instruction für die  
die

die zur Reinhaltung des Landes von Bettlern und Bagabunden in funfzehn Districte vertheilten Husaren sollen diese an allen Orten, in Krü: gen oder sonstigen Schlupfwinkeln der Bettler und Bagabunden nach deren Aufenthalt forschen, sie auffuchen und bis zur wirklichen Ergreifung verfolgen, dabei jedoch mit aller Bescheidenheit und Schonung gegen jeden Landeseinwohner und ohne unnöthige Härte gegen die Bagabunden verfahren.

§. 49.

In dem fränkischen Kreise ist zur gänzlichen Ausrottung und fortwährenden Entfernung jedes Diebs, Fauhers und fremden Bettler-Gesindels in und vor den Kreislanden verordnet, daß sowohl durch allgemeine Kreisstreife w), wann und so oft sie für erforderlich geachtet und von allgemeinen Kreises wegen über die Zeit ihrer Vornahme vereinigt werde, der Verbreitung dieses Gesindels Einhalt zu thun, als auch daneben von jeder Landesherrschaft und Ortsobrigkeit eines einzelnen Territoriums oder Gebiets, wo Diebe, Fauhers und fremde Bettler sich

w) Schon in dem R.R. v. 1566. §. 21 ist verordnet: „Daß auch ein ganzer Kreis insgesamt sich zu seiner Gelegenheit einer streifenden Rote, und wie oft und zu was Zeiten im Jahr solch Streifen fürzunehmen, auch andere nächste gefessene Kreisoberste dessen um besserer Animadversion halben zu vergewissern, vergleichen möge.“

sich bemerken lassen, unwerzöglich durch freundschaftliches Einverständniß mit der Landes- und Orts-Obrigkeit des angrenzenden Gebiets gemeinsame Streife, so wie auch unvermuthete, von einzelnen Landesbeamten zu pflegende Visitationen in den entlegenen, minderzahlreichen Orten und den auf dem platten Lande einzeln liegenden Mühlen, Weisern und Höfen zur schleunigen Vertilgung des sich zeigenden Gefindels vorzunehmen; hierbey alle verdächtigen Orte genau zu untersuchen und zu dem Endzwecke Tabellen, in welchen das sich zeigende Gefindel nach Namen, Stand, Gewerbe, bekanntem Betragen, Zeit des Aufenthalts, mit bezeugendem Namen des Quartierträgers und sonst angemessenen Anmerkungen, bey den Aemtern zu halten, und diese nicht nur am Ende jeden Monats den benachbarten Aemtern mitzutheilen, sondern auch jährlich zweymahl, im May und September, an die allerseitigen Landesregierungen einzusenden und sofort an die Kreisversammlung durch die Gesandtschaften und Stimmvertretungen gelangen zu lassen seyen.

§. 50.

Auch die meisten Landes-Policeygesetze verordnen solche, nach Befinden der Umstände zugleich mit den Nachbarn vorzunehmende Streifzüge x). Ihr Endzweck wird aber gemein-

x) Bemerkenswerth ist auch die Herüber in der Executions-Ordnung §. 87 enthaltene Vorschrift.  
Jeder

meiniglich dadurch vereitelt, daß Zeit, Art und Ort ihrer Ausführung nicht geheim genug gehalten werden. Zweckmäßiger sind daher diejenigen, welche ohne langes Hin- und Herschreiben, ohne weitläufige Communicationen und Requisitionen rasch und unerwartet vorgenommen werden können. Dazu gehören aber Einrichtungen, und insonderheit Officianten, vorzüglich Unterbediente bey den Aemtern, wie man sie in den meisten Ländern selten findet. Die Erfahrung lehrt, daß, je größer ein Streifzug, desto unbedeutender sein Erfolg ist. Particularstreifen werden demnach in der Regel vorzuziehen seyn; nur müssen sie überall mit gleichem Eifer vollzogen, und nicht aus Bequemlichkeit oder andern Gründen in einzelnen Gebieten gar unterlassen werden. Im schwäbischen Kreise sollen solche monatlich, mehrmahl, zu unbestimmten Zeiten veranstaltet werden. Diese Verfügung könnte vielleicht, als bleibende Vorschrift betrachtet, übertrieben scheinen; allein eines Theils sollte die Verordnung, so viel die bestimmt vorgeschriebene öftere Wiederholung der Streifzüge betrifft, natürlicher Weise nur auf das damalige Zeitbedürfnis berechnet und andern Theils dürfte gerade in diesem Kreise, wenigstens in manchen Gegenden desselben, selbst eine solche permanente Verfügung nicht überflüssig.

Jeder Reichsstand soll sein Land und Gebiet, auch Straßen rein und dazu nothdürftig streckende Kotten auf sein eigene Kosten halten.

flüssig befunden werden, da er, in Gemeinschaft mit der angrenzenden Schweiz, das gelobte Land der Jauner und Landstreicher zu seyn scheint.

### §. 51.

Wenn indessen die Menge des herumstreifenden Gesindels vereinigte Streifzüge mehrerer Länder nothwendig macht, wie solches auch den reichsgesetzlichen Vorschriften gemäß ist <sup>7)</sup>; so ist für die glückliche Erreichung ihres Endzwecks sehr zu wünschen, daß alle in einem solchen Falle zu befolgende Maßregeln zum voraus bestimmt seyn mögen, damit es nur einer kurzen Correspondenz über Zeit und Ort bedürfe, von welcher denn wohl zu hoffen ist, daß sie nicht zur Verrätherin werde. In verschiedenen Ländern sind hauptsächlich aus diesem Grunde alle Grenzbeamte zum voraus bevollmächtigt, auf dahin abzielende Anträge der Nachbarn, wenn dabey sonst nichts verfängliches oder präjudicirliches vorkäme, sich bereitwillig zu bezeigen, und an die höheren Behörden erst von dem Erfolge zu berichten.

Bey dem Policeyconvent in Weßlar im Jahre 1801 wurde in dieser Hinsicht verabredet, daß diejenige Obrigkeit, welche in ihrem Landesbezirk Spuren von gefährlichem Gesindel findet, den Tag zu einem allgemeinen Streifzuge zu bestimmen, und diejenigen, welche auf jenem Convent zu gemeinschaftlichen Maßregeln sich ver-

banden

<sup>7)</sup> Eb. I. G. 259.



händen, oder in der Folge betreten würden, dazu einzuladen habe, und daß dieser Einladung sofort durchgängig willfahrt werden soll. Der alsdann vorzunehmende Streifzug soll nach den Umständen mit Militär, Landmiliz und sonstiger waffenfähiger Mannschaft, gleichzeitig und möglichst allgemein geschehen. Ausser diesen allgemeinen Streifzügen aber bleibe es den Landesoberkeiten, so wie allen untern Beamten unbenommen, nach Erforderniß der Umstände auf einzelnen Puncten augenblicklich Streifzüge und Visitationen zu unternehmen. Die Beamten des benachbarten Landes, welche dazu eingeladen werden, sollen dabey mitwirken, ohne deßhalb zuvor bey ihren Regierungen nachfragen zu müssen <sup>a)</sup>).

### §. 52.

Das ohnehin reichsgesetzmäßige Recht der Macheile auf frischer That <sup>a)</sup> ist durch Kreisschlüsse und besondere Verträge auch auf solche allgemeine und besondere Streifzüge ausgedehnt worden. In den mehrmahls angeführten Schlüssen des schwäbischen und fränkischen Kreises wird sich in dieser Hinsicht auf frühere Kreisschlüsse bezogen, und dasjenige, was durch dieselbe der Macheile wegen bereits bestimmt ist, wegen des dabey allein beabsichtigten öffentlichen und allgemeinen Wohls auch noch weiter für die Zukunft

<sup>a)</sup> Häberlin a. a. O. S. 47.

<sup>a)</sup> Th. I. S. 260 f. u. oben S. 401 f.



erneuert. Der Policer-Convent zu Wehlar beschloß in Ansehung der Nachteile folgendes: „Alle allgemeine und particuläre Streifzüge und Nachsuchungen dürfen sich über die Landesgrenzen erstrecken, mit dem Vorbehalt, daß das aufgefangene Gesindel jedesmahl dem foro deprehensionis übergeben, und auch selbst in dem Fall, wenn der Streifzug oder die Visitation fruchtlos gewesen wäre, dennoch den Ortsbeamten davon Nachricht ertheilt werde“ b).

## §. 53.

Die Untertanen sind verpflichtet, bey allen dergleichen Streifzügen die nöthigen Dienste zu leisten, und sich auf jedesmahliges Erfordern dazu unweigerlich einzustellen. Die allgemeinen Landesstreife werden jederzeit von den höheren geordnet; die Particular-Streife als Obrigkeiten. Diese sind daher et, ihre Untergebenen dazu aufzu- und auch öfters bey dergleichen Streifzügen Mitleiden den verfolgten Landesflucht erleichtert, oder ihnen Gele-  
 afft, sich zu verbergen; so ist es  
 iig, wenn dergleichen gemeinschäd-  
 liche Handlungen durch nachdrückliche  
 möglichst vorgebeugt wird. Nach  
 vergischen Verordnung vom 30.  
 Oct.

b) Häberlin a. a. O. S. 48.

c) Moser v. d. Landeshoheit in Militär-Sachen  
 S. 227.

Det. 1800 soll Jeder, welcher verdächtiges Gesindel bey einem Streife verheimlicht, mit einer beträchtlichen Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden 2).

§. 54.

Gelingt es nun der Polizei, durch die bisher beschriebenen Maßregeln Landstreicher, Jauner und Diebe gänzlich von den Grenzen eines Landes abzuhalten; so ist dieß allerdings der glücklichste Erfolg der angewandten Bemühungen. Allein weit öfter wird der Fall eintreten, daß dergleichen Gesindel ergriffen wird und so kann dafür zu sorgen ist, daß es nach Möglicheit unschädlich gemacht werde. Unbekannte Fremde, welche sich nicht gehörig legitimiren können, und die sich, der an den Grenzen zu beobachtenden Vorsicht ungeachtet (§. 34.), in ein Land eingeschlichen haben, über die Grenze zurückzuschicken, ist eine in allen heuern Polizeys gesetzten vorgeschriebene Maßregel (§. 35). In Ansehung der Behandlung der erklärten gefährlichen Landstreicher, des Bettler-, Dieb- und Jaunergesindels (§. 13 f.) findet man hingegen sehr verschiedene Grundsätze aufgestellt, und zum Theil solche, welche sich unter einander zu widersprechen scheinen. Die allgemeine Regel ist: dieß lose, unnütze Gesindel wenigstens für das Land, worin es betreten wird, unschädlich zu machen — durch Landesverweisung. Die

Freis

2) Blätter für Politik und Cultur. Suppl. I. 1801. S. 103.

3. Bergs Polizeirecht Th. 4.

Fr

Kreisverbindung modificirt sie zum Vortheil der Kreisgenossen. Die Sicherstellung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt, ohne Rücksicht auf Staats- und Hoheitsgrenzen, ist nur in wenigen Ausnahmen das höhere und wohlthätigere Ziel. Was von der Landesverweisung der Bettler und Landstreicher in rechtlicher Hinsicht zu halten ist, und wie wünschenswerth es wäre, sie auch als Polizeymaßregel nur auf äusserst seltene Fälle beschränkt zu sehen, wie sie es bereits als peinliche Strafe in den meisten Ländern ist, habe ich bereits oben (§. 457) näher auseinander zu setzen gesucht, und ich kann mich daher hier darauf beschränken, die verschiedenen neueren Gesetzgebungen auch in Beziehung auf diesen Gegenstand zusammen zu stellen.

## §. 55.

In dem schwäbischen Kreisschluss vom 18. Dec. 1801 wird die bereits auf älteren Verabredungen beruhende Abschaffung der Landesverweisung, welche das Land nur mit Bettlern und Vagabunden anfülle, bestätigt, mit Ausnahme der auswärtigen \*) mit Heimath versehenen Bettler, welche mit einer körperlichen Züchtigung belegt, sodann mit einer Wegzehrung unter sicherer Begleitung von Gemeinde zu Gemeinde

\*) nicht im Kreise einheimischen. Aber auch die in einem Kreislande einheimischen, jedoch in einem andern ihrem verbotenen Gewerbe nachgehenden Bettler, werden in ihre Heimath zurückschickt. (§. 45.)

meinde an die Grenze des Kreises gebracht, und dort unter Bedrohung mit unfehlbarer auf den Wiederbetretungsfall an ihnen zu vollziehenden Zuchthausstrafe, nach ihrer Heimath gemiesen, falls sie sich aber dennoch wieder betreten ließen, mit dieser Strafe auf vier bis sechs Wochen lang, und nach Gestalt der Umstände unter einer zu Anfang und etwa auch zu Ende der Strafzeit zu applicirenden, der Leibesbeschaffenheit des Züchtlings angemessenen Anzahl Schläge belegt, und sodann, nach erstandener Strafzeit, so wie das erstemahl, über die Grenze des Kreises mit der Warnung transportirt werden sollen, daß sie bey nachmahligem Betreten den Vaganten und Jaunern gleichgehal- ten werden würden.

Diese heimlosen Landstreicher nun sollen auf den ersten Betretungsfall in öffentliche Zucht- und Arbeitshäuser auf vier bis sechs Wochen mit einer angemessenen Anzahl Schläge gebracht, sodann aber unter sicherer Begleitung über die Kreisegrenze an den Ort, wo sie hergekommen, gebracht, im zweyten Betretungsfall mit der doppelten Strafe belegt, im dritten aber auf immer im Zucht- und Arbeitshause belassen, und aus demselben nur dann wieder entlassen werden, wenn sie eine anderwärtige sichere Unterkunft oder Aufnahme in eine Gemeinde erweislicher Maßen erhalten können \*).

Ex 2

Man

\*) Justiz- und Policen-Rama; Jan. 1802. S. 44.  
Von den besondern lebenswerthen Einrichtungen

Man sieht hieraus, daß die Stände des schwäbischen Kreises die Landesverweisung nur unter sich und in der Maße aufgehoben haben, daß sie einander die aus einem Gebiete in ein anderes hinüberstreifenden einheimischen Bettler zurückschicken. Gegen Landstreicher aber, die gar keine, oder doch keine Heimath im Kreis haben, findet die Kreisverweisung statt, und nur der hartnäckige Wagabunde, der sich gar nicht abweisen lassen will, wird endlich ganz außer Stand, zu schaden, gesetzt.

## §. 56.

Die fränkischen Kreisstände haben, wie aus der oben (§. 35.) des Zusammenhanges wegen vollständig angeführten Stelle des Kreisbeschlusses vom 12. Dec. 1801 erhellet, zwar sehr gewünscht, daß überhaupt verdächtige Durchreisende, Bettler, Collectanten und andere Landstreicher unter policeylicher Aufsicht festgehalten und in Arbeitshäuser oder unter das Militär gebracht werden könnten, auf alle Fälle jedoch die Kreisverweisung als letztes Hülfsmittel vorgeschrieben. Würden aber die über die Grenze gebrachten Landstreicher das Land und Gebiet, aus welchem sie heimgebracht sind, wieder betreten; so sollen sie aufs neue und schleunig daraus fortgeschafft, auch, wenn sie des Landes schon einmal verwiesen sind, zur Vermeidung ihrer fern

des obern Viertels des schwäbischen Kreises siehe  
Th. I. S. 405.

fernere Rückkehr mit einer durch die Landesgesetze bestimmten oder noch zu verordnenden Strafe belegt, und im Falle sie sich nichts desto weniger wiederholt im Lande auffinden ließen, oder sich gar eines Verbrechens schuldig machten, nach Vorschrift der vorhandenen Reichs-, Kreis- und besondern Landes-Policeygesetze und peinlichen Rechte behandelt werden N.

§. 57.

Auf dem Policeyconvent zu Wehlar verpflichteten sich die vereinigten Landesobrigkeiten, daß in ihren Landen aufgefangene Gefindel nicht auf die bisher hin und wieder üblich gewesene Art über die Grenze zu schicken, und dadurch ihren Nachbarn zuzuwenden, sondern zum gemeinsamen Besten andere Maßregeln zu treffen. Es sollen bey aufgefangenem Gefindel die bloß Verdächtigen von den Beschuldigten oder gar für überführt zu achtenden unterschieden werden. Erstere, im Fall sie sich in Ansehung ihrer Personen nicht legitimiren können, sollen lebenslänglich eingesperrt oder an fremdes Militär und Seeverbunden abgeliefert werden, als wozu sie durch den Mangel der Legitimation und das geführte Wagnis hinlänglichen Grund an die Hand geben. Angeschuldigte und überführte Räuber und Mörder sollen den Criminal-Beörden übergeben werden. Diejenigen Landesobrigkeiten, welche mit Zucht- und Arbeits-

Kr 3

hau



Häusern, auch sonstigen Verwahrungsorten nicht versehen sind, sollen provisorisch mit ihren mit dergleichen Anstalten versehenen Nachbarn wegen Aufbewahrung des in ihrem Lande aufgefangenen Gefindels besondere Uebereinkunft (Schließen g).

## §. 58.

Die einzelnen Landes-Policeygesetze beschränken sich auf die Landesverweisung gegen fremde Landstreicher, wenn sie sich nicht eines Verbrechens in dem Lande schuldig oder doch verdächtig gemacht haben, und mithin einer Criminal-Untersuchung zu überlassen sind. Nur eine öfters wiederholte Rückkehr in das ihnen verbotene Land soll endlich eine lebenslängliche Aufbewahrung in öffentlichen Strafanstalten zur Folge haben. Einige Gesetze betrachten jedoch auch die bloße Landstreicherey als ein peinlich zu strafendes Verbrechen. Nach dem churbadischen peinlichen Recht ist bey Jaunern schon ihre Lebensart, auch ohne vorhandenen Beweis eines begangenen Diebstahls, hinreichend, sie wegen Landstreicherey (Waganten-Lebens) zu einer sechs- bis zwölfmonatlichen Arbeitshaus-Strafe und Landesverweisung, und im Wiederbetretungsfall für eine gedoppelte Zeit ins Zuchthaus zu verurtheilen. Nach den meisten Territorial-Gesetzen aber ist das bloße Wagabunden-Leben, wenn kein besonderes Verbrechen hinzukommt, lediglich als ein Policeyvergehen anzusehen.

## §. 59.

g) Häberlin a. a. O. S. 50. 51.



## §. 59.

Sowohl zur gänzlichen Abstellung der heimischen Betteler, als auch zur einzig zweckmäßigen Vertilgung des fremden Vagabunden-, Bettler- und Diebgesindels, wodurch zugleich die völlige Aufhebung der Landesverweisung möglich gemacht werden kann, giebt es nur ein Mittel — die Errichtung von Arbeitshäusern, welche, nicht als Versorgungs- und eben so wenig als Strafanstalten, sondern lediglich als Policeyanstalten dazu dienen müssen, Landstreicher, die nicht als Verbrecher zu strafen sind, an eine ruhige und arbeitsame Lebensweise zu gewöhnen, und so, wo möglich, noch zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu bilden. In verschiedenen Städten findet man dergleichen Arbeitshäuser (Spinnhäuser, Werkhäuser), die zum Theil ganz zweckmäßig eingerichtet sind. Aber Land-Workhäuser, wovon eigentlich hier die Rede ist, und die in keinem wohl eingerichteten Staate fehlen sollten, findet man nur in wenigen. Zuchthäuser sollen ihre Stelle vertreten, und hin und wieder glaubt man gar, daß auch Hospitäler statt ihrer dienen könnten. Aber hier soll allein Versorgung alter, schwacher, kränklicher Personen der Zweck seyn, und Zwangsarbeiten einzuführen, würde die Bestimmung solcher Institute wesentlich verändern, obgleich eine solche Veränderung unter bestimmten Umständen wohl stattfinden mag; dort hingegen ist peinliche Strafe der Hauptzweck, und es muß immer von nachtheiligen Folgen seyn, Leute, die wenigstens eines

Verbrechens nicht überführt sind, besonders solche, deren bisherige Lebensweise nur zu viele Empfänglichkeit für böse Beispiele und Lehren vermuthen läßt, mit wirklichen Verbrechern in Verbindung zu bringen. Die churmärkischen Land-Armenhäuser, welche Landstreicher, Bettler u. dgl., zugleich aber auch Invaliden aufnehmen bestimmt sind, können schon um dieser Combination willen nicht für ganz zweckmäßig gehalten werden. Die Einrichtung des seit 1802 bestehenden Correctionshauses zu Schweidnitz scheint für den hier in Frage stehenden Zweck sehr gut berechnet zu seyn. In dasselbe werden solche Personen aufgenommen, welche als Vagabunden oder sonst als Müßiggänger im Lande herumstreichen und der öffentlichen Sicherheit gefährlich werden; diejenige, an welchen die Grundobrigkeiten alle Mittel zur Besserung angewandt, die sich aber dennoch nicht haben bessern lassen wollen; junge Leute, welche auf Ansuchen ihrer Eltern oder Vormünder zur Correction eingeliefert werden, und endlich solche, welche wegen ihrer Vergehungen Zuchthausstrafe erlitten haben, und vor der Entlassung keinen ehrlichen Erwerbszweig angeben können. In der Regel geschieht die Aufnahme eines jeden auf zwei Jahre h).

§. 60.

h) Eine ausführlichere Nachricht von der Verfassung dieser Anstalt s. in den Blättern für Policey und Cultur 1803, St. VII, S. 612—617.

**§. 60.**

Auffallend ist es, daß in den meisten neueren  
 nie zu Gesicht gekommenen Verordnungen gegen  
 Landstreicher der so äusserst wichtigen Versor-  
 gung ihrer Kinder nicht gedacht wird.  
 Die gefährlichsten Landstreicher sind unstreitig  
 die Nachkömmlinge solcher Leute, die selbst ein  
 herumstreifendes, müßiges Leben geführt, und  
 ihren Unterhalt durch gesekwidrige Mittel, viel-  
 leicht gar durch Diebstahl und Raub, gewonnen  
 haben. Ältere Verordnungen, welche Vor-  
 schriften wegen Erziehung der den Landstreichern  
 abzunehmenden Kinder enthalten, sind bereits  
 angeführt worden<sup>1)</sup>. Ein anderes, sehr wich-  
 tiges Mittel, die Zahl der gefährlichen Land-  
 streicher zu vermindern, — die Sorge der  
 Policey für bestrafte Verbrecher —  
 ist der Gegenstand einer eigenen Abhandlung<sup>2)</sup>,  
 auf die man sich also hier beziehen kann.

**§. 61.**

Bey allen Vorkehrungen aber, welche die  
 Policey gegen Landstreicher, Bettler, Jauner  
 und Diebsgesindel treffen mag, ist die erste Be-  
 dingung eines glücklichen Erfolges — unermü-  
 dete Wachsamkeit und Thätigkeit der  
 Beamten und der ihnen untergeord-  
 neten Officianten, verbunden mit einer  
 immer gleichen, aber nie überreilten Raschheit

**Ex 5**

**448**

<sup>1)</sup> **Th. 1. S. 263. 291.**

<sup>2)</sup> **Oben S. 443 f.**

des Verfahrens 1). Wie sehr hieran alles liegt, zeigt öfters der selbst in verschiedenen Theilen eines Landes so ganz verschiedene Zustand der allgemeinen Sicherheit. Während manchemahl die rastlose Policey in einem Amte alles unnütze Gefindel aus ihrem Wirkungskreise verscheucht, wird es von der sorglosen Bequemlichkeit des Nachbarn gleichsam eingeladen, in dessen Bezirke es ungestört haust. Sehr belehrend ist in dieser Hinsicht eine allgemeine Weisung, welche die churfürstliche Landes-Direction zu Bamberg an sämtliche Centämter des Fürstenthums Bamberg am 7. Nov. 1803 erlassen hat. „Ein vorzügliches Augenmerk der damaligen Regierung, heißt es in derselben, ist dahin gerichtet, die Herstellung und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit in dem diesseitigen Fürstenthum zu erwirken. Die Erfahrung hat indessen bisher bestätigt, daß diese Absicht durch die hie und da angeordnet werdenden, theils allgemeinen, theils besondern Streifen der Centämter bey weitem nicht erreicht werde; nicht selten liegt der Grund der vernachlässig-

- 1) In ganz besondern Fällen, wo die übrigen gewöhnlichen Geschäfte den Beamten nicht erlauben, sich mit der ununterbrochenen Wirksamkeit, welche die Umstände erfordern, der Sorge für die Wiederherstellung der gestörten Sicherheit zu widmen, ist die Ernennung einer eigenen Sicherheits-Commission, wie im Jahre 1800 für das preussische Westphalen geschah, allerdings höchst zweckmäßig. Vergl. Blätter für Pol. u. Cult. Suppl. I. zu 1801, S. 103 f.

lässigten Fürsorge für die Herstellung und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, in der Bequemlichkeit und Unthätigkeit der einzelnen Centbeamteten; öfters aber ist die Ursache, warum einzelne Diebsbursche, oder auch ganze Motten, durch welche manche Gegenden in dem diesseitigen Fürstenthum sehr beunruhigt, und die einzelnen Untertanen allda, sowohl wegen ihres Eigenthums, als auch wegen ihrer persönlichen Sicherheit, in nicht geringe Verwirrung gerathen müssen, in dieser oder jener Gegend ihren Aufenthaltsort wählen, darin aufzusuchen, daß mancher Centbeamte dafür gehalten hat, in den ihm nicht angewiesenen Centbezirke zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht einwirken zu können. Hiedurch mußte öfters der Fall eintreten, daß Streuner und Diebsgesindel aus dem diesseitigen Fürstenthum nicht mit Energie genug vertilgt werden konnten, zumal gewöhnlich die diesfalls zwischen den Aemtern Statt gehabte Communication nicht mit genugsamer Vorsicht gepflegt wurde, und gerade in dem Augenblicke, wo zur Verhaftnehmung dergleichen Streuner und Diebsvotten die Versuche gemacht wurden, diese sich von den Gegenden, wohin der Ausfall unternommen worden ist, in der Zwischenzeit weg, und in eine andere Gegend gezogen, bald darauf aber, wo die Gefahr ihrer Verhaftnehmung verüber war, die verlassen gewesene Gegend wieder beunruhigt und unsicher gemacht haben.

Der Aufmerksamkeit der churfürstlichen Landesdirection sind diese Gebrechen bisher nicht entgangen, und durch die neuesten berichtiglichen An-

gei

zeigen werden solche wieder bekräftigt. Die churfürstliche Landesdirection setzt in dieser Rücksicht als richtige Bemerkung voraus, daß die Pflichten, besonders öffentlich angestellter Staatsdiener, zur Handhabung öffentlicher Sicherheit sich nicht auf die ihnen angewiesenen Centgrenzen lediglich einschränken müssen, sondern vielmehr jeder verbunden sey, zur Erreichung des allgemeinen Staatszwecks seine Kräfte zu vereinigen, und thätige wechselseitige Hülfe zu leisten.

Die churfürstliche Landesdirection weist daher nicht nur jedem Centbeamten an, bey Vermeidung der strengsten Verantwortlichkeit in dem ihm angewiesenen Centbezirke für die Herstellung und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit stets zu wachen, und diesfalls die mit den örtlichen Verhältnissen übereinstimmenden Sicherheitsanstalten zu treffen, sondern macht noch überdies jedem derselben zur besondern Pflicht, daß er auf eine bey ihm gemachte wahrscheinliche Anzeige über den Aufenthalt einer Diebsrotte oder Streuner in dieser oder jener Gegend der ihm angrenzenden Centämter zur Verhaftnehmung derselben ohne den geringsten Verzug die hierauf Bezug habenden und angemessenen Maßregeln ergreife, es nicht ohne besondere erhebliche Gründe auf eine schleppende und ermüdende Communication mit den betreffenden Centämtern ankommen lasse, und hiedurch die öffentliche Sicherheit auf das Spiel setze.

Indem die churfürstliche Landesdirection den sämtlichen Centbeamten noch den weitem Auf-

traq



trag macht, auf den Fall, wo dergleichen Streuner und Diebstrotten von einem Centbeamten in einem andern und ihm nicht anvertrauten Centbezirk in Verhaft gebracht werden, bey derselben die ungesäumte Anzeige in der Absicht zu machen, um denjenigen Centbeamten, in dessen Bezirk die Arretirung derselben erfolgt ist, in dem Falle, wo wider diesen der Beweis wird hergestellt werden, daß bey ihm die Anzeige über den Aufenthalt dergleichen Streuner und Diebstrotten in seinem Centbezirke gemacht worden sey, und er doch dessen ungeachtet die zweckmäßigen Sicherheitsanstalten dagegen nicht mit Thätigkeit und Nachdruck getroffen habe, zur strengsten Verantwortung ziehen zu können, die verhafteten Streuner aber nach vorgängig gepflorener allgemeinen Untersuchung, in so fern sich wider dieselben kein peinliches Verbrechen herauswerfen sollte, nach den bestehenden Kreisverordnungen ausser Land zu schaffen, und an das angrenzende Justizamt zur weitem Fortschaffung derselben in ihre Heimath zu übergeben, im entgegengesetzten Falle aber die geführten Untersuchungs-Protocolle an das churfürstliche Hofgericht dahier zur Abfassung eines rechtlichen Straferkenntnisses einzuschicken; so will diese churfürstliche Stelle denselben zu gleicher Zeit nicht bergen, daß bey der künftigen Organisation der Aemter auf dem Lande nur auf den erprobten Dienstleister der churfürstlichen Beamten, und genaue Erfüllung ihres Dienstpflicht die geeignete Rücksicht werde genommen werden.“



§. 62.

Auch in verschiedenen der bereits mehrmahl angeführten neuesten Polizeygesetze finden sich gegen die Nachlässigkeit der Beamten und Ortsvorsteher ernstliche Verfügungen. Durch den schwäbischen Kreisschluß vom 18. Dec. 1801 werden sämtliche Amts- und Ortsvorsteher für die genaue Vollziehung seiner Vorschriften verantwortlich gemacht, und sollen für jeden Fall der Uebertretung und Vernachlässigung mit einer unnachsichtlichen Strafe von wenigstens 10 Rthl. belegt werden. Die würzburgische Verordnung vom 22. Oct. 1800 enthält in dieser Hinsicht folgendes: „Werden in einer Gegend von herumstreifendem Gesindel öfters Excesse begangen, und es ergiebt sich nach gehöriger Untersuchung, daß von den Beamten und Ortsobrigkeiten die vorgeschriebenen Maßregeln nicht oder doch nur schläfrig beobachtet worden; so werden dieselben nicht nur in Rücksicht des verursachten Schadens verantwortlich gemacht, sondern auch noch zur besondern Strafe gezogen werden. Nach der fürstbergischen Verordnung vom 30. Oct. 1800 sollen Orts- oder Gemeindevorsteher, welchen dergleichen verdächtiges Gesindel zugeführt wird, wenn sie es nachsichtig und nachlässig behandeln und laufen lassen, das erstemahl um 10 Rl., das zweytemahl um 10 Rthlr. gestraft und ihres Amtes entsezt werden m).

§. 63.

m) Blätter f. Pol. u. Cult. s. s. O. S. 102.

**§. 63.**

Diese Orts- oder Gemeindevorsteher (Schulzen, Dorfrichter, Wägte, Bauermeister 2c.) insonderheit: können, gehörig belehrt und aufgemuntert, so wie für die örtliche Policey überhaupt, also auch vorzüglich für die Abhaltung und Vertreibung des losen Gefindels die nützlichsten Dienste thun. Ja! gerade hier wird ohne ihre zweckmäßig geleitete Mitwirkung im Ganzen nur wenig auszurichten seyn, da ein wohlterfahrender Landstreicher gern die Städte, wenigstens die, wo gute Policey ist, meidet, sich auf diese Weise leichter an den Grenzen einschleicht und dann auf dem platten Lande umhertreibt, wo ihm entweder Eigennuß oder Mitleiden bald eine Niederlage gewährt. Dieß zu verhüten und zu verhindern, die augenblickliche Ergreifung eines sich zeigenden Landstreichers zu bewirken, den leichtsinnigen Landmann, der mit dergleichen Leuten sich öfters unüberlegt einläßt, zu warnen, öftere Visitationen vorzunehmen, und dadurch auch auf dem Lande den Vagabunden die Sicherheit zu entziehen, die sie dort am meisten noch finden, muß zu den ersten und vorzüglichsten Geschäften der Gemeindevorsteher gehören. Häufig klagen Beamte, daß es ihnen an Unterstützung zur Ausführung der Policeygesetze gegen Landstreicher fehle. Verstehen sie es nur, ihre Unterbedienten recht in Thätigkeit und Bewegung zu setzen, wie es der Droß v. Suckow in den ihm anvertrauten Aemtern thut <sup>a)</sup>; so werden sie

<sup>a)</sup> Blätter 16. a. a. O. S. 62 f.

ſie bald finden, daß auch ohne außerordentliche Hülfsmittel ſich, wenn nicht alles, doch ſehr viel ausrichten läßt.

---

## XXXII.

### Zum Geleitsrecht.

**B**ey dem Geleitsrechte <sup>a)</sup> hätte billig eines beſonderen Theils deſſelben gedacht werden ſollen, der heutzutage, ſtatt als ein Mittel der Sicherheitspolicey angeſehen zu werden, vielmehr als der perſönlichen nicht nur, ſondern auch der Ehren-, Sicherheitspolicey widerſprechend betrachtet wird, — des Judentheils oder Juden-, Leibzolls. In den meiſten deutſchen Staaten mußten bis auf die neueren Zeiten die reiſenden Juden eine gewiſſe, meiſtens nicht be- trächtliche <sup>b)</sup>, aber doch immer läſtige und in jedem Falle erniedrigende Abgabe entrichten, und damit die Erlaubniß des Eintritts in ein Land oder

<sup>a)</sup> Th. I: S. 292 f.

<sup>b)</sup> In manchen Gegenden Deutschlands, wo mehrere Gebiete nahe an einander grenzen, und den reiſenden Juden ſein Weg an einem Tage auch an mehreren Poſtſtäten vorbeiführen kann, iſt auch die Ausgabe nicht unbedeutend.

oder den vorübergehenden Schuß, der ihnen übrigens nicht sorgfältiger und nachdrücklicher, sehr oft weniger als Andern, geleistet wurde, erkaufen c). König Ludwig XVI. von Frankreich nannte sie in dem Edicte, welches sie aufhob, eine Mißlage, wodurch die Juden dem Vieß gleichgesetzt werden; und welche den Stand des Menschen schände.

Juden, welche nirgend ein Schutz und Schirmrecht erlangt haben, werden als Waghunden und Landläufer überall zurückgewiesen. Nur von den reputirlichen Juden, wie sie in einigen Gesetzen genannt werden, fordert man den Leibzoll. Die Regel ist nemlich, daß die in einem Lande aufgenommenen Schutzjuden in demselben keinen Leibzoll entrichten; sondern nur auswärtige vergeleitete Juden. In manchen Ländern, wie z. E. im Hessen-Casselschen, mußten ihn aber auch die Schutzjuden, wenn sie von einem Orte ins andere reisten, bezahlen. Es ist ein wahres Geleitsgeld, welches die fremden Juden für die Erlaubniß eines freyen Durchzugs und kurzen Aufenthalts abtragen müssen.

In so fern könnten die Juden auch nichts Schimpfliches darin finden, da sie im Wesentlichen wie die großen Messen besuchenden Kaufleute

\*) Am besten ist diese Abgabe historisch und rechtlich geschildert von R o p p in seinen Bruchstücken zur Erläuterung der deutschen Geschichte und Rechte. I. 97 ff.

leute behandelt werden: etwas härter zwar als Ierding's, indem man sie auch ausser den Messzeiten allezeit und überall (im teutschen Reiche wenigstens war es noch vor wenig Jahren allgemeine Sitte) das Geleit lösen, und manchemahl gar jede Stunde ihres Aufenthalts bezahlen läßt. Aber auch darüber hätten sie nicht große Ursache, sich zu beschweren, da sie nicht verlangen können, daß man sie, als bloß geduldete Fremdlinge, denen, die des Reichs-Bürgerrechts theilhaftig sind, gleichsetze, und da in ihnen die Menschheit nicht geschändet wird, wenn sie einige Abgaben mehr, als andere, entrichten müssen. Die Neigung des Zeitalters, alle Staats-Einrichtungen aus dem falschen Gesichtspuncte einer mißverstandenen Humanität zu beurtheilen, hat auch hier gewiß Manchen irre geführt, der in das laute Geschrey der Juden über den Leibzoll zu gutmüthig und willig einstimmt.

Nur die Form dieser Auflage war in der That schimpflich und beleidigend: wenigstens in den meisten Ländern \*). Schon der Name: Leibzoll — der die Juden als eine Sache bezeichnet und zu den unvernünftigen Thieren erniedrigt, ist unpassend und unanständig. Sie und ihr Vieh werden neben einander gestellt. Sie sollen, heißt es in einer Zollordnung, sowohl von ihrem Leibe, als auch vom Vieh den Zoll entrichten, und in einer andern,

\*) In einigen Ländern zahlten sie keinen Leibzoll, sondern Nachtgeld, Tagegroschen u.

bern, „daß sie für ihren armen Leib den Zoll zu bezahlen haben.“ Ich kenne eine Zollrolle, wo sie in der Reihe der zu verzollenden beweglichen Dinge unter dem lieben Viehe, wenn ich nicht irre, gleich nach den Ochsen aufgeführt werden. Hier trifft allerdings Ludwigs XVI. Schilderung zu: aber, diesen unstreitig tadelnswerthen Mißbrauch in der Ausführung abgerechnet, wie will man den Beweis der so oft und so laut wiederholten Behauptung führen, daß Geleitgeld der Juden streite gegen die Rechte der Menschheit; es sey eine schändliche, schlechterdings verwerfliche Abgabe?

Ich gebe indessen gerne zu, daß es billiger sey, diese Abgabe gar nicht zu erheben, als sie selbst in einer schicklichen Form fortbauern zu lassen. Nur die Uebertreibungen der Juden und ihrer Sachwalter kann ich nicht billigen. Uebrigens gönne ich es jenen gern, daß bereits mehrere teutsche Fürsten den Juden-Leibzoll aufgehoben haben, und werde mich freuen, wenn denselben die übrigen bald nachfolgen.

## XXXIII.

## Ueber das Eherecht der Armen.

Es ist in dem Rechte der Bevölkerungs-Policey <sup>a)</sup> auch der ebrigkeitlichen Befugniß gedacht worden, darauf zu sehen, ob angehende Eheleute sich und die zu hoffende Familie mit einiger Wahrscheinlichkeit zu ernähren im Stande seyn werden. Diese Befugniß ist aus der Pflicht der Policey hergeleitet worden, dafür Sorge zu tragen, daß die Menge hülfesbedürftiger Armen nicht ohne Noth vermehrt werde. Mir schien es jedoch, daß bey einer Gelegenheit, die für das ganze Lebensglück eines Menschen so wichtig ist, die Vorsicht der Policey billiger Weise nicht weiter gehen sollte, als wenigstens einige Sicherheit wegen des künftigen Unterhalts eines ehelustigen Paares zu fordern, und daß sie es da, wo Armuth und Mangel nicht mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen ist, niemahls so ganz genau nehmen sollte.

Es

a) Th. 2. S. 27.



Es ist allerdings bedenklich, bürger ohne die allerdringende Noth zur Ehe zu entziehen, Feit des Hausstandes, die Afers, die edelste Triebfeder zu tigkeit und Arbeitsamkeit, e Moralität — zu versagen. andern Seite nicht weniger den Eintritt in das eheliche gestatten, von welchen vor die Kosten desselben, statt i wird tragen müssen.

In Niemanns Blättern für Cultur b) wird „das Ehe recht in Schutz genommen, und dafür die Rechtmäßigkeit einer sold lung desselben sich nicht geradezu b deren Zweckmäßigkeit aber sey; daß es sicherer seyn möge, natürlichen Gange zu überlassen. sich dabey wenigstens nicht schlimm

Die Veran zunächst eine e Brandes Se stand der Unn unten, und be richte über die Armen - Instit

b) Jahrg. 1803. St. XI. S. 1034.

„Aus der Vergleichung der verarmenden Stände scheint, daß diese sich im Allgemeinen gleich bleiben; daß unter dem Heer der auf unsichern Verdienst wartenden Arbeitsleute, Wäscherinnen und Höfer, unter den zahllosen Schneider-, Schuster- und Tischlergesellen, die, ehe sie Meister werden; heyrathen; und dadurch ein sicheres Fortkommen, mit einem äußerst prekären, selten die Kosten eines Hausstandes aufbringenden Erwerb vertauschen, — daß unter diesen Classen am häufigsten Armuth entsteht. Ein Fingerzeig für eine weise Policey, die Vergrößerung der Zahl dieser Menschen, welche gerade eine schädliche und negative Bevölkerung veranlassen, durch alle mögliche Mittel zu verhindern, unter welchen eins der besten seyn mögte, Ehen dieser Art so viel möglich zu erschweren.“

Hierüber werden folgende zwey Fragen aufgeworfen: Welche wären die rechtlich zulässigen und unter dieser Bedingung wirksamen Mittel zu diesem Zweck? Sind darüber in Anordnungen anderer Länder und Dörter genaue, die Rechte der Armen gehörig sichernde und der Willkühr steuernde Bestimmungen vorhanden?

Bey meiner nur beschränkten Sammlung von Landes-Policeygesetzen und der Entfernung von der auch in dieser Hinsicht vorrefflichen göttlichen Bibliothek kann ich keine ganz ausführliche und bestimmte nämentliche Nachricht von den verschiedenen auf diesen Gegenstand sich be-  
zie-

ziehenden Verordnungen geben; indessen habe ich, ehe die angeführte Stelle in dem Rechte der Bevölkerungs-Policey niedergeschrieben wurde, eine beträchtliche Anzahl deutscher Landesgesetze durchgesehen, und sehr viele gefunden, welche von dem Grundsatz ausgehen, daß die Ehen solcher Personen, die ein sicheres, wenn auch nur nothdürftiges Auskommen nicht haben, zu erschweren seyen. Einige überlassen die Beurtheilung und Entscheidung für jeden einzelnen Fall dem Ermessen der competenten Behörde. So soll z. E. im württembergischen in dem Fall, wenn Personen, die offenbar zu arm sind, sich selbst zu ernähren, und welche den Armenanstalten mit ihren Kindern zur Last fallen würden, sich verheirathen wollen, mit allen Umständen an das Ehegericht berichtet und dessen Verfügung erwartet werden. Andere verbieten solchen Leuten das Heirathen, welche nicht eine Kunst oder Profession erlernt haben, womit sie sich wohl ernähren können, oder ein bestimmtes Vermögen zusammen bringen, von dessen Ertrag (es sey durch Nutzungen von Grundstücken, durch Zinsen oder durch ein nützlichcs Gewerbe) sie ihr nothdürftiges Auskommen haben. Die in dieser Hinsicht vorgeschriebene Summe muß nothwendig nach den örtlichen Verhältnissen verschieden seyn.

Außerdem müssen nach mehreren Landesgesetzen diejenigen, welche sich an einem Orte ansässig machen und eine eigene Haushaltung anfangen, das Bürgerrecht erlangen oder das Meisterrecht gewinnen wollen, ein bestimmtes

Vermögen nachweisen können, ohne welches sie die obrigkeitliche Erlaubniß zur Ausführung ihrer Absichten nicht erhalten. Dadurch wird mittelbarer Weise auch dem leichtsinnigen Heurathen solcher Leute, die nicht wenigstens gegründete Hoffnung zu einem sichern Auskommen haben, einigermaßen vorgebeugt.

Man sieht leicht, daß bey der Anwendung dieser Vorschriften sehr viel von dem jedesmahligen Ermessen, also, wenn man will, von der Willkühr der Obrigkeiten abhängt. Offenbare Armutz ist freylich ein bestimmtes Kennzeichen, an welches diese sich halten können, aber auch sie ist relativ, und schließt bey einem gesunden Körper und guter Gelegenheit zu nützlichen Beschäftigungen die Möglichkeit eines hinreichenden Auskommens nicht aus. Daher wird selbst in diesem Falle nach den oben angeführten württembergischen Gesetzen dem Armen das Heurathen unbedingt verwehrt, sondern die Erlaubniß dazu von der jedesmahligen, natürlicher Weise nach den besondern Umständen einzurichtenden Verordnung der höhern Behörde abhängig gemacht.

In den ehrsüchtigen Landen ist man, wie der Freiherr v. Dräis c) bezeugt, von dem alten Gesetz, wornach der Unterthan, der heurathen will, erst sein hinlängliches Einkommen berechnen soll, abgegangen; man fordert nur eine

c) Beiträge zur Culturgeschichte und Statistik von Baden unter Carl Friedrich. S. 79.

eine sichere Heimath nebst dem Mangel eines offenkundigen Hindernisses am guten Hausstand, und überläßt dem besseren Ermessen der Familie alles Uebrige. Aber auch bey der Beurtheilung jenes Mangels ist nicht alle Willkühr gänzlich ausgeschlossen.

Da, wo der Unterhalt einer Familie von dem Betriebe einer Kunst oder Profession erwartet wird, kann der Obrigkeit, welche darnach die Erlaubniß zum Heurathen bestimmen soll, ohne hin kein fester Maßstab gegeben werden d), da zu viele individuelle, temporäre und locale Umstände dabey zu berücksichtigen sind. In den Regel ist es auch nicht hinreichend, daß Jemand eine Kunst oder Profession gehörig verstehe; um sie betreiben zu können, wird auch noch einiges Vermögen erfordert. Und darauf ist in verschiedenen Landes-Policeygesetzen nach der Beschaffenheit der Gewerbe noch besonders Rücksicht genommen.

Wenn überhaupt eine gewisse Vermögenssumme gesetzlich vorgeschrieben ist, von deren Besitz die Erlaubniß zum Heurathen abhängen soll; so scheint allerdings der Willkühr der Obrigkeit am sichersten vorgebeugt zu seyn, in so fern

U p 5

fern

d) Merkwürdig ist in dieser Hinsicht ein churbairisches Mandat vom 3. Jun. 1762, welches bestimmt, was für eine Fertigkeit im Spinnen oder Weben eine Person haben müsse, wenn ihr erlaubt werden soll, auf diese Nahrungsart zu heurathen.

fern nicht auch hier in Ansehung des beyzubringenden Beweises, der zu beurtheilenden Sicherheit u. s. w. eines Theils unbilliche Schwierigkeiten gemacht werden, andern Theils geschwinde Begünstigungen stattfinden können.

Unter gewissen Umständen wird, besonders bey Künstlern und Handwerkern, auch wohl von der gesetzlichen Vorschrift dispensirt und, eines Mangels an der bestimmten Vermögenssumme ungeachtet, das Heurathen erlaubt. „Was soll man aber, fragt hiebey Strelin \*) mit vollem Recht, denken, wenn man siehet, daß solchen Personen, welche das sogenannte edictmäßige Vermögen nicht besitzen, das Heurathen gleichwohl erlaubt wird, wenn sie eine Dispensationstaxe bezahlen, und das zur Errichtung ihres Gewerbes ohnehin schon zu geringe Vermögen noch mehr schwächen?“ In Ländern, wo dieß geschieht, wäre es unstreitig besser, die Sache ihrem natürlichen Gange zu überlassen.

Andere Länder und Dörter, wo genauere Anordnungen, als die bisher angeführten, bestünden, sind mir nicht bekannt. Auch in den sächsisch-schweizischen Staaten kenne ich keine allgemeine Vorschrift, wie es in Ansehung der Ehen der Armen gehalten werden soll. Daß die Einwohner der Dörfer und Städte vom Bauern- und Bürgerstande nicht ohne Vorwissen

\*) Real: Wörterbuch für Cameralisten und Oeconomen III. 138.



wegen ihrer Obrigkeit, und eben daher nicht ohne vorher einen Trauschein von denselben erhalten zu haben, heuráthen sollen, ist Regel. Es scheint, daß die ursprüngliche Absicht dabey nur war, der wirklichen Vollziehung einer Ehe die Untersuchung, ob derselben nicht ein gesetzliches Hinderniß entgegen stehe, vorangehen zu lassen, da man vielleicht nicht von allen Predigern die dazu erforderliche Rechtskenntniß und Aufmerksamkeit erwartete. Indessen bemerkt der Hr. Consistorial-Secretär Schlegel H, in Beziehung auf die genannten Personen, daß sie zwar zu ihrer Verhehlung nicht der Einwilligung der Obrigkeit bedürfen, doch könne solche von letzterer wohl verhindert werden, wenn zu besorgen stehe, daß die zu verhehlenden Personen in Ermangelung aller Erwerbsmittel, nebst ihrer Familie dem Staate zur Last fallen dürften. Ob indessen diese Bemerkung auf einer Landesobservanz oder auf einem von dem Verfasser vorher g) angenommenen allgemeinen Grundsatz beruhe, vermag ich nicht zu entscheiden.

Daß für die Stadt Göttingen die Verfügung bestehet: Kein Paar soll getrauet werden, wenn nicht die Obrigkeit es für wahrscheinlich hält, daß sich solches einigermaßen redlich zu ernähren im Stande sey, erhellet aus der schon oben

H) Im churhannoverschen Kirchenrechte III. 279.

g) Daselbst S. 177.



oben berührten Stelle der Brandes'schen Schrift über den gegenwärtigen Zustand der Universität Göttingen h). Es soll dadurch theils dem großen Leichtsinne gewehrt, theils die Gemeine von der Last der Ernährung einer ganzen Familie gesichert werden, und es wird bezeugt, daß durch diese Einrichtung die Entstehung mancher armen Familie verhütet worden sey.

Ein

h) S. 375. In den Blättern für Policey und Cultur wird hierüber gefragt: „Bleibt es, ausser der allgemeinen Verordnung des Consistoriums in Hannover vom 13. Dec. 1798, in welcher eine ältere Vorschrift: „daß so wenig Bürger als Bauern, es sey in den Städten oder auf dem Lande, ebender von der Kanzel aufgeboten, noch weniger aber ehelich copulirt werden sollen, bis sie von ihrer Stadt-, Amts- oder Guts- Obrigkeit einen Erlaubnißschein, behuf ihrer Heyrath, beigebracht, und dem Prediger vorgezeigt haben,“ erneuert ist, im Hannoverschen noch eine besondere, die Verehelichung der Armen überhaupt, oder in der Stadt Göttingen betreffende Verfügung? In Göttingen soll noch bey den Armen, ehe sie diesen Schein erhalten, eine Untersuchung ihres Gesundheitszustandes von dem Physikus vorhergehen. Biebt es desfalls eine besondere Vorschrift? — Von dem letztern ist mir nichts bekannt. Auf die erste Frage, so weit sie das ganze Land betrifft, ist im Text ausführlich geantwortet. In Ansehung Göttingens insonderheit ist das Zeugniß des Herrn Commorath Brandes, als Referenten im Universitäts-Departement, schon hinreichend, um die Existenz einer besondern Verordnung anzunehmen. Ich habe mich indessen bey demselben weiter erkundiget, und er hat die Gefälligkeit

Ein Haupteinwurf, den man gegen alle diese gesetzlichen Vorschriften machen könnte, ist der: daß dadurch das Recht der Armen nicht gehörig gesichert, der Mißbrauch nicht hinreichend gesteuert sey. Allein dieß ließe sich unstreitig gegen alle und selbst die allgemein anerkannt gemeinnützigsten Gesetze einwenden, deren Anwendung von gewissen zufälligen Umständen abhängig ist. Soll man überhaupt das Mißtrauen gegen Obrigkeiten so weit treiben, daß man jedes Gesetz für verwerflich hält, weil dessen gerechte Anwendung durch es selbst nicht vollkommen gesichert ist? Die allgemeinen Anstalten zur Verhütung obrigkeitlicher Bedrückungen müssen auch hier genügen;

■■■■

gehabt, mir aus dem datirten 27. Sept. 1795 höchsten Orts genehmigten Plan zur Vorschrift für die Policey-Commission in Öditzlagen die ausdrückliche Verordnung nachzuweisen: „daß Personen, an deren Fortkommen man zu zweifeln Ursache hat, die Heuraths-Einsense zu versagen seyen.“ Dieß ist auch nachher mehrmahl mit gutem Erfolge geschehen. So sind z. E. gleich im Jahre 1796 sechs Pöden, und im Jahr 1797 zweyen die Heuraths-Einsense verweigert worden. Der sel. Suprintendent Wagemann, dessen mehrjähriger genauer Umgang mit mich so annehm als belehrend war, hatte sich durch häufige Erfahrungen (und er kannte die Armen in allem ihren Lagen und Verhältnissen aufs gründlichste) von der Schädlichkeit der leichtsinnigen Heurathen armer, gewerbloser Leute so sehr überzeugt, daß er vorzüglich es war, der, als Mitglied der Policey-Commission, auf der Handhabung jener Verordnung mit größter Aufmerksamkeit hielt:

und die Vortheile einer vermehrten Bevölkerung werden ohnehin jede Regierung abhalten, die Hindernisse der Ehen ohne Noth zu vervielfältigen.

Sollte aber überhaupt die Einschränkung der Freiheit zu heurathen aus dem Grunde der Armut einer vernünftigen Politik und den Befugnissen der Staatspolicey angemessen seyn? Dagegen ist zuörderst alles, was gegen jede nicht äußerst bringende Einschränkung der natürlichen Freiheit sich sagen läßt, und zwar in einem allerdings sehr bedeutenden Maße, da hier von einer so wohlthätigen, für die Glückseligkeit des Lebens so wichtigen, für die Moralität so wirksamen, für den Staat selbst so nützlichen Verbindung, wie die Ehe, die Rede ist; sodann, daß die Lüderlichkeit, die Befriedigung des Geschlechtstriebes außer der Ehe, die Erzeugung unehelicher Kinder und die Nothwendigkeit, sie auf öffentliche Kosten zu ernähren, so wie ein unzufriedenes, unstätes Leben mancher sonst ordentlicher, arbeitsamer, nützlicher Staatsbürger dadurch befördert werden kann, und daß vielleicht diese Folgen eines solchen Eheverbots gewisser und allgemeiner seyn möchten, als die nachtheiligen Folgen der Ehen der armen Volksclasse; endlich auch, daß es hart wäre, dem Armen einen Stand zu verwehren, in welchem er Trost, Ermunterung und nicht selten Hülfe durch wohlgerathene Kinder, wenigstens für seine alten Tage, finden könne. Daß die für die Bevölkerung zu erwartenden Nachtheile hierbey nicht in Rechnung gebracht werden können, versteht sich

sich von selbst, da bey einer das Heurathen der Armen beschränfenden Verordnung allemahl vorauszusetzen ist, daß sie, als das geringere Uebel, nicht in Betrachtung gezogen werde.

Dafür ist jedoch nicht nur der wichtige Grund, daß eine Bevölkerung nicht für wünschenswerth geachtet werden kann, welche die Zahl derer, die auf Kosten des gemeinen Wesens leben, vermehrt, sondern auch noch mancher andere, der sich aus dem nothwendigen Einflusse der Armuth auf häusliche Zufriedenheit, Erziehung &c. von selbst ergibt. Von Armen, die in einer solchen Lage sich befinden, daß man mit Zuverlässigkeit voraussetzen kann, sie und ihre Kinder werden demnächst dem Publicum zum Unterhalt anheim fallen, kann die Frage nicht seyn. Diesen kann und darf das Heurathen ohne Ungerechtigkeit gegen ihre Mitbürger nicht erlaubt werden. In unseren bürgerlichen Gesellschaften ist einmahl der Natur der Sache nach, die physische Fähigkeit zum Kinderzeugen nicht hinreichend, um, wie im (idealischen) Naturstand, das Recht zur Ehe ausüben zu können. Vernünftige Leute müssen auch wissen, woher sie für sich und die Ihrigen ihren Unterhalt nehmen wollen. Wer dieß nicht weiß und doch heurathen wil, ist ein leichtsinniger Thor. Wer aber das Gegentheil weiß, und seine Ehelust dennoch nicht unterdrückt, ist ein besinnungsloser Narr, der mit Recht unter die Vormundschaft der Policey genommen wird. Wer vom Betteln sich nährt, wer aus Armenanstalten Unterstützung erhält, wer ein unzureichendes Ge-

Werbe treibt und arm und schwach dazu ist; wet durch Leichtsinns und Verschwendung sich selbst an den Bettelstab gebracht hat; — warum sollte diesen allen die Erlaubniß zum Heurathen nicht versagt werden, falls sie nicht nachweisen können, daß dadurch ihre Lage verbessert und ihnen ein hinlängliches Auskommen gesichert werde? Sollte das natürliche Recht zur Ehe für die bürgerliche Gesellschaft eine Verpflichtung begründen, sich nach Belieben ihrer ärmeren Mitglieder lästige Kostgänger aufdringen zu lassen?

Mehrere Zweifel, in rechtlicher und politischer Hinsicht, treten freilich alsdann ein, wenn die Sache so gewiß nicht ist. Läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuthen, daß eine Familie sich nothdürftig fortbringen kann; so wird das Eheverbot billig keine Anwendung finden. Ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit das Gegentheil vorauszusehen; so wird dem Armen die Erlaubniß zum Heurathen billig versagt. Denn in diesem Falle kann die Gesellschaft mit gutem Grunde von ihm fordern, daß er das Recht zur Ehe nicht eher ausübe, als bis er sie wegen der daraus für sie zu besorgenden unmittelbaren nachtheiligen Folgen sichergestellt hat. Dies kann er aber nur, wenn er ein nothdürftiges Auskommen für sich und seine Familie nachweist.

Die dem gemeinen Wesen troßende Last ist es aber nicht allein, welche dergleichen Polizeiverfügungen vor dem Richterstuhle der Gerechtigkeit sowohl, als der Staatsklugheit rechtfertigt

tigt 1). Es mag seyn, daß das eheliche Leben dem Armen manche Stunde verschönert, manche Last erleichtert, manches Vergnügen gewährt. Vielleicht findet man die mannigfaltigen Freuden der Ehe reiner und reichhaltiger in den Hütten der Armen, als in den Wohnungen der Reichen. Aber wie weit häufiger zeigen sich nicht dem Beobachter auch in jenen kalte, unzufriedene Eheleute, mürrische, harte, nachlässige Eltern? Nahrungsforgen, durch Frau und Kinder vermehrte Nahrungsforgen erniedrigen weit öfter gemeine Gemüther, als sie edle erheben. Wie manchemal werden nicht auch diese dadurch, wenn gleich nicht erniedrigt, doch niedergedrückt? — Nur zu bald weicht der Ehefriede dem Gefühle der durch die Ehe verschlimmerten Lage; Be- trieb- samkeit, Fleiß, Ordnung verschwinden; der tägliche Mangel, ungesunde Nahrungsmittel, elende Wohnungen werfen die Unglücklichen  
 auf

1) Gemeinlich wird sie als einziger Grund ange- führt. Hauptgrund ist sie allerdings. Bemerkens- werth ist eine diesen Gegenstand bezielende Lan- desbeschwerde der eyrolischen Stände vom Jahre 1711: Es falle, sagen sie, diesem ohnedas an Volk so überhäuften Land höchst be- schwerlich, daß die Zusammenheurathung so vielfältiger mittelloser Personen ver- stattet, hiedurch aber überhäufte Bettler und herrenloses Gesindel in dem Lande selbst erzietet werde. Sie bitten daher, daß das Wendthigre deswegen in der zu schärfen gebetenen Policeordnung vorge- kehrt werden möge.



aufs Krankenbette; die Noth treibt sie zur Ergreifung gesetzwidriger Befriedigungsmittel ihrer Bedürfnisse, oder sie fallen dem Armenwesen anheim. Und die Kinder — was vermag selbst der gute Vater, die treue Mutter bey dem täglichen Kampfe gegen Mangel und Noth für ihre Erziehung zu thun? Wie sollen sie Aufsicht über sie führen, sie zum Guten anleiten, wenn die Sorge für ihre tägliche Nahrung ihnen jede Minute raubt, ihnen keinen andern Wunsch übrig läßt, als nur recht bald der Unterstützung ihrer Kinder sich freuen zu können; wenn endlich Armuth, Mangel und Elend ihre Gefühle immer mehr abstumpft, sie gegen das, was recht und gut ist, immer mehr gleichgültig, und zur Ergreifung eines jeden Mittels fähig und bereit macht, wodurch sie ihr Daseyn zu fristen hoffen können? Wird man nicht dem Staate Glück wünschen müssen, wenn ihre Kinder nur nicht gefährliche Glieder der Gesellschaft werden, wenn sie nur nicht selbst sie zu Bettlern und Dieben erziehen?

Will man die Bevölkerung etwa noch mit in Anschlag bringen? Nun, so bedenke man doch die Anzahl der Siechen und Krüppel, die aus den Höhlen der Armuth und des Elends hervorstiegen, um unsere Hospitäler zu bevölkern oder auf unsern Straßen durch ihren Anblick mehr Ekel und Abscheu, als Mitleiden zu erregen.

Das überdieß die leichtsinnige Vermehrung der Armen das Amt der Armenpolicey unendlich erschwert, ihre Hülfsmittel erschöpft, und endlich



sich der Betteley Thür und Thore öffnet, muß doch nothwendig auch mit in Erwägung gezogen werden, wenn es gleich allein nicht entscheidend seyn kann.

Sollten nicht alle diese Gründe zusammen genommen eine billige Einschränkung des Eherechts der Armen als eine eben so rechtmäßige als zweckmäßige Maßregel der Staatspolicey darstellen? Will man, wie Strelin k), diese Eheverbote zwar in ihrer Art gelten lassen, dagegen jedoch behaupten, daß es besser und schicklicher sey, sie durch solche Anstalten entbehrlich zu machen, welche Jeden, der arbeiten kann, nöthigen, sich mit seiner Hände Arbeit zu nähren, ihm zur Arbeit Gelegenheit verschaffen, Niemand das Betteln erlauben, und die wirklich Armen, welche nicht mehr arbeiten können, nothdürftig versorgen; so wird man doch bey näherer Ueberlegung finden, daß selbst bey solchen Einrichtungen, und gerade um ihren Zweck nicht zu vereiteln, Fälle eintreten können und müssen, die dergleichen Eheverbote nothwendig machen. Oder soll man die Armen der letztern Art unbedingt heurathen lassen? Soll man es denjenigen gestatten, die man erst nöthigen muß, sich von ihrer Hände Arbeit zu nähren?

Daß die Lasterlichkeit durch solche specielle und seltene Eheverbote befördert werde, ist wohl nicht erweislich. Die Befriedigung des Geschlechtstriebes außer der Ehe, und ein damit

312

häufig

k) Real-Wörterbuch a. a. O.

häufig verbundenes lüderliches und müßes Leben, ist gewöhnlich mit Kosten verbunden, die der Arme nicht aufbringen kann, und die Besorgniß, ein uneheliches Kind ernähren zu müssen, ist eine Rücksicht, die derselbe so leicht nicht aus den Augen verliert. Man wird zwar dagegen sagen: eine Frau und eheliche Kinder müsse er ja auch ernähren. Aber auf jene wird bey der gemeinschaftlichen Wirthschaft nicht bloß als Verzehrerin gerechnet, und unter der geringern Volkscasse erwirbt die Frau nicht selten mehr, als der Mann. Lernt man übrigens diese Classe in großen Städten genauer kennen; so findet man nur zu oft, daß die Ehe auch bey ihr (wie bey den höhern) kein Universal- und Radicalmittel gegen Lüderlichkeit ist. Hindert man demnach nur solche Ehen, von denen die geschilderten nachtheiligen Folgen sehr wahrscheinlich zu besorgen sind; so ist der Gewinn in mehrfacher Hinsicht gewiß, und der vielleicht entstehende Schaden auf alle Fälle das geringere Uebel.

Einem ordentlichen, arbeitsamen, nützlichen Staatsbürger wird man selten nöthig haben, die Erlaubniß zum Heurathen abzuschlagen, und da, wo es die Umstände unvermeidlich machen, wird er, unterstützt von seiner gütndenken Obrigkeit, Mittel finden können, an einem andern Orte seinen Plan ungestört auszuführen. Ueberhaupt scheint man bey der ganzen Controverse darauf nicht geachtet zu haben, daß wenn in dieser oder jener Stadt diesem oder jenem Menschen die Ausübung seines angeborenen Rechts zur

ie nicht verflattet werden kann, ihm dadurch  
 ſſelbe jedoch auf keine Weiſe genommen wird.  
 iſt freylich auch nicht ohne Härte, wenn er  
 zween auswandern ſoll. Aber ihm bleibt doch  
 mer die freye Wahl; und Subjecte, wie ſie  
 r in der Regel vorausgeſetzt werden, haben  
 einer Ortsveränderung gemeinlich nicht viel  
 verlieren.

Wenn endlich die Policey einem Armen dar-  
 ch, daß ihm die Erlaubniß zur Heurath ver-  
 ſagt wird, die mit dem Eheſtand verbundenen  
 obliathaten vorenthält; ſo ſichert ſie ihn zu-  
 ich gegen die von demſelben unzertrennlichen  
 ſten. Was für ein Troſt für ihn, wenn ſein  
 werbe ſtockt, oder eine Krankheit ihn nieder-  
 eſt, ſeine darbende Ehefrau, ſeine hungrigen  
 nder vor ſich zu ſehen! Welche Ermunterung,  
 nn Frau und Kinder krank, kraftlos vergeb-  
 , von ihm Linderung und Labung erwarten!  
 elche Hilfe der Kinder, wenn hier ein ver-  
 hrloſeter Krüppel, dort ein verzogener Böſe-  
 ht. die armen Eltern mit ſchmerzlicher Neue-  
 Tages zu gedenken zwingt, an dem ſie ſich  
 ihrer Verbindung leichtſinnig entſchloſſen!

Möge übrigens allgemein verbreitete Gewerbe-  
 rkeit und eine wohlthätige Leihtigkeit, durch  
 liche Verwendbung ſeiner Kräfte ein ſicheres  
 ſkommen zu gewinnen, das Eherecht des  
 men überall gegen die Eheverbote der Policey  
 ihren kräftigſten Schutz nehmen!

## XXXIV.

## Von dem Auswanderungs-Rechte teutscher Unterthanen.

## §. 1.

Man hat die in diesem Handbuche a) von dem Auswanderungsrechte teutscher Unterthanen aufgestellten Grundsätze zum Theil für widersprechend halten wollen, weil daselbst die teutsche Freiheit gegen willkührliche Auswanderungsverbote vertheidigt, und dennoch dasjenige gebilligt wird, was nach dem siebenjährigen Kriege gegen die damals im ganzen Reiche überhandnehmenden Auswanderungen, sowohl von einzelnen Reichsständen, als von mehreren Kreisen und selbst von dem höchsten Reichs-Oberhaupte, verfügt worden ist.

## §. 2.

Daß die Regel auch hier ihre Ausnahmen hat, kann wohl dem Verfasser nicht zum

a) Th. 2. S. 47 f.

3 Vorwürfe gemacht werden: es soll ja  
 ie Regel ohne Ausnahme seyn. Weiter  
 r — als Regel und Ausnahme getrennt  
 darstellen, wolte er nicht, und er macht  
 neue Ausführungen in einer Materie,  
 von Andern erst neuerlich so vorzüglich  
 vollständig bearbeitet worden ist, keinen  
 pruch.

§. 3.

Die Regel bleibt immer: Kein deuts-  
 r Unterthan kann gehindert werden, sein  
 nderes Vaterland oder auch das deutsche  
 zu verlassen und sich nach Belieben ei-  
 andern Wohnsitz zu suchen. Daß jedoch  
 dieser Regel in Rücksicht auf Einzel-  
 wegen ihrer persönlichen Verhältnisse  
 ichterley Ausnahmen stattfinden können,  
 teht sich von selbst b). Aber auch in Rücks-  
 auf das allgemeine Wohl kann über-  
 igt das Auswanderungsrecht deutscher  
 rthanen eingeschränkt werden, wenn sol-  
 nur auf eine verfassungsmäßige  
 se geschieht.

§. 4.

Man muß hierbey bestimmte Auswande-  
 38, Verbote, und andere Maßregeln der

31 4

Pos

Weser von der Landeshoheit in Ansehung der  
 Unterthanen Vermögens, S. 217 f.

Policen gegen das gemeinschädliche Auswandern der Unterthanen c) sorgfältig unterscheiden. Da, wo vielleicht noch gegen jene rechtliche Bedenklichkeiten eintreten sollten, werden wenigstens diese ohne Umstand ergriffen und vorgekehrt werden können.

## §. 5.

Rein Reichs- oder Landes- Grundgesetz glebt der Reichs- oder Landes- Polizeygewalt ausdrücklich die Befugniß, den Unterthanen die Rechtswohlthat des freien Zuges zu nehmen. Zwar wird in dem gegen die Auswanderungen gerichteten kaiserlichen Edict vom 17. Juli 1768 auf ältere und neuere Gesetze Bezug genommen, allein deren Nachweisung würde wohl, wäre sie gefordert worden, unübersteigliche Schwierigkeiten gefunden haben. Nur in der kaiserlichen Wahlcapitulation d) wird das höchste Reichs- Oberhaupt verpflichtet, darauf zu achten, daß das Reich der dienstfähigen Mannschaft nicht entblößet werde; aber hier ist nur von Kriegsdiensten und fremden Werbungen die Rede, und nicht von dem Auswanderungsrecht deutscher Unterthanen überhaupt. „Obgleich,

heißt

c) Th. 2. C. 47—50.

d) Art. 4. §. 14.

ist es, in dem instrumento pacis und den Reichs-Constitutionen zur Genüge versehen ist, e weit einem Stande oder Angehörigen des Reichs erlaubt sey, sich bey auswärtigen Mächten in Kriegsdienste zu begeben, bey es auch ferner ohne Nachtheil der Landesherrschaft zu verbleiben hat; so will doch der Kaiser in der reichsväterlichen Absicht, daß das Reich der dienstfähigen Mannschaft nicht entblößt werde, die Zukunft keinesweges gestatten, daß er seine und der Churfürsten, Fürsten und Lande förmliche Bewilligung jenen Mächten, nicht selbst ansehnliche Reichslande bestimme, eine Werbung im Reiche zugelassen zu werden nachgesehen werde.

§. 6.

Die neueste Wahlcapitulation hat die Befugungen ihrer Vorgängerinnen nur näher bestimmt; diese alle aber bezogen sich lediglich auf fremde Werbungen und ausländische Kriegsdienste. Freilich wird dabey der Besorgniß, daß das Reich entleert und öde gemacht werde, gedacht; als nur in Beziehung auf die fremden Werbungen. Das uralte Recht des Deutschen Vaterland gegen ein anderes zu verteidigen, ist durch kein Reichsgesetz aufgehoben.



Wessen ungeachtet kann die Analogie, der in der Kaiserlichen Wahlcapitulation enthaltenen Vorschrift unter gewissen Umständen das Reichs-Oberhaupt berechtigen, gegen gemein-schädliche Auswanderungen zweckmäßige Vor-sehungen zu treffen. Wenn deutsche Unter-thanen, geworben oder nicht geworben, zum Kriegsdienst oder zu friedlicher Ansiedelung ihr Vaterland in größter Anzahl verlassen, so kann dieses eben so gut, als durch fremde Werbungen, in Gefahr gerathen, verödet und der dienstfähigen Mannschaft entblößt zu werden. In einem solchen Falle muß aber dem Kaiser aus gleichem Grunde, auch gleiches Recht, wie gegen fremde Werbungen, zustehen.

§. 7.

Nach den bey der Abfassung der Wahlcapitulation Kaisers Franz des Zweyten von einigen Churfürsten gethanen Aeußerungen läßt sich freilich vermuthen, daß diese eine solche Analogie nicht billigen werden. Durch ein churmainzisches Monitum wurde die bestimmtere Fassung der angeführten Stelle veranlaßt, und durch die Stimmenmehrheit genehmigt. Churbrandenburg bemerkte jedoch dabey, daß es keinen Bezug auf die Ausführung und Auswanderung der  
lin.

Untertanen haben könne, indem die Verfügungen dagegen jedem Landesherrn erlassen blieben, und Churfürsten hielt: die Beybehaltung des bisherigen Textes ratsamer, weil die Landesgesetze und Verfassungen so verschieden seyen und die Gesetzgebung und Untersagung fremder Verbündungen, wie auch der Annehmung fremder Gesandten und anderer Dienste und der Emigration überhaupt für ein, zu der Landeshoheit gehöriges Recht anzusehen sey, welches von jedem Reichsstande der besondern Verfassung und Convenienz seiner Lande gemäß ausgeübt werden könne und worüber Theil. besondere Verträge vorhanden seyen.

**§. 8.**

Es kann allerdings wohl Fälle geben, auch in Rücksicht auf Auswanderungen, wo meine kaiserliche Verfügungen den besondern Verhältnissen eines oder des andern Reichs nicht angemessen seyn möchten. Allein, wenn denn auch bey diesen die Anwendung und Ausführung hinwegfallen müßte; würde doch daraus nichts gegen die in der Vorlesung Analoge gegründete Befugniß des Kaisers überhaupt im allgemeinen gefolgert werden können.

**§. 9.**

Als Kaiser Joseph der Zweyte das Edict vom 17. Jul. 1768 erließ; so berief er sich zuvörderst auf eine Anzeige der ausschreibenden Fürsten der vordern Reichsreise, daß seit dem vor kurzem Jahren geendigten Kriege das Emigriren der teutschen Reichsunterthanen so sehr zunehme, daß dadurch das werthe teutsche Vaterland einen mercklichen Verlust vieler dienstauglicher Leute erleide und nicht wenig entvölkert werde; daß die dagegen ergangenen Edicte der Kreis-Ausschreibekämter ohne Erfolg blieben, weil mehrere Reichstädte die Versammlungs-Niederlage und Transportirungs-Gelegenheit, zumahl zu Wasser, gestattet hätten, vorzüglich aber in denselben den Anwerbern und Unterhändlern die größte Handbietetung geleistet werde, wiewegen es nothwendig sey, daß der Kaiser eine allgemeine Verordnung in das gesammte Reich wider die annoch täglich fortbauende Auswanderung, besonders an die Reichstädte, wo der gemeinschädliche Unfug der Werbungen am meisten getrieben werde, vorzüglich und namentlich aber an die Reichstädte Lübeck, Bremen und Hamburg erlasse. Johann bezog er sich auf die älteren und neueren Gesetze, insonderheit auf die kaiserliche Wahlcapitu-

pitt-

pitulation, worin verschiedentliche, heilsame Vorsehung enthalten sey, auf was Weise der Anwerbung und dem Auszug eines Volks außerhalb Reichs, wenn dadurch zumahlen dasselbe der Mannschaft entblößet werde, vorgebeugt werden solle. Hierauf nun und auf die unverkennbare Nothwendigkeit „dem allgemein-schädlichen und entseßlichen Uebel der Entvölkerung abzuhehlen“ wurde das reichsoberhauptliche Auswanderungsverbot gegründet. Es ist damahls in den meisten Reichs-Freisen und Ländern verkündet, aber nicht überall sorgfältig genug beobachtet worden. Indessen folgt schon aus jenem ein Anerkennniß der von dem Kaiser ausgeübten Befugniß. Diese kann sich jedoch nie so weit erstrecken, daß aus einem solchen durch besondere Zeitumstände veranlaßten Edicte eine allgemeine und dauernde gesetzliche Norm für das Auswanderungsrecht deutscher Unterthanen abgeleitet werden könnte. Sobald die Umstände sich wieder verändert haben, hört die Wirksamkeit einer solchen Policenverfügung auf und die alt-hergebrachte Freyheit tritt wieder ein. Kehrt das Uebel der gemeinschädlichen Auswanderung zurück; so müssen aufs neue Vorsehrungen dagegen getroffen werden.

## §. 10.

Daß daher nur ein auf dem verfassungsmäßigen Wege abgefaßtes allgemeines Reichsgesetz die Auswanderungs-Freyheit der Deutschen überhaupt näher bestimmen und beschränken könnte, bedarf wohl kaum einer besonderen Bemerkung. Auch wird es dazu bey dem jetzt herrschenden Landeshoheits-System schwerlich jemahls kommen.

## §. 11.

Der Kreispolicey ist wegen der Auswanderung teutscher Reichsunterthanen in den Gesetzen nichts anbefohlen. Die hierauf sich beziehenden Rechte der Kreisversammlungen und Kreisausschreib-Ämter können nur entweder aus der Vollziehung der Reichs-Policeyverfügungen oder aus der Genossenschaftspolicey abgeleitet werden. Die letztere aber kann in diesen Verhältnissen nicht weiter gehen, als es die Landespolicey nach der besondern Verfassung könnte. Denn was einem Landesherrn gegen seine Unterthanen nicht erlaubt ist, dazu kann er auch durch einen gemeinsamen Schluß mit seinen Kreis-Mitständen kein Recht erwerben.

## §. 12.

Die Landespolicey wird gemein-schädlichen Auswanderungen Grenzen zu setzen.

en, jederzeit berechtigt seyn; aber von ihrer Willkühr wird es nie abhängen, den Untertanen überhaupt das Recht des freien Zuges zu nehmen oder Einzelnen ohne gegründete Ursache den Abzug zu verwehren. Hier wird indessen immer die Reichspolicey Auswanderungen in andere, mit dem Reich in keiner Verbindung stehende Länder, außer des heiligen Reichs Grenzen, wie es dem Kaiserlichen Edicte von 1768 heißt, bieten können, als die Landespolicey die Auswanderung von einem Reichslande in ein anderes. Ein solches Verbot streitet mit dem gemeinen Reichsverbande, mit den Reichsgesetzen, die einen völlig freien Verkehr unter allen Reichsunterthanen vorschreiben, sehr oft auch mit besondern nachbarlichen Verträgen. Rechtlich und politisch möglich ist indessen auch ein solches Verbot, wenn es nur der Schwindel der Wanderungslust die Unterthanen eines Landes so ergriffen hätte, daß dieses davon einen großen und wesentlichen Nachtheil besorgen müßte.

§. 13.

„Die Rechtswohlthat des freien Zuges, (s. Moser \*) , ist ein derer wichtigsten Vor-

\*) Von der Landeshoheit in Ansehung der Unterthanen, Personen u. Vermögens S. 216. Vergl. dessen



Vorzüge eines freygebornen Deutschen. . . .  
 Weil aber auch unläugbar ist, daß derglei-  
 chen freyer Zug zum Nachtheil des gemeinen  
 Wesens gar sehr mißbraucht werden kann,  
 und die Erfahrung belehrt, daß es in man-  
 chen Ländern recht zur Seuche wird, oftmals  
 aus unerheblichen Ursachen, durch Verfüh-  
 rung auswärtiger Emissarien oder in thörich-  
 ter Hoffnung, anderwärts ein Paradies und  
 guldene Zeiten anzutreffen, hundert- und tau-  
 sendweis aus dem Lande zu ziehen und das-  
 selbige dadurch zu entkräften; so ist billig,  
 daß dem Mißbrauch gesteuert werde: aber  
 auf eine der teutschen Verfassung gemäße  
 Weise.“

## §. 14.

Die hiernach zu beobachtende Verfah-  
 rungsart zeichnet nun Moser (f. vor, wobei  
 jedoch einiges zu erinnern seyn dürfte. Er  
 unterscheidet, allerdings mit Recht, ob ein  
 Reichsstand Landstände habe, oder nicht.  
 Im erstern Falle, meint er, sey der ordentli-  
 che und natürliche Weg, daß der Landesherr  
 sich mit ihnen berathe und eines gewissen so

DE

dessen Er. von der Landeshoheit in Pollicep-  
 sachen S. 29.

f) a. a. O. S. 217.



gleich, daß die Regel und das Vorrecht sich unverletzt bleibe, die Ungebühr aber gestellt werde. Mir dünkt, daß dieß so allgemein nicht behauptet werden möge, denn daß man theils auf den Zweck eines Wanderungsverbots, theils auf die beson-  
dere Landesverfassung in jedem vorzukommenden

Falle Rücksicht nehmen müsse. Wollte Landesherr durch ein bleibendes Landes-  
gesetz das Recht des freien Zuges überhaupt geben oder einschränken; so würde er der Willigung der Landstände allemahl bedür-

ftig seyn, weil er ohne diese gegen ihre und der Unterthanen Rechte und Freiheiten etwas zu ordnen nicht befugt ist g). Soll aber ein solches Policeygesetz nur in der Absicht erlassen werden, um den überhandnehmenden Wanderungen Einhalt zu thun, so gilt für diesen Fall das Reichsgesetz; so wird in der Regel der Landesherr vermöge der ihm zustehenden Policeygewalt an die Einwilligung der Landstände nicht gebunden seyn und es wird von der besondern Verfassung eines Landes abhängen, ob dieselbe, oder auch der Willigung der Landstände in einem solchen Falle bedürftig ist. h)

§. 181

§. 1. S. 196:

Daf. S. 198 f:

§. 181 Polic. 1. 4.

h a d

## §. 15.

Wenn in einem Lande keine Landstände vorhanden sind; so ist die Policeygewalt des Landesherrn nur durch die Reichsgesetze und etwa bestehenden Landes-Grundgesetze beschränkt. Hier bedarf es also keiner andern Mitwirkung, um Auswanderungsverboten, die er zu erlassen für nöthig hält, rechtliche Kraft zu geben.

Moser aber hält dafür, daß sowohl in dem Falle, wenn der Herr und die Landstände sich nicht vergleichen können, als auch, wenn ein Reichsstand keine Landstände habe, demselben zweyerley Wege offen stehen: entweder könne er die Sache an den Kaiser und das gesammte Reich oder auch an seinen Kreis gelangen lassen, um einen allgemeinen, oder doch einen diesen besondern Fall entscheidenden Reichs- oder Kreisschluß abzufassen; oder man könne auch die Sache an einem Reichsgerichte anhängig machen: denn da diese Gerichte in andern die besondere Landesverfassungen und Freiheiten betreffenden Fällen und Streitigkeiten sprechen können; so sehe er nicht ein, warum es nicht auch in diesem nirgendwo davon ausgenommenen Falle sollte seyn können.

## §. 16.

Wir wollen zuerst diesen zweiten vorgeschlagenen Weg näher betrachten. Moser sagt „man kann auch die Sache an einem Reichsgerichte anhängig machen“ — das will er also doch nicht, daß ein Reichsstand, der wegen eines Auswanderungsgesetzes mit seinen Landständen sich nicht vereinigen kann, schlechterdings und unter allen Umständen selbst den Fall zur Entscheidung der Reichsgerichte bringen und um die Ergänzung der landständischen Einwilligung nachsuchen soll. Es kann seyn, daß dieß unter gewissen Verhältnissen der angemessenste Weg ist <sup>1)</sup>. Wenn aber Gefahr auf dem Verzuge haftet; so wäre es wohl nicht rathsam, erst den Ausgang eines reichsgerichtlichen Processes abzuwarten, um Vorkehrungen zu treffen, wodurch einem nahe drohenden, gemeinschädlichen und unersetzlichen Uebel vorgebeugt werden soll. In einem solchen Falle wird vielmehr ein Landesherr thun, was er seiner Pflicht gemäß zu seyn erachtet, und die Klage der Landstände bey einem Reichsgerichte erwarten. Diese kann aber nur alsdann angenommen werden, wenn die Landstände wirklich über die Verletzung eines ihnen zustehenden Rechtes Beschwerde

1) 24. 1. C. 208.

schwerde zu führen haben. Hat daher der Landesherr ihre nach der Verfassung erforderliche Einwilligung umgangen; so ist die Sache allerdings zur reichsgerichtlichen Untersuchung und Entscheidung geeignet. Wäre es aber nur auf den Rath und das Gutachten der Landstände angekommen; so würde, wegen dessen Nichtachtung, eine Klage nicht stattfinden, da der Rath der Landstände den Landesherrn nicht bindet. k)

## §. 17.

Warum aber ein Landesherr, der keine Landstände hat, wegen der Erlassung eines Auswanderungsverbotes sich an ein Reichsgericht wenden soll, ist nicht abzusehen. Hält ein Unterthan, welcher seinen Wohnsitz verändern will, sich dadurch widerrechtlich beschwert; so steht ihm allerdings der Weg an die höchsten Reichsgerichte frey l). Der Landesherr hat aber nicht nöthig, seine Verfügungen, selbst wenn etwa von den Unterthanen Vorstellungen dagegen gemacht, oder allgemeine Widersprüche erhoben würden, der reichsgerichtlichen Beurtheilung zu unterwerfen.

## §. 18.

k) Lf. i. S. 204.

l) Lf. 2. S. 52. 53.

§. 18.

Was hiernächst den ersten von Moser-  
 vorgeschlagenen Weg betrifft; so kann frey-  
 lich die Veranlassung einer reichsgesetzli-  
 chen Vorschrift am sichersten allen Schwierig-  
 keiten und Hindernissen abhelfen. Nach  
 dem gewöhnlichen Geschäftsgange wird nun  
 nicht das geschwindeste Hülfsmittel seyn;  
 in vorkommenden besondern Fällen dürfte  
 ein Gesuch um reichsoberhauptliche Hülfe, wie  
 das Beispiel vom Jahre 1768 zeigt (S. 9),  
 sich den Vorzug verdienen. Was aber  
 die rechtliche Wirksamkeit der Kreis-  
 lösse gegen Auswanderungen zu halten  
 ist bereits oben bemerkt worden (S. 11).

§. 19.

Besonders billig und zweckmäßig scheinen  
 die von der churbadischen Regierung  
 Rücksicht auf die Auswanderungen ihrer Un-  
 thanen angenommenen Grundsätze zu seyn.  
 Ein badischer Unterthan ist nie verwehrt,  
 in die anderwärts eine ihrem Glück ange-  
 senere Unterkunft gefunden haben, sich  
 hin zu begeben, sobald sie vorher wegen  
 der Schuldsigkeiten an den landesherrn, das  
 Land und ihre Mitunterthanen Richtigkeit ge-  
 sen haben, wofür die Rentkammer und  
 Oberämter zu sorgen haben. Nur in

zwey Fällen ist die Bewilligung des Abzugs bey der höheren Landes-, Regierungs- und Polizeybehörde nachzusehen: 1) wenn besondere Leibeigenschafts-, oder Zug-, Verhältnisse mit andern Landesherren oder Patrimonial-Obrigkeiten obwalten, worauf in Ansehung des bisherigen oder künftigen Wohnorts der Abziehenden Rücksicht zu nehmen ist; 2) wenn Unterthanen, ohne noch eine sichere Unterkunft zu haben, ihr Unterthanen-Recht aufgeben wollen, um in Colonien auf das Ungerähr hin ein besseres Glück zu suchen. Auch dieses wird zwar jenen Unterthanen nicht gemehrt, die über sich ohne Nachtheil für andere frey disponiren können, so lang es nicht auf einmahl zu häufig wird, und mithin nicht nachtheilige Folgen durch zu schnelles Sinken der Güterpreise und dessen widrigen Einfluß auf den Landescredit oder sonst aus der unzeitigen Vermehrung des Auswanderens vorherzusehen sind. Sobald dieser Fall, nach einhelliger Meynung des Hofraths, und Cammer-Collegii eintritt, alsdann soll nach vorheriger Verkündung nur jährlich einmahl zu bestimmter Zeit einer gewissen proportionirten Anzahl die Erlaubniß zum Auswandern gegeben, die übrige aber bis auf

an



andere Zeit zurück gewiesen werden. Diejenigen, welchen die Erlaubniß gegeben werden darf, müssen nicht mehr unter der Gewalt der Eltern oder Pfleger stehen, oder doch deren Einwilligung haben, und müssen, wenn sie verheirathet sind, die freiwillige Bestimmung ihres Ehegatten für sich haben; sie dürfen Kinder, die von einem andern Vater aus vorgehender Ehe abstammen, wenn nicht aus Particular-Gründen die landesherrliche Concession dazu, welche jedoch nicht leicht zu gewarten ist, erlangt würde, gar nicht mit fortziehen, ihrer Weiber eigene Kinder aber, so wie jene, die von dem nemlichen Vater, aber mit einer andern Mutter in vorhergehender Ehe erzeugt worden, wenn nicht letztere der Mündigkeit nahe sind, und zurückgelassen zu werden verlangen, dürfen sie mitnehmen, doch muß das den Kindern schon eigenthümlich angefallene Vermögen im Land unter Pflegschaft bis zu ihrer Volljährigkeit zurück behalten werden, da bis dahin auch solchen ihr Heymatsrecht, mithin die Befugniß, zurück zu kehren und ihr Unterthanenrecht anzutreten, unvorzogen bleibt. Allenmal muß solchen Leuten das Mißliche eines solchen Wegzugs auf das Ungefähr vorgestellt, ihnen davon abgerathen, und daß sie nachmahls,



wenn es mißrath, auf eine Wiederannahme ins Land sich keine Hoffnung zu machen hätten, bedeutet, und für dessen Beweislichkeit durch kurze Annotation zu Protocoll gesorgt werden. m)

## §. 20.

Man hat in den neuern Zeiten wieder von häufigen Auswanderungen aus verschiedenen Reichsländern, und selbst von öffentlich errichteten fremden Colonisten - Werbungen gehört; von directen Landes - Kreis - oder Reichs - Polizeyvorkehrungen gegen dieselben aber schweigen die öffentlichen Nachrichten. Fremde Mächte haben vielmehr unsere Emigranten zurückgewiesen, weil sie ihrer vorerst nicht bedürfen, oder sie wollen wenigstens nur solche, welche zugleich auch einiges Vermögen mitbringen. — — —

Im Jahre 1768 forderte das Reichs - Oberhaupt vorzüglich und namentlich die Reichsstände L i b e c k, B r e m e n und H a m b u r g auf, den Auswanderungen der teutschen Reichs - Unterthanen nicht nur keinen Vorstoß zu thun, sondern auch dieselbe auf alle Weise zu verhindern zu suchen. Der Magistrat zu H a m b u r g hat noch ganz neuerlich

m) Badische Hofraths - Instruction v. 1794. S. 92. S. 128 f.

Nach einem rühmlichen Beweise seiner menschenfreundlichen Vorsorge für unsere deutschen Mißbürger gegeben. Schon früher hatte er ein sehr zweckmäßiges Mandat erlassen, um zu verhindern, daß leichtgläubige und ununterrichtete Personen die Opfer eines chimärischen Wunsches werden, in fremden Welttheilen ihr Glück zu machen. Er vermahnete sie, zu bedenken, daß sie, statt des gehofften Glückes, unterwegs harte Dienstbarkeit und Sklaverey, und im fremden Lande Mangel und Elend finden können. Um aber auch dem Colonistenwerben zu steuern, wurden die Schiffs-Capitäne der am Hafen liegenden Zollacht beordert, auf jedem Schiffe, welches nach einem fremden Welttheile zu gehen beschlossen hat, die Passagiere zu examiniren, ob sie ihren Plan nach freiem Entschlusse gefaßt haben, im Bejahungsfall den Passagier seine Erklärung unterschreiben zu lassen, bey einer verneinenden oder zweifelhaften Antwort aber den Reisenden sogleich mit allen seinen Sachen auf ihr Schiff zu nehmen und an die Behörde Bericht zu erstatten. Würde sich ein Schiffer weigern, den Passagier und seine Sachen verabsolgen zu lassen; so soll er nachdrücklich bestraft werden, auch nicht eher den Hafen verlassen dürfen, bis er den Verfügungen

gen des Magistrats Folge geleistet hat. Auf die Verschweigung eines Passagiers ist eine Geldstrafe von 100 Thlr. gesetzt.

Da jedoch diese Vorkehrungen den erwarteten Erfolg nicht gehabt haben; so ist durch eine provisorische Verordnung die Verschiffung der Passagiere nach fremden Welttheilen vorerst gänzlich verboten worden. Das deshalb am 10. Oct. 1804 ergangene Mandat ist im allgemeinen folgenden Inhalts: „Da, ohnerachtet aller bey Bekanntmachung der wegen Ueberschiffungen von Passagieren nach fremden Welttheilen hieselbst getroffenen Verfügungen abseiten Eines Hochedeln Rathes dieserhalb öffentlich und wiederholt erlassenen Warnungen, dennoch fortwährend viele leichtsinnige oder leichtgläubige Personen sich dem bedenklichen Schicksale dieser Ueberschiffungen anvertrauen und Einem Hochedeln Rathe wiederum häufige Klagen über sträfliche Vorgänge bey Unternehmungen solcher Ueberschiffungen in eigends oder hauptsächlich zu dem Behuf befrachteten Schiffen zugekommen, auch die Erfahrung ergeben hat, daß die gegenwärtigen Kriegs-Verhältnisse annoch neue Gefahren für diejenigen herbeysühren, die sich solchergestalt in der Absicht, nach fernen Welttheilen übergebracht zu werden, einschiffen lassen.

lassen, welchen, so wie allen anderweitig bey diesen Geschäften unrechtfertiger Weise unterwegs oder an dem Bestimmungsort entstehenden Gefahren und Nachtheilen nach der Natur der Sache ohnmöglich durch hieselbst getroffene oder zu treffende Verfügungen vorgebeugt werden kann: so steht Ein Hochedler Rath, in Erwägung des mannigfaltigen Unglücks, worin so manche Personen durch Unternehmungen dieser Art gestürzt werden, sich veranlaßt, hiemit alle Befrachtungen von Schiffen eigends oder hauptsächlich zur Ueberfahrt von Passagieren nach fernen Welttheilen von hieraus, so wie die Uebung aller mit solchen Verschiffungen in Verbindung stehenden Betriebe hieselbst bis auf Weiteres gänzlich und auf das ernstlichste zu verbieten und zu untersagen.

Auf dieses allgemeine Vorbot folgen sodann die näheren zur Handhabung desselben abzweckenden Bestimmungen, deren Anführung hier nicht zweckmäßig seyn würde.

XXXV.

**Zum Recht der Gesundheitspolicey.**

---

I.

**Von der Obergaußsicht über die  
Gesundheitspolicey.**

Wie in allen Zweigen der Polizeyverwaltung, so ist auch eine thätige und wirksame Obergaußsicht über die Gesundheitspolicey \*) unentbehrlich; ja, sie ist es mehr, als in den meisten andern Zweigen der Polizeyverwaltung, weil hier auch eine geringe scheinende Vernachlässigung so leicht unerseßlichen Schaden nach sich ziehen kann.

Unter

\*) Zur allgemeinen Uebersicht verdienen nachgelesen zu werden: Fragmente zur neuesten Geschichte der Medicinal-Policey, ihrer Literatur und Verwaltung in den Blättern für Policey und Cultur 1802. St. XI. S. 982. Sehr interessant scheint zu seyn: Schmidmann's ausführliche praktische Anleitung zur Gründung einer vollkommenen Medicinal-Verfassung und Policey. 2 Bände. Hannover 1804.

Unter den neuen Staatsanordnungen, welche die Entschädigungen in Folge des hiesigen Friedens in einem großen Theile von Deutschland nach sich gezogen haben, ist auch die Gesundheitspolizei nicht unbeachtet geblieben. In mehrfacher Hinsicht scheint die bey der kurbairischen Landesorganisation getroffene Anordnung der Obergewalt über die Gesundheitspolizei vorzüglich bemerkenswerth zu seyn.

Eine Sanitätscommission soll diese Obergewalt führen in Bezug auf Menschen und Vieh und für alles, was dahin gehört; ingleichen über die Qualifikation der zur Anstellung in diesen Fächern sich darstellenden oder ihr sich widmenden Subjecte; welche jedoch nur die Leitung dieses Zweiges der Staatsverwaltung auf einen zweckmäßigen und einformigen Gang besorgen, keinesweges aber deren Vollziehung im Einzelnen zu ihrem Geschäftskreis haben soll, indem letztere nach den von der Generalcommission genehmigten Principien von den Hofraths-Collegien der einzelnen Provinzen, mit Bezug der ihnen zugeordneten Medicinalreferenten, besorgt werden muß. Sie soll bestehen: aus einem Minister, einem Geheimrath oder Geheimenreferendar, einem Rath des staatswirthschaftlichen



den Senats des Hofraths-Collegii zu Carlsruhe, drey frequentirenden ordentlichen Mitgliedern aus den bairigen Aerzten (welche jeder Sitzung anzuwohnen haben), drey frequentirenden außerordentlichen Mitgliedern aus der Zahl der Heb-, Wund- und Thierärzte daselbst, (welche nur zu denen Sitzungen bengerufen werden und dorthin eine Stimme geben, wo die Deliberation Hauptgegenstände ihres Fachs betrifft) und vier correspondirenden Mitgliedern, deren zwey bis drey aus dem ärztlichen, heb-, wund- und thierärztlichen Fach in der badischen Pfalzgrafschaft am Rhein, und einer aus dem ärztlichen Fach in dem Fürstenthum am Bodensee seyn sollen, und welche aus ihrem Landesbezirk alles Interessante, was in obiges Fach einschlägt, der Commission melden, sie mit ihrem Beyrath unterstützen, und wo es darauf ankommt, neue allgemeine Einrichtungen zu verordnen, oder wo es sonst in einzelnen Fällen von dem dirigirenden Rath. nöthig gefunden wird, schriftlich zum Botiren aufgerufen werden, in welcher beiden Fällen alsdann auch deren Stimmen gleich jenen der übrigen gezählt werden.

Diese letztere Einrichtung scheint insbesondere sehr wohlthätig zu seyn, da sie die unmittel-



ihre Wirksamkeit der Sanitätscommission in den verschiedenen Landesgegenden erleichtert, und geschickte Aerzte in einzelnen Districten in beständiger Aufmerksamkeit auf alles, was der Gesundheitspolicey wichtig seyn kann, hält. Auch wird dadurch der fleißige und ärtige Beobachter zu Anzeigen und Vorschlägen berechtigt, die man von dem Unberufenen nicht immer so aufnimmt, wie es billig seyn sollte.

2.

Physicate.

Unter den Physicats-Instructionen a) zeichnet sich die neueste pfälzbairische für die angestellten und besoldeten Landärzte im Fürstenthum Bamberg durch Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit vorzüglich aus b) sie giebt die beste Uebersicht von den Amtspflichten eines Physicus geben kann; so findet sie hier mit Recht eine Stelle.

Zuvor muß bemerkt werden, daß in allen pfälz-bairischen Staaten nunmehr öffentliche Aerzte in hinreichender Anzahl bestellt und besoldet werden. Jeder erhält eine jährliche

) Eb. 2. S. 77 f.

) Justiz- u. Pol.-Zama, Dec. 1803. S. 1395 f.

liche Besoldung von 600 Fl. und die künftigen Witwen und Kinder haben eine mäßige Pension zu erwarten.c)

Die Instruction ist folgenden Inhalts:  
Da die Landärzte in dem Fürstenthume Wamburg als Staats-Beamte anerkannt sind, ihre Würdigung festgesetzt ist, und ihnen eine standesmäßige Besoldung angewiesen wurde; so erwartet man von ihnen mit Recht die strengste Erfüllung ihrer Amtspflicht, und die genaueste Besorgung aller das Gesundheitswohl betreffenden Gegenstände. Um sie aber in den Stand zu setzen, ihre Pflichten, Rechte und Verhältnisse nach ihrem ganzen Umfange zu übersehen, wird ihnen diese Instruction, welcher sie getreu nachzuleben haben, ertheilt.

#### 1.

Die oberste Gerichtsstelle des Physicus ist 1) die Landesdirection, wohin alle Amtsberichte zu erstatten sind. 2) In Hinsicht aller vorkommenden Entfälle und Klagsachen steht jeder Physicus unmittelbar unter den Anordnungen der Hofgerichtsstelle; wie nicht minder 3) in allen wissenschaftlichen Gegenständen unter dem Sanitätscollegium.

Die

c) Justiz- u. Pol.-Zamr, Dec. 1803. S. 1381.

Die erste Berichtserstattung, welche jedem Physicus obliegt, ist der Entwurf und die Ausarbeitung einer medicinischen Topographie seines Bezirkes, d. h. eine räsonnirende Darstellung aller Localitäts-Verhältnisse, welche mit dem Gesundheits-Wohl der Einwohner in einem näheren oder entfernteren Bezug stehen d). Folgende sind die Leitungsbegriffe, nach welchen jeder Physicus die medicinische Topographie seines Bezirkes zu entwerfen und auszuarbeiten hat;

1) Genane Angabe der physisch-geographischen Bestimmungen des Bezirkes, als Name, Lage, Grenzen, Bezeichnung der Berge, Thäler, Ebenen, Flüsse und Bäche.

2) Statistische Rückichten. Dahin gehört die Angabe der Volksmenge, des Culturs

d) In der Justiz- und Policey-Kama wird dafür gehalten, daß dieß die erste Vorschrift dieser Art sey. Im Badischen besteht sie seit längerer Zeit. S. dieses Handbuch Th. 2. S. 79. Daß übrigens diese Berichtserstattung nicht der Zeit nach die erste eines neuangestellten Landarztes seyn kann, ergiebt sich aus der Sache selbst. Manches, worüber er berichten soll, erfordert lange Beobachtung, geprüfte Erfahrung, und sorgfältig wiederholte Erkundigung. Schwerlich wird ein durch seinen Beruf geübt beschäftigter Arzt dem allem nachkommen können, was er nach dieser Instruction im ersten Jahr leisten soll. —

surzustandes der Städte, Flecken und Dörfer; die Angabe der mittleren Zahl der in jedem Jahr Gebornen, Verheiratheten und Gestorbenen; — die Bemerkung, ob die Bevölkerung und Mortalität seit einigen Jahren zu- oder abgenommen habe.

3) Die Beschreibung der körperlichen Beschaffenheit der Einwohner; — Charakteristik ihrer Constitution, ob es starke, wohlgebildete, schöne, abgehärtete, oder schwächliche, übelgebildete, weichliche Menschen sind; — hieher gehört auch die Bestimmung, wie weit sie in der Cultur jeder Art voran geschritten, und welche dem Gesundheitswohl nachtheilige Vorurtheile besonders unter ihnen gemein sind.

4) Die Aufzählung der äusseren Einflüsse, welche das Gesundheitswohl mittel, oder unmittelbar bestimmen:

a) der climatischen Einflüsse: Meteorologische Bestimmungen der Winde, der Witterung, des atmosphärischen Wärme-Grades;

b) der Nahrungsmittel: Ob die Einwohner sich größten Theils von Fleisch, oder Pflanzenkost nähren — welche die gewöhnlichen Getränke sind.

c) Der

c) der Wohnungen in Städten und auf dem Lande;

d) der Gewerbe: Es wäre eine so viel als möglich genaue Angabe der Anzahl der Menschen, welche dem einen oder anderen Gewerbe ergeben sind, zu wünschen, und dabey zu bemerken, in wie fern diejenigen Krankheiten, welche ihren Gewerben und Handwerken vorzüglich eigen sind, unter ihnen stattfinden;

e) des Luxus und der Vergnügungen: Die Art der letztern, die dazu bestimmten Zeiten und Orte, wären hiebei als pathogenische Momente zu berücksichtigen.

f) der Gewohnheiten, Gebräuche, Sitten, der Lebens- und Kleidungsart.

5) Bestimmung des Viehzustandes: Welche Gattungen von Hausthieren gehalten werden; wie das Zug- oder Mastvieh beschaffen sey; ob die Viehzucht in Aufnahme oder in Verfall komme, welches die vorzüglichsten herrschenden Krankheiten der Hausthiere sind; ob Viehseuchen seit kurzem geherrscht haben, ob sie noch jetzt herrschen, oder wenigstens ihre Folgen noch empfindbar sind.

6) Jeder Physicus soll auch nach und nach eine Flora und Fauna seines Bezirkes zu liefern bemüht seyn, so daß die Pharma-

cologie hieraus Nutzen schöpfen könnte. Eben so wäre zu wünschen, daß er die Mineralien seines Bezirkes kennen lernte, und eine Sammlung derselben anlegen möchte.

7) Genaue Angabe der stationären und epidemischen Krankheiten. Diese Angabe muß nicht nur nosologisch richtig und vollständig seyn, sondern auch die Pathogenie dieser Krankheiten umfassen, so daß genau zu erörtern ist, welche schädliche Einwirkungen die epidemischen Krankheiten herbeiführen, und die endemischen unterhalten. Besondere Rücksicht ist hiebei auf die Menschenpocken zu nehmen, und zu bestimmen, ob und in welchen Städten und Dörfern sie herrschend seyen —; was bisher für die Aufnahme der Schutzpockenimpfung geschehen sey; ob die Einwohner sich bereitwillig zu derselben bezeigen; wer die Schutzpockenimpfung betreibe. Jeder Physicus soll es sich angelegen seyn lassen, die Schutzpockenimpfung nach den bereits hierüber ergangenen Verordnungen in seinem Bezirke einzuführen, Impflinge in das Institut schicken, wie noch nicht unterrichteten Wundärzte belehren, über das Impfungsgeschäft selbst die Aufsicht führen, die Tabellen der Wundärzte aus der zweyten Classe nach dem

e) d. h. der nicht litterarischen oder empirischen.



dem angeordneten Schema mit seiner Unterschrift bestätigen, und in der Ausführung des Planes, die Menschenpocken in kürzester Zeit gänzlich zu vertilgen, thätigste Unterstützung leisten.

8) Ferner hat der angestellte Physicus einzuberichten, ob und wie viele wahnsinnige, gemüthsge störte, blinde, fallfüchtige, taubstumme, gebrechliche, arme Greise, und andere zur Versorgung geeignete Leute sich in seinem Bezirke befinden.

9) In den verlangten Topographien ist besonders anzugeben, welche Medicinalanstalten bisher in dem Bezirke errichtet waren; ob Hospitäler, Siechhöfe, Gesundheitsbrunnen, Bäder, dort befindlich, wie diese Anstalten jetzt beschaffen, und welcher Verbesserungen sie jetzt empfänglich seyen; wer sich in dem Bezirke mit der Ausübung der Heilkunde befaße; ob ein Operateur in der Nähe sey; wohin ein Wundarzt der ersten Classe versetzt werden könne; wie viele Wundärzte der zweiten Classe, wie viele Hebammen sich vorfinden; ob die Anzahl der ersten hinreiche; ob auf jedem Pfarrdorfe eine unterrichtete Hebamme vorhanden sey; — ob sowohl Wundärzte der zweiten Classe, als Hebammen bisher schon einige Besoldung, und aus welchen Quellen



sie dieselbe bezogen haben. Von den Medicinalpersonen der beiden letzten Classen hat der Physicus eine genaue Beschreibung und Würdigung ihres Kunstvermögens und ihrer Gelehrigkeit einzuschicken. — Besonders aber soll sich derselbe in diesem Abschnitte über die medicinisch, chirurgische Puscherey, welche etwa in seinem Districte ausgeübt werden könnte, verbreiten. Er hat alle Puscherey, d. h. jedes Individuum, welches nicht als Medicinalperson anerkannt ist, und dennoch in das Heilungsgeschäft durch innerliche oder äußerliche Behandlung eingreift, nachhaft zu machen, beglaubigte Thatsachen gegen dasselbe anzuführen, und ist für jede Puscherey, welche in seinem Bezirke ohne seine Anzeige getrieben wird, verantwortlich.

In dieser Abtheilung hat der Physicus noch besonders anzugeben, ob in seinem Bezirke eine Apotheke vorhanden, ob dieselbe bequem, d. h. in der Mitte des Districts gelegen, ob sie zweckmäßig bestellt, und mit dem nothwendigen Arzeneidorrathe versehen sey. Ist noch keine solche eingerichtet, so hat der Physicus den Vorschlag zu machen, an welchen Ort des Bezirkes eine solche am zweckmäßigsten verlegt werden könne.

Jeder Physicus wird übrigens eingeladen  
seiner

## der Gesundheitspolizei.

seiner Topographie so viele (gehaltreiche) Bemerkungen im Betreff des Sanitätszustandes seines Bezirkes, als möglich beizufügen, und jeden Gegenstand, der in dieser Beziehung interessant seyn dürfte, zu berücksichtigen. Wo übrigens hiebei tabellarische Form anwendbar ist, ist diese zur leichtern Uebersicht jeder andern vorzuziehen. Ausser dieser allgemeinen Berichtserstattung, welche jedem Physicus jezt gleich bey dem Antritte seiner Stelle aufgetragen wird, hat derselbe auch

a) vierteljährig in einem eigens verfaßten Medicinalberichte die Landesdirection von allem dem in Kenntniß zu setzen, was sich während dem Verlaufe der drey Monate in Rücksicht der, das öffentliche Gesundheitswohl betreffenden Gegenstände ereignet hat; diesem Berichte hat er die Sterbe- und Geburts Tabellen seines Bezirkes, die Tabellen über die Kuhpockenimpfung beizulegen, dabey den Stand der medicinischen Aufklärung unter dem Volke anzugeben.

b) Ferner soll er bey jeder Gelegenheit, wo es nothwendig ist, ungefümt Anzeige und Bericht erstatten, z. B. beym Ausbrüche einer epidemischen Krankheit, bey Entdeckung einer Pflanzung, eines schädlichen

lichen Mißbrauches, bey dem Tode einer dem Physicus untergeordneten Medicinalperson.

Der Physicus hat den obersten Behörden auf deren Aufforderung ungesäumt sein Gutachten über aufgestellte Fragpunkte, und seine Verantwortung über Dinge, wegen deren er zur Rechenschaft gezogen wird, zu erstatten, und im nöthigen Falle auch persönlich vor denselben zu erscheinen.

II.

Dem Physicus wird die Aufsicht über das gesammte Medicinalpersonal in seinem Bezirke übertragen, welches ihm bis auf den Wundarzt der ersten Classe untergeordnet ist. Er soll die Wundärzte der zweyten Classe als seine Gehülffen gebrauchen, sich von ihnen über den Krankheitsverlauf solcher Kranken, welche er selbst nicht oft genug besuchen kann, Bericht erstatten lassen, sie belehren, mit seinem Rathe unterstützen, auch auf ihr Verfahren aufmerksam seyn, ob sie die Grenzen der ihnen zugestandenen Erlaubniß, Kranke zu behandeln, nicht überschreiten, ob sie mit den nöthigen Instrumenten versehen sind, und diese im guten Stande erhalten u. dergl. Eben so soll er die unterrichteten Hebammen in ihren Berrihtungen unterstützen, darauf wachen, daß

## der Gesundheitspolicey

daß sie nicht durch unzeitig forcirte Entbindungen das Leben der Kreißenden in Gefahr setzen, daß sie sich nicht mit der ärztlichen Behandlung der Krankheiten der Wöchnerinnen und Neugeborenen befassen.

Die Apotheke soll der Physicus, so oft er es notwendig findet, visitiren; bey der Untersuchung, welche das Medicinalcollegium durch einen abgeordneten Medicinalrath jährlich darin vornehmen lassen wird, zugegen seyn; über die Güte, Rectheit und Unverfälschtheit der Arzneymittel, die Vollständigkeit des erforderlichen Arzneyvorrathes, und Befolgung der Apothekertaxe wachen, und die Rechnungen der Apotheker, wenn es verlangt wird, durchsehen und berichtigen.

Der Physicus darf es nicht zugeben, daß sich in seinem Bezirke irgend Jemand mit der Ausübung der Heilkunde befasse, der nicht vom Staate dazu befugt, und als Medicinalperson anerkannt ist. Der Physicus hat jeden herumziehenden Operateur, Arcanenkrämer, der Policeybehörde anzuzeigen, als Fiscal gegen denselben aufzutreten, und nöthigen Falls auch darüber Bericht zu erstatten. Eben so soll der Physicus das Dispensiren der Apotheker aus der Hand ohne ärztliche Vorschrift, und den Privatverkauf von Arzneywaaren,

## XXXV. Zum Recht

welchen sich unbefugte Personen, z. B. Delträger, Ungarn, Königseer zc. erlauben möchten, verhindern.

### III.

Die erste und Hauptabsicht der Vertheilung der Physiker auf dem Lande ist die ärztliche Pflege und Versorgung der Kranken, besonders aus der niedern Volksclasse. Es ist das ehrenvolle Geschäft des Medicinalbeamten, der leidenden Menschheit thätige Hülfe zu leisten, und das gefährdete Gesundheits-Wohl der Staatsbürger zu sichern. Der Physicus soll daher nicht bloß Arme, sondern auch weniger bemittelte Kranke ganz unentgeltlich mit ärztlichem Rathe versorgen, sie im nöthigen Falle in ihren Wohnungen besuchen, und ihre Wiederherstellung sich pflichtmäßig angelegen seyn lassen. Von vermögenden Kranken wird er zwar ein Honorar annehmen, doch ohne übertriebene Forderungen zu machen. Er soll sich in Betreff desselben nach der noch zu regulirenden Medicinaltaxe richten.

Wenn das öffentliche Gesundheits-Wohl durch eine Epidemie gefährdet wird; so soll sich der Physicus alsbald an den Ort begeben, wo die Krankheit herrscht; er soll die Natur und Beschaffenheit, den Verlauf, die Ursachen und den Grad der Lethalität derselben genau

genau untersuchen, in kürzester Zeit hiervon Bericht erstatten, die Behandlung der Kranken übernehmen, den Ort, wo die Epidemie ausgebrochen ist, in kurzen Zwischenzeiten besuchen — wenn er wegen der Heftigkeit der Krankheit, oder in der großen Anzahl der Kranken weiteren ärztlichen Beystand bedarf, sein Besuch um denselben bald einschicken, mit dem hierauf abzuschickenden Medicinalrathe gemeinschaftlich die Krankheit nochmals untersuchen, und seinen Rath und Beystand benützen. Ueber den Verlauf der Epidemie hat derselbe ein sorgfältiges Diarium zu führen, und dasselbe mit den Sterbetabellen in 14tägigen Fristen einzuschicken.

Auch von Viehseuchen hat der Physicus gemeinschaftlich mit dem Wundarzte der ersten Classe Bericht zu erstatten, die Natur der Krankheit und den zweckmäßigen Vorbauungs- und Heilplan zu bestimmen, die Kutschmiede und andere Personen hierüber zu belehren, Zeichen-Deffnungen vornehmen zu lassen, und alles aufzubieten, um die Epizotie zu beschränken und zu heben.

#### IV.

Den Physikern wird von jetzt die Handhabung der gerichtlichen Arzneykunde nach ihrem ganzen Umfange übertragen. Der Physicus hat



hat daher alle Entfälle nach geschehener Aufforderung der gerichtlichen Behörde selbst zu untersuchen, mit den Wundärzten die Besichtigung und Untersuchung von Wunden und Verletzungen jeder Art vorzunehmen, die gerichtlichen Leichenöffnungen zweckmäßig nach den Regeln der Kunst zu veranstalten, Vergiftungen und Verfälschungen von Speisen, Getränken und Arzneimitteln mit Beziehung des in seinem Bezirke aufgestellten Apothekers zu untersuchen, sein Visum repertum und ärztliches Gutachten durch seine Unterschrift zu beglaubigen, und durch jene des Wundarztes der ersten Classe bestätigen zu lassen. Beide sind gemeinschaftlich für die Wahrheit der angegebenen tatsächlichen Befunde, und für die Richtigkeit der daraus hergeleiteten Folgerungen verantwortlich. Die Form, wie eine solche Untersuchung eingeleitet, und in dem Berichte von dem Physicus dargestellt werden soll, bleibt die bisherige, bis von dem Hofgerichte in einer eigenen Instruction die Leitungsbegriffe zur Regulirung des ärztlichen Verfahrens in Betreff der Gegenstände der gerichtlichen Arzneykunde aufgestellt und auseinander gesetzt seyn werden.

## V.

Der Physicus soll zu dem Gedeihen und Fortkommen der gesamten Medicinalanstalten



ten des Landes beitragen und in dieser Rücksicht, wenn zu seiner Zeit das Entbindungshaus, das Findlings- und Waiseninstitut, die Irrenanstalt organisiert und zweckmäßig bestellt seyn werden, dürftige Schwangere, besonders die außerehelichen, anweisen, sich in dem Entbindungshospitale der Hauptstadt aufnehmen zu lassen — er soll die Aufsicht über die Findlinge und Waisen, welche von dem Institute auf das Land gegeben werden, übernehmen, die Wahnsinnigen mit einem Zeugnisse und der Krankheitsgeschichte zur Verwahrung und Heilung in die Irrenanstalt schicken, pathologische Merkwürdigkeiten, die sich bey Sectionen finden, in das hiezu am allgemeinen Krankenhause der Hauptstadt errichtete Museum gegen Erstattung der Unkosten einsenden.

Ueber alles dieses, so wie in jeder Beziehung auf Gegenstände des öffentlichen Gesundheits-Wohls, soll sich der Physicus mit den übrigen Staatsbeamten, mit den Pfarrern und Volkslehrern, freundschaftlich benehmen, in Gemeinschaft mit ihnen an der medicinischen Aufklärung des Volkes, und an der Ausrottung schädlicher Vorurtheile arbeiten; wenn ihm aber von diesen Hindernisse in seinen hierauf abzweckenden Bemühungen gelegt werden,

so

so soll er deswegen hierüber gehörigen Bericht erstatten.

## VI.

Die heiligste und höchste Pflicht, welche jedem Arzte obliegt, ist jene gegen seine Kunst und Wissenschaft. Diese soll stets seine oberste Rücksicht bleiben, und mit ihr in gleichem Schritte voran zu schreiten, sein angelegentlichstes Geschäft ausmachen. Es ist dem Staate äußerst daran gelegen, daß seine Gesundheitsbeamten in der medicinischen Cultur vorwärts rücken, und den erniedrigenden Vorwurf der regressiven Tendenz von sich entfernen, der so manche Landärzte trifft, welche fern von der Cultur größerer Städte sich verliegen, und nach und nach in tiefste Ignoranz versinken. Bey Festsetzung der gewiß nicht unansehnlichen Besoldungen für die Medicinalpersonen wurde besondere Rücksicht auf das Bedürfniß derselben, sich Bücher und andere litterarische Hülfsmittel anzuschaffen, genommen, und man kann nun mit Recht fordern, daß die Physici zur Anschaffung von Büchern jährlich einigen Aufwand machen, und ihre Bibliotheken in gutem Stande erhalten; besonders in einem Zeitpunkte, der so reich an wichtigen Ideen, und fruchtbar an neuen Erfindungen ist, würde sich ein Arzt wenig

## Der Gesundheitspolicey.

wenig empfehlen, der sich auf einem gegebenen Standpuncte der Wissenschaft fixiren, und diese selbst über sich hinaus fortschreiten lassen wollte. Wer dieß thut, und wäre er auch im Besitze der befriedigendsten Kenntnisse, den kann man nicht mit vollem Vertrauen der Charlatanerie, dem Volksaberglauben, und den medicinischen Vorurtheilen entgegen stellen. Um ihren Fortgang in der Cultur des Zeitalters zu documentiren, sollen die Physici immer nach dem Verlaufe eines Jahres eine Abhandlung über einen Gegenstand aus dem Gebiete der Arzneykunde, eine pragmatisch bearbeitete Krankengeschichte, oder eine Erörterung eines medicinisch-policeylichen Gegenstandes an das Medicinal-Collegium einschießen. Arbeiten dieser Art, welche der Publicität würdig sind, werden in den Annalen der fränkischen Arzneykunde aufgenommen, die übrigen aber in ein Verzeichniß eingetragen, und bey den Acten des Sanitätsrathes aufbewahrt werden. In dem ersten Jahre soll jeder Physicus zu dem Gegenstande seiner Abhandlung eine Aufgabe aus der gerichtlichen Arzneykunde wählen.

### VIL

Der Wohnort des Physicus ist in seinem Anstellungsdecrete bestimmt. Er muß sich an  
dem

demselben häußlich niederlassen; darf sich nicht länger als drey Tage von demselben entfernen, ohne dieß den Aemtern seines Bezirkes anzuzeigen, und einen benachbarten Physicus sich zu substituiren. Zu einer Entfernung von mehr als acht Tagen bedarf es der vorläufigen Anzeige und Erlaubniß der fürstlichen Landesdirection.

### VIII.

Jeder Physicus erhält, so wie andere Staatsdiener, zu seiner Unterscheidung und Auszeichnung, und zur Ersparung eines unnöthigen Kleideraufwandes, eine ihm noch anzuzeigende Amtsstracht, in welcher er, besonders bey feyerlichen Gelegenheiten, in Mundverrichtungen und vor seinen Obern zu erscheinen hat.

### 3.

Ueber die Begräbnisse in bewohnten Dörtern und Kirchen.

Man hat neuerlich den Streit über die Schädlichkeit der Begräbnisse in bewohnten Dörtern und Kirchen wieder erneuert. Die Regierungen müssen sich hierbey lediglich auf das Urtheil der Kunstverständigen verlassen, und so lang nicht die Unschädlichkeit unwidersprechlich dargethan ist, wird für sie immer

## der Gesundheitspolicey.

mer der sicherste Weg der beste seyn. Wenn es freylich darauf ankäme, in einem bestimmten Falle eine Klage auf Entfernung der Begräbniſſe aus bewohnten Dörfern und Rriehen zu begründen; so würde allerdings sehr viel von der subjectiven Ueberszeugung der Kunstverständigen abhängen, welche man dabey zu Rathe ziehen würde. Indessen dürfte es in einem solchen Falle schwerlich an widersprechenden Gutachten fehlen, wo man es dann auch dem Richter nicht übel deuten könnte, wenn er sich bewogen fände, den sichersten Weg zu wählen und dem Antrage des Klägers gemäß zu erkennen. Ob überhaupt eine solche Klage (eine wahre *actio popularis*) stattfinden könne? ist zwar im Policeyrechte nicht zu entscheiden, da in Rücksicht auf Policey die Obrigkeit ohne Anrufen, auf alle Fälle aber ohne Proceß ihr Amt thun muß. Der Verf. hält jedoch auch eine solche Klage für statthaft, obgleich, wenn die Policey ihre Schuldigkeit thut, nicht für nothwendig. Ein merkwürdiges, hieher gehöriges Beispiel liefern die Annalen des Kaiserlichen Reichs-Cammergerichts, welches dem Stadtmagistrat zu Weßlar auf erhobene Klage des Fiscals die Verlegung der Begräbniſſe aus der Stadt befahl. Das cammergerichtliche

Urtheil vom 23. Dec. 1754, lautet also: „In  
 „Sachen Kaiserlichen Fiscalis generalis wider  
 „Bürgermeister und Rath der Stadt Weßlar,  
 „citationis ad videndum se condemnari ac te-  
 „neri ad translationem coemeteriorum! Ist al-  
 „lem An- und Vorbringen nach zu Recht er-  
 „kannt, daß besagter Magistrat bey offen-  
 „kundiger sehr schlechten Beschaffenheit des  
 „Kirchhofs an der hiesigen Stifts-Kirche und  
 „daher zu besorgenden ansteckenden Krankhei-  
 „ten innerhalb 4 Monath einen völlig räum-  
 „lichen und schicklichen Platz ausser der Stadt  
 „zu den Leichenbegängnissen aptiren zu lassen  
 „dergestalt, daß von solcher Zeit an die Be-  
 „gräbnisse auf oberwähntem Kirchhof gänzlich  
 „cessiren, schuldig zu erkennen und dazu zu  
 „verdammn sene; als wir hiemit schuldiger-  
 „kennen und verdammn, die bey diesem Kai-  
 „serlichen Cammergerichte, derentwegen auf-  
 „gelaufene Unkosten aus bewegenden Ursachen  
 „compensirend und vergleichend.“

## 4.

## A m m e n a n s t a l t e n.

Man hat in dem Rechte der Gesundheits-  
 policen zwar der dieser obliegenden Pflicht,  
 für gesunde und taugliche A m m e n zu sorgen,  
 gedacht, aber Beyspiele von dahin abzwecken-  
 der



## der Gesundheitspolicey.

der Einrichtungen nicht anführen können. Gewöhnlich bleibt die Anwendung der bey der Annahme einer Amme nothwendig zu beobachtenden Vorsicht dem Hausarzte überlassen. Das Auffuchen gesunder Ammen und die der Sache nach noch immer übrig bleibende Ungewißheit ist indessen für sorgsame Eltern allezeit ein beruhigender Umstand, welcher, besonders in großen Städten, nur durch zweckmäßige Policeyanstalten, wenn nicht gänzlich gehoben, doch sehr erleichtert werden kann.

In dieser Hinsicht verdient die in Wien von der niederösterreichischen Regierung errichtete Ammenanstalt bemerkt zu werden, deren Einrichtung in der Justiz- und Polizey-Sama \*) ausführlich beschrieben ist.

### 5.

## Ruhpocken - Impfung.

Die wohlthätige Entdeckung der schützenden Kraft der Ruhpocken gegen die Kinderblattern mußte in gedoppelter Hinsicht die Aufmerksamkeit der Gesundheitspolicey erregen — theils ob ihre Wirkungen in der That von der Art seyen, um die Ruhpocken-Impfung, welche

E c c 2

übers

\*) Januar 1802. G. 33 f.



überhaupt schon wegen der nicht zu besorgenden Ansteckung weit weniger nach gegen sich hatte, als die Einimpfung der Kinderblattern f), erlauben, vielleicht befördern, oder wohl gar gebieten zu können, theils um die Zuverlässigkeit der Impfung möglichst zu sichern. Die von vielen Regierungen in der ersten Absicht angeordneten Versuche haben ein solches Resultat gegeben, daß kein Bedenken eintreten konnte, die Kuhpocken-Impfung von Staatspolicey wegen zu befördern g); ja! daß es vielleicht auch bald zur allgemeinen Abhaltung der Blatternkrankheit für nöthig erachtet werden wird, sie zu gebieten, wogegen wohl auch keine rechtliche Gründe bey der offenbaren Gefahrlosigkeit jener Operation würden stattfinden können. Wenigstens hat eine Regierung (die pfälzbairische zu Ulm) bereits die Einimpfung der Kinderblattern untersagt, da die Kuhpocken dieselbe Sicherheit, bey weniger Gefahr für Einzelne und für

f) Th. 2. S. 179 f.

g) S. z. E. von dem Institut zur Impfung der Schußblattern in Berlin Blätter für Policen und Cultur 1802. St. XII. 1141. Alle Obrigkeiten sind in den preussischen Staaten aufgefordert zur Verbreitung der Kuhpocken-Impfung nach Kräften beizutragen.

## der Gesundheitspolicey.

für das Publicum, gewähren. In der andern Absicht ist nicht sowohl wegen der äußerst leichten Operation selbst, als vielmehr um der Aechtheit der eingepfosten Pocken und des Erfolgs gewiß zu seyn, in den Policeyverordnungen vorgeschrieben, daß sich mit diesen Impfungen bloß Kunstverständige abgeben sollen h).

---

## XXXVI.

### Zur häuslichen Policey.

---

Die Policey nimmt die Kinder gegen Mißbrauch der elterlichen Gewalt in Schutz a). Es ist Pflicht, daß sie gleichen Schutz auch den Eltern gegen die Undankbarkeit, den Ungehorsam und die Rohheit ihrer Kinder verleihe b). Die hurbraunschweigische Gesetzgebung sucht denselben hauptsächlich in einer strengen Bestrafung der Beleidigungen, welche  
§ c c 3

h) Justiz- und Policey-Samml. 1802. Febr. S. 150.  
April S. 354. May S. 506. Sept. 304.

a) Eb. 2. S. 216 f.

b) Das. S. 217.

welche sich Kinder gegen ihre Eltern erlauben c), und nur zu oft finden die Gerichtshöfe Veranlassung zur Anwendung dieser strengen Strafgesetze. Sehr oft müssen sie aber auch bemerken, daß das Betragen der Eltern selbst zur Verminderung der kindlichen Ehrerbietung und Liebe das meiste beiträgt und nicht selten sogar zur Verlegung derselben reißet.

Sehr zweckmäßig nimmt eine neuere hessencasselsche Verordnung d) auf diesen Umstand Rücksicht, und verbindet zugleich mit den Strafbedrohungen eigentliche Polizeymaßregeln, wegen welcher insonderheit sie hier vollständig anzuführen ist.

Es sey, heißt es in derselben, unter den mannichfaltigen übeln Folgen des leider! so sehr zunehmenden Sittenverderbnisses auch diese wahrgenommen worden, daß die Kinder den schuldigen Gehorsam und die Ehrerbietung gegen ihre Eltern häufig hintansetzen, und sich nicht selten mit Worten oder gar mit That

c) M. jurist. Beobachtungen u. Rechtsfälle I. 228 f. II. 55 f.

d) Verordnung wider pflichtwidriges Betragen der Kinder gegen ihre Eltern. Wilhelmshöhe den 14. Aug. 1799. Blätter für Policey und Cultur, Suppl. 4. zu 1801. S. 104 f.

Thaten gegen dieselben vergehen, und dieses pflege am meisten in dem Falle zu geschehen, wenn Kinder, welchen von ihren Eltern die Güter mit dem Vorbehalte eines gewissen Auszugs übergeben werden, und mit solchen zusammen in einem Hause wohnen, denenselben auf die unverantwortlichste Weise begegnen, und nicht nur alle schuldige Achtung und Dankbarkeit aus den Augen setzen, sondern auch ihnen die noch übrige Lebenszeit auf alle Art zu verbittern suchen. Dieses unnatürliche Betragen der natürlichen und Schwiegerkinder gegen ihre Eltern und Schwiegereltern müsse nothwendig den Hausfrieden und alles innere Glück der Familien unwiederbringlich zerstören. . . Selbst der Staat könne sich keine ruhige und glückliche Einwohner von Kindern für die Zukunft versprechen, welche schon von früher Jugend an sich gewöhnen, die schuldige Achtung und den Gehorsam gegen ihre nächsten und natürlichen Vorgesetzten, ihre Eltern, denen sie leben und alles zu verdanken haben, zu vergessen. Gleichwie man sich nun auf der einen Seite zu allen Eltern und Schwiegereltern verhalte, daß sie es an einem liebevollen Benehmen gegen ihre Kinder und Schwiegerkinder nicht werden fehlen lassen; so erwarte man dagegen auf der andern Seite von den

## **XXVI. Zur häuslichen Policen.**

**Kindern und Schwiegerkindern, daß sie ihrer Pflichten gegen jene stets eingedenk seyn, und alles das unterlassen werden, was diesen von der Natur und Religion gebotenen Pflichten zuwider ist. Allen Predigern wird daher befohlen, nicht nur in ihren Kanzelvorträgen, sondern auch vorzüglich bei den Vorbereitungen der Kinder zu der Confirmation solchen diese Pflichten gehörig bekannt zu machen, und ihnen deren Beobachtung nachdrücklich an das Herz zu legen, vor allen Dingen aber auch dahin zu sehen, daß die Kinder schon in den Schulen über ihre Pflichten gegen die Eltern zweckmäßig von den Schullehrern unterrichtet, und zu deren Erfüllung fleißig ermahnt werden. Sollten aber dem ungeachtet Kinder oder Schwiegerkinder so unnatürlich und pflichtvergessen handeln, daß sie ihren Eltern und Schwiegereltern ungebührlich begegnen, und sich mit ungeziemenden Worten gegen dieselben vergehen, oder wohl gar thätlich an ihnen vergreifen: so sollen dergleichen Verbrechen auf geschehens Anzeige, welche insbesondere auch den Predigern und Kirchenältesten, nach fruchtlos geschehenen gütlichen Abmahnungen, zur Pflicht gemacht wird, mit aller Strenge und nach Befinden mit körperlicher Züchtigung, Anstellung an den Strafs**  
**pfaß,**

pfahl, nebst einem angehängten Schilde mit einer zweckmäßigen Aufschrift, oder wenn gar Thätlichkeiten vorgefallen wären, nach den Umständen mit dem Zuchthause oder den Eifen bestrafet werden. Hiernach soll sich jedermann, welchen es angehet, schuldigst achten; die Kinder aber, welche von ihren Eltern oder Schwiegereltern über die Gebühr beleidigt zu seyn glauben, sollen sich in einem solchen Falle nie selbst Recht nehmen, sondern die Entscheidung der Obrigkeit allein überlassen."

---

---

## XXXVII.

### Zur Vormundschafts-Policey.

---

**B**ey der Vormundschafts-Policey (a) ist eins der wichtigsten und heilsamsten Geschäfte die zweckmäßige Führung der obervormundschaftlichen Aufsicht. In mehreren teutschen Ländern ist dieselbe keinesweges gehörig organisiert, und daher kommt es, daß man selbst in sonst wohl regierten Staaten hin und wieder die größten Vernachlässigungen in Ansehung der Vormundschaftsbestellung, der Sicherheitsleistungen, der Veräußerungen von Pupillen-Gütern, und der Rechnungsablage oft nach Jahren erst entdeckt.

Wo es an einer gehörigen Obergaufsicht fehlt, da wäre es vielleicht besser, wenn das ganze Vormundschaftswesen der Familie der Unmündigen und Minderjährigen überlassen würde. In diesem Falle würden die nächsten Verwandten es für ihre Pflicht halten, für dieselben zu rechter  
Zeit

a) Th. 2. S. 220.



Zeit Sorge zu tragen, und von deren Redlichkeit hinge alsdann freilich das Schicksal ihrer Pfleglinge ab. Jetzt aber verläßt man sich gewöhnlich auf die Amispflicht der Obrigkeiten, und wenn diese nicht erfüllt wird, so bleiben die Verlassenen unberathen und unvertheidigt. Ihr Vermögen ist gleichsam der Discretion jedes Fremdlings, jedes Schuldners, Pächters &c. preisgegeben, und; wenn sie die Volljährigkeit erlangen, wissen sie nicht, an wen sie sich halten sollen. Die Gesetze weisen sie freilich an die nachlässige Obrigkeit. Wie aber, wenn diese insolvent ist?

In den teutschen Ländern richtet sich die unmittelbare Ausübung der Vormundschafspolicey nach dem Gerichtsstande derer, welche Vormünder bedürfen, und ist also theils den Untergerichten, theils den Obergerichten, oder auch besonders dazu angeordneten Behörden übertragen. Ob nun beide ihre Pflicht mit der schuldigen Sorgfalt und Genauigkeit thun — darauf muß die höhere obervormundschaftliche Aufsicht ihre Aufmerksamkeit richten.

Ueber die Verwaltung der Vormundschafspolicey der Untergerichte ist, nach der verschiedenen Verfassung der teutschen Territorien, die Aufsicht bald den Regierungen, bald den Obergerichten, bald eigenen Collegien übertragen. b) Aber auch diese müssen wieder, besonders in so fern ihnen die unmittelbare Wahrnehmung des

ober

obervormundschaftlichen Amtes obliegt, einer höhern Controlle unterworfen seyn.

Die Oberaufsicht über das Vormundschaftswesen kann aber nie genau und gründlich geführt werden, wenn nicht die zu derselben verpflichteten Behörden durch regelmäßige jährliche oder halbjährliche Vormundschaftsberichte mit ordentlich abgefaßten Tabellen c) dazu in den Stand gesetzt werden. Außerdem müssen in außerordentlichen, wichtigen Fällen an die höhern Behörden Berichte erstattet und deren Verfügungen eingeholt werden.

Muster

- c) Dergleichen Tabellen sind in verschiedenen Ländern vorgeschrieben. Sie müssen enthalten: die Angabe des Erblassers mit Bemerkung des Todestags, des Pupillen, seines Alters und seiner Religion, wie auch seines Aufenthalts: Ortschaft mit Bemerkung, wie für seine Erziehung gesorgt ist, der Art und Zeit der Vormundschafts-Bestellung, der Errichtung des Inventaril und des Vermögens: Bestandes, dessen Verwaltungsart nach Verschiedenheit der Gegenstände, der ständigen Ausgaben, der Rechnungsablage, deren Prüfung und Erledigung, deren Hauptinhalt in Einnahme und Ausgabe, endlich des jedesmahligen Vermögenszustandes mit Bemerkung der Ursachen der Ab- oder Zunahme desselben. — Dieß sind die Gegenstände der ausführlichsten und vollständigsten Formulare. Einige sind nur beym Anfange einer Vormundschaft nöthig, bleiben aber gewöhnlich stehende Artikel. Am Ende einer Vormundschaft kommen noch die ihre ordnungsmäßige Erledigung betreffenden Puncte hinzu.

Musterhaft sind die Vorschriften, welche die badische Hofraths-Instruction in Ansehung der obervormundschaftlichen Pflichten enthält. Nach derselben sind der Fürsorge der Regierung diejenigen Personen vorzüglich empfohlen, welche wegen Jugend, Schwachheit, Abwesenheit oder Mangels physischer Persönlichkeit sich selbst nicht vorsetzen können, nemlich Waisen, Sinnslose, Abwesende, sodann milde Stiftungen, Gemeinden u. s. w. Wir beschränken uns hier auf die Vorschriften, welche die Vormundschaftspolicey im engeren Sinne betreffen.

Bey den mittelbaren Waisen, zu welchen in gegenwärtiger Hinsicht auch die *ex generali commissione* den Aemtern untergebenen Waisen der Förster und Schulmeister gehören, liegt die nähere Obsorge auf den untern Stellen, welche in den dazu geeigneten Fällen die Ob-  
signation, Pflegerbestellung, Inventur, jährliche Abhör der Pflegerechnungen, auch Instruirung und Bescheidung der Vormünder in minder wichtigen Vorfällen, nach Maaß der Landesgesetze und ihrer Instructionen, zu besorgen haben; jedoch müssen die wichtigern Contracte derselben durch Consens der Regierung laufen: so wie hingegen bey den unmittelbaren Waisen aller weltlichen Diener, ingleichen der reformirten Pfarre- und Schuldienere, auch jene dort den Aemtern überlassene *actas* von dem Reichshofraths-Collegio zu besorgen sind, dem daher von den auswärts sich begebenden Todesfällen jedesmal die unverweilte Anzeige gemacht werden muß.

Unter

Unter jene wichtigere Contracte gehören alle Liegenschaftsveräußerungen, welche jedoch keine Nothwendigkeitsursache nach der Landesverfassung fordern, sondern wegen jeder merklichen Beförderung des Nutzens des Pfleglings zulässig sind. Letztere ist jedoch in dem bloßen höhern Ertrag der Capitalzinsen zu suchen, wenn nicht noch andere Gründe hinzu kommen, als z. B. großer Aufwand, der in die Unterhaltung oder Reparation verwendet werden müßte, oder wenn man voraussetzt, daß der Waise nach seinem Stande und Lebensplane von dem Naturalbesitze dieser Güter keinen Gebrauch machen könne —, vorhandene Gelegenheit, ein anderes ihm vortheilhafteres Gut dagegen zu acquiriren —, Unmöglichkeit, ohne jenen höhern Ertrag des Zinses, oder gar ohne die wirkliche, auch durch Geldaufnahme nicht zu umgehende Consumption des Werths des Guts, auf seine nothwendige Erziehung den erforderlichen Aufwand zu machen, u. dergl. Ihre Bewilligung setzt Vernehmung, nicht bloß der Pfleger, sondern auch jener Pfleglinge, welche das 18te Jahr erreicht haben, und dann der bestehenden Waisengerichte, und eine Taxation des rechten billigen Werths durch die Orts-Gerichte, unter welchem Anschlag nachmals die Güter nicht losgeschlagen dürfen, voraus; sie fordert die Losschlagung in öffentlicher Steigerung in allen Fällen, wo nicht wegen Individual-Umständen ein Handverkauf so vortheilhaft erscheinet, daß das gleiche, oder ein mehreres in Steigerung nicht erlöst werden könnte,

### XXXVII. Zur Vormundschaftpolicey.

te, und deßhalb ein Antrag zur Dispensation an den Landesherrn gemacht werden könnte.

Die Beobachtung dieser 5  
weit sie nicht bey der berüchtlich  
Sache schon geschehen ist, in  
concession erinnerungsweise 1  
werden. Ein Vorbehalt d.  
Steigerung aber ist da, wo ein Taxatum festge-  
setzt, und durch das Gebot erreicht wird, nicht  
anzufügen, wenn nicht besondere Individual-  
Verhältnisse solche dennoch erfordern, indem  
diese Bedingung meistens die Concurrenz der Stei-  
gerer, welche den Aufenthalt und die Machina-  
tionen mit Nachgeboten scheuen, mindert, und  
bey beträchtlichen Nachgeboten, wobey der Bie-  
tende rechtmäßige Hinderungsurfachen hatte,  
nicht im Steigerungstermin solche vorbringen zu  
können, als in einem weit seltenern Fall, dem  
Minderjährigen durch die Wiederherstellung in  
den vorigen Stand eben so wohl, und ohne  
jene nachtheilige Consequenzen, geholfen werden  
kann.

Es gehören ferner unter jene wichtige Con-  
tracte beträchtliche Geldaufnahmen — wofür  
nemlich entweder Liegenschaften verpfändet wer-  
den sollen, oder deren Heimzahlung doch nicht  
anders als durch den Verkauf solcher Güter,  
oder durch Einziehung anderer auf Liegenschaften  
versicherter Capitalien geschehen könnte — und  
soll alsdann, wiefern die Aufnahme für den  
Pflegling das Mindernachtheilige sey, erwogen,  
der Consens nur auf eine bestimmte Anzahl Jahre  
gegeben, vor deren Verfluß, wenn das Anlehn  
nicht

nicht inzwischen aus Rentenüberschuß oder eingegangenen Capitalgeldern hätte bezahlt werden können, wiederum Prolongation gesucht, und alsdann, wenn gleiche Umstände die Fortdauer rathlicher machen, als die Erwählung eines Heimzahlungsweges, auch ertheilt werden.

Nicht weniger gehören hieher die Verpachtungen nicht ganz unbeträchtlicher liegender Güter in dem Fall, wenn sie wegen concurrirender Particularumstände nicht in Steigerung geschehen, oder wenn nicht vermieden werden könnte, sie auf einen über die Majorennitätszeit hinaus gehenden Zeitraum abzuschließen, ingleichen, wenn der Pfleger und ein die größere Mündigkeit erreicht habender Pflegling über die vorzunehmende Verpachtung verschiedener Meinung wären, mithin eine Dispensation von der Ordnung, oder eine nähere Einsicht über das Ermessen des Pflegers dabey nothwendig würde.

Auch Hauptbaureisen, d. i. solche neue Gebäude, die der Pfleger nicht angetreten hat, und zu einem Vortheil für den Pflegbefohlenen etwa aufzuführen gut fände, ingleichen solche Hauptreparationen vorhandener Gebäude, welche zu ihrer guten Hersteßung nicht bloß gemeine Baukenntnisse, sondern gewisse Kunstkenntnisse, als z. E. Mühlen, Fabriken, Gebäude, Deiche u. dergl. oder die wegen ihrer Größe und Einrichtung vorausgehende Risse und Ueberschläge fordern, sollen billig nicht ohne von der landesherrlichen Regierung erwürkte, von dieser nur nach Vernehmung der geordneten Kunstverständigen, Erwägung der Zahlungsmittel, dann



des Nutzens von der Vornahme in Vergleichung mit dem Nachtheil von der Unterlassung, zu ertheilende Erlaubniß vorgehen, und die Anordnung einer hinlänglichen Aufsicht auf Güte der Ausführung und Vermeidung unnöthiger Kosten durch Pfleger und Waisenrichter zur Folge haben. Die allgemeine Aufsicht, wie allem diesem nachgelebet werde, wird mittelst der Durchgehung der von den Aemtern jährlich einzusendenden, doppelten Pflegschafstabellen geführt, deren eine über die mittelbare, die andere über die unmittelbare oder ganzleypfähige Waisen jedes Oberamtsbezirks gefertigt seyn muß, und aus welchen durch deren Ausfüllung nach den bestimmten Rubriken sich sowohl das Ganze der Vermögensadministration in Zu- oder Abnahme des Vermögens, das unter wirklicher Verwaltung steht, oder doch die allgemeine Conservation dessen, das einer gesetzlichen Nutznießung anderer Personen unterliegt, so wie der ordnungsmäßige Gang der Erziehung der Pfleglinge erssehen lasse.

Besonders ist noch der Endigung solcher Pflegschaffen überhaupt darauf zu machen, daß der Erbe oder Eigenthümer längstens in Jahr und Tag dem Pfleger ein unbedingtes Absolutorium gebe, oder seine etwaige Anstände zur gütlichen oder rechtlichen Erledigung vortrage, da aus einem langen Hinhängen Prozesse entstehen, welche schwer hinlänglich aufzuklären sind, und deswegen in verderbliche Weiterungen führen d).

d) Badische Hofraths-Instruction S. 174 f.



## XXXVIII.

### Zur Gesindepolicy.

Welch' ein großer Theil der häuslichen Ruhe und Zufriedenheit von dem Gesinde abhängt, wissen Hausväter und Hausmütter aus täglicher Erfahrung nur zu gut. Wie viel sie selbst dazu beitragen können, vielen mit der Nothwendigkeit, Dienstboten zu halten, verbundenen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, bedenken die wenigsten. Von der Gesindepolicy wird alles gefordert. Mehr, als gewöhnlich geschieht, könnte sie zwar thun; aber müßte sie es dann nicht auch mit manchen Herrschaften ernstlicher nehmen, als ihnen lieb wäre? Gesindeordnungen, die, leider! nicht von selbst gehen, reichen allerdings nicht hin \*); aber zur Handhabung der Ordnung im Gesindewesen müssen die Herrschaften auch die Policy nachdrücklich unterstützen.

Um

\*) „Gesindeordnungen, sagt Hartleben in der Justiz- und Policy-Kama, können auch nach unserm

Um nur, aus Veranlassung einiger neuern  
Policeyverfügungen, eines sehr groben Miß-  
brauchs zu gedenken — wie häufig geschieht es  
Dass 2 nicht,

ferm Erinnern die gegenwärtige Generation der  
Dienstbothen nicht bessern, sondern nur durch  
Zwang von ihren andern Fortschritten im Luxus,  
in der Faulheit, Untreue u. s. w. abhalten. Das  
Meiste muß aber hiebey die Localpolicey durch  
ihre Thätigkeit, Einsicht, Ernst und Unparteyi-  
chkeit bewirken. Verblindert sie selbst, daß kein  
Dienstbothe müßig hin sitzen, und sich vom Bettel  
oder lafterhaften Gewerben nähren darf, beob-  
achtet sie jene Müßig- und Verdiente, welche sich  
durch Luxus auszeichnen, sucht sie den Quellen,  
woher er unterhalten wird, auf die Spur zu  
kommen und solche zu verstopfen; unterstützt sie  
die Herrschaften derselben gehobelt, ohne aber ge-  
gen die Diener ungerecht zu seyn, duldet sie selbst  
nicht, daß unter ihren eigenen Augen, sogar auf  
öffentlichen Plätzen des Vergnügens, die Dienst-  
bothen mit einem Aufwande erscheinen, der oft  
jenen ihrer Herrschaften übertrifft; so wird die  
neue Gefindeordnung aus wenigen Punkten be-  
stehen dürfen, und das Gefinde zuverlässig wo-  
nicht gebessert, doch wenigstens minder schädlich  
gemacht werden. Handelt aber die Localpolicey  
nicht so, oder versteht sie nicht so zu handeln,  
so bleibt die weitläufigste und theuerste Gefinde-  
ordnung eine Null. Wir haben dann ein Gesetz  
mehr, und der schlechten Diener keinen weniger.  
— Die Radikalkur des Gefindes kann übrigens  
nur durch zweckmäßige öffentliche Anstalten von  
der Unterweisung, und Erziehungspolicey zu Stande  
gebracht werden! aber öffentliche Anstalten kosten  
Geld; papierne Gefindeordnungen nur die Druck-  
gebühren? — leider ja!

nicht, daß durch unvollständige, schwankende, unzuverlässige, wohl gar falsche Zeugnisse ein Mitbürger, ein Nachbar den andern mit schlechtem Gesinde betrügt? Die Nothwendigkeit zuverlässiger Diensthoten-Zeugnisse kann auf keine Weise bezweifelt werden; aber Bequemlichkeit, Weichlichkeit, unzeitiges Mitleiden vereiteln größtentheils die dahin abzielenden Verordnungen. Es ist daher sehr zweckmäßig, wenn Anstalten errichtet werden, welche die Beobachtung solcher Verordnungen möglichst zu sichern, und die aus der Nichtbeobachtung derselben zu besorgenden nachtheiligen Folgen abzuwenden geeignet sind.

Von dieser Art ist die 1802 in Stuttgart errichtete Gesindeinspection, und die im Jahre 1803 zu Leipzig angeordnete Gesindeexpedition.

Bey der Gesinde-Inspection zu Stuttgart ist der dreyfache Zweck, theils bey derselben die Bedingungen des gemeiniglich nur mündlich verabredeten Miethecontracts auf eine legale Weise einzeichnen zu lassen, theils Herrschaften, welche eines Diensthoten bedürfen, die Gelegenheit zu verschaffen, bey einer öffentlich angeordneten Stelle über das bisherige Verhalten, die Fähigkeiten und Zeugnisse mehrerer Subjecte bestimmte Nachricht einzuziehen, theils endlich vacanten Domestiken, denen es um Unterbringung in einen anständigen Dienst zu thun ist, eine Behörde anzuweisen, bey welcher sie sich nach ihren Fähigkeiten und Zeugnissen bekannt machen und legitimiren können. Der Gesinde-  
Ins

### XXXVIII. - Zur Gefindepolicey.

Inspection ist ein eigenes Local eingeräumt, wo wöchentlich zweymahl zu bestimmten Zeiten die dahin gehörigen Geschäfte vorgenommen werden. Die Gebühren sind äusserst mäßig. Alle Herrschaften sind ausdrücklich gewarnt, ihrem abgehenden Gefinde keine Zeugnisse zu ertheilen, welche nicht mit der Wahrheit übereinstimmen. Das vacirende Gefinde muß sich ohne Zeitverlust bey der Gefinde-Inspection einschreiben lassen, und solche, die es versäumen, setzen sich dem Argwohn aus, daß sie der genauern Kenntniß ihres Betragens auszuweichen Ursache haben. Auch weiblichen Domestiken muß ein schriftlicher Abschied ertheilt werden.

Der Gefinde-Inspector ist dem Polizeycomité untergeordnet. Er muß sowohl über die Dienstcontracte, die bey ihm angemeldet werden, als auch über die Personen der Dienstboten genaue Protocolle halten. Er ist angewiesen, sich von den Dienstboten ihre Laufscheine und schriftlichen Zeugnisse vorlegen zu lassen, ihre Namen, Alter, Fähigkeiten und bisherigen Dienstorte pünktlich einzutragen, hierbey auf die Zeitlücken, worin die Dienstboten ausser Dienst waren, Rücksicht zu nehmen, und alle dergleichen Umstände so genau zu bemerken, daß er zu jeder Zeit darüber Nachricht und mündlich, oder auf Verlangen schriftliche Extracte und Atteste abgeben könne. Schriftliche Contracte oder Zeugnisse der Dienstboten, die ihm zur Verwahrung zugestellt werden, muß er in guter Ordnung bey seiner Registratur behalten, indem er dafür, wenn sie wieder zurückgefordert werden, verant-

wortlich ist. Erfährt er von einem oder dem andern Diensthoten auf glaubhafte Weise, daß er sich auf irgend eine Art schlecht betragen habe; so muß er von einem solchen Bergehen jedesmahl in dem Diensthoten-Cataster die nöthige Bemerkung machen, eben dieses aber auch in dem Falle beobachten, wenn ein Diensthote darthun kann, daß er ohne sein Verschulden aus dem Dienste geschickt worden, und verlangt, daß dieses aufgezeichnet werde. Bey entstehenden Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaften und Diensthoten giebt der Inspector bloß Zeugnisse aus dem Protocoll, ohne jedoch in die Streitpunkte sich selbst einzulassen, ist aber schuldig, die Diensthoten bey jeder Gelegenheit an die genaue Erfüllung ihrer Pflichten zu erinnern.

In Leipzig scheint bey der Anordnung der Gesinde-Expedition die Hauptabsicht auf eine zuverlässige Legitimation der Diensthoten, und eine genaue Aufsicht bey dem Gesindewechsel gerichtet zu seyn.

Jeder Diensthote, der von einem fremden Orte nach Leipzig ziehen will, muß ein Attestat über seine Aufführung von seiner Gerichtsobrigkeit mitbringen, solches dem neuen Dienstherrn einhändigen, und dieser es bey der Gesinde-Expedition einreichen, welche es, so lange der Diensthote in Leipzig dient, bey sich behält, und dagegen einen Erlaubnißschein erteilt, wie denn, ehe und bevor der Diensthote mit diesem Erlaubnißscheine am äußersten Thore sich legitimirt, dessen Effecten nicht in die Stadt gelassen werden sollen. Ein fremder Diensthote, der sich ein-

einschleicht und ohne Erlaubnißschein in Dienst tritt, wird mit achtägiger Gefängnißstrafe be-  
legt und aus der Stadt gebracht, die Herrschaft  
aber, welche einen solchen annimmt, um 10 Thlr.  
gestraft. Auch Eingeborne, welche sich zum er-  
sten Male vermietzen, müssen bey der Gefinde-  
expedition einen Erlaubnißschein lösen, ohne den  
keine Herrschaft sie annehmen darf.

Jede Herrschaft muß dem abgehenden Dienst-  
boten ein Attestat ausstellen, und solches nach  
der Wahrheit, ob sie mit demselben völlig zufrie-  
den gewesen oder nicht, einrichten. Dieses At-  
testat soll der Dienstbote bey der Gefinde-Expedi-  
tion einreichen, welche ihm auf dessen Vorzi-  
gung einen Erlaubnißschein zur Antretung des  
neuen Dienstes erteilt. Dienstherrschaften,  
die des Schreibens nicht hinlänglich erfahren sind,  
müssen ein mündliches Zeugniß bey der Gefinde-  
Expedition ablegen. Gefinde, welches sich falsche  
Attestate machen läßt, wird nachdrücklich be-  
straft.

Keiner darf einen Dienstboten annehmen,  
welcher nicht von seiner vorigen Herrschaft ein  
schriftliches Attestat, oder ein von der Gefinde-  
Expedition erteiltes Zeugniß, über die mündlich  
gegebene Auskunft, ingleichen einen von der  
Gefinde-Expedition ausgestellten Erlaubnißschein  
beym Anzuge aufzuweisen hat. Beides, sowohl  
das Attestat, als den Erlaubnißschein, behält  
die Dienstherrschaft so lange, bis das Gefinde  
wieder abzieht, bey sich.

Eine jede Dienstherrschaft muß die aus ih-  
rem Dienste tretende Person bey der Gefinde-



Expedition mit bestimmter Angabe: ob dieselbe sich weiter und wohin vermiethe, oder aufliege, oder sich aus der Stadt begeben; ingleichen, wenn sie den Diensthoten vor Ende der Dienstzeit entläßt, die Ursachen, warum solches geschehe, wie auch, ob sie demselben Kostgeld gebe oder geben müsse, anzeigen.

Jedes Gefinde, welches dienstlos wird, ist verbunden, sich sofort nach dem Abzuge bey der Gefinde-Expedition zu melden, das von seiner Dienstherrschaft ausgestellte Attestat einzureichen und, wohin es sich nunmehr zu wenden, oder was es vorzunehmen gedenke, der Wahrheit gemäß anzuzeigen.

Niemand darf übrigens dienstloses Gefinde ohne einen von der Gefinde-Expedition ausgestellten Erlaubnißschein aufnehmen und beherbergen.



## XXXIX.

## Zur Religionspolicey.

## §. I.

Die neueste Veränderungen in der Regierung vieler Reichsgebiete haben unter andern Verfügungen der neuen Landesherren auch wichtige und ruhmwürdige Handlungen der Religionspolicey zur Folge gehabt, deren vollständige Darstellung in dem Handbuche des teutschen Polizeyrechts nicht fehlen darf. Wenn vormahls eines früheren Products der landesherrlichen Religionspolicey, das so vieles Aufsehen gemacht hat, — des preussischen Religions-Edicts von 1788 nicht gedacht worden ist; so gesteht der Verfasser gern, daß ihn der Ekel an den zahllosen daraus entsprungenen Streitigkeiten \*)

D d d 5

und

\*) Vergl. allgem. teutsche Bibliothek B. 114. St. 2. und B. 115. St. 1. und daraus: Henke Beurtheilung aller Schriften, welche durch das Kön. preuss. Religions-Edict und durch andere damit zusammenhangende Religions-Verfügungen veranlaßt sind. Kiel 1794.

und seine Uebersetzung, daß es, ohne Vorurtheil und Mißverständniß gelesen, keinesweges den bitteren Tadel, aber eben so wenig das Ansehen von Wichtigkeit, das ihnen beigelegt wurde, verdiene und im Wesentlichen nicht viel mehr enthalte, als die meisten protestantischen Kirchenordnungen; daß es aber in der Hand einer nun bald vergessener Parthey durch Mißbrauch, und allein durch diesen, wohl habe gefährlich werden können, davon abgehalten hat. Die Gründe dieser seiner Ansicht weitläufig auseinander zu setzen, schien ihm nicht zweckmäßig, und so übergieng er das Ganze mit Stillschweigen.

## §. 2.

Unter den neuern Religionsedicten zeichnen sich vorzüglich zwey aus — das eine von einem catholischen Landesherren, der mehrere protestantische, das andere von einem protestantischen, der mehrere catholische Unterthanen mit seinen Entschädigungs-Ländern erhalten hatte — das churpfälzbairische und das churbadische. Der Churfürst von Pfalz bairern hatte schon früher für seine alten Staaten über Religionsfreiheit und Duldung landesherrliche Verordnungen, wie sie die wahre Staatsklugheit fordert, erlassen, und diese wurden im Anfang des Jahres 1803 auch auf die neuemworfenen Staaten desselben erstreckt. Der Churfürst von Baden ließ unterm 11. Februar 1803 ein Edict über Religions-Übung und Duldung für seine gesammten Staaten ergehen. Am 14. Febr. desselben Jahres wurde auch in  
den

den württembergischen Entschädigungsländern ein Toleranz-Edict bekannt gemacht. —

Einige Betrachtungen über das Recht der Religionspolicey, wie es durch die teutsche Verfassung näher bestimmt ist, werden mit der Erörterung jener neuern Religions-Policeygesetze nicht unweckmäßig verbunden werden.

§. 3.

Die Religionspolicey b) sucht jeden aus Religionsmeinungen und Religionsgesellschaften für das gemeine Wesen zu besorgenden Nachtheil zu verhüten, die Hindernisse der wahren Religiosität aus dem Wege zu räumen, die Freyheit des Gewissens gegen Bedrückungen zu schützen, den Mißbrauch der Lehr- und Pressfreyheit in Religionsachen zu verhindern, und übt daher in Beziehung auf die religiösen Meinungen Einzelner, als auf die Religionsübungen dazu vereinigter Gesellschaften und deren Zweck, Mittel und Verfassung eine allgemeine Obergesicht aus, entscheidet über die Aufnahme und Duldung gewisser Religionsübungen und Gesellschaften, bestimmt ihr Verhältniß zum Staat und die daraus herfließenden bürgerlichen Rechte und Obliegenheiten, wacht über dessen unverrückte Erhaltung und stellt die sich einschleichenden Mängel und Gebrechen, in so fern sie auf das gemeine Wesen Einfluß haben, ab.

In

b) 26. 2. S. 288 f.

In Teutschland ist die Ausübung dieser Rechte der Religionspolicey positiv bestimmt und zum Theil beschränkt: sowohl durch die innere Verfassung der einmahl aufgenommenen Religionsgesellschaften, als auch durch besondere Verträge, Landes- Grundgesetze und Gewohnheiten, insonderheit aber durch die Reichsgrundgesetze, welche die in jedem Lande bestehenden Religionsgesellschaften und deren Verfassung nicht nur in besondern Schutz genommen, sondern auch ihr Verhältniß gegen andere genau bestimmt haben.

## §. 4.

Teutschland erhielt mit seiner beginnenden Cultur zugleich eine neue Staatsreligion, die christliche und zwar die orthodoxe, römisch-catholische. Die Religionspolicey, welche Carl der Große unter den Teutschen ausübte, war ziemlich gewaltsamer Art. Indessen erhielt sich sein Werk Jahrhunderte lang unverändert. Aber vom sechzehnten Jahrhunderte an kämpfte die alte Religion gegen eine neue, die mit ihr auf gleiches Recht Anspruch machte, weil sie keine neue Erscheinung, sondern vielmehr die alte Religion selbst, aber in verbesserter Gestalt, zu seyn behauptete. Sie erreichte ihren Zweck wenigstens großen Theils. In dem gesammten teutschen Reiche ward dem Glauben der Augsbургischen Confessions-Verwandten (die sogenannten Reformirten mit eingeschlossen) mit dem der Catholiken gleiche Würde, gleiches Ansehen zugestanden: die Reichsreligion umfaßte

faßte beide Confessionen. Die Staatsreligion einzelner Reichslande aber ward auf eine andere Weise bestimmt. Uebrigens sollte, so weit nicht besondere Ausnahmen rechtlich stattfanden, unter allen Ständen des Reichs, ohne Unterschied der Religion, eine vollkommene und gegenseitige Rechtsgleichheit beobachtet werden c). Sie sind, sie mögen catholisch oder der augsburgischen Confession zugethan seyn, von der Staatsreligion des deutschen Reichs. Die mittelbaren Reichsunterthanen, für die freylich von der Religionsverschiedenheit eine bedeutende Verschiedenheit der Rechte abhängt, sollen doch einer völlig gleichen Gerechtigkeit und Beschüzung sich erfreuen, sollen, wie auch immer ihre staatsbürgerlichen Rechte um der Religion willen sich verhalten mögen, wegen ihres Religionsbekenntnisses nicht verachtet, von Kaufmannsgilden, Handwerksinnungen und Zünften, von Hospitälern, Krankenhäusern und Armenhäusern, nicht ausgeschlossen werden, noch weniger von öffentlichen Kirchhöfen und ehrlichem Begräbniß; auch sollen sie nicht unfähig seyn, Erbschaften und Vermächtnisse zu erhalten. d)

§. 5.

In Rücksicht auf diese auch dem mittelbaren Reichsbürger zugesicherte Rechtsgleichheit verordnet

c) J. P. O. Art. 5. §. 1.

d) J. P. O. Art. 5. §. 35.

net das badische Religions-Edict e); „Kein Einfluß der Religion in gemeine staatsbürgerliche Handlungen (mithin kein solcher, der in Bezug auf Rechtsgültigkeit, Formlichkeit, Zulässigkeit oder Zahlbarkeit und Exaration der bürgerlichen Contracte, der Liegenschafts-Erwerbungen und ihres Besitze, der letzten Willenserrichtungen und anderer Handlungen, einen Religionstheil vor dem andern begünstigte,) darf je stattfinden, sondern es muß hier durchaus, was einem erlaubt und recht ist, auch dem andern unverwehrt und bisig seyn; mithin cessirt auch die in Unseren Landen noch an einigen Orten bestandene Religionslosung, oder das Recht der Verwandten, welche mit dem Verkäufer gleicher Religion sind, eine sonst nicht statthafte Freundschaftslosung auszuüben, oder einen Vorzug darin anzusprechen, wenn der Käufer anderer Religion ist.“

„Würde ein Bürger oder ein anderer Landeseinwohner sein Vermögen oder irgend einen Theil desselben zu einem Vermächtniß für die Armen ohne Benennung der Religion bestimmen; so darf die Religion Niemanden von dem Mitgenuß ausschließen; ist aber durch Benennung des Orts, oder in deren Ermangelung durch den bleibenden Aufenthalt, den der Erblasser bey seinem Tode hatte, das Vermächtniß einem solchen Orte gewidmet, worinn Kirchspiele vers

e) §. 10. 11. 20. Churfürstl. Badische Landesorganisation S. 60 f. S. 68.



verschiedener Religion sind; so soll der Betrag zwischen den Religionsgesellschaften gleichheitlich getheilt, und dann einer jeden die private Verwendung ihres Antheils überlassen werden.“

„Eben so, wo Jemand zu solchen milden Anstalten, die nicht einen kirchlichen Zweck und dadurch die Bestimmung ihrer Religionseigenschaft in sich selbst haben, etwas hinterläßt, mit hin die Beförderung des bürgerlichen Wohls damit bezielet, als z. B. durch Siechenanstalten, Waisenerziehung etc., und er hat seine Religionseigenschaft dabey bestimmt: da muß die Vollziehung seines Willens so geschehen, daß die Religionseigenschaft von dem Genus Niemand ausschliesse, die Verwaltung aber gehört, so weit sie nicht vom Stifter bestimmt ist, da, wo nur einerley Religionsübung hergebracht ist, zu weltlichen Kirchenrechten des Orts, und wird also dergleichen Aufsicht, wie andre milde Stiftungen des Orts, unterworfen; dahingegen, wo beide Religionstheile Kirchspielrechte haben, nehmen auch beide an der Direction der Verwaltung alsdann Theil.“

„Gleichwie übrigens nicht nur die christliche Liebe mit sich bringt, daß man keinem Bedürftigen Unterstützung versage, sondern auch dem gemäß schon der westphälische Friede verordnet, daß Niemand der Religion wegen von Spitälern, Siechenhäusern und Armenengaben ausgeschlossen werden solle, auch in eben diesem Geiste der neueste Deputationsabschied verfaßt ist; so dient nach dem Vorgang der in Unfern  
Lans



Landen der Rheinpfalz schon vorgelegenen Verordnungen, zur weiteren Erläuterung, daß bei dergleichen milden Anstalten, die für gemeine Lebensbedürfnisse gewidmet sind, ein Unterschied zwischen dem Genuß und der Verwaltung gemacht werden müsse. Die Verwaltung gehört in jedem Fall, als eine kirchliche Angehörde, dem Religionstheil, der sie hergebracht hat, und darf ihm nicht entzogen werden. Wegen des Genußes hingegen ist darauf zu sehen, ob sie seit der Religionstrennung der Catholiken und Protestanten gestiftet worden sind, oder ob sie vorher schon existirten, wozu auch der Fall gehört, wenn sie aus vorherigem Stiftungsgut von dem Landesherrn kraft seines Reformationsrechts angeordnet wurden. Bey letzteren konnten die Stifter nicht auf eine zu ihrer Zeit unbekannte Religionsverschiedenheit Rücksicht nehmen; diese ist also auch nicht, sondern allein die Hilfsbedürftigkeit Maßstab der Genußfähigkeit; Niemand darf der Religion wegen ausgeschlossen werden. Bey Erstern aber ist zwar dem Stiftungswillen genau nachzugehen, wenn der Stifter befohlen hat, einen Religionstheil allein zu begünstigen; aber wo er dieses nicht ausgedrückt hat, darf es keinesweges für eine Erforderniß gelten.“

## §. 6.

Wenn übrigens der obnabrückische Friedensschluß die evangelische Confession, gleich der catholischen, unter der Staatsreligion des gesammten Reichs begreift; so scheint er dagegen selbst die Duldung aller andern Glaubens

benz genossen gänzlich zu untersagen. „Ausser den benannten Religionen soll keine andere im heiligen römischen Reiche aufgenommen noch geduldet werden“, heist es ausdrücklich in jenem Reichs-Grundgesetze f), ganz übereinstimmend mit älteren Verfügungen gleichen Inhalts g). Ob diese gesetzliche Vorschrift der Landes-Religionspolicey die Duldung jeder andern christlichen Secte schlechterdings rechtlich unmöglich mache? ist eine sehr bestrittene Frage.

Die fortwährende Duldung der Juden scheint die Verneinung dieser Frage um so mehr zu begründen, als dasjenige, was einer nicht-christlichen Religionspartey eingeräumt wird, billiger Weise allen christlichen Religionsparteyen wenigstens in gleichem Maße verwilligt werden sollte. Allein, sagt man, die Juden wurden stillschweigend, ihrer Einträglichkeit halber, von dem gesetzlichen Verbote ausgenommen und für sie spricht jetzt eine günstige erklärende Observanz. Gut! und so sey es denn erlaubt, auch für alle die Secten, welche zur Zeit des Gesetzes existirten

f) Art. 7. §. 2.

g) R. A. v. 1555. §. 17: „Doch sollen alle andere, so obgemeldeten Religionen nicht anhängig, in diesem Frieden nicht gemeynet, sondern gänzlich ausgeschlossen seyn. R. A. v. 1566. §. 5: Den verführerischen, je länger, je mehr beiden der alten Religion und der Augsburgerischen Confession zuwider einbrechenden Secten und irrigen Opinionen keinen Raum noch Statt lassen . . . deren keine leiden noch dulden ic.“

ten und nicht verbannt wurden, dieselbe Observanz geltend zu machen. Nicht wenig ist dadurch allerdings für Einzelne schon gewonnen; aber freylich noch kein allgemein gültiger Grundsatz. Diesen möchte nun ich, als der Obrigkeit unterthan, die Gewalt über mich hat, in dem allgemeinen Staatsrecht oder in dem absoluten Sittengesetz mit *Kretschmann* h) nicht suchen, der da meynt, wenn die oben angeführte Verordnung dem Wortverstande nach zu nehmen wäre; so wäre sie moralisch unmöglich und also ungültig. Daß sie nicht dem Wortverstande nach zu nehmen sey, habe ich, der Menschheit zu Ehren, vormahls dafür gehalten i). Ich will aber dem Zusammenhang der Geschichte glauben, daß es sich anders verhält k), ob gleich sich für jene mildere Meynung noch wohl manches anführen ließe.

Indessen wird man nicht läugnen können, daß eine neuere entgegengesetzte Observanz die Strenge des Reichs-Religionsbanns einigermaßen gemildert habe. In mehreren Ländern sind seit einer langen Reihe von Jahren Anhänger solcher christlichen Secten geduldet worden, welche wesentlich von den herrschenden Reichsreligionen abweichen, insonderheit Mennonisten, die sogar,  
noch

h) Lehrbuch des teutschen Staatsrechts S. 144.

i) Eb. a. S. 292.

k) Majer deutsches geistl. Staatsrecht L. 42 f. und 72 f.

Reich keine Genehmigung desselben erfolgt. Allein aus der öffentlich geäußerten, zur Kenntniß des gesammten Reichs gekommenen Meinung  
 § 2. einer

1) v. Bolemann Sammlung der Visitations-  
 Erlasse I. 46.

einer Reichsdeputation, wogegen nie einiger Widerspruch erhoben ist, darf man doch wenigstens so viel schließen, daß die Duldung der Mennonisten und anderer weder mit der alten Religion, noch mit der augsbургischen Confession übereinstimmenden Secten in Teutschland selbst von der höchsten Gewalt im friedenschlußwidrig eine rechtsgültige D werde. Man sage möge wohl nur vorfassenen, bey den Canonisten gelten m). rale, welches durch war durch einen Prburgischer Mennlast worden n).

Wenn daher in dem churfürstlich-sächsischen Religi  
Religions  
keiner der. dr  
Religionen ge  
bung zugesich  
herkommen v

S. 7.

m) Dies ist der Herr Reichshofrath v. Kiesel geneigt anzunehmen; siehe den Reichshofrath in Justiz- und Gnaden-Sachen I. 330.

n) v. Bolemann's Samml. der Visitationsschlüsse I. 245 f. II. 468 f.

## §. 7.

Beschränkter ist allerdings die Religionspolicep in Beziehung auf die einmahl bestehende Religions-Verfassung der einzelnen teutschen Staaten. Hier muß der Besizstand im Normal-Jahr und am Normal-Tage heilig und unverlezt gehalten werden. So wie die Religionsübung in jenem, der Besiz der geistlichen Güter an diesem sich verhielt, soll er unverändert bleiben. Dieß ist die allgemeine Regel, deren nähere Bestimmungen aufzuzählen, hier der Ort nicht ist. Dagegen also darf durch Aufnahme oder Duldung anderer Religionsverwandten kein teutscher Landesherr anstoßen. Aber dulden darf er sie doch. Kaum sollte man glauben, daß es der ausdrücklichen gesetzlichen Verstattung dieser Befugniß bedürfe; aber in der Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts fand man sie nöthig o), und, wie wir gleich hören werden, man hielt es nicht für überflüssig, sie im Anfange des neunzehnten zu wiederholen. Daß ein solcher Freyprief zur Toleranz in protestantischen Ohren wunderbar klingen muß, bemerkt Majer mit Recht, und eben so richtig, daß derselbe nicht sowohl für protestantische, als für catholische Landesherren gelten soll, denen öfters von ihren Glaubensgenossen dieses landesherrliche Recht vormahls streitig gemacht wurde. Wenigstens, sagt er, finden wir diese Clausel zum Vortheil catholischer Landesherren in allen evangelischen

See 3

Pro-

o) J. P. O. art. 5. §. 34.

Projecten, von einem versuchten Grad der Autonomie zu dem andern angeführt, so daß, wo die augsburgischen Confessions-Verwandten nicht in demselben Grad für die Unterthanen ein Recht erhalten konnten, sie doch wenigstens für den Landesherrn die Befugniß dazu gesetzlich entschieden gegen alle Einwendungen seiner Gläubigen gesichert haben wollten p). Auch der geringste Grad, den ein Land erhalten mußte q) dem Ermessen der Landesbesitzstand pr. Religionsgesellschaften von dem Kaiser dieß bestätigt den Hauptschluß vom 25. Fe

S. 8.

p) Majer deutsches geistl. Staatsrecht II. 196. 197, und die daselbst Note 1 angeführten Stellen der westphälischen Friedenshandlungen.

q) J. P. O. Art. 5. §. 34.

r) §. 63: „Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres Eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds nach der Vorschrift des westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frey, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu gestatten.“



## §. 8.

Diesem gemäß sind in dem pfälzbairischen Religions-Edicte vom 10. Jan. 1803 sämtliche in den churfürstlichen Entschädigungsländern befindliche christliche Confessionen, und ihre bisherige Religionsübung mit allen ihren annexis, förmlich bestätigt, mit dem Versprechen, sie gegen jede Kränkung darin sowohl zu beschützen, als insbesondere den Besitz und Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts (mit Ausnahme des der Secularisation unterworfenen) und ihres Schulfonds, nach Vorschrift des westphälischen Friedens, ihnen ungestört zu erhalten. Zugleich werden aber auch die von dem Churfürsten angenommenen Grundsätze der Duldung und Religionsfreyheit bekannt gemacht. Schon in einem früheren, für die alten pfälzbairischen Staaten bestimmten Edicte hatte sich dieser vortreffliche Fürst darüber also erklärt: „er sey dazu sowohl durch die Ueberzeugung bewogen worden, daß weder in der Reichs-, noch in der Landesverfassung zu der Ausschließung nichtcatholischer Christen von dem Landesbürgerrechte ein Grund liege, als auch durch die Betrachtung, daß die Concurrenz anderer Religionsverwandten zu dem Erwerb liegender Gründe und zur Ausübung der Gewerbe, der Landescultur und dem Gewerbsfleisse nothwendige Aufnahme, Antrieb und Ermunterung verschaffen müsse. Dieses werde durch das Beispiel anderer in der Cultur fortschreitender Staaten bewährt, wo die Ausschließung anderer Religionsverwandten wegen ihrer Religionseigenschaft, wenn sie übrigens alle Eigens-

schaften eines guten und nützlichen Bürgers besitzen, schon längst als der Vernunft und dem Geiste der christlichen Religion zuwider anerkannt sey. Es würde daher eine Mißdeutung der landesfürstlichen Absicht seyn, wenn diese aus den Grundsätzen einer guten Staatspolicey fließende Maßregel als eine Kränkung des vormahligen Religionszustandes der Unterthanen, wogegen nie eine Störung gestattet werden soll, angesehen werden würde“<sup>a)</sup>. Auch in dem Religions-Edicte vom 10. Jan. 1803 heißt es wörtlich also: „Da in den Uns zugefallenen Entschädigungslanden in Franken Einwohner von verschiedenen Glaubens-Confessionen sich befinden, die nicht überall gleiche bürgerliche Rechte genießen, sondern an manchen Orten noch unter dem Drucke harter einschränkender Geseze stehen, da die Duldung fremder Religionsverwandten an manchem dieser Orte bisher entweder gänzlich verboten oder doch wenigstens sehr erschwert war; so halten Wir Uns für verpflichtet, diese den Grundsätzen des öffentlichen Rechtes sowohl als dem Geiste der christlichen Religion, der Industrie, der sittlichen und wissenschaftlichen Cultur widerstrebende Geseze und Einrichtungen nicht ferner bestehen zu lassen.“

§. 9.

a) Edict vom 26. Aug. 1801. Blätter für Policey und Cultur 1801. St. X. S. 326 f.

§. 9.

Daß die gesetzmäßige Erhaltung  
n Religionsübung das Recht, ander  
nossen aufzunehmen und zu dulde  
ließe, wird noch deutlicher und b  
m badischen Religions-Edicte \*) auseinander  
setzt. Die genaue Beobachtung der in dem  
eputations-Schlusse enthaltenen Vorschrift  
. 7.) wird allen Dienern und Untertanen zur  
sondern Pflicht gemacht. Damit jedoch dieselbe  
st mißverstanden werde; so ist zugleich die  
drückliche Erklärung hinzugefügt, daß der  
ndesherr hierdurch nicht gehindert sey, an Or  
t, wo zwar nur eine Religionsübung im  
ng ist, wo aber Genossen einer andern Re  
ion ihre beständige Wohnung haben, diesen  
e eigene Religionsübung ohne Kosten  
d Schaden der dort Uehergebrachten zu ge  
then, oder da, wo bisher ein Religionstheil  
seiner genossenen Religionsübung beschränkt  
wesen wäre, diese Beschränkung aufzuheben,  
nn er es gut finde: indem jeder Kirche zwar  
ihren eigenthümlichen Rechten, mithin bep  
en, welche sie auf ihre Religionsverwandte  
übt, die vollkommenste Sicherheit reichsge  
lich zustehe, jener Bann aber, den sie auf  
dere Religionsverwandte hier oder da etwa  
übte, lediglich von der landesherrlichen Re  
mationsgewalt abhängen, und ihr daher nur  
lange und so weit in den badischen Landen zu

See 5. foms

\*) §. 18. Badische Landesorganisation S. 66.

kommen könne, als der Regent solchen nach Verhältnissen der Staatswohlfaht andauern zu lassen gutfinde, hingegen in dem Augenblick aufhöre, wo derselbe solchen Unterthanen anderer Religion eine eigene neue oder erweiterte Religionsübung zu gestatten und den desfalls nöthigen Aufwand ohne Kosten und Beschränkung der alten Kirchspielgenossen und ihrer Fundationen anzuweisen, sich entschliefse“ u).

## §. 10.

Was nun die in den vorliegenden Religions-Edicten aufgestellten Grundsätze in Aufhebung der Bewilligung der Religionsfreyheit und Duldung betrifft; so gehen sie im Allgemeinen dahin; der hin und wieder bisher ausgeübte Religionsbann soll fernerhin nicht stattfinden; die auf Glauben und Religionsmeinung beruhenden Verschiedenheiten der bürgerlichen Rechte sollen aufgehoben seyn. „Wir ertheilen, heißt es in dem pfälzbairischen Religions-Edicte, allen christlichen Religionsverwandten, welche in Unsern Erbstaaten schon wirklich wohnen, oder sich alda niederlassen wollen, den vollen Genuß bürgerlicher Rechte dergestalt, daß, wenn sie die übrigen gesetzlichen Erfordernisse dafür erfüllen, die Verschiedenheit ihrer Confessionen sie nirgendsmo mehr weder von dem Ankaufe und Besitze liegender Gründe, noch von den übrigen Activ- und Passivrechten eines Bürgers ausschließen soll.“

## §. 11.

u) Das. §. 19. a. a. O. S. 67.

§. II.

Weit genauer bestimmt das badische Religions-Edict die Bedingungen und Verhältnisse, unter welchen die Aufnahme anderer Religions- wandten an irgend einem Orte stattfinden soll. Die hierauf sich beziehenden Vorschriften sind folgende:

In allen gemischten Orten, wo nemlich beide, die protestantische und die catholische Religion, des Bürgerrechts und einer Religionsübung genießen, sey es nun, daß sie letztere beiderseits im Ort haben oder eine und die andere durch Einsparung in das Kirchspiel einer benachbarten Gemeinde ihrer theilhaftig sey; da soll auf die Religionsqualität dessen, der Schutz- oder Bürgerannahme sucht, nicht gesehen, sondern die Resolution darauf lediglich nach dem Daseyn oder Nichtdaseyn der übrigen gesetzmäßig erforderlichen Requisiten, ohne alle Vorliebe oder Abneigung für oder wider ein und andern Religionstheil, von derjenigen Behörde ertheilt werden, der nach der Landesverfassung die Resolutionsertheilung übergeben ist.

In unvermischt  
 jezt nur einer Reli-  
 wann sie Stadtrecht  
 neuen Colonie die  
 den Ober- und Aemtern, sondern lediglich  
 von den Hofrathscolliegen, alsdann andern  
 Religionsgenossen Schutz, und nach Befinden  
 Bür.

Bürgerrecht erteilt werden, wann einerseits ihre Annahme zum Flor des Orts durch Hinzueziehung ansehnlicher Consumtion, durch Errichtung neuer, oder merkliche Vergrößerung alter Gewerbszweige, oder auf andere Weise, gereicht, und andererseits die Nähe von Ortschaften ihrer Religion, oder die Erziehung der Kinder in der Orts-Religion, oder andere Nebenumstände die Bedenklichkeit der Etablierung einer Familie, die keiner kirchlichen Leistung unterworfen ist, beseitigen. Ausser diesen Fällen, und besonders

- 3) auf unvermischten Dörfern, welche nur in der Bearbeitung ihres Geldes ihren Wohlstand zu suchen, und daher einer besondern Begünstigung des Einziehens der Fremden selten nöthig haben, soll die Annahme fremder Religionsverwandten zu Bürgern in der Regel niemals stattfinden. Bloße Schwerverwandten mögen sie durch Rathscolliegen alsdann weder die Nähe einen Gottesdienst besuchen können, irgend, sie wichtig macht, gerade niederzulassen, ihre Kinder vorbehaftene bürgerliche S. und die Gemeinde sonst Ewendungen gegen sie hat. Wo aber, mit Ausnahme von dieser Regel, eine Annahme wegen einlaufender besonderer Umstände eines Falls eintreten müßte, da soll die Annahme andernfalls nicht, als auf vorgängig eingeholte  
ber



besondere landesherrliche Entschlieſung stattfinden können.

Alles dieses versteht sich jedoch nur von Mannspersonen; denn wo

4) nur von der Annahme einer einſtehenden Weibsperson die Frage ist, da soll in keine Weise auf die Religionseigenschaft gesehen werden, und mithin einer jeden, die von einem Bürger oder Schutzverwandten zur Ehefrau erwählt wird, und die übrigen gesetzlichen Eigenschaften hat, die Annahme unversweigerlich ertheilt werden; auch

5) findet obiges bei Protestanten beider Confessionen unter sich keine Anwendung, sondern es sollen Reformirte an lutherischen Orten, und umgekehrt, ohne allen Unterschied zu Bürgern angenommen werden, aber auch da, wo kein Kirchspiel ihrer Religion ist, unter der Kirchspielsdirection des Ortspfarrers der andern Religion in allen zur äußerlichen Ordnung und Kirchenzucht gehörigen Dingen gleich andern Pfarrkindern stehen \*).

§. 12.

Wie weit übrigens die mit der Aufnahme und Duldung der von der Landesreligion abweichenden Glaubensgenossen verbundenen Rechte gehen sollen, ist dem Gutbefinden eines jeden Landes

\*) Babilisches Relig. Ed. §. 1. a. a. O. S. 50 f.



Landesherrn überlassen, indem die Gesetze bloß den geringsten Grad der einem Beduldeten einzuräumenden Rechte ausdrücklich vorgeschrieben haben (§. 7.), und nur nicht wollen, daß den bereits vorhandenen Confessionen von ihren hergebrachten Rechten dadurch etwas entzogen werde. Der Landesherr bestimmt daher den Umfang der Rechte, welche in Folge der von ihm bewilligten Duldung und Religionsfreiheit sowohl in Beziehung auf den Staat überhaupt, als auch auf die Religionsübung, auf die bürgerlichen und Religionsgesellschaften im Staat und auf die Privatverhältnisse stattfinden sollen.

## §. 13.

In unmittelbarer Beziehung auf den Staat ist in beiden vorliegenden Religionsedicten der Genuß aller staatsbürgerlichen Rechte mit der freiwilligen Duldung jederzeit verbunden seyn. Auch soll bey der Besetzung der Staatsämter jederzeit nur auf die Würdigsten ohne Unterschied der im kaiserschen Reiche eingeführten christlichen Religionen Bedacht genommen werden.

Nähere Bestimmungen enthält in dieser Hinsicht das badische Religions-Edict w), und zwar dahin: „In Bestimmung der Diener, welche zu Ausübung der Regierungsbefugnisse in staatsrechtlichen, staatswirthschaftlichen und gerichtlichen Collegien und zu den Aemtern derselben ange-

w) §. 15. 16. 17. Badische Landes-Organisation  
S. 63 f.

steht sind, soll durchaus keine Religionsinfluenz für oder wider einen oder andern Religionsgenossen entscheiden; sondern je nach dem Maas der Ansprüche, die sich ein jeder durch bessere und frühere Qualification, sodann durch fleissigere und sittlichere Application erwirbt, soll die Beförderung zu solchen Stellen ihm zu Theil werden: doch wird bey jenen Landesdicasterien, welche über Lande sich erstrecken, worin beide Religionsübungen verbürgert sind, kein Religionsrheil jemahls ganz ohne Raths seiner Religion bleiben, und so vieles neben jener Haupt Rücksicht der Qualification möglich ist, immer auf das Daseyn einer verhältnißmäßigen Anzahl von Raths aus jeder Religion alsdann gesehen werden, wann einst der Abgang der jetzt überkommenen Raths die Gelegenheit dazu darbietet.

Dahingegen, was die drey Kirchencollegien betrifft, welchen die Verwaltung der landesherrlichen Kirchenrechte bey den catholischen, sodann den beiden protestantischen Confectionen der badi schen Lande unter des Landesherrn und seines Geheimrathscollegii Oberaufsicht anvertraut ist, wird ein: für allemahl festgesetzt, daß jedes derselben nur mit Gliedern jener Religion besetzt seyn soll, deren Kirchen durch seine Amtsverwaltung umfaßt werden.

Wegen der Besetzung der untern Stellen, denen die vorzuziehende Gewalt im staatsrechtlichen, staatswirthschaftlichen und gerichtlichen Fach auf liegt, gilt zwar auch hier die oben erwähnte Regel,

gel, daß die Religionsgesellschaft hierbey nie eine Hauptrückficht werden könne. Doch soll bey derjenigen obrigkeitlichen Stelle, welche die Amtsgewalt in bürgerlichen und peinlichen, auch Landespoliceysachen zu verwalten hat, nemlich bey Bestellung der Ober- und Aemter, immer der Bedacht dahin genommen werden, die Beamte da, wo die ihnen untergebene Ortschaften alle nur einerley Religionseigenschaft haben, vorzüglich, so lange es nur irgend thunlich ist, aus der Dienerclasse solcher Religion zu erwählen, und bey denen Aemtern, unter welchen sich Gemeinden von beiderley Religionen in merklicher Anzahl vereint finden, soll entweder durch Nebeneinanderordnung von Dienern dieser verschiedenen Confessionen, oder durch jeweilige Umwechslungen, so viel thunlich, gesorgt werden, daß kein Theil der Amtuntergebenen eine allzulange Zeit von der Annehmlichkeit ausgeschlossen sey, unter der unmittelbaren Aufsicht von Dienern seiner Religion zu stehen.

## §. 14.

In Rücksicht auf das Verhältniß der sämtlichen im Staate befindlichen Religionsgesellschaften zu der obersten Staatsgewalt, versteht es sich von selbst, daß die Religionsfreyheit keine Unabhängigkeit von derselben nach sich zieht, und obgleich insonderheit die Verfassung der catholischen Kirche einem Landesherren einen nur beschränkten Wirkungsfreis übrig läßt; so bleibt doch auch sie der landesherrlichen höchsten Aufsicht vollkommen unter-

worfen

orfen. „Wir werden uns zwar, erklärt in  
 eser Hinsicht der Churfürst von Pfalzbaieru,  
 die immer constitutionelle Gesetzgebung des  
 irchenwesens, in eigentliche Lehr- und Glaub-  
 nsachen nie einmischen, über die Ausübung  
 rjenigen Rechte aber, besonders der obersten  
 ussicht, welche der höchsten Staatsgewalt so-  
 chl nach dem allgemeinen, als positiven teut-  
 en Staatsrechte darüber zusteht, soll sorgfältig  
 gewacht werden.“ Auch hierüber findet man  
 dem bairischen Religions-Edicte noch nähere  
 stimmungen x), und es wird insonderheit die  
 othwendigkeit des landesherrlichen Pla-  
 ti zu allen geistlichen Verordnungen,  
 lche die äussere Staatslage der Unterthanen  
 ettelbar oder unmittelbar afficiren, ausdrücklich  
 ebehalten y).

§. 15.

In Ansehung der Religionsübung ist  
 dem pfalzbairischen Religions-Edicte ver-  
 met: „Keinem Unserer Unterthanen, von  
 lcher Confession er sey, soll je etwas zuge-  
 ithet werden dürfen, welches seiner Religions-  
 r Gewissensfreyheit entgegen wäre; daher  
 en diejenigen, welche noch in keiner eigenen  
 hlichen Gemeinde vereinigt sind, in ihrer  
 usandacht nie gestört werden; auch soll ih-  
 i kein Hinderniß in Weg gelegt werden, wenn  
 sie

) §. 22 f. a. a. O. S. 70 f.

) Das. S. 72. 73.

7. Bergs Pollicey. Th. 4.

sie Kirchen ihrer Confession in der Nachbarschaft besuchen, oder durch Geistliche daher in ihren Häusern in der Stille die Sacramente sich administriren lassen wollen; jedoch werden sie in allem, was ihre Gewissensfreyheit nicht beschränkt, zu der gewöhnlichen Ortspfarrey getechnet, und müssen dahin die hergebrachten Stolgebühren entrichten. Sobald sie aber eine hinreichende Anzahl zur Bildung einer eigenen Gemeinde ausmachen, und die dazu erforderlichen Mittel besorgen; so soll ihnen die landesherrliche Erlaubniß dazu nie versagt werden, wo alsdann ihre Einverleibung in eine Pfarrey anderer Confession aufhört.“

## §. 16.

Was für Grundsätze in dieser Hinsicht in dem badiſchen Religions-Edicte im Allgemeinen aufgestellt sind, ist bereits oben in Beziehung auf die reichsgesekmäßige Erhaltung der bisherigen Religionsübung in jedem Lande angeführt worden.

der Pr

berheit

sie ihrer

deret I

dieser i

und Cor

Sterb:

Religtor

seyn, u

Weg gelegt werden soll. Dagegen dürfen solche Geistliche eigentliche Parochial-Handlungen, als  
Tauf

Laufen, Copulationen und Beerdigungen in dem Pfarrbezirk einer andern Religion nie anders, als mit des dortigen Pfarrers gutem Willen und Erlaubniß oder Anmohnung, und alsdann unter bestimmter Attestirung des Vorgangs an ihn zum Behuf der Eintragung in sein Kirchenbuch, verrichten.<sup>2)</sup>

## §. 17.

Was hiernächst die Verhältnisse gegen weltliche Gemeinheiten betrifft; so sollen nach dem bairischen Religionsedict alle christliche Religionsverwandte aller Orten als Bürger aufgenommen werden (§. 10). Das badische hingegen läßt hierbey nach örtlichen Umständen einige Verschiedenheiten eintreten (§. 11). Eben dieses verordnet in Ansehung der bürgerlichen Magistrate und Ortsgerichte folgendes: „In allen Orten, wo vermehrt nur eine Religionspartie das Bürgerrecht oder die Religionsübung mit pfärrlichen Rechten genießt, und die bürgerliche Magistrate und Ortsgerichte nur von Gliedern dieser Religion besetzt waren, sollen sie fütrohin stets also unvermischt bleiben, und andere Religionsverwandte, die dort Bürger werden, darin auch fützig nicht aufgenommen werden, es geschehe dann in einem einzelnen Fall durch freie Wahl der Bürger, die der Ortsreligion zugethan sind, aus besonderem Vertrauen, welcher Fall dann aber nicht zur Folge

§ff 2

ge

<sup>2)</sup> Badisches Rellg.-Edict §. 9. d. d. O. E. 59.



gezogen, mithin die Nachfolge eines Gerichtsverwandten gleicher Religion niemals begründen soll.

Wo hingegen dergleichen beide Religionstheile der bürgerlichen Rechte und der freien Religionsübung genießen, da sollen auch beiderley Religionsverwandte zu den Rath- und Gerichtsstellen zugelassen werden, und bleibet wegen der verhältnißmäßigen Zahl, in welcher sie neben einander existiren sollen, die landesherrliche Entschliessung, nach Einsicht der einzelnen Umstände, da vorbehalten, wo nicht besondere General- oder Specialnormen dieselbe schon bestimmen, wie das z. B. in der Rheinpfalz der Fall ist, wegen deren Wir den zweiten Artikel Lit. f. der dortigen Religionsdeclaration von 1799 bestätigen.“ a)

### §. 18.

In Rücksicht auf die Verhältnisse der verschiedenen Religionsgesellschaften gegen einander ist in dem badischen Religions-Edicte b) verordnet: „Alle Religionsverwandte sind schuldig, einander für ihren Glauben und Kirchengebräuche Achtung zu erzeigen, mithin sich aller verkleinerlichen Reden und Handlungen gegen andere Religionsverwandte zu enthalten, nie Scherz oder Spott über Gegenstände sich zu erlauben, welche für den andern Gegenstände des

a) Bad. Rel. Edict §. 14. a. a. O. C. 62.

b) §. 7. 8. a. a. O. C. 58.



religiösen Cultus sind. Wo auch Jemand zu Religionshandlungen des Andern zusammentritt, soll er nie unterlassen, die jeder gottesdienstlichen Absicht gebührende Achtung in seinem Betragen zu äußern. Würde eines oder das andere dennoch geschehen, so muß es von der betreffenden Policepobrigkeit ohne Ansehung der Person geahndet werden. Hingegen kann keine Religionspartie von einem Glied einer andern Religion religiöse Verehrungsbezeugungen fordern; bey Gelegenheiten, welche für diesen, nach seinen Grundsätzen dazu nicht geeignet sind, und muß auch hiergegen die Policepobrigkeit jederzeit kräftig schützen.“

„Noch weniger darf nachgesehen werden, daß Jemand in Unseren Landen um der Religion willen irgendwo von der öffentlichen Hülfe und Unterstützung in Noth- und Krankheitsfällen, oder von der anständigen und christlich ehrbaren Begräbniß auf Gottesäckern ausgeschlossen, an dem Beystand von Geistlichen, Verwandten und Bekannten seiner Religion verhindert oder beschränkt, noch irgendwo in dem vollen Umfang der Rechte der Gewissensfreyheit in Beziehung auf sich, seine Familie und Hausgenossen, gehindert werde.“

§. 19.

Wegen der äußeren Feier der Feiertage ist in dem badischen Religionsedict e)

Bff 3

im

e) §. 6. a. a. O. S. 57.

insonderheit vorgeschrieben, daß an allen Orten, wo beide Religionstheile ihre Religionsübung haben, keiner von dem andern die Unterlassung weltlicher Arbeiten zu fordern befugt seyn soll, nur müssen von keinem Theil solche Arbeitstätigkeiten unternommen werden, welche die dem andern Theil zu seinen gottesdienstlichen Handlungen nöthige Stille oder Anständigkeit unterbrechen, wenn sich nicht durch eine unvermeidliche Veranlassung auf diese Zeit eingeschränkt sind, mithin ein Nothfall vorhanden ist. An Orten aber, wo nur einerley Religionsübung ist, sollen andere Religionsverwandte schuldig seyn, der Kirchenpolicey des Orts mit Unterlassung weltlicher Arbeiten, die an öffentlichen Orten verrichtet werden müssen, sich zu unterwerfen, in Bezug auf stille in ihrem Hause zu verrichtende werktägliche Arbeiten darf ihnen jedoch auch hier nichts in den Weg gelegt werden, nur müssen sie in keinem obiger Fälle ihre Hausgenossen anderer Religion dazu anhalten oder verleiten.

Die hierauf sich beziehende Vorschrift des pfälzbairischen Religions-Edicts stimmt mit der vorstehenden im Wesentlichen überein, und ist nur allgemeiner also gefaßt: „Kein Religionstheil soll schuldig seyn, die besondern Feiertage des andern zu feiern, sondern es soll ihm frey stehen, an solchen Tagen seine Gewerbe und Handthierung auszuüben, jedoch ohne Störung des Gottesdienstes des andern Theiles, und ohne daß die Achtung dabey verletzt werde, welche

daß man jeder versammelten Gemeinde bey Ausübung ihrer religiösen Handlungen und Gebräuche schuldig ist.“

§. 20.

Was endlich die Privatverhältnisse, welche in Ansehung der Religion hauptsächlich in Betrachtung kommen können, betrifft; so sind dieß — die Ehe und die Erziehung der Kinder. Nach dem badischen Religionsedict d) ist die Eheschließung zwischen verschiedenen Religionsbegrüßten frey, und cessirt die in einigen Gegenden der alten badischen Lande bestandene Nothwendigkeit einer vorherigen Dispensationseinholung. Dagegen gilt als unänderliche Regel für alle dergleichen gemischte Ehen, die künftig werden geschlossen werden, ohne daß zuvor beide Eheleute über die Religioneigenschaft der Kinder von ihrer weltlichen Obrigkeit Verträge haben errichten oder einschreiben lassen, daß die Kinder in der Religion des Vaters ohne Unterschied des Geschlechtes zu seyn sollen; da ein Unterschied nach dem Geschlecht für die Beförderung des guten Erziehungsindrucks, einflüßigen bürgerlichen Fortkommen von der Ortsereligion abzuweichen, großen Folgen zu seyn pflegt. I. wie gesagt, den Verlobten, welchen diese Erziehungsart nicht gefällt, die Befugniß nicht ab-

§ff 4

§ff

d) §. 2. 3. 4. 5. a. a, O. S. 53 f.

geschnitten seyn; eine nach dem Geschlecht getheilte Erziehung durch gerichtliche Verträge von der Ehe festzusetzen, wenn sie auf Vorstellung jener Inconvenienzen dennoch darauf beharren; hingegen außergerichtliche Verträge hierüber sollen unkräftig seyn, auch eine Aenderung der Erziehungsart, wie sie bei einer Ehe durch das Gesetz oder durch einen Vertrag einmal bestimmt ist, soll während der Ehe nicht weiter stattfinden, da dieses den Ehefrieden und die Ruhe des ein oder andern Ehegatten auf zu vielen Nebeneinflüssen aussetzt. Es mag daher so wenig ein späterer Vertrag, als der Tod eines oder des andern Ehegatten, der vor der Zeit, wo die Kinder die Unterscheidungsjahre erreicht haben, erfolgte, in der Religions Eigenschaft ihrer Erziehung etwas ändern. Selbst die Religionsänderung des einen Ehegatten, wodurch er der Religion des andern betritt, kann nur die Erziehung derjenigen Kinder ändern, die noch nicht das schulmäßige Alter hatten, bey denen also noch in einer bestimmten Religion nicht angefangen, die Uebergabe an eine bestimmte Religionsgemeinde nicht geschehen ist. Uebrigens werden die Kinder durch diese Verordnung nicht gebunden, sondern deren Wirkungskraft dauert nur bis zu den Unterscheidungsjahren, welche auf das zurückgelegte achtzehnte Jahr bestimmt sind.

#### §. 21.

Für die pfälzbairische Staaten ist wegen der Religionsverhältnisse der Kinder bey vermisch-

schten Ehen unterm 18ten May 1803 eine  
sondere Verordnung ergangen, welche fol-  
gende Bestimmungen enthält:

1) Den Verlobten soll eine unumschränkte  
Ehefreiheit belassen werden, beym Eintritte in die  
Ehe mit Beyrath ihrer Eltern oder Vormünder,  
Religionsverhältnisse ihrer künftigen Kinder  
ordnungsmäßigen Ehepacten nach den in jeder  
Provinz hergebrachten gesetzlichen Formen zu be-  
stimmen. 2) Finden sie während ihrer Ehe aus  
überlegten Ursachen rathlich, in ihrer ein-  
gegangenen Eheverbindung Abänderungen zu tref-  
fen; so soll ihnen dieses zwar gestattet seyn, je-

4) Nachdem sie aber zu diesem Zweckziele ge-  
eignet sind; so soll es von ihrer freyen Wahl ab-  
hängen, zu einer oder der andern in dem teut-  
schen Reiche eingeführten 3 christlichen abzutre-  
ten. 5) Weder dem den andern überlebenden  
Ehegatten noch den Vormündern ist erlaubt, in  
diesen gesetzlich bestimmten Religionsverhältni-

## 810 XXXIX. Zur Religionspolicey.

sen eine Abänderung zu machen, sondern, sie sind gehalten, die angefangene Erziehung in dem bestimmten Glaubensbekenntnisse bis zu den Discretionsjahren der Kinder vollenden zu lassen.

---

## XL

## Zur Sittenpolicey.

---

Für die Unterrichts- gleich heilige Pflicht, Besten Schriften, Gemälde durch zweckmäßige Ma- Was ———— Gemälde lich in ——— Cabinet des und ——— mag sie es dar- gen G ——— eibungen der Aber die öffentliche öffentlichen Verfa- sie auf keine Weise, u schon viel wirken. Wel- liches Product des Schr und ——— dergestalt dessei ——— tung unter mit ——— Leichtigkeit ein ——— jener Art reichend. Das einzige d die Verpiessfästigung selbst zu verpünden. — Was ist

aber in  
führbar  
che sich  
nung) i  
nnen, di  
n beiden  
eyen, in  
atswirth  
lor ex  
genthüml  
auch  
ben.

Jede gute Policey wir  
cke die ehrlosen Verfa  
mer auch die Verkäufer  
enden unsittlichen Schri  
it allem Ernst und Ei  
esonders muß sie auch il  
isittlichen, unzüchtigen,  
erey, Aberglauben und  
n Wolffs. Schriften  
e öfters zu wenig beacht  
ehr Unheil stiften, als n  
n theils durch Hausirer  
nder, theils auf öffentlid  
igen, auch wohl in groß  
ilgeboten und verbreitet.

Sie sind in verschiedenen Landes-Policey-  
setzen verboten a). Eine der vollständigsten  
und

a) Im Württembergischen z. E. sind die Bez  
amten angewiesen, die Einbringung und Aus-  
brei.



und musterhaftesten Verordnungen dagegen ist aber diejenige, welche der regierende Graf zu Stollberg, Wernigerode am 26. April 1799 erlassen hat. Sie ist folgenden Inhalts: 1) Der Verkauf und die Verbreitung unsittlicher, unzüchtiger, Dummheit, Schwärmerey, Aberglauben und Unglauben befördernder Lieder, Arien, Historien, Liebes-, Mord- und Wundergeschichten, Abentheuer, Planetenbücher, Wahrsägereyen und dergleichen wird in der Grafschaft Wernigerode als Betrug, Volkverführung und Sittenverderbniß verboten. 2) In der Druckerey zu Wernigerode sollen dergleichen bey zehn Thaler Strafe nicht gedruckt und ausgegeben werden. 3) Kein Buchbinder darf damit einen Handel treiben. Die Policey visitirt sofort die Läden der Buchbinder, und was sich darin vorfinden möchte, wird zum erstenmahl mit Erstattung des Preises, künftigher aber mit Confiscation und drey Thaler Strafe weggenommen. 4) Auf den Jahr- und Wochenmärkten wird ein solcher Verkauf nicht geduldet, sondern die giftvolle Waare gleich weg-

breitung verderblicher Schriften durch Krämer und sogenannte Büchelträger zu hindern, zu dem Ende auf fremde Hausirer, besonders von Reutlingen, die gedruckte zügellose Lieder und Escarteken verbreiten, wachsam zu seyn, sie zu arretiren, zur Verantwortung zu ziehen und an die Regierung darüber zu berichten. Heller Wirttemberg. Polizeyrecht II. 237.

weggenommen. 5) Alle Käufer, Händler und Händlerinnen, welche dergleichen in der Grafschaft verkaufen oder ausbieten, werden durch die Gerichtsdienere und Armenwächter angehalten und dem Justizamte überbracht, welches, nach geschehener Prüfung, die schädliche Waare confiscirt, und die Schuldigen, als Sittenverderber, gleich den Bettlern und Vagabunden, zur Correction auf 24 Stunden bis 14 Tage ins Arbeitshaus nimmt. Die Officianten erhalten für die Einbringung eben die Gebühren, als bey Einbringung der Bettler. Wenn aber, ausser dazu bestellten Officianten, Jemand einen solchen Liederhändler oder Händlerin anhält, und den Verkauf wahr macht, so erhält er eine Prämie von einem bis zwey Thaler. 6) Wenn sich dergleichen Händler oder Händlerinnen mit solcher zum Verkauf und zur Verbreitung bestimmten Waare auch nur in der Grafschaft betreffen lassen, so werden sie damit angehalten, die Waare wird ihnen abgenommen, dem Justizamte übergeben, und nach geschehener Prüfung confiscirt, indem sie alzeit als ein der Menschheit schädliches Gift, sie werde verbreitet wo sie wolle, zu betrachten ist. Dem Befinden nach wird dem schuldlosen Besitzer der Preis zur Entschädigung zugestanden. 7) Die Gast- und Herbergswirthe sollen bey drey Thaler Strafe gehalten seyn, sofort die Ankunft solcher Liederverkäufer der Policey zu melden, welche darauf unverzüglich die angemessene Verfügung trifft. 8) Schul- lehrer, welche dergleichen schädliche Lieder und Historien der Jugend aus den Händen entziehen

sön.

können, erhalten den Preis derselben vergütet.

9) Alle dergleichen solchergestalt confiscirte und zusammengebrachte Waare wird von der Policey. in Besehn einiger Zeugen, mit Anzeichnung der Stückzahl jeder Art, verbrannt. 10) Damit aber auch für Jedermann die Gelegenheit befördert werde, sich durch gute Lieder und Gesänge zum Frohsinn zu erheitern, sich die Lasten des Lebens zu erleichtern, und gute Empfindungen lebhaft auszudrücken: so wird für Anschaffung anständig fröhlicher Lieder und nützlicher angenehmer Geschichten gesorgt; und zu deren zweckmäßiger Verbreitung Anlaß gegeben werden. Die Policeybehörden sollen es sich mit Ernst, sehend und machend, anlegen lassen, diese Verordnung zur Ausführung zu bringen, und dadurch ein verderbliches Uebel zu verhindern, widrigenfalls sie deßfalls verantwortlich werden.

In Nürnberg ist der Verkauf unsittlicher und scändalöser Kupferstücke von dem Policey-Departement im Jahre 1801 bey schwerer Strafe verboten worden b).

b) Blätter für Policey und Cultur 1801. St. IX. S. 223 — 228.

## XLI.

## Zur Feuerpolicey.

Es ist der Feuersgefahr in Waldungen nur kurz gedacht worden a); und die meisten Feuerpolicey-Gesetze behandeln diesen wichtigen Gegenstand nicht vollständig genug. Einzelne Verordnungen, durch besondere Vorfälle veranlaßt, sind gewöhnlich nur gegen diesen oder jenen Mißbrauch gerichtet, dem man gerade die Entstehung eines Waldbrandes zuschreiben zu müssen glaubt. Nachstehende thurmainingische Verordnung umfaßt größtentheils die Vorsichtsmaßregeln, welche man zur Abwendung der Feuersgefahr in Waldungen für dienlich zu halten pflegt.

„Woh Zeit zu Zeit, heißt es im Eingange dieser Verordnung, sind ganz maßgebende Verordnungen zur Vorbeugung der häufig sich ergebenden Waldbrände erlassen worden; gleichwohl haben sich so viele Zufälle ergeben, wodurch sowohl in den herrschaftlichen als Gemein-

a) Th. 3. B. 39. Note 1).

meinheitswaldungen beträchtliche Districte durch Brand beschädigt worden sind. Es wird daher wiederholt verordnet, daß 1) unter Zuchthausstrafe in den Waldungen kein Feuer angemacht, oder Laub auf den Waldwiesen verbrannt werden darf \*); sondern wenn die Holzhauer zur rauhen Winterzeit unumgänglich Feuer zur Erwärmung nöthig haben, so ist solches nur auf lichten unschädlichen Plätzen anzulegen, und beim Austritte aus den Waldungen wieder zu löschen; die Reinigung der Waldwiesen im Frühjahr hingegen ist in einem solchen Zeitpunkte vorzunehmen, wo die Trocknung nicht so lange andauert. 2) Ist unter gleicher Strafe das Tabakrauchen in den Dickungen, oder das Tabackspfeifenausklopfen in den Waldungen verboten, und Niemanden, besonders unbekannten und fremden Leuten, als Händlern mit Erd- und Steingeschurren, dann anderen dergleichen herumziehenden Personen, der Eintritt oder Aufenthalt in den Waldungen zu erlauben. 3) Wird das Verbot wegen Aushebung der Vogelnester, Zunderschwämme suchen, Rübengraben und dergleichen Unfug, unter Vermeidung gleichmäßiger Zuchthausstrafe ernstgemessenst wiederholt, und in den Waldungen keine andere Verrichtung oder Arbeit verrichtet, als unter Aufsicht des

ge

\*) Ein württembergisches General-Rescript nimmt sehr zweckmäßig auch auf das Felderbrennen in der Nähe von Waldungen Rücksicht. Röllers Würtemb. Polizeyrecht II. 305.

gewöhnlichen Forstpersonals, oder der Ortsvorstände, die also bey Waldtägen oder anderen nöthigen Verrichtungen jedesmahl gegenwärtig seyn müssen. 4) Muß auf die Verordnungen wegen des Viehhütens scharf gehalten, und bey der Privathut keine Kinder, sondern erwachsene Leute gebraucht, auch eben so beym Kohlenbrennen alle Behutsamkeit angewendet, und die Kohlenbrenner für jeden, durch ihre Nachlässigkeit verursacht werdenden Schaden responsibel gemacht werden. 5) ~~Es~~ diese wiederholte Ver-

Es ist zu bemerken, daß die in der  
Hochscholung der Forstleute, die  
zu den Forstämtern gehören, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die  
den Forstämtern zugetheilt sind, die

# XLIII.

## Zur Landwirtschafts-Policey.

### Taubenpolicey.

Es ist bereits in dem Rechte der Landwirtschafts-Policey bemerkt worden, daß das Recht Feldtauben zu des-Policeygesetze stand scheint jedoch nicht genau die I. nehmlich kein die I. Ehe epoch. zu Trag. eite, n der Taubenpol.

Erfahrene Landwirthe versichern, daß die unschuldigen Tauben durch ihre Näscheren auf den Feldern eine Menge fruchtbringenden Saamens verz

a) Eb. 3. S. 300.

b) Sehr gute Beiträge dazu findet man in Manns Materialien zur Revision des Taubenpolicey. Blätter für Policey und Cultur 1803. St. VI. S. 493 f.



### XLIII. ur Landwirthschafts-Policey. & r

verzehren und dadurch einen, von Vielen sehr hoch  
angeschlagenen Schaden anrichten. Eingestehen  
muß man dabey jedoch auch, daß sie nicht böshafter  
Weise auf die Saamen nützlicher Früchte verfeßten  
sind, sondern daß sie auch sehr vielen Saamen  
unnützen und schädlichen Unkrauts vertilgen.  
Hier ist also die Aufgabe für die Landwirthschafts-  
Policey die: Die Zucht der Feldtauben, ohne  
diese ganz auszurotten, so zu beschränken, daß  
sie dem Feldbau so wenig als möglich schädlich  
werden können.

Um diese Aufgabe zu lösen, haben die Ge-  
sehungen der teutschen Staaten verschiedene  
Wege eingeschlagen.

Ausflug der Feldtau

here auch zur Ernte,

nach erfahrner Decono

wendig seyn, weil di

nicht angriffen, die a

ihnen eben so gut, o

Consorten gegönnt wer

Policeygesetze fügen der

Ausfluges noch eine T

wie sie sagen, der Tau

zu setzen. So muß zum Beispiel im Badi-

schen, im Hessendarmstädtischen c) und

a. a. D. m. eine bedeutende Taubentaxe bezahlt

werden. In Württemberg werden die Tau-

ben versteuert, denn das sogenannte Tauben-

§ 99 3

schlags

e. a. a.) Buzgus Samml. auserlesener Landesgesetze  
I. 320 f. IV. 242 ff.

Schlaggeld — von jedem Schlage sechs Kreuzer jährlich d) — ist zu wenig, um dabey die Absicht einer Einschränkung vermuten zu können. Viele Geseze bestimmen eine gewisse Anzahl von Feldtauben, welche Landwirthe nach dem Verhältniß ihrer cultivirten Grundstücke zu halten berechtigt seyn sollen. Die Schätzung ist sehr schwer, und die Gelehrten sind darüber verschiedener Meinung. Der eine hält dafür, daß auf eine Hufe 12 Paar, auf eine halbe Hufe 6 Paar Tauben, auf weniger Land aber gar keine gehalten werden sollen; der andere will es nicht einmal gestatten, daß auf eine Hufe schon Tauben gehalten werden sollen, sondern er will, daß nur eine sehr bedeutende Ausfaat dazu berechti- ge \*). Im Fürstenthum Grubenhagen darf Niemand Feldtauben halten, der nicht wenigstens in einer Flur 15 Morgen Landes cultivirt, und zwar auf jede 15 Morgen nicht mehr, als 5 Paare. Die Göttinger Bürger dürfen, vermöge eines eigenen Statuts, auf einen Morgen Landes zwey Paar Tauben halten. Wegen des Taubenhaltens in und vor Celle ist verordnet: daß derjenige, welche nur 12 Morgen eigenes Land und darunter in der Cultur hat, überall keine, welcher aber über 12 Morgen besitzt, von jeglichen zwey Morgen ein Paar Feldtauben zum Ausfliegen zu halten befugt seyn

d) Röllel Wirtemb. Polizeyrecht I. 19.

\*) G. J. E. Wenzendorf Oeconomia forensis I. 163.

seyn soll. Im Fürstenthum Altenburg, so wie im Gotha'schen, sollen auf eine Hufe Landes nicht mehr als acht Paar Tauben gehalten werden; wer aber keine Hufe Landes im Felde hat, soll gar keine Feldtauben halten. Wenn in einigen Ländern, z. E. Schlesien, Pommern, den Marken, nur Grundherren, hin und wieder auch wohl neben diesen noch die Prediger, das ausschließende Recht, Tauben zu halten, besitzen; so bemerkt Benedendorff<sup>1)</sup> sehr richtig, daß auch dieses Vorrecht billig nicht unbeschränkt seyn sollte.

Si  
wissen  
tivirtel  
man in  
eine zu  
billiges  
tet we  
lieren  
ben ha  
fütter

Dem sey jedoch, wie ihm wolle: was kann rechtlich gefordert und erkannt werden, wenn kein Gesetz die Zucht der Feldtauben beschränkt?

Feldtauben nähren sich von jedem ihnen dienlichen Saamen, und zwar ohne Unterschied, ob

§§ 4

die

<sup>1)</sup> a. a. O. S. 163.

die Felder ihren Eigenthümern obte andern zu gehören. In dieser Hinsicht gleichen sie dem Wilde, und aus diesem Grunde hat das sächsische Weichbild Recht, wenn es festsetzt, daß Tauben, wenn sie zu Felde fliegen, gemein sind. Soll jedoch dieser Grundsatz, der dem Eigenthümer der Felder, wo sie sich betreffen lassen und auch dem Jagdherren allerley Freyheiten über sie verstattet, nicht in Anwendung kommen; so muß ein zweckmäßiges Regulativ zwischen den Tauben- und Feld-Eigenthümern Frieden stiften. Dieß kann aber nur durch ein ausdrückliche nicht existirt beschränktes die Tauben, auch gemein daher G e r i Geseze sind, tens nicht welche daru Policeybehör weisen.

Sollte aber ein Gerichtshof demungeachtet sich ermächtigt halten, auf eine solche Beschränkung nicht ohne gesetzliche Vorschrift zu erkennen; so weiß ich keinen Maßstab, nach welchem er sich richten könnte. Die mancherley Landesgesetze sind höchst verschieden, und ohnehin können fremde Gesetze für kein Land und keine Provinz zum Maßstab dienen. Ich kann nach keinem Gesetze richten, das mir nicht zur Richtschnur gegeben ist. Das Gutachten erfähret Deco-  
nomen

nommen könnte vielleicht einem solchen Gerichtshofe am besten die nöthigen Bestimmungsgründe an die Hand geben. Mir scheint es jedoch, daß es besser sich damit nicht befassen würde.

rißet, so wird dieselbe noch durch dieses Beispiel selbst mehr widerlegt, als bekräftigt. Denn welcher Jagdberechtigte darf seine Hausthiere, um gleich dem Wilde ihre Nahrung zu suchen, ins Feld schicken? und finden nicht wegen Wildschaden Entschädigungsklagen statt? Was das Schießen der Tauben betrifft, so hat die in mehreren Ländern eingeführte Unflathhaftigkeit desselben einen andern Grund, als das Recht, Tauben zu halten, — nemlich die Jagdgerechtigkeit, wegen welcher nicht verstattet wird, daß Jemand anders, als der Jagdberechtigte, in seinem Reviere schieße. Auch treten bey Verbotten des Taubenschießens öfters noch andere Polizeigründe hinzu. In den Fürstenthümern Cälenberg und Grubenhagen bestehen solche Verbote<sup>h)</sup>. Wo jedoch dieß der Fall nicht ist, und auch die Jagdberechtigung nicht entgegen steht, kann der Landwirth, nach allgemeinen Grundsätzen, gegen die räuberischen Einfälle der Tauben seine Grundstücke auf jede übrigens nicht unerlaubte Weise, also auch durch Schießen vertheidigen. Außerdem bleibt immer aber doch noch das Werfen, Fangen u. s. w. übrig. Dadurch kann freylich ein bellum omnium contra omnes entstehen; aber eben deswegen ist ein gesetzliches Regularium, wodurch das Taubenhalten beschränkt und dagegen das Töden oder Fangen der Feldtauben verboten wird, nothwendig.

Hc

<sup>h)</sup> 2B III 4 III. 225.

Uebrigens wird von den meisten Rechtsgelahrten als Regel angenommen, daß nur Grundeigenthümer und deren Pächter Feldtauben zu halten befugt seyen i), und selbst ohne ausdrückliches Gesetz die  
legt, das zum  
de übermäßige  
Hier fehlt es a  
und die Hanni  
Jahr 1764 in  
daß jener nur  
Anzahl Ta  
cultivirend  
mel m) beha  
Deutschland üblichen Herkommens auf  
eine Hufe Landes nicht mehr, als 12 Paar, auf  
auf eine halbe Hufe nur 6 Paar, und auf wenig  
ger Land gar keine Tauben gehalten werden dür  
fen. Ein solches Herkommen ist offenbar uner  
weislich, und also diese Bestimmung willkühr  
lich.

In einigen Ländern sind die Feldtauben aus  
den Städten gänzlich verbannt, weil sie die  
Dächer verderben, und zu mancherley Strei  
tigkeiten Anlaß geben. Ein solches Verbot  
scheint

i) *Leyser* Med. ad Pand. Vol. 7. spec. 440. cor. I.  
Strube a. a. O. S. 66.

k) Strube a. a. O. S. 67.

l) Strube a. a. O.

m) *Rhapsod.* Vol. 2. Obs. 282.



## 828 XLIII. Zur Landwirthschafts-Policey

scheint jedoch auf die Bewohner kleinerer Städte, welche größten Theils Ackerbau treiben, nicht anwendbar zu seyn.

Schließlich bemerke ich noch, daß mir der Entwurf einer Taubenordnung, welchen Nie-  
mahn in den Blättern für Policey und Cul-  
tur n) mitgetheilt hat, mit Ausnahme der  
gänzlichen Ausschließung der Feldtauben aus al-  
len Städten und des auch auf die Erntezeit  
verbreiteten Verbots, die Tauben ausfliegen  
zu lassen, vorzüglichem Beyfall zu verdienen  
scheint.

n) 1803. St. 6. S. 513 — 515.

# XLIV.

## Zur Handlungspolice.

Zu den für die See-Schiffahrt besonders wohlthätigen Anstalten, deren zum Theil bereits gedacht ist <sup>a)</sup>, gehören vorzüglich noch die zur Sicherstellung der Seefahrer gegen Unglücksfälle und deren Folgen ab Zweckenden Policevorkehrungen.

Die Errichtung deutlicher und bestimmter Signale an gefährlichen Stellen, der Leuchthürme, Baken <sup>b)</sup> u. dergl., so wie die Anstellung geschickter Lotsen <sup>c)</sup>, ist in dieser Hinsicht zur Abwendung zahlreicher Gefahren von äußerster Wichtigkeit. Eben so notwendig

a) Th. 3. S. 564.

b) G. J. E. Krünitz Encyclopädie III 319  
v. Mülow und Hagemann Erörterungen.  
Band I. S. 1.

c) G. J. E. Herzoglich-Mecklenburgische Booten-  
ordnung vom 25. May 1776 in Beckmanns  
Samml. auserlesener Landesgesetze. IV 254 f.

und wichtig sind aber auch bey wirklich drohenden oder bereits erfolgten Unglücksfällen zweckmäßige Rettungsanstalten.

Vormahls wurden Schiffbrüche als Glücksfälle für die Strandbewohner und ihre Landesherren betrachtet. Das Strandrecht war eine Erwerb- und Finanzquelle. Jetzt beruht es auf der heiligen Pflicht, Verunglückte und ihre Güter zu retten und in Sicherheit zu bringen d). Aber neuere Policeygesetze beweisen, daß der alte Geist der Räuberey noch nicht überall hat völlig unterdrückt werden können. „An den Küsten der Grafschaft Oldenburg, heißt es in der oldenburgischen Strandungsordnung von 1776 e), werde den verunglückenden und strandenden Schiffen theils nicht die gehörige schnelle Hülfe geleistet, sondern vielmehr an selbigen sowohl von einheimischen, als fremden Schiffen und Fischern allerhand Unfug und Räuberey ausgeübt, theils auch das Bergelohn unbillig gesteigert,“ weßwegen zum Besten der Seefahrenden und der Handlung eine besondere Strandungsordnung zu errichten für nöthig erachtet worden sey.

Aus gleichen Gründen sind in den meisten an die See grenzenden Staaten besondere Strand-

d) A u n d e. teutsches Privatrecht §. 112. D a n g Handbuch I. 422.

e) B e d m a n n Samml. IV. 216.

#### XLIV. Zur Handlungspolitik. 83

Strandordnungen errichtet; deren Zweck in dem neuesten Gesetze dieser Art; der Königlich-Dänischen Strandordnung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein, die Herrschaft Pinneberg, Grafschaft Ranzau und Stadt Altona vom 30. Dec. 1803 N. ausführlich also geschildert wird: „Es sollen die zweckmäßigsten Einrichtungen getroffen werden zur schleunigen Bergung und sicheren Aufbewahrung der gestrandeten Güter, zu einer billigen Bestimmung des Bergelohns und anderer unvermeidlichen Kosten, zu der den Umständen nach möglichst vortheilhaften Veräußerung der nicht zu erhaltenden Güter, zu der sorgfältigsten Erforschung der Eigenthümer, endlich zu der kürzesten und gewissenhaftesten Rechtspflege in Fällen, welche nicht anders als auf dem Wege Rechts zu erledigen stehen.“

Dieses musterhafte Gesetz beginnt mit der königlichen Erklärung, daß der bisher in die landesherrliche Casse geflossene Antheil von Strandfällen gänzlich nachgelassen seyn soll; so weit nicht gestrandetes Gut auch als wirklich herrenloses Gut anzusehen ist.

Hierdurch wird der Begriff des Strandgutes und der Unterschied desselben von herrenlosem Gute festgesetzt. Als herrenloses darf Strandgut nur alsdann betrachtet werden, wenn nach erfolgter

### 232 XLIV. Der Strandgepolizei.

Unmittelbarer Befehlsnachricht binnen einem Jahre und sechs Wochen Niemand sein Eigenthum reclamirt. Alles Strandgut soll gerettet, geborgen und in Sicherheit gebracht werden, und zwar lediglich zum Vortheil des vorhandenen oder auszumittelnden Eigenthümers.

Der Strand muß in Districte eingetheilt werden, deren jedem ein besonderer Strandvogt vorgesetzt ist. Jeder der am Strande wohnenden Unterthanen ist verpflichtet, es dem Strandvogt oder dem Beamten zu melden, wenn er ein in Gefahr befindliches Schiff wahrnimmt, oder irgendwo an den Ufern angetriebene Sachen findet. Insbesondere wird es an allen Orten den Booten, bey verhältnißmäßiger Zuchthausstrafe, zur Pflicht gemacht, in Strand- und Bergungsfällen alles mögliche zur Rettung der Menschen sowohl, als zur Bergung der Sachen, beizutragen. Auch ist Jedermann ohne Unterschied der Geburt, des Standes oder auf entfernten Umwegen und Wägen gefundene Sachen zu retten, und bey Strandungen auf Brücken überhaupt dasjenige in Sicherheit zu bringen, was nur durch unermüßliche Bergung gegen das Wegtreiben geschützt werden kann. Ein solcher Berger erhält von dem vorgeschriebenen Bergelohn einen verhältnißmäßigen Antheil, der nicht über ein bis zweyjähriges Zuchthausstrafe belegt, wenn er das Uebergeordnete unterschlägt, und mit wöchentlichem Gefängnißstrafe, wenn er davon nicht sogleich dem Strandvogt oder der sonstigen Behörde die erforderliche Anzeige thun kann.

## XLIV. Zur Handlungs-*policey*. 833

darf ausser den erwähnten Fällen Niemand sich mit dem Bergen des Strandguts befassen, der nicht dazu besonders ermächtigt ist; vielmehr soll sich Keiner bey Bergungen am Strande finden lassen, als wer angefragt ist, oder daselbst gesetzlich zulässige *Verrichtungen* hat.

Die	nn, wenn
zur	läßt, sich
doch	lange je
auf	, oder wer
verl	keine Hülfe
	an Bord

zu begeben, und etwas unter dem Vornamde des Bergens anzugreifen oder wegzuschaffen. Wird hingegen durch gegebene Signale Hülfe gesucht; so ist dem in Gefahr gerathenen Schiffer der thätigste *Versand* ohne Verzug zu leisten.

Was hierbey die Rettenden weiter zu beobachten haben, wie die gestrandeten Sachen zuerst aufzubewahren und sicher zu stellen, auch nachher unter Direction der Oberbeamten zu behandeln sind, ist ausführlich näher vorgeschrieben.

Uebrigens müssen sich in vorkommenden Fällen die Strandvögte gegenseitig unterstützen. Von jedem Strandfall muß der Strandvogt sofort dem ihm vorgesetzten Justizbeamten Anzeige thun. Nach vollendeter Bergung muß weiterer Bericht erstattet, und darauf von dem Oberbeamten die Ursache der Strandung untersucht werden. Meldet und legitimirt sich ein Eigen-

thümer, so werden ihm die geretteten Güter gegen ein billiges Bergegeld ausgeliefert. Kann dieß nicht geschehen; so muß an die Oberdicaſterien berichtet werden. Das gestrandete Gut wird sodann ordentlich inventirt und taxirt, das beschädigte verkauft, das übrige sicher aufbewahrt, sodann eine Edictalladung erlassen, und wenn sich nach Ablauf von 12 Wochen Niemand meldet, das Geborgene öffentlich verkauft, die Kaufsumme deponirt, und diese erst nach der oben schon angezeigten Zeit als herrenlos dem Fiscus, oder wenn sonst ein ausdrückliches Recht daran zusteht, zugeeignet.

Ueber die Gebühren, Kosten und den Bergeſohn, die Erfordernisse der Legitimation, das dabey zu beobachtende Verfahren, so wie über Strandvergehungen und deren Strafe enthält das Geſetz gleichfalls angemessene Verfügungen.

Die Oheraufficht über das Strandwesen führen die Ober-Dicaſterien; die unmittelbare Aufsicht die Oberbeamten oder ersten obrigkeitlichen Vorgesetzten eines Amtes oder andern ein Ganzes für sich ausmachenden Bezirks.



## XLV.

# Von den Anstalten zur unmittelbaren Policeaufsicht und Untersuchung.

Von der Wichtigkeit einer strengen ununterbrochenen Policeaufsicht und von der Unentbehrlichkeit zweckmäßiger Anstalten zur Ausübung derselben ist bereits oben a) gehandelt, auch sind insonderheit die Landgerichte und Rügegerichte als die am häufigsten vorkommenden Beispiele solcher Anstalten angeführt worden. Man hat ebendasselbst auch der in den churbadischen Landen erfolgten Errichtung der Landvogteyen gedacht, deren Hauptbestimmung die Handhabung einer guten Police ist. Aus einem Versehen, weshalb die Leser den Verfasser, der zu oft durch andere Geschäfte unterbrochen wird, hoffentlich entschuldigen werden, ist der im Badischen gewöhnlichen Frevelgerichte nicht gedacht worden, und auch hier noch wird eine kurze Nachricht von denselben nicht am

H h 2

un-

a) Abhandl. IX. S. 248.

unrechten Orte stehen b). Die darüber in der badischen Hofraths-Instruction c) enthaltenen Vorschriften geben den deutlichsten Begriff von der zweckmäßigen Benutzung dieser alt-hergebrachten Policeyanstalten. Sie sind folgenden Inhalts:

Die Ueberzeugung von der Execution aller bisher genannten Policey-Maßnahmen d) und ihren Wirkungen, Vortheilen oder Mängeln in der Anwendung, bekommt Unser Hofrathsscollegium durch die Frevel- oder Rügegerichts-Protocolle: daher hierauf, als auf einer vorzüglich wichtigen Sache, ein wachsames Auge stets ruhen muß, damit diese nach den vorliegenden bestimmenden Verordnungen mit der nöthigen Genauigkeit und Vollständigkeit abgehalten werden, und nirgend in das Stecken geraten, wobey denn zwar nicht nöthig noch möglich ist, daß solche alle Jahr an allen Orten gehalten werden, wobey jedoch das erforderlich wird,

b) Vergl. Th. 3. S. 578 f.

c) S. 195 f.

d) Sie sind im sechsten Artikel der Instruction zusammengestellt unter der Rubrik: Pflichten für die Beförderung des gemeinen Wohls, und zwar a) in Absicht auf bürgerlichen Rechtsstand, b) in Absicht auf Gesundheit, c) in Absicht auf öffentliche Sicherheit, d) in Absicht auf Privat-Sicherheit und Vermögens-Erhaltung, e) in Absicht auf vogtbare Personen, f) in Absicht auf Emporbringung der Stadt- und Landwirthschaft.

wird, daß, außerordentliche Verhinderungsfälle ausgenommen, alle Jahr in jedem Oberamt, in einigen Orten solche abgehalten, und damit von Ort zu Ort so continuirt werde, daß längstens in sieben Jahren die Runde durch den größten Oberamts-Bezirk vollendet sey, und dann wieder von neuem beginne. Bey Durchgehung der darüber geführt werdenden summarischen Protocolle kommt es darauf an, daß sie mit den Verordnungen verglichen werden, ob auf alle Punkte gehörig Rücksicht genommen worden, daß die von dem Oberamt vorläufig durch Weisungen erledigte Punkte, die sachgemäß abgethan sind, genehmigt, oder solche Weisungen, die noch einer Vervollständigung oder Verbesserung bedürfen, berichtigt werden, daß jene der unerledigten Punkte, deren Betreff ein Gegenstand der Regierungssorg

Berichtseinkholung  
dem die Darstellung  
aufgeklärt ist oder  
und zwar wenn bei  
darüber besondere  
führt werden, n  
Vorbringung der  
treffenden Acten,  
gebührend erledigt  
dürfende Anzeigen

andern Dicasterii einschlagen, ausgezogen und diesem zur ordnungsmäßigen Erledigung mitgetheilt, daß niemahls die Unterlassung der Annotation, wie der vorhergegangene Frevelgerichtsbescheid befolgt worden, geduldet, und daß

§ § § 3

ende

endlich der ergehende Frevelgerichtsbescheid zwar über jeden Punct, wo etwas zu verordnen ist, möglichst kurz, doch nicht bloß remissiv auf Protocolle, sondern so, daß er vor sich selbst verständlich sey, gefaßt, und in jenen Puncten, welche durch Separatverfügung oder Resolution eines andern Dicasterii zu erledigen sind, dieses statt Bescheids zur vorläufigen Wissenschaft jener Verfügung einverleibt werde.

Außerde  
von diesen 3  
erzielen, wo  
fangen worden  
ist; die  
eines Ori  
milien: u  
cultivirte  
Professio  
der vorzü  
Producte  
die Oberamt  
mit wenigem  
werden, wo

calischen Beschreibungen man jederzeit eine vollständige politische Topographie haben möge, deren man sich in vielen Fällen, besonders aber zu nützlicher Beförderung der Landescultur mit großem Vortheil bedienen, oder bey eintretenden Nothfällen mancher Art dadurch sichere Data zu Beurtheilung der möglichen Gegenmittel schöpfen möge.



## V e r b e s s e r u n g e n .

- S. 13 Zeile 4 von oben statt von lies und.  
 — — — 19 — — — ihre l. ihren.  
 — 19 — 2 von unten — noch lies nach.  
 — 22 — 5 — — — Würde l. Würden.  
 — 28 — 8 — — — Gegenstand l. Zweck.  
 — — — — — — — welchem l. welchen.  
 — 45 — 1 statt ausschließenden l. ausschließende.  
 — 49 — 1 — zweyten l. zweyter.  
 — — — 18 — künftig l. kräftig.  
 — 59 — 14 — scheinbaren l. scheinbareren.  
 — 61 — 5 — im l. in.  
 — 81 — 4 — Verkäufe l. Vorkäufe.  
 — 117 — 21 — Gericht l. Gewicht.  
 — 137 Note n Zeile 2 statt rettet l. wettet.  
 — 180 Zeile 8 statt Rechtsdepartement l. Rathsdépartement.  
 — — — 15 nach Departements setze ,  
 — 181 — 17 — Deputationen — ,  
 — 182 — 2 von unten statt belegen l. beleben.  
 — 184 Note, Zeile 4 statt dienstfertige l. dienstleifrige.  
 — 185 Zeile 10 statt sie l. es.  
 — 187 — 6 — in l. an.  
 — 215 — 15 — den l. der.  
 — — — 18 — erfahren l. erfahren.  
 — 222 — 13 — die l. der.  
 — 242 — 3 — Handhabung l. Handlung.  
 — 260 Note n Zeile 1 statt und l. sive.  
 — 289 Zeile 10 nach Erkenntniß l. das.  
 — 292 — 8 statt vor l. von.  
 — 313 — 4 von unten st. omne l. omnes.  
 — 314 — 3 st. Aemtern l. Artikeln.  
 — 341 — 5 nach völlig setze , nach Gerichtsbarkeit del. ,  
 — 342 — 9 — gehalten l. wird.  
 — 343 — 12 st. den l. dem.  
 — 344 — 3 v. unten st. seine l. seiner.  
 — 346 — 11 st. Canzley l. Gesandtschaft.

